

„Deutsche können nur durch Deutsche besiegt werden.“

Fragment 3 – Brest-Litowsk

Dezember 1917

Bolschewisten unter Lenin und Trotzki bitten um Waffenstillstand

**In Brest-Litowsk wird der Waffenstillstand der Mittelmächte mit Rußland
geschlossen und**

die Friedenskonferenz schließt sich an

Unternehmungen und Agitation des Sozialdemokraten Scheidemann

Matthias Erzberger – selbsternannter Friedensunterhändler in der Schweiz

Folgen der Juli-Resolution

DEUTSCHE KÖNNEN NUR DURCH DEUTSCHE BESIEGT WERDEN

Dieser Spruch aus alter Zeit sollte sich bewahrheiten. Allein, was die Presse ab Juli 1917 mit der „Kriegszielerklärung“ des Abgeordneten Matthias Erzberger mitteilte, zeigt diese Tendenz des Verrats aus dem Innern Deutschlands, wie es Lloyd George sich zum Ziel setzte.

Die Sozialisten sind der Meinung, die Zensur im Lande sei zu streng und müßte abgeschafft werden. Der Vergleich mit den Entente-Staaten wird ihnen vor Augen gehalten und gezeigt, daß das Deutsche Reich wesentlich großzügiger als seine Feinde ist. In der Reichstagssitzung vom 11. Oktober – in diesem Fragment gleich zu Beginn – wird auf die Unterschiede zwischen den Entente-Staaten und Deutschland hingewiesen.

In dieser Sitzung wird auch erwähnt, daß Bayern – in Person des Ministerpräsidenten Grafen Hertling – empfehlen würde, das Elsaß an Bayern und Lothringen an Preußen anzugliedern. eine Idee, die allerdings zu spät kommt und nicht zum Erfolg führen wird. Diese Überlegung hätte Deutschland schon gleich nach 1871 anstellen müssen.

Auch das neue Wahlgesetz für Preußen – anlehnend an das Reichswahlgesetz der freien, gleichen und geheimen Wahl, schon vor dem Krieg von Wilhelm II. angeregt, kommt im Krieg zu spät – von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg in der „Schublade“ aufbewahrt.

In den folgenden Presse-Artikeln wird wiederholt das Verhalten Englands in Bezug auf seine Vorbereitungen für den Krieg aufgezeigt und besprochen. Auszüge aus den russischen Geheimarchiven geben einen Einblick in die Abmachungen der Triple-Entente, wie die Kriegsbeute aufzuteilen sei: Frankreich nimmt Elsaß-Lothringen „einschließlich der Eisen und Kohlengrubengebiete“ – gemeint sind Teile des Saarlandes. Und das Sahnehäubchen: **„Die am linken Ufer des Rheins gelegenen Gebiete sollen von Deutschland abgetrennt werden und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands frei sein. Aus diesen Gebieten wird ein freier neutraler Staat zu bilden sein.“**

Frankreich möchte seinen feuchten Traum, den es seit 1815 hegte und pflegte, Realität werden lassen.

Englands Albtraum wird wahr: Rußland unter Lenin macht ein Waffenstillstandsangebot und Rußland lassen die Proteste der Entente kalt. Rußland möchte nicht mehr das Eroberungsstreben Englands unterstützen und seine These lautete: keine Annexionen und Kontributionen, Traum der deutschen Sozialisten.

In der Reichstagssitzung vom 29.11.1917 – s.u. – wird nach Bethmann Hollweg und Michaelis Graf Hertling als neuer Reichskanzler im Reichstag begrüßt.

Der im Raum stehende Waffenstillstand mit Rußland wird zur Aufforderung an die Ententestaaten genutzt, sich zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zusammenzusetzen. Die Feindstaaten nehmen offiziell keine Notiz von dieser Aufforderung. Auch die wiederholte Aufforderung der Mittelmächte und Rußlands zu Beginn der Friedenskonferenz Ende Dezember, sich an der Konferenz zu beteiligen, wird von US-Amerika mit einer Karte des Europas (10. Januar 1918, Fragment 3a, S.155), wie es sich Angelsachsen und Welsche vorstellen, und den 14 Punkten Wilsons (10. Januar 1918) für einen Frieden beantwortet.

England unter Lloyd George gibt eine Kriegsrede ab, „Kampf bis zum Untergang Deutschlands“, der sich Clemenceau, der mittlerweile in Frankreich das Sagen hat, anschließt. Frieden kann es für die Entente-Staaten erst geben, wenn die Mittelmächte, vor allem Deutschland, vernichtet sind – territorial, staatlich ohne Monarchie, wirtschaftlich. Dazu sind ihnen alle Mittel recht.

Die Agitation der Sozialisten sieht Deutschland als schwach, das Militär sieht die deutsche Position positiv, vor allem durch die Situation der Russen.

Bemerkenswert ist die Bemerkung, daß Scheidemann sich stets gegen einen Sonderfrieden mit Rußland erklärte, um den deutschen Sieg über die Westmächte zu verhindern.

Wie unsere Feinde Deutschland aufteilen wollen!

Le partage de l'Allemagne (die Teilung von Deutschland)

l'Échéance de demain (der Teilungstermin in nächster Bälde).



Zeichenerklärung: +++++ Reichsgrenze, ---- Vorgesehene Grenze der Aufteilung.

Diese Karte (im Original einfarbig) erschien in einer französ. Zeitung

Le Petit Journal

ADMINISTRATION
61, RUE LAFAYETTE, 61

5 CENT.

SUPPLEMENT ILLUSTRÉ

5 CENT.

ABONNEMENTS

Les manuscrits ne sont pas rendus

On s'abonne sans frais
dans tous les bureaux de poste

DIMANCHE 20 SEPTEMBRE 1914

SIX MOIS UN AN
SEINE et SEINE-ET-OISE . 2 fr. 3 fr. 50
DÉPARTEMENTS..... 2 fr. 4 fr. »
ÉTRANGER 2 50 5 fr. »



SUS AU MONSTRE !

Worum die Regierung um Frieden bittet.

Der Grund ist klar.

Die Regierung unternahm den Krieg in der Hoffnung den alldeutschen Traum von Mitteleuropa zu verwirklichen.

Dies war die wirkliche Ursache des Krieges.

Wenn hierüber noch ein Zweifel bestände, so würde die Tatsache, daß dem Augenblick, wo die Verwirklichung dieses Traumes unmöglich wird die Regierung um Frieden bittet, den klaren Beweis bringen

Hier lag der Plan der Alldeutschen, der uns zu dem Kriege geführt hat :



Das ganze schwarz angestrichene Gelände sollte deutsch sein.

Bulgarien und die Türkei sollten Vasallenstaaten sein.

Der Kaiser und die preussische Junker-aristokratie, die Bureaucraten und die Reichen, die das übrige Volk ausbeuten, sollten die mächtigste Klasse der Welt werden.

Dies ist was aus dem alldeutschen Plan geworden ist.



Bulgarien weigert sich Vasallenstaat zu sein

(Die Türkei wird unruhig.)

Der Plan, zu dessen Verwirklichung die Alldeutschen Deutschland überredeten Krieg zu führen, und der so viele Millionen Leben gekostet hat und solches Weltelend verursacht hat, ist gänzlich vernichtet worden

Was bleibt noch übrig, worum wir kämpfen sollten ?

Der Regierung bleibt also nichts worum sie den Kampf weiter fortsetzen sollte, und bittet daher, unsere Feinde um Frieden.

Das Gerede über einen Verteidigungskrieg erweist sich also als vollkommen unwahrhaftig und unehrlidi

genutzt uns zu täuschen.

„Deutsche können nur durch Deutsche besiegt werden.“

Oktober / November / Dezember 1917

	Inhalt		1
11. Oktober 1917 - Donnerstag			
S.3882	126. Sitzung – Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte	Thema Zensur im Reichstag im Vergleich zu den Ententestaaten	21
	Dr. David [USPD]	Heute wird nun in der Presse die Nachricht verbreitet, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling im Hauptausschuß der bayerischen Abgeordneten zu dieser Frage sich dahin geäußert hat, es sei seine Ansicht, daß die Angliederung des Elsaß an Süddeutschland den gegebenen Verhältnissen entspreche und ebenso die Angliederung Lothringens an Preußen	
	Wallraff, Unterstaatssekretär d. Innern	zur Zensur	
25. November 1917 - Sonntag			
BBZ-553	Die deutschen Zionisten und die palästinensische Heimstätte.	Zionisten warten auf den Einzug in Palästina	24
26. November 1917 - Montag			
NAZ-350	Die Reform des preußischen Landtags. - Das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus	das von Wilhelm II. vorgeschlagene neue Wahlgesetz für Preußen	25
NAZ-350	Japan, England und die Vereinigten Staaten.	Die Rolle Japans im britischen Geflecht seiner Auslandsbesitzungen	
NAZ-351	Neue Bestrebungen für eine Stockholmer Friedenskonferenz.	Sozialistenkonferenz Europas, initiiert von Scheidemann?	
27. November 1917 - Dienstag			
NAZ-352	Elsaß-Lothringen. von Robert Schmölder –Hamm	das deutsche Elsaß-Lothringen im Spiegel der Geschichte seit 1870 bis 1916	29
NAZ-352	Die verhängnisvolle Freundschaft Englands.	Wer England zum Freund hat braucht keine Feinde	
BNN-603	Wie die Entente China zum Krieg preßte.	Geld und Geld sollen China bewegen und Deutschland ausschließen	
VOS-605	Entente-Drohungen gegen Rußland.	Frankreich fürchte nicht die Veröffentlichung der Geheimverträge	
DTZ-605	Trotsky veröffentlicht die Geheimverträge.	zwischen Frankreich und Rußland	
BNN-602	Die russischen Geheimdokumente.	zu den Annexionsplänen der Entente	
DTZ-606	Zur russischen Veröffentlichung der Geheimverträge.	Frankreich will sich linkes Rheinufer einverleiben als neutralen Staat	
NAZ-606	Die Veröffentlichung der Geheimdokumente. – Russisch-französische Abkommen.	Frankreich möchte schriftliche Zusagen	
NAZ-606	Protest der Ententerregierungen gegen das russische Waffenstillstandsangebot.	Frankreich sieht sich nicht betroffen	
DRB-606	Aus dem Lande Utopien. – von Ernst Boetticher, Hptm. a.D.	die Utopie des Kommunismus, der von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist	
DZ-598	Das Fell des Bären.	Kommentar zum russischen Geheimdokument zur Teilung Deutschlands und der Türkei	
TR-606	Jameson + [Krüger-Telegramm]	der Verursacher des Krüger-Telegramms	
28. November 1917 - Mittwoch			
DTZ-607	Aus den russischen Geheimverträgen. -Telegramm an den Botschafter in Paris 9.3.16 Telegramm an den russischen Botschafter, Paris Telegramm an die Vertreter in Paris, London, Rom vom 9.10.17 Telegramm des dipl. Agenten Rußlands in Bern v.7.09.17	russische Geheimverträge/-Dokumente über das Aufteilen Mitteleuropas nach dem Kriege zwischen Rußland und Frankreich und England	38
BBZ-557	Geh. Dokument an den Botschafter in Washington v.9.10.17		
NAZ-354	Der Eroberungsfeldzug des Verbandes.	Kommentare aus Wien, Stockholm und Kopenhagen zur Politik der Eroberungen der Entente	
NAZ-355	Die russischen Geheimakten.	Versuche der Entente, Schweden nicht nur die Handelsschiffe zu entreißen	
BBZ-557	Wilson und die Bagdadbahn.	Wilson erklärt deutlich die Absicht, Deutschland von der Bagdadbahn zu trennen	
BTB-607	Die Agitation der Vaterlandspartei. – „Der Reichstag – ein Arbeiter- und Soldatenrat“	bezeichnet Reichstag als Arbeiter- und Soldatenrat, der Agitation der SPD wegen	
BTB-608	Neue Veröffentlichungen aus den russischen Geheimdokumenten.	Amerika will Bahnstrecken in Rußland erneuern	

DTZ-608	Zur Frage der internationalen Sozialistenkonferenz.	Berlin /Stockholm (Scheidemann) schlägt 2. Dezember vor	
DRB-607	Erzbergers Friedensverhandlungen.	Erzberger verhandelt offenbar in der Schweiz	
TR.607	Nochmals der Pufferstaat westlich des Rheins.	Abtrennung des linksrheinischen Gebietes, Elsaß-Lothringen mit Eisen-und Kohlengrube= Saarbecken: Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben mit Einschluß der Eisen- und Kohlengruben-Gegenden [Saarbecken]. Die am linken Rheinufer gelegenen Gebiete müssen von Deutschland getrennt und von jeder Abhängigkeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu Deutschland befreit werden. Aus diesen Gebieten soll ein freier neutraler Staat gebildet werden, der durch russische Truppen besetzt werden soll, bis zu dem Augenblick, in dem die Friedensbedingungen und Bürgschaften verwirklicht sind und der Friede geschlossen sein wird.	
29. November 1917 - Donnerstag			
BNN-606	Eine neue Sozialistenkonferenz in Stockholm.	[Scheidemann in Stockholm] Sozialistenkonferenz vorgeschlagen mit Franzosen und Engländern	45
VOS-609	Die Maximalisten und die Entente.	England antwortet nicht auf die Aufforderung Rußlands zu gemeinsamer Friedenskonferenz	
NAZ-356	Die enthüllten Geheimverträge.	allgemeiner Kommentar zur Wirkung der Veröffentlichung der Geheimverträge bei der Entente	
DZ-601	Die Besprechung in Bern.	ein Geheimgespräch deutscher und französischer Wirtschafts-Fachleuten	
127.Reichstags-sitzung	127. Sitzung – 29.11.1917 – Dritter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat 1917 - Redner:	weitere Kriegskredite	48
	Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling	erste Rede im Reichstag als Reichskanzler nach Michaelis	
	Scheidemann	begrüßt neuen Kanzler und hofft aus annexionslosen Frieden: ich glaube, wir sind auch verpflichtet, ihnen das Versprechen abzugeben, nicht nur alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um ihnen ihre Lage zu erleichtern, <u>sondern auch dafür zu sorgen, daß, soweit es an uns liegt, dem Kriege so bald als möglich ein Ende bereitet wird.</u> - Zweck kann nur das politische Ziel sein, und wenn fremde Parteien und Regierungen etwas anstreben, was wir für einen Fortschritt halten, dann haben wir sie darin stets unterstützt. -Rußland, das der Welt das Licht eines großen Gedankens voraus trägt, Rußland, das sich in Kämpfen und Krämpfen einer großen Zukunft entgegenringt, — Rußland ist nicht der Verlierer dieses Krieges! Diejenigen werden zuletzt die Geschlagenen sein, die den gewaltigen Mächten der Zukunft, der Arbeiterklasse, dem Sozialismus, dem Völkerfrieden den Krieg bis ans Ende geschworen haben	53
	Fischbeck		
	Stresemann	allgemein und neutral: Durch die Veröffentlichung der Geheimverträge hat die heutige russische Regierung sich von den utopischen Eroberungsplänen ihrer Vorgänger losgesagt. Vor aller Welt ist heute festgestellt, daß die Zerstückung Deutschlands unser Los gewesen wäre, wenn unsere Feinde gesiegt hätten. - wir stehen, wenn nicht alles täuscht, im Endkampf des gewaltigsten Völkerringens, in dem Deutschland je um sein Dasein, seine Entwicklungsfreiheit und seine Größe gerungen hat. Wenn jemals, so ist jetzt die feste Geschlossenheit der inneren Front das Gebot der Stunde.	58
	Graf v. Westarp	sieht die Sozialdemokraten als die Handelnden im Regierungsgeschäft, die Michaelis hinausgedrängt und Hertling hereingeht haben - Die nächste Gelegenheit, die Aufgaben der deutschen Politik zu erfüllen, von der ich gesprochen habe, wird nach der erfreulichen Mitteilung, die der Herr Reichskanzler uns heute gemacht hat, voraussichtlich in Verhandlungen mit der russischen Regierung gegeben sein. Da wird es gewiß nicht möglich sein, über jenem Aufbau einer neuen Weltordnung mit der russischen Regierung Abmachungen zu treffen, umsoweniger, als die übrigen Feinde sich an	59

		diesen Verhandlungen zu beteiligen nicht bereit sind. - In der letzten Zeit war es eine Tat des kühnsten genialen Feldherrntums, das in den Blättern der Geschichte verzeichnet ist, als unsere oberste Heeresleitung trotz des Ansturmes der Flandernschlacht die Kraft fand, mit unseren Bundesgenossen gemeinsam den italienischen Verräter niederzuschlagen.	
	[Freiherr von Gamp-Massaunen]	nicht im Text	
	Haase	attackiert Sozialdemokraten und Westarp; lehnt Unterstellung ab, Agitatoren seien von Ausland bezahlt, wehrt sich gegen Isolation der Unabhängigen - Die Veröffentlichung der geheimen Dokumente der Entente durch die russische revolutionäre Regierung hat bestätigt, was wir im wesentlichen schon wußten und immer behauptet haben, daß der Krieg von der Entente zu imperialistischen Zwecken geführt wird, aber nicht nur von der Entente, sondern drüben wie hüten! - Keine Regierung Rußlands kann die Litauer und Kurländer preisgeben - zu einem Sonderfrieden mit Rußland trotz der wiederholt von allen Sozialisten geäußerten Abneigung gegen einen Sonderfrieden - Die Verhandlungen des heutigen Tages werden in den Volksmassen aller Länder sicherlich die Überzeugung verstärken, daß die Diplomatie keinen demokratischen Frieden bringen kann, daß die Völker bis zur Blutleere werden bluten müssen, wenn sie sich nicht selbst helfen. - Hilfe bringt nur der internationale Klassenkampf!	64
	Scheidemann	Bezug zu einem Flugblatt, das in der Marine zu größeren Problem geführt haben soll – Vorboten der Revolution - Es ist damals von Flugblättern gesprochen worden, auf die ich nicht eingehen will aus Gründen, die Sie wohl alle verstehen, Flugblätter, die man den Unabhängigen Sozialdemokraten an die Rockschoße gehängt hatte; man hat gesagt, diese Flugblätter, dieses Material, das in der Marine gewisse sehr unangenehme Dinge hervorgerufen hatte, dürfe unter keinen Umständen in die Reihen der Soldaten hineingelassen werden. - Die Petersburger Bolschewik, die ihre Vertreter in Stockholm haben	73
	Haase	erwähnt Wirbel, den dieses von Scheidemann erwähnte Flugblatt in der Marine erzeugt habe – Vorboten der Revolution	75
01. Dezember 1917 - Samstag			
AZ-330	Friedenskundgebung im Abgeordnetenhaus.	Dr. Seidler österr. Ministerpräsident erklärt Haltung zu Waffenstillstand mit Rußland	77
NAZ-360	Die russische Friedensaktion.	Aufforderung an kriegführende Staaten, sich zu einer allgemeinen Friedenskonferenz zusammenzusetzen	
BBZ-564	Der Widerhall der Kanzlerrede.	Deutschland vertraut auf militärische Macht	
BNN-610	Was verlangt der Wirtschaftskrieg mit England-Amerika von uns?	Amerika und England haben Deutschland alle Kolonien geraubt und der Wirtschaftskrieg wird nach dem Krieg weitergehen	
BNN-611	Der tschechische Uebermut vor dem Fall.	tschechische Bestrebungen der Selbstständigkeit sorgen für Desertionen und heftige politische Auseinandersetzungen	
DTZ-613	Das Fäßchen läuft trübe.	Lansdownes Brief und Wirkung für Deutschland; die Revolutionsmehrheit und der Scheidemannfriede zur Zerstörung Deutschlands Handelsmacht	
TR-613	Die Entente nimmt nichts zur Kenntnis.	Entente ignoriert Rußlands Meldungen	
WAZ-11889	Die ernstesten Folgen.	Entente droht Rußland mit Krieg bei seinem Waffenstillstand mit Mittelmächten	
128. Reichstags-sitzung	128. Sitzung – Erklärung des -Hauptausschusses, betreffen das russische Friedensangebot: Prinz zu Schoenaich-Carolath, Berichterstatter -Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend einen dritten Nachtragsetat für 1917 [ab S.3969 ff -]	Erklärung der Annahme des russischen Waffenstillstandes; Nachtragshaushalt für 1917 wird diskutiert und angenommen	
	Graf v. Roedern	zum Hauptausschuß	
	Ebert	Diese Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf	87

		Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedenskundgebung des Reichstags vom Juli d. l. verlangt einen Frieden des Ausgleiches und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung, ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung eines Volkes. -Über ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch erst kürzlich noch zynisch mit der Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft gedroht - Ich bin es einem Manne, der gerade jetzt in hervorragender Weise bei Anbahnung des Friedens in Europa tätig ist, schuldig, darauf hinzuweisen, <u>daß er zuerst in diesem Kriege die Forderung der Vereinigten Staaten von Europa erhoben hat. Das ist unser sozialdemokratischer Freund Leo Trotzki, der gegenwärtig als Bevollmächtigter der Volksräte in Rußland die auswärtigen Geschäfte des russischen Staates leitet.</u> - daß die europäischen Staaten, die sich gegenwärtig bis aufs Blut zerfleischen, endlich dazu kommen, sich zu einem großen Wirtschaftsgebiete zusammenzuschließen.	
	Ledebour	Denn die Sozialdemokraten Rußlands haben mit wenigen Ausnahmen von Anfang an wie wir auf dem Standpunkt gestanden, daß die Kriegskredite einer jeden kapitalistischen Regierung abgelehnt werden müssen. - Wir haben solche Gesinnungsgenossen in allen Ländern, am stärksten sind sie in Rußland vertreten, wo die Sozialdemokraten der entschiedensten sozialistisch-demokratischen Richtungen gegenwärtig ja das Heft in Händen haben, weil alle anderen Parteien abgewirtschaftet haben. -scheitern die Friedensverhandlungen an der Vergewaltigung der Völker, dann wird es notwendig sein, an die Arbeiterschaft aller Länder zu appellieren, daß sie nunmehr ohne Rücksicht auf die Regierungen, ohne Rücksicht auf die herrschenden Klassen die Machtmittel einsetzt, die sie in der Hand hat, um wirklich den Frieden zu erzwingen	89
	Graf v. Westarp		
	Freiherr v. Langemann und Erlencamp		
	Seyda		
	Dr. David	Da möchte ich denn doch konstatieren, daß es sich bei den friedensfeindlichen Äußerungen der feindlichen Staatsmänner nicht um bloße Worte handelt, sondern daß eine große Tatsache besteht, an der auch Herr Kollege Ledebour nicht vorbeigehen sollte, nämlich die harte Tatsache, daß die Männer, die die Macht in den Ententemächten des Westens in der Hand haben, das russische Friedensangebot ablehnen und die Fortsetzung des Krieges als ihr Programm der Welt verkünden.	
	Zimmermann		
	Graf v. Westarp		
	Ledebour	Unser Verdienst ist es ebensowenig wie das Ihre, daß es jetzt zum Frieden kommt. Das Verdienst habe ich den russischen Sozialdemokraten zugeschrieben	
	Dr. David	Herr Trotzki hat, als er damals diese Broschüre schrieb, die Taktik für richtig gehalten, daß der Krieg zu beenden sei durch eine internationale proletarische Revolution. Das war der Gesichtspunkt, von dem aus Trotzki und seine Freunde auch unsere Kriegspolitik beurteilten.	97
	Haase	Nur eine ganz kurze Bemerkung, und zwar im Interesse der geschichtlichen Wahrheit. Nicht im Jahre 1914, sondern bis in die letzte Zeit hinein haben Trotzki und Lenin die Politik des Abgeordneten David bekämpft und unserer Politik freundliche Aufmunterung gespendet.	

NAZ-360-1	Aus den russischen Geheimarchiven.	- Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Bern vom 14.(17.) Oktober 1917: zu einer Konferenz von Finanzmännern einer englisch-französisch-deutschen Finanzklique - Geheimtelegramm an den Geschäftsträger in Paris: Veröffentlichung von Verträgen - Teilung Klein-Asiens: unter Rußland und England; Zum Schutze der religiösen Interessen der verbündeten Mächte wird Palästina mit den heiligen Stätten vom türkischen Territorium abgetrennt und wird einem besonderen Regime [zionistisch/jüdisch] unterstellt, nach Vereinbarung zwischen Rußland, Frankreich, England. Einbeziehung Griechenlands in den Krieg: Das Angebot von Territorium in Kleinasien und Griechenland.	102
02. Dezember 1917 - Sonntag			
BNN-612	Die Führer unseres Volkes.	Kritik am Verhalten v. Kühlmanns, der die Mobilisation Rußlands als Start des Krieges sieht und am Kanzler Graf Hertling, der als Preis des Übereinkommens mit der Mehrheit des Reichstages die Parlamentarisierung der Regierung in Gang setzte; Hindenburg und Tirpitz zeigen den Weg zum Sieg	104
DZ-607	Hertling.	Hertling Vertreter der Maxime: keine Annexionen und Kriegsentschädigungen – Preußen süddeutsch machen auf antibismarckschem Kurs	
NAZ-362	Die russischen Geheimdokumente.	-Das Übereinkommen mit Italien von 1915 - In der französischen Presse wird zu den Geheimdokumenten gesagt: Die Abmachungen über Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer bewiesen, daß Frankreich lediglich die Herausgabe der geraubten Provinzen verlange, ferner, daß Frankreich nach Möglichkeit wenig gemeinsame Grenzen mit Deutschland zu haben wünsche. Frankreich habe einfach seine und Belgiens Grenzen mit einem Pufferstaat decken wollen.	
TR-615	Weiteres aus den russischen Geheimdokumenten.	Ein Vertragsentwurf zwischen Deutschland und Rußlands Neutralität für den Fall eines Angriffes Englands auf Deutschland	
VOW-330	Vertagung des Reichstags.	Die Sozialdemokraten wünschen den Reichstag permanent zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk	
03. Dezember 1917 - Montag			
BNN-614	Deutschland zu Friedensverhandlungen bereit. - Eine letzte Aufforderung an die Entente.	Trotzki fordert Alliierte auf, sich mit dem friedensbereiten Deutschland und Rußland an einen Tisch zu setzen.	109
BNN-614	Professor Meinecke und die Vaterlandspartei. – Eine Entgegnung.	Darstellung der Ziele der Vaterlandspartei, die keine politische Partei sein will als Entgegnung auf einen journalistischen Angriff	
BNN-614	Neue Geheimdokumente. – Der Ententevertrag mit Italien.	Italiens Forderungen an Gebieten von Österreich inklusive Kolonien von Deutschland	
DT-614	Aus den Geheimdokumenten	Russen werden nach der Revolution in Beratungen mit ihren Verbündeten nicht mehr berücksichtigt	
DT-615	Überschrift:- Der Waffenstillstand an der Ostfront auf dem Marsch- Die Unterhändler im Hauptquartier Ost eingetroffen.-	Teilweise örtliche Waffenruhe von Division zu Division, Waffenstillstand von Pripet bis zur Lipa bereits Tatsache.- Die Beute von Cambrai auf 6.000 Gefangene, 100 Geschütze gestiegen	
DTZ-616	Zur Erörterung des Lansdowneschen Briefes.	Der Scheidemannsche-Friede reicht um Deutschland als wirtschaftlichen Mitbewerber auszuschalten und würde England alles zu Füßen legen; ein Schweizer Blatt: „Nur zwei Mittel gibt es, den Militarismus niederzuschlagen: den Triumph der demokratischen Revolution in Deutschland oder die Vernichtung seiner Armeen durch seine Gegner.“; Eben daraus erklärt sich auch das Kriegszielprogramm der deutschen Sozialdemokratie und ihre sittliche Entrüstung, wenn von einem deutschen Siege bei uns gesprochen wird. Ein solcher paßt gar nicht in das Programm; er könnte der Demokratisierung und deren Folgen einen Strich durch ihre Rechnung machen.	
DTZ-616	Hindenburg über Krieg und Frieden. - Eine Remispartie gibt es nicht.	Hindenburg und Ludendorff über den augenblicklichen Stand des Deutschen Reiches in dem Krieg	111
DTZ-617	Die „glänzende“ Rechtfertigung der „Vorwärts“-Politik.	Kommentar zum anschließenden Artikel des „Vorwärts“ 331, S.1	
VOW-331	Hindenburg und Ludendorff über die Weltlage.	Hindenburg und Ludendorff sehen die deutsche Lage positiv; die Ansichten des „Vorwärts“ werden in „Die	115

		glänzende Rechtfertigung der Vorwärts-Politik“ in DTZ-617,1, einer kritischen Betrachtung unterzogen	
WAZ-11890-5	Die enthüllten Geheimdokumente.	ein Friedensangebot Deutschlands an Japan und Rußland	
04. Dezember 1917 - Dienstag			
AZ-333	Vom Waffenstillstand zum Frieden.	Der Sieg des Sozialismus ist der Sieg der Menschlichkeit. – Klar für das Ausland reden – ein Sonderfriede ist abzulehnen, da die Soldaten in den Westen müßten	121
DTZ-618	Russische Geheimtelegramme.	Telegramm des russischen Außenministers nach an den Gesandten in Paris, daß Paris und England zustimmen, daß Konstantinopel und die Meerengen an Rußland gehen	
DT-616	Die völkerrechtlichen Bestimmungen.	Die völkerrechtlichen Vereinbarungen für einen Waffenstillstand	
DTZ-619	Das perfide Albion.	England mißbraucht Schwedens Farben für Kriegsseefahrten, befördert Soldaten und Munition auf Lazarettschiffen	
NAZ-365	Asquiths Kriegszielprogramm.	deutlich auf Deutschland gemünzte Aussagen, mit der Betonung, keinen Frieden der schließen, der nur vorübergehender Natur wäre; Rußland mit dem schüchternen und nebelhaften Pazifismus des Zaren; es müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden für einen weltumfassenden Friedensbund aller zivilisierten Nationen, damit der Friede nicht mehr als eine Atempause sein soll; Neumalung der europäischen Landkarte genügt nicht - die Wiederherstellung von Belgien und (was seitdem hinzukam) von Serbien; -die Sicherung Frankreichs; -die Schaffung einer unangreifbaren Grundlage für die Rechte der kleineren Nationen; -die Zerschmetterung nicht Deutschlands und des deutschen Volkes, sondern der Militärherrschaft Preußens, welche ihr Fluch ist, wie sie seitdem der Fluch Europas und der Welt geworden ist. -Aber es ist klar, daß wenn der Frieden, der das erste Interesse der blutenden Nationen und der verwüsteten Welt geworden ist, mehr als eine Atempause sein soll, wir uns nicht mit einer Neumalung der Landkarte begnügen können. Auch darf unsere Rekonstruktion sich nicht auf Europa beschränken.	
TR-619	Woodrow Wilson im Wandel der Zeiten.	Wilsons Munitionslieferungen an die Entente waren private Geschäfte	
05. Dezember 1917 - Mittwoch			
BNN-617	Erzberger.	Erzberger konferierte mit einem Engländer und vier französischen Bischöfen in der Schweiz über mögliche Friedensbedingungen	128
DRB-621	Wie der Frieden zustande kommt.	Wenn Deutschland Frieden schließt, ist der Kaiser, der Bundesrat und der Reichstag gefragt	
DZ-612	Burschen heraus!	Rückblick auf die Verweigerung der Reichstagsmehrheit, Bismarck zu zu seinem 80. zu gratulieren – Verbindung zu heute und die Jugend ist gefragt für das Vaterland	
TR-620 und NAZ-370 vom 06.12.1917	Dr. Kuyper über die Geheimverträge der Entente. / Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.	Die Ententevorbereitungen, Deutschland, Oesterreich und die Türkei zu überfallen und handlungsunfähig zu schlagen, wurden durch die veröffentlichten Geheimpapiere öffentlich	
WZ-278	Die Delegationen. – Österreichische Delegation. Ausschuß für Äußeres.	Rede des österreichischen Außenministers Czernin zur aktuellen Lage/ kurze Zusammenfassung der Kriegsjahre seit dem Mord in Sarajewo und Ausblick auf Friedensaussichten	
NAZ-367	Die Frage des Wirtschaftsboykotts gegen Deutschland.	Englands Überlegungen, Deutschland nach dem Krieg mit einem umfassenden Wirtschaftsboykott zu isolieren	
VOW-333	Trotzki wird verschiedene Forderungen stellen.	Trotzki will keinen Frieden um jeden Preis	
06. Dezember 1917 - Donnerstag			
DVB-10392	Irrsinn oder Verbrechen.	sozialistische Bestrebungen, Slawen, Tschechen und Ukrainer arbeiten gegen die Monarchie und unterstützen direkt und indirekt die Forderungen der Entente	139
KHZ-570	Mackensen.	Kurzer Lebenslauf zu seinem 68. Geburtstag	
NAZ-370	Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.	Die Ententevorbereitungen, Deutschland, Oesterreich und die Türkei zu überfallen und handlungsunfähig zu schlagen,	

		wurden durch die veröffentlichten Geheimpapiere öffentlich	
WAP-280/ WZ-280	Eine Rede Wilsons	die unterdrückten Völker Österreich-Ungarn, Türkei, Balkanstaaten von Deutschland befreien. Die deutsche Autokratie bekämpfen, seine militärischen und politischen Bestrebungen zur Weltherrschaft auflösen; Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, um Italien möglicherweise zu Hilfe eilen zu können.	
TR-623	Wilson's Kriegsrede. – Kommentar	Wilson war von Anfang an unser erbittertester, gefährlichster und heuchlerischster Feind, der zunächst unter der Maske des Freundes, des Menschheitsapostels, des unparteiischen Schiedsrichters Englands Geschäfte besorgte; durch Munitionslieferungen unsere Feinde instand setzte, den Krieg durchzuhalten. Schon seit 1915 ist dieser Krieg so recht der Wilsonsche, der amerikanische Krieg oder vielmehr der Krieg zur Errichtung der angelsächsischen, amerikanischen-englischen Weltherrschaft unter der Firma der Weltdemokratie. Bei uns hat man die amerikanische Gefahr lange verkannt	
07. Dezember 1917 - Freitag			
VOW-335	Zweiter Tag der Wahlrechtsdebatte. – Friedberg für gleiches Wahlrecht.	Abg. Ströbel spricht für die Entente und erwähnt die Möglichkeit einer Revolution	147
BBZ-573	Die französische Presse über die Rede Kühlmanns.	Kühlmann will durch seinen Vorschlag alle an den grünen Tisch bringen; Für Deutschland wäre die Lage jetzt infolge des Zusammenbruchs Rußlands und der Ereignisse in Italien sehr günstig.	
WZ-280	Die Delegationen – Ungarische Delegation – Auswärtiger Ausschuß	Czernin zu Österreichs Haltung gegenüber Deutschland und der Möglichkeit einer amerikanischen Kriegserklärung	
08. Dezember 1917 - Samstag			
VOS-626	Tschechische Verräter.	tschechische Soldaten sind zum italienischen Feind übergelaufen; Sabotage durch tschechischen Verrat	153
WZ-281	Ungarische Delegation. – Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.	Rede Czernins über die Frage Elsaß-Lothringen, Belgien; keine Ratschläge an Verbündete (Wort Bismarcks); Entente wird Friedensbestrebungen stören; Wir wollen, meine Herren, einen sofortigen, wenn möglich allgemeinen Frieden. Wir wollen nicht versuchen, Rußland von seinen bisherigen Alliierten abwendig zu machen. Aber der Weg zu einem allgemeinen Frieden kann wohl nur über Rußland führen, weil Rußland der einzige Staat ist, der friedensgeneigt ist. Die Friedensbedingungen, unter welchen wir heute zu verhandeln bereit sind, sind vollständig bekannt. Es sind die, daß wir weder Annexionen noch Kompensationen fordern, daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß ebenso wie Rußland auch wir das souveräne Recht der Regierung in Anspruch nehmen, unsere internen Angelegenheiten selbständig zu regeln. Wenn Rußland wirklich den Frieden will – und es ist kein Zweifel, daß es ihn will – so ist es in der Lage, seinen Standpunkt der Westentente klar zu machen.	
DVB-10394	Wilson in neutralem Lichte.	Kriegserklärung an Österreich um Italien von Waffenstillstand abzuhalten	
VOW-336	Lettische Erklärung gegen deutsche Annexionsabsichten.	Lettenbrief in französischer „Humanite“, der die Entente um Hilfe gegen deutsche Annexion anfleht.	
VOW-336	Trozkis Friedensbedingungen.	Trozkis stellt die russischen Bedingungen für einen Waffenstillstand: keine freiwerdenden Truppen in den Westen, demokratischer Waffenstillstand	
09. Dezember 1917 - Sonntag			
NAZ-375	Graf Czernins Erklärungen.	Graf Czernin zu Elsaß-Lothringen, seine Ausführungen gleichen einem neuen Friedensangebot an die Entente	158
10. Dezember 1917 - Montag			
VOW-338	Oesterreich und Elsaß-Lothringen. – Eine deutschoffizielle Erklärung.	für Elsaß-Lothringen kämpft auch Österreich	159
BNN-627	Abgesagt?	Österreichs Außenminister kommt nicht nach Berlin – Differenzen wegen Friedensanregungen – hinter den Kulissen Verhandlungen über Friedensbedingungen, die uns und die Heeresleitung um alle günstigen Folgen unserer Siege und militärischen Erfolge bringen würden	
DTZ-630	Ententegeld an Kerenski.	Kerenskis Revolution unterstützt von England und Amerika; aus Deutschland Geld an die Bolschewiki?	

VOS-629	Neue Geheimakten.	Amerika sperrt Lieferungen für die Bolschewiki; Frankreich erkennt die Regierung der Bolschewiki nicht an	
WAZ-11895	Die Antwort Rußlands.	England betont noch einmal, keinen Frieden schließen zu wollen – Rußland droht mit der Finanzsperre in den Westen	
11. Dezember 1917 - Dienstag			
AZE-339	An die Völker denken.	Wir müssen die Gefühle der Völker gegen ihre Regierungen mobilisieren;	163
BNN-629	Die Folgen der Ablehnung des deutschen Friedensangebots für unsere Feinde. – von Geheimrat Prof. Dr. Joseph Kohler, Berlin.	[Zum Friedensangebot vom 12.12.1916] Englands verzweifelte Versuche, seine Annexionspolitik zu realisieren und das Ziel, Deutschland zu zerstückeln und zu verstümmeln, das Reich der Hohenzollern mit der Monarchie dem Untergang weihen und Deutschland um 200 Jahre zurückzuwerfen	
DTZ-632	Eine Erklärung des Grafen Andrássy	auch Ungarn gehen ins Ausland zu sozialistischen Treibereien gegen einen Siegfrieden	
DTZ-632	Rußland nicht zugezogen.	Rußland wurde nach der Revolution nicht mehr bei den militärischen Beratungen hinzugezogen.	
12. Dezember 1917 - Mittwoch			
AZ-340	Keine Sieger und keine Besiegten.	die Illusion der Sozialisten, England habe sich in seinen Kriegszielen zugunsten eines „Verständigungsfriedens“ geändert; besonders in England sei die Wandlung der Stimmung deutlich zu erkennen, England spreche schon eine andere Sprache als vor Wochen, in allen Ländern der Entente wandle sich die Stimmung, daß keine Partei die andere zu besiegen vermag; Resultat: Den Völkerkrieg wollen wir durch einen Frieden beenden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt; die Siege, nach denen wir streben, sind nicht im Völkerkrieg zu erringen, sondern im Klassenkampf. – heißt: Klassenkampf = Revolution	167
BBZ-581	Die Präzisierung der Kriegsziele. – Zum 12. Dezember 1916. – von Ernst Heinemann	Englands Widersprüchlichkeit in Bezug auf ihre Ablehnung des Friedensangebotes vom 12.12.1916 und der Aussage Lord Balfours vom 30.07.1917, die die deutsche Haltung im Dezember 1916 bestätigt	
BTB-633	Die Note Troztkis an die diplomatischen Vertreter der Entente. – Aufforderung einer positiven Stellungnahme zu den Friedensverhandlungen.	Aufforderung zur Unterstützung der Friedensverhandlungen - russische Bedingung: keine Truppen an andere Fronten, Räumung der Inseln im Moonsund	
DRB-633	Zum Jahrestag des deutschen Friedensangebots.	das Friedensangebot vom 12.12.1916 erwuchs aus einer totalen Verkennung der Psychologie unserer Feinde und entsprang derselben falschen Einschätzung der Verhältnisse, die uns politisch so viele Mißerfolge eintrug, während unsere militärische Kraft die Welt in Erstaunen setzte – die Küste Flanderns ist für England lebensnotwendig und sie versuchen alles, sie in ihren Besitz zu bekommen -	
DVB-10397	Die Friedenserörterungen.	Buchanan meint, wenn auch in den Staaten der Mittelmächte an die Stelle der monarchischen die republikanische Regierungsform treten würde, was natürlich nur durch eine Revolution, durch einen Bürgerkrieg möglich wäre. - Die Entente kann sich gar keinen besseren Anwalt wünschen, als er ihr in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erstanden ist! Was sie sagt, kann gar keine andere Bedeutung haben, als daß das einzige und eigentliche Friedenshindernis nur unsere so überaus günstige militärische Lage ist. Wir hätten also eigentlich nichts anderes zu tun, als die Entente de- und wehmütig dafür um Entschuldigung zu bitten, daß wir in dem uns aufgezwungenen Kampfe Sieger geblieben sind, daß die hübschen Pläne, die man gegen uns im Schilde führte, dank unseres Widerstandes leider nicht verwirklicht werden konnten	
DZ-625	Was tut Herr Scheidemann in Stockholm?	Bekanntlich haben sich Scheidemann und der „Vorwärts“ stets gegen einen Sonderfrieden mit Rußland erklärt, um den deutschen Sieg über die Westmächte zu verhindern	
DZ-626	Asquith an die Feinde.	Kommentar zu Asquiths Rede: Belgien ist der Dreh- und Angelpunkt im englisch-deutschen Krieg. Sieger ist der Herr Belgiens. - militärischen Sieghaftigkeit des Deutschen Reiches und der Unfähigkeit oder Willenlosigkeit der politischen Leitung des Deutschen Reiches	
TR-633	Zum Jahrestag des Friedensangebotes - (12.	froh, daß die Entente das Angebot nicht angenommen, es	

	Dezember 1916)	wäre der Untergang geworden, trotz damaliger militärischer Stärke	
13. Dezember 1917 - Donnerstag			
BNN-632	Für und wieder die Vaterlandspartei.	Erlaß des preußischen Innenministers findet in der äußersten Linken Freunde, da er gegen die Betätigung für die Vaterlandspartei gerichtet ist - Sozialdemokraten und Fortschrittler haben ihm diese Auffassung beigebracht und behaupten, daß die Deutsche Vaterlandspartei zersetzend auf unser Volk wirke, den Burgfrieden gefährde und den Krieg verlängere -	179
DT-634	Rußland an die Entente.	Rußland fordert die Entente auf, sich an den Waffenstillstandsverhandlungen zu beteiligen	
DTZ-635	Das Jahr der Friedensangebote.	das Jahr der Friedensangebote („Der Kampf für und wider des Frieden“ J. Kreppel)	
DTZ-636	Herr Dr. Drews – Vaterlands-Partei – Fürst Bismarck.	Tritt der Beamte für eine Vereinigung ein – die Vaterlandspartei – die den Sieg der Nation über ihre äußeren Feinde anstrebt, durch den selbstverständlich auch die Monarchie in Deutschland neu gestärkt würde, dann überschreitet er nach Herrn Dr. Drews die Grenzen der Zurückhaltung, die ihm durch den Eid gegen den König auferlegt sind, laut seinem Erlaß	
DVB-10389	Die Friedensfeinde an der Arbeit.	die Entente bleibt ihren Ziel der Zerstückelung Österreich-Ungarns, Zerreißung Deutschlands und seiner überlegenen Staatsorganisation, die schon im Frieden den an Zahl überlegenen Gegner schlägt	
DVB-10389	Das Ultimatum Rußlands an die Entente.	Rußland erwartet eine Teilnahme der Entente an den Friedensverhandlungen bis zum 2. Dezember	
AZ-341	Erzberger über sich und über den Frieden.	auf der Berner Konferenz zur Gestaltung der Völkerbeziehungen nach dem Kriege:Keine Annexionen ohne Volksabstimmung, Schaffung eines internationalen Gerichtshofes zur Vermeidung von Kriegen	
DZ-627	Im September 1917.	die Entscheidung über Belgien „in englandfreundlichem Sinne“ – das Friedensangebot im September 1917	
DZ-628	Im September 1917.	liegt abermals ein Fall des von uns mehrfach beleuchteten Schleichhandels mit Friedensangeboten vor?	
DZ-628	„Deutschlands Verhängnis“.	<u>Ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen tut uns not; es darf weder Sieger noch Besiegte geben. Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender, endgültiger Sieg, der im Innern die Alideutschen und jenseits der Grenze die Revanche-Idee stärkte.“</u>	
DZ-628	Scheidemann in Stockholm.	<u>bekanntlich hätten sich Scheidemann und der „Vorwärts“ stets gegen einen Sonderfrieden mit Rußland erklärt, um den deutschen Sieg über die Westmächte zu verhindern; der „deutsche Militarismus“ soll und muß auch nach Auffassung des „Vorwärts“ besiegt werden; es bleibe dabei, daß wir geschlagen werden müßten.</u>	
NAZ-382	Das Kriegsjahr nach dem Friedensangebot.	Rückblick auf das vergangene Jahr: Rumänien erobert, Rückzug in Siegfriedstellung und Entente ins Leere laufen lassen, verlorene Landschlacht gegen die U-Bootbasis, Italien kurz vor dem Zusammenbruch,	
NAZ-382	Die Rede des Lord Asquith.	Kommentar zur Rede Asquiths, der vorangegangene Reden, die die Niederwerfung Deutschlands propagierten ignoriert	
VOS-636	Waffenruhe – Waffenstillstand.	General Hoffmann leitet die Waffenstillstandsverhandlungen	
VOW-341	Was tut Scheidemann in Stockholm?	Scheidemann setzt sich im Auftrage der Sozialisten in Stockholm für den Frieden ein	
WAZ-11898	Die neue Affäre Caillaux.	Clemenceau will seinen Widerpart eliminieren, der Friedensreden hält und nicht der Meinung Clemenceaus it	
14. Dezember 1917 - Freitag			
AZ-342	Wir sind nicht froh. – [Streikvorbereitungen für Österreich]	Klagen über den Versorgungsnotstand in Österreich und sozialistische Ignoranz wird deutlich in Bezug auf die Realität des Krieges im täglichen Leben	192
BNN-635	Ein Bethmann-Nest.	Stockholm ist Treffpunkt der Gegner des deutschen Waffensieges, mit Scheidemann und ehem. Unterstaatssekretär Riezler im diplomatischen dortigen Dienst für Deutschland	
DZ-629	Wohin wir geführt werden.	Die September Friedensinitiative ging auf Kühlmann zurück. Hindenburg widerspricht den Behauptungen, Deutschland sei wirtschaftlich und militärisch am Ende.	

		- Quidde: „Ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen tut uns not: es darf weder Sieger noch Besiegte geben. Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender, endgültiger Sieg.“	
DZ-630	Im September 1917.	das Verwirrspiel der deutschen Regierung zu den Friedensmauscheleien im September 1917.	
DZ-630	Deutsche Dankbarkeit. – von Professor Hans Haefcke.	Machstreben unfähiger Sozialisten	
VOW-342	Aufruf!	Aufruf Mitglied der SPD zu werden und zu finanzieller Unterstützung	
15. Dezember 1917 - Samstag			
DZ-631-1	Das Geständnis.	Ströbel hat ja bereits im Landtag als Parteiredner der Sozialdemokratie etwas ähnliches ausgesprochen. <u>Er meinte damals, ein voller Sieg unserer Waffen liege nicht im Interesse der Sozialdemokratie.</u> Nach der famosen Berner „Vorkonferenz“ wissen wir aber jetzt auch von Quidde, Bernstein, Gothein und Erzberger, was die Julientschließung gewollt hat, und was die Agitation der Erzberger und Scheidemann überhaupt will. Sie will einen endgültigen deutschen Sieg verhindern, weil er die Alldeutschen stärken würde. <u>Das vierblättrige Berner Kleeblatt gesteht hiernach zu, einem überwältigenden und endgültigen deutschen Siege um eines Parteizweckes willen entgegen zu arbeiten!</u>	199
DRB-640	Entente-Agenten bei den Züricher Krawallen.	Krawalle in Zürich durch Entente Agenten; revolutionäre Flugblätter für Deutschland beschlagnahmt	
DTZ-640	Die Berner Finanzkonferenz.	daß sich Finanzexperten – Finanzclique – in Bern zu Friedensvorbereitungen trafen wird sichtbar abgeleugnet	
DVB-10400	Der Weltkrieg.	Entente schürt Kadettenrevolution – Italien verschleierte seine katastrophale Lage – Sicht aus Österreich	
VOW-343	Klarstellung der Kriegsziele.	Die unklare Situation der verfahrenen Friedensinitiative vom September 1917 und der Text des russischen Geschäftsträgers	
DVB-10400	Trotzki über den Waffenstillstand und Frieden.	Trotzki will allgemeinen Frieden	
DVB-10400	Die Geheimverträge.	Italien lehnt Intervention des Vatikan ab, Dementi Italiens	
16. Dezember 1917 - Sonntag			
NAZ-388	Der gescheiterte englische Schlachtplan.	die gescheiterte Flandernoffensive der Alliierten zur Eroberung der deutschen U-Bootbasis	205
AZ-344	Lloyd Georg für den Krieg – Eine gedankenlose Schimpfrede.	In seiner Rede spricht L.G. auf Deutschland gemünzt von Mord, Brandstiftung, Raub, Einbruch, Betrug und Seeraub, das er Deutschland unterstellt.....	
BTB-641-1	Der diplomatische Anlauf im September 1917. – von Conrad Haussmann, Mitglied des Reichstags	Das Problem der Friedensfühler von England/ Deutschland und das Nichtgelingen	
DTZ-641-3	Erzberger und Lloyd George.	Erzbergers vergeblicher Versuch mit England in Friedensdiskussion zu kommen – Juli 1917	
DVB-10401-1	Der Niedergang Frankreichs.	Caillaux als Friedensvertreter wird von Clemenceau wegen Landesverrats angeklagt und in Untersuchungshaft genommen	
DVB-10401-3	Eine Friedensanregung Kings’.	Anfrage in Londons Unterhaus	
VOS-641-1	Die Vorgeschichte der deutsch-englischen Friedensfühler.	Bericht über die Friedensanfrage im September 1917	
17. Dezember 1917 - Montag			
DTZ-642	Der Zusammenbruch der Kühlmannschen Politik.	englisch-deutsch-französische Finanzkluge hat im September das Friedensangebot Kühlmanns nach London geleitet; die Zukunft verspricht den Alliierten die Revolution in Deutschland – Übersetzung des beigefügten englischen Textausschnittes	213
NAZ-390-1	Zu Balfours „Enthüllung“	halbamtliches Dementi der halbamtlichen „Nordd. Allg. Ztg.“; was ein politisches Dementi bedeutet, ist sehr deutlich	
VOW-345	Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland. [A]	amtliche Mitteilung über den Beginn der Friedensverhandlungen	
VOW-345	Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland. [B]	die Ziele, die die Sozialdemokraten in den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sehen; es gibt zumal für die sozialdemokratische Fraktion keine „positive	

		Arbeit“, an der sie sich mit leidenschaftlicherem Eifer beteiligte als am Aufbau des Friedens. Daß sich einer unserer beiden Fraktionsvorsitzenden, Genosse Scheidemann, zu dieser Arbeit nach Stockholm begeben hat, ist bekannt.	
TR-643	Die Probe aufs Exempel.	Kritik an der Haltung der Sozialdemokraten zu den kommenden Verhandlungen mit Rußland	
VOW-345	Maxim Gorki über Lenin.	Gorki sieht Lenins Versuch einer sozialistischen Gesellschaft als verloren an	
DZ-635	Der „gerechte Verständigungsfriede“	Kritik an der „gehaltlosen“ Darstellung des Reichskanzlers gegenüber dem WTB.	
WAZ-11901	Reichskanzler Graf Hertling über die Rede Lloyd Georges.	Hertling betont: Nicht wir waren es, die den Mord von Sarajewo inszenierten. Der Prozeß Suchomlinow in Petersburg, er hat das, was wir seit Ende Juli 1915 wußten, der Welt mit absoluter Deutlichkeit klargelegt: Die Ursache des Weltkrieges, den dem Zaren Nikolaus II. von gewissenlosen Ratgebern abgenötigten Befehl zur Gesamtmobilmachung, der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang	
POS-589	Lloyd Georges Rede.	er bezeichnet Deutschland: Verbrecher, verbrecherischer Staat, Völkerverbrechen, erfolgreiche Banditen; Englands göttliche Aufgabe, Sieg wesentlich für die Freiheit der Welt, preußischer Militärgeist von Prahleren trunken, Rußlands Ausscheiden schwächt Kräfte der Demokratie, die russische Demokratie, Kampf gegen Militäradokratie, amerikanische Demokratie, kein mächtigeres Land als Amerika, Zusammenbruch Rußlands und zeitweilige Niederlage Italiens; eine finstere Macht bedroht die Welt mit Sklaverei	
18. Dezember 1917 – Dienstag			
AZ-346	Die Mission Worowskys.	Der russische Gesandte Worowski versucht sein Treffen mit Scheidemann als eine nebensächliche Angelegenheit unter vielen zu degradieren.	223
BBZ-592	Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.	Ziel der Entente von Anfang an: Aus den Archiven geht hervor, daß man es darauf angelegt hatte, die Mittelmächte so gut wie unvermittelt zu überfallen und ihnen einen tödlichen Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte, nie wieder erholen würden	
BNN-642	Die Friedensverhandlungen mit Rußland.	General Hoffmann, Nachfolger von Ludendorff im Osten, verantwortlich für die Erstellung des Waffenstillstandsvertrages; Stresemann, Westarp, v.Gamp, Haase, Ebert, Scheidemann, Trimborn und Erzberger, Seyda: sollen mit dem Kanzler die Friedensbedingungen des deutschen Volkes mit Rußland besprechen	
NAZ-391	Zur Rede Lloyd Georges.	Kommentare der Schweiz und Schwedens: Lloyd George – die Lage sei nicht so günstig; Mit der deutschen Regierung ist infolge ihrer teuflischen Beschaffenheit keine dauerhafte Abmachung zu treffen und der Sieg der Alliierten würde ein tausendjähriges Reich der Rechtschaffenheit und Freude bedeuten; Der kommende Friedensschluß ist das Urteil in dem Prozeß gegen die Mittelmächte wegen „Betrug, Diebstahl, Vergewaltigung, Mordbrand, Raubmord und Raub“.	
NAZ-391	Wie die Lichter an den Weihnachtsbaum kamen.	kleine Geschichte des Weihnachtsbaumes mit Kerzenschmuck	
VOS-645	Wie stehen wir zu England? – von Dr. Siegfried Heckscher. – Mitglied des Reichstags.	Bezug zur September-Friedensaktion; kritischer Blick auf von Kühlmann	
VOW-346	Die Friedensfühler vom September - Neue Erklärungen	Ist Lord Robert Cecil bekannt, daß ein in amtlicher Stellung befindlicher englischer Diplomat im Monat August eine Mitteilung betreffend deutsche Kriegsziele an eine neutrale Macht gerichtet hat und behauptet Lord Robert Cecil, daß diese Mitteilung nicht im Namen und im Auftrage der großbritannischen Regierung gemacht worden sei, oder will er behaupten, daß diese Mitteilung nicht unter Umständen erfolgt sei, nach denen die neutrale Regierung annehmen mußte, England handle in der Erwartung und Voraussicht eines entsprechenden Schrittes der neutralen Macht bei der deutschen Regierung ?	
VOW-346	Die Stockholmer Friedensaktion.	Worowski und Scheidemanns Treffen; Worowskys	

	Die Angriffe des „Socialdemokraten“ – Die Hoffnung des „Politiken“ – Norwegen für die bolschewistische Regierung – Englische Paßverweigerung gegen die christliche Konferenz in Upsala	Stellungnahme dazu	
WAZ-11902	Scheidemanns Stockholmer Konferenzen.	Scheidemann konferiert in Stockholm mit Vertretern der russischen Bolschewiki	
DVB-10403	Der Waffenstillstand mit Rußland und die amerikanische Kriegserklärung.	Die Westmächte zeigen noch immer keine Neigung, ihren schroff ablehnenden Standpunkt aufzugeben, sie wollen keinen Frieden, der nicht den Plänen, mit welchen sie den Krieg begonnen haben, Erfüllung verheißt und bringt	
DVB-10403	Die Wilsonsche Kriegserklärung.	die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat der österreichisch-ungarischen Monarchie am 7. d.M. den Krieg erklärt	
DVB-10403	1916 - 1917.	Kurzer Rückblick auf das vergangene Jahr und englische Siegesprognosen	
DVB-10403	Der Weltkrieg. – England und Deutschland. – Lloyd George. – Eine Erklärung des Grafen Hertling. – Jüdische Diplomatie. – Belgien.	Andeutungen Balfours über eine diplomatische Fühlungnahme zwischen England und Deutschland im verfloßenen September, daß die deutsche Reichsregierung es wieder einmal absichtlich oder unabsichtlich versäumt habe, den Faden weiterzuspinnen. --- Es überrascht das durchaus nicht; für die Mosse-Presse ist das, was ein englischer Minister sagt, immer die reine Wahrheit, besonders, wenn darin Deutschland verdächtigt wird	
19. Dezember 1917 - Mittwoch			
BNN-643	Die Augen auf!	Scheidemanns Treffen in Stockholm mit dem russischen Führer der Friedenskommission in Brest-Litowsk – sein ziwielichtiges Spiel gegen Deutschland	232
DT-645	Die Reichstagsmehrheit und der Friede.	die Nationalliberalen tragen nicht das ganze Konzept des „demokratischen Friedens“ der Mehrheitsparteien	
DZ-638	Es wird immer heiterer!	Kühlmann, Erzberger und Scheidemann beraten interfraktionell hinter verschlossenen Türen über das Vorgehen in Brest-Litowsk	
KHZ-592	Kriegsküchenzettel des Nationalen Frauendienstes. – Bürgerliche Küche.	Küchenzettel für Weihnachten 1917	
TR-647	Ein neues Babel.	Österreichs Tschechen, die Massenverrat, organisierte Fahnenflucht und Überlauf ganzer Regimenter zu den Russen verursachten, wollen amtlich an den Friedensverhandlungen teilnehmen.	
VOW-347	Die Intrigen der Entente gegen Stockholm.	versucht die sozialistische Friedenskonferenz von deutscher SPD organisiert zu boykottieren.	
WAZ-11903	Die Ueberfuhr. – Zu den Verhandlungen in Brest Litowsk.	die Mittelmächte und Rußland sehen auf Brest-Litowsk und erwarten die Teilnahme der ehemaligen Alliierten Rußlands an den Friedensverhandlungen	
DVB-10404	Besorgnisse wegen der Affäre Caillaux.	Zur Anklage gegen Caillaux verlautet aus radikalen Kammerkreisen, daß dieselbe vor allem unter englischem Einflusse erfolgt sei	
DVB-10404	Der englische Imperialismus und die Verzichtfriedensfreunde.	die englischen Kriegsziele: die innere dauernde Schwächung des deutschen Volkes. Das ist der Sinn der demokratischen Freiheit, mit der England und seine bezahlten und unbezahlten Agenten Deutschland beglücken wollen,	
DVB-10404	Gegen das amerikanische Deutschtum.	Zensur deutscher Schulbücher. Cincinatti: Dort sind Zensurbehörden eingerichtet worden, um die deutschen Schulbücher auf ihre Gefährlichkeit zu untersuchen. Dieser Zensurbehörde sind sechs Bücher vollständig zum Opfer gefallen, während aus anderen bloß eine Anzahl von Stellen entfernt werden mußte. Die verbotenen Bücher lauten: „Im Vaterland“, „Vorwärts“, „Vom großen König“, „Kreuz und quer“, „Vergangene Zeiten“, „Deutsche Heimat“.	
DVB-10404	Warschauer Juden gegen die Engländer.	Bisher hat sich die türkische Regierung mit Erfolg den Ausgrabungsversuchen der Engländer in Palästina widersetzt, soweit sie irgend konnte. Befürchtungen unter der Besatzung der Engländer, daß diese ihre Räuberpolitik auch in Palästina fortsetzt.	
20. Dezember 1917 - Donnerstag			
DT-297	Die Westafrikaner der französischen Armee.	seit 1910 Maßnahmen der Franzosen, afrikanische Bataillone für den Einsatz in Europa zu bilden	240
DTZ-648	Herrn Erzbergers englische Lorbeeren.	Erzberger war im Auftrag der Regierung in der Schweiz um mit einem englischen Mittelman Kontakt aufzunehmen	

DTZ-649	Zu Herrn Erzbergers Tätigkeit.	Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Erzberger hinter dem Friedensappell des Papstes steckt	
DTZ-649	Erzbergers Unterredungen.	Erzberger hat mit Vertretern feindlicher Staaten in der Schweiz Unterredungen gehabt; mit ihnen zu verhandeln, ihnen gegenüber über die Grenzen des Nachgebens, z.B. daß Belgien, äußerstenfalls sogar unter Bezahlung einer respektablen Entschädigungssumme herausgegeben werde, daß die französisch sprechenden Teile Elsaß-Lothringens an Frankreich abgetreten werden, um damit dessen Friedensgeneigtheit zu erkaufen usw. zu plaudern, über die Strömungen bei uns im Innern zu schwatzen, kurz und gut, die Position, von der aus dereinst unsere Friedensunterhändler an ihr schwieriges Werk herantreten müssen, zu unterhöhlen und zum voraus schon zu enthüllen	
DVB-10405	Wie man in Rußland über England denkt.	Man sieht England imperialistisch – man sollte die natürliche Entwicklung der Dinge in Deutschland abwarten – der Wink mit der Revolution	
DVB-10405	Hände weg!	Tschechen und Südslawen wollen an Friedensverhandlungen teilnehmen – zum Vorteil der Entente	
DZ-640	Ein italienischer Scheidemann.	ein Italiener zieht in dem, was er will, durchaus eine Straße mit so namhaften deutschen Politikern, wie dem Führer der Julimehrheit des Deutschen Reichstags und seinen Vertrauensleuten von Freisinn und Zentrum. Auch sie sind vollständig überzeugt von der Notwendigkeit, Deutschland die politische Ausnützung seiner Siege „nach Möglichkeit“ unmöglich zu machen.	
BTB-649	Balfour über die englischen Kriegsziele.	Vorspann zur Rede Balfours, wie in NAZ 396-1, in der Collins die Überwindung des „Autokratismus“ betont, entweder durch innere oder äußere Einflüsse [Revolution]	
NAZ-396	Balfour zu den englischen Kriegszielen.	es gab kein Abkommen über Konstantinopel; daß England wegen rein selbstsüchtiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzukürzen wünschen; aber es gibt keine größere Verkehrung der Tatsachen.	
NAZ-397	Balfours Rede. [2.]	Rechtfertigung zu Italiens Gebietsforderungen; nie etwas von Frankreichs Verlangen auf das linke Rheinufer gehört	
VOS-649	Die „Lusitania“ als Munitionsschiff.	Senator La Follette kann die Tatsache, daß die „Lusitania“ Munition transportierte bezeugen.	
WAZ-11904	Wie die Entente den Krieg vorbereitete.	französische Verhandlungen mit der Schweiz im Frühjahr 1914, Getreideeinfuhr aus der Schweiz über Bordeaux zu liefern	
DVB-10405	Der Weltkrieg – Die Friedensverhandlungen.	Waffenstillstandsbedingungen mit Rußland zeigen keine Verbindung mehr mit Entente	
21. Dezember 1917 - Freitag			
BNN-647	Deutschlands Ziel. – von Adolf Goetz-Hamburg.	Siegt England, so wird es den Reichtum und den Besitz in der ganzen Welt kontrollieren. England wird also überall der Kunde sein, der nicht nur kauft, sondern das Geschäft überhaupt bestimmt.	249
BTB-650	Trotsky über den Sonderfrieden.	Trotsky sieht noch keinen Sonderfrieden, sondern nur den Waffenstillstand	
BTB-651	Der Kampf der Tschechen gegen die Deutschen in Böhmen. – Nahrungsmittelverweigerung.	Tschechen klären über Umgang mit Deutschen in einem Königreich Böhmen auf	
DTZ-651	Zu der Rede des österreichischen Ministerpräsidenten.	Hinweise auf die Zusammenarbeit der österreichischen Tschechen mit den Russen, die englische Finanzierung derselben; der Einfluß Viktor Adlers nicht nur in Oesterreich sondern auch in Deutschland; Verzichtsidee auch für den Westen	
DVB-10406	Hindenburg und Ludendorff über die Kriegslage.	die Heerführer sind zuversichtlich zum Siege	
DVB-10406	Der englische Imperialismus und die Verzichtsfriedensfreunde.	England annektiert Aegypten und will noch Mesopotamien und verlangt von Deutschland das besetzte, nicht annektierte Belgien, zu räumen.	
BNN-647	Unter „Balfour über Elsaß-Lothringen“. – [Losreißung des linken Rheinufers]	Wortlaut der französisch-russischen Abmachung zur Losreißung des linken Rheinufers von Deutschland	
NAZ-398	„Iswestia“ - [bringt neue russische Geheimdokumente]	Poincare ist entsetzt über den russischen Verlust Rigas und eine drohende Niederlage	
TR-651	Die allgemeine Kriegslage nach dem Waffenstillstand.	Die Situation nach dem Waffenstillstand mit Rußland zeigt sich für die Italiener und Engländer nachteilig	

VOW-349	Der Waffenstillstandsvertrag. – Französische Pressestimmen.	Man traut den Deutschen nicht über den Weg bei den Verhandlungen mit den Russen	
DVB-10406	Wann die Entente die Aushungerung vorbereitet hatte.	Maßnahmen der Ernährung Frankreichs im Mai 1914 mit der Schweiz begonnen.	
22. Dezember 1917 - Samstag			
VOS-652	Die „Friedensanträge“ an Frankreich. – Caillaux Verteidigung.	Caillaux werden Angebote von deutschen Friedensvorschlägen gemacht, die er aber den Vermittlern abschlägt.	257
BTB-652	Die neue Rede Lloyd Georges. – Lloyd George über die militärische Lage. [Ergänzungen mit BBZ 599, 22.12.1917, S.2]	L.G. schob den Ausbruch des Krieges der ruhelosen und anmaßenden deutschen Militärführung zu, die den Frieden der Welt störe. Englands Sieg sei das einzige, was die Friedensbedingungen verwirklichen könne; die angeblich jahrelangen Vorbereitungen Deutschlands auf einen Angriffskrieg; Wiederholt habe Deutschland versucht, Rußland und Frankreich zum Kriege zu zwingen, und beide hätten den Frieden durch Demütigungen erkaufen müssen	
DT-Themen-299	Parlamentarisierung der Reichsregierung. – von Freiherrn von Zedlitz und Neukirch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten	Der Reichstag hat mit Mehrheitsbildung eine Parlamentarisierung der Reichsregierung, mit Abgeordneten als Mitglieder, durch Zusammenschluß von Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalliberalen, erreicht.	
DTZ-652	Ein neues deutsches Friedensangebot?	Gerücht über ein neues deutsches Friedensangebot	
DTZ-653	„Frevel am Vaterlande.“	Diskussion über die September Friedens-Initiative Kühlmanns, die von der Regierung abgestritten – siehe 17.12.1917-DTZ „Der Zusammenbruch der Kühlmannschen Politik“	
DVB-10407	Die Entente neuerlich zur Teilnahme aufgefordert.	Hinweis auf Friedensvorschlag der Bolschewiki	
23. Dezember 1917 - Sonntag			
AZ-351	„Nicht der geringste Anlaß.“	österreichischen Sozialisten sehen deutsches Verhalten als Hinderungsgrund, da ein gerüchteweises Friedensabkommen mit England im September 17 nicht zustande kam – die sozialistische Sichtweise aus 2024 noch	264
DRB-654	Lloyd Georges Keckheit im Verdrehen.	kurze Beschreibung des Verhaltens Lloyd Georges mit seinen Reden Deutschland gegenüber – andere für England bluten lassen	
DVB-10408	Der demokratische Schwindel der Entente.	Frankreich will im Vereine mit Herrn Wilson den Mittelmächten die Demokratie aufzwingen.	
DVB-10408	Will England einlenken?	Frage stellt sich, ob die vielen Reden Englands den Weg zum Frieden markieren?	
NAZ-401	Italienische Dummdumgeschosse.	völkerrechtswidriger Einsatz von Dum-Dum-Geschossen italienischer Truppen	
24. Dezember 1917 - Montag			
BTB-656	Rede des Kaisers an der Westfront.	Dankesrede des Kaisers an die 2. Armee stellvertretend für alle, für das erfolgreiche Jahr 1917	268
25. Dezember 1917 - Dienstag			
BBZ-649	Der Dank des Kaisers.	Kaiser bedankt sich bei der Organisation des Kriegsministeriums	269
DZ-649	Der Herr Oberbefehlshaber in den Marken hat das Erscheinen der Deutschen Zeitung zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten	die Zensur hat zugesprochen	
DTZ-657	Reden	kurzer Rückblick auf Reden der Briten Balfour, Churchill und Lloyd George	
TR-657	Der Friede - (In memoriam)1. [1813]	Vergleich der Friedensverhandlungen in Nach-Napoleonischer Zeit 1813/ 1815 mit Brest-Litowsk – Hinweis auf Englands Haltung, andere für sich bluten lassen und selbst den Lorbeer einheimsen	
26. Dezember 1917 - Mittwoch			
	Feiertag		
27. Dezember 1917 - Donnerstag			
TR-659	Der Friede - (In memoriam)2.	auch die Frankreichfreundlichen gab es damals schon. Preußen sollte nicht zu stark werden, England und Metternich – deshalb kein Elsaß-Lothringen	273
BNN-656	Gefährliches Spiel.	Rußlands Verhalten gegenüber der Entente und Deutschlands eingehen auf Rußlands Bedingungen	
DRB-659	Die Antwort des Vierbundes auf die russischen Friedensvorschläge,	klare Kritik an den Entscheidungen in Brest-Litowsk	
TR-659	Weihnachten in Brest-Litowsk.	scharfe Kritik an der deutschen Verhandlung in Brest-Litowsk	

VOS-658	Grundsätzliche Übereinstimmung in Brest-Litowsk. – Zehntägige Frist für die Entente. – Fortsetzung der Friedensverhandlungen am 4. Januar. Die Friedensbasis.	Hinweis auf die Übereinstimmung Rußlands und der Mittelmächte zur Friedensfrage	
	LEMO – lebendiges Museum online	Hinweis auf falsche Aussage zu Brest-Litowsk	
DVB-10411	Die Friedensverhandlungen. – Die russischen Vorschläge als allgemeine Grundlage angenommen.	siehe auch: 28.12.1917 - Fr BTB-Wochenausg.-52-2	
BTB-659	Die zehntägige Frist.	T.Wolffs Kommentar zu den Vereinbarungen in Brest-Litowsk	
DVB-10411	Die „Lusitania“ ein Munitionsschiff.	Bestätigung, daß die Lusitania Munition transportierte	
VOS-658	Die Kriegsziele der Entente.	englische Diskussion der Kriegsziel – Elsaß-Lothringen, Italiens Pläne; die berühmte Rheinufer-Erklärung Sir Edward Carsons die klar bestätigt hat, daß die Kriegsziele der Entente mit den Geheimverträgen in Wirklichkeit identisch sind. / Ponsonbys lautete: „Ihr habt die ursprünglichen uneigennütigen Kriegsziele unseres Landes prostituiert und an ihre Stelle gemeine Rachgier, verbrecherische Beutelust und anmaßende Forderungen imperialistischer Natur gesetzt. Ihr habt das alles ohne die Zustimmung des Volkes getan, indem ihr hinter seinem Rücken geheime und unverantwortliche Verträge schloßet, während ihr gleichzeitig betrügerische und irreführende Erklärungen abgabt.	
28. Dezember 1917 - Freitag			
TR-660	Die Bedeutung des Besitzes von Jerusalem für England.	die Realisierung des zionistischen Ideals, die natürlich unter englischer Oberhoheit stattfinden soll,; weil man von da aus in der Tat den ganzen Islam in seinem Sinne beeinflussen könnte	285
TR-660	Die deutsche Presse über die Brest-Litowsker Verzichtfriedensverhandlungen.	Stellungnahmen deutscher Presse zu Brest-Litowsk: Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung, Berliner Neueste Nachrichten, Vossische Zeitung, Berliner Tageblatt, Vorwärts, Germania, Kölnische Zeitung	
TR-661	Erzbergers Triumphgesang.	in einem Interview betont Erzberger seine Idee: keine Annexionen, keine Kontributionen	
TR-661	Nordschleswig bleibt deutsch.	Gerücht, Provinz Hadersleben gehe an Dänemark nach dem Krieg	
WAZ-11909	Die letzte Frist.	die Entente könnte nicht nein sagen, zum Friedensangebot der Mittelmächte ohne sich an der Menschheit zu vergehen	
29. Dezember 1917 - Samstag			
DRB-662	Zwischen Krieg und Frieden. – von Julius Werner.	die „Unabhängige Sozialdemokratie“ und die an sie angrenzenden Parteigruppen in dem nationalen Daseinskampf einen weitausgreifenden strategischen Enderfolg nicht wünschen. Von einem siegreichen Ausgang des Weltkriegs fürchten jene Kreise einen ihnen unerwünschte Befestigung der Monarchie, eine Stärkung der „preußischen Militärkaste“ und des „alldutschen“ Einflusses.	290
DT-660	Die Engländer und Brest-Litowsk.	Kommentare „Nieuwe Rotterdamsche Courant“, „Daily Chronicle“, „Times“, „Daily News“, „Manchester Guardian“	
DZ-653	Das wahre Kriegsziel Englands.	Deutschen Handel ausrotten und selbst übernehmen: „Wir müssen nicht nur dafür sorgen, alle deutschen Handelsfirmen und deutschen Unternehmungen in allen Ländern auszurotten, sondern auch dafür, daß wir diese Handelsbeziehungen selbst in die Hand bekommen.“	
NAZ-409	Pichon über die Kriegsziele Frankreichs.	nur mit einem Sieg will Frankreich sich zufrieden geben	
NAZ-410	Die Grundlagen für den Frieden mit Rußland. – Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.	Präliminarvertrag über den Abzug der Truppen in den besetzten Gebieten und die Demobilisierung Rußlands	
VOW-356	Die Friedensverhandlungen.	Kommentare des „Temps“, Berner Intelligenzblatt“, „Algemeen Handelsblad“ und Sozialdemokraten“ – eine Teilnahme der Entente sei unter gegebenen Bedingungen zu erwarten	
30. Dezember 1917 - Sonntag			
DRB-664	Schwere Enttäuschung. – von Wolfgang Eisenhart.	Friedensverhandlungen ein Sieg der Besiegten in Brest-Litowsk	296
DT-304	Deutschland, Spanien und Marokko.	Frankreichs Verhalten in Marokko seit 1902 – Vertragsbrüche gegenüber Deutschland	
DVB-10414	Die Friedensverhandlungen.	man muß mit verstärkten Störungsmanövern der Entente in Brest-Litowsk rechnen	

NAZ-411	Mißbrauch des Roten Kreuzes durch die Franzosen.	Geschützte werden mit Rot Kreuz Planen abgedeckt	
NAZ-411	Die englischen Gewerkschaften und die Kriegsziele.	Brief Lloyd Georges, in dem er betont, die Welt von der preußischen militaristischen Geisteshaltung zu befreien, ebenso die unterdrückten Völker	
TR-664	England und das neue Friedensangebot. – Sie überlegen sich's.	deutsches Friedensangebot ist für England zwiespältig	
VOS-664	Die Verhandlungen von Brest-Litowsk.	Abtrennung Polens, Kurlands, Litauens sowie estnischer und livländischer Gebiete von Rußland als eine vollzogene Tatsache, da Entscheidungen der Nationen vorliegen	
VOW-357	Die Zukunft der russischen Westprovinzen – Meinungsverschiedenheiten in Brest-Litowsk.	SPD unterstützt russisches Begehren, Besatzungen zurückzuziehen und Volksabstimmungen durchzuführen	
31. Dezember 1917 - Montag			
DVB-10415	Die tschecho-slowakische Armee	Benesch und Suchrawa leiten tschechische Armee bei Entente	304
WAZ-11911	1917	Rückblick und Zuversicht für den Sieg bei der guten militärischen Lage	
Zeitungskürzel - Verwendete Zeitungen			306

Die Frage, Elsaß-Lothringen in einen selbständigen Staat statt als Reichsland existieren zu lassen, wird in der Reichstagsitzung vom 11. Oktober 1917 kurz gestreift. Ein Vorschlag aus Bayern, Elsaß Bayern und Lothringen Preußen anzugliedern, ist ein Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten Graf v. Hertling.

Deutscher Reichstag – Stenographische Berichte – Band 311 – Donnerstag, 11. Oktober 1917

Stenographische Berichte – von der 126. Sitzung am 11. Oktober 1917 bis zur 147. Sitzung am 17. April 1918 – Berlin 1918

126. Sitzung – Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte **(über die Zensur in England, Frankreich und im Deutschen Reich)**

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. David. [S.3882 ff]

Dr. David, Abgeordneter: Meine Herren, die Schaffung des Postens eines Vizekanzlers, wie er im Nachtragsetat vorgesehen ist, können wir nicht für den richtigen Weg halten, in die Leitung des Deutschen Reiches nach innen und außen mehr Einheitlichkeit und mehr Zweckmäßigkeit zu bringen. Ich will nicht im einzelnen noch einmal wiederholen, was gegen die Schaffung dieses Postens von unserer Seite neulich gesagt worden ist. Daß die Einheitlichkeit heute nicht besteht, ist freilich eine Tatsache; (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) daß sie aber durch die Berufung eines Vizekanzlers und insbesondere durch die Person des Herrn Staatssekretärs Dr. Helfferich erhöht werden würde, das bezweifeln wir.

Daß sie nicht besteht, das tritt wieder an einem eklatanten Beispiel hervor, auf das ich noch kurz hinweisen will, da keine Gelegenheit gegeben ist, dies bei einem sonstigen Punkt der Tagesordnung zu tun. Die ganze Zerfahrenheit unserer politischen Leitung offenbart sich wiederum in **Äußerungen, die der Ministerpräsident des zweitgrößten Bundesstaates, Bayerns, in bezug auf die elsass-lothringische Frage getan hat.** Vorgestern hat der Staatssekretär des Äußern Herr v. Kühlmann auf die Bedeutung dieser Frage für die Friedenspolitik hingewiesen. Auch haben wir im Hauptausschuß diese Frage in den Kreis der Erörterungen gezogen. Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß die Reichsleitung nun mit einem klaren Kurse auf eine Regelung hinsteuern würde, die den Wünschen des elsass-lothringischen Volkes entspricht, nämlich auf die **Umwandlung der Reichslande in einen selbständigen Bundesstaat mit einer freiheitlichen Ordnung** der Dinge im Innern.

Heute wird nun in der Presse die Nachricht verbreitet, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling im Hauptausschuß der bayerischen Abgeordneten zu dieser Frage sich dahin geäußert hat, es sei seine Ansicht, daß die Angliederung des Elsaß an Süddeutschland den gegebenen Verhältnissen entspräche und ebenso die Angliederung Lothringens an Preußen.

Das ist allerdings eine Offenbarung, die uns zeigt, wie auch in dieser Frage innerhalb der verbündeten Regierungen — das ist ja der eigentlich staatsrechtliche Ausdruck, nicht Reichsleitung, nicht Reichsregierung — ein vollkommenes Durcheinander und Gegeneinander herrscht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Meinung, daß hier allerdings eine einheitliche zentrale Führung nottut, und daß diese Frage nur in dem Sinne gelöst werden kann, wie es die große Mehrheit der elsass-lothringischen Bevölkerung selbst haben will, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) also durch Schaffung eines selbständigen Bundesstaates mit innerlich demokratischen Einrichtungen.

Im weiteren Verlauf der Reichstagssitzung wird in der Diskussion auf die Zensur und den Belagerungszustand im Lande und die Milderung der Zensur diskutiert und mit den Zuständen bei den Feinden der Entente verglichen. Dr. Wallraff führte dazu aus:

Vizepräsident Dove: Das Wort hat der Herr Unterstaatssekretär Wallraf. [S.3893 ff]

Wallraf, Wirklicher Geheimer Rat, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, nach den grundsätzlichen Erklärungen, die soeben Herr Staatssekretär Dr. Helfferich abgegeben hat, sei es mir gestattet, mich zu den Beschlüssen zu wenden, die im Hauptausschuß zur Sache des Belagerungszustandes und der Zensur gefaßt worden sind. Diese Stellungnahme darf ich einleiten durch einige grundsätzliche Erwägungen, die sich bei solcher Debatte von selbst an die Spitze drängen.

Die politischen Rechte, deren zeitweise Außerkraftsetzung die Reichsverfassung und durch sie das preußische Belagerungsgesetz gestattet, die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, der ordentliche Gerichtsstand, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit selbst, meine Herren, alle diese Rechte bilden — darüber kann kein Zweifel sein — den Grund- und Kernstock der staatsbürgerlichen Freiheit. Daraus folgt, daß nur eine ungewöhnliche Gestaltung und eine ungewöhnliche Not der Zeit die zeitweise Aufhebung solcher Rechte begründen kann. In einer derartigen Zeitlage stehen wir heute, stehen wir nunmehr seit länger denn drei Jahre. Daß mit der Dauer des Krieges von Jahr zu Jahr die Beengung der persönlichen Bewegungsfreiheit drückender empfunden wird, daß in einem dreijährigen Kriege auch die Irrwege in der Handhabung dieser Belagerungsgesetzrechte zahlreicher sind als in einem kürzeren Kriege, wer wollte das leugnen! Unsere Bewegungsfreiheit ist ja nicht nur beschränkt auf dem Gebiete, das wir heute behandeln. Ich sehe ab von den großen Opfern, die an Gut und Blut zu bringen sind; aber das ganze Leben, vom täglichen Brot begonnen bis zum letzten Teil der Gewandung steht ja unter einem Zwangsgebot des Krieges. Alle diese Empfindungen, diese Wünsche nach Änderung dürfen uns doch nicht den Blick dafür trüben, daß wir noch immer einer Welt von Feinden gegenüber stehen, einer Welt voll Feinden, deren Mitte und Ziel eben unser deutsches Vaterland ist.

Meine Herren, unsere Feinde haben versucht, das deutsche Volk zu umstellen wie ein gehetztes Wild, und wenn es der Kraft des deutschen Armes gelungen ist, die heimatlichen Gauen zu schützen — der Kriegswille und Vernichtungswille der feindlichen Machthaber ist noch ungebrochen. In solcher Zeit gibt es nur ein oberstes Gesetz — die Gesundheit des Reichskörpers, und diesem Gesetz müssen alle anderen Wünsche und Forderungen den Vorrang lassen. (Zuruf.) — Meine Herren, gestatten Sie mir zu diesem Zwischenruf eine allgemeine Bemerkung. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen im Plenum dazu bestimmt sind, unsere Meinungen in Rede und Gegenrede zu klären und auszufechten. Ich halte es grundsätzlich für besser, auf die Zwischenrufe nicht einzugehen, die doch an und für sich die Gefahr bieten, die Temperatur in diesem Saale unnütz zu erhöhen.

Meine Herren, nur darum kann sich wohl die Frage heute drehen, ob mit unserer gegenwärtigen Lage die Abschwächung der Bestimmungen über Belagerungszustand und Zensur — die Handhabung bleibt eine Frage, die noch später zu verhandeln ist — tatsächlich vereinbar ist. Meine Herren, solange die Kanonen sprechen, können die Kriegsnotwendigkeiten nicht abdizieren, und ich glaube, ich kann den Beweis dafür nicht besser führen, als daß ich mit kurzen Worten Ihnen nochmals in die Erinnerung rufe, welche Gesetzgebung denn in den feindlichen Ländern besteht. Sie haben im Oktober vorigen Jahres sich mit diesen Dingen eingehender beschäftigt. Soviel ich weiß, ist den Herren Mitgliedern des Reichstags eine Zusammenstellung aller dieser Bestimmungen in die Hand gegeben worden. Aber in unserer Zeit vergißt man schnell, deshalb gestatten Sie mir, mit wenigen Worten nochmals auf diese Dinge einzugehen.

England hatte vor dem Kriege keinerlei Zensur. Das lag nahe; denn bis dieser Weltkrieg ausbrach, ist mindestens in den letzten Jahrzehnten England ja in einen Daseinskampf nicht verwickelt gewesen. Als der Krieg begann, wurde das Reichsverteidigungsgesetz vom August 1914 erlassen; dieses Gesetz gibt dem König das Recht, für die Dauer des Krieges im Verein mit seinen Räten alle Vorschriften zu erlassen, die zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der Verteidigung des Reiches notwendig sind. Meine Herren, von dieser Ermächtigung hat der König und seine Räte im weitesten Umfang Gebrauch gemacht. Die Zahl der Verordnungen ist Legion. Sie verbieten unter anderem, falsche Nachrichten oder Behauptungen zu verbreiten, Bericht zu erstatten oder Angaben zu machen, die geeignet sind, Mißstimmung gegen Seine Majestät zu erregen, den Erfolg der Streitkräfte Seiner Majestät zu Lande oder zur See zu beeinträchtigen oder die Beziehungen Seiner Majestät zu auswärtigen Mächten zu schädigen oder Nachrichten zu verbreiten oder Behauptungen aufzustellen, die geeignet sind, die Ergänzung, Ausbildung, Disziplin irgendwelcher Streitkräfte Seiner Majestät zu gefährden.

Meine Herren, ist es denkbar, daß man den Spielraum der Zensur überhaupt weiter umfaßt! Ist es denkbar, daß man diesen Bestimmungen eine Form gibt, die gewissermaßen Wachs in der Hand der Behörde sind! Das, meine Herren, ist England! Nach unseren Nachrichten — ob die Nachrichten vollständig sind, wage ich nicht zu behaupten — hat sich in England auch im Parlament oft ein Sturm gegen die Handhabung der Zensur erhoben. Vielleicht ist es da noch nicht zu einem 25jährigen Jubiläum gekommen. Aber, meine Herren, die Zensur als solche ist — immer nach unseren Nachrichten — im englischen Unterhause nicht angetastet worden.

Wie ist es in **Frankreich**? In Frankreich bestand ein Gesetz — es war das Vorbild unseres Belagerungsgesetzes — das Gesetz vom Jahre 1849, es enthält die Bestimmungen: Die Militärgewalt hat das Recht, Veröffentlichungen und Versammlungen zu untersagen, die geeignet erscheinen, Unordnungen zu

erregen. Also wieder dieser weitgefaßte Begriff! Dazu aber kam ein Gesetz gegen die Indiskretionen der Presse: jede Angabe ist verboten, jeder Aufsatz über militärische und diplomatische Unternehmungen, wodurch der Feind begünstigt oder ein schlechter Einfluß auf den Geist des Heeres und der Volksmassen ausgeübt wird.

Meine Herren, in **Italien** war die Gesetzgebung kasuistisch, und trotzdem ist eine Generalklausel darin enthalten, daß die Militärbefehlshaber, daß die Präfekten jede beliebige Maßregel treffen können, die sie zum Schutz der öffentlichen Ordnung für unerläßlich halten.

Wie hat sich nun die Entwicklung in diesem Kriege vollzogen? Auch darüber sind einige Nachrichten zu uns gedrungen. In **Frankreich** hat sich neuerdings der Ruf erhoben: „fort mit der ganzen Zensur.“ Der Befürworter dieses Wortes war ein bekannter Schriftsteller, der in Deutschland wohl bekannte Anatole France. Aber, meine Herren, dieser Ruf hat keinen Erfolg erzielt. Und in **England**? — Der „**Vorwärts**“ hat vor nicht langer Zeit aus einem englischen Arbeiterblatt folgende Bemerkung zitiert:

Wir sind in einen netten Zustand hineingeraten, wenn das Publikum Nachrichten nurmehr in der sorgfältigsten, von den Behörden für ihre Zwecke vorbereiteten Aufmachung erhalten darf. Fast täglich erhalten die Zeitungen vom Pressebureau Anweisungen, die ihnen verbieten, gewisse Dinge von öffentlicher Bedeutung zu erwähnen. Aber die Zensur der Presse begnügt sich nicht damit, die Regierung gibt Druckschriften heraus, die die Richtung der zu befolgenden Kriegspolitik bezeichnen.

Nach einer neueren Mitteilung hat England jetzt eine Kriegsverordnung geschaffen, durch die es das Recht hat, ohne gerichtliches Verfahren schlechtweg die Buchdruckereien zu beschlagnahmen; ich führe das alles nur an zu dem Nachweis, daß auch von unseren Feinden Belagerungszustand und Zensur als Kriegsnotwendigkeiten anerkannt und durchgeführt sind.

Meine Herren, der Hauptausschuß hat nun zwei Resolutionen beraten und beschlossen, die heute wohl hier zur Erörterung stehen; beide Resolutionen sind auf der Drucksache 1048 vereinigt. Die erste dieser Resolution ersucht den Herrn Reichskanzler, dafür zu sorgen, daß die politische Zensur alsbald beseitigt wird. Die zweite Resolution zerfällt in drei Absätze, deren mittlerer Absatz verlangt, daß die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik nicht der Zensur unterliegt. Es will mir fast scheinen, daß, wenn die erste Resolution angenommen wird, der zweite Absatz der zweiten Resolution sich damit von selbst erledigt; denn wenn die politische Zensur überhaupt wegfällt, ist natürlich auch der Erörterung der Kriegs- und Friedensziele und all der anderen Dinge keine Schranke mehr gesetzt.

Die deutschen Zionisten und die palästinensische Heimstätte.

Die in Berlin erscheinende „**Jüdische Rundschau**“, das Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, bespricht in seinen zwei letzten Nummern die Erklärung der englischen Regierung, wonach diese die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen betrachtet und die größten Anstrengungen machen will, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern.

Das zionistische Organ erblickt in der englischen Erklärung ein Ereignis von außerordentlicher Tragweite, da zum ersten Male eine Großmacht in offizieller Weise den Anspruch des jüdischen Volkes auf Erneuerung seines nationalen Daseins in Palästina anerkennt. Es wird als nicht richtig bezeichnet, die englische Zusicherung als einen Bluff aufzufassen. Denn gerade, wenn es England gelingen sollte, Palästina zu besetzen, würde es unmittelbar genötigt sein, die Versprechungen einzulösen, die es in seiner Erklärung gegeben hat. Es sei auf Grund der vorangegangenen Verhandlungen zwischen den Ententestaaten kein Zweifel daran möglich, daß die Zustimmung der mit England verbündeten Mächte zu den zionistischen Wünschen vorliegt. Eine endgültige Lösung sei aber nur durch die Friedenskonferenz möglich, **da Palästina auch im Falle der kriegerischen Besetzung durch England türkisches Gebiet bleibe**. Die „Jüdische Rundschau“ glaubt, daß es der besondere Wunsch der englischen Zionisten gewesen sei, daß die prozionistische Erklärung ohne Beziehung zu irgend welchen englischen Protektoratswünschen abgegeben würde.

Das Wesen der zionistischen Bewegung verlange, daß das Werk der jüdischen Wiedergeburt in Palästina von dem Wohlwollen aller Mächte getragen und in vollster Loyalität gegenüber dem souveränen Herrn des Landes vollzogen werden muß. Es wird daher im Leitartikel der „Jüdischen Rundschau“ vom 23. November nachdrücklich als Aufgabe der zionistischen Politik bezeichnet, die Zustimmung der Türkei und der Zentralmächte zur Verwirklichung des Zionismus zu erlangen. Die Regierungen und die öffentliche Meinung der Zentralmächte seien über den Zionismus seit langem unterrichtet. Es ist besonders vom Standpunkt der deutschen Juden zu wünschen, daß sich auch Regierungen und Presse der Zentralmächte für die Erfüllung der jüdischen Palästina-Forderungen rasch und entschlossen, offen und nachdrücklich einzusetzen, damit nicht durch Versäumnis Sympathien verloren gehen, die zu gewinnen doch eine gewiß lohnende Aufgabe darstellt. Deshalb spricht die „Jüdische Rundschau“ die Erwartung aus, daß die Zentralmächte bereit sein werden, an der Förderung der zionistischen Wünsche so teilzunehmen wie es ihren eigenen weltpolitischen Interessen entsprechen würde.

Die Reform des preußischen Landtags.

Das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw.,
verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1 Wahlberechtigt zum Hause der Abgeordneten ist jeder Preuße, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens 3 Jahren besitzt und das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, in der preußischen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde.

Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen.

Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Berechtigung zum Wählen.

§ 2 Ausgeschlossen vom Rechte zu wählen sind Personen:

- 1) die entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft stehen,
- 2) über deren Vermögen das Konkursverfahren schwebt,
- 3) die der bürgerlichen Ehrenrechte entbehren,
- 4) denen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter abgeht,
- 5) die unter Polizeiaufsicht stehen,
- 6) die eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Als Armenunterstützung im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht:

- a) dem Wähler oder einem seiner Angehörigen gewährte Pflege oder Unterstützung in Krankheitsfällen,
- b) einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege.

§ 3 Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 4 Für die Voraussetzung der Wahlberechtigung ist der Zeitpunkt maßgebend, mit dem die Auslegung der Wählerlisten beginnt.

§ 5 Jeder Wahlbezirk wird zum Zwecke der Stimmabgabe in Stimmbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen sollen. Jedoch können große Gemeinden in mehrere Stimmbezirke geteilt, sowie kleine Gemeinden mit benachbarten Gemeinden zu einem Stimmbezirk vereinigt werden.

Den Gemeinden im Sinne dieses Gesetzes stehen die Gutsbezirke gleich.

§ 6 In jeder Gemeinde sind zum Zwecke der Wahlen Wählerlisten anzulegen und zwar, sofern eine Gemeinde in mehrere Stimmbezirke zerfällt, für jeden Stimmbezirk besonders.

§ 7 Die Wählerlisten sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage nach ortsüblicher Bekanntmachung des Ortes und der Zeit der Auslegung eine Woche hindurch öffentlich auszulegen. Jeder volljährige Preuße ist berechtigt, in die Listen Einsicht zu nehmen.

Einsprüche gegen die Listen sind innerhalb zehn Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Gemeindeverwaltungsbehörde schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Die Entscheidung über die Einsprüche steht der Gemeindeverwaltungsbehörde zu. Beschwerden gegen die Entscheidung sind binnen drei Tagen nach ihrer Behändigung bei ihr einzulegen. Ueber die Beschwerde beschließt in Stadtkreisen der Regierungspräsident, in Landkreisen der Landrat.

§ 8 Bei einzelnen Neuwahlen welche innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, bedarf es einer neuen Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten nicht.

§ 9 Die Abgeordneten gehen aus unmittelbaren Wahlen hervor.

§ 10 Wählbar zum Hause der Abgeordneten ist jeder Preuße, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, nicht gemäß § 2 vom Rechte zu wählen ausgeschlossen ist und seit wenigstens drei Jahren preußischer Staatsangehöriger ist.

- § 11** Der Tag der allgemeinen Wahl wird von dem Minister des Innern festgesetzt.
Die Wähler werden zur Wahl durch ortsübliche Bekanntmachung berufen.
- § 12** Für jeden Wahlbezirk wird ein Wahlkommissar, für jeden Stimmbezirk werden zur Leitung der Wahl Wahlvorsteher sowie Stellvertreter für dessen Behinderungsfall ernannt.
- § 13** Der Wahlvorsteher ernannt aus der Zahl der Wähler des Stimmbezirks drei bis sechs Beisitzer und einen Schriftführer, die mit ihm den Wahlvorstand bilden, und verpflichtet sie durch Handschlag auf Eides Statt.
- § 14** Die Wahlen erfolgen durch verdeckte Stimmzettel. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl teilnehmen.
- § 15** Sind mehrere Abgeordnete zu wählen, so hat der Wähler auf dem Stimmzettel anzugeben, wen er für die erste, zweite oder eine folgende Abgeordnetenstelle wählt. Hat er dies unterlassen, so ist die Reihenfolge der Namen auf dem Stimmzettel maßgebend.
- § 16** Der Zutritt zum Wahllokale steht jedem Wahlberechtigten offen. Es dürfen jedoch daselbst außer den durch das Wahlgeschäft bedingten Beratungen und Beschlüssen des Wahlvorstandes keine Beratungen oder Ansprachen stattfinden oder Beschlüsse gefaßt werden.
Der Wahlvorstand ist befugt, jede Person, welche die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlungen stört, aus dem Wahllokale zu verweisen. Doch ist zuvor Gelegenheit zur Abgabe ihrer Stimme zu geben.
- § 17** Unter Verwahrung oder Vorbehalt abgegebene Wahlstimmen sind ungültig.
Über die Gültigkeit und Ungültigkeit der Wahlstimmen entscheidet mit Vorbehalt der Prüfung des Abgeordnetenhauses der Wahlvorstand und Stimmenmehrheit seiner Mitglieder. Im Falle der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Wahlvorstehers den Ausschlag.
- § 18** Zur Ermittlung des Wahlergebnisses beruft der Wahlkommissar innerhalb einer Woche nach dem Wahltermine sechs bis zwölf Wähler, die ein unmittelbares Staatsamt nicht bekleiden, und einen Wähler als Schriftführer, der Beamter sein darf, zu einem Wahlausschusse. Die Mitglieder werden von dem Wahlkommissar durch Handschlag an Eides Statt verpflichtet.
Ort und Zeit der Sitzung des Wahlausschusses sind vorher öffentlich bekannt zu machen. Der Zutritt steht jedem Wahlberechtigten offen.
- § 19** Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirke für die Abgeordnetenstelle abgegebenen gültigen Stimmen (absolute Stimmenmehrheit) erhalten hat.
Ergibt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so findet zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt; bei dieser Wahl ist jede Wahlstimme, welche auf einen anderen als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ungültig.
Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- § 20** Wer zum Abgeordneten gewählt ist, muß dem Wahlkommissar spätestens eine Woche nach Zustellung der Benachrichtigung erklären, ob er die Wahl annimmt oder ablehnt.
Gibt er eine Erklärung nicht oder unter Verwahrung oder Vorbehalt ab, so gilt dies als Ablehnung.
- § 21** Die Wähler sind verpflichtet, das Ehrenamt des Wahlvorstehers, des Schriftführers oder eines Beisitzers im Wahlvorstande und an ihrem Wohnsitze auch das Ehrenamt eines Mitgliedes des Wahlausschusses zu übernehmen.
Zur Ablehnung ist berechtigt, wer das fünfundsechzigste Lebensjahr überschritten hat oder durch Krankheit, durch Abwesenheit in dringenden Privatgeschäften, durch Dienstgeschäfte eines öffentlichen Amtes oder durch sonstige besondere Verhältnisse verhindert ist, die nach billigem Ermessen eine genügende Entschuldigung begründen.
Wer nach Uebernahme dieser Obliegenheiten ohne zulässigen Grund ablehnt oder sich ihrer Wahrnehmung ohne ausreichende Entschuldigung entzieht, kann mit einer Ordnungsstrafe bis zu hundert Mark belegt werden.
Wird nachträglich eine genügende Entschuldigung geltend gemacht, so kann die verhängte Strafe ganz oder teilweise zurückgenommen werden.
Die Festlegung und die Zurücknahme der Strafe steht in Landkreisen dem Landrat, in Stadtkreisen dem Bürgermeister zu. Gegen seine Verfügung ist binnen zwei Wochen nach der Zustellung Beschwerde an den Regierungspräsidenten zulässig, der endgültig entscheidet.

- § 22** Die Kosten der Druckformulare zu den Wahlprotokollen und der Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlbezirken trägt der Staat, die übrigen Kosten des Wahlverfahrens werden von den Gemeinden getragen.
- § 23** Die näheren Vorschriften zur Ausführung der §§ 1 bis 22 erläßt das Staatsministerium in einer Wahlordnung.
- § 24** Die Wahlbezirke bestehen aus einem oder mehreren Stadt- oder Landkreisen. Größere Kreise können in mehrere Wahlbezirke geteilt werden.
- Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke bleiben gemäß den geltenden gesetzlichen Vorschriften mit folgenden Maßgaben bestehen:
- 1) § 5 des Gesetzes über die Erweiterung der Stadtkreise Essen und Oberhausen und der zum Landkreise Essen gehörigen Stadt Werden vom 27. März 1915 (Gesetzsamml. S. 59) wird aufgehoben.
 - 2) Die in der Anlage verzeichneten Wahlbezirke erhalten je einen weiteren Abgeordneten.
 - 3) Beträgt die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlbezirks entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000, so tritt bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefangenen 250 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzu.
- Im übrigen erfolgt eine Aenderung in der Abgrenzung der Wahlbezirke oder in der Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke durch Gesetz.
- § 25** Die vorstehenden Vorschriften treten an die Stelle der Artikel 69,70,71,72,74 Abs. 1 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 (Gesetzsamml. S.17) Artikel 115 der Verfassungsurkunde tritt außer Kraft. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.
- § 26** Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Festsetzung des Termins der nächsten allgemeinen Wahl durch den Minister des Innern in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben

Beglaubigt Der Minister des Innern. Drews

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 350 – Montag, 26. November 1917 - Morgen – S.3

Japan, England und die Vereinigten Staaten.

„Japan Advertiser“ vom 10. August gibt auszugsweise einen Artikel von Ryosuke Shimatani in „Shin Nippon“ wieder, in dem es heißt: „Amerikas Teilnahme am Kriege bedeutet zwei Dinge: Vom Standpunkte seiner inneren Politik bedeutet sie den Triumph des Republikanismus über die Demokratie. Vom Standpunkt der auswärtigen Politik kennzeichnet sie die Annäherung Britanniens und Amerikas und ist der Vorläufer eines Bündnisses der beiden Englisch sprechenden Völker. Daß die Entente für den Verlust Rußlands durch die Gewinnung eines mächtigen Freundes in Amerika entschädigt wurde, war ein außerordentlicher diplomatischer Erfolg für Britannien und Frankreich. Aber ein wenig Ueberlegung zeigt, daß an Amerikas Kriegsteilnahme nichts Sonderbares ist. Denn vom ersten Beginn des Krieges an stand Amerika dafür ein, die Verluste und Gewinne mit den Alliierten der Entente zu teilen. **Seit Ausbruch des Krieges haben amerikanische Geschäftsleute die Entente-Nationen eifrig mit Kriegsmunition versorgt. Tatsächlich sind deshalb die Vereinigten Staaten die ganze Zeit ein Mitglied der Entente gewesen.**

Die Hauptdinge in der britischen Industrie sind zwei, nämlich Spinnerei und Schifffahrt, die letztere einschließlich des Schiffbaues. Der Niedergang in diesen beiden Industrien wird den Niedergang des britischen Imperiums bedeuten. Die Baumwollwaren umfassen fast die Hälfte der britischen Ausfuhr, und seine Schifffahrt von 20 Millionen Tonnen umfaßt vier Neuntel der Weltschifffahrt. Für die Herrschaft zur See kämpfte Britannien einst mit Holland und Frankreich und kämpft es jetzt mit Deutschland. Was Japan betrifft, so sind gerade die Industrien, für welche es eine große Entwicklung erhofft, Spinnrad und Schifffahrt. Japans zukünftiger Wohlstand hängt von seinem Fortschritt auf diesen beiden Gebieten ab, und Japan versucht jetzt, Britanniens Handelsdomäne zu betreten. Wer kann bestreiten, daß Japan britischen Neid auf sich ziehen wird, wie es Deutschland tat!

Es kann nicht bestritten werden, daß Australien, Neuseeland und andere britische Besitzungen im Osten Indiens strategisch von dem zunehmenden Einfluß Japans bedroht werden. Die britischen Kolonien haben selbst begonnen, wegen des natürlichen Druckes der wachsenden Militärmacht Japans Unbehagen zu fühlen. Der Verteidigungsminister von Neuseeland hat kürzlich sein Volk davor gewarnt, sich zu sehr auf das

englisch-japanische Bündnis zu verlassen. Man kann voraussagen, daß Britanniens beobachtende Haltung nach der Wiederherstellung des Friedens aufmerksamer sein wird.

Japans Hilfe ist jetzt für Britannien zur Aufrechterhaltung des britischen Imperiums absolut notwendig geworden, und es ist die Frage, ob Britannien nach dem Kriege imstande sein wird, eine Flotte zu unterhalten, die stark genug ist, um sich mit der japanischen Flotte auf dem Stillen Ozean messen zu können. Der Tag mag kommen, wo die Staatsmänner Britanniens veranlaßt sein können, die Hilfe der amerikanischen Flotte an Stelle der japanischen zum Schutze ihrer Kolonien im Orient anzurufen. Es wird eine interessante Frage sein, ob es für Britannien angenehm ist, den Beistand eines Volkes der gleichen Rasse und Farbe oder denjenigen eines Volkes verschiedener Rasse bei der Bewachung seines überseeischen Besitzes zu haben. **Viele politischen Denker haben erklärt, daß die Tage des englisch-japanischen Bündnisses gezählt seien.** Der gemeinsame Feind des Bündnisses, nämlich das autokratische Rußland, ist verschwunden und durch ein demokratisches und sozialistisches Rußland ersetzt worden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß dieses neue Rußland den Frieden des fernen Ostens bedrohen wird. Britannien wird daher Japans Hilfe nicht mehr nötig haben. Für die angelsächsischen Völker ist die gelbe Gefahr ein Problem auf Leben und Tod. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in allen britischen Kolonien wird der Druck der orientalischen Einwanderung schwer empfunden. Es wird unmöglich sein, ihr Rassenvorurteil gegen die gelbe Rasse auszulöschen. Die Tatsache, daß die Inder, Chinesen und Japaner voreingenommene Behandlung von den Abkommen der Angelsachsen empfangen, muß natürlicherweise dahin führen, diese drei Völker in ihrem defensiven Bund enger zusammenzuschließen und sie dazu zu veranlassen, eine Liga für die Verwirklichung des Grundsatzes „Der Orient für die Orientalen“ zu bilden. Heute verstehen Japaner die Inder noch nicht, auch sind die Beziehungen zwischen Japanern und Chinesen noch nicht so herzlich, wie man wünschen dürfte. Aber der gemeinsame Druck der Angelsachsen kann mit der Zeit nur zur Bildung einer geistigen Allianz der orientalischen Völker dienen. Gleichzeitig wird er die Bande der Intimität zwischen Britannien und den Vereinigten Staaten enger ziehen.

Kurz, wenn das amerikanische Flotten- und Heeresprogramm durchgeführt sein wird, wird es für Britannien an der Zeit sein, das englisch-japanische Bündnis durch eine englisch-amerikanische Annäherung zu ersetzen, und die Bewachung von Australien und Neuseeland wird von der amerikanischen und nicht von der japanischen Flotte ausgeführt werden. Dann wird das englisch-japanische Bündnis beiseite geworfen werden, wie ein Fächer, wenn das heiße Wetter vorüber ist.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 351 – Montag, 26. November 1917 - Abend – S.1

Neue Bestrebungen für eine Stockholmer Friedenskonferenz.

Kopenhagen, 25. November. „Socialdemokraten“ schreibt: Die für den Sommer beabsichtigt gewesene internationale sozialistische Friedenskonferenz ist leider durch die Weigerung der Ententemächte, Pässe auszustellen, unmöglich gemacht worden. Am 10. Oktober hat das Organisationsbureau der Konferenz in Stockholm ein Manifest mit einem positiven Friedensvorschlage veröffentlicht und von den verschiedenen sozialistischen Parteien Antwort bis zum 1. Dezember verlangt. Beabsichtigt war danach, eine neue Ausschusssitzung abzuhalten. Die neuesten Ereignisse in Rußland haben indessen die Frage von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen außerordentlich brennend werden lassen und einen Sonderfrieden in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Um die Arbeit für einen allgemeinen Frieden zu fördern, hat die dänische Sozialdemokratie vor einer Woche an Troelstra drahtlich das Ersuchen gerichtet, die holländischen Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, die unter Zustimmung aller sozialistischen Parteien namens des Bureaus handeln, möchten die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz so bald als möglich veranlassen.

Ein entsprechendes Telegramm hat unsere Partei an das Bureau in Stockholm und an den Sekretär Camille Huysmans gerichtet, der die sozialdemokratischen Parteien in England und Frankreich sofort telegraphisch von unserem Schritte unterrichtet hat. Die dänische Sozialdemokratie hofft, daß ihre neue Anregung in England und Frankreich die Bewegung für Ausstellung von Pässen nach Stockholm fördern werde. In dem Telegramm an Troelstra wird schließlich gesagt, daß die internationale Sozialdemokratie sich nicht ruhig verhalten kann unter Verhältnissen, wo nicht nur die Arbeiter der verschiedenen Länder einander andauernd morden, sondern es sogar, wie in Rußland, des Krieges wegen zum Bürger-, ja Bruderkrieg komme. Sie ersucht daher darum, eine internationale Friedenskonferenz unter allen Umständen zu berufen; wenn Parteigenossen einzelner Länder nicht persönlich erscheinen können, sollen sie schriftlich daran teilnehmen. Das Blatt fügt hinzu, daß der Vorstand der dänischen Sozialdemokratie den Beschluß wegen der neuen Anregung einer Friedensaktion einstimmig gefaßt habe.

Elsaß-Lothringen. –

von Robert Schmölder –Hamm. Senatspräsident und Major d.L.

Das englische Unterhaus hat in diesen Tagen einmal wieder die Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich gefordert. Dabei ist dieses Mal schon kleinlaut die Bemerkung gefallen: Der Teil des linken Rheinufers, der anerkannt deutsches Gebiet ist, solle nicht vom Deutschen Reich losgerissen werden.

Ist aber nicht auch Elsaß-Lothringen, selbst nach dem Urteil unserer Feinde, anerkannt deutsches und untrennbar mit dem Deutschen Reich verbundenes Gebiet?

Zunächst das Urteil des französischen Geschichtsschreibers Michelet: Er spricht in seiner Geschichte Frankreichs vom Jahre 1833, Bd. II, S. 4 und 79 von einem Teil des französischen Staates, der deutsch sei und mit seiner Mutter Deutschland sympathisiere. Diese Urteil deckt sich mit den Erfahrungen, die die Franzosen jetzt während des Krieges in dem westlichen, von ihnen besetzten Zipfel des Elsaß haben machen müssen. Sie sind niedergelegt in dem Jahre 1916 in Paris bei Felix Alcan unter dem Titel: „Sur les routes de la victoire“ erschienenen Buch von William Martin. Dort heißt es in der Ueberschrift: „Eine Schule im Elsaß“: „Die Bevölkerung spricht unter sich nur ihren elsässischen Dialekt. Die Mehrzahl der Kinder verstand bei Kriegsanfang kein französisches Wort. Jetzt ist man bemüht, diese Lücke auszufüllen. Der Unterricht muß aber doch in deutscher Sprache erteilt werden, weil dies die einzige Sprache ist, in der die Kinder folgen können.“

Sodann die Nationalversammlung vom Jahre 1871. Sie hat – wie der Deputierte Schneeganz in seinen Memoiren erzählt – der Abtretung mit der Erwägung zugestimmt: „Diese Elsässer sind doch immer Deutsche gewesen. Schließlich nimmt Preußen nur sein Eigentum zurück“, und auch Gustav Herve, der Pariser Herausgeber der „Guerre Sociale“ und der „Victoire“ gelangt in seinem, im Jahre 1913 erschienenen Buch: „Elsaß-Lothringen und die deutsch-französische Verständigung“, Seite 90 zu dem Satz: „Die Annexion von Elsaß-Lothringen im Jahre 1870 war ohne Zweifel nur eine Rücknahme.“

Der Krieg, der zu dieser Rücknahme geführt hat, ist wiederum nach dem maßgebenden Urteil unserer Feinde, von Frankreich veranlaßt: Gustav Herve bezeichnet a. a. O. im Vorwort die französische Regierung als die „Hauptverantwortliche“. Präsident Wilson spricht in seinem Werk über den Staat, das im Jahre 1913 in Berlin bei Hilger in deutscher Uebersetzung erschienen ist, Seite 255 von „französischen Unverschämtheiten“, die zum Kriege geführt haben, und die „Daily News“ schreibt unter dem 5. November 1870: „Frankreich begann den Krieg mit der ausgesprochenen Absicht, zwei deutsche Provinzen als Siegespreis zu nehmen.“

So erklärt es sich, daß die Rücknahme eine allseitige Billigung gefunden hat. Hier nur einige englische Stimmen. Es haben geschrieben die „Daily News“ vom 20. August 1870: „Vor beinahe 200 Jahren hat Ludwig XIV. das Elsaß gestohlen. Verjährung mag den Diebstahl decken. Er deckt nicht das Recht der Wiedereroberung. Die Bevölkerung ist deutsch nach Abstammung, Lebensweise und Sprache“, die „Times“ vom 7. September 1870: „Elsaß-Lothringen sind die niedrigsten Bedingungen, die die friedliebenden Deutschen als Grundlage zu Friedensbedingungen gelten lassen. Unser Rat an Frankreich geht dahin, sich mit Deutschland so bald wie möglich zu einigen“, und die „Saturday Review“ vom 10. September 1870: „Wenn Deutschland sich entschließt, das Elsaß zu nehmen, so ist es nach unserer Ansicht durchaus im Recht, auch wenn es das Gaukelspiel der allgemeinen Abstimmung nicht erst ausführt.“

Heute haben wir über die Nationalität der zurückgenommenen Provinzen auch einen zuverlässigen zahlenmäßigen Beleg. Bei der Volkszählung vom Jahre 1910, bei der jede behördliche Beeinflussung ausgeschlossen war, haben sich 87 Prozent zur deutschen und nur 12 Prozent zur französischen Muttersprache – ein Prozent hat eine dritte Muttersprache angegeben – bekannt. Dabei verrät von den 12 Prozent, die sich zur französischen Muttersprache bekannt haben, noch ein Teil seine deutsche Abstammung schon durch die Aussprache des Französischen. Bildete doch die Aussprache bis zum Jahr 1870 einen reichen Stoff an Witzen in allen Pariser Kabaretts. Dabei verweist des weiteren Gustav Herve a. a. O. Seite 42 und 46 auf den Gegensatz, der zwischen Elsaß-Lothringen in seiner Gesamtheit und dem übrigen Frankreich in der Stellung zum Klerus und in dem Wachstum der Bevölkerung bestanden hat. Der Altelsässer Stehelin aber bemerkt in seinem, im Jahre 1914, noch unmittelbar vor Ausbruch des Krieges erschienenen Mahnwort: „Reichsland“: „Man ahnt gar nicht, wie viel germanische Eigenschaften auch der Französisch sprechende Elsaß-Lothringer aufweist.“

Neben der Nationalität kommt heute auch die wirtschaftliche Lage in Betracht. Diese hat unter deutscher Herrschaft ein Aufblühen erfahren, das alle Verhältnisse umgestaltet hat. Dieserhalb nur eine Zahl: In

den Jahren 1872 bis 1912 sind in den zurückgenommenen Provinzen die Hochofenerzeugnisse von knapp einer Viertelmillion auf beinahe drei Millionen Tonnen und die Förderungen der Bergwerke von knapp einer Million auf beinahe 24 Millionen angewachsen. Demgegenüber fühlt sich der Franzose Gustav Herve a. a. O. Seit 45 zu dem Anerkenntnis genötigt: „Auf die so schematische und nachlässige französische Verwaltung“, ist eine Verwaltung gefolgt, die „obwohl ein wenig rau in ihrem Verfahren, als eine an Tätigkeit, Initiative und Intelligenz wunderbare Fee erscheint.“ Den Unterschied zwischen den beiden Verwaltungen hat noch viel schärfer Präsident Wilson betont. In seinem angegebenen Werk Seite 204 und 241 ist zu lesen: „Die französische Verwaltung leidet in allen Zweigen und allen Dienststufen von den niedrigsten bis zu den höchsten unter tiefgehender Korruption“, und dann wieder: „Preußen ist erfolgreich bestrebt gewesen, eine größere Vollkommenheit in seiner Verwaltungsorganisation zu erreichen, als irgend ein anderer Staat Europas.“ So gelangt Gustav Herve a. a. O. Seite 110 zu dem Ergebnis: „Das heutige Lothringen ist nicht mehr das fast rein landwirtschaftliche Lothringen von 1870. Es ist ein großes Zentrum der deutschen Metallurgie, eines der reichsten industriellen Lehen des deutschen Großunternehmertums geworden. Eine Rückgabe an Frankreich würde die Zollgrenze verschieben. Das Land, das heute seinen Hauptabsatz in dem bevölkerten und industriellen Deutschland findet, würde nachher nur noch den beschränkteren Markt des weniger bevölkerten und weniger industrialisierten Frankreichs haben. Gewiß ein ernstes Hindernis.“ Der Altelsässer Stehelin aber schreibt a. a. O.: In ökonomischen Fragen muß Elsaß-Lothringen mit Deutschland zusammengehen. Seine Rückkehr zu Frankreich wird vom wirtschaftlichen Standpunkt aus immer unmöglicher.“

Unsere Feinde geben sich den Anschein, als legten sie stets und überall den größten Wert auf den Willen, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nun höre man auch einmal, wie das Volk von Elsaß-Lothringen heute selbst denkt:

„Die elsass-lothringische Frage“, d. h. der Krieg zum Zweck der Wiedereroberung der zwei 1871 zurückgegebenen Provinzen, ist – so schreibt Gustav Herve a. a. O. S.23 – „die Achse der gesamten französischen Außenpolitik gewesen“. Dieser Außenpolitik gegenüber hat die sozialistische Fraktion des elsass-lothringischen Landtags an die Sozialdemokraten Frankreichs im Jahre 1913 ein Manifest gerichtet, in dem es heißt: „Die gegenwärtigen Umstände stellen uns einfach und brutal vor die Frage: Wollen die Elsaß-Lothringer einen Krieg? Im Namen der elsass-lothringischen Arbeiterklasse, deren Wünsche und Denkungsart wir aufs vollkommenste kennen, antworten wir: Nein, nein, dreimal nein!“

In unmittelbarem Anschluß an dies Manifest hat die Zweite Kammer des elsass-lothringischen Landtags einstimmig folgenden Antrag angenommen: „Es gefalle der Kammer, den Statthalter zu ersuchen, die Vertreter von Elsaß-Lothringen im Bundesrat anzuweisen, daß sie sich energisch gegen die Idee eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich verwenden.“ Die Kunde von dieser Denkungsart ist selbstverständlich auch nach Frankreich hinübergedrungen. Nach der „l'Humanite“ vom 3. April 1913 hat der Deputierte Maurice Allard im französischen Parlament erklärt: „Der Masse des französischen Volkes muß man klarlegen, daß Elsaß-Lothringen durchaus nicht seine Wiedervereinigung mit der französischen Nation verlangt, daß es nur seine Autonomie im Deutschen Reiche wünscht.“

Jetzt während des Krieges, am 12. Juni d.J., hat dann der Präsident die zweite Kammer des elsass-lothringischen Landtags mit folgenden Worten geschlossen: „Ich halte es für unsere Gewissenspflicht zu erklären, daß das elsass-lothringische Volk nichts anderes erstrebt, als in einer unlösbaren Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche seine kulturelle, wirtschaftliche und staatsrechtliche Zukunft, unter vollster Aufrechterhaltung seiner berechtigten Eigenart, zu pflegen und zu fördern“, und diese Worte des Präsidenten sind von einem Hause, das nach dem freiesten aller Wahlrechte gewählt ist und vollbesetzt war, „mit lautem Beifall auf allen Bänken“ entgegengenommen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 352 – Dienstag, 27. November 1917 - Abend – S.2

Die verhängnisvolle Freundschaft Englands.

„Qui mange de l'Angleterre, en meurt“ – [Wer von England nimmt, stirbt] – Diese warnende Lehre zieht „Aftonbladet“ vom 19. November aus den Vorgängen des Weltkrieges und dem Verhalten Englands seinen Bundesgenossen und Vasallen gegenüber. Das Stockholmer Blatt schreibt:

Als Belgien vor der Frage stand, sich dem Durchmarsche deutscher Truppen mit den Waffen zu widersetzen oder nicht, erhielt es von England Befehl, zu den Waffen zu greifen, und das Versprechen sicherer Hilfe. Diese Hilfe bestand aus einigen Marinesoldaten, deren einzige Leistung in der Zerstörung einer Reihe von

Fahrzeugen und der Docks von Antwerpen bestand, im übrigen hatte sich das Land selbst zu helfen und wurde größtenteils unterworfen, während sein König fliehen mußte.

Als Serbien mit Oesterreich Frieden schließen wollte, erhielt es den Befehl, den Krieg fortzusetzen, gleichzeitig gab man ihm die bestimmten Zusicherungen des Beistandes; dieser blieb aus, das Land wurde erobert, der König landesflüchtig. Ähnlich erging es Montenegro.

Als Rußland Sonderfriedensneigungen zeigte, half der Verband beim Sturz des Zaren und suchte sodann, mit Hilfe des großsprecherischen Kerenski, die starke Friedenssehnsucht des russischen Volkes zu unterdrücken. Folgen waren: Anarchie, bevorstehende Hungersnot, der Zar Gefangener in Sibirien.

Als Rumänien gierig auf Beute lauerte, reizte man es zum Sprunge unter Vorspiegelung leckeren Raubes. Mit der zugesagten Unterstützung war es sehr schlecht bestellt; das Land wurde größtenteils unterworfen, im Rest herrschen Elend und Hungersnot, der König soll sich irgendwo in Rußland befinden.

Als Griechenland sich dem Kriege fern halten wollte, wurde es brutal vergewaltigt, seiner Souveränität beraubt, der König zur Abdankung gezwungen; Elend und Hunger folgten.

Als Italien im Zweifel war, ob es Verrat gegen die Verbündeten begehen sollte, behob England solche Zweifel, indem es Italien Gold und hohe Berge auf Kosten der Bundesgenossen versprach. Das Land hat die schwerste Niederlage erlitten, die dieser Krieg sah, und möglich ist, daß sie angesichts der herrschenden Nöte noch schwerer wird. Auch hier werden England und Frankreich nicht helfen können.

Daß in Frankreich die Vernunft noch so wenig zu Worte kam, dürfte daran liegen, daß England den Kriegseifer immer wieder anbläst durch die Hoffnung auf Elsaß-Lothringen. Von allen Verbandsländern ist aber Frankreich am meisten schuld an seinem eigenen Geschick, zu einer Macht dritten Ranges herabzusinken.

In Irland konnte England seine hohen Grundsätze von Freiheit und Recht der kleinen Nationen ziemlich ungestört verwirklichen. Das Ergebnis war gewaltsamer Aufruhr, der Blut kostete, und neuer Aufruhr wird kommen. So mißtrauisch ist man gegen England trotz seiner Versicherungen hoher und idealer Ziele, selbst bei den ihm am nächsten Stehenden.

Das Wichtigste, was England in Europa während der Kriegsjahre erreichte, ist also, daß fünf Königreiche ganz oder zum Teil ihrer Selbständigkeit beraubt wurden und ein sechstes in ernster Lebensgefahr schwebt, daß ein Kaiserreich sich in wildester Anarchie befindet und sechs Monarchen landesflüchtig oder abgesetzt sind. All das bietet genügend Betrachtungsstoff für die noch Neutralen, die England gern veranlassen möchte, teilzunehmen an dem uneigennütigen Kampfe des Verbandes für alles Schöne und Gute in der Welt und dergleichen, wie es die Regierungsgrammophone der Verbandsländer in den verschiedensten Tönen verkünden – besonders die kleinen Nationen, die England mit fast tödlicher Liebe umfaßt. Unser, der Neutralen selbstverständliches Mitgefühl für die unglücklichen Völker, die Englands Opfer wurden, darf aber nicht das natürliche Gefühl verdrängen, daß man es gerechtfertigt findet, daß Verrätereien, Raubgelüste und Mitschuld an der Weltlüge von dem „uneigennütigen Kampfe des Verbandes für alles Gute, Schöne und Wahre in der Welt“ ihren wahren Lohn davongetragen haben.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 603 – Dienstag, 27. November 1917 - Abend – S.2

Wie die Entente China zum Krieg preßte.

Amsterdam, 27. November. Aus einem Aufsatz der in Sefla erscheinenden Monatsschrift The New Age läßt sich erkennen, mit welchen Versprechungen man China zur Teilnahme am Kriege zu bewegen suchte. Die Gesandten der fremden Mächte haben der Regierung in Peking zunächst klar gemacht, daß eine Kriegserklärung von der Weiterzahlung des wegen des Boxeraufstandes zu leistenden Schadenersatzes an Deutschland und Oesterreich-Ungarn entbindet. Dann haben sie in Aussicht gestellt, daß die auf die Verbandsmächte entfallenden Teile jenes Schadenersatzes fünf Jahre lang nicht eingefordert werden sollen. Endlich wurde eine Erhöhung der Einfuhrzölle zugesagt. Als Entgelt für die hieraus sich ergebenden beträchtlichen Verbesserungen der chinesischen Staatsfinanzen mußte die chinesische Regierung versprechen, Maßregeln zu treffen, die für jetzt und in Zukunft dem deutschen Handel seine in den letzten 10 Jahren errungene Stellung nehmen.

Trotzki veröffentlicht die Geheimverträge.

Petersburg, 23. November. Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, hat eine Reihe von Telegrammen und Geheimdokumenten veröffentlicht, die sich sowohl auf die Zeit des zaristischen Regimes im Jahre 1915 als auch auf die Zeit der Koalitionsministerien beziehen. Die Soldaten- und Arbeiterregierung hat, sagt Trotzki, die Geheimdiplomatie mit ihren Ränken, Chiffren und Lügen abgeschafft. Unser Programm ist der Ausdruck des Willens von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern. Wir wollen unverzüglich einen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker beruhenden Frieden erlangen.

Die Dokumente beziehen sich auf Konstantinopel und die Meerengen. Der frühere Minister des Aeußeren Sasonow machte die Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel, die Westküste des Bosphorus, des Marmarameeres und der Dardanellen, auf Südthrazien bis zur Linie Enos-Midia, die asiatische Küste und die Inseln des Marmarameeres sowie die Inseln Imbros und Tenedos geltend. Die Verbündeten haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt, denen die russische Regierung zugestimmt hat. Nach ihren Ansprüchen soll Konstantinopel ein Freihafen für Waren werden, die nicht nach Rußland gehen und nicht von dort kommen. Die Verbündeten verlangen, daß ihr Recht auf die asiatische Türkei ebenso anerkannt werde wie das der Belassung der heiligen Stätten Arabiens unter muselmanischer Oberhoheit und der Einbeziehung der neutralen persischen Zone in die englische Einflußsphäre.

Rußland war bereit, alle Ansprüche anzuerkennen. Seinerseits hat es den Wunsch geäußert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. In Persien feilschte Rußland für sich um Rayons in den Städten Ispahan und Iezd.

Was die Festsetzung der Grenzen mit Deutschland anbelangt, bewahrten sich die beiden Teile volle Handlungsfreiheit.

Frankreich gab seine Ansprüche bekannt, denen unser [russisches] Ministerium zustimmte. Elsaß-Lothringen wird Frankreich zurückgegeben einschließlich der Eisen- und Kohlengrubengebiete. Die am linken Ufer des Rheins gelegenen Gebiete sollen von Deutschland abgetrennt werden und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands frei sein. Aus diesen Gebieten wird ein freier neutraler Staat zu bilden sein.

Das Merkwürdigste sind die Telegramme Terstschenkos. Es ist darin die Rede davon, daß die Botschafter Englands, Italien und Frankreichs bei Kerenski erschienen seien und ihm erklärt hätten, daß es dringend notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Armee schlagfertig zu machen. Dieser Versuch, sich in die Angelegenheiten Rußlands einzumengen, war der Regierung peinlich. Terstschenkos bat den russischen Botschafter in Washington, dem amerikanischen Kriegsminister mitzuteilen, daß die russische Regierung die Reserve des amerikanischen Botschafters in dieser Angelegenheit hoch anschlage.

Die russischen Geheimdokumente.

[Anfang siehe Text: Deutsche Tageszeitung – Nr. 605 – Dienstag, 27. November 1917 - Morgen – S.1; Trotzki veröffentlicht die Geheimverträge.]

Wenn die bisher erfolgte Bekanntgabe der Geheimverträge auch noch kein endgültiges Urteil über die Abmachungen und Pläne zwischen Rußland und der Entente zuläßt, so lassen die vorläufig gemachten Mitteilungen immerhin erkennen, daß die Alliierten ihre Annexionspläne auf breiteste Grundlage gestellt haben. So handelte es sich bei jenen, die sie im Orient verfolgten, tatsächlich um die Aufteilung der Türkei und die völlige Wehrlosmachung Persiens, Deutschland aber, das sie am meisten fürchteten, sollte zu einem Staatswesen dritten grades degradiert werden. Man sieht, gerade sehr bescheiden sind seinerzeit die Herren der Entente in ihren Forderungen und Rückforderungen nicht gewesen.

Zur russischen Veröffentlichung der Geheimverträge.

Die Veröffentlichung der Geheimverträge zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen durch den Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki hat begonnen. Die im heutigen Morgenblatt und in dieser Ausgabe darüber gegebenen Mitteilungen sind leider nur Auszüge und deshalb von bedingtem Werte. Die

einzelnen Verträge in ihren genauen Wortlauten und hauptsächlich auch nach den Daten, zu denen sie geschlossen sind, dürften dabei von besonderer Bedeutung sein, denn eben die Daten, die Zeitpunkte der Schließung neuer Abkommen gestatten, den Inhalt der Abkommen im Zusammenhange mit der jeweiligen politischen und militärischen Lage zu beurteilen. Hoffentlich wird die deutsche Regierung das Material ausführlich mitteilen, sobald es vorhanden ist.

Was bis jetzt vorliegt, ist weiter nicht überraschend, sondern zum größten Teile durch die Michaelissche Veröffentlichung vom vergangenen Sommer bekannt. Rußland beanspruchte in den Dokumenten Konstantinopel und die Westküsten des Bosphorus, des Marmarameeres und der Dardanellen, außerdem das sich daran anschließende europäische Landgebiet bis zur im ersten Balkankriege vielfach erwähnten Linie Enos-Midia. **Bemerkenswert ist hieran, daß Rußland also nicht die Meerengen ganz, sondern nur ihr eines – das europäische – Ufer erhalten sollte. Das andere Ufer würde ohne Zweifel englischer Besitz in der einen oder anderen Form geworden sein.** Wir enthalten uns weiteren Eingehens auf diese in der Tat interessante Veröffentlichung, bis sie ausführlicher vorliegt. **Einwandfrei und klar geht aus ihr hervor, daß die Türkei auf alle Fälle vernichtet werden sollte.** Wir sehen im übrigen hiermit bestätigt, das die „Deutsche Tageszeitung“ stets behauptet hat: Großbritannien denkt nicht daran, dem russischen Reiche die türkischen Meerengen in die Hand zu geben.

Im übrigen sollte die Türkei geteilt werden, Großbritannien hätte damit Kleinasien, Arabien und Mesopotamien unter seine Herrschaft gebracht. In diesem Sinne sind auch die britischen Offensiven vom Persischen Golfe und von Aegypten aus zu deuten.

In Europa ließen die Bundesgenossen dem russischen Reiche „unbegrenzte Rechte in Bezug auf Festsetzung seiner westlichen Grenzen“. Rußland durfte sich also soviel Deutschland und soviel Oesterreich-Ungarn erobern, wie es wollte. Diese Abmachung ist, wie es scheint, offiziell nur russisch-französisch, jedoch – wie alle Abkommen – von der britischen Regierung gebilligt. Die britische Regierung hat anscheinend damals einen anderen Standpunkt eingenommen als Sir Edward Grey in seiner Abschiedsunterhaltung mit dem Fürsten Lichnowsky, als er britische Vermittlung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland für einen Zeitpunkt andeutete, wo Rußland dem britischen Reiche sonst zu mächtig werden würde.

Die russische Regierung ihrerseits erklärte in dem unten gegebenen Telegramm an die französische Regierung, daß nach dem Krieg der Aalandsinsel-Vertrag zu den Akten zu legen sei. Wir empfehlen diesen Punkt der besonderen Aufmerksamkeit der schwedischen Regierung und Bevölkerung und erinnern sie daran, daß vor 1½ Jahren nach der Aalandsinsel-Interpellation des Abgeordneten der Ersten Kammer Professor Steffen die Westmächte und Rußland der schwedischen Regierung „versprochen“ hatten, die Aalandsinseln nach dem Kriege zu räumen. Mit diesem Versprechen betrachtete der damalige schwedische Minister des Auswärtigen Herr Wallenberg und betrachtete das schwedische Parlament die Aalandsfrage als zur Zufriedenheit erledigt. Vielleicht erinnert man sich jetzt hieran und vergegenwärtigt sich, wie ungemein zuverlässig Versprechungen der Entente einzuschätzen sind. Heute hält bekanntlich England die Aalandsgruppe militärisch in der Hand.

Frankreich beanspruchte unter Zustimmung seiner Verbündeten Elsaß-Lothringen einschließlich der Eisen- und Kohlengebiete, dazu die wirtschaftliche und politische Trennung aller linksrheinischen deutschen Gebiete. Aus ihnen sollte ein „freier neutrale Staat“ gebildet werden. Dieser freie neutrale Staat wäre bestimmt gewesen, unter französischer Vormundschaft zu leben und in Wirklichkeit zu Frankreich zu gehören. Die französische Presse hat seinerzeit mit Begeisterung diese Aussichten erörtert und vorausschauend schon den vernebelnden Einfluß der französischen Kultur auf die linksrheinische deutsche Bevölkerung erörtert. Herr Maurice Barres und andere konnten sich nicht genug an der Freude über diesen Plan tun. Leider hat die französische Regierung ihn dann in diesem Herbst abgeleugnet und **der englische Minister des Auswärtigen, Herr Balfour, erklärte noch vor ganz kurzer Zeit auf eine Anfrage im Unterhause hinsichtlich der linksrheinischen Gebiete, es sei überhaupt „absurd“, so etwas zu denken.** Wir sind neugierig, wie Herr Balfour sich nun zu diesem Teil der russischen Veröffentlichungen stellen werde. **Großbritannien verpflichtet sich bekanntlich in Verträgen mit Freunden und Verbündeten zu nichts, ohne sich Hintertüren offen zu lassen.** Ein Beispiel dafür scheint das Abkommen über Konstantinopel zu bilden, ein weiteres ebenso Elsaß-Lothringen und die linksrheinischen Gebiete. Vielleicht werfen weitere Veröffentlichungen auf diesen Punkt noch mehr Licht. Vorläufig sehen wir, daß die beiden Westmächte sehr böse sind und das russische Volk gegen die bolschewistische Regierung aufrufen. Diese Entrüstung kann man wohl begreifen, und es bleibt abzuwarten, ob sie sich in Rußland noch in politisch wirksamer Weise zur Geltung zu bringen vermag. **E.R.**

Berliner Tageblatt – Nr. 606 – Dienstag, 27. November 1917 - Morgen – S.1

Die Veröffentlichung der Geheimdokumente. –

Russisch-französische Abkommen.

Stockholm, 27. November. Aus Haparanda wird gemeldet: Von den von Trotzki zur Veröffentlichung vorgesehenen Geheimakten bringt die „Prawda“, das Regierungsblatt der Bolschewisten, zwei neue Dokumente.

In einer **Geheimdepesche vom 11. März 1917**, Nr. 168, teilt der russische Botschafter in Paris, Iswolski, als Antwort auf die Depesche Nr. 167 der russischen Regierung mit, daß die französische Regierung darauf Gewicht lege, jene Abkommen von der russischen Regierung bestätigt zu erhalten, die die Frage der Regulierung der Meerengen und die Entscheidung über Konstantinopel berühren. Andererseits wünsche Frankreich seinem Bundesgenossen alle die Garantien militärischer und industrieller Natur zu geben, die für die Sicherheit und die wirtschaftlichen Fortschritte des Landes unter der Regierung des Zaren geleistet worden waren. **Dafür sollte Rußland jedoch die unbegrenzten Rechte Frankreichs hinsichtlich der Festsetzung seiner Ostgrenzen anerkennen.** In der Depesche des russischen Auswärtigen Amtes an den Pariser Botschafter, worin unter anderem die französischen Annexionspläne Deutschland gegenüber behandelt werden, heißt es am Schluß: „Außerdem glauben wir uns Frankreichs Zustimmung versichern zu müssen, daß die Bindungen hinsichtlich der Aalandsinseln nach Kriegsschluß aufgehoben werden. Haben Sie die Güte, die vorliegenden Gesichtspunkte Briand vorzustellen und uns das Ergebnis zu telegraphieren.“

Petersburg, 26. November. (Petersb. Telegr.-Agent.) Das letzte der von Trotzki veröffentlichten Dokumente ist ein geheimes Telegramm. Der **russische Gesandte in Bern** teilt darin mit, daß einige große Finanzleute in der Schweiz Besprechungen abhielten. Die Engländer stellten in Abrede, heißt es in dem Telegramm weiter, an dieser Konferenz teilgenommen zu haben, doch sei der Direktor der Lloyd Bank am 22. September 1917 in Genf angekommen. Bezüglich Rußlands wisse man nichts Endgültiges. Es scheine, daß man sich nur dahin ausgesprochen habe, daß die Mittelmächte einige Kompensationen im Orient erlangen könnten. Die deutschen Teilnehmer an der Konferenz hätten auf der Abtretung der baltischen Provinzen und der Unabhängigkeit Finnlands bestanden.

Notiz des W.T.B.: An zuständiger Stelle ist von dieser Versammlung nichts bekannt.

Berliner Tageblatt – Nr. 606 – Dienstag, 27. November 1917 - Morgen – S.1

Protest der Ententeregierungen gegen das russische Waffenstillstandsangebot.

Genf, 27. November. „Echo de Paris“ meldet amtlich: „Die Regierungen der Entente beschlossen, dem russischen Volk eine Protesterklärung gegen das Waffenstillstandsangebot der Bolschewiki zur Kenntnis zu bringen, das eine Verletzung des Londoner Vertrages [vom 5. September 1914] darstelle. Frankreich erläßt einen besonderen Protest gegen die Verletzung des französisch-russischen Bündnisses. Beide Erklärungen werden der maximalistischen Regierung nicht notifiziert, da die Entente deren Anerkennung verweigert hat.“

Die Pariser Regierungspresse macht drohend auf die schweren Folgen aufmerksam, die für Rußland ein Sonderfriede nach sich ziehen würde. Das Pariser Ministerium des Aeußern läßt mitteilen, die in Händen Trotzki's befindlichen Geheimverträge seien inzwischen durch die Ereignisse überholt, sie enthielten im übrigen Abmachungen lediglich zugunsten Rußlands, so daß Frankreich ihre Veröffentlichung nicht zu scheuen brauche.

Der Reichsbote – Nr. 606 – Dienstag, 27. November 1917 - Morgen – S.1

Aus dem Lande Utopien. –

von Ernst Boetticher, Hptm. a.D.

Es liegt sozusagen eine Ironie der Geschichte darin, daß **Rußland, nachdem es durch Ausschaltung alles Deutschtums wieder ein slawisch-tatarisches Staatswesen geworden ist**, auch zurücklenkt zur Ueberlieferung der Urzeit, zum Kommunismus. Das politische Programm der Bolschewiki (Maximalisten) rühmt sich, daß es „den am weitesten gehenden Versuch zur Verwirklichung eines sozialistisch-kommunistischen Staatswesens“ bedeute, den jemals im Laufe der Geschichte eine im Besitz der Regierungsgewalt befindliche Machtgruppe ernsthaft durchzuführen bestrebt war. Die Aufhebung des Rechtes der Grundeigentümer, Land zu besitzen, geht allerdings ins Schrankenlose und beweist, daß die Bolschewiki für den Staatsbegriff in

unserem Sinne absolut kein Verständnis haben. Dem entspricht es, was plündernde, mordende, sengende Bauernscharen unter der ausgegebenen Losung verstehen: „Jeder nehme sich Land, wo er es findet.“

Während die russischen Revolutionäre um die Wette der blinden Menge ihre Utopien anpreisen, dürfte es zeitgemäß sein, darauf hinzuweisen, daß **alle Versuche, die sozialistischen Theorien im praktischen Leben zu verwirklichen, noch immer vollständig gescheitert sind**. Aus geschichtlichen Erfahrungen lernt freilich nur, wer überhaupt der Belehrung zugänglich ist. Es ist Tatsache, daß ein Staatswesen, wie man es jetzt in Rußland schaffen möchte, vor 800 Jahren in China ins Leben gerufen wurde, aber an sich selbst elend zugrunde ging. Leon Caubert hat dies um die Jahrhundertwende in der französischen Akademie der Wissenschaften mitgeteilt. Vergl. auch Ferd. Heigl, die Religion und Kultur Chinas (Berlin, Bermühler 1900). Im 11. Jahrhundert wollte Wang-Nyam-Che, ein redlicher und gebildeter Mann, das goldene Zeitalter heraufführen, und zwar durch eine Reihe Reformen, welche auch heute die Grundlage unseres Sozialismus sind, wie die Verstaatlichung von Grund und Boden und seinen Erzeugnissen, Einführung der Staatsmonopole und so weiter. China hatte schwere Zeiten durchgemacht. Erdbeben, Hungersnot und Ueberschwemmungen mit schmerzlichen Einbußen überstanden. Das Volk forderte Reformen.

Da berief der Kaiser Chemsong den Wang-Nyam-Che, der inzwischen als Friedensrichter und Bezirksvorsteher großen Ruf erworben hatte, an die Spitze des Ministeriums. Auf dessen Vorschlag wurde nun das Eigentumsrecht am Grund und Boden aufgehoben und aller Grundbesitz an die Familien gleichmäßig verteilt, was bei der vor jenen Ereignissen hervorgerufenen Entvölkerung des Landes keine Schwierigkeiten hatte. Die Bestellung der Aecker wurde nach einem bestimmten Plane geregelt. Ihr Ertrag sollte den Familien nur soweit gehören, als sie dessen zu ihrer Ernährung und zur neuen Aussaat bedurften, das Ueberschießende aber dem Staate abgeliefert werden. Wer Vieh züchtete, mußte alle nicht zum eigenen Dienste notwendigen jungen Tiere an den Staat abliefern. Kurz, alles wurde im kommunistischen Sinne geregelt. **Der Staat nahm die Landwirtschaft, das Gewerbe, den Verkehr, die Verteilung der Arbeit und der erzeugten Güter, die gesamte Verwaltung in die Hand**. Jeder mußte Arbeit verrichten, die der Staat ihm zuwies. So lange die Sache neu war, ging alles gut.

Aber nach Verlauf einiger Zeit fand der Bauer, der vom Staate das Korn zur Aussaat erhalten hatte, dessen unmittelbare Verwendung zur Ernährung viel bequemer. Die Viehzüchter verloren das Interesse daran, Vieh für den Staat groß zu ziehen, und die Leute, welche Holz fällen sollten für sich und ihre Mitbürger, schlugen nicht mehr Bäume nieder, als sie selbst bedurften. Die Frauen, die von aller Arbeit frei sein sollten, sahen sich gezwungen, zu arbeiten, um nicht vor Hunger zu sterben. Der eine Bauer behauptete, sein Boden sei nicht ertragsfähig, der andere, sein Nachbar habe mehr Land bekommen als er; ein dritter hatte nicht minder leere Ausflüchte. **Schließlich wollte niemand mehr arbeiten**. Der Boden blieb unbebaut, das Gewerbe ruhte, die Hungersnot kam wieder. Da mußte Wang-Nyam-Che gehen. **Sein Reformwerk hatte sich als undurchführbar erwiesen**. Seitdem gilt aber in China noch heute der Staat als Besitzer alles Landes, demgegenüber die Grundeigentümer nur Erbpächter mit Verkaufsrecht sind.

Von vereinzelt kommunistischen Bewegungen hat man in den verschiedensten geschichtlichen Epochen gehört. **Das hirnverbrannte Unterfangen, Staat, Gesellschaft und Familie zu vernichten, also die Entwicklung der Menschheit zum kommunistischen Urzustand zurückzuschrauben, mußte an seinem Widersinn scheitern**. Die agrarische Bewegung im alten Rom war mit kommunistischen Elementen zeitweilig stark durchsetzt, und C. Gracchus insbesondere scheute nicht davor zurück, die niedrigsten Leidenschaften in wilder Weise aufzuregen. Die Verschwörung des Katilina muß als ein kommunistisches Unternehmen bezeichnet werden und nicht minder der Aufstand des Dolabella.

Auch das Ende des Mittelalters sah eine Reihe von solchen Bewegungen. Damals war es bei uns, wie heute in Rußland, der Bauernaufstand, der das Eigentum angriff. Es fehlte aber auch nicht an Versuchen, einen völlig veränderten Zustand, wie einzelne Geister, zum Beispiel Thomas Morus in seiner „Utopia“, Campanella in seinem „Civitas solis“, ihn in sozialistisch-kommunistischer Richtung erträumt hatten, auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Solche Versuche hat auch die kommunistische Bewegung der Neuzeit gebracht, so zum Beispiel die Begründung der Kolonie „New Harmony“ in Indiana (1824) durch Robert Owen und die schwedische Kommunistengemeinde Biscop Hill in Illinois (1846) durch Erich Janson. **Alle derartigen Unternehmungen sind an ihrer eigenen inneren Unhaltbarkeit zugrunde gegangen**.

Nicht anders kann es dem „am weitesten gehenden“ Versuch der Bolschewiki (Maximalisten) ergehen. Kommunismus kann ebensowohl, einem hochgespannten Idealismus wie dem Materialismus entspringen. Ersteres war bei Plato der Fall, wogegen der Kommunismus bei Morus aus Materialismus hervorging. Durchaus materialistisch ist auch der jetzt in Rußland mit blutiger Gewalttätigkeit nach Geltung ringende. **Die „proletarische Revolution“ der Bolschewiki – der unsere verblendete Sozialdemokratie zujubelt, will, um**

Raum zu schaffen, für die Verwirklichung ihrer utopischen Träume, zuvor das Unterste zuoberst kehren, alles, was besteht, vernichten, das gesamte staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge völlig auflösen. Nach allem Anschein wird ihr dies gelingen. Ist aber Rußland einmal ganz und gar in staatlichen Verfall geraten, so kann es nur durch fremde Hände wieder aufgerichtet werden. **Die Slaven sind unfähig, aus sich heraus Staaten zu bilden. Alle slavischen Staatsgründungen sind unter germanischen und tatarischen Führern ins Werk gesetzt worden. Der russische Staat war das Werk seiner deutschen Herrscher, Staatsmänner und Generale.** Jetzt wird es der ganzen Welt offenbar, was das russische Volk in politischen Versuchen leistet, und wie es wohl zu zerstören, aber nicht zu bauen vermag.

Deutsche Zeitung – Nr. 598 – Dienstag, 27. November 1917 - Abend – S.2

Das Fell des Bären.

Die Veröffentlichung der russischen „Geheimdokumente“ bildet eine wertvolle Ergänzung zu den Enthüllungen des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis vom letzten Sommer über die Eroberungspläne Frankreichs. Man erinnert sich, daß sich durch diese Enthüllungen die ganze Präsidentenherrlichkeit Raymonds Poincares ernstlich ins Wanken kam und daß es des sehr nachdrücklichen Eingreifens Englands bedurfte, um die kochende Volksseele Frankreichs zu beruhigen. Denn gerade in London weiß man die „Verdienste“ des Herrn Präsidenten sehr zu würdigen, wenn sie auch durch die kluge Ausnutzung seiner persönlichen Eitelkeit den Republikanern in einem ziemlich gefärbten Lichte erscheinen müssen. Vor allem spielt die Frage des linken Rheinufers bei den Mitteilungen Dr. Michaelis eine große Rolle und so steht auch sie im Vordergrund der jetzigen russischen Veröffentlichungen, so weit sie Deutschland betreffen.

Elsaß-Lothringen soll Frankreich „zurückgegeben“ werden, dazu solle es die Eisen- und Kohlengruben erhalten. Ueber die Festsetzung der Grenzen im einzelnen war man so großmütig, sich volle Handlungsfreiheit vorzubehalten. Nur darin hatte man sich bereits festgelegt, ist die am linken Rheinufer gelegenen deutschen Gebiete abgetrennt und zu einem freien neutralen Staate erhoben werden sollten, ungehindert von jeder wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von Deutschland. Also einen Pufferstaat wollte man schaffen, wohl in Gedanken an Belgien. Gut ausgedacht und trefflich geeignet für den Wahlspruch von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen!

Als Köder für Rußland hatte man Konstantinopel und die Dardanellen ausgeworfen und daneben so viel von der Türkei beansprucht, daß dem Sultan schließlich höchstens ein angenehmer Ruhesitz mit Herrenhaus und Gartenanlagen verblieb. Man sieht's, mit Kleinigkeiten pflegt man sich im Verande nicht abzugeben. Wie aber wird man sich in London und Paris jetzt zu seinen unentwegten Behauptungen stellen, daß man nur den „preußischen Militarismus“ ans Leben wolle? Gewiß: Verlegenheit kennt man dort ebenso wenig und irgend ein tollkühner Gedankensprung wird schon eine Verbindung schaffen, um vor allem den Neutralen weiter über seine rein menschlichen Kriegsziele zu täuschen. Immerhin würden die Petersburger Veröffentlichungen einen Sturm im westmächtlichen Blätterwalde erzeugen und man wird gespannt die Rückwirkung in Neutralien erwarten.

Aber noch ein anderes geht aus den Petersburger Meldungen hervor: der ewige Druck der lieben Verbündeten auf Rußland, sich weiter für sie zu opfern. Die damaligen Machthaber haben das zwar peinlich empfunden, aber doch wohl stets wieder gute Mine zum bösen Spiel gemacht; um den Augenblick in dem England und Frankreich die Schlinge vollends zuziehen würden, noch möglichst weit hinauszuschieben, um eine Galgenfrist zu erlangen. Dabei liest es sich wie eine blutige Satire, daß Herr Terestschenko Amerika für seine Zurückhaltung noch besonders dankte, demselben Amerika, das heute Rußland alle Lebensbedingungen abschneiden will.

Man wird, um sich ein völlig klares Bild über den hübschen Weltverteilungsplan der Verbandsmächte bilden zu können, die weiteren Veröffentlichungen abwarten müssen. Aber was bis jetzt davon bekannt geworden ist, zeigt, mit welchen Absichten man dort noch immer umgeht. Grund genug für uns, auf der Hut zu sein, wenn die Sirenenrufe nach Frieden und „Verständigung“ erschallen.

Tägliche Rundschau – Nr. 606 – Dienstag, 27. November 1917 - Abend – S.2

Jameson + [Krüger-Telegramm]

London, 26. November. (Reuter-Meldung) Der südafrikanische Staatsmann Leonder Star Jameson ist heute gestorben.

Jameson hat sich zuerst in aller Welt einen wenig klangvollen Namen gemacht, als er Ende 1895 im Auftrage seines Freundes Rhodes, mit einer Räuberbande inmitten des Friedens in die Burenrepublik einfiel, um sie hinterrücks zu vergewaltigen und England zu unterwerfen, aber am 1. Januar 1896 von den Buren bei Krügersdorp geschlagen und gefangengenommen wurde. Sein Einfall und seine Gefangennahme hatte zu der Glückwunsch- und Entrüstungsdrahtung unseres Kaisers an den Präsidenten Krüger Anlaß gegeben.

Die Buren lieferten den Missetäter an die englische Regierung aus und diese ließ ihn, um den Schein zu wahren, zu zehn Monaten Gefängnis verurteilen, die ihm sicher erspart geblieben wären, wenn ihm sein Einfall gelungen wäre. Seine Strafe hat Jameson nur zum Teil abgesessen, und die englische Regierung hat sich dann zum Dank beflissen gezeigt, ihn auf der staatsmännischen Laufbahn, die er später einschlug, zu fördern. Nachdem er im Burenkriege mitgefochten hatte, stieg er rasch empor, wurde Direktor der De Boers-, der britischen Südafrika-Gesellschaft und zuletzt sogar Premierminister der Kapkolonie. Ein Lungenleiden zwang ihn, das Land zu verlassen. Zuletzt war er Präsident der Chartered-Gesellschaft und einer der lebhaftesten Befürworter des Raubes der deutschen Kolonien durch England.

Vossische Zeitung – Nr. 605 – Dienstag, 27. November 1917 - Morgen – S.8

Entente-Drohungen gegen Rußland.

Genf, 26. November. Das französische Ministerium des Auswärtigen gibt bekannt, daß die Entente-Kabinette nach telegraphischer Verständigung beschlossen haben in einem Aufruf an das russische Volk gegen das Waffenstillstandsangebot der Maximalisten zu protestieren, das eine Verletzung des Londoner Vertrages bedeute. Frankreich erläßt eine besondere Verwahrung gegen den Bruch des französisch-russischen Bündnisses. Beide Erklärungen werden den Bolschewiki nicht notifiziert.

Zur Veröffentlichung der Geheimverträge erklärt der Quai d'Orsay in einer Mitteilung an die Presse, diese Verträge seien durch die Ereignisse hinfällig geworden und enthielten im übrigen Abmachungen zugunsten Rußlands, so daß Frankreich ihre Veröffentlichung nicht zu scheuen habe.

Die Pariser offiziöse Presse erklärt, die Entente setze Hoffnung auf die Widerstandskraft der antimaximalistischen Elemente. Sollte aber der Sonderfrieden zur Tatsache werden, so würde ganz Rußland die ersten Folgen, die die Entente daraus ziehen müßte, zu tragen haben.

Aus den russischen Geheimverträgen.

Stockholm, 27. November. von den durch die bolschewistische Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten seien folgende ausführlich mitgeteilt:

An erster Stelle wird in der „**Prawda**“ ein Aktenstück mitgeteilt, das im Blatte die Ueberschrift trägt „Uebereinkommen betreffend Konstantinopel und den Sund“. (Eine Information) Am 19. Februar (4.März) 1915 übergab der Außenminister den französischen und englischen Botschaften ein Memorandum, in welchem als Wünschenswertes Ziel ausgesprochen wurde, daß als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges folgende Territorien Rußland überlassen werden möchten: Die Stadt Konstantinopel, die westlichen Küsten des Bosphorus bis zum Samraiafluß und einem später näher zu bezeichnenden Punkt am Ismidsund, die Inseln im Marmarameer und die Inseln Imbros und Tenedos. Frankreichs und Englands Sonderprivilegien innerhalb der angegebenen Territorien sollen unangetastet bleiben. Sowohl Frankreichs wie Englands Regierung gaben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele gut zu heißen unter der Voraussetzung, daß der Krieg glücklich endete, und andererseits einer ganzen Reihe französischer und englischer Forderungen entgegenkommen werde, die sich teils auf Gebiete des Osmanischen Reiches, teils auf andere Gebiete bezogen.

Diese Forderungen waren, soweit sie der Türkei galten, folgende: Konstantinopel wird als Freihafen anerkannt zur Transitierung von Waren, welche weder von Rußland kommen noch nach Rußland gehen, und Handelsschiffe sollten freie Durchfahrt durch den Sund haben. England und Frankreich sollten in der asiatischen Türkei Rechte zuerkannt werden, welche durch ein Sonderübereinkommen zwischen Frankreich, England und Rußland genau fixiert werden sollten. Die heiligen Stätten der Muhammedaner und Arabien sollten einem unabhängigen muhammedanischen Reiche unterstellt werden. Die durch das englisch-russische Uebereinkommen vom Jahre 1907 neutralisierte Zone in Persien, sollte als zu Englands Interessensphäre gehörig anerkannt werden. – Die russische Regierung, die im Prinzip anerkannte, daß diesen Forderungen entgegengekommen werden müsse, machte gleichwohl einige Vorbehalte.

In der Formulierung unserer Wünsche betreffend die heiligen Stätten der Muhammedaner müßte unmittelbar klargestellt werden, ob diese Stätten unter türkischer Oberhoheit verbleiben und der Sultan weiter das Kalifat behalten sollte, oder ob man einige neue unabhängige Reiche gründen sollte. Nach unserer Meinung wäre es wünschenswert, daß das Kalifat von der Türkei getrennt würde. Auf alle Fälle müßten die Wallfahrten nach den heiligen Stätten frei bleiben. Rußland geht darauf ein, die neutrale Zone in Persien als unter Englands Interessensphäre gehörend anzuerkennen, hält gleichwohl den Vorbehalt für angebracht, daß die Gebiete und Städte Isfahan und Jesda Rußland zugesichert werden und daß der Teil der neutralen Zone, welcher wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eingeschoben ist und sich Rußlands Grenze bei Sulgafar nähert, der russischen Interessensphäre zugewiesen wird. Die russische Regierung hält es für wünschenswert, daß außerdem gleichzeitig Entscheidung getroffen würde, betreffend das an Rußland grenzende nördliche Afghanistan in der Richtung der von der Regierung bei den Verhandlungen des Jahres 1914 ausgesprochenen Wünsche.

Nach Eintritt Italiens in die Reihe der kriegführenden Mächte wurden unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele auch der italienischen Regierung mitgeteilt, welche ihre Einwilligung aussprach unter der Voraussetzung, daß der Krieg mit Sieg endete, daß Italiens Wünsche im allgemeinen und im Osten im besonderen Entgegenkommen fänden und daß wir in den uns zufallenden Gebieten Italien dieselben Rechte zuerkennen wie Frankreich und England.

Aus den Geheimdokumenten seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris vom 9.März 1916:

Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie folgende Prinzipien zur Richtschnur nehmen. Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Uebereinkommen müssen unangetastet bleiben und dürfen keiner Revision unterworfen werden. Dies gilt unserem Abkommen mit Frankreich und England betr. Konstantinopel, den Sund, Syrien und Klein-Asien, sowie dem Londonvertrag mit Italien. Alle Vorschläge betr. Festlegung der zukünftigen Grenzen Mitteleuropas sind zurzeit verfrüht, im allgemeinen muß man eingedenk sein, daß wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit zu lassen,

Deutschlands Westgrenze zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsere Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen. Notwendig ist es vor allem, zu fordern, daß die peinliche Frage von den Gegenständen der internationalen Verhandlungen ausgenommen und alle Versuche, Polens Zukunft unter die Garantiekontrolle der Mächte zu stellen, verhindert werden. Was die skandinavischen Reiche angeht, muß man dahin streben, Schweden von einem gegen uns feindlichen Auftreten abzuhalten und ebenso rechtzeitig an Maßnahmen denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einem Krieg mit Schweden vorzubeugen.

Rumänien sind bereits alle die politischen Vorteile versprochen worden, welche es vermögen können, zu den Waffen zu greifen, und deshalb ist es vollkommen unnötig, in dieser Richtung neue Lockmittel zu brauchen. Die Frage betreffend Verdrängung der Deutschen vom chinesischen Markt hat sehr große Bedeutung, aber da die Entscheidung dieser Frage ohne Japans Mitwirkung unmöglich, ist es ratsam, die Erörterung derselben bis zur ökonomischen Konferenz zu verschieben, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorbereitender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist.

Sasonow

Telegramm an den russischen Botschafter in Paris.

Petersburg, 30. Januar 1917. 507. Copee. In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich **der Rückgabe von Elsaß-Lothringen nach dem Schlusse des Krieges zu versichern, sowie einer Sonderstellung im Tale des Saarflusses, und es dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so reguliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge.**

Doumergue sprach die Hoffnung aus, seine Kaiserliche Majestät möchte nicht ablehnen, jetzt sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen, und ich ersuchte infolgedessen, daß Doumergue nach Mitteilung mit seiner Regierung mir einen Vorschlag zu einem Uebereinkommen mitteilen möchte, welches auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden konnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, welcher von der Kaiserlichen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916 Nr. 948 dargelegt wurde und nach dem wir, **wenn wir Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Feststellung unserer Grenzen mit Deutschland und Oesterreich anbelangt.**

Der bevorstehende Notenwechsel in der von Doumergue angeregten Frage gibt uns somit Veranlassung zu ersuchen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu versichert, daß Rußland in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält. Exakte Angaben in dieser Frage werden wir zu seiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Des ferneren glauben wir uns der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach dem Schluß des Krieges die Servitut über die Aalandsinseln aufgehoben wird. Bitte legen Sie die eben dargestellten Gesichtspunkte Briand dar und telegraphieren Sie über das Ergebnis.

Pokrowski.

In der „**Soldatskaja Prawda**“ werden folgende Telegramme des Außenministers Terestschenko veröffentlicht, welche eine Episode in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen betreffen.

Geheimtelegramm an die Vertreter in Paris, London, Rom vom 9. Oktober 1917;

Der französische, englische und italienische Botschafter hatten den Wunsch ausgedrückt, gleichzeitig vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden und machten ihm eine Mitteilung, in der hervorgehoben wurde, daß die letzten Ereignisse Befürchtungen eingeben betreffend die Widerstandskraft Rußlands und dessen Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen; aus diesem Anlaß kann die allgemeine Volksmeinung in den verbündeten Ländern von ihren Regierungen Angaben über die materielle Hilfe fordern, die Rußland gewährt worden ist. Um den alliierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, die allgemeine Stimmung zu beruhigen und ihr neue Zuversicht einzuflößen, obliegt es der russischen Regierung, durch die Tat ihrer Entschlossenheit zu zeigen, alle Mittel anzuwenden, um die Disziplin wiederherzustellen und der Armee einen wirklichen Kriegergeist einzuflößen, sowie das regelrechte Funktionieren des Regierungsapparates vor und hinter der

Front zu sichern. Die verbündeten Regierungen drücken endlich die Hoffnung aus, daß die russische Regierung diese Aufgabe erfüllen und sich somit der Unterstützung der Bundesgenossen versichern wird.

Der Minister hob in seiner Antwort an die drei Botschafter hervor, daß die Interimsregierung Maßnahmen in der Richtung ergreift, daß der Schritt der Botschafter bei der Allgemeinheit nicht eine Auslegung erfahre, die geeignet wäre, Unwillen gegen die Bundesgenossen zu erregen. Er wies dabei darauf hin, daß die gegenwärtige schwierige Lage Rußlands in bedeutendem Maße mit der von dem alten Regime übernommenen Erbschaft zusammenhängt, dessen Regierung zurzeit im Auslande eine Unterstützung und ein Vertrauen genossen habe, die vielleicht ihren Verdiensten nicht entsprochen hätte. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Folgen, welche ein Schwanken der Bundesgenossen in der Frage der Versehung der Armee mit ihren Kriegsbedürfnissen zur Folge haben müßte; diese Folgen zeigen sich zwei, drei Monate, nachdem ein derartiges Schwanken verspürt wird. Was den Krieg anlangt, so hob Kerenski hervor, daß man diesen in Rußland immer noch als eine allgemeine nationale Angelegenheit betrachtet, und daß er es deshalb für nötig halte, die von dem russischen Volk gebrachten Opfer besonders hervorzuheben.

Der Imperialismus der Zentralmächte bildet die größte Gefahr für Rußland, und der Kampf gegen diesen Imperialismus muß im nahen Anschluß an die Bundesgenossen geführt werden. Rußland, das mehr als andere vom Kriege gelitten hat, kann diesen nicht beendigen, ohne seine territoriale Integrität und Unabhängigkeit gesichert zu haben, und wird den Kampf fortsetzen, wie auch die internationale Spannung werden möge. Was die Maßnahmen zur Wiederaufrichtung der Kampffähigkeit der Armee anlangt, hob der Ministerpräsident hervor, daß diese Aufgabe Gegenstand der ganzen Aufmerksamkeit der Regierung bilde, und daß die am gleichen Tage vom Kriegsminister und Außenminister an die Front unternommene Reise gerade von der Notwendigkeit, ein entsprechendes Programm auszuarbeiten, hervorgerufen war. Zum Schluß wies Kerenski hinsichtlich der kollektiven Art des Schrittes der Botschafter darauf hin, daß Rußland immer noch eine Großmacht sei.

Terestschenko

Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten Rußlands in Bern vom 4. (17.) September 1917, Nr. 707:

In der Lokalpresse ist ein Fühler erschienen, nach welchem einige Finanzleute aus beiden im Kriege miteinander befindlichen Lagern kürzlich in der Schweiz weitgehende gemeinsame Besprechungen geführt haben. Wer die Konferenzteilnehmer und welches die Ziele der Beratung gewesen, wird streng geheim gehalten. Zweifellos sind jedoch folgende Personen dabei gewesen: Jaques Stern von der Niederländischen Bank in Paris, Tuckmann von der Pariser Abteilung der Lloyd-Bank, Fürstenberg, Direktor der Deutschen Diskonto-Gesellschaft. Außerdem ein Vertreter der Deutschen Bank und einer österreichischen (Austrobank). Engländer haben zwar ihre Teilnahme an den Beratungen bestritten, aber am 2. (15.9.) September traf in Genf aus London der Direktor der Lloydbank Bell unter dem Vorwande der Gründung einer Filiale in der Schweiz ein. Wie gerüchteweise verlautet, hat man als Basis eine Uebereinkommens folgende Möglichkeit erörtert:

Elsaß-Lothringen sollte Frankreich zurückgegeben und Italiens Forderungen sollte entgegengekommen werden. Nichts Bestimmtes ist betreffend Rußland festgestellt worden; es sind nur Andeutungen ausgesprochen worden, daß die Zentralmächte eine Reihe Kompensationen im Osten erhalten können. Die deutschen Teilnehmer an den Beratungen forderten insbesondere die Belassung der baltischen Provinzen an Deutschland und Unabhängigkeit für Finnland.

Bemerkung des W.T.B.: Die Tatsache dieser Zusammenkunft ist bereits von deutscher Seite dementiert.

Berliner Börsen Zeitung – Nr. 557 – Mittwoch, 28. November 1917 –Morgen – S.3

Geheimdokument an den Botschafter in Washington vom 9. Oktober 1917:

Der englische, der französische und der italienische Botschafter wurden heute vom Ministerpräsidenten [Kerenski] empfangen und hoben ihm gegenüber im Namen ihrer Regierungen die Notwendigkeit hervor, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kriegsfähigkeit der Armee zu ergreifen. Dieser Schritt hat auf die vorläufige Regierung einen peinlichen Eindruck machen müssen, um so mehr, als alle unsere Bundesgenossen die Anstrengungen kennen, die die Regierung macht, um den Kampf gegen den gemeinsamen Feind fortzusetzen. Ich bitte Sie, streng vertraulich Lansing mitzuteilen, wie hoch die Vorläufige Regierung es geschätzt hat, daß der amerikanische Botschafter sich einer Teilnahme an dem fraglichen Schritt enthalten hat.

Terestschenko

Der Eroberungsfeldzug des Verbandes.

Die Empörung der Entente über den Waffenstillstandsvorschlag der russischen Regierung bedeutet, wie das Wiener „**Fremdenblatt**“ ausführt, wohl das deutlichste Eingeständnis, das unsere Gegner einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg führen. Sie haben jetzt Farbe bekannt, und die erpresserische Politik, die sie jetzt Rußland gegenüber anwenden, muß jedem Unbefangenen den Wert der großen Phrasen von Selbstbestimmungsrecht, Freiheit und Gerechtigkeit klar werden lassen. Selbstbestimmungsrecht heißt offenbar, daß England, Frankreich und Amerika selbst das Recht haben, das Schicksal Fremder zu bestimmen. Freiheit bedeutet, die Erlaubnis an der Seite der Entente Krieg zu führen, Gerechtigkeit, daß sich in die inneren Angelegenheiten der Ententestaaten niemand hineinmischen darf, sie aber den Anspruch besitzen, nach ihrem Gutdünken feindlichen Mächten Vorschriften zu geben, wie diese ihr staatliches Leben gestalten sollen. Die neue russische Regierung hat in ganz entschiedener Weise gegen die Einmischung der Entente in die inneren Verhältnisse Rußlands protestiert. Es ist nicht ein Despot wie Nikolaus II., der sich gegen die Tyrannei der Westmächte erhebt, sondern eine Regierung, die sich auf den äußersten Flügel der Nation stützt. Aber sie hat das Verbrechen begangen, Frieden zu begehren, einen Frieden, der das Dasein der Mittelmächte nicht gefährdet, und deshalb wird sie in Acht und Bann getan von jenen Staatsmännern, die die Fortführung des Krieges als einziges Mittel für das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden. Der Umsturz in Rußland ist eine Katastrophe für die Westmächte, nicht bloß eine militärische, sondern in noch höherem Grade eine moralische Katastrophe.

Die Erkenntnis, daß die wahren Gründe, die den Verband zum Krieg geführt haben, sich nicht mit den von ihnen verkündeten Kriegszielen decken, konnte nicht besser entschleiert werden, als durch die Veröffentlichung der Geheimverträge. Daß diese Veröffentlichungen besonders auch bei den Neutralen die Wirkung auslösen, die festzustellen dem Verband recht peinlich sein dürfte, erhellt aus einer Stockholmer Meldung, nach welcher „**Sydsvenska Dagbladet**“ über die Veröffentlichung der Geheimverträge sich folgendermaßen äußert:

„Aus dem, was erschienen ist, geht hervor, daß die Leiter der englischen und französischen ausländischen Geschäfte schwerwiegende Gründe gehabt haben, um eine Veröffentlichung zu fürchten. Es genügt, um allen ruhig Urteilenden die klar Einsicht zu geben, daß die Entente weder für Freiheit und Recht, noch aus Fürsorge für die Unabhängigkeit der kleinen Nationen den Krieg geführt hat, sondern daß ihre Ziele sehr umfassende Eroberungen und durchgreifende Umstürze in Europa und Asien gewesen sind.“

Ein weiteres Zeugnis von der sich in neutralen Ländern verbreitenden Erkenntnis ist auch eine Zuschrift an das Kopenhagener Blatt „**Socialdemokraten**“, dem ein Friedensfreund in Bezug auf die letzten Äußerungen Clemenceaus und Carsons schreibt:

„Ich entdeckte, daß der Weltkrieg ein Handels- und Industriekrieg von riesenhaftem Umfange ist und daß die Rede von dem Kampf gegen den deutschen Militarismus und für das Recht der kleinen Nationen nur Phrasen sind, die ausgenutzt werden, um die Kriegsstimmung der Völker aufrecht zu erhalten. In den neutralen Ländern leiden wir immer mehr unter der Herrschaft Englands auf den Meeren, die einen vollständig gesetzmäßigen Handel unsererseits verhindert. Ich verstehe jetzt besser als früher, weshalb England auf allen Friedenskonferenzen sich einer internationalen Uebereinkunft über die Unverletzbarkeit des Privateigentums zur See widersetzt hat, und ich verstehe, weshalb eins der Kriegsziele Deutschlands die Freiheit der Meere ist. Aber gerade hieran sind die kleinen Staaten interessiert. Denn die Meere sind nicht frei, solange eine einzelne Großmacht beim Kriegsausbruch den gesetzmäßigen Handel sperren und alle neutralen Staaten aushungern kann.“

Die russischen Geheimakten.

Es war vorauszusehen, daß die Veröffentlichung der russisch-französischen Geheimakten überall berechtigtes Aufsehen hervorrufen würde. Besonders in Schweden ist man über die beabsichtigte Aufhebung der Servitut über die Aalandsinseln nach dem Kriege sehr erregt. Hierrüber wird aus Stockholm, unter dem 26. November, folgendes mitgeteilt:

Die heute früh in „**Dagens Nyheter**“ aus der „**Prawda**“ mitgeteilten Dokumente, nach denen Frankreich Rußland „unbegrenztes Recht in bezug auf die Westgrenze des russischen Reiches“ zugestanden

und Rußland von Frankreich dessen Zustimmung dafür forderte, daß die Servitut über die Aalandsinseln nach dem Kriege aufgehoben werden solle, erwecken hier das größte Aufsehen. „**Aftonbladet**“ bemerkt, aus den Schriftstücken gehe hervor, daß die russische Gefahr für Schweden tatsächlich bestanden habe. „**Allehanda**“ findet, man sehe jetzt klar, wie rücksichtslos die Ententemächte auch Schweden ins Verderben stürzen wollten, während sie zu gleicher Zeit einigen politischen Parteimännern innerhalb Schwedens schmeichelten, um auf diese Weise eine innere Zersplitterung hervorzuführen.

Im jetzigen Augenblick werden noch immer gegen Schweden von einer Großmacht Pläne von kaum geringerer Gefährlichkeit gesponnen, wir meinen hiermit die Absicht, Schweden dazu zu bringen, daß es gutwillig den größten Teil seiner unersetzlichen Handelsflotte der Entente überläßt. Das gleiche Blatt teilt mit, daß bevollmächtigte Vertreter aller Gemeinden auf Aaland seit einiger Zeit eine Abordnung ernannt hätten, um der schwedischen Regierung und der Volksvertretung zur Kenntnis zu bringen, daß auf Grund besonderer Ursachen die Bevölkerung der Aalandsinseln lebhaft die Vereinigung ihrer Inseln mit Schweden wünsche. „**Allehanda**“ tritt warm für diesen Plan ein.

Wien, 27. November. Die Blätter stellen zu der Veröffentlichung der Geheimverträge zwischen den Ententestaaten und Rußland fest, daß für die Mittelmächte die veröffentlichten Dokumente weniger durch ihren Inhalt interessant sind, denn sie wußten seit langem, daß der angebliche Kampf der Entente für Befreiung und Selbstberechtigung nur Spiegelfechterei ist. Für jene aber, die noch immer daran zweifeln, daß sie von der Entente absichtlich leichtfertig irregeführt werden, bilden die nunmehrigen und wohl noch folgenden jedes Leugnen ausschließenden Mitteilungen den letzten Beweis, daß es trotz aller Ablehnungen der französischen Regierung und Entstellungen englischer Staatsmänner der Entente um einen der vermessensten Raubzüge, beinahe um die Aufteilung einer Welt und die Bedrückung zahlreicher Völker zu tun war.

Berliner Börsen Zeitung – Nr. 557 – Mittwoch, 28. November 1917 –Morgen – S.1

Wilson und die Bagdadbahn.

Kopenhagen, 27. November. „**Socialdemokraten**“ vom 26. d.M. weist in einem Artikel auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß Wilson kürzlich in einer Arbeiterversammlung über die Bagdadbahn gesprochen habe. Er sehe ein, daß es nicht länger Sinn habe, von der Demokratisierung Deutschlands als Kriegsziel Amerikas zu sprechen, besonders nicht, nachdem diese Demokratisierung im vollen Gange sei. Aber in imperialistischen Kreisen Amerikas spielt der Kampf um den chinesischen Markt und die Ausbeutung Asiens, insbesondere Klein-Asiens, eine ungeheure Rolle, und unzweifelhaft sind weite Kreise der Arbeiter hierdurch beeinflusst. Belgien, Nordfrankreich, Elsaß-Lothringen oder wie diese kleinen Länder heißen – alles dies kann ja interessant sein, aber sollen wir außer den Japanern, die schon behaupten, daß sie vor allen anderen Rechte in China besitzen, uns auch einer deutschen Eisenbahnanlage aussetzen, die China mit Europa verbindet, oder sollen wir nicht jetzt, da die Gelegenheit da ist, diesen Konkurrenten niederschlagen?

Dies war der Sinn der Worte Wilsons, als er den amerikanisch Arbeitern erklären wollte, „weshalb man Deutschland nicht die völlige Kontrolle über Oesterreich-Ungarn und so gut wie die vollständige Kontrolle über die Balkanländer, die Türkei und Kleinasien lassen könnte.“

Endlich ist das Kriegsziel enthüllt, ohne Phrasen von „Befreiung“ oder „Demokratisierung“ steht es vor der Menschheit. Keine deutsche Eisenbahn durch Asien, damit die frei Ausbeutung Indiens durch England und die frei Ausbeutung Chinas und des übrigen Asiens durch Amerika nicht bedroht werde. Für dies Ziel verblutet Europa.

Berliner Tageblatt – Nr. 607 – Mittwoch, 28. November 1917 –Morgen – S.3

Die Agitation der Vaterlandspartei. – „Der Reichstag – ein Arbeiter- und Soldatenrat“

Unaufhörlich gehen uns Mitteilungen über die eigenartige Agitation der Deutschen Vaterlandspartei im Reiche zu. Wir müssen uns darauf beschränken, nur ab und zu einige Stichproben dieser Kampfesweise wiederzugeben. In Neustettin erklärte Landrat a.D. v. Bonin (Bahrenbusch) u.a.:

„Sollen wir die Hände müßig in den Schoß legen? Sollen wir untätig zusehen, wie der Reichswagen immer weiter dem Abgrunde zurollt? Viel können wir freilich nicht tun, aber was wir tun können, das müssen wir auch tun, das ist unsere patriotische Pflicht! Wir können protestieren gegen die Politik des Reichstags, der sich während des Krieges mehr und mehr zu einer Aftervertretung des deutschen Volkes entwickelt hat, in

dem die rote, die goldene und die schwarze Internationale sich verbrüdet haben und den Engländern in die Hände arbeiten. Wir können von der Reichsregierung verlangen, daß sie diesen Arbeiter- und Soldatenrat, wie man die Reichstagsmehrheit wohl bezeichnen kann, die sich im Reichstage als Nebenregierung etabliert hat und nach bewährten Mustern Minister ein- und absetzt – nach Hause schickt und dem deutschen Volke Gelegenheit bietet, seinen politischen Wünschen und Anschauungen in Neuwahlen Ausdruck zu geben!“

Das ist der „Burgfriede“ und die Wiederherstellung der „Einmütigkeit des deutschen Volkes“, wie sie, um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen, die Vaterlandspartei auffaßt. Im Anschluß an die Rede des Herrn v. Bonin wurde folgendes Telegramm an den Kaiser abgesandt:

„Ew. Majestät bitten 1000 in Neustettin versammelte treu Pommern verschiedener Parteien, unter Wiederholung des Gelübdes unverbrüchlicher Treue und Untertänigkeit, dem deutschen Volke durch Auflösung des Reichstags die Möglichkeit gewähren zu wollen, seinen von der Reichstagsmehrheit weit abweichenden politischen Anschauungen und Wünschen Ausdruck zu geben.“

In Liegnitz charakterisierte der Redner der Vaterlandspartei, Pastor Felmy, die Ansichten der Parteimitglieder wie folgt:

„Wir sind keine Ideologen, keine müßigen Grübler, sondern Wirklichkeitspolitiker, die eingesehen haben, daß ein sicherer Friede nur auf Macht und nicht auf Verträge gegründet sein kann, weil die Gegensätze zwischen den Völkern unüberbrückbar sind.“

In dem Munde eines Pfarrers klingen diese Worte besonders überzeugend. Endlich möchten wir noch folgende interessante Tatsache verzeichnen: Im „Kujavischen Boten“ zu Hohensalza finden sich in ein und derselben Nummer (274 vom 22. November) zwei Inserate, die höchst widerspruchsvoll sind. Auf der ersten Spalte des Anzeigenteils macht der stellvertretende kommandierende General des zweiten Armeekorps bekannt, daß die Ankündigung öffentlicher politischer Versammlungen, welche verboten seien, untersagt wird. Unter das Verbot falle auch die Ankündigung, daß zu politischen Versammlungen Personen eingeladen werden, welche erst Mitglieder werden wollen. In der zweiten Spalte ladet die Vaterlandspartei zu einer großen Versammlung ein, in der eine Ortsgruppe gegründet werden solle. Die Versammlung werde von dem Ersten Bürgermeister Eschenbach eröffnet werden und Herr Oberst v. Heydebeck-Markowitz, Mitglied des Herrenhauses, werde über „Die Ziele der Deutschen Vaterlandspartei“ sprechen. Um ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es sich um keine Mitglieder-, sondern um eine öffentliche Versammlung handle, wird darauf aufmerksam gemacht, daß „Listen zur Beitrittserklärung am Eingange des Saales liegen.“ Diese Versammlung fand übrigens in der Aula der städtischen Knabenmittelschule statt. Wie sind diese beiden Inserate – fragen wir – miteinander in Einklang zu bringen?

Berliner Tageblatt – Nr. 608 – Mittwoch, 28. November 1917 –Abend – S.1

Neue Veröffentlichungen aus den russischen Geheimdokumenten.

Stockholm, 28. November (W.T.B.) In der „Prawda“ vom 24. wird die Veröffentlichung der russischen geheimen diplomatischen Dokumente fortgesetzt. Die nunmehr veröffentlichten sind im Verhältnis zu den gestern veröffentlichten von geringem Interesse.

Am 30. September 1917 telegraphierte Terestschenko an die Vertreter Rußlands in Paris, Rom und London: Aus Unterredungen mit den hiesigen Botschaftern der Alliierten, in Sonderheit mit dem offenherzigsten von ihnen, dem amerikanischen Botschafter, ziehe ich den Schlußsatz, daß unsere Bundesgenossen auf einer der letzten Konferenzen in Paris oder London ein Uebereinkommen getroffen zu haben scheinen, betreffend eine Verteilung derjenigen Gebiete unter sich, die uns künftig materielle Unterstützung zur Fortsetzung des Krieges gewähren müssen. Die Amerikaner scheinen es übernommen zu haben, unsere Eisenbahnverbindungen in Ordnung zu bringen. Diese Frage ist für uns von außerordentlichem Interesse, weil nämlich die technischen und materiellen Fragen bei uns im Begriff sind, einen hinsichtlich der Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu führen, schließlich drohenden Charakter anzunehmen. Auf Grund hiervon wäre ich geneigt, den Alliierten entgegenzukommen und die Initiative zu dem Vorschlage zu ergreifen, daß sie aktiver als bisher an der Organisation unserer Industrie und unserer Kommunikation teilnehmen möchten, wenn Bereitwilligkeit ihrerseits wirklich vorliegt. Ich bitte Sie, deshalb vorsichtig in dieser Richtung das Terrain zu sondieren und mit Ihre Eindrücke mitzuteilen.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 608– Mittwoch, 28. November 1917 – Abend – S.3

Zur Frage der internationalen Sozialistenkonferenz.

T.U. Stockholm, 28. November. In den Meldungen von einer baldigen Einberufung der Stockholmer Konferenz mit Rücksicht auf die Vorgänge in Rußland, erfährt „Sozialdemokraten“, daß aus Berlin für diese Konferenz der 2. Dezember bestimmt worden sei. In einem Leitaufsatz nimmt das Blatt eine abweisende Stellung zu dem Vorschläge ein. Es heißt, diese Konferenz würde eine Sonderkonferenz zwischen den Vertretern Rußlands und der Mittelmächte werden, bei der den Neutralen die Vermittlerrolle übertragen würde. Es sei unmöglich, die Internationale für einen solchen Vorschlag zu begeistern. Für sie gebe es nicht nur einen baldigen Sonderfrieden, sondern einen gerechten allgemeinen Frieden. Diesem Ziele würde ein Sonderfrieden im Osten nicht dienen, er würde den Krieg im Westen nur verlängern. Dieser Ablehnung der gegenwärtigen Friedensströmung müßte auch die Internationale folgen.

Der Reichbote – Nr. 607 – Mittwoch, 28. November 1917 – Morgen – S.3

Erzbergers Friedensverhandlungen.

Ueber die lichtscheue Tätigkeit des Abgeordneten Erzberger in der Schweiz macht Graf Reventlow in der „**Deutschen Tageszeitung**“ folgende Feststellungen:

„Die dem Vatikan nicht ganz fernstehenden „Neuen Züricher Nachrichten“ kommen auf die neulich von uns besprochenen Mitteilungen der „Süddeutschen Zeitung“ zurück: Der Abgeordnete Erzberger habe sich in Zürich mit vier französischen Bischöfen über Abtretung des französisch sprechenden Teiles von Lothringen besprochen und sei für eine solche Idee gewesen. Die „Neuen Züricher Nachrichten“ nehmen in einem so intim wissenden Tone Stellung, daß man ihre Aeußerungen auf unmittelbare Inspiration des Abgeordneten Erzberger zurückführen muß. Das Blatt sagt, daß einmal der Abgeordnete Erzberger mit einem „sehr bedeutenden“ englischen Vertrauensmann in der Schweiz gesprochen habe, aber nicht über Elsaß-Lothringen. (Wohl über Belgien).

Mit vier französischen Bischöfen habe Erzberger aber nicht gesprochen. – Vielleicht sind es nur drei oder dreieinhalb und vielleicht nicht Bischöfe, sondern nur Geistliche anderer Grade gewesen. Nun fährt das Züricher Blatt aber fort: „Wenn aber Herr Erzberger so lange – und nur so lange – noch eine Möglichkeit da zu sein scheint, daß Frankreich zur Friedensnote des Papstes sich freundlich stelle, der Ansicht gewesen sein sollte, daß Deutschland diesfalls Frankreich in Lothringen eine Konzession machen könnte, so hätte er sich damit nur in Uebereinstimmung mit dem Großteil seiner neutralen deutschfreundlichen Kreise befunden, denen mit der Zukunft Deutschlands auch ein künftiges erträgliches Verhältnis zwischen den beiden genannten Staaten, Ländern und Völkern im Interesse Europas am Herzen liegt.“

Mit anderen Worten: Herr Erzberger hätte vatikanische Politik getrieben. Im übrigen gibt das Erzbergersche Blatt in der Schweiz also zu, daß Erzberger auf der Basis der päpstlichen Note mit Franzosen wegen Abtretungen in Elsaß-Lothringen verhandelt hat, ohne Zweifel mit Wissen des Auswärtigen Amtes und auf das Geheiß der sogenannten politischen Leitung. Wir haben an beiden Tatsachen von Anfang an nicht gezweifelt und registrieren nur die Bestätigung.“

Vermutlich beziehen sich die französischen Behauptungen über angebliche deutsche Friedensanerbietungen auf diese eigenartige Tätigkeit des allen deutschfühlenden Leuten so widerwärtigen Zentrumsabgeordneten. Weitere Aufklärung über seine dunklen Machenschaften im Auslande wäre dringend wünschenswert.

Tägliche Rundschau – Nr. 607– Mittwoch, 28. November 1917 – Morgen – S.1

Nochmals der Pufferstaat westlich des Rheins.

Stockholm, 27. November. Nach einem Telegramm der „**Petersburger Telegraphen-Agentur**“ sind die Forderungen, die Frankreich in dem Abkommen über Rußlands Ansprüche auf Konstantinopel und die Meerengen stellte und denen Rußland zustimmte, die folgenden: **Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben mit Einschluß der Eisen- und Kohlengruben-Gegenden [Saarbecken]. Die am linken Rheinufer gelegenen Gebiete müssen von Deutschland getrennt und von jeder Abhängigkeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu Deutschland befreit werden. Aus diesen Gebieten soll eine freier neutraler Staat gebildet werden, der durch russische Truppen besetzt werden soll, bis zu dem Augenblick, in dem die Friedensbedingungen und Bürgschaften verwirklicht sind und der Friede geschlossen sein wird.**

Donnerstag, 29. November 1917

Berliner Neueste Nachrichten– Nr. 606 – Donnerstag, 29. November 1917 - Morgen – S.2

Eine neue Sozialistenkonferenz in Stockholm.

Haag, 28. November. Die Times meldet weiter: Der Plan, in Stockholm eine internationale Sozialistenkonferenz abzuhalten, ist plötzlich von neuem hervorgetreten. Henderson hat in seiner Eigenschaft als Sekretär der englischen Arbeiterpartei ein Telegramm von Huysman, dem Sekretär des internationalen Sozialistenbureaus empfangen, der die Ansicht ausspricht, daß der Augenblick günstig sei, die Frage der Stockholmer Konferenz wieder aufs neue zu erwägen. Er fordert Henderson auf, sich sofort mit den französischen Sozialisten in Verbindung zu setzen. Henderson soll dieses Telegramm dem Exekutivrat der englischen Arbeiterpartei vorlegen, der am heutigen Mittwoch zusammentritt.

Vossische Zeitung – Nr. 609 – Donnerstag, 29. November 1917 - Morgen – S.2

Die Maximalisten und die Entente.

Amsterdam, 28. November. Im Unterhause fragte der liberale Abgeordnete Richard Lambert, ob die russische Regierung oder irgend jemand, der angeblich im Namen der russischen Regierung handle, einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten zur Eröffnung der Friedensverhandlungen vorgeschlagen habe. Weiter fragte Lambert, welche Antwort darauf gegeben worden sei. Balfour bejahte den ersten Teil der Anfrage und erklärte, die britische Regierung und, soweit ihm bekannt sei, auch die Regierungen der anderen Verbündeten, hätten nicht geantwortet.

Londoner Blätter melden aus Petersburg: Kreise, die den Bolschewiki fernstehen, erklären, zwischen Rußland und den Verbündeten sei ein vollständiger Bruch unvermeidlich.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 356 – Donnerstag, 29. November 1917 - Morgen – S.1

Die enthüllten Geheimverträge.

In dem Schleiertanz der Ententediplomatie sind neue Schleier gefallen oder richtiger abgerissen worden. Noch trägt sie ja Hülle genug, aber die Beleuchtung, in die sie vom Osten her gerückt ist, läßt auch diese recht durchsichtig erscheinen. So durchsichtig jedenfalls, daß alle bisher der Öffentlichkeit gegebenen Darlegungen der Entente-Wünsche und –Absichten als unehrliche Schlagwörter enthüllt sind, und daß künftig ihre wirklichen Ziele auch durch die schönsten Prägungen dieser Art nicht mehr verdeckt werden können.

Nichts findet sich in den durch die russische Presse veröffentlichten Geheimverträgen von Selbstbestimmungsrecht der Völker, Schutz der kleinen Nationen, Sicherung freier Entwicklung oder gar Völkerverbrüderung. Die Art, wie sich die Bruderliebe äußert, ist vielmehr ganz und gar auf das Motto eingestellt: „Willst du nicht mein Bruder sein, hau ich dir den Schädel ein.“ Und was sich bei solchen Verbrüderungsabsichten hinter dem Namen Bruderliebe versteckt, ist ja allzu klar, ist der rücksichtsloseste, gewalttätige Egoismus.

Die von Charles Maurras erfundene **Formel „des Krieges, der sich bezahlt macht“, ist das A und O dieser Geheimverträge.** Damit ist aber die Frage des Kriegsursprungs für die Entente endgültig aus der Sphäre sittlicher Berechtigung in die rechnerische Brutalität gegenüber den angegriffenen und den eigenen Völkern gerückt. Besonders auch gegenüber den letzteren. Und es ist vielleicht der schwerstwiegende Schluß, zu dem die nun veröffentlichten Geheimverträge zwingen, daß sich hinter der demokratischen Fassade der Ententestaaten ein so ungeheurer Volksbetrug ungehemmt entwickeln konnte, wie es in der Tat geschehen ist. Nicht nur, daß den Ententevölkern die große Lüge der Bedrohung durch die Mittelmächte aufgetischt worden war. Sie wurden vielmehr im Laufe des Krieges über die Ziele ihrer Regierungen systematisch irreführt, ja sie werden es noch jetzt angesichts der Enthüllungen, mit einem Aufwand von Worten und Enthüllungen, der neue Schleier vor das klare Bild ziehen soll. Sogar dem russischen Volke gegenüber, dessen bittere Irreführung nun durch die eigene Regierung enthüllt worden ist, wird dieses Spiel mit allen erdenklichen Mitteln zur Wirkung gebracht.

Also im Juni d.J. in Frankreich die Berichte des Herren Cachin und Moutet über ihre russischen Erfahrungen, den Unwillen der Kammer, wenn auch hinter angeblich verschlossenen Türen, hervorriefen, da

versicherte Herr Ribot mit dem ihm geläufigen Pathos, daß alle Gerüchte über Geheimverträge eine „Infamie“ seien, und sagte hinzu, „damit die Welt sich nicht täuschen könne, beabsichtige er, mit der Zustimmung der russischen Regierung allernächstens (tres prochainement) nicht nur die Abmachungen, die getroffen sind, sondern alle Urkunden ohne Ausnahme zu veröffentlichen“. Ein großes Wort. Ob es in Frankreich Glauben gefunden hat, wissen wir nicht. Die deutsche Presse setzte ja gleich den ernstesten Zweifel darein, daß es je eingelöst werden würde. Und sie hat Recht behalten. Weder Herr Ribot noch Herr Painleve, noch gar Herr Clemenceau haben dieses so kühn herausgeschleuderte Versprechen eingelöst. Die Lüge gegen das eigene Volk ist die Grundlage der Kriegspolitik der drei Kabinette geblieben, und die französische Kammer hat durch ihr Schweigen diesen Volksbetrug sanktioniert.

Das ganze Spiel um Elsaß-Lothringen, diese häßliche Lüge von gestern, die sich auf eine weitsichtige Propaganda im elsässischen Lande selbst innerhalb der französischen Grenzen aufgebaut hatte, sollte so durch die Lüge von heute zu der von morgen und für immer ausgestaltet werden. Die Friedensformel „ohne Entschädigung und Annexionen“ sollte es gestatten, die Schlagworte, hinter denen sich die Kriegsabsichten versteckten, auch für den Friedensschluß in Geltung zu belassen. Tiefsinnig bemüht man sich deshalb, das Taschenspielerkunststück, daß die Einverleibung Elsaß-Lothringens keine Annexion, sondern eine Rückgabe sei, dem geehrten Publikum des Welttheaters immer wieder und mit neuen Tricks vorzuführen. Was klopfte man nicht alles aus dem Zylinder mit dem doppelten Boden, nur den Geheimvertrag nicht, der einfach Elsaß-Lothringen den Franzosen als Kriegsbeute zuwies, unbekümmert um Volksmeinung oder gar Abstimmung.

Wahrlich, die Entente hat sich auf die Geheimdiplomatie verlassen. Allerdings, auch hier ist es nur Fassade, die bestechen kann. Und wieder erbringen die jetzigen Enthüllungen mit der Darlegung, wie es hinter dieser Fassade aussah, den unzweideutigen Beweis, daß es mit dem Namen und dem Losungswort Demokratie nicht getan ist, daß vielmehr das demokratische Prinzip nur in Verbindung mit der Autorität der Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen ein Aufwärts völkischer Entwicklung bedeutet. Eine Geheimdiplomatie soll das Detail geheim halten, aber in ihren Zielen soll sie die klaren Richtlinien befolgen, die aus der eben gekennzeichneten Verbindung heraus gelegt sind. Ihr dürfen Veröffentlichungen unzeitgemäß und störend sein, aber nie und nimmer eine Entlarvung. Es ist in dem geistigen Feldzug der Entente immer erneut versucht worden, das demokratische Prinzip für die eigene Sache in Anrechnung zu bringen, den Mittelmächten aber die Einstellung auf Willkür und Imperialismus zuschieben. Auch hier haben die Geheimverträge die Wahrheit enthüllt. Haben erwiesen, daß gerade sie sogenannte Demokratie der Entente eingestellt war auf Willkür und Imperialismus, und daß die Mittelmächte wie bei dem Ausbruche des Krieges so auch in seiner Austragung einzig und allein dem Gedanken und der Pflicht der Verteidigung gefolgt sind. Oder gingen nicht alle Abmachungen dieser Verträge samt und sonders darauf hinaus, den territorialen Bestand der Mittelmächte zu beschneiden, ihre Entwicklung zu unterbinden, ihre Freiheit zu begrenzen?

Und noch eine Klarstellung ist nun erfolgt. Als die Frage der Geheimverträge das erste Mal aufgeworfen wurde, stellte man im Ententelager das Wenige, was damals herauskam, als eine deutsche Mache und Verhetzung hin. Noch lauter erging man sich in diesen Redensarten, als der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis authentische Enthüllungen vorbrachte. Aus London, Paris und Rom erklang damals die gleiche Losung, daß Deutschlands Machenschaften vergeblich darauf abzielten, den Bestand der Entente zu lockern. Man gab also zu, daß eine solche Lockerung eintreten müßte, falls die Enthüllungen wahr seien. Nun ist das letztere erwiesen. Und wenn wir auch gerade daraus wieder erfahren haben, wie wenig Vertrauen dem Pathos und der Entrüstung der Entente entgegenzubringen ist, in dem einen, daß die Geheimverträge nicht gerade zur Förderung des Bestandes der Entente beitragen, möchten wir doch zustimmen. Zum mindesten erweisen sie die Gegensätzlichkeit der Interessen der verschiedenen Ententestaaten so klar und praktisch, wie es bisher noch nicht geschehen war. Herr Clemenceau, der jetzt Frankreichs Ministerpräsident ist, schrieb im Juni, bei den ersten Verlautbarungen über die Geheimverträge, daß damit die „Bickfordzündler an der Dynamitpatrone“ angezündet worden seien. Herr Clemenceau saß damals auf den Bänken der Opposition, aber er pflegte auf diesem Platze die Tragweite seiner Worte genau zu ermessen. Zum mindesten bezüglich ihrer Wirkung im eigenen Lande. Und man kann einigermaßen gespannt sein, wie er und die Herren in London und Rom nun die glimmende Zündschnur wieder löschen werden.

St.

Die Besprechung in Bern.

Bei den Veröffentlichungen der russischen Geheimpapiere beansprucht das Telegramm des diplomatischen Agenten Rußlands in Bern vom September 1917 unsere besondere Beachtung. Der Vertreter der russischen Regierung in der Schweiz teilt mit, einige Finanzleute aus beiden im Kriege miteinander befindlichen Lagern hätten in der Schweiz weitgehende gemeinsame Besprechungen geführt. Die Teilnehmer und die Ziele der Beratung würden streng geheim gehalten. Zweifellos aber seinen von deutscher Seite dabei gewesen Direktor Fürstenberg von der Disconto-Gesellschaft und ein Vertreter der Deutschen Bank. Als Basis eines Uebereinkommens habe man die Möglichkeit erörtert, Elsaß-Lothringen sollte Frankreich zurückgegeben und Italiens Forderungen sollte entgegengekommen werde. Das deutsche Wolffsche Telegraphenbureau fügte diesem Telegramm hinzu, an zuständiger Stelle sei von dieser Konferenz nichts bekannt.

Die Angelegenheit ist so wichtig, daß man sich mit diesem mehr nach einer Bestätigung aussehenden sogenannten Dementi nicht zufrieden geben kann. Auch in der deutschen Presse ist seinerzeit auf die ausländischen Meldungen über die schweizerischen Zusammenkünfte von Finanzleuten der im Krieg befindlichen Staaten sehr deutlich hingewiesen worden, ohne daß eine Sicherheit über die Art der Besprechungen zu erlangen gewesen wäre. Durch die russische Veröffentlichung gewinnt die Sache erhöhte Bedeutung. Der russische Gesandte in Bern würde sein Gehalt schlecht verdienen, wenn er in einer so wichtigen Angelegenheit Tatsachen, wie die Anwesenheit von zwei deutschen Bankdirektoren, meldete, ohne dafür zuverlässige Unterlagen zu haben. Man wird deshalb auf die unzweideutige Beantwortung zunächst folgender Fragen zu dringen haben: Weilten zu jener Zeit Herr Fürstenberg von der Disconto-Gesellschaft und ein Vertreter der Deutschen Bank oder einer von beiden in der Schweiz, oder besaß zu jener Zeit Herr Fürstenberg und ein Vertreter der Deutschen Bank oder einer von beiden einen Reisepaß nach der Schweiz, oder weilte anstatt Herrn Fürstenberg ein Herr in der Schweiz, der sich auf Herrn Fürstenberg berufen durfte?

Nach dem Telegramm des russischen Gesandten hätte die berichtete Besprechung der Finanzleute bald nach der Papstnote stattgefunden, die von Deutschland die vollständige Räumung Belgiens und des besetzten französischen Gebiets forderte, sowie hinsichtlich der „strittigen Territorialfragen zwischen Deutschland und Frankreich“ (Elsaß-Lothringen) die Hoffnung aussprach, daß „die streitenden Parteien gewillt sind, sie aus einer versöhnlichen Gesinnung heraus zu prüfen und die Sonderinteressen dem Allgemeinwohl der großen menschlichen Gemeinschaft einzuordnen.“

Die zwischen den deutschen und feindlichen Finanzleuten nach dem Telegramm des russischen Gesandten besprochene Möglichkeit hätte sich also genau im Rahmen der Papstnote gehalten. Daran würde auch nichts geändert, wenn die deutschen Teilnehmer an der Besprechung in Bern „Kompensation im Osten“ gefordert haben würden, da ja bekanntlich die päpstliche Note auf die Ostfragen nicht eingegangen war. Die mit großem rhetorischen Aufwand seitens des Herrn von Kühlmann im Reichstag gemachte Feststellung, das einzige Friedenshindernis sei Elsaß-Lothringen, und sein in diesem Zusammenhang geprägtes „Nein, niemals!“ erhalten angesichts der jetzt veröffentlichten Depesche des russischen Gesandten in Bern eine eigene Bedeutung. Sie sind damals schon vielfach als ein Versuch zur Deckung geheimer Vorgänge angesehen worden.

Eine klare Beantwortung der oben gestellten Fragen erscheint dringend notwendig. Die Förderung des Verzichtgedankens geschieht mit solcher Hartnäckigkeit, daß sich die Frage erhebt, welche mächtigen Kräfte diese Förderung des Verzichtfriedensgedankens betreiben. An sich ist der Gedanke eines Verzichtfriedens für ein siegreiches Volk etwas so unnatürliches, daß er ohne die besondere Förderung durch sehr einflußreiche mächtige Kräfte niemals Boden gewinnen kann. Welche einflußreichen und mächtigen Kräfte sind es nun, die dem deutschen Volke einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen aufzwingen wollen, der vielleicht besonders gearteten Interessen gerecht zu werden vermag, das deutsche Volk aber verkümmern lassen muß?

Wenn die deutschen Finanzkreise ein Interesse daran haben, zu beweisen, daß sie diese sehr einflußreichen und mächtigen Kräfte nicht darstellen, dann müßte auch ohne an der klaren und einwandfreien Beantwortung der obigen Fragen gelegen sein.

Stenographische Berichte – von der 126. Sitzung am 11. Oktober 1917 bis zur 147. Sitzung am 17. April 1918 – Berlin 1918

127. Sitzung – Dritter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat 1917 [ab S.3941 ff.] - **Redner:**

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling
[Trimborn (Zentrum)]
Fischbeck
Scheidemann (Sozialdemokraten)
Fischbeck (Freisinnige Volkspartei)
Dr. Stresemann (Nationalliberal)
Graf v. Westarp (Konservativ)
Freiherr v. Gamp-Massaunen (Deutsche Fraktion)
Haase (Unabhängige Sozialdemokraten)

.....

An den Herrn Präsidenten des Reichstags

Auf Ihren Antrag will Ich Sie [Dr. Michaelis] von der Stellung als Reichskanzler, als Präsident Meines Staatsministeriums und als Minister der auswärtigen Angelegenheiten unter Bewilligung der gesetzlichen Pension hierdurch in Gnaden entbinden. Zu Ihrem Nachfolger in diesen Aemtern habe Ich den Königlich Bayerischen Staatsminister Dr. Grafen v. Hertling ernannt.

Neues Palais, den 1. November 1917

gez. Wilhelm I.R.

gez. Helfferich

.....

Präsident: Ich eröffne die erste Beratung. Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Dr. Graf v. Hertling, Reichskanzler: Meine Herren, durch das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers an diese Stelle berufen, habe ich die Ehre, den Reichstag zu begrüßen. Ich will nicht unterlassen, sofort Ihrem verehrten Herrn Präsidenten meinen Dank für die freundlichen Worte auszusprechen, die er an mich gerichtet hat. Möge die von ihm angeschlagene Note gegenseitigen Vertrauens in allen unseren weiteren Verhandlungen nachklingen!

Meine Herren, wie Ihr Herr Präsident schon gesagt hat, bin ich ja kein Fremdling unter Ihnen. In zwei durch eine sechsjährige Frist getrennten Abschnitten bin ich mehr als 30 Jahre Mitglied dieses Hauses gewesen. Ich habe auf verschiedenen Gebieten mit Angehörigen aller Parteien zusammengearbeitet. Als ich im Februar 1912 an die Spitze des bayerischen Ministeriums berufen und als dadurch meiner parlamentarischen Tätigkeit ein Ende gemacht wurde, schied ich von hier mit dem Bewußtsein, viele Freunde, manchen politischen Gegner, aber, wie ich vertraute, keinen persönlichen Feind hier zurückzulassen.

In diesem Vertrauen, meine Herren, und in dankbarer Erinnerung an jene Jahre, trete ich jetzt vor Sie hin. Wenn ich mich entschlossen habe, in so sturmbewegter Zeit das schwere und verantwortungsvolle Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, wenn ich die gewichtigen Bedenken zurückgedrängt habe, die sich schon allein aus meinem vorgeschrittenen Alter ergeben konnten, so leitete mich die Überzeugung, daß es Pflicht sei, die ungesucht an mich herangetretene Aufgabe nicht abzulehnen, daß es Pflicht sei, dem Vaterlands jedes, auch das schwerste Opfer zu bringen. Ich dachte an unsere Brüder und Söhne, die seit 40 Monaten jeden Tag draußen im Felde bereit sind, ihr Leben für das Vaterland einzusetzen. Ihrem Beispiele wollte ich folgen. (Lebhaftes Bravo.) Aus dieser Gesinnung heraus, meine Herren, bin ich dem an mich ergangenen Rufe Seiner Majestät des Kaisers gefolgt, in dieser Gesinnung nun, meine Herren, bitte ich Sie um Ihre vertrauensvolle Mitarbeit.

Meine Herren, wir nähern uns dem Abschlusse eines Jahres, das auf den vielen Kriegsschauplätzen weitreichende Entscheidungen gebracht hat. Stolz und dankbar dürfen wir daran erinnern, daß fast zu jeder Zeit und fast überall unsere Waffen, die eigenen und die unserer Verbündeten, von Erfolg begleitet waren. Im Westen, worauf Ihr Herr Präsident auch schon hingedeutet hat, dauert die Flandernschlacht fast ohne Unterbrechung seit Juli dieses Jahres fort. Nahezu das gesamte englische Heer ist in der flandrischen Ebene in zahlenmäßiger Überlegenheit gegen unsere Front eingesetzt worden. Auch mehrere französische Divisionen haben an dem Kampf teilgenommen. Unsere Flandernfront blieb trotz des Verlustes einiger Dörfer und Gehöfte in sich völlig unerschüttert, und der Feind ist seinem Ziele: Erreichung der flandrischen Küste zur Unschädlichmachung unserer Unterseebootbasis nach wie vor fern. In Erkenntnis dieser nutzlosen und verlustreichen Angriffe in Flandern suchen die Engländer jetzt bei Cambrai erneut eine Entscheidung. Auf die tagelange Feuervorbereitung, die bisher ihren Angriffen voranzugehen pflegte, haben sie diesmal verzichtet

und statt dessen in großer Zahl Tanks angesetzt. Aber die Hoffnungen, meine Herren, die sie auf dieses Kriegsmittel setzten, haben sich trotz ihrer Masse nicht bewährt. Infolge unserer erfolgreichen Abwehrmaßregeln liegen die Tanks zerstört auf dem Kampffelde. (Bravo!) Die Anfangserfolge, die die Engländer dort erreicht hatten, wurden durch das Eingreifen unserer Reserven pariert. Noch dauert die Schlacht an; Führer und Truppen sehen dem Ausgang mit voller Zuversicht entgegen. (Lebhaftes Bravo!)

Die Franzosen haben nordöstlich von Soissons und vor Verdun örtliche Erfolge gehabt; aber dieselben auszubeuten, gelang ihnen nicht, da sofort von unsern Führern schnelle Gegenstöße veranlaßt wurden, die dem Feinde jede strategische Auswertung versagten.

Die kriegerischen Ereignisse im Osten, die zur Eroberung von Riga und Jakobstadt führten, sind in Ihrer aller Gedächtnis.

Das ruhmreiche Vordringen der verbündeten Armeen in Italien hält die Welt noch heute in Spannung, überwältigendes wurde dort von der Kampfkraft deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen geleistet infolge des schnellen Durchbruchangriffes durch unwegsames Gebirgsgelände bis hinein in die Ebene. Die italienische Armee hat einen erheblichen Teil ihres Mannschaftsbestandes verloren und mindestens die Hälfte ihres gesamten Kriegsmaterials eingebüßt. Sie hat Gelände verloren, die fruchtbare Erträge bringen; wenn wir den Gesamtgewinn in Geld umrechnen wollten, würden wir mit einem auf Milliarden sich beziffernden Gewinne rechnen können. Die Beute zu bergen, ist bis heute noch gar nicht möglich gewesen. Ein weiterer Erfolg unserer Siege vom Isonzo bis an die Piave ist eine wirksame Entlastung unserer westlichen Front.

In gleicher Weise macht sich dieser Sieg auch in Mazedonien fühlbar. Denn der Feind scheint jetzt die geringen Erfolge, die er westlich des Ochridasees errungen hatte, freiwillig wieder aufgeben zu wollen.

Von der Sinaihalbinsel aus operieren die Engländer gegen die türkischen Truppen in Palästina und sie haben dort auch zunächst gewisse Erfolge zu erringen vermocht. Von Einfluß auf die allgemeine Kriegslage sind diese nicht. Auf den Kriegsschauplätzen in Kleinasien und in dem Irak hat sich die Lage nicht geändert.

Unsere Kriegsflotte hat die auf ihre junge Kraft gesetzten Hoffnungen und Erwartungen durchaus erfüllt. Die Hochseeflotte, deren rastlose, den Blicken der Öffentlichkeit vielfach entzogene Tätigkeit den Dank des Vaterlandes verdient, hat seit ihrem Ruhmestage vor dem Skagerak, jetzt nach längerer Pause kürzlich bei der Wegnahme der Inseln Oesel, Dagö und Moon in vorbildlicher Zusammenarbeit mit dem Landheere und bei dem kurzen erfolgreichen Gefecht in der deutschen Bucht der Nordsee gegen erhebliche Übermacht ihre stete Kampfbereitschaft von neuem bewiesen. Als Schutz und Rückhalt steht sie hinter unseren Unterseebooten. Sie deckt ihre Stützpunkte und bahnt ihnen den Weg in das freie Meer.

Der Unterseeboothandelskrieg, meine Herren, übt planmäßig seine gewaltige und unausweichbare Wirkung. (Lebhafter Beifall.) Er war und ist das einzig erfolgreich durchgreifende Mittel, des uns aufgezwungenen Wirtschaftskrieges, um unseren gefährlichsten Feind, den Führer eigentlich der ganzen feindlichen Kriegsmacht, an seinem Lebensnerv zu treffen. Er richtet sich gegen den feindlichen und in feindlichen Diensten fahrenden Schiffsraum. Wenn auch unsere Gegner seit einiger Zeit die gelichteten Bestände ihrer Handelsflotte mit neutralen Schiffen, die sie durch Hungerblockade und andere Druckmittel gewaltsam erpreßt haben, aufzufüllen suchen, so läßt sich dieses Verfahren doch nicht beliebig fortsetzen und wird bald seine Grenze erreichen, und bei noch so angespanntem Schiffsneubau auf den Werften unserer Gegner wird die Versenkungsziffer die Neubauziffer stets übersteigen. So geben alle Beobachtungen den überzeugenden Beweis, daß der U-Boot-Handelskrieg das ihm gesteckte Ziel erreichen wird. (Lebhafter Beifall.)

So geben alle Beobachtungen, die wir machen können über die Lage unserer Armee und unserer Marine unserer Zuversicht, unserer Siegesgewißheit neue Nahrung. Aber, meine Herren, wir können nicht von der Kriegslage reden, ohne uns mit den Gefühlen unauslöschlichen Dankes derer zu erinnern, denen wir diese Erfolge, diese günstige Lage verdanken: unserer glorreichen Armee und der Marine, (lebhafter Beifall) ihrer genialen Führung (wiederholter lebhafter Beifall) und unserer herrlichen Truppen. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Wenn ich bei diesem Anlaß ganz besonders der Truppen an der Westfront gedenken möchte, auf die auch Ihr Herr Präsident schon hingewiesen hat, die in hingebender Treue und zäher Beharrlichkeit seit mehr als drei Jahren einer ungeheuren Übermacht an Menschen und Kriegsmaterial Trotz bieten, so geschieht es selbstverständlich nicht, um die unvergleichlichen Verdienste der Armeen zu schmälern, die gemeinsam mit unseren treuen Verbündeten einer Lawine gleich durch unwegsames Gelände hindurch in die Gefilde Oberitaliens eingedrungen sind, um das treulose Italien zu züchtigen. (Lebhafter Beifall.) Aber, meine Herren, Sie wissen alle: unsere siegreiche Offensive in Rußland 1915, in Rumänien 1916 und auch der siegreiche und neue Siege verheißende Feldzug gegen Italien, — sie hätten nicht mit gleicher Kraft durchgeführt werden

können, wenn nicht die eherne Mauer im Westen dem wütendsten Ansturm standgehalten hätte. (Allseitige lebhaftige Zustimmung und Bravorufe.) Ihr gebührt der besondere Dank. (Erneuter Beifall.)

Unvergessen sei auch die heldenmütige Tapferkeit unserer Schutztruppe in Ostafrika mit den braven Ansiedlern und Eingeborenen.

Meine Herren, ein gleicher Dank aber wie der, den wir immer wieder dem Volke in Waffen zollen, ein gleicher Dank gebührt auch dem Volke in der Heimat. (Sehr gut!) Auch das Volk in der Heimat ist erfüllt von dem gleichen unbeugsamen Siegeswillen; auch das Volk in der Heimat trägt dazu bei, den Sieg zu erringen. Ruhig und stetig erträgt es die Entbehrungen und Widerwärtigkeiten, die der Krieg mit sich bringt; zielbewußt und opferbereit drängen sich die Frauen zu den Arbeiten und Diensten, von denen die Männer abberufen wurden. In allen Kreisen und Ständen der Bevölkerung zeigt sich ein eifriger Wettbewerb, alle Kräfte des wirtschaftlichen und finanziellen Lebens anzuspannen, um dem Krieg die nötigen Hilfen zu leisten. (Lebhaftes Bravo.) Unsere von Beginn des Krieges an eingeschlagene Methode der Kriegsfinanzierung hat sich in erfreulicher Weise bewährt. In regelmäßiger Folge hat das Reich bisher siebenmal an das deutsche Volk appelliert, ihm die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bereitzustellen. Alle Kreise des Volkes haben in Leistung und Werbearbeit gewetteifert, damit jeder zu seinem Teile helfe, die Bürde des Krieges zu tragen. Summen, die uns in den hinter uns liegenden Friedensjahren phantastisch vorkommen würden — nahezu 73 Milliarden! —, sind durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht und für die Kriegsfortsetzung verwendet worden. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich an dieser Stelle allen denen, die zu dieser großartigen Leistung beigetragen haben, den Dank des Vaterlandes ausspreche, so geschieht es nicht, weil ich da von erwarten könnte, daß sie, wie bisher, nimmer müde in der gleichen Weise fortfahren werden. Auch ohne daß ich ihnen diesen Dank ausgesprochen hätte, würden sie es im Interesse des Vaterlandes getan haben. (Sehr gut!)

Der zuletzt von dem hohen Hause im Juli dieses Jahres bewilligte Kredit nähert sich seiner Erschöpfung. Ich habe daher die Ehre, dem hohen Hause einen Nachtragsetat mit einer neuen Kreditforderung in gleicher Höhe wie die letzte zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen. Ich bitte den Reichstag, durch seine Zustimmung zu der neuen Kreditvorlage wiederum zu erkennen zu geben, daß auch er zu jedem Opfer bereit ist, daß auch er bereit ist, alles zu tun, was das Vaterland verlangt, daß er die Mittel zur Fortsetzung des Krieges bereitstellt. Die Flüssigmachung der Kredite, zu denen die Vorlage mich ermächtigen soll, wird in der bisherigen Weise geschehen. Die Höhe der angeforderten Kredite ist auch dieselbe wie das letzte Mal.

Meine Herren, daß der Krieg, und zumal ein so furchtbarer Krieg, wie die Welt ihn bisher nicht kannte, nicht nur tiefe Spuren im Volksleben zurücklassen, sondern auch neue Aufgaben stellen, zu neuen Gestaltungen hin führen werde, das mußten wir erwarten, auch wenn nicht die Geschichte früherer Zeiten darauf vorbereitet hätte. Ein ungeheures Erlebnis hat unser gesamtes Volk erfaßt und in ihm mehr als je das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit ausgelöst. Die Begriffe von Volk und Staat, von Nation und Vaterland, die wir bisher als überkommenes Erbe gewohnheitsmäßig weitergeführt haben, sie sind jetzt von jedem einzelnen des gesamten Volkes als sein eigenstes Eigentum in ihrem ganzen Werte unmittelbar erfaßt worden, (sehr wahr!) seit dem Tage, wo sich das ganze Volk wie ein Mann erhob, seitdem draußen im Felde unsere Söhne und Brüder tagtäglich ihr Leben einsetzen. Und nicht nur das, auch der Arbeiter in der Werkstatt, auch der Landmann hinter dem Pfluge, er weiß, daß die Arbeit, die er unter erschwerten Verhältnissen leistet, dem Vaterlande geleistet ist. Er fühlt sich als ein Glied des einen Ganzen, er weiß, daß der Staat, unter dessen Schutz er bisher seinem Geschäfte nachging, sein eigenstes Eigentum, seine Sache, sein Besitztum ist.

Daher denn auch das große Interesse, das sich allerorten an den staatlichen Institutionen zeigt. Man tritt an sie heran mit der Frage, ob sie die Probe bestanden haben, die der Krieg an sie stellt, oder ob sie anderen Einrichtungen Platz machen sollen. Hier nun, meine Herren, gilt es vor allen Dingen, das Richtige zu erkennen und das Erkannte mit fester Hand durchzuführen. (Sehr richtig! links.) Es gilt insbesondere, sich nicht von Schlagworten beirren zu lassen und nicht Einrichtungen fremder Nationen sklavisch nachzuahmen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Es gilt, das zu tun, was von den realen Bedürfnissen unseres Volkslebens gefordert wird, was dem deutschen Geist und deutscher Eigenart entspricht.

An den Grundlagen unserer Reichsverfassung soll und kann nichts geändert werden. (Sehr gut! rechts.) Sie ist recht eigentlich aus dem historisch gewordenen Charakter des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stämme hervorgewachsen. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichstag, die parlamentarische Vertretung des Volks, ruht auf der denkbar breitesten Basis. Wenn das auf so festen Fundamenten sich bewegende politische Leben neue Aufgaben stellt, wenn sich im Rahmen der Reichsverfassung neue Bedürfnisse ergeben, so wird die Reichsleitung Wünschen und Anregungen, die ihr aus diesem hohen Hause

zukommen, jederzeit — des bin ich gewiß — ein geneigtes Ohr leihen und sie einer sachgemäßen Prüfung unterwerfen. Als selbstverständlich betrachte ich, daß **die Sozialpolitik, in der Deutschland allen Ländern der Welt vorangegangen ist**, an deren ersten Anfängen ich selbst als Reichstagsabgeordneter mitarbeiten durfte, in der bisherigen Weise fortgeführt und nach Bedarf ausgebaut werden wird.

Dem Reichstage wird bei seinem nächsten Zusammentreten der Entwurf zu einem Gesetze, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern, vorgelegt werden, das an die Arbeiten der Reichstagskommission von 1910 anknüpfen und in ihnen eine wertvolle Grundlage finden wird. (Lebhaftes Bravo.) Ebenso wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, welcher diejenigen Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die sich aus dem §153 der Reichsgewerbeordnung ergeben, beseitigen soll. (Erneuter Beifall.) Auch dieser Gesetzentwurf wird dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten zugehen. Daß auch die Regierungen der Bundesstaaten die Auffassung teilen, die ich soeben entwickelt habe, meine Herren, ist sicher. Sie alle wissen, in welcher großzügiger Weise in dem mächtigsten deutschen Bundesstaat die Initiative zu einer weitgreifenden Reform von der höchsten Stelle aus ergriffen worden ist. Ich habe jetzt und hier über diesen Gegenstand weiter nichts zu sagen. Was die Zensur betrifft, so bin ich gern bereit, der freien Meinungsäußerung zu ihrem Rechte zu verhelfen, soweit vaterländische Interessen dem nicht im Wege stehen. Gewisse Schranken werden sich ja im Kriege nicht vermeiden lassen. Die Presse ist ja ihrerseits gar nicht in der Lage, jedesmal zu erkennen, ob Mitteilungen, die sie machen, Erörterungen, die sie bringen will, für unsere militärischen Interessen nützlich oder schädlich sind. Sie bedarf deshalb nach dieser Richtung hin der Führung und der Kontrolle. Gegenüber den strengen Zensurmaßregeln in den feindlichen Ländern befinden wir uns ja heute schon in der Lage eines Spielers, der genötigt ist, mit offenen Karten zu spielen, während die Gegner die ihren stets sorgfältig verdecken.

Sie alle, meine Herren, haben ja gelesen, wie kategorisch Herr Clemenceau noch jüngst jede Milderung der Zensur abgelehnt hat. (Hört! hört!) Derselbe Clemenceau, der als Herausgeber des „Homme enchaîné“ mit der größten Erbitterung gegen die Zensur angekämpft hat. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Es ist aber mein ernstes Bestreben, Mißstände und berechnete Klagen abzustellen und ihrer Wiederkehr vorzubeugen.

In diesem Sinne haben bereits Verhandlungen mit zuständigen militärischen Stellen stattgefunden. Ihr Ergebnis ist ein Erlaß des Herrn Kriegsministers vom 18. d. Ms., worin Wünsche der Presse und Wünsche des Reichstags berechnete Abhilfe finden. Es soll namentlich, was das Verbot der Zeitungen betrifft, eine Milderung eintreten, es soll ein engeres Verhältnis zwischen den Herausgebern und der Zensur stattfinden. Ich bin ernsthaft bestrebt, auf diesem Wege fortschreitend die von mir beklagten Mißstände tunlichst aus der Welt zu schaffen, tunlichst allen Wünschen entgegenzukommen, und ich hoffe, daß es mit der Zeit und mit gutem Willen auf allen Seiten gelingen wird, Zustände herbeizuschaffen, die derartige Klagen, wie sie bisher mit Recht laut wurden, nicht mehr hörbar machen werden. Ein Gleiches, wie ich ausdrücklich hinzufügen will, gilt auch bezüglich des Gebiets des Vereins- und Versammlungsrechts. Im Anschluß hieran aber, meine Herren, möchte ich nun an Sie mit allem Ernst und allem Nachdruck die Bitte richten: Lassen Sie alle Meinungsverschiedenheiten möglichst zurücktreten. Zu dem Austragen von Parteigegensätzen ist nach dem Kriege Zeit genug! (Zustimmung. — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Jetzt gilt es, einig und fest zusammenzustehen, bis der Sieg errungen ist. **Daß sie uns diesen Sieg nicht mit den Waffen entreißen können, beginnen unsere Feinde bereits einzusehen**; aber jetzt klammern sie ihre Hoffnungen an den vermeintlich bevorstehenden inneren Zusammenbruch. (Sehr richtig! rechts.) Ohne Kenntnis unserer deutschen Verhältnisse, unseres parlamentarischen Lebens, unserer freiheitlich gerichteten Vereins- und Versammlungsgesetzgebung, mißleitet von einer abhängigen und hetzerischen Presse, wollen sie in gewissen vereinzelt Vorgängen, in gewissen vorübergehenden Erscheinungen die deutlichen Symptome einer inneren Zersetzung erblicken. Helfen Sie, meine Herren, diesen Wahn zu zerstören! (Sehr gut! — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Zeigen Sie durch Ihre einheitliche Geschlossenheit, mit der Sie zur Reichsleitung stehen, daß es in Deutschland nur einen Gedanken gibt, der alle Herzen erfüllt, der Gedanke an das Vaterland, (lebhaftes Bravo) daß alle Glieder des Volkes nur von dem einen Willen beherrscht sind: Auszuhalten und durchzuhalten bis zum Ende.

Gestatten Sie mir nun, meine Herren, noch einige Worte über die allgemeine Lage. Von meinen hochverehrten Herren Vorgängern habe ich ein kostbares Erbe überkommen: die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn, zu der Türkei, zu Bulgarien. Unsere Bündnisse mit diesen drei Staaten sind zu verschiedenen Zeiten geschlossen worden. Das Ziel derselben aber ist überall das gleiche: die Verwirklichung der nationalen Ideale, die Sicherung des territorialen Besitzstandes und Abwehr der

feindlichen Angriffe. Der sittliche Wert dieser Ziele hat unsere Entschlossenheit gestählt in den blutigen Kämpfen, die wir mit ihnen gemeinsam geführt haben, und wird diese unsere Entschlossenheit auch weiter erhalten bis zum Ende. Durch die Verteidigung der heiligsten Güter mit diesen Waffenbrüdern zusammengeführt, wollen wir mit ihnen zusammenhalten bis zum Siege. (Lebhafter Beifall.) Ihnen aber, diesen treuen Verbündeten, mit denen vereint Taten von unvergleichlicher Größe ausgeführt sind, ihrem Opfermut, ihrer Entschlossenheit, ihrer Verbandstreue gilt auch heute unser Dank und unsere Bewunderung. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Nun, meine Herren, bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen etwas Neues mitzuteilen. **Die russische Regierung hat gestern von Zarskoje-Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trotzki und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten.**

Meine Herren, ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekanntgewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahmen von Verhandlungen erblickt werden können, (bravo!) und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. (Lebhaftes Bravo links und im Zentrum.) Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald festere Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden. (Bravo!) Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die Entwicklung des schwergeprüften russischen Volkes. Wir wünschen, daß ihm möglichst bald wieder ruhige und geordnete Verhältnisse zuteil werden. Wir wünschen nichts mehr, als daß es wieder zu dem nachbarlichen Verhältnis kommen wird, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, wie wir es in früheren Zeiten zwischen uns und dem östlichen Nachbarn kannten.

Was die ehemals dem Zepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. (Bravo! im Zentrum und links.) **Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht.** (Bravo! im Zentrum.)

Übrigens, meine Herren, sind alle diese Dinge noch in der Schwebe. Nachrichten, die vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob an einem Punkte schon feste Abmachungen getroffen worden seien, eilen den Tatsachen weit voraus.

Anders ist unsere Lage gegenüber Italien, Frankreich, England. Seitdem wir und unsere Verbündeten uns in der Antwort auf den Friedensappell des Papstes auf den Boden der Papstnote vom 1. August gestellt haben, ist natürlich dem törichten Gerede, daß es sich darum handle, in diesem Kriege dem den Frieden bedrohenden deutschen Militarismus ein Ende zu bereiten, jeder Boden entzogen.

Umgekehrt, meine Herren, hat sich herausgestellt, wo in Wahrheit der friedenmordende Militarismus zu suchen ist. (Sehr richtig!) In seiner Rede vom 26. Oktober dieses Jahres hat der italienische Minister Sonnino den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung vollkommen abgelehnt. (Hört! hört!) Der Grund dafür ist bezeichnend genug. Man könne die stehenden Heere nicht entbehren wegen der Möglichkeit innerer Gefahren. (Hört! hört!) Und Herr Clemenceau ist in seinem Zynismus so weit gegangen, von der friedlichen Völkergemeinschaft der Zukunft, wo das Recht an die Stelle der Waffengewalt treten soll, ausdrücklich Deutschland und Österreich-Ungarn auszuschließen. (Hört! hört!)

Lloyd George endlich erklärt klipp und klar, das Ziel des Krieges sei die Vernichtung des deutschen Handels; der Krieg müsse fortgesetzt werden, bis dieses Ziel erreicht sei. Meine Herren, wo die Deutschland fälschlich vorgeworfene Eroberungssucht zu finden ist, das ist nun doch jetzt durch die seinerzeit geschlossenen Geheimverträge, die jetzt durch die russische Regierung veröffentlicht werden, für alle Welt ins hellste Licht gesetzt. (Sehr richtig! links.)

Unser Kriegsziel, meine Herren, war vom ersten Tage die Verteidigung des Vaterlandes, die Unverletzlichkeit seines Gebietes, die Freiheit und Unabhängigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung. (Zustimmung auf allen Seiten.) Darum konnten wir den Friedensappell des Papstes wohl begrüßen. Auch heute noch beseelt uns der gleiche Geist, der die Antwort auf die Papstnote diktierte. Aber, meine Herren, diese Antwort auf die Papstnote darf von den Ententemächten nicht als ein Freibrief für die freventliche Verlängerung des Krieges angesehen werden. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Die Verantwortung für dieses fortgesetzte Morden, für diese Zerstörung unersetzbarer Kulturwerte, für die wahnsinnige Selbstzerfleischung Europas trifft allein die Mächte der Entente, sie tragen die Verantwortung, und sie werden auch die Folgen zu tragen haben. (Lebhafter Beifall.) Möge sich das insbesondere Herr Sonnino gesagt sein lassen.

Hätten die italienischen Machthaber, die die unglückliche Bevölkerung des schönen, mit uns Deutschen durch tausendfache Erinnerungen verknüpften Landes in den Krieg hineintrieben, die weit ausgestreckte Friedenshand des Papstes ergriffen, so hätten sie nicht den furchtbaren Niederbruch ihrer Armee mit alledem, was sich daran anknüpfte, erleben müssen; sie tragen dafür die Verantwortung, und mögen ihre Freunde in Italien und Frankreich sich das zur Warnung dienen lassen, mögen sie endlich der Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör geben! (Lebhafter Beifall.) Für uns, meine Herren, kann die Parole in diesem gegenwärtigen Augenblick keine andere sein als abwarten, ausharren, durchhalten! (Lebhafter Beifall.) Wir vertrauen auf Gott und unsere gerechte Sache, wir vertrauen auf unsere Armee, wir vertrauen auf unsere großen Heerführer, deren Name nur genannt zu werden braucht, um sofort Stürme der Begeisterung zu entfachen. (Allseitiges lebhaftes Bravo.) Wir vertrauen auf unsere heldenmütigen Kämpfer zu Lande, zu Wasser und in der Lust. (Lebhaftes Bravo.) Wir vertrauen auf die sittliche Kraft und den Geist unseres Volkes.

Wenn Heer und Heimat fest zusammenstehen, dann wird der Sieg unser sein. Daran, meine Herren, wollen Sie mithelfen, ich weiß es, und darum bitte ich Sie nochmals um Ihre vertrauensvolle Mitwirkung. (Lebhafter andauernder Beifall und Händeklatschen.)

[Trimborn]

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Meine Herren! Zum Eingang meiner Ausführungen will ich unserer Freude über die Mitteilungen Ausdruck geben, die uns der Herr Reichskanzler über das Waffenstillstands- und Friedensangebot der sozialistischen Regierung in Rußland machen konnte. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.) Ich werde im Laufe meiner Ausführungen darauf zurückkommen.

Im übrigen will ich mich durchaus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers sowohl wie auch den Ausführungen des Herrn Kollegen Trimborn anschließen, durch die sie unseren Truppen, die draußen stehen und so unendlich Großes geleistet haben, unsern herzlichsten Dank aussprechen. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.) Ich begnüge mich nicht damit, zu sagen: wir danken Euch, die Ihr so Großes leistet, — **ich glaube, wir sind auch verpflichtet, ihnen das Versprechen abzugeben, nicht nur alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um ihnen ihre Lage zu erleichtern, sondern auch dafür zu sorgen, daß, soweit es an uns liegt, dem Kriege so bald als möglich ein Ende bereitet wird.** (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

In den Herren, die jetzt an der Spitze des Reichs und der preußischen Staatsregierung stehen, sehen wir Männer, die Mitglieder von Parteien sind, mit denen wir Jahrzehnte lang grundsätzliche schwere Kämpfe haben durchfechten müssen und mit denen wir — in einer Zukunft, die näher oder ferner liegen mag, — wahrscheinlich wieder solche Kämpfe werden führen müssen. Das vergessen wir keinen Augenblick. Ich will überhaupt feststellen, daß unsere politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht im geringsten beeinträchtigt, vielmehr nach jeder Richtung hin absolut sichergestellt ist. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Meine Partei hat allgemein den Standpunkt eingenommen, daß der Parteikampf nicht Selbstzweck ist. **Zweck kann nur das politische Ziel sein, und wenn fremde Parteien und Regierungen etwas anstreben, was wir für einen Fortschritt halten, dann haben wir sie darin stets unterstützt.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In solchem Falle wären wir sogar bereit, mit Ihnen rechts zu gehen, den Herren von der konservativen Partei. (Heiterkeit.) Freilich wird dieser Fall nach menschlichem Ermessen niemals eintreten, weil die Herren überhaupt offenbar nichts mehr können — ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken —, als nicht gerade geräuschlos hinter dem Wagen der Entwicklung herzulaufen. Die neue Regierung betrachten wir als einen Fortschritt, vorausgesetzt, daß sie ihr Programm hält. Wir betrachten als einen Fortschritt schon die Art, wie diese neue Regierung zustande gekommen ist, und **weil dieser Fortschritt unsere Mitwirkung brauchte**, deshalb haben wir fleißig mitgearbeitet. Wir wollen aber auch dazu helfen, daß dieser Fortschritt befestigt und weiter entwickelt wird. Wenn nicht geradezu ein Wunder geschieht, dann ist wohl Herr Dr. Michaelis der letzte Reichskanzler gewesen, der als Ernannter in dieses Haus geradewegs hineinkommen konnte, ohne sich vor der Annahme seines Amtes auch vergewissert zu haben, daß er hier eine Mehrheit finden wird, auf die er sich stützen kann. (Hört! hört!)

Der erste Ratgeber des Staatsoberhauptes muß eine Politik treiben, die von der Volksvertretung verstanden wird, sonst hat er seinen Beruf verfehlt. (Sehr richtig! links. — Zurufe rechts.) Denn eine Politik, die von der Volksvertretung nicht verstanden wird, wird auch vom Volke nicht verstanden, und eine Politik, die

vom Volk nicht verstanden wird, die sich nicht auf breite Massen stützen kann, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, und ihr Vertreter kann nicht Kanzler sein. Das ist die demokratische Errungenschaft des letzten Reichskanzlerwechsels, die wir nicht vergrößern, aber auch nicht verkleinern wollen. Wir wollen sie schon deshalb nicht verkleinern, weil wir sie sonst aus Achtlosigkeit wieder verlieren könnten. Und so sagen wir: auf dieser einmal betretenen Bahn gibt es kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts! (Sehr richtig! links.)

Daß da noch viel zu tun ist, wurde uns durch die Ausführungen des Präsidenten sehr eindrucksvoll zu Gemüte geführt. Wir haben den Herrn Kollegen v. Payer für die Regierung gewonnen, aber den Vizekanzler v. Payer für den Reichstag verloren, weil er nach unseren Verfassungsbestimmungen nicht gleichzeitig Mitglied des Reichstags und des Bundesrats sein kann. Das ist in diesem ganz besonderen Falle außerordentlich bedauerlich, im allgemeinen aber ist es zweifellos ein unhaltbarer Zustand, der nicht einmal in Preußen möglich ist. (Hört! hört! links.) Wir müssen den größten Wert darauf legen, daß Minister oder Staatssekretäre, die aus dem Reichstage genommen werden, nach ihrer Verabschiedung oder Amtsniederlegung nicht in der Versenkung verschwinden, sondern hier ihren Platz als Volksvertreter sofort wieder einnehmen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß die neue Regierung die erste in der Hauptsache parlamentarische Regierung ist, war für uns ein Grund, ihr Zustandekommen mit zu fördern. Es wäre aber sehr inkonsequent, wenn wir sagen würden, diese Regierung unterstützen wir, mit ihr gehen wir durch dick und dünn, weil sie in der Hauptsache eine parlamentarische Regierung ist. Gerade im Wesen des parlamentarischen Systems liegt es, daß eine Regierung in erster Linie aus den Parteien unterstützt wird, aus denen sie gebildet worden ist, und erst in zweiter Linie vielleicht auch von solchen Parteien, die an dem Fortbestand einer solchen Regierung ein sachliches Interesse haben, weil das Regierungsprogramm bis zu einem gewissen Grade mit ihren eigenen Wünschen und Auffassungen übereinstimmt. Man kann nun Opposition um jeden Preis machen, und da wird es nicht schwer sein, Punkte zu finden, an denen man einhaken kann, Punkte, in denen man der Regierung nicht zustimmt, oder in denen sie einem nicht weit genug geht. Das, meine Herren, ist nicht unsere Absicht. (Bravo!)

Sollten sich aber Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbarer Art herausstellen, würde die Regierung etwas tun, was nach unserer Überzeugung mit dem Volkswohl unvereinbar ist, oder aber würde sie etwas zu tun unterlassen, was nach dem Stande der Dinge uns in diesem Augenblick unerlässlich notwendig erscheint, dann werden wir sie natürlich entschieden bekämpfen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen, wie ich ausdrücklich betonen will, diesen Kampf gewiß nicht unnötigerweise suchen, und wenn die Politik der Regierung sich so gestaltet, daß wir ihn vermeiden können, dann wird das für unser Land zweifellos das beste sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, in London hat vor einigen Tagen Lord Bukmaster eine scharfsinnige Rede gehalten, in der er sagte: Ein jedes Land hat seine Alldeutschen — das war eine sehr gute Bemerkung. Leider hat der Lord Bukmaster vergessen, einen Unterschied zu nennen, nämlich diesen: in Deutschland sind die Alldeutschen längst unten durch, (Heiterkeit) während sie in England und Frankreich immer noch oben auf sind. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Meine Herren, woher kommt denn das? (Zuruf rechts.) — Ich werde es Ihnen gleich sagen, woher es kommt. (Heiterkeit links.)

Die Alldeutschen wissen sehr gut, wem sie diese Niederlage verdanken. Sie sprechen deshalb auch in zeitweilig recht komisch anmutender Übertreibung von einer **sozialdemokratischen Herrschaft in Deutschland**. Sie bilden sich ein, wir hätten durch taktische Schliche und Piffe, durch Erpressungen, wie sie es nennen, ihren Einfluß gebrochen. Ach nein, meine Herren, dieser Erfolg wäre nicht erreicht worden gegen so starke Widerstände, die Sie alle kennen, wenn nicht in den großen Fragen der Kriegspolitik das ganze Volk, von einem kleinen lärmenden Haufen abgesehen, auf unserer Seite wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der kommende Friede, meine Herren, muß aber, wenn auch in der Form von Regierung zu Regierung, in der Sache doch geschlossen werden von Volk zu Volk. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk kämpft nicht für polnische Königskronen und kurländische Herzogshüte, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) nicht für imperialistische Machterweiterungen. Wie die fremden Länder, wie zum Beispiel Belgien, Kurland, Polen, Litauen usw. usw. ihre Zukunft gestalten wollen, das ist ihre eigene Sache, nicht die unsere. (Sehr richtig! links.) Es ist gut, daß der Herr Reichskanzler, als er zu uns von dem Waffenstillstandsangebot, das aus Rußland zu uns gekommen ist, sprach, in so klarer Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das wird wahrscheinlich bei Schwerindustriellen und sonstigen heimkriegerischen Eroberungspolitikern in Deutschland wenig angenehm empfunden werden, um so angenehmer bei der großen

Mehrheit unseres Volkes, um so angenehmer jenseits der Grenzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk will keinem Volke die Freiheit verkürzen oder seine Lebensnotwendigkeiten abschneiden; es will nichts als seine Selbsterhaltung und einen dauernden Frieden.

Daß Deutschland im wahren Sinne des Wortes den Kampf um seine Existenz zu führen hatte, ist jetzt noch klarer als zuvor aller Welt gezeigt worden. (Sehr richtig! links.) Die russische Revolution hat die Geheimdokumente der Ententediplomatie aus den Archiven gerissen und auf den Tisch der Öffentlichkeit geworfen. Sie hat den Völkern die geheimen Drähte gezeigt, an denen sie erbarmungslos in den Tod geschleift worden sind, und sie hat für ihren Teil diese Drähte zerschnitten. Sie hat zugleich aber auch gezeigt, daß wir nichts anderes tun konnten, als dafür zu kämpfen, daß das, was deutsch ist, auch deutsch bleibt. (Sehr gut! links.)

Klar ist die Situation jetzt für alle Welt. Eine vielfache Übermacht stand gegen uns, und das waren ihre Pläne: Frankreich und England werden die Grenze Deutschlands im Westen bestimmen, Seine Majestät der Zar bestimmt die Grenzen Deutschlands im Osten; jeder schneidet sich aus dem lebendigen Leibe des deutschen Volkes das heraus, was ihm beliebt. Wir alle empfinden die Niederträchtigkeit solcher Pläne; wir alle sollten aber jederzeit eingedenk sein des Sprichworts: „Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu". (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch andere Völker werden sich bis zum letzten Hauch dagegen wehren, wenn man ihren Körper mit dem Schwert in Stücke zerschneiden wollte, und darum kämpfen wir gegen jeden Imperialismus draußen und drinnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Arbeiterklasse begrüßt leidenschaftlich den großen Schritt zum Frieden, den die russische Revolution getan hat, und sie ist bereit, sie mit allen ihren Kräften zu unterstützen, bereit, alle Hindernisse wegzuräumen, die sich alle dem, was wir wünschen, noch entgegenstellen könnten.

Die deutsche Arbeiterklasse erwartet mit Sehnsucht den Tag, an dem **die Arbeiter Englands und Frankreichs in Gemeinschaft mit den russischen und deutschen Arbeitern für den Frieden arbeiten**, um das entsetzliche Massengemetzel durch einen demokratischen Frieden zu beenden. Die Stunde wird um so früher kommen, je klarer sich zeigt, daß das deutsche Volk keine fremde Freiheit bedroht, seine eigene Freiheit aber im Innern um so kräftiger ausbaut. Darum rufe ich Ihnen zu: machen Sie Schluß mit der Zensur, Schluß mit dem Belagerungszustand! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Verzichten Sie auf politische Verfolgungen, die dadurch nicht besser werden, daß man sie in den Ländern, die auf ihre alten bürgerlichen Freiheiten so stolz sind, noch ärger betreibt. Die Kraft des deutschen Volkes würde dadurch nicht verlieren, sondern nur gewinnen. Es ist heute meines Erachtens nicht angebracht, auf Einzelheiten einzugehen; das kann später geschehen. Ich glaube aber doch, es sind auf diesem Gebiete Dinge geschehen, die dem deutschen Volke nicht zur Ehre gereichen, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und die ihm nicht nur nicht nutzen, die ihm im Gegenteil schaden.

Schaffen Sie Freiheit für die Presse! Treten Sie noch energischer auf, Herr Reichskanzler, als Sie es in Aussicht gestellt haben! Sie werden einen schweren Kampf mit den Militärbehörden zu führen haben, das wissen auch wir; aber es liegt im Interesse unseres Volkes, daß so schnell als möglich mit diesen Zuständen aufgeräumt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der deutschen Geschichte werden die Namen derer, die dem preußischen Volke auch jetzt noch das gleiche Staatsbürgerrecht vorenthalten wollen, geächtet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unbegreiflich ist die Verbohrtheit und die Verblendung der Menschen, die in ihrem Widerstand gegen das, was vernünftig, notwendig und unvermeidlich ist, sich nur das eigene politische Grab schaufeln.

Aber meine Herren, täten sie wenigstens nur das! Aber schlimmeres als das tun sie: sie drohen durch ihren eigensinnigen Klassenegoismus das Land in den Abgrund der schwersten politischen Kämpfe zu reißen. Wir erwarten, daß die Regierung durch entschlossenes Auftreten das Land vor diesen Gefahren nicht allein zu bewahren wissen wird, sondern dem Volke zu seinem Recht verhelfen wird, vor allen Dingen zu dem gleichen Wahlrecht in Preußen so schnell als irgend möglich. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hier heißt es fest fassen, Herr Reichskanzler. Dieser Kampf ist schwer, aber Sie werden in diesem Kampfe alle diejenigen an Ihrer Seite haben, die im klaren darüber sind, daß unser Reich ohne vollkommene Rechtsgleichheit gar nicht mehr würde leben können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüßen es, daß durch die von uns oft geforderte und nunmehr auch zugesicherte Beseitigung aller Hemmnisse, die die Reichsgewerbeordnung, besonders aber der § 183, den Gewerkschaften noch bereitet, die Bahn für eine segensreiche Tätigkeit der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen freigemacht werden soll. Selbstverständlich wird auch der Erpressungsparagraph des Reichsstrafgesetzbuchs derart reformiert werden müssen, daß seine Anwendung auf ehrliche Arbeiter, die gewerkschaftliche Interessen wahrnehmen, zur vollkommenen Unmöglichkeit gemacht wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und wir begrüßen es, daß durch die Bildung von Arbeitskammern der Arbeiterklasse ein Anteil an der Vorbereitung großer volkswirtschaftlicher und sozialer Fragen eingeräumt werden soll. Wir sehen darin einen Anfang zu der Verwirklichung des Gedankens, daß die Volkswirtschaft eine Angelegenheit nicht der Kapitalbesitzer, sondern des ganzen schaffenden Volkes ist. Auch hier vollzieht sich eine unvermeidliche Entwicklung, die über diejenigen zur Tagesordnung übergehen wird, die sich ihr entgegenstellen.

Wir haben den lebhaften Wunsch, daß das Reichswirtschaftsamt unter seinem neuen Leiter die Richtung dieser Entwicklungen erkennen und sie klaren Blickes fördern möge. Dann noch eine sehr dringliche Forderung! Gehen Sie sofort an die Erhöhung des Soldes für unsere Soldaten, für unsere Brüder im Waffenrock; (sehr gut! bei den Sozialdemokraten) erhöhen Sie ohne Verzug die Renten für die Invaliden der Arbeit, deren Notlage eine überaus große ist! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Über alledem steht die brennende Frage der Volksernährung. Wir verlangen von der Regierung keine Zauberkünste, die wir selber nicht würden leisten können; aber wir sind der festen Überzeugung, daß die dringendsten Lebensbedürfnisse der Masse auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen befriedigt werden könnten, wenn nur dem Gesetze Achtung verschafft wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, verwenden Sie die Energie, die bisher in Überängstlichkeit auf die Bekämpfung gewisser, im Grunde nur idealistischer und selbstloser Bestrebungen verwendet wurde, an die Bekämpfung jenes schamlosen Treibens, das aus ekler Gewinn gier dem Volke seine schmalen Rationen verkürzt.

Ins Gefängnis **nicht** mit denjenigen, **die Flugschriften verbreiten, die demonstrieren**, — aber ins Zuchthaus mit denjenigen, die das Volk aushungern, die das Volk in der schamlosen Weise ausplündern, wie wir es Tag für Tag erleben müssen! Machen Sie einmal Ernst gegen diese Gesellschaft, die sich den Makel der Ehrlosigkeit doppelt und dreifach verdient hat! Dann wird manches besser werden.

Ein wirkliches Ende all dieses Elends wird aber erst zu erwarten sein, wenn wieder Friede ist. Ich stelle daher diesen Gesichtspunkt als den entscheidenden noch einmal an den Schluß meiner kurzen Ausführungen. Wir werden die neue Regierung vor allem darnach beurteilen, was sie für den Frieden tut. Indem sie die feindlichen Regierungen jedes Vorwandes beraubt, sie müßten, um Recht und Freiheit der Völker zu schützen, diesen Krieg weiter fortsetzen — was allerdings schwer genug ist für die Ententeländer, nachdem nunmehr alle Welt ihre Pläne kennengelernt hat —, wird doch unsere Regierung der Bewegung, die unter den verschiedensten Umständen und mit den verschiedensten Mitteln in Rußland und in Deutschland unwiderstehlich geworden ist, auch in den anderen Ländern zum Durchbruch verhelfen. **Rußland, das der Welt das Licht eines großen Gedankens voraus trägt, Rußland, das sich in Kämpfen und Krämpfen einer großen Zukunft entgegenringt, — Rußland ist nicht der Verlierer dieses Krieges! Diejenigen werden zuletzt die Geschlagenen sein, die den gewaltigen Mächten der Zukunft, der Arbeiterklasse, dem Sozialismus, dem Völkerfrieden den Krieg bis ans Ende geschworen haben.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird ihr eigenes Ende sein. Diejenigen sind die aufstrebenden Mächte, die mit der Zukunft im Bunde stehen, und ich hoffe, das deutsche Volk wird unter ihnen sein. (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fischbeck.

Fischbeck, Abgeordneter: Namens der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei habe ich folgendes zu erklären: Wir bewilligen den angeforderten Kredit und bekunden damit aufs neue den unerschütterlichen Willen, alle Opfer zu bringen, um den gegen uns gerichteten Vernichtungswillen der Feinde siegreich niederzuringen. Wir erneuern vor aller Welt das Bekenntnis, daß nicht Eroberungslust uns in diesem Kriege treibt, daß wir aber auch die Waffen nicht aus der Hand legen wollen, ehe nicht Deutschlands Freiheit und Selbständigkeit, die Unversehrtheit seines territorialen Gebiets sowie sein Recht auf freie Entwicklung von den Gegnern anerkannt und alle Pläne aufgegeben sind, durch Maßregeln wirtschaftlicher Absperrung den Wiederaufbau unseres Vaterlandes hintanzuhalten.

In der Antwort auf die Note des Papstes ist zum Ausdruck gebracht, daß und in welchem Geiste die Regierung des Reichs und mit ihr die gewaltige Mehrheit des Volkes bereit ist, gegenüber ehrlichem Willen der Verständigung und Versöhnung die Hand zum Frieden zu reichen. (Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß der neuberufene Herr Reichskanzler sich zu gleichen Zielen bekannt hat.

Seine darüber abgegebenen Erklärungen finden unsere Billigung. Wir freuen uns über seine Mitteilung bezüglich des von Rußland ausgegangenen Angebots friedlicher Annäherung und sind mit ihm darin eines Sinnes, daß es ehrlich geprüft und in entgegenkommendem Sinne aufgenommen werde. (Bravo! links!)

Heute wie ehemals hat das deutsche Volk gegenüber dem russischen Volke den Wunsch nach dauernder Freundschaft und friedlichem Nebeneinanderleben. (Beifall links.)

In innerpolitischer Hinsicht begrüßen wir es, daß alsbald nach Amtsantritt des gegenwärtigen Herrn Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten die Wahlrechtsvorlage in Preußen eingebracht worden ist.

„Raum zu schaffen für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder des Volkes“ hatte der Träger der deutschen und preußischen Krone in seiner Osterbotschaft verheißen, (Glocke des Präsidenten)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Fischbeck, Abgeordneter: — und in Erkenntnis der Zeit hinzugefügt, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege gemäß seiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei. Wir freuen uns, daß die gegenwärtige preußische Regierung in Übereinstimmung mit dieser feierlichen Erklärung das Bekenntnis ablegt, daß die in diesem Kriege dem Staate gebrachten Opfer aller Bürger gleichen Wertes sind und sich auf den Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftige Abstufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen lassen. (Lebhafter Beifall links.)

Soweit in dem vorgelegten Gesetzeswerk ängstlich gehütete oder neu errichtete Schranken mit diesem Geiste in Widerspruch stehen, werden meine Freunde im Landtag sich bemühen, sie auszumerzen und notwendiges zu ergänzen. (Sehr richtig! und Bravo! links.) Wir hegen die Erwartung, daß die Regierung mit allem Nachdruck das Reformwerk betreiben wird, nicht nur um Preußens, sondern auch um des Reiches willen, und daß es zur Verabschiedung gelangt während des Krieges um des Krieges willen. (Zustimmung links.)

Die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes hat aber auch zur Voraussetzung die Beseitigung aller noch aufrecht erhaltenen Ausnahmen auf politischem, religiösem und sozialem Gebiete. Wir begrüßen es daher, daß der Herr Reichskanzler die Beseitigung jener ausnahmerechtlichen Bestimmungen in Aussicht gestellt hat, welche in der Gewerbeordnung gegen Verabredungen und Vereinigungen zur Erzielung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen errichtet sind, und heißen im Interesse des sozialen Friedens eine Vorlage zur Schaffung von Arbeitskammern willkommen.

Das gänzlich veraltete Gesetz über den Belagerungszustand hat insbesondere dem innerpolitischen Leben während des Krieges unerträgliche Fesseln auferlegt. Die immer wieder im Reichstage erhobenen Klagen über die Handhabung der Zensur und die vielfach unterschiedliche Behandlung des Vereins- und Versammlungswesens legen dafür Zeugnis ab.

Die Zusagen des Herrn Reichskanzlers, hier nach Möglichkeit Wandel zu schaffen, nehmen wir gern entgegen, können aber die Meinung nicht unterdrücken, daß eine wirksame Beseitigung aller Schäden nur durch eine zeitgemäße Änderung des Gesetzes und durch eine Beschränkung der militärischen Gewalt zugunsten bürgerlicher verantwortlicher Behörden erreicht werden kann. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Herr Reichskanzler hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Reichsleitung und Volksvertretung herzustellen. Die Wege, die der Herr Reichskanzler bei seiner Berufung eingeschlagen hat, die Beteiligung der Parteien der Mehrheit an der Regierung und die heute gekennzeichneten Richtlinien der von ihm inne zu haltenden Politik sind unseres Erachtens geeignet, ein solches Verhältnis gegenseitigen Vertrauens anzubahnen. Ihre getreue Verfolgung wird uns an der Seite der Regierung finden. Wir setzen dabei voraus, daß der Geist der angeführten Reformen auch sonst die Reichsleitung auf ihren zukünftigen Bahnen begleitet und daß sie sich überall bestimmen läßt von der Erkenntnis dessen, was ein mündiges, zu so gewaltigen Opfern bereites und fähiges Volk erwarten und heischen kann.

Wir sind andererseits gern bereit, uns den Notwendigkeiten der Zeit unterzuordnen und an unserem Teile dazu beizutragen, daß trennende Fragen, soweit es die Verantwortung vor dem Wohle der Gemeinschaft zuläßt, Aufschub erfahren und späterer Lösung vorbehalten bleiben. Sachliche Kritik und ernsthafte Vorschläge zur Besserung werden, so hoffen wir, auch dem Herrn Reichskanzler als willkommene Hilfe bei der Leitung der Geschäfte erscheinen.

Uns leitet allein der Wunsch, eine entschlossene Gemeinschaft zwischen Volk und Regierung herzustellen, um diese gewaltige Zeit zu bestehen.

Voll dankbarer Bewunderung blicken wir auf unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande, die todesmutig der Überzahl der Feinde trotz, unsägliches Leiden und Entbehrungen trägt und Lorbeer an Lorbeer um ihre Fahnen windet. (Bravo! links.)

Wie uns das Volk in Waffen Leben und Freiheit nach außen wahrt, so wollen wir ihm hier für die Stunde der Heimkehr eine Stätte bereiten, in der es sich wohlfühlen, Freiheit atmen und den Hauch neuen Geistes verspüren kann. (Lebhafter Beifall links.)

Die Hoffnung auf dieses neugestaltete deutsche Vaterland wird auch uns Daheimgebliebene anspornen zum Ausharren in der Arbeit für den Bestand des Reichs, zum willigen Tragen all der Mühen und Lasten, die der Tag uns auferlegt, und uns bewahren in dem Glauben an Deutschland, das bestehen und nimmermehr untergehen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stresemann.

Stresemann, Abgeordneter: Meine Herren, unsere innerpolitische Lage steht unter dem Eindruck der gewaltigen Siege in Italien und der neuen großen Umwälzung in Rußland. Der Zusammenbruch der italienischen Heere vor dem Ansturm der verbündeten österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen ist gleichzeitig der Zusammenbruch aller italienischen Hoffnungen auf irgend einen Fußbreit österreichischen Gebietes, ist der Zusammenbruch aller Träume auf Trient und Triest. Wenn irgendwann, so spürte die Seele aller Völker in diesem Zusammenbruch das Walten der Völkermoral in der Geschichte dieses Weltkrieges. (Sehr richtig!)

Die Treulosigkeit der Politik der italienischen Regierung gegenüber ihren Bundesgenossen hat ihren verdienten Lohn gefunden. Wir beglückwünschen von Herzen die Bundesgenossen der Donaumonarchie zu dem neuen Waffenruhm ihrer Heere. Wir gedenken mit unauslöschlicher Dankbarkeit der Tätigkeit unserer Streitkräfte an dieser wie an allen Fronten. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Wir gedenken unserer unvergleichlichen obersten Heeresleitung, (erneuter lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen) die uns in den Namen Hindenburg und Ludendorff die Versinnbildlichung des deutschen Siegeswillens darstellt, der obersten Heeresleitung, der das gesamte deutsche Volk rückhaltloses Vertrauen entgegenbringt in alle Zukunft. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

In derselben Zeit, in der Italiens Siegeshoffnungen dahinsanken, vollzogen sich die neuen großen politischen Umwälzungen in Rußland. Durch die Veröffentlichung der Geheimverträge hat die heutige russische Regierung sich von den utopischen Eroberungsplänen ihrer Vorgänger losgesagt. **Vor aller Welt ist heute festgestellt, daß die Zerstückung Deutschlands unser Los gewesen wäre**, wenn unsere Feinde gesiegt hätten.

Heute tönt aus den Reihen des russischen Volkes die Sehnsucht und der immer mehr anschwellende Ruf nach Frieden zu uns. Wir haben heute erfahren, daß das offizielle Angebot eines Waffenstillstandes in Vorbereitung eines künftigen Friedens durch die russische Regierung an uns gelangt ist. Unsere Stellung zu der dadurch geschaffenen Lage ist durch die bisherige deutsche Politik gegeben.

Nicht in dem Sinne des Versuches irgendeines neuen Friedensangebotes an die Gemeinschaft unserer Feinde. Deutschland hat auf der vollen Höhe seiner militärischen und wirtschaftlichen Lage seine Friedensbereitschaft offen betont. Die Gegner, die diese Angebote als Zeichen der Schwäche deuteten, sehen heute, wie irrig ihre Auffassungen sind, daß Deutschland und seine Verbündeten in diesem Weltkriege die Sieger sind.

Regierung und Reichstag werden es daher ablehnen, irgendwann ein neues Friedensangebot nach den bisherigen ergehen zu lassen. Aber wenn in Rußland Regierung und Volk den Frieden wünschen, so können sie wissen, daß Deutschland in allen Schichten seiner Bevölkerung die Wiederherstellung der alten, gut nachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum russischen Volk begrüßen würde, gegen das wir ohne Haß in diesen Weltkrieg eingezogen sind. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

In dem Gedanken, den russischen Fremdvölkern unter Berücksichtigung der in ihnen kulturell und wirtschaftlich führenden Schichten die Freiheit ihrer eigenen künftigen Entwicklung zu geben, scheint uns eine Grundlage für eine zukünftige Verständigung gegeben zu sein. Die Regierung wird unserer Unterstützung gewiß sein, wenn sie in diesem Sinne eine Zukunftsentwicklung anbahnt, die uns das Nebeneinanderleben mit den östlichen Nachbarvölkern unter Sicherung unserer eigenen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen gewährleistet.

Der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß der Geist der deutschen Antwort auf die Papstnote die Grundlage seiner Politik sein werde. Die Grundlagen dieser deutschen Antwortnote sind im engen Zusammenarbeiten von Regierung und Volksvertretung festgestellt und von allen Parteien gebilligt worden. Der späteren Hinzufügung der Bezugnahme auf den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli dieses Jahres konnten meine Freunde nicht zustimmen. Sie erachten diese Erklärung durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse

für überholt (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) und können in diesem Sinne auch den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über den Geist der Antwortnote zustimmen.

Mit besonderer Genugtuung begrüßen wir aber in seinen Ausführungen die Worte, daß niemals diese Erklärung unseren Feinden ein Freibrief sein könne für die Fortsetzung des Krieges, und daß sie die Folgen einer solchen Fortsetzung ihrerseits in ihrer eigenen Zukunftsentwicklung zu tragen haben würden.

Die weltpolitische Lage, die uns vor große Entscheidungen in diesen Stunden stellt, mahnt uns zum Burgfrieden im Innern. Unter diesem Gesichtspunkte sind meine politischen Freunde, die mich einmütig zu diesen Ausführungen beauftragt haben, mit dem innerpolitischen Programme des Herrn Reichskanzlers einverstanden.

Wir lehnen eine Aufhebung des Belagerungszustandes ab und halten die völlige Aufhebung der Zensur für unmöglich; wir wünschen sie aber auf das Mindestmaß staatlicher Notwendigkeit beschränkt. Wir begrüßen die in Aussicht gestellte Schaffung von Arbeitskammern und hoffen, daß sie ein Instrument des sozialen Friedens sein werden. Die Bedenken, die von uns früher gegen die Wählbarkeit der berufsmäßigen Arbeitervertreter geltend gemacht sind, können unseres Erachtens nach den Erfahrungen, die wir angesichts des Verantwortlichkeitsgefühls dieser Vertreter der Arbeiter in diesem Kriege haben machen können, nicht mehr aufrechterhalten werden. Wir werden an diesem Gesetz mitarbeiten unter besonderer Berücksichtigung auch der Wünsche der deutschen Angestelltenschaft und der Staatsbediensteten (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) in bezug auf die Form und das Maß der ihnen zu gewährenden Vertretung.

Der Beseitigung der im § 153 der Gewerbeordnung liegenden Hemmung der Koalitionsfreiheit, die mit wenigen Ausnahmen von der gesamten deutschen Arbeiterschaft gefordert wird, werden wir unter Berücksichtigung des Umstandes zustimmen, daß die gleichmäßig geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs genügend Handhaben bieten werden, verwerflichem Terrorismus auch fernerhin entgegenzutreten.

Die Frage der preußischen Wahlreform kann nicht in diesem Hause entschieden werden. Ihre Erledigung ist Sache der preußischen Volkvertretung. Aber wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß diese Frage in dem Gesamtkomplex ihrer Wirkungen eine deutsche Frage ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Von ihrer baldigen Lösung wird für den inneren Frieden unseres deutschen Volks unendlich viel abhängen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Eine Politik, welche die gleichmäßigen Opfer, die alle Stände in diesem Kriege für unser Vaterland gebracht haben, auch in bezug auf die Zubilligung staatsbürgerlicher Rechte entsprechend wertet, erscheint uns als vaterländische Politik im besten Sinne des Wortes. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Unsere gesamte Lage nach außen und innen erfordert ein enges vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen den Regierungen und den Volksvertretungen. Der Eintritt führender Parlamentarier in Regierungsstellen, denen insbesondere die Fühlung zwischen den Regierungen und den Parlamenten obliegt, ist eine wichtige Grundlage eines solchen Zusammenwirkens. Wir sind überzeugt, daß die Monarchie in ihrer starken Stellung, in der wir sie unbedingt erhalten wissen wollen, nur gewinnen kann, wenn das Band zwischen Regierung und Volksvertretung möglichst eng geschlungen wird und die Parteien zur verantwortlichen vaterländischen Mitarbeit innerhalb der Regierung herangezogen werden.

Meine Herren, wir stehen, wenn nicht alles täuscht, **im Endkampf des gewaltigsten Völkerringens, in dem Deutschland je um sein Dasein, seine Entwicklungsfreiheit** und seine Größe gerungen hat. Wenn jemals, so ist jetzt die feste Geschlossenheit der inneren Front das Gebot der Stunde. Wir hoffen, daß auch der Verlauf dieser Reichstagstagung dem Inland und Ausland aufs neue zeigen wird, daß das deutsche Volk in den großen Grundzielen seines Wollens diese Geschlossenheit stets finden wird. In dieser Einheit aber liegt unsere Unüberwindlichkeit, von der wir den Frieden und eine den gewaltigen Opfern wertige große Zukunft unseres Vaterlandes erwarten. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf v. Westarp, Abgeordneter: Meine politischen Freunde und ich geben der uneingeschränkten Wertschätzung für die Person des jetzigen Herrn Reichskanzlers Ausdruck, der die schwere Bürde des in dieser Zeit so verantwortungsvollen Amtes in hohen Jahren aus reinem patriotischen Pflichtgefühl übernommen hat. Wir haben uns gefreut, in seiner heutigen Rede alle die politischen Eigenschaften wiederfinden zu können, die wir seit der Zeit, als er noch als unser Kollege unter uns weilte, kennen und schätzen.

Um so mehr empfinden wir die Verpflichtung, für die wir bei den reichen staatsmännischen Erfahrungen des Herrn Grafen Hertling volles Verständnis voraussetzen, unseren sachlichen Bedenken gegen die bisherige Entwicklung der Dinge von Anfang an klar und offen Ausdruck zu geben.

Wir können nicht umhin, aus grundsätzlichen verfassungsrechtlichen und politischen Gründen scharfen Einspruch gegen die Vorgänge zu erheben, die zur Entlassung des Herrn Reichskanzlers Dr. Michaelis geführt und die sich bei der Ernennung des jetzigen Herrn Reichskanzlers und seiner beiden Stellvertreter im Reiche und in Preußen abgespielt haben. **Die Beseitigung des Herrn Dr. Michaelis aus dem Amte als Kanzler war aus beiden demokratischen Lagern heraus von Anfang an in Aussicht gestellt worden, weil dieser Kanzler und seine Mitarbeiter ohne vorherige Zustimmung des Reichstags ernannt worden seien.** (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Daß in der Politik des Herrn Dr. Michaelis **sachliche Gründe vorgelegen hätten, die ein Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich machten, können wir nicht anerkennen.** Um so mehr bedeutet die erhobene Forderung seiner Entlassung aus dem Amte des Reichskanzlers und — entgegen den ursprünglichen Absichten Seiner Majestät des Kaisers und Königs — auch aus dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten, — um so mehr bedeutet auch die Art und Weise, wie diese Forderung von einzelnen zu interfraktionellen Besprechungen zusammengetretenen Abgeordneten unter dem sensationell aufgebauchten Beistand der Presse erhoben und verfolgt wurde, nach unserer Auffassung einen scharfen Eingriff in das Verfassungsrecht des Kaisers, den Reichskanzler nach seinem eigenen Ermessen zu ernennen und zu entlassen. (Sehr richtig! rechts.)

Auch bei den Verhandlungen, die der Ernennung des Herrn Grafen Hertling vorhergegangen, ist nach unserer Ansicht die Entschließungsfreiheit, die dem Kaiser verfassungsmäßig zusteht, nicht genügend gewahrt worden. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.) **Der endgültige Entschluß wurde von vorherigen Verhandlungen abhängig gemacht, die nicht den Charakter informatorischer Besprechungen bewahrten, sondern in denen feste Bedingungen vereinbart wurden, von denen die Vertreter der Mehrheitsparteien ihre Zustimmung zu der Ernennung des Herrn Grafen Hertling abhängig machten.**

Noch deutlicher trat diese Einschränkung der Entschließungsfreiheit des Kaisers zutage bei den Vorgängen, die zur Ernennung des Herrn Vizekanzlers v. Payer geführt haben. Nach den unwidersprochen der Öffentlichkeit übergebenen Darstellungen wurde der Vorschlag der Ernennung des Herrn v. Payer zum Vizekanzler dem jetzigen Herrn Reichskanzler auf Drängen der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei abgerungen. Aus diesem Grunde mußte Herr Dr. Helfferich den Posten des Vizekanzlers verlassen, in dessen Politik wir keinen sachlichen Grund seiner Entlassung erblickt und in dessen überaus reichen praktischen Erfahrungen und in dessen großer Gewandheit wir alle eine schätzbare Arbeitskraft gesehen haben. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Die Stellung des jetzigen Herrn Vizekanzlers scheint unter einer gewissen Unklarheit zu leiden. Als das Gehalt für das Amt des Vizekanzlers bewilligt wurde, wurde von allen Seiten festgestellt, daß der Vizekanzler nicht etwa der Vorgesetzte der Staatssekretäre sein soll, daß den Staatssekretären die selbständige Verantwortung für ihre Ressorts und deren parlamentarische Vertretung vorbehalten bleiben, daß der Vizekanzler nicht parlamentarischer Sprechminister sein sollte, sondern daß er nur zu ganz bestimmt umschriebenen besonderen Aufgaben dem Reichskanzler beigegeben werde. Es wird sich fragen, ob an diesen Absichten auch jetzt festgehalten werden wird, und ich meine, daß diese Frage einer Klarstellung auch in der Kommission wohl bedürfen wird. Nach den Darstellungen, die der Öffentlichkeit übergeben worden sind, waren die Absichten andere. Danach sollte der Herr Vizekanzler in die Regierung eintreten, um dort die Parteirichtung der sozialdemokratischen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei zur Geltung zu bringen. (Lachen und Zurufe links.)

Wie sich diese Aufgabe mit jener früher abgegebenen Erklärung über die Ausgestaltung des Amtes vereinbaren läßt, ist eine Frage, die noch der Klärung bedarf.

Über die außerordentlich schweren Bedenken, die diese Entwicklung der Dinge vom Standpunkt Preußens und vom Gesichtspunkt der Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs hat, wird in Preußen zu reden sein und auch geredet werden. Hier haben wir festzustellen, daß wir in dieser Entwicklung einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers erblicken, der unter Ausnutzung der Notlage des Reichs durchgesetzt worden ist, (sehr richtig! rechts. — Zurufe links) der nach unserer Auffassung dem geschriebenen Rechte der Verfassung nicht entspricht und den wir aus politischen Gründen zu bedauern Anlaß haben. (Zurufe links.)

Wir vermögen unter diesen Umständen in dem Herrn Reichskanzler und in dem Herrn Vizekanzler nicht Minister zu erblicken, die ihren Auftrag allein und ausschließlich aus der Hand Seiner Majestät des Kaisers entgegen genommen haben, (Zurufe links) da die Bedingungen für ihre politische Tätigkeit vorheriger

Vereinbarung mit Vertretern der wirklichen oder sogenannten Mehrheit des Reichstags unterlegen haben. Sie sind dadurch in eine Stellung hineingekommen, die es für sie nötig machen wird, sich einseitig und ausschließlich auf diese Mehrheitsparteien zu stützen, (Zurufe links) und ich glaube, aus der Rede, die wir heute aus dem Munde des Herrn Scheidemann gehört haben, wird man wohl den Eindruck entnehmen können, daß die Sozialdemokratie nicht gerade ein barmherziger Gläubiger sein wird. (Sehr gut! rechts, Zurufe links.)

Trotz dieser außerordentlich schweren und ernsten Bedenken, mit denen uns die bisherige Entwicklung der Dinge erfüllt, treten wir Konservativen nicht in eine grundsätzliche Opposition ein. (Zuruf links.) Wir werden auch dem neuen Herrn Reichskanzler gegenüber lediglich sachliche Politik treiben, (Zuruf links) wir werden uns der Verpflichtung bewußt bleiben, in dieser Zeit der folgenschweren weltgeschichtlichen Aufgaben, die je einem Volke gestellt worden sind, der deutschen Regierung, wie sie nun einmal besteht, die Unterstützung zu gewähren, die sich mit unseren Grundsätzen und politischen Auffassungen irgend vereinbaren läßt.

Freilich können wir diese Auffassungen auch nicht preisgeben. Wenn die jetzt abgeschlossene Entwicklung der Dinge als eine Wiederherstellung des Burgfriedens bezeichnet worden ist, so sind wir unsererseits nicht in der Lage, das als richtig anzuerkennen. (Hört! hört! links.)

Man hat einseitig geglaubt, die Sozialdemokratie, wie einer der Herren Teilnehmer an den interfraktionellen Besprechungen selbst ausgeführt hat, bei der Stange halten zu müssen, indem man ihren Forderungen nachgab. Über die Wünsche und Grundsätze der konservativen Partei und der hinter ihr stehenden weiten Kreise im Lande dagegen ist man von seiten der Regierungsvertreter und der Parteien zur Tagesordnung übergegangen. (Sehr richtig! rechts.)

Man hat uns von den Verhandlungen vollkommen ausgeschlossen. Man hat das getan, weil man sich dessen sicher war, daß wir Konservativen uns unter keinen Umständen weigern werden, dem Lande in seinem Daseinskampfe zu geben und zu bewilligen, was es braucht. (Zuruf links.) Darin liegt eine Schwäche unserer taktischen Position, mit der wir uns abfinden müssen, darin liegt aber ein von allen Seiten ausgesprochenes Urteil über unsere Haltung, mit dem wir vor der Geschichte werden bestehen können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Eine Wiederherstellung des Burgfriedens liegt in dieser Entwicklung der Dinge nicht. Wir schätzen vollauf den Wert der inneren Geschlossenheit und Einigkeit, wir schätzen den Wert der Einheitsfront. Wir sind auch entschlossen, um dieser Einigkeit willen auch Opfer unserer Überzeugung zu bringen, das haben wir wiederholt gezeigt. Wichtiger aber noch als das Bestehen der Einheitsfront als solches erscheint uns doch die sachliche Richtung der Politik, die in dieser Einheitsfront eingeschlagen wird. Nur zu dem Zwecke, die Einigkeit, vielleicht auch nur den äußeren Schein der Einigkeit herzustellen, vermögen wir unsererseits nicht.

Wir schätzen vollauf den Wert der inneren Geschlossenheit und Einigkeit, wir schätzen den Wert der Einheitsfront. Wir sind auch entschlossen, um dieser Einigkeit willen auch Opfer unserer Überzeugung zu bringen, das haben wir wiederholt gezeigt. Wichtiger aber noch als das Bestehen der Einheitsfront als solches erscheint uns doch die sachliche Richtung der Politik, die in dieser Einheitsfront eingeschlagen wird. Nur zu dem Zwecke, die Einigkeit, vielleicht auch nur den äußeren Schein der Einigkeit herzustellen, vermögen wir unsererseits nicht Maßnahmen zuzustimmen und werden das auch in Zukunft nicht tun können, die wir im Interesse des Landes für schädlich halten. (Bravo! rechts.)

Von den Vereinbarungen, die abgeschlossen worden sind, waren wir ausgeschlossen; wir können uns an sie nicht gebunden halten. (Sehr gut! rechts.) Als Ergebnis dieser Vereinbarungen haben wir heute eine Reihe von Äußerungen über bestimmte innerpolitische Fragen gehört. Wir unsererseits sind der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, diese Fragen nicht in der heutigen Diskussion zu erörtern. (Zurufe.) Wir stehen in der Beratung der Kriegskreditvorlage, und wir bedauern es, daß diese innerpolitischen Forderungen und Zusagen auch nur formell und äußerlich zu der Bewilligung der Kriegskreditvorlage in Beziehungen gebracht worden sind.

Wir möchten deshalb noch heute an der Erörterung dieser Fragen nicht teilnehmen. Das Bedürfnis, ein bestimmtes innerpolitisches Programm der neuen Regierung festzulegen, können wir unsererseits nicht anerkennen. Wir werden zu den aufgerollten Fragen dann Stellung nehmen, wenn die einzelnen Vorlagen an uns herantreten werden. Was die äußere Politik betrifft, so darf ich daran erinnern, daß in den öffentlichen Darstellungen über die geführten Verhandlungen übereinstimmend mitgeteilt worden ist, man habe sich darauf geeinigt, die Antwortnote der deutschen Regierung an den Papst vom 19. September zur Grundlage der weiteren auswärtigen Politik zu machen und sich in diesem Sinne erneut auf diese Antwortnote festzulegen.

Entsprechende Erklärungen sind nun heute auch von verschiedenen Seiten abgegeben worden. Wir unsererseits können uns diesen Erklärungen nicht anschließen. Die Antwort an den Papst enthält die bekannte Bezugnahme auf die Friedensresolution vom 19. Juli. Es ist nicht klar festgestellt worden, ob mit der heutigen Festlegung auf die Antwort an den Papst auch eine Festlegung auf jene Friedensresolution beabsichtigt war. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Wortlaut jener Antwort spricht dafür. Von sozialdemokratischer Seite wird mir zugerufen „selbstverständlich“. Wir alle wissen, daß von nationalliberaler Seite der entgegengesetzte Vorbehalt gemacht worden ist. Eine volle Klarheit ist nicht geschaffen. Der Wortlaut der Antwortnote entscheidet daher.

Wir aber stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß wir die Friedensresolution vom 19. Juli für einen Fehler halten, und daß wir in der Friedensresolution eine geeignete Grundlage für die Führung unserer auswärtigen Politik nicht erblicken, eine Festlegung unserer Unterhändler auf jene Friedensresolution nicht wünschen können, und deshalb können wir uns Erklärungen nicht anschließen, die auch nur die Möglichkeit der Auslegung einer derartigen Festlegung zulassen. Aber auch abgesehen von der Bezugnahme auf die Friedensresolution kommt für uns folgendes in Betracht.

Wie wir wiederholt erklärt haben, erkennen auch wir den guten Glauben, die hohen, idealen, sittlichen Gesichtspunkte an, von denen der Papst bei Erlass seiner Note ausgegangen ist. Aber ebenso stehen wir, wie wir wiederholt gesagt haben, auch heute noch auf dem Standpunkt, daß, rein objektiv betrachtet, die Vorschläge der Papstnote selbst den deutschen Lebensinteressen nicht gerecht werden. (Zustimmung rechts.)

Nun mag es im September aus der gesamten politischen Lage heraus zweckmäßig oder tragbar gewesen sein, daß in dem diplomatischen Akt unserer Antwort vom 19. September die sachlichen Bedenken gegen den Inhalt der Papstnote zurückgestellt und eine wohlwollende Erwägung der gemachten Vorschläge zugesagt wurde. Aber auch wer das damals für zweckmäßig hat halten können, wird doch heute Zweifel darüber haben können, ob es heute zweckmäßig ist, diese Antwort zu wiederholen oder gar sie zur dauernden Richtlinie unserer auswärtigen Politik zu erklären. Dazu scheint mir der Inhalt unserer Antwort, abgesehen immer von der Bezugnahme auf die Friedensresolution, denn doch zu unbestimmt zu sein.

Es ist ferner davon auszugehen, daß in der Papstnote der Aufbau einer neuen Weltordnung auf den drei Pfeilern von Abkommen über allgemeine Abrüstung, über Schiedsgerichtsbarkeit und über die Freiheit der Meere in den Vordergrund gestellt war, und daß erst bei Erfüllung dieser Voraussetzungen der gegenseitige Verzicht auf Entschädigungen und Herausgabe aller besetzten Gebiete in Frage kommen sollte.

Man kann nun wohl in unserer Beantwortung die Bereitwilligkeit erblicken, auf diesen Gedankengang einzugehen; nach unserer Auffassung, die ich von Anfang an vertreten und am 10. Oktober mir erlaubt habe, hier ausführlich darzulegen, ist dieser Gedankengang nicht geeignet, die Friedensverhandlungen zu fördern. Der Aufbau der neuen Weltordnung aus jenen drei Grundlagen wird sich — das hat ja auch das Verhalten unserer Feinde klar und deutlich genug gezeigt — auf der Friedenskonferenz nicht erreichen lassen. Es wird weder dem Abschlusse des Friedens überhaupt, noch wird es den deutschen Interessen förderlich sein, wenn über jenen Aufbau der Weltordnung auf der Friedenskonferenz verhandelt werden wird. So meine ich: die Frage der Entschädigung und der Verfügung über die durch unsere Waffen eroberten und von uns besetzten Gebiete wird zu prüfen und zu regeln sein unabhängig von jener Voraussetzung des Aufbaues einer neuen Weltordnung. (Sehr richtig! rechts.)

Erblickt man aber in unserer Antwort aus die Papstnote nicht eine Zustimmung dazu, daß dieser Gedankengang auf der Friedenskonferenz zur Grundlage der Verhandlungen gemacht werde, so bleibt von unserer Antwort übrig die allgemeine Betonung des Geistes der Versöhnlichkeit, unseres Bedürfnisses nach Verständigung der Völker. Eine Wiederholung dieser Betonung ist heute wahrlich nicht nötig. (Sehr wahr! rechts.) Wir haben unsere Versöhnlichkeit oft genug durch Wort und Tat kundgetan. Sie ist vor allem aber auch nicht zweckmäßig. Sie wirkt im Sinne eines neuen Friedensangebots, und wir alle wissen doch nun, was das zu bedeuten hat: daß dadurch der Krieg nicht verkürzt, sondern nur verlängert wird. (Sehr wahr! rechts.)

Nach unserer Auffassung ist jetzt eine andere Sprache am Platze. (Sehr richtig! rechts.) Die Aufgabe unserer Politik bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen ist nach unserer Auffassung die: unbeirrt durch dogmatische Festlegungen, unbeirrt auch durch Rücksichten auf die Grundsätze der Internationale, Deutschlands Lebensnotwendigkeiten allein im Auge zu behalten (sehr wahr! rechts — Widerspruch links) und alles, was das Schwert errungen hat, alle die Möglichkeiten weiterer Schläge, die unsere militärische Lage uns darbietet, für Deutschlands Sicherheit, für Deutschlands Stärke und für Deutschlands freie Zukunft voll nutzbar zu machen. (Bravo! rechts.)

Das ist die Sprache, die wir auch bei dem Herrn Reichskanzler zu hören gewünscht hätten; das ist die Sprache, die unser Volk verlangt. (Lachen links. — Sehr richtig! rechts. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Wenn Sie darüber lachen, meine Herren, so haben Sie keine Ahnung davon, (Unruhe links) **daß die Millionen von tapferen Männern, die draußen kämpfen, keinerlei Verständnis dafür haben, wenn das, was sie durch ihre unvergleichlichen Leistungen errungen haben, wieder preisgegeben werden soll um der Grundsätze der Internationale willen.** - (Unruhe links)

Sie haben keine Ahnung davon, wie die Frauen und Mütter denken, die ihr Liebstes hingegeben haben, (Zurufe links) und die kein Verständnis dafür haben, daß das, was mit diesen Opfern errungen ist, preisgegeben werden soll. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Graf v. Westarp, Abgeordneter: Die Sprache, die wir wünschen, ist nach meiner Auffassung auch die Sprache, die auch im Auslande die für Deutschlands Interessen erwünschte und notwendige Wirkung auszuüben geeignet ist. Erklärungen, in denen wir Deutschen sagen, daß wir auf das mit den Waffen Errungene aus idealen Gesichtspunkten, aus dem Bedürfnis nach Versöhnung und Verständigung verzichten wollen und das alles wieder herausgeben wollen, werden in ihren Motiven im Auslande nicht verstanden, in ihnen erblickt das Ausland entweder Hinterlist oder Schwäche. Eine offene, klare, selbstbewußte Sprache der gemäßigten Kraft ist es, die uns dem Frieden näherbringen wird, die uns bei Freund und Feind Achtung erwerben und bei unseren Feinden die Geneigtheit erwecken wird, mit uns in Friedensverhandlungen einzutreten. (Sehr richtig! rechts.)

Die nächste Gelegenheit, die Aufgaben der deutschen Politik zu erfüllen, von der ich gesprochen habe, wird nach der erfreulichen Mitteilung, die der Herr Reichskanzler uns heute gemacht hat, voraussichtlich in Verhandlungen mit der russischen Regierung gegeben sein. **Da wird es gewiß nicht möglich sein, über jenem Aufbau einer neuen Weltordnung mit der russischen Regierung Abmachungen zu treffen, umsoweniger, als die übrigen Feinde sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen nicht bereit sind.**

Wir, meine Freunde und ich, betrachten die Ereignisse der russischen Revolution nüchtern und ruhig in erster Linie von dem Gesichtspunkte aus, welche Vorteile für Deutschlands Lage sich aus diesen Ereignissen ergeben. (Sehr richtig! rechts.) Und da können wir feststellen, daß die Erfolge unserer Waffen es gewesen sind, die den Zarismus niedergerungen haben, die noch im letzten Sommer jene Regierungsvertreter, die im Solde der Entente das russische Volk an dem Kriege festzuhalten versuchten, durch unsere Waffenerfolge und die unserer Verbündeten in Galizien und in der Bukowina zur Ohnmacht verurteilt wurden. Durch unsere Siege ist es erreicht, daß der russische Krieg in der Hauptsache nunmehr für uns beendet ist. Jede Partei in Rußland wird jetzt den Frieden haben wollen und wird den Frieden haben müssen, sie wird den Krieg nicht mehr führen können. Wir sind darum in der Lage, ohne dadurch irgendwie die Kriegsgefahr zu verlängern, dauernd dasjenige an Forderungen durchzusetzen, was im deutschen Interesse notwendig ist. (Sehr richtig! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb gilt es hier nach unserer Auffassung in besonders hohem Maße, daß bei den etwa bevorstehenden Verhandlungen das Interesse der politischen und wirtschaftlichen Kraft und der militärischen Sicherheit Deutschlands für uns in erster Linie steht. Ostpreußen darf nicht wieder gleicher Vernichtung und Schädigung, Schlesien und Posen nicht wieder gleicher Gefahr ausgesetzt sein, unser gesamter Osten darf nicht wieder durch eine lange ungeschützte Grenze gefährdet sein, wie es im Herbst 1914 der Fall war. (Sehr richtig! rechts.)

Dabei ist dann mit Sorgsamkeit zu erwägen und zu prüfen, wieweit mit den deutschen Interessen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Möglichkeit künftiger Verständigungen zu vereinigen sind. (Sehr richtig! rechts.) Wenn es gelungen sein wird, den russischen Krieg seinem Ende zuzuführen, so stehen uns weitere Aufgaben bevor, so gilt es weiter, wie wir heute auch aus den durchaus zutreffenden Darlegungen des Herrn Reichskanzlers gehört haben, die anderen Feinde gleichfalls zum Friedenswillen zu zwingen. Und es bleibt die weltgeschichtliche Aufgabe zu lösen, die den weiteren Verlauf des Krieges immer mehr in den Vordergrund gerückt hat, die Aufgabe, den Ring der ausschließlichen See- und Weltherrschaft Englands endgültig zu durchbrechen, um uns und unseren Bundesgenossen die Freiheit der Betätigung in der Welt zu erkämpfen. Deshalb folgen wir gern den Darlegungen, die der Herr Reichskanzler über unsere militärische Lage gemacht hat.

Wir haben besonders die Ausführungen begrüßt, in denen er die Verdienste unserer Hochseeflotte erwähnte, und in denen er darlegte, daß ohne deren Tätigkeit auch der U-Boot-Krieg seine Wirkung auf den Feind nicht ausüben kann. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben begrüßt, daß er die unabwendbare und unbeirrbar Wirkung unserer U-Boote in das rechte Licht gestellt hat, (bravo! rechts) und wir entnehmen daraus den Schluß, daß der U-Boot-Krieg ohne jedes

Schwanken, ohne jede Lücke fortgeführt werden wird, bis er sein Ziel erreicht hat. (Erneuter Beifall rechts.) Wir haben keinen Zweifel, daß wir dieses Ziel erreichen werden. Der U-Boot-Krieg ist ein Krieg gegen den feindlichen Schiffsraum. Nicht kommt es darauf an, die Kräfte auf einzelne Sonderunternehmungen zu konzentrieren. Unerheblich sind daher Einwendungen, die man gegen die Wirksamkeit des U-Boot-Krieges daraus herleiten zu können glaubt, daß hier und dort einzelne Transporte durchkommen, und daß es nicht möglich ist, alle Schiffe abzusperren. Was erreicht werden muß und erreicht werden wird, ist die unabwendbare Vernichtung des feindlichen Schiffsraumes, die den Feind schließlich zum Frieden zwingen wird und zwingen muß.

Wir haben im letzten Sommer wiederholt die Klagen der Neutralen darüber hören und lesen können, daß die Entente sich durch Vergewaltigung der Neutralen deren Schiffsraum in immer größerem Umfange zu eigen gemacht hat. Man spricht davon, daß es der Entente gelungen sei, im Spätsommer dieses Jahres noch 1 bis 2 Millionen Tonnen neutralen Schiffsraumes sich in der Weise zu eigen zu machen. Wir können uns daher dem Eindruck nicht ganz verschließen, daß dieser Umstand wesentlich dazu beigetragen hat, die Krisis, die mit dem U-Boot-Krieg für unsere Feinde verbunden sein muß, hinauszuschieben. Es wird die Frage auszuwerfen und zu klären sein, ob auch unsere politische Leitung die Wirkungen des U-Boot-Krieges in genügender Weise unterstützt und alle Mittel angewendet hat, die geeignet waren, eine solche Vergewaltigung des neutralen Schiffsraums durch unsere Feinde zu verhindern.

Aber fest steht, daß auch dieser Raub, den England an den Neutralen begangen hat, auf die Dauer ihm nicht helfen wird. Fest steht, daß die Versenkungen dasjenige, was an Neubauten zugeführt werden kann, erheblich übertreffen. Fest steht, daß die Wirkung des U-Boot-Krieges nicht beseitigt, nicht wesentlich herabgemindert werden kann, und so eröffnet sich uns die feste Aussicht, daß wir auch auf diesem Wege von Monat zu Monat dem Frieden einen gewaltigen Schritt näher kommen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Daneben tun unsere Heere ihre Pflicht und Schuldigkeit. Jedes Wort des Dankes, jedes Wort der Anerkennung, jedes Wort der Bewunderung erscheint zu gering, reicht nicht heran an das, was draußen geleistet wird an genialer Heerführung und an unvergleichlicher, weltgeschichtlich unvergeßlicher Tapferkeit. (Lebhafter Beifall rechts.) In der letzten Zeit war es eine Tat des kühnsten genialen Feldherrntums, das in den Blättern der Geschichte verzeichnet ist, als unsere oberste Heeresleitung trotz des Ansturmes der Flandernschlacht die Kraft fand, **mit unseren Bundesgenossen gemeinsam den italienischen Verräter niederzuschlagen.**

Ich danke es dem Herrn Reichskanzler, daß er heute auch gedacht hat des tapferen Obersten v. Lettow (lebhaftes Bravo rechts) und seiner treuen Mannen in Ostafrika. Deren Heldentum steht auf einem ganz besonderen Blatte, und es ist für uns von besonders großem Wert; denn es gilt doch, den Ring der ausschließlichen See- und Weltherrschaft, den England vom Kap über Kairo bis Indien zu schmieden gedenkt, durch unsere ostafrikanische Kolonie zu unterbrechen. Hoffen und wünschen wir, daß es jenen Helden vergönnt sei, bis zum Tage des Friedens dieses deutsche Land zu halten. (Bravo! rechts.)

Das sind die Taten, auf die unsere Zuversicht sich stützt. Worte des Dankes und der Anerkennung — ich wiederhole es — sind zu gering. Wir müssen sehen, den tapferen Heeren und ihren Führern mit der Tat zu danken, (lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten) und deshalb müssen wir festhalten an dem unbedingten Siegeswillen und der unbedingten Siegeszuversicht, die wir ihnen schuldig sind. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, wir sind in eine überaus wichtige Phase unseres Kriegs eingetreten, wie der von dem Herrn Reichskanzler uns mitgeteilte Funkspruch der russischen Regierung beweist. In Rußland hat der linke Flügel der sozialistischen Arbeiterklasse die Regierungsgewalt ergriffen, ein revolutionärer Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung!

Herr Graf Westarp hat heute für die deutschen Waffen das Verdienst in Anspruch genommen, den Zarismus gestürzt zu haben. Dies ist ein Irrtum von ihm. Die Zertrümmerung des Zarismus ist zurückzuführen auf die Leidenschaft und die Zähigkeit, mit der die Arbeiterklasse in Rußland seit Jahrzehnten dieses System bekämpft hat. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Interessant war immerhin bei den Ausführungen des Herrn Grafen Westarp, daß er die Vernichtung des Zarismus als ein Verdienst betrachtet. Bisher haben wir aus seinem Munde ganz anderes gehört, bisher nahmen wir an, daß seine Klasse sich seelenverwandt mit dem zaristischen Regiment fühlt, und haben geglaubt, daß er dem Sturz dieses Regimes einige Thränen nachweinen werde.

Die russische Regierung, die nach dem Sturze des Zarismus jetzt ans Ruder gekommen ist, hat allen Völkern und Regierungen einen allgemeinen Waffenstillstand und Frieden angeboten. Es ist erfreulich, daß der Herr Reichskanzler das Angebot als eine diskutable Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen bezeichnet hat. Nach den großen Enttäuschungen, die unser Volk in der Friedensfrage erlebt hat, ist es jedoch notwendig, daß wir uns vor allen Illusionen hüten und sämtlichen Tatsachen scharf ins Auge sehen, ohne etwas zu verschleiern. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bis jetzt hat die bei uns herrschende Militärdiktatur auf diesen Schritt der russischen Regierung nicht nur mit kühler Zurückhaltung, sondern geradezu feindselig reagiert. Ein Aufruf unserer Partei zur Veranstaltung von Versammlungen mit der Parole der russischen Regierung — allgemeiner Waffenstillstand nach Zwecke eines auf allen Seiten annexionslosen Friedens — wurde beschlagnahmt und seine Weiterverbreitung verboten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der „Leipziger Volkszeitung“, die vor dem Verbot den Aufruf abgedruckt hat, wurde die Unterdrückung für die Dauer des Krieges angedroht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem Parteibureau unserer Partei wurde von der Polizei nach dem Manuskript und dem Verfasser des Aufrufs gefahndet, obwohl die sämtlichen Mitglieder des Zentralkomitees ihn mit ihrem Namen unterschrieben haben. Die Einberufung der Friedensversammlungen wurde dann verboten. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Als darauf die Arbeiter sich entschlossen, in Deutschland durch Straßendemonstrationen ihren Friedenswillen zu bekunden, schritten an verschiedenen Stellen Polizeibeamte gegen die Demonstrierenden in brutaler Weise ein, und der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps erließ eine Bekanntmachung, die eine besondere Betrachtung verdient. Es heißt in dieser langen Verordnung, die überall angeschlagen wurde:

Niemals als jetzt war die Lage günstiger, für unser Vaterland einen Frieden zu erreichen, der die Zukunft des deutschen Volks und das Wohl der arbeitenden Bevölkerung sichert. Ich weiß mich daher eins mit allen ernstesten und gereiften deutschen Männern und Frauen, wenn ich hiermit erkläre, daß ich jedem Versuche jener dunklen Ehrenmänner, die in der entscheidenden Stunde dieses Völkerringens heimtückisch unseren in den schärfsten Kämpfen liegenden tapferen Brüdern draußen durch unangebrachte Meinungsäußerungen in den Arm fallen, mit der gebotenen Schärfe begegnen werde. Deutsche Arbeiter, warnt eure Kameraden vor Unbedachtsamkeit, deutsche Mütter, hütet eure Kinder vor dem Unheil, das ihnen an der Beteiligung von öffentlichen Zusammenrottungen droht. Wer sich hieran oder durch Verteilen und Vorzeigen von Aufrufen, Listen, Zetteln und dergleichen beteiligt, begeht Landesverrat (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und wird, wenn nicht mildernde Umstände zu gebilligt werden, mit Zuchthaus, unter Umständen mit dem Tode bestraft. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Deutsche Männer und Frauen, weist mit Abscheu die Hetzer zurück, die eure Väter, Brüder und auch die Frauen auf die Straße treiben wollen, angeblich um dem Frieden zu dienen, in Wahrheit aber, um Deutschland den Feinden auszuliefern. Feindliche Bestechungsgelder spielen hierbei eine Rolle.

(Große Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist die Einleitung zu den Friedensverhandlungen mit Rußland. **Die Behauptung, daß feindliche Bestechungsgelder bei den Demonstrationen eine Rolle spielen, ist eine Unwahrheit.** Wer diese Unwahrheit nochmals verbreitet, auf dem bleibt der Vorwurf des elenden Verleumders hängen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Bolo Pascha und Konsorten, die feindliche Bestechungsgelder erhielten, die wahrlich zu edleren Zwecken hätten verwendet werden sollen, sind keine Arbeiter und Arbeitervertreter. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der nachträglich gemachte Versuch, den französischen (L) Gewerkschaftsführern und Sozialisten, unseren Genossen Merrheim in gleicher Weise zu bezichtigen, ist an der Ehrenhaftigkeit des Mannes kläglich abgeprallt. (Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wer von der sozialistischen Weltanschauung erfüllt ist, kann nichts tun, um sein Volk zugunsten eines anderen Volkes zu benachteiligen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ein Sozialist des Deutschen Reichs kann nichts tun, um Deutschland den Feinden auszuliefern!

Die deutschen sozialistischen Arbeiter wollen weder den englischen, französischen, italienischen noch den deutschen Imperialismus fördern. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie sind entschiedene Gegner jedes Imperialismus. Sie verachten aber auch jeden, der sich um schimpflichen Gelderwerbs willen in den Dienst der feindlichen Macht stellt. Dagegen werden sie es sich nicht nehmen lassen, den Frieden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht zu erkämpfen und auch diejenigen Methoden

anzuwenden, die die Kraft des modernen Proletariats ausmachen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wenn sie wegen Friedensdemonstrationen mit Zuchthaus oder sogar mit Todesstrafe bedroht werden, so schreckt sie diese Drohung nicht! (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Sie fragen sich nur, wie es in dem Kopfe eines Menschen aussehen mag, der solche Drohungen ausstößt. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn Arbeiter in Leeds, Lyon oder Mailand für den Frieden auf den Straßen demonstrieren, werden sie in der gesamten deutschen Presse als Vorkämpfer des Friedens gefeiert; wenn aber deutsche Arbeiter in gleicher Weise handeln, werden sie bekämpft. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Arbeiter regen sich über die Ungereimtheit dieses Vorgehens nicht auf; denn es hat stets zu den Gepflogenheiten der herrschenden Klassen in allen Ländern gehört, bei den ausländischen Arbeitern zu loben, was sie bei den eigenen Arbeitern tadeln. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In dieser giftigen Atmosphäre soll nun der russische Waffenstillstand und das russische Friedensangebot gedeihen! Wir verlangen mit allem Nachdruck, daß das Angebot in seiner ganzen Bedeutung erkannt und gewertet wird. Die Erwägungen eines Waffenstillstandes müssen von dem aufrichtigen Bestreben getragen sein, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen abzuschließen unter strenger Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das ja bis in die sozialistischen Kreise der alten Partei hinein noch vor gar nicht langer Zeit als Flause bezeichnet worden ist, ist allerdings ein Eckpfeiler für den Frieden. Wir wollen uns aber nicht mit dem Wort zufrieden geben, das auch heute der neue Reichskanzler ausgesprochen hat, sondern wir wollen wissen, was er unter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker versteht. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ein Waffenstillstand, der nicht die Einleitung von Friedensverhandlungen auf den von der russischen Regierung aus gesprochenen Grundsätzen bedeutet, wäre geradezu gefährlich. Wie verhält sich nun unsere Regierung zu dem Friedensprogramm der russischen proletarischen Regierung? Der neue Reichskanzler hat uns eine wohlgefeilte und geglättete Rede geboten, mehr aber nicht! Er hat sich von seinen Vorgängern im Kern seiner Ausführungen nicht unterschieden. Das ist ja begreiflich, weil die herrschende Militärpartei Forderungen stellt, die mit jenem Friedensprogramm unvereinbar sind.

Für die Kurzsichtigen wurde die an sich schon klare Situation blitzartig beleuchtet, als die „Tägliche Rundschau“ im Laufe dieses Monats als Ergebnis eines Kronrats in Berlin mitteilte: Russisch-Polen wird an Galizien angegliedert und das so gebildete Königreich Polen durch Personalunion mit Österreich-Ungarn verbunden; Kurland wird zum Herzogtum, Litauen zum Großfürstentum erklärt, und beide Länder werden durch Personalunion dem preußischen Staate angegliedert. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Damit wurde ein ungeheuerliches Annexionsprogramm enthüllt, das den Stempel der dunkelsten Kabinettspolitik an sich trägt. (Sehr wahr! und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch der Blödeste kann jetzt nicht mehr mit Ehrlichkeit behaupten, daß der Krieg nur zur Verteidigung gegenüber den Zerschmetterungsplänen der Feinde fortgeführt werden soll. Die Veröffentlichung der geheimen Dokumente der Entente durch die russische revolutionäre Regierung hat bestätigt, was wir im wesentlichen schon wußten und immer behauptet haben, daß der Krieg von der Entente zu imperialistischen Zwecken geführt wird, **aber nicht nur von der Entente, sondern drüben wie hüben!** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Der imperialistische Krieg ist seinem Wesen nach — politisch betrachtet — niemals ein Verteidigungskrieg. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die russische proletarische Regierung hat durch die Veröffentlichung der Geheimdokumente einen kräftigen Schlag gegen die Geheimdiplomatie geführt, einen Schlag, der in Deutschland mit großem Jubel begrüßt worden ist. Ich nehme davon Akt und fordere alle diejenigen, die in diesen Jubel eingestimmt haben, insbesondere aber die neue Regierung, auf, gegen die Geheimdiplomatie einen zweiten Schlag von derselben kräftigen Art zu führen, indem sie auch alle Geheimdokumente der Zentralmächte der Öffentlichkeit preisgibt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich meine übrigens, daß es nicht zuviel verlangt ist, daß im vierten Jahre des Krieges wenigstens die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich vor Ausbruch des Krieges in einem Weißbuch uns endlich vorgelegt werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wenn die „Germania“, die ja wohl dem neuen Herrn Reichskanzler nicht fernsteht, in einem Artikel schreibt:

Der Grundgedanke eines selbständigen und unabhängigen Polens, Litauens und Kurlands findet hüben und drüben seine Anerkennung. Da erscheint alles weitere kaum mehr als eine Frage der praktischen Ausführung. Und dafür könnte unseres Erachtens ein Weg, der dem

Selbstbestimmungsrecht dieser Völker einen vertrauensvollen Spielraum läßt, am Ende sehr bald zum Ziele führen.

Wenn, sage ich, die „Germania“ das schreibt, dann glaube ich, daß das in den Ohren der russischen Sozialisten wie ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht klingt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist also nur Sache der praktischen Ausführung, ob Kurland, Litauen, Polen an Preußen und an Österreich angegliedert werden. Man kann dem Selbstbestimmungsrecht dieser Völker einen vertrauensvollen Spielraum lassen — sagt die „Germania“. Bei diesem Spielraum bleibt nur von dem Selbstbestimmungsrecht nichts mehr übrig. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die „Internationale Korrespondenz“, die unter dem Protektorat des Abgeordneten Legten entstanden ist und von Herrn Heilmann, dem früheren Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ redigiert wird, hat jetzt noch in der neuesten Nummer vom 28. November 1917 ausgeführt:

Die Pläne über einen Anschluß Polens an Österreich-Ungarn und Litauens wie Kurlands an Deutschland bestehen sicherlich noch.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und Herr Heilmann gebärdet sich öfters als ein offiziöser Politiker. Die Absicht dieser Sorte Politiker, aber auch die Absicht aller derjenigen, die an jener Kronratssitzung mit teilgenommen und diese Pläne mit ausgeheckt haben, unterscheiden sich von dem Standpunkt Lenins wie Schwarz von Weiß. Die Völker Rußlands haben sich selbst befreit und brauchen keinen fremden Befreier. Die Letten haben in der Revolution von 1905 wie in der Revolution von 1917 ruhmvoll an dem Sturz des Zarismus mit dem übrigen Proletariat gewirkt. Es handelt sich bei Kurland und Litauen nicht um eine Deutschenbefreiung, wie gegenüber allen Verwirrungsversuchen noch einmal festgestellt werden muß. Die Deutschbalten betragen nach der Zählung von 1897 nur 7 Prozent. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die lettischen Junker, die ehemaligen treuesten Knappen des Zaren, die jetzt nach Befreiung rufen, machen nur 1 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es wäre ein Verbrechen sondergleichen, diese Länder durch offene oder maskierte Annexion unter Fremdherrschaft zu bringen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und wenn es unter dem Zwang des Schwertes möglich wäre, so hieße das nichts anderes, als die Vorbedingungen für einen neuen Krieg schaffen. **Keine Regierung Rußlands kann die Litauer und Kurländer preisgeben.** Eine Regierung, die darin willigte, würde vom Volkszorn weggefegt werden. Das Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte hat noch vor kurzem an die Spitze seines Friedensprogramms die Forderung gestellt: „Die Räumung der von den deutschen Truppen besetzten russischen Provinzen ist eine unerläßliche Bedingung des Friedens. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Rußland gewährt Polen, Litauen und den baltischen Provinzen vollständiges Selbstverwaltungsrecht.“

Vorbedingung des Friedens ist also zunächst Räumung der besetzten Provinzen, und dann erst soll, wie im ganzen russischen Reiche, so auch hier, durch freie, ungehinderte Abstimmung der gesamten Bevölkerung, der Männer und Frauen, nach gleichem Wahlrecht entschieden werden, wie sie das eigene Geschick in Zukunft gestalten wollen. Die Leninsche Regierung hat diese Forderung aufgenommen, und Lenin hat selbst noch am 8. November im Sowjetkongreß erklärt: es gibt Friedensvorschläge, welche den Kampf bis ans Ende notwendig machen würden. Dazu gehören die Pläne der deutschen und österreichischen Regierung. Soll die Friedenstür, die sich langsam öffnen will, nicht sofort zugeschlagen werden, so ist erforderlich, daß die Regierung die Pläne über Polen, Kurland, Litauen ohne Bedingung und ohne Einschränkung ein für allemal aufgibt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist bis zu dieser Stunde nicht geschehen. Es würde wie eine Komödie empfunden werden, wenn etwa die in einzelnen Köpfen spukende Idee bei den Friedensverhandlungen vorgebracht würde, die Notabeln Polens und Litauens sollen über die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung dieser Länder die Bestimmung treffen. Das wäre ein schönes Selbstbestimmungsrecht. Graf Czernin hat die Verhandlungen des Kronrats dadurch abzuschwächen gesucht, daß er sie als Vorbesprechungen bezeichnete, die allerdings einen „befriedigenden Verlauf“ genommen haben. Graf Hertling sprach sich heute in demselben Sinne aus. Von festen Abmachungen, so erklärte er, seien wir heut noch weit entfernt. Die Absicht der Gebietsangliederung konnte er nicht in Abrede stellen, er hat sie vielmehr zugegeben. Und der Ministerpräsident Dr. Weckerle hat vor wenigen Tagen, am 21. November, sich viel deutlicher dahin erklärt, daß der endgültige Abschluß des Planes erst mit dem Friedensschlusse erfolgen würde. Der Plan besteht also weiter. Er ist nicht aufgegeben, sondern nur vertagt. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Seine Verwirklichung soll nur nicht sofort, sondern erst beim Friedensschluß erfolgen.

Wenn der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, trotz dieses klaren Sachverhalts behauptet, das Annexionsprojekt sei erledigt, so ist das eines seiner hochdiplomatischen, überschlauen Manöver, die ihm als der Ausfluß höchster Weisheit erscheinen, in Wahrheit aber nur bewirken, daß die Sozialisten des Auslandes sich widerwillig von dieser Politik der Unaufrichtigkeit abwenden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Blätter des Auslandes liefern Tag für Tag Beweise für diese Thatsache. Wenn es bezweifelt wird, so brauche ich nur auf einen Artikel hinzuweisen, der noch vor wenigen Tagen im „Socialiste Belge“ veröffentlicht wurde. Es wird darauf hingewiesen, daß der „Vorwärts“ im Leitartikel vom 6. November behauptet, daß kein einziger Staatsmann im feindlichen Auslande seine Kriegspolitik noch mit deutschen Eroberungsabsichten rechtfertigen könne. In einem Artikel, der zwei Tage später erschienen ist, wird dagegen ausgeführt, daß Deutschland annexionistischen Kriegszielen nachstrebe — das sagt der „Vorwärts“ selbst — und sie noch während des Krieges zu verwirklichen suche. Der „Socialiste Belge“ schreibt dem „Vorwärts“ auf Grund dieser bekannten Artikel — die weitere Schwenkung hat er noch nicht gekannt — folgendes ins Stammbuch:

Begreift der „Vorwärts“ nun, warum vorläufig noch keine Rede davon sein kann, Friedensverhandlungen anzuknüpfen mit der deutschen Regierung, die noch immer auf dem Standpunkt der Gewaltpolitik steht? . . . Begreift der „Vorwärts“ nun, daß der neue politische Kurs in Deutschland nur Schein ist? Begreift der „Vorwärts“ nun, daß die Politik von Scheidemann und Genossen Spiegelfechtereie ist, durch die wir uns nicht täuschen lassen werden?

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist wichtig, aus dem Auslande die Stimmen zu sammeln, weil man daran erkennen kann, wie falsch und gefährlich diese Politik ist, wie sie uns nicht dem Frieden näher bringt und wie sie zur Verlängerung des Krieges dient. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dieses Mißtrauen gegen den „Vorwärts“ und gegen die hinter ihm stehende Partei ist im Auslande noch durch die Art und Weise gesteigert worden, wie sich die Partei den zur Macht gelangten Bolschewiki genähert hat, die früher als Putschisten und Anarchisten abgetan wurden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Parbus-Hellphand überbrachte den auswärtigen Vertretern der Bolschewiki eine Erklärung der Solidarität des Parteivorstandes mit den Kämpfen des russischen Proletariats und dessen Waffenstillstands- und Friedensforderung und sicherte zu, daß die Partei den Solidaritätsgefühlen tatkräftigen Nachdruck verleihen werde. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Masse des Proletariats bedankt sich dafür, daß als Vermittler zwischen ihr und den Bolschewiki Parbus betrachtet wird, der sich als ehemaliger russischer Revolutionär und revolutionärer Schriftsteller einen Ruf erworben hat, der jetzt aber viel mehr dadurch bekannt ist, daß er durch erfolgreiche Kriegsspekulationen mitten im Kriege die Möglichkeit gehabt hat, das Berliner Bürgerrecht zu erwerben, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) daß er die „Glocke“ gegründet und andere sozialdemokratisch-patriotische Unternehmungen finanziert hat, in denen die Idealisten Haenisch, Lentsch, Scheidemann und andere sich tummeln. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.) —

Sie glauben, Herr Abgeordneter Keil, daß man den Frieden fördere, indem man alles vertuscht, indem man sich täuscht und andere täuscht! Wir haben die Erfahrung gemacht, daß man zum Frieden nur kommen kann, indem man die Tatsachen klar darstellt und dann mit seiner ganzen Kraft alles tut, um den Frieden zu fördern. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Auslandsvertretung der Bolschewiki hat an die Verhandlungen mit Parbus die Bemerkung geknüpft — und das ist auch schon eine Antwort an Sie, Herr Abgeordneter Keil —: „Nur Taten werden unser Verhältnis zur Mehrheit bestimmen.“ (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Sie sehen also, die Bolschewiki lassen sich durch Redensarten nicht täuschen. Die Tat, die Solidarität mit dem russischen Proletariat, die kraftvolle Unterstützung der Bolschewiki zeigt sich ja in diesen Tagen wieder in vollem Glanze darin, daß Sie auch jetzt die Kriegskredite bewilligen, (lebhaftes Rufe: Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten — Zustimmung bei den Sozialdemokraten) nachdem jenes Annexionsprogramm veröffentlicht worden ist. Damit ist den russischen Sozialisten nochmals ins Gedächtnis gerufen, daß von dieser Seite die von ihr erwartete Unterstützung nicht kommen kann.

Diese Haltung hemmt die Arbeiterschaft, ihr volles Gewicht in die Wagschale zugunsten des Friedens zu werfen, und weil sie so hemmend wirkt, deswegen ist es notwendig, dies auszusprechen. Die Arbeiterschaft wird aber diese Hindernisse überwinden, wenn auch im Hinblick auf die entsetzlichen Greuel zu spät. Gibt die Regierung die Annexionspläne auf, und zwar rund und nett ohne jeden Hinterhalt und ohne alle Zweideutigkeit und **kommt es zu einem Sonderfrieden mit Rußland trotz der wiederholt von allen Sozialisten geäußerten**

Abneigung gegen einen Sonderfrieden, so kann uns dieses Resultat noch nicht befriedigen. Der Sonderfriede allein bietet keine Gewähr für die Minderung des Blutvergießens und für die Abkürzung der Kriegsdauer. Wir wollen den allgemeinen Frieden, und um diesen vorzubereiten, verlangen wir, daß die Regierung sich auch über die Kriegsziele im Westen, Süden und Südosten unumwunden ausdrückt. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ohne das kommen wir nicht vorwärts.

Zu meiner Forderung liegt eine besondere Veranlassung vor, weil Graf Hertling sich vor einiger Zeit im Hauptausschuß der bayerischen Abgeordnetenversammlung über Belgien in einer Weise ausgesprochen hat, die die Behauptung widerlegt, daß die Wiederherstellung Belgiens als eines unabhängigen und selbständigen Staates beschlossene Sache sei.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nach einem Zeitungsbericht, dem nicht widersprochen ist, hat er geäußert:

Es sind in keiner Weise irgendwelche bindenden Zusagen über die belgische Frage nach Rom gekommen, und es wäre auch nicht am Platze, über Belgien jetzt schon bestimmte Vorschläge zu machen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Also auch hier wird wiederum alles im Dunkeln, zu- mindestens im Zwielficht gehalten. Und er sagt weiter:

Der status quo ante ist gerade Belgien gegenüber nicht mehr möglich, das Belgien quo ante existiert nicht mehr.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dazu kommt noch ein Telegramm des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, der vor wenigen Wochen auf ein Telegramm des Alideutschen Verbandes in Essen mit folgenden Worten geantwortet hat:

Dem Alideutschen Verband in Essen herzlichen Dank für das freundliche Gedenken und das Gelöbniß durchzuhalten. Daß unsere rheinisch-westfälische Industrie durch ein englisch-französisch orientiertes Belgien stark gefährdet wäre, wird jedermann anerkennen müssen.

(Sehr richtig! rechts. Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Dieses Telegramm kann in seinem vollen Sinne nur verstanden werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Alideutsche Verband, dessen Anschauungen wir kennen, dessen Anschauungen heute hier wieder lebhaft von dem Herrn Grafen Westarp vertreten worden sind, an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphiert hat und daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der auch auf die politische Leitung des Krieges in nicht geringem Maße einzuwirken sucht, darauf jene Antwort gegeben hat.

Wir fordern aber auch eine bestimmte Erklärung gegenüber den bulgarischen Forderungen, die in der Sobranje am 11. November der Ministerpräsident Radoslawow in bezug auf die Kriegsziele Bulgariens aufgestellt hat. Er verlangt die Einigung Bulgariens innerhalb feiner geschichtlichen Grenzen durch Wiedergutmachung des auf dem Berliner Kongreß und in Bukarest verübten Unrechts. „Wir wollen“ — sagt er — „Mazedonien, die Dobrudscha und die vor Aufrichtung des bulgarischen Staates von den Serben geraubten bulgarischen Gebiete. Diesem Ziel liegen nur berechnigte Ansprüche zugrunde.“ Er hebt hervor, daß sie den Verbündeten und Neutralen auseinandergesetzt seien, und daß niemand gegen sie etwas einwenden könne. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Oft erleben wir eine Entrüstung, wenn in Frankreich davon gesprochen wird, daß durch eine „Desannexion“ Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich kommen müsse. Der bulgarische Ministerpräsident verlangt nicht nur die im Bukarester Frieden verlorene Dobrudscha auf Grund einer Desannexion, er verlangt nicht nur, was die Bevölkerung der genannten Gebiete will, er will auch den Berliner Vertrag von 1887 zerreißen und die ganze Dobrudscha annektieren. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Auch die Ansprüche auf das Morawatal sind oft genug in Bulgarien erhoben worden. Wir müssen wissen, wie die Regierung dazu steht, ob sie diese Annexionspläne unterstützt.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Hat jemand noch den Mut, pharisäerhaft nach dem Auslande die Hand auszustrecken und zu sagen, daß die Entente ein Länderaufteilungssyndikat darstelle, nachdem diese Pläne und die Pläne Österreichs und Deutschlands bekannt geworden sind? (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Derselbe Vorwurf, der von hier aus der Entente gemacht ist, könnte uns gemacht werden. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Das war der Ausspruch eines sozialistischen Abgeordneten! Nur diese Annexionspläne ruhig verhüllen, nur nicht aufrichtig nach beiden Seiten sein, immer nur auf die andere Seite hinschauen! (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Es ist bedauerlich, daß ein Mitglied des Vorstandes der Partei, Hermann Müller, unter Abschüttelung unseres Kollegen Wendel einen Teil der annexionistischen Pläne, die die

weitherzigen Sozialisten in Bulgarien vertreten, noch unterstützte. (Widerspruch und Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Lesen Sie doch den Brief an Sokoloff! Abgeordneter Noske, es wäre sehr gut, wenn Sie einmal Ihre „Chemnitzer Volksstimme“ etwas nachlesen wollten. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Da werden Sie finden, daß Annexionspläne auch nach dem Osten sehr stark vertreten sind. Jetzt so zu tun, als ob Sie Feind jeder Annexion sind, jetzt so zu tun, als ob Sie das Selbstbestimmungsrecht als ein heiliges Palladium ansehen, das geht doch gegenüber diesen Tatsachen nicht an! (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Die Forderung, daß die Regierung klar und unzweideutig sich über Belgien, über das Becken von Brich, über Kurland, Litauen und Polen, über die bulgarischen Pläne äußert, ist notwendig, weil gar zu lange Argwohn und Mißtrauen gegen die deutsche Politik erzeugt worden ist. Sie wissen ja alle, daß das Friedensangebot vom Dezember 1916 im Auslande, und zwar nicht nur bei den Gegnern, sondern zum Teil auch im neutralen Auslande, als Bluff, als Friedensfalle bezeichnet worden ist, und nach allem, was wir in letzter Zeit erlebt haben, ist auch die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli gerichtet. Herren vom Zentrum werden nicht in Abrede stellen, daß schon vor dieser Friedensresolution der Plan bestand, Kurland und Litauen an uns anzugliedern. Man glaubt, daß die Friedensresolution nach ihrem Wortlaut einen solchen Plan decke. Wir lesen jetzt von Politikern aus dem Zentrum und auch von Fortschrittlern, man wolle ja nicht durch Zwang diese Gebiete erwerben, man wolle sie ja nur im Wege der Verständigung haben; und einer dieser Politiker berief sich sogar vor kurzem darauf, daß wir ja auch Elsaß-Lothringen im Frankfurter Verträge schließlich durch Verständigung mit der französischen Regierung erhalten hätten. (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete Dr. Müller (Meiningen) hat die Friedensresolution als überholt erklärt. Man wehrt sich dagegen, als ob man einen Verzichtfrieden wolle. Niemand hat verlangt, daß Sie auf etwas verzichten sollen, was uns gehört. Wir stellen aber die Forderung auf, daß Sie nicht etwas verlangen, was Ihnen nicht gehört. Der sächsische Minister Graf v. Vitztum hat vorgestern in der sächsischen Kammer ebenfalls erklärt, daß die Friedensresolution vom 19. Juli der damaligen Kriegslage angepaßt war und daß sie gegenüber der gegenwärtigen Kriegssituation nicht aufrechterhalten werden kann. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir sind uns darüber nicht zweifelhaft gewesen, als diese Friedensresolution beraten wurde, daß sie nur der Ausdruck der damaligen Kriegslage war und daß, sobald eine Änderung auf den Kriegsschauplätzen eintreten würde, auch damit diese Resolution beiseite geworfen werden würde. Solche opportunistischen Resolutionen können uns im Auslande nichts nützen. Nur wenn man klar erklärt, wie man denkt, kann man Vertrauen gewinnen. Wir haben uns am 19. Juli nicht zum Mitschuldigen irgendeiner Täuschung machen wollen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß der Friede sofort komme. Aber dann müssen wir auch immer wiederholen: dazu ist nötig, daß man endlich einmal klare Stellung zu allen einzelnen Problemen dieses Krieges nimmt. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Das ist bisher nicht geschehen. In der inneren Politik ist das Ministerium des Grafen Hertling als ein entscheidender Wendepunkt bezeichnet worden. Der „Vorwärts“ hat die Vorgänge bei Ernennung des Grafen Hertling sogar als eine Revolution bezeichnet, (Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) die sich der russischen Revolution zur Seite stellen könne. Ja, wenn die Lächerlichkeit töten könnte, so wäre vom „Vorwärts“ nichts mehr übrig. Der Froschmäusekrieg um einen rechtsnationalliberalen Minister und um zwei fortschrittliche Minister, von denen der eine in der Versenkung verschwinden mußte, bevor er auch nur einen Augenblick auf den Ministersessel kommen konnte, werden in Parallele gesetzt zu dem gigantischen Ringen der russischen Arbeiterklasse um die Neugestaltung des kapitalistisch und zaristisch zerrütteten russischen Reiches und um die großen gewaltigen Anstrengungen für den Frieden.

Was Graf Hertling heute als Reform angekündigt hat, werden wir uns ansehen. Die Aushebung des §153 der Gewerbeordnung ist selbstverständlich, weil sie längst hätte erfolgen müssen. Sie ist von uns gefordert worden in unserem Antrage, der an die Verfassungskommission gegangen ist. Wie das Arbeitskammergesetz ausschauen wird, werden wir abwarten. Wir stehen dem Ministerium kühl gegenüber.

In Preußen hat man mit der Vorlage über das Wahlrecht, mit der Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses und mit der Vorlage des Etatsrechts in der üblichen preußischen Weise einen Schritt vorwärts und zwei Schritte rückwärts gemacht. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Den Frauen ist das Wahlrecht, auf das sie lange begründeten Anspruch haben, versagt worden. Man lobt die Frauen über den Schellendaus wegen ihrer außerordentlichen Leistungen, die sie in diesem Kriege ebensogut wie die Männer entwickelt haben, die es erst ermöglicht haben, daß wir überhaupt noch existieren; und wenn die

Gelegenheit dazu da ist, diese Anerkennung durch einen gesetzgeberischen Fortschritt zum Ausdruck zu bringen, dann macht man sie rechtlos. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Herr Graf Westarp hat heute erklärt, daß dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Hertling der Vizekanzler v. Payer durch eine Erpressung aufgedrängt worden ist. Herr Graf Hertling hat gegen diese Äußerung bis zu diesem Augenblick keinen Protest erhoben. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir stehen auch der Vizekanzlerschaft des **Herrn v. Payer** mit der gebotenen Zurückhaltung gegenüber. Wir können nicht vergessen, welche Rolle er als Vertrauensmann des Bülow-Blocks und als Vertrauensmann des Fürsten Bülow selbst gegen das Zentrum und gegen die Sozialdemokratie gespielt hat. Wir haben es in der Erinnerung, daß er den Sprachenparagraphen, dieses Ausnahmerecht, in das Vereinsgesetz mit aufgenommen hat; uns ist lebhaft in Erinnerung, daß er **für die Aufhebung der Immunität gegen unseren Freund Liebknecht eingetreten ist.** (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir wissen jetzt nur eins bestimmt: daß auch bis zu dieser Stunde bei uns der Kurs der Militär- und Polizeidiktatur in einer geradezu erschreckenden Weise herrscht. Was die Zensur sich in den letzten Tagen geleistet hat, deutet nicht darauf hin, daß eine Milderung eingetreten ist. Alle Reichskanzler haben uns bisher versichert, daß sie Verordnungen erlassen haben, die den schlimmen Zustand etwas mildern sollten. Wir haben davon jedoch nie etwas gespürt und werden es auch jetzt nicht spüren. Der Herr Reichskanzler befindet sich im Irrtum, wenn er denkt, daß in anderen Ländern die Zensur härter ist. Er braucht nur die ausländische Presse, die englische und die französische, zu lesen und er wird von seinem Irrtum geheilt werden. Ganz gewiß, auch dort hat der Krieg das Recht zerstört und die Gewalt ans Ruder gebracht; aber Clemenceau, den der Herr Reichskanzler zitierte, hat doch zum Beispiel auf dem Gebiete der Zensur sofort angeordnet, daß auch die deutschen Heeresberichte fortan wörtlich in der französischen Presse Aufnahme finden können. Und wie sieht es in Österreich, in Ungarn aus? Meine Herren, in Österreich ist es eine tägliche Erscheinung, daß die Presse, insbesondere die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, scharfe Angriffe gegen den Zensor selbst führt. Wenn wir das, was dort ausgeführt werden kann, bei uns veröffentlichen könnten, das wäre ein Fortschritt, und dabei verkenne ich keineswegs, daß die Zensur, die die weißen Flecken in die Zeitungen hineinbringt, auch dort oft arg genug wühlt.

Meine Herren, in Wien haben Riesenversammlungen stattgefunden, um das russische Friedens- und Waffenstillstandsangebot zu empfehlen, und im Anschluß an diese Versammlungen haben große Straßendemonstrationen sich abgespielt. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ hat seiten- und seitenlange Berichte darüber veröffentlichen dürfen. Bei uns ist es einfach verboten, über diese Demonstration zu schreiben. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ja, in den letzten Tagen ist die Zensur soweit gegangen, daß sie verboten hat, in der Presse Erörterungen darüber zu pflegen, ob die Besprechung über das Waffenstillstandsangebot eine militärische oder politische Angelegenheit sei. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Auch theoretische, akademische Erörterungen dieser Art sind unterbunden. Es kann darüber gar kein Zweifel bestehen, daß ein Waffenstillstandsangebot, das verbunden ist mit der Aufforderung, Friedensverhandlungen einzuleiten, eine rein politische Angelegenheit ist (sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und daß die Leiter unserer Politik allein darüber zu bestimmen haben und nicht die Generale, ob etwa der Waffenstillstand eingeleitet werden soll. Generale haben ihre Aufgabe zu erfüllen, wenn es sich darum handelt, die Einzelheiten eines Waffenstillstandes festzulegen, die militärisch-technischen Fragen zu entscheiden. Wie verhält sich die Negierung insbesondere gegenüber unserer Partei? Ich habe eingangs meiner Rede einzelne Tatsachen angeführt. Ich will viele Einzelheiten nicht aneinanderreihen, weil ich Sie sonst stundenlang aufhalten müßte. Versammlungen über Versammlungen werden verboten. Dutzenden und Dutzenden unserer Parteifreunde, darunter einer ganzen Zahl von Mitgliedern dieses Hauses ist für die Dauer des Krieges ein Redeverbot auferlegt, (hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) sodaß sie nicht einmal in der Lage sind, vor ihren Wählern den Rechenschaftsbericht zu erstatten. In meinem Wahlkreise Königsberg genehmigt die Zensur nicht eine Versammlung, in der ich meinen Bericht über die Reichstagsverhandlungen erstatten wollte, mit der Begründung, daß die Reichstagsverhandlungen sich ausschließlich mit Kriegszielen beschäftigen, ich also über Kriegsziele sprechen müßte, worüber zu sprechen aber nicht erlaubt sei. Und als schließlich eine Generalversammlung dieses Vereins genehmigt wurde, in der ein trockener Geschäftsbericht gehalten wurde, und der Berichterstatter lediglich im Anschluß an die Dokumente, die er verlas, sagte, während den Regierungssozialisten in Königsberg öffentliche Versammlungen gestattet würden, verbiete man uns solche Versammlungen, da wurde die Versammlung aufgelöst mit der Begründung, das sei eine aufreizende Kritik an Maßnahmen der Behörden. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) So sucht man die Behörden mit einer unübersteiglichen Mauer zu umgeben. Aber, meine

Herren, es wird noch mehr gegen uns beabsichtigt. Vor mir liegt eine Verfügung des Kriegsministeriums vom 20. Oktober 1917, Nr. 635. In dieser Verfügung heißt es:

Dem Kriegsministerium ist erwünscht, Auskunft darüber zu erhalten, wie viele Personen während des Kriegs von den Zivil- und Militärgerichten wegen Landesverrats bestraft worden sind, die als Anhänger der radikalen Sozialdemokratie zu bezeichnen sind, sowie in welchem Zahlenverhältnis diese Verurteilungen gegenüber den Nichtanhängern jener Richtung stehen. Das Kriegsministerium ersucht um möglichst umgehende Angaben darüber, soweit es im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft und den Militärgerichten möglich ist. Diese Angelegenheit ist streng geheim. I. A.: v. Wrisberg.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Meine Herren, es ist ja nach allem, was wir erlebt haben, klar, wohin diese Verfügungen zielen. Man möchte Material sammeln, um zu all den Unterdrückungen und Verfolgungen, zu all der ausnahmerechtlichen Behandlung, die wir jetzt schon erleben, noch neue Verfolgungen zu fügen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich habe mich bereits vorher darüber ausgelassen, wie wir zum Landesverrat stehen. Ich kann Ihnen das eine sagen, daß, wenn die Rechtsprechung des Reichsgerichts, die leider nicht bekannt ist, veröffentlicht werden würde, wenn die Verhandlungen des Reichsgerichts wegen Landesverrats nicht hinter verschlossenen Türen sich abspielen würden, ein Schrei der Entrüstung durch unser Volk gehen würde. Nach diesen ausdehnenden Entscheidungen des Reichsgerichts ist als Landesverräter jeder anzusehen, der die Staatsmacht als Ganzes im Kriege schädigt. Alle diejenigen, die den Kampf aufgenommen haben gegen den Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg und damit eine Zeitlang Erschütterungen im Staatsleben hervorgerufen haben, sowie alle diejenigen, die gegen Herrn Dr. Michaelis, den zweiten Reichskanzler, öffentlich Sturm gelaufen haben und zum Entsetzen mancher Patrioten Verwirrung in unser politisches Leben hineingebracht haben, sind danach Landesverräter.

Es würden also, wenn Herr v. Wrisberg in dieser Beziehung konsequent vorgehe, die jetzt wegen Landesverrats verurteilten Anhänger unserer Partei eine ganze Anzahl von Genossen aus so ziemlich allen Parteien finden. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber Sie wissen ja, daß Sie beruhigt sein können. Gegen Sie wird man nicht vorgehen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Nicht nur, daß das Reichsgericht wegen Landesverrats diejenigen bestraft, die auffordern, die Kraft der Arbeiterklasse etwa in der Form des Streiks dazu zu verwenden, um der gequälten und ausgebluteten Menschheit den Frieden zu bringen, es hat auch den Grundsatz aufgestellt, daß dieser Landesverrat ohne weiteres eine ehrlose Gesinnung sei. Während unser Strafgesetzbuch sich ausdrücklich dahin schlüssig gemacht hat, daß, wenn die Strafandrohung auf Festungshaft oder Zuchthaus lautet, auf Zuchthaus nur zu erkennen ist, wenn die Tat aus ehrloser Gesinnung hervorgeht, werden jetzt alle diejenigen, die wegen Landesverrats verurteilt werden, mit Zuchthausstrafe belegt.

In letzter Zeit ist wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat Fräulein Thalheimer zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ebenso zwei Arbeiter aus Göppingen. (Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Und so geht es weiter. Wenn Herr v. Wrisberg dieses Kapitel ganz ausschöpfen will, dann möchte ich ihm doch raten, seine Statistik etwas zu vervollständigen durch ein Material, das ihm sehr nahe liegt. Dann müßte er vor allen Dingen auch eine Statistik darüber aufnehmen, wie unsere Regierung selbst z. B. im Falle Casement Hoch- und Landesverrat gezüchtet hat, (sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) wie unsere Regierung selbst die unglücklichen Mohammedaner, die in den Gefangenenlagern sind, dazu herbeigeht, daß sie als Landesverräter gegen ihr eigenes Vaterland kämpfen. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mir ist sehr wohl bekannt, daß einige Offiziere von ihrem Ehrenstandpunkt aus es abgelehnt haben, solche Landesverräter in den Gefangenenlagern zu werben. Aber das Kriegsministerium ist über diese sittlichen und Ehrenbedenken hinweggegangen. Und da kommt nun das Kriegsministerium und will eine Statistik aufnehmen von den Landesverrättern der radikalen Sozialdemokratie, die lediglich aus Idealismus, um den Frieden herbeizuführen, diejenigen Taten verübt haben, wegen deren sie zu Landesverrättern gestempelt worden sind.

Uns ist es ja nicht unbekannt, daß man gegen uns ausnahmegesetzlich vorgeht. Ich möchte aber an dieser Stelle, um eine Klärung herbeizuführen, hervorheben, daß die „Kreuz-Zeitung“ behauptet, daß, als das sogenannte Gremium, welches zur Beantwortung der Papstnote gewählt worden war, bei dem Herrn Reichskanzler war, damals keine Partei, auch die der Sozialdemokraten nicht, widersprochen habe, als der Kanzler als Schlußergebnis feststellte, man müsse jedenfalls politisch gegen die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie vorgehen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Hier wird von der „Kreuz-

Zeitung" behauptet, daß ein ansnahmerechtliches Vorgehen gegen eine politische Partei zum mindesten mit Stillschweigen, auch von der sozialdemokratischen Partei gedeckt worden sei. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich nehme an, daß Sie und die anderen Herren von dem Gremium diesen Vorwurf werden entkräften können. Aber wenn der Reichskanzler, ohne daß die anderen Parteien Widerspruch erhoben, ein solches ausnahmegesetzliches Vorgehen gegen uns verkünden konnte, so spricht das Bände. Wir wissen es und haben uns darüber niemals einem Zweifel hingegeben: Man gibt den Arbeitern etwas Zuckerbrot und behandelt sie dann meist kräftig mit der Peitsche. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) **Die Arbeiter — das wollen Sie sich gesagt sein lassen —, die in großer Anzahl zu uns gehören, und nicht nur diese Arbeiter — so viel Solidaritätsgefühl werden auch die anderen haben — werden durch dieses Vorgehen bis aufs Blut gereizt.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die kleinen Reformen sind, wie die „Kölnische Zeitung" gesagt hat, damit eingekauft worden, daß alle Parteien, mit unserer Ausnahme, den Burgfrieden wieder besiegelt haben. Was der Burgfriede bedeutet, das wissen wir: die Aufrechterhaltung jener Stickluft, die dem Volke jedes freie Atmen raubt. Der Burgfriede ist weiter nichts als die Polizeiwillkür und Militärdiktatur bis zur allerschlimmsten Verfolgung einer Partei lediglich wegen ihrer Gesinnung. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Herren scheinen noch immer zu glauben, die Gesinnung durch den Militärknüppel und den Polizeisäbel totschiessen zu können. Sie irren sich. Auf Verfolgungen sind wir aber gefaßt.

Jetzt herrschen die Alldutschen, und es heißt, sich die Binde vor Augen legen, wenn Abgeordneter Scheidemann heute meinte, es sei ihm und seinen Freunden gelungen, hier in Deutschland die Alldutschen zu Boden zu schlagen. Die kommandierenden Generäle, alle diejenigen, die die Zensur in Händen haben und handhaben, sind sie nicht alle allddeutsch und Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei? (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wie kann man da die Augen verschließen wollen und sich und andere täuschen! Die Arbeiter wollen Freiheit und Frieden.

Die Verhandlungen des heutigen Tages werden in den Volksmassen aller Länder sicherlich die Überzeugung verstärken, daß die Diplomatie keinen demokratischen Frieden bringen kann, daß die Völker bis zur Blutleere werden bluten müssen, wenn sie sich nicht selbst helfen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die russische Regierung, mit der jetzt unsere Regierung in Verhandlung treten will, hat in den letzten Tagen den Arbeitern aller Länder, insbesondere den deutschen Arbeitern, zugerufen, daß es nur einen Weg der Rettung gibt — und da stimmen wir überein mit ihnen —: **Hilfe bringt nur der internationale Klassenkampf!** (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Die erste Beratung ist geschlossen. Wir treten ein in die zweite Beratung. Ich rufe auf Ausgaben, Kap. 6. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Scheidemann.

Scheidemann, Abgeordneter: Es tut mir leid, daß ich zum Schluß der ersten Lesung nicht das Wort erlangen konnte; ich wollte einige Erwiderungen auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Haase machen. Ich will kurz sein, denn ich habe nicht die Absicht, durch eine Katzbalgerei unsere Verhandlungen in die Länge zu ziehen; das kann den Frieden, den wir wünschen, gewiß nicht fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Kollege Haase hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, ausgeführt, daß nach einer Mitteilung in der „Kreuzzeitung" gelegentlich einer Besprechung beim Reichskanzler ein Vorgehen gegen die Unabhängige Partei — das waren wohl seine Ausführungen — angeregt worden sei, und daß dagegen von keiner Seite Widerspruch erhoben worden ist. Ich bedaure, daß, nachdem wir bereits in der Presse festgestellt haben, daß das absolut falsch ist, Herr Kollege Haase erneut hier wieder auf die Angelegenheit zurückgekommen ist. Hier im Hause sitzen 15 bis 20 Zeugen, die bei dieser Unterredung zugegen gewesen sind.

Wenn also irgend ein konservatives Organ eine Behauptung aufstellt, die offenbar unrichtig ist, und es wird von uns gesagt, es stimme nicht, dann verstehe ich nicht, wie man immer wieder darauf zurückkommen kann. **Es ist damals von Flugblättern gesprochen worden, auf die ich nicht eingehen will aus Gründen, die Sie wohl alle verstehen,** Flugblätter, die man den Unabhängigen Sozialdemokraten an die Rockschoße gehängt hatte; man hat gesagt, diese Flugblätter, **dieses Material, das in der Marine gewisse sehr unangenehme Dinge hervorgerufen hatte, dürfe unter keinen Umständen in die Reihen der Soldaten hineingelassen werden.**

Dagegen ist natürlich kein Widerspruch erfolgt. Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn die Unabhängigen bei diesen Besprechungen zugegen gewesen wären, auch sie es für selbstverständlich gehalten haben würden, daß Schriften, wie sie uns vorlagen, nicht im Heere Verbreitung finden dürfen. Im übrigen ist jedes Vorgehen gegen die Herren Unabhängigen von der damaligen Konferenz einstimmig abgelehnt worden. Also genau das Gegenteil ist geschehen von dem, was in der „Kreuzzeitung", vermutlich irrtümlich,

veröffentlicht worden ist. Höchstwahrscheinlich handelt es sich dabei um einen Irrtum, eine Verwechslung. Genau das Gegenteil von dem ist richtig, was der Herr Abgeordnete Haase vorgetragen hat. Ich bitte Sie also, in Zukunft nicht mehr derartige unwahre Behauptungen aufzustellen. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Aufklärung ist damit doch gegeben. (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die Aufklärung, die ich Ihnen gegeben habe — und sämtliche Kollegen aus allen Parteien des Hauses werden mir zustimmen müssen, die damals dabei waren — ist absolut richtig. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nein, die Flugblätter kenne ich selber nicht. Es sind sicherlich keine Flugblätter von Ihnen gewesen. Sie waren wohl wer weiß von irgendwelchen Personen! Meine Herren, dann ein anderes! Der Herr Kollege Haase ist noch auf verschiedene andere Dinge zu sprechen gekommen. Ich will Sie damit nicht lange behelligen, ich will nur den Vorwurf zurückweisen, den er gegen einen unserer Freunde, Dr. Helphand, gemacht hat. Der Mann hat sich in seiner früheren Tätigkeit als sozialistischer Schriftsteller große Verdienste, einen guten Namen erworben, ist aber im Kriege, wie Herr Haase betonte, auf Grund seiner Wohlhabenheit Berliner Bürger geworden. Meine Herren, das ist auch ein Gesichtspunkt! Es ist ja wohl keine Schande, daß einer im Laufe der Jahre wohlhabend wird. Wir haben doch auch vor dem Kriege unter Ihnen schon eine ganze Menge Leute gesehen, die sehr reich waren. (Zurufe bei den Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das Wesentliche bei der Haaseschen Darstellung in bezug auf den sozialistischen Schriftsteller Dr. Helphand ist folgendes. Es ist gesagt worden, er habe sich an die Vertreter der Bolschewiki in Stockholm herangedrängt. Auch da ist das genaue Gegenteil richtig! Herr Dr. Helphand ist durch einen Boten aufgefordert worden, sofort zu den Bolschewiki nach Stockholm zu kommen. Auch hierüber haben wir die Briefe und Telegramme zur Hand. Ich glaube aber, es kann den Reichstag nicht interessieren, wenn ich Ihnen 10 Telegramme vorlesen wollte. Die von mir angeführten Tatsachen stehen fest. (Zuruf bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Petersburger Bolschewik, die ihre Vertreter in Stockholm haben, haben ihn aufgefordert.

Meine Herren, dann ist noch ein weiteres gesagt über einen Brief, den einer unserer Kollegen, Müller Reichenbach, in einer theoretischen Streitfrage über Annexionswünsche, die in Bulgarien aufgestellt worden sind, geschrieben hat. Der Herr Kollege Müller hat in seinem Briefe einen sehr einfachen Tatbestand festgestellt. Der eine wie der andere hat auf eigene Faust als Schriftsteller, dem wir natürlich nicht die Hände binden können, seine Meinung vertreten.

Ich bin der Überzeugung, daß der Herr Kollege Haase natürlich die beste Absicht hatte, auch von seinem Standpunkte aus dem Frieden zu dienen. Aber, meine Herren, nehmen Sie es mir nicht übel, ich werde diese Auffassung nicht los: durch das, was Sie heute hier vorgetragen haben, ist für die Alldeutschen, von denen Lord Buckmaster in London gesprochen hat, ist für die „Alldeutschen“ in Frankreich und England geradezu ein ganzes Arsenal neuer „Beweismittel“ gegen Deutschland aufgemacht worden, die sie alle wieder vorführen werden. Das ist ja selbstverständlich. Meine Herren, der Herr Reichskanzler stellte sich her und sagte: Ich bin für das Selbstbestimmungsrecht. Er berief sich weiter auf die Papstnote — (Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — lassen Sie mich doch einen Augenblick allein reden; Sie können nachher wieder reden! — der Reichskanzler beruft sich in der Papstnote auf die Friedensentschließung vom 19. Juli. In dieser Friedensnote ist die Rede von einem Frieden der Verständigung und Versöhnung, von einem Frieden, der gewaltsame Gebietserwerbungen ausschließt, der finanzielle, wirtschaftliche und politische Vergewaltigungen ausschließt. In der Papstnote ist weiter gesagt: wir sind für Verständigung über Rüstungen und ähnliches mehr. Und heute geht der Herr Reichskanzler so weit, auch zu sagen, er trete ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Das ist aber alles nichts für den Herrn Kollegen Haase. Für ihn kommt es nur darauf an, im Interesse seiner Politik an jedem einzelnen Satz, an jedem einzelnen Wort immer wieder die Möglichkeit zu suchen, einzuhaken und zu bezweifeln, daß es auch ehrlich gemeint ist. Ich stehe auf dem Standpunkt: wenn man selbst eine ehrliche Politik treibt, muß man auch den anderen, die sich ehrlich aussprechen, die Ehrlichkeit zugestehen. (Lebhafter Beifall. — Händeklatschen.)

In der Rede Haase wird Bezug genommen auf ein Flugblatt, das für großen Wirbel sorgte und anscheinend in der Marine zu größeren Problemen führte, wovon allerdings nichts in der Presse erschien.

Präsident: Ich bitte das Händeklatschen zu unterlassen. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haase (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, ich habe den Artikel aus der „Kreuzzeitung“ verlesen, um, wie ich selbst sagte, eine Aufklärung zu schaffen. Es ist nicht richtig, daß, obwohl die „Kreuzzeitung“ zweimal die Behauptung gebracht hat, sie jemals widerlegt worden ist. Die Äußerungen, die Sie (zu dem Abgeordneten Scheidemann) dementiert haben, beziehen sich auf einen anderen Satz der „Kreuzzeitung.“ (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die „Kreuzzeitung“ schreibt nämlich das zweite Mal: Wir müssen heute hinzufügen, daß damals alle Parteiführer mit Ausnahme allein der Reichspartei auf eine Frage des Kanzlers **es als erwünscht erklärten, der Öffentlichkeit eine authentische Mitteilung über die Vorgänge in der Marine im gegebenen Augenblick zugänglich zu machen.** Diese Äußerung, die sie das zweite Mal hinzugefügt hat, haben Sie in Abrede gestellt und von ihr habe ich deshalb heute keine Notiz genommen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daneben bleibt die erste bestehen, in der sie hervorgehoben ist, daß der Herr Reichskanzler ein Vorgehen gegen uns in Aussicht gestellt hat, dem niemand widersprochen hat. (Zurufe links.) Schön, jetzt ist die Sache erledigt. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Scheidemann hat sich des Herrn Parbus angenommen.

Die Verdienste des **Herrn Parbus** habe ich selbst hervorgehoben, weil es mir gar nicht daran lag, ihn persönlich zu treffen, sondern weil ich lediglich **die unglückselige Rolle, die er als Vermittler der Internationale in einem so wichtigen Augenblick spielt,** zu kennzeichnen suchte, weil es notwendig ist, daß bei solchen Gelegenheiten auch diejenigen Männer auf den Plan treten, die das Vertrauen der Internationale genießen.

Nun kann man natürlich keinem Menschen zum Vorwurfe machen, daß er wohlhabend geworden ist. Mir würde es nicht im Traume einfallen, gegen jemand einen solchen Vorwurf zu erheben. Aber es ist ganz etwas anderes, ob ein **sozialdemokratischer revolutionärer Politiker** glaubt, daß es seine Aufgabe sei, Kriegsspekulant zu werden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Darum allein handelt es sich.

Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat zum Schlusse gemeint, daß trotz der guten Absicht meine Ausführungen den Alldeutschen im Auslande gelegen kommen würden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Meine Herren, bisher haben wir folgendes festgestellt, und wenn Sie die ausländische Presse lesen, so werden Sie es wahrheitsgemäß bestätigen müssen: daß gegenüber jenen wilden Plänen, die hier und da im Auslande auftauchen, wir es gerade gewesen sind, die man benutzt hat, um gegen diese wilden Pläne aufzutreten. (Unruhe.)

Durch ihre Haltung ist dagegen den Alldeutschen im Auslande, um den Ausdruck des Herrn Abgeordneten Scheidemann zu gebrauchen, immer wieder neue Stärkung begeben worden. Die Parteien in Deutschland wollen Annexionen, wie sie oft genug zum Ausdruck gebracht haben! Herr Spahn hat es hier namens aller bürgerlichen Parteien erklärt, und Herr Scheidemann ist diesen Annexionsplänen nicht entschieden gegenübergetreten, sondern hat sie bemäntelt. Diese Taktik hat immer und immer wieder dem Auslande Waffen in die Hand gegeben. (Lachen links.)

Es ist nötig, zu derjenigen Taktik zurückzukehren, die unser Bebel stets empfohlen — (Zurufe) jawohl, meine Herren! — und erfolgreich gehandhabt hat, daß man gegen die Parteien und gegen die Regierung des eigenen Landes Kritik üben muß, daß man es den Sozialisten anderer Länder überlassen muß, ihre bürgerlichen Parteien und ihre Regierung anzugreifen.

Herr Scheidemann hat Vertrauen zu allen Regierungsleuten. (Widerspruch.) Bitte! Der Herr Reichskanzler hat erklärt, daß er das Selbstbestimmungsrecht anerkenne. Damit ist für ihn die Sache erledigt, (Zurufe) erledigt insofern, als er glaubt, daß der Herr Reichskanzler für das Selbstbestimmungsrecht eintrete. (Zurufe links.) — Herr Abgeordneter Scheidemann, sollten Sie nicht doch die Spuren etwas schrecken? (Zurufe.) Wie haben Sie Vertrauen dem Herrn v. Bethmann Hollweg entgegengebracht! Wie haben Sie sich in die Brust geworfen und erklärt, daß dieser Mann, auch wenn er von realen Garantien sprach und wenn er von der Befreiung der Völker bis zur Narewlinie und dem Peipussee sprach, gar nicht daran denke, zu annektieren! Bei uns annektiert niemand! haben Sie hinausgerufen, und im Auslande hat man gesagt: Kann das ein Mann wie Scheidemann namens seiner Partei sagen, wo doch der Reichskanzler klar für jeden, der es lesen kann,----- (Lebhafte Zurufe) — Meine Herren Kollegen, wir müssen uns doch fragen, und darum handelt es sich jetzt: wie wirkt unsere Taktik auf das Ausland? (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!)

Sie, meine Herren, fragen allerdings nicht, wie unsere Verhandlungen auf das neutrale Ausland wirken. (Lebhafte Zurufe.) Ihnen ist es ganz egal; sie beschließen den schrankenlosen U-Boot-Krieg ohne Rücksicht darauf, ob das neutrale Ausland unseren Gegnern in die Arme geworfen wird oder nicht. Ein verständiger Mann handelt so nicht, sondern fragt zunächst: wie ist die Wirkung der Handlungen, und zwar in diesem Falle im Auslande, weil im Auslande unsere Gegner stehen und diejenigen, die unsere Gegner werden können? Und Herr Scheidemann hat doch gerade mir zum Vorwurf gemacht, daß meine Ausführungen im Auslande

ungünstig wirken. Seien Sie doch etwas gerecht und logisch! (Sehr richtig! links.) Ich werde wohl das Recht haben, nachzuweisen, daß es gerade umgekehrt ist, wie hier behauptet ist, daß Sie und die Taktik, die Herr Scheidemann mit Ihnen geübt hat, uns ganz gewaltig geschadet und den Krieg verlängert hat, wider den Willen des Herrn Scheidemann, wie ich annehme. (Große Unruhe. — Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Tit. 6 ist angenommen.

Arbeiter-Zeitung – Nr. 330 – Samstag, den 1. Dezember 1917 - S.1

Friedenskundgebung im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus ergriff sofort nach Eröffnung der Sitzung der Ministerpräsident Dr. v. Seidler das Wort zu folgenden Erklärungen, die von den Abgeordneten, die sich sehr zahlreich eingefunden hatten, fast ununterbrochen mit dem stürmischsten Beifall begleitet wurden:

Wie dem Hause aus der offiziellen Meldung des Korrespondenzbüros bekannt ist, hat die k. u. k. Regierung die Einladung der russischen Regierung zu sofortigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden bereits angenommen. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.) Die k. u. k. Regierung ist im Sinne ihres wiederholt bekanntgegebenen Standpunktes entschlossen, die einzuleitenden Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit zu führen (lebhafter Beifall), da ihre Absicht darauf gerichtet ist, baldigst einen Frieden zu erreichen, der das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Völker in Zukunft ermöglicht, (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Wie aus der gestern veröffentlichten Antwort des Ministers des Aeußern an die Regierung der russischen Republik weiter ersichtlich ist, hat sich die Regierung Oesterreich-Ungarns bereit erklärt, in Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden einzutreten. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Bei diesen Verhandlungen wird die Regierung Oesterreich-Ungarns anstreben, mit jenen Staaten, die sich auf Grund der jetzt von Rußland ergangenen Einladung bereit erklären, einen Frieden zu schließen, zu einem Frieden zu gelangen, der für die vertragschließenden Gruppen gleich ehrenvoll ist und der von dem Grundsatz: Ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen geleitet sein wird. (Lebhafter Beifall.) Hierbei wird die österreichisch-ungarische Regierung das Recht der mit ihr zum Friedensvertrag schreitenden Staaten anerkennen, den zu ihnen gehörigen Völkern volle Freiheit der Entschließung über ihre staatliche Zukunft zu gewähren, und wird sich jeder Einmischung in die innerstaatlichen Verhältnisse ihrer Kompaziszenten enthalten, wird aber ihrerseits verlangen, daß jede Einmischung in unsere eigene staatliche Organisation unterbleibe. (Lebhafter Beifall.) Ich von meinem Standpunkt als österreichischer Ministerpräsident muß anschließend hieran darauf hinweisen, daß ein Staat wie der unsere, der ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewähltes Abgeordnetenhaus hat, mit Recht behaupten kann, eine Volksvertretung zu besitzen, wie sie demokratischer kaum gedacht werden kann, und daß alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, das politische Schicksal der Völker des Staates selbst zu bestimmen. (Lebhafter Beifall).

Damit erledigen sich, glaube ich auch die Anfragen, die einerseits von den Abgeordneten Dr. Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen, andererseits von den Abgeordneten Fink, Dr. Waldner, Dr. Sylvester, Wolf, Pantz, Knirsch und Genossen eingebracht worden sind. (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 360 – Samstag, den 1. Dezember 1917 - S.1

Die russische Friedensaktion.

Bei dem K. und K. Oberkommando ist, wie aus Wien gemeldet wird, ein teilweise verstümelter Funkspruch eingelangt, der, soweit wie es möglich war, ergänzt wurde und wir folgt lautet:

Zarskoje Sselo, 26. November.

An die Völker der kriegführenden Länder! Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland hat die Friedensfrage an die spitze gestellt. Die Periode der Schwankungen, des Aufschiebens und des Bureaukratismus ist beendet. Jetzt wurden alle Regierungen, alle Klassen, alle Parteien aller kriegführenden Länder aufgefordert, kategorisch die Frage zu beantworten, ob sie zusammen mit uns an die Verhandlungen über sofortigen Waffenstillstand und den allgemeinen Frieden heranzutreten einverstanden sind oder nicht. Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, ob wir dem neuen Winterfeldzuge mit allen seinen Schrecken und seinem Elend entgehen werden, oder ob Europa auch weiterhin vom Blut durchströmt wird.

Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns mit dieser Frage an die Regierungen unserer Verbündeten: Frankreich, Rumänien, Japan und China. Wir fragen sie vor dem Angesicht ihrer eigenen Völker, in erster Reihe an die arbeitenden Massen, ob sie einverstanden sind, diese sinnlose Metzelei fortzusetzen, blind dem Verderben der europäischen Kultur entgegenzugehen. Wir verlangen, daß die Arbeiterparteien der

verbündeten Länder unverzüglich die Frage beantworten, ob sie mit der Einleitung der Friedensverhandlungen einverstanden sind. Diese Frage stellen wir an die Spitze.

Der Friede, den wir beantragt haben, soll ein Völkerfriede sei, er soll ein Ehrenfrieden des Einverständnisses sein, der einem jeden Volk die Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung sichert. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat schon ihr Friedensprogramm bekanntgegeben. Wir haben Geheimverträge des Zaren und der Bourgeoisie mit den Verbündeten veröffentlicht und diese Verträge für unverbindlich für das russische Volk erklärt. Wir beantragen, mit allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag auf der Grundlage des Einverständnisses und der Zusammenarbeit zu schließen. Unseren Antrag haben die offiziellen und offiziellen Vertreter der regierenden Klassen der verbündeten Länder auf der Weigerung beantwortet, die Räteregierung anzuerkennen und sich mit ihr ins Einvernehmen über die Friedensverhandlungen zu setzen. Die Regierung der siegreichen Revolution entbehrt die Anerkennung der professionellen Diplomatie; aber wir fragen die Völker, ob die reaktionäre Diplomatie ihre Gedanken und Bestrebungen zum Ausdruck bringt, ob die Völker der Diplomatie erlauben, die große Friedensmöglichkeit, die durch die russische Revolution eröffnet wurde, fallen zu lassen. Die Antwort auf diese Frage (Störung)..... Nieder mit dem Winterfeldzug! Es lebe der Frieden und die Völkerverbrüderung!

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten: Trotzki
Vorsitzender des Rates der Volkskommissare: Ulianov Lenin

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 564 – Samstag, den 1. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Der Widerhall der Kanzlerrede.

London, 30. November. In Besprechung der Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling sagt „Pall Mall Gazette“: Die Rede bringt die volle Bestätigung unserer Meinung von dem deutschen Geisteszustand und der deutschen Auffassung vom Frieden. Sie vertrauen noch fest auf die militärische Macht, die als vollständiger Freibrief für Angriffe, Thyrannei, Barbarei und Vertragsbruch angesehen wird. Bis zur Zerstörung der Macht Deutschlands wird seine verbrecherische Philosophie, auf der sie aufgebaut ist, sie dauernd beeinflussen und eine tödliche Gefahr für alle bilden, die ihr vertrauen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 610 – Samstag, den 1. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Was verlangt der Wirtschaftskrieg mit England-Amerika von uns?

In der Rede des **Großadmirals von Tirpitz**, die er in einer Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei in München gehalten hat, finden sich die bedeutsamen Worte:

„Ein aus wirtschaftlichen Verhältnissen geborener, so furchtbarer Zusammenstoß wie dieser Krieg wird nicht beendet durch einen formalen Frieden; er wird wirtschaftlich weitergehen. Als Symptom hierfür weise ich hin auf die Pariser Konferenz. Wir vom europäischen Kontinent müssen daher versuchen, nach Möglichkeit unsere wirtschaftlichen Kräfte zusammenzunehmen; denn wir stehen dem Angloamerikanismus gegenüber und – fügen wir hinzu – werden ihm auf absehbare Zeit hin gegenüberstehen.“

Dies Wort zeichnet glänzend die Lage: **Europa gegen den Angloamerikanismus! Zugleich weissagt es den Krieg nach dem Kriege: den Wirtschaftskrieg.**

Die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege wird nicht dieselbe sein wie vor dem Kriege. Vordem hatten wir einen blühenden Welthandel, der die ganze Erde umspannte, durch alle englischen Kolonien und viele andere Länder sich erstreckte und uns nährend Brot und Arbeitsgelegenheit für Millionen unserer Volksgenossen gewährte. England und Amerika haben überall, wo sie die Macht dazu hatten, die von uns angeknüpften Verbindungen zerstört und den Handel an sich gerissen; jede neue Kriegserklärung an uns bedeutete darin einen weiteren Fortschritt. Auch das Eigentum der Auslandsdeutschen ist geraubt, ihre Geschäftsbücher verbrannt, unserer Handelsschiffe in den Dienst unserer Feinde gezwungen. In der Heimat haben wir die Vorräte an Rohstoffen und Waren, die wir noch hatten, verbraucht, Deutschland gleicht nach dem Kriege einem ausverkauften Warenhaus. Unsere afrikanischen Kolonien haben unsere Feinde zum größten Teile, unsere Südseekolonien ganz erobert, Kiautschou ebenfalls genommen; unsere Verbindung durch die Türkei mit dem Persischen Meerbusen ist durch die Begründung des Fürstentums Mesopotamien abgeschnitten, im östlichen Mittelmeer sind für England neue Stützpunkte gewonnen. Die dringende Gefahr

liegt vor, daß nach dem Kriege der Indische Ozean gleichsam ein englisches Binnenmeer sein und unser Handel von diesem sowohl wie vom Stillen Ozean ausgeschlossen sein wird. In allen Ländern, zu denen Englands Seeherrschaft reicht, wird es durch wirtschaftliche Maßnahmen nach dem Kriege unseren Handel zu vernichten suchen.

Tirpitz hat völlig recht: im wirtschaftlichen Kampfe werden wir auch nach formalem Friedensschluß dem Angloamerikanismus gegenüberstehen.

Daraus entsteht schon jetzt die schwerwiegende Frage: Wie können wir uns gegen die Absichten des Angelsachsentums behaupten?

Die am nächsten liegende Antwort mag sein: Binnenmarkt ist besser als Weltmarkt. Bisher haben wir zum Teil von fremden Aeckern gelebt, deren Erzeugnisse uns der Welthandel brachte. Jetzt sind wir von der Welt abgeschnitten, wir müssen also den deutschen Acker erweitern. Ein landloser Friede gibt uns kein Fried. Darum behalten wir das Baltenland und Litauen. Die Russen dürfen es nicht zurückgewinnen; denn es war nie russisch und ist es auch jetzt nicht.

Aber eine kurze Ueberlegung zeigt, daß das nicht ausreicht. Viel zu groß ist unsere Volksvermehrung, viel zu zahlreich sind die Auslandsdeutschen, die Hilfe suchend nach dem Kriege in die Heimat zurückströmen werden. Tirpitz hat wiederum recht: nicht wir allein, das europäische Festland muß dem Angloamerikanismus entgegenstehen. Und zu dem Festland Europas gesellt sich unser Bundesgenosse, die Türkei mit ihrem vorderasiatischen Gebiete: die alte Welt muß wiedergeboren werden, wie Arthur Dix sagt, und der angelsächsischen Welt die Stange halten. Das ist ein Wirtschaftsgebiet, dessen Teile sich so ergänzen, daß es in weit höherem Maße, als ein erweitertes Deutschland es vermöchte, die Lebensbedürfnisse unseres Volkes erfüllen kann. Darum ist es unser eigenstes Interesse, nicht allein unsre Ehrenpflicht, auch den Lebensbedingungen unsrer Bundesgenossen gerecht zu werden. Wir kämpfen für das eigene Dasein, wenn wir Oesterreich und der Türkei ihre Gebiete erhalten oder Zurückgewinnen, und wenn wir Bulgariens nationale Ziele erfüllen helfen; wir kämpfen für das eigene Dasein, wenn wir die Nordgermanen und die Niederländer vor englischer Gewalttat schützen und schirmen.

Und doch ist dieses noch nicht genug. Wir müssen auch ein seefahrendes Volk bleiben. Mesopotamien kann uns unsre Kolonien nicht ersetzen, wie Emil Zimmermann überzeugend nachgewiesen hat. Kolonien aber können wir ohne Flotte weder schützen noch nützen. Gar manchen für unsre Industrie unentbehrlichen Rohstoff finden wir weder in den Festlandsgebieten der „alten Welt“ noch in unseren Kolonien, wir können ihn nur aus jetzt feindlichen oder neutralen Ländern einführen; und gar manches wertvolle Erzeugnis unserer Fabriken können wir nur jenseits des Meeres absetzen.

Wir dürfen es nicht dulden, daß das Angelsachsenthum uns aussperrt von dem Indischen und dem Stillen Ozean, frei müssen wir fahren um die ganze Welt. Darum ist die „Freiheit der Meere“ ein notwendiges Ziel unseres Daseinskampfes. Nur wenn wir sie erringen, haben wir uns „mit Erfolg behauptet“, wie Dr. Michaelis am 19. Juli sagte.

Es gibt nur einen Weg, der zu dieser Selbstbehauptung führt: der volle Sieg über England. Und Gott sei gelobt, daß wir die Kraft haben, ihn zu gewinnen, wenn wir nur wollen. Wir können uns hier in der Heimat ein Trutzengland bauen, das uns kein Gegner streitig machen kann, wenn wir im Westen Belgien, im Osten die Baltenländer und Polen in unseren Machtbereich einbeziehen; wir können uns eine neue Weltgeltung gewinnen, wenn wir an der Spitze eines Festlandbundes der „alten Welt“ die europäischen Binnenmeere vom angelsächsischen Seejoch frei halten und uns eine Seemacht schaffen, die neben der englischen auf den Ozeanen unsre Flagge hochzuhalten vermag. Wir müssen nur standhalten, bis unsre gewaltige wirtschaftliche Waffe, das U-Boot, England gezwungen hat, uns die Sicherungen zuzugestehen, die wir brauchen. Und wenn uns Not und Schmerz den Atem beengt, so müssen wir denken an Kind und Kindeskind, müssen mutig die schwere Zeit dulden, damit unsre Nachkommen uns nicht verfluchen wegen unseres Kleinmuts, sondern dankbar unser gedenken in alle Zukunft.

Der tschechische Uebermut vor dem Fall.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß endlich dem tschechischen Uebermut, der nach einer falsch gedeuteten Gnadenverfügung üppig in die Halme geschossen ist und dem Staate bei jeder Gelegenheit ein Bein zu stellen suchte, die gebührende Schranke gesetzt werden. Ein reichliches Verdienst an dem nach langem Zögern nun doch gefaßten Entschluß, den Tschechen die Situation klar zu machen, ist den Ungarn zuzuschreiben. Sie haben in den Grenzen des Respekts vor den inneren Angelegenheiten Oesterreichs schon seit langem gewarnt, und den ungezählten Versündigungen der Tschechen an der Wehrkraft der Monarchie, den vielen traurigen Fällen von Desertion ganzer Abteilungen zum Feinde und den Aufwiegelungen im Inneren des Staates sind im ungarischen Parlament die ersten Warner erstanden.

Die Tschechen haben geglaubt, diesen Einspruch der Ungarn in den Wind schlagen zu können, mit einer unglaublichen Portion von Selbstüberhebung haben sie ihre staatsfeindliche Haltung verschärft und seit dem Amnestie-Erlaß, der den tschechischen Hochverrätern die Freiheit wiedergab, jede Gelegenheit benutzt, um über die Schützengräben hinweg zum Feinde zu sprechen und seine Unterstützung anzurufen. Sie fühlten sich so stark, daß sie glaubten, es wagen zu dürfen, offenen Streit mit den Ungarn vom Zaune zu brechen. Es war eine regelrechte Kriegserklärung an Ungarn, als einstimmig in der ganzen tschechischen Oeffentlichkeit der Ruf nach Annexion von Nordungarn und der Einverleibung der slovakischen Komitate in den erträumten selbständigen Tschechenstaate erscholl.

Die Ungarn haben mit Recht gefordert, daß eine entschiedene Erklärung der österreichischen Regierung gegen die tschechischen Aspirationen auf ungarisches Gebiet erscheine und den tschechischen Anmaßungen ein Ende mache. Da ein solches energisches Einschreiten zu lange hat auf sich warten lassen, haben nun die Ungarn die Sache selbst in die Hand genommen und die erste Sitzung der eben eröffneten Wintertagung des ungarischen Parlaments war der scharfen Zurechtweisung der aggressiven tschechischen Staatsrechtspolitik gewidmet.

Fast alle ungarischen Parteien hatten Interpellationen in der Tschechenfrage eingebracht und bekundeten dadurch die Solidarität ganz Ungarns in der Abwehr der tschechischen Attacke. Die Redner hielten den Tschechen das unendlich lange Sündenregister vor, das sich im Laufe des Krieges angesammelt hat. Einer der besten und maßvollsten ungarischen Köpfe, Graf Julius Andrássy, nannte die Denkweise der tschechischen Abgeordneten einen Importartikel aus den Ententestaaten und sagte, die tschechischen Ideen würden, wenn sie zur Verwirklichung kämen, zum Zerfall der Monarchie führen.

In der Beantwortung der Interpellationen erteilte der Ministerpräsident Dr. Weckerle den Tschechen einen Denkkzettel, der wahrscheinlich in Kürze noch deutlicher werden wird. Er sagte, daß er sich beim österreichischen Ministerpräsidenten weitreichende Garantien verschafft habe, daß dieser die tschechischen Bestrebungen verurteile. Uebrigens habe er ein Memorandum an die österreichische Regierung und den Monarchen gerichtet, worin dargelegt wird, daß man nicht einmal daran denken könne, daß irgendwelche nationalen Ambitionen auf ungarischem Boden territoriale Befriedigung finden könnten. Die tschechische Politik sei nicht so sehr Ungarn als Oesterreich gefährlich und da es Ungarn nicht gleichgültig sein kann, welcher Art Oesterreich es gegenüber stehe, ob einem dualistischen Staat oder einem föderalistischen Konglomerat verschiedener kleiner Autonomien, sei er (Dr. Weckerle) so weit gegangen, in dem Memorandum zu erklären, daß, wenn man diesen Treibereien nicht mit voller Energie vorbeuge, der Prozeß der Auflösung eintrete. Schließlich konnte Dr. Weckerle dem Parlament eine Erklärung des Monarchen unterbreiten, daß er mit seiner ganzen Herrschermacht solche Bestrebungen vereiteln werde, die sich, sei es gegen die gesetzliche Selbständigkeit, sei es gegen die territoriale Integrität des ungarischen Staates richten.

Es geschieht wohl zum erstenmale, daß in so entschiedener Weise die ungarische Königswürde aufgeboten wird. Kaiser Karl verbürgt sich in dieser Erklärung seinem Eide als ungarischer König gemäß für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung des ungarischen Territoriums und schützt es gegen die Begehrlichkeit von Leuten, die als österreichische Staatsbürger seine Untertanen sind. Diese öffentliche Warnung des Monarchen wird aber nun wohl auch von den entsprechenden Maßnahmen der österreichischen Regierung gefolgt sein müssen. Die Tschechen lassen sich bekanntlich nicht so leicht von ihren Wahnideen abbringen. Der beste Beweis dafür, daß sie noch lange nicht, selbst nicht nach der Erklärung des Monarchen, gewillt sind, auf ihr politisches Steckpferd zu verzichten, ist wohl die Einbringung einer tschechischen Interpellation im österreichischen Parlament über die ungarische Debatte, in der die Interpellanten in der heuchlerischen Maske unschuldig Verdächtiger gar noch davor warnen, die Krone im politischen Streit der Parteien zu engagieren. Das

kann doch wohl nur heißen, daß die Tschechen nach wie vor überzeugt sind, daß sie ihre Ansprüche gegen Ungarn durchsetzen werden und daß dann der König von Ungarn gezwungen sein könnte, seine Erklärung zu desavouieren.

Diese erstaunliche Keckheit brachten die tschechischen Politiker just an einem Tage auf, an dem zwei neue Fälle tschechischer offener Verräterei bekannt wurden. In diesen Fällen reicht auch die früher immer vorgebrachte Behauptung, die tschechischen Soldaten hätten nicht gegen ihre „slavischen Brüder“ kämpfen wollen, nicht mehr hin, da sie zu den Italienern übergingen. Die Italiener sind erbitterte Feinde der Slaven und die österreichischen Südslaven betrachten den Krieg gegen Italien als ihre eigene heilige Sache. Das Fraternisieren der Tschechen mit den Italienern ist demnach nichts anderes als die unheilvolle Folge der ständigen Aufwiegelung des tschechischen Volkes gegen Oesterreich, nichts anderes als der Ausfluß des Oesterreich-Hasses, der überall im tschechischen Böhmen gepredigt wird.

Nun ist ganz entschiedenes Einschreiten der Regierung unvermeidlich geworden und hoffentlich wird schon die nächste Zeit, jedenfalls aber die Delegationstagung, bei welcher der Minister des Aeußern Graf Czernin Rede stehen müssen, welchen Schaden die tschechischen Umtriebe in der äußeren Politik angerichtet haben, zeigen, daß mit den Tschechen andere Seiten aufgezogen werden.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 613 – Samstag, den 1. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Das Fäßchen läuft trübe.

Der in einem holländischen Blatte veröffentlichte und von uns im Auszuge gebrachte Brief Lord Lansdownes sagt, um es kurz zu wiederholen: künftige Kriege müßten verhindert werden, wirtschaftliche Aechtung des Gegners nach dem Friedensschlusse könne man nicht wünschen, noch auch den Handel der Mittelmächte zu vernichten, „falls sie das Versprechen, den Frieden zu bewahren, gäben“. Einige der territorialen Wünsche Großbritanniens seien wahrscheinlich unerreichbar geworden oder an zweite Stelle getreten; die Wiederherstellung Belgiens bleibe an erster Stelle. Die Revision der Karte von Südosteuropa solle man aufschieben. England werde den Krieg nicht verlieren, aber seine Verlängerung werde den Untergang der Kulturwelt bedeuten. Er müsse bald beendet werden, um eine Weltkatastrophe zu vermeiden.

Halten wir hier inne. Was zunächst die Person Lord Lansdownes anlangt, so ist er sicher einer der einflußreichsten Männer in Großbritannien. Er war der Vorgänger Sir Edward Greys im Amte und hat seinerzeit die Entente mit Frankreich an führender Stelle zustande bringen helfen. Lansdowne ist einer der Väter der Einkreisung des Deutschen Reiches und tat seinerzeit – im Frieden – den Ausspruch von dem „gerissenen Potentaten“, mit dem er den Deutschen Kaiser meinte. Lansdownes Einfluß dürfte gerade jetzt ein außerordentlicher sein, wenn er auch hinter den Kulissen vorläufig bleibt. Die Frage ist: in welcher Linie dieser Einfluß sich jetzt zu betätigen versuche. Im Laufe des Krieges hat Lansdowne besonders im Oberhause wiederholt kritisch eingegriffen, besonders in einer vielbesprochenen Rede des Sommers 1915. Die „Daily News“ schrieb darüber: „Der Kern der Rede Lord Lansdownes bestand in einer verachtungsvollen beißenden Kritik der Irrtümer und Fehler der Vergangenheit.“ Mit anderen Worten, Lord Lansdowne gehört zu den Leuten, welche die Gabe und den Entschluß besitzen, zu gewissen Augenblicken die Lage zu charakterisieren, auch wenn dabei Unangenehmes gesagt werden muß. Er ist nicht der einzige in England, wir brauchen uns nur an die vielbesprochene Rede Lloyd Georges in Paris erinnern. Der britische Premierminister der unseres Erachtens ganz mit Unrecht als impulsiver Draufgänger dargestellt wird – Lloyd George tut nur so, als ob er einer wäre - **hat in seiner Pariser Rede über die Fehlschläge und Fehler der Vergangenheit Dinge gesagt, die man nicht sagt, wenn man des Sieges sicher ist.** Unseres Erachtens ist es Lloyd Georges Absicht gewesen, als er sich mit jener schwarzen Liste in die Oeffentlichkeit flüchtete, auch den Engländern zu zeigen, daß die Stellung Großbritanniens und seiner Gegner nicht eben glänzend sei. Daß er das nicht ausdrücklich sagen konnte, sondern dabei sagen mußte: man werde jedenfalls siegen, liegt auf der Hand. Im Grunde setzt, wenn auch in ganz anderer Form, Lord Lansdowne die Linie fort, welche Lloyd George begonnen hat, wenn auch von einer ganz anderen Seite aus gesehen und mit einer anderen Methode.

Lord Lansdowne hält die Deutschen noch immer für töricht genug, daß sie auf allgemeine schöne Redensarten hineinfallen und die Zukunft ihres Reiches und Volkes aus Entzücken darüber preisgeben. Er möchte die Deutschen glauben machen, daß ihm und Großbritannien überhaupt die „Kulturwelt“ bzw. die Vermeidung ihres Untergangs vor allem am Herzen liege. In Wirklichkeit dürfte die Sache wohl so liegen, wie in der Walpurgisnacht des Faust: „Und weil mein Fäßchen trübe läuft, so ist die Welt auch auf der Neige“. Ginge es Großbritannien gut, so würde Lord Lansdowne der Ueberzeugung sein, daß die „Kulturwelt“ niemals ferner vom Untergange gewesen sei als gerade jetzt. **Die Kriegsergebnisse auf dem Lande und vor allem der**

Unterseekrieg machen aber Lord Lansdowne und seinen Gesinnungsgenossen steigende Sorgen und deshalb sollen die Deutschen eingewickelt werden, ehe ihre Waffen Großbritannien gegenüber zu vollem Erfolge, einem Erfolge, der sich dann durch keine diplomatischen Künste wieder gut machen ließe, gelangt sind.

Was Lansdowne der deutschen Leichtgläubigkeit zumutet, geht aus der kindischen Redensart hervor, man würde die Vernichtung des deutschen Handels nicht wünschen, „wenn Deutschland verspräche, den Frieden zu bewahren“.

Kehren wir die Sache um, so wird der Sinn richtig getroffen. **Lansdowne möchte, daß die Deutschen glauben, Großbritannien werde den Wirtschaftskrieg nach diesem Krieg nicht führen, wenn man Belgien ohne weiteres und ganz aufgibt, und wenn man die Regelung der gesamten Orientfragen auf später verschöbe und im übrigen den Hungerfrieden schließt.** Warum wohl dieses letztere? Die Antwort liegt nicht sehr weit, wenn man die augenblickliche Stellung der britischen Truppen auf türkischem Gebiete in Betracht zieht und die weitere Tatsache, daß auf der Balkanhalbinsel sich, so lange der Krieg dauert, alles weiter zuungunsten Englands verschieben muß. Ebenso ist es auf dem türkischen Gebiete. Lord Lansdowne weiß auch über die wirklichen Aussichten des Unterseebootkrieges Bescheid und ist sich nicht im Unklaren darüber, daß die Zwangslage für Großbritannien unausweichlich herannaht. Das bedeutet ihm selbstverständlich den „Untergang der Kulturwelt“.

Wenn Lansdowne sagt, man werde der „deutschen Friedenspartei eine ungeheure Ermutigung“ geben, wenn man erkläre, Großbritannien wolle Deutschland als Großmacht nicht vernichten, so können wir es nur als eine ungeheure Unverschämtheit ansehen, wenn der Lord von der Möglichkeit einer Vernichtung Deutschlands und gar angesichts der Lage spricht. Das ist aber englisch und vielleicht nicht so erstaunlich, weil **die deutsche Revolutionsmehrheit** solche Unverschämtheiten fortwährend provoziert. **Großbritannien ist, wenn das Deutsche Reich und Volk sich nicht beschwatzen lassen, nicht nur dazu nicht in der Lage, sondern ebensowenig dazu, Deutschland aus seiner Stellung unter den großen Handelsmächten zu verdrängen. Dazu gehört allerdings in der Tat, daß das Deutsche Reich im Sinne des Wortes siegt.**

Würde es den Scheidemannfrieden schließen, so wäre es, und zwar ohne sich wieder erheben zu können, aus der Reihe der Handelsmächte herausgedrängt. Das weiß Lord Lansdowne sehr wohl. Wir kommen auf diesen Punkt noch zurück. Alles in allem handelt es sich um ein Manöver, um der **deutschen „Friedenspartei“** Sand in die Augen zu streuen und die wachsende Notlage Großbritanniens zu verschleiern. Dächte man sich einen Frieden jetzt in nächster Zeit nach den Lansdowneschen Vorschlägen, so würde alles das gerade eintreten, wovon Lord Lansdowne großmütig und milde sagt: Großbritannien denke nicht daran, es zu wollen, nämlich: **Deutschland würde als Großmacht vernichtet sein, Deutschland würde die Regierungsform erhalten, welche England und Herr Scheidemann ihm wünschten.** Nach dem Kriege würden dann die internationalen Besprechungen über alle möglichen unnützen Dinge die Deutschen für alles entschädigen, „vor Gott und der Geschichte“, wie Herr von Bethmann Hollweg edel zu sagen pflegte.

Der Brief Lord Lansdownes bedeutet mithin, wenn er in Deutschland nicht mißverstanden wird, ein höchst erfreuliches Ereignis, nämlich einen weit sichtbaren Beweis, daß das britische Fäßchen trübe zu laufen beginnt.

Abgesehen von dem Gesagten läßt Lord Lansdownes Brief erkennen, daß er große Besorgnis vor der Lage hat, die entstehen könnte, wenn die Mittelmächte Sonderverhandlungen mit Rußland ohne Teilnahme Englands durchführen könnten. Es ist dies ein Augenblick, den wir in der „Deutschen Tageszeitung“ wiederholt vorausgesagt haben. Im übrigen begreifen wir vollkommen, daß man in London den Mittelpunkt auch aller Verhandlungen bilden möchte.

E.R.

Tägliche Rundschau – Nr. 613 – Samstag, den 1. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Die Entente nimmt nichts zur Kenntnis.

Ofen-Pest, 30. November. Wie dem „AZ Est“ aus Stockholm gemeldet wird, haben die Regierungen der Ententestaaten beschlossen, sämtliche Noten der Leninschen Regierung unbeantwortet zu lassen. Sollte Rußland gegebenenfalls in einen Waffenstillstand eintreten, so wird die Entente auch hiervon nicht Kenntnis nehmen. Die Regierungen der verbündeten Mächte erklären alle Maßnahmen der bolschewistischen Regierung für null und nichtig.

Die ernstesten Folgen.

Wien, 1. Dezember. Die Botschaft, die der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten der neuen russischen Regierung, Herr Trotzky, an alle Länder hat ergehen lassen, und die mehr als einen Aufruf an die Kriegführenden, die einen Appell an das sittliche Empfinden der ganzen Menschheit darstellt, hat im Lager der Entente die tiefste Verstimmung hervorgerufen. Man hat damit begonnen, wehklagende Artikel über das Versagen Rußlands veröffentlichen zu lassen, und bald ist man bei den Drohungen angelangt. Auf den Appell der russischen Regierung zu antworten, hat die Entente bisher für überflüssig erachtet und, wie die Dinge sich indes entwickeln...[unleserlich]..., daß sie die Antwort auch fernerhin schuldig bleiben wird. Richtiger gesagt, ist diese Antwort eigentlich schon erfolgt. Die Stellungnahme der Entente erscheint nämlich in der Note angedeutet, die die militärischen Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Rumäniens, Italiens, Japans und Serbiens an Duchonin gerichtet haben. In dieser erklären die Militärbevollmächtigten, daß sie beim russischen Oberkommando ganz entschieden gegen das, was sie eine Verletzung der Bestimmungen des Vertrages vom 5. September 1914 nennen, protestieren. Sie machen den Generalstab darauf aufmerksam, daß jede Verletzung der Verträge durch Rußland die ernstesten Folgen haben wird. Was diese Worte bedeuten sollen, darüber ist man sich ja klar: Sie drohen mit dem Kriege.

Dies ist die letzte Auswirkung der Entente-Politik. Weil der russische Verbündete, der so fürchterliche Opfer an Gut und Blut für die gemeinsame Sache gebracht hat, nicht weiter kann und der Gedanken des allgemeinen Friedens anregt, antwortet die Entente mit einer neuen Kriegsdrohung gegen den Verbündeten selbst. Dieser Verbündete begeht allerdings ein in den Augen der britischen Diplomatie unverzeihliches Verbrechen, er lehnt es ab, der wahnsinnigen Kriegspolitik Englands und Frankreichs das ganze Land und das ganze Volk zum Opfer zu bringen. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann hat ja gestern im Hauptausschuß des deutschen Reichstages hervorgehoben, daß der „verbissene Kriegswille“ in London und in Paris zu suchen ist. Wie es um ihre wirklichen Absichten bestellt ist, das geht ja schon aus der inneren Lage dieser beiden Länder hervor, und auch in dieser Beziehung hat Herr Dr. v. Kühlmann in treffender Weise darauf hingewiesen, daß alles in den westlichen Demokratien mehr und mehr auf die absolute Demokratie hinstrebt, daß das Kabinett Clemenceau ganz absolutistisch ohne Fühlungnahme mit dem Parlament zusammengestellt worden ist und daß in England die Kriegspartei, die Herrn Lloyd George auf den Schild erhoben, ihn mit Hintansetzung aller der englischen Verfassung so teuren Kautelen tatsächlich zum Diktator gemacht hat. Und nun beweisen diese beiden Mächte aufs neue ihre Unaufrichtigkeit angesichts des russischen Friedensvorschlages. Die Frage ist allerdings, wie die öffentliche Meinung in diesen beiden Ländern reagieren wird, wenn ihre Regierungen der Friedensinitiative die Drohung, auch Rußland mit Krieg zu überziehen, entgegensetzen. Was uns selbst anlangt, **so haben wir keinen Augenblick gezögert, den russischen Vorschlag, der auf die Herstellung eines allgemeinen Friedens abzielt, mit freudiger Offenheit zu akzeptieren.** Wie wir immer bereit gewesen sind und wie wir mehr als einmal selbst die Initiative ergriffen haben, um der Welt die Segnungen des Friedens wiederzugeben, so haben wir auch diesmal unsere Bereitwilligkeit rasch und entschieden bekundet. **Wer aber auch jetzt mit aller Gewalt sich gegen den Frieden stemmt, das sind die sogenannten demokratischen Westmächte, die angeblich den Krieg für die Freiheit der Völker und für die Kultur Europas führen.** Nun aber wird sich in unzweideutiger Weise, wo der Kriegswille wirklich besteht, auf wen die Verantwortung für die Verlängerung dieses menschenmordenden Krieges fällt.

Stenographische Berichte – von der 126. Sitzung am 11. Oktober 1917 bis zur 147. Sitzung am 17. April 1918 – Berlin 1918

128. Sitzung – Erklärung des Hauptausschusses, betreffen das russische Friedensangebot:

Prinz zu Schoenaich-Carolath, Berichterstatter

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend einen dritten Nachtragsetat für 1917 [ab S.3969 ff -]

Redner:

Graf v. Roedern, Staatsminister, Staatssekretär des Reichsschatzamts

Ebert (Sd)

Ledebour (US)

Graf v. Westarp (K)

Freiherr v. Langermann und Erlencamp, Generalleutnant, Departementsdirektor im Königlich Preußischen Kriegsministerium.

Seyda (Pole)

Dr. David (Sd)

Zimmermann (NI)

Haase (Königsberg) (US)

Prinz zu Schönaich-Carolath, Abgeordneter: Meine Herren, als Berichterstatter zum Auswärtigen Amt habe ich den Auftrag seitens des Hauptausschusses erhalten, folgende Erklärung namens des Hauptausschusses hier abzugeben.

In den Verhandlungen des Hauptausschusses sind seitens des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amts weitere Mitteilungen über das russische Friedensangebot gemacht worden. Der Hauptausschuß hat sich einmütig zu der Erklärung des Herrn Reichskanzlers vom 29. November über seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvertrag bekannt, zu Erklärungen, in denen Graf Hertling erklärte: die russische Regierung hat gestern von Zarskoje Selo aus eine von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, HerrnTrotzki, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommission, Herrn Lenin, unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über den Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an,

— fährt der Herr Reichskanzler fort —

zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche,

— schließt der Herr Reichskanzler in seiner Erklärung —

daß diese Bestrebungen bald festere Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Namens des Hauptausschusses habe ich den Auftrag, dem hohen Hause die vorhin mitgeteilte Erklärung des Hauptausschusses über seinen einmütigen Beitritt zu diesen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers mitzuteilen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr1917 (Nr 1163 der Drucksachen), auf Grund der in zweiter Beratung unverändert angenommenen Vorlage. Ich eröffne die allgemeine Beratung. Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Graf v. Roedern, Staatsminister, Staatssekretär des Reichsschatzamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, erlauben Sie mir, die dritte Lesung der Kreditvorlage mit einigen Bemerkungen allgemeiner Natur über unsere Kriegsfinanzierung einzuleiten.

Sie haben in den letzten Wochen verschiedentlich einzelne Ergebnisse der Kriegssteuerveranlagung mitgeteilt bekommen, und Sie werden den Wunsch haben, von mir eine Schätzung des Gesamtergebnisses der Kriegssteuer, die in erster Linie zur Heranziehung der Kriegsgewinne bestimmt ist, zu erhalten. Diese Schätzung kann naturgemäß nur summarisch sein. Wichtige Bezirke, wie z. B. Düsseldorf und Wiesbaden stehen noch aus, auch aus den einzelnen Bundesstaaten habe ich das volle Ergebnis noch nicht bekommen.

Rechtsmittelverfahren und Nachveranlagungen können noch leichte Veränderungen bringen. Immerhin glaube ich schon heute sagen zu können, daß die Kriegssteuer mit den Zuschlägen zusammen etwa einen Ertrag von 5 Milliarden Mark ergeben wird. (Hört! hört!)

Ich setze dabei voraus, daß die noch ausstehenden Bezirke mindestens den Durchschnitt dessen bringen, was die übrigen Bezirke gebracht haben. Dieser Durchschnitt beträgt etwa das Fünffache der Ergebnisse des Wehrbeitrages des Jahres 1914. Der Wehrbeitrag machte ungefähr eine Milliarde aus. Es ergibt sich daher auch nach dieser Durchschnittsberechnung ein Betrag von etwa 5 Milliarden. Der Wehrbeitrag ist, wie die Herren wissen, erst im Sommer des Jahres 1914 veranlagt worden. Die Wehrbeiträge sind eingegangen erst in den ersten Kriegsjahren, und insofern werden wir berechtigt sein, auch den Wehrbeitrag als eine Kriegssteuer zu betrachten, die recht eigentlich der Kriegführung zugute gekommen ist. Rechnen Sie nun den Wehrbeitrag, die inzwischen veranlagte Besitzsteuer mit ungefähr 100 Millionen und die Kriegssteuer mit 5 Milliarden zusammen, so ergibt sich für das Reich ein Betrag von etwa 6 Milliarden an direkten Steuern, die während des Krieges erhoben worden sind. (Hört! hört!)

Meine Herren, wir müssen dabei in den Kreis der Betrachtungen meines Erachtens auch das ziehen, was die Bundesstaaten und Kommunen an direkten Steuern während dieser Zeit erhoben haben. Da kann ich naturgemäß nur von einigen Stichproben, wie sie sich für Preußen und eine Reihe größerer Kommunen ergeben haben, ausgehen. Lege ich die preußischen Verhältnisse zugrunde, so wird sich für das Reich für die drei Kriegsjahre noch ein Plus von etwa 2 Milliarden ergeben. Dieser Betrag von 8 Milliarden, auf den ich hiermit hinweisen möchte, ist der Betrag, den wir an direkten Kriegssteuern aus besonderem Anlaß des Krieges für sämtliche Steuerbeteiligten erhoben haben. Ich bin mir durchaus bewußt, daß das nur ein bescheidener Teil der tatsächlichen Kriegsausgaben ist, und daß unsere bisherigen Kriegssteuern in erster Linie dazu dienen sollten, das steigende Zinsensoll sowie die Ausfälle an anderen Steuern zu decken, und daß auch aus der Kriegssteuer, der sogenannten Kriegsgewinnsteuer, nur ein Teil übrig bleiben wird, um das Anleihe-soll herabzumindern. Aber, meine Herren, diesen von Ihnen gebilligten Zweck haben diese Kriegssteuern bisher voll erfüllt.

Ich halte es gerade gegenüber verschiedenen Angriffen für wünschenswert, das einmal heute ausdrücklich festzustellen, und ich gehe auf diese Zahlen auch deswegen ein, um einen Irrtum meines englischen Kollegen Bonar Law zu berichtigen, der sich neulich mit so lebhaftem Interesse gerade mit unserer Kriegsfinanzierung beschäftigt hat. Er glaubte, darauf hinweisen zu müssen, daß in England, im Gegensatz zu uns, der Betrag der bereits jetzt dort geschaffenen Einnahmen genügen würde, um auch die späteren Friedensausgaben voll zu decken, einschließlich der Verzinsung der Kriegsschulden. Ich erlaube mir, dahinter ein Fragezeichen zu setzen, und dieses Fragezeichen machen mit mir auch einige der angesehensten englischen Finanzzeitschriften.

Es ist dabei darauf hinzuweisen, daß auch die englische Einkommensteuer immer nur auf ein Jahr bewilligt wird, und daß sie nach ihrer ganzen Art augenblicklich auch den Charakter einer eigentlichen Kriegssteuer, einer Kriegsgewinnsteuer trägt. Denn wovon wird sie erhoben? Von den außerordentlichen Einnahmen, die in England auch aus Anlaß des Krieges nicht nur zu Lasten des englischen Fiskus, sondern auch zu Lasten des Fiskus der verbündeten Staaten und zu Lasten sehr vieler Neutralen gezogen werden. Außerdem scheint mir in jener Rechnung des englischen Schatzkanzlers die Kriegsgewinnsteuer Englands, trotz alles seines Leugnens, doch auch als mehr oder weniger normale Einnahme in das Budget Großbritanniens eingestellt zu sein. (Sehr richtig!)

Noch ein anderer Irrtum dürfte bei Bonar Law vorliegen, und auch auf ihn machen die englischen Finanzzeitschriften mehr oder weniger deutlich aufmerksam. Der englische Schatzkanzler zieht bei seinem Vergleich der deutschen Kriegsausgaben mit den englischen von den letzteren, den englischen, ohne weiteres alle an die Bundesgenossen geleisteten Vorschüsse ab, und er vergleicht dann diese Restsumme schlankweg nicht mit den deutschen tatsächlichen Kriegsausgaben zum selben Zeitpunkt, sondern mit unseren bis dahin bewilligten Krediten. Meine Herren, das scheint mir ein Vergleich inkommensurabler Größen zu sein, der nicht ganz unbedenklich ist, vor allen Dingen dann, wenn er zu einer Zeit gezogen wird, in der eben erst bei uns eine größere Kreditvorlage bewilligt worden ist.

Noch bedenklicher aber ist die weitere völlig aus der Luft gegriffene Behauptung des englischen Schatzkanzlers, in unseren bewilligten Kreditsummen seien die den Verbündeten geleisteten Vorschüsse nicht enthalten. Ich sagte vorhin: der englische Schatzkanzler zieht ohne weiteres von der Gesamtsumme der englischen Kriegsausgaben die Vorschüsse an die Verbündeten ab. Diese Vorschüsse betragen nach Mitteilung desselben Schatzkanzlers nicht weniger als 26 Milliarden Mark. Ich will das zarte Verhältnis zwischen dem englischen Gläubiger und seinen Schuldnerstaaten nicht mehr trüben, als dies inzwischen der „Economist“ und

der „Statist“ getan haben. Beide sprechen nämlich ganz unverhohlen die Befürchtung aus, daß England genötigt sein könnte, jene 26 Milliarden Mark in den Rauchfang zu schreiben.

Meine Herren, ich sagte: der Schatzkanzler vergleicht inkommensurable Größen, indem er englische tatsächliche Ausgaben und deutsche Kredite einander gegenüberstellt. Ich sagte, daß er ferner behauptete, zu unseren bewilligten Krediten seien noch die an die Bundesgenossen geleisteten Vorschüsse hinzuzuzählen. Nach dieser Richtung kann ich ihn vollkommen beruhigen. Die Summen, die wir in irgend einer Form zur Stärkung des Kredits unseren Bundesgenossen zur Verfügung gestellt haben, betragen nur einen kleinen Teil der vorhin von mir genannten englischen Summe, und all diese Summen, in welcher Form wir sie auch zur Verfügung gestellt haben, sind jedesmal auf Heller und Pfennig in die von ihnen bewilligten Kredite eingerechnet. (Hört! hört!)

Die Herren Mitglieder des Hauptausschusses werden sich erinnern, daß ich bei der jedesmaligen Kreditvorlage alle Zahlen nach der Richtung gegeben und ausdrücklich darauf hingewiesen habe: auch das, was wir in der Form von Garantien geleistet haben, wird in die Kredite eingerechnet, trägt aber zu ihrer Erschöpfung bei. (Sehr richtig!)

Meine Herren, aus dem Kreise der von Ihnen sonst beschlossenen bisherigen Kriegssteuern verdienen zahlenmäßig vielleicht noch die **Zigarettensteuer** und die **Kohlensteuer** eine Erwähnung. Die Zigarettensteuer hatten wir, wie Sie wissen, mit dem Kriegsaufschlag für dieses Jahr auf rund 126 Millionen Mark veranschlagt. Ich glaube, nicht zu hoch zu greifen, wenn ich sage, daß nach den Ergebnissen des ersten halben Jahres ein Betrag von mindestens 300 Millionen Mark in diesem Rechnungsjahre erreicht werden wird. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Die **Kohlensteuer** blickt erst auf eine verhältnismäßig, kurze Veranlagungszeit zurück. Sie hat im Monat Oktober fast 80 Millionen erbracht. Die **Verkehrssteuer** kommt nur allmählich in Gang. Wir haben die Abgabe von den Gütertarifen schon einführen können. Die Steuer von den **Personentarifen** wird sich erst in den nächsten, Monaten durchführen lassen, da der Neudruck sämtlicher Fahrkarten aller Eisenbahnverwaltungen eine außerordentlich große und noch einige Zeit erfordernde Arbeit macht. Es zeigt das aber, daß es doch recht nützlich war, daß, wir diesen Teil des künftigen allgemeinen Finanzprogramms jetzt schon vorweggenommen haben, damit er wenigstens im nächsten Jahre schon läuft.

Meine Herren, die siebente Kriegsanleihe hat das Ihnen bekannte erfreuliche Ergebnis gehabt. Sie hat bewirkt, daß das Jahr 1917 mit einem Gesamtanleiheertrag von etwas über 25 Milliarden Mark seine beiden Vorgänger 1915 und 1916 überflügelt hat. Von den 12,458 Milliarden Mark der siebenten Kriegsanleihe sind bis heute über 11,7 Milliarden Mark, das sind 94 Prozent, eingezahlt worden. (Lebhafter Beifall.)

Die Darlehnskassen waren am 31. Oktober 1917 für die damaligen Einzahlungen in Höhe von 10,360 Milliarden Mark nur mit 135 Millionen Mark, also mit rund 1,3 Prozent, in Anspruch genommen worden. Es schadet nichts, auch auf diese Tatsache immer wieder hinzuweisen.

Den Dank, den Ihr verehrter Herr Präsident dem Herrn Reichsbankpräsidenten und mir für dies Ergebnis ausgesprochen hat, möchte ich von Herzen für den Herrn Reichsbankpräsidenten akzeptieren und meinerseits an die vielen Zehntausende freiwilliger Helfer weitergeben, die wir im ganzen Lande gehabt haben. Allein hier in Berlin sind für die Kriegsanleihe nicht weniger als etwa 4000 Vertrauensleute unentgeltlich und freiwillig tätig gewesen. Ich möchte den Dank aber auch weitergeben an die Presse, die uns wieder unermüdlich geholfen hat, an die Banken und Sparkassen, vor allen Dingen auch an das Heer, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis hat fördern helfen.

Meine Herren, der große Erfolg der Kriegsanleihe beweist, daß unsere Art der Kriegsfinanzierung im Einvernehmen mit dem deutschen Volke, Ihre bisherige Zustimmung zu den verschiedenen Kredit- und Steuervorlagen beweist, daß sie auch im Einvernehmen mit diesem hohen Hause erfolgt ist. Die beiden ersten Lesungen der Kreditvorlage geben mir die Hoffnung, daß Sie auch dem heute vorliegenden Nachtragsetat Ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß das, was bisher auf dem finanziellen Gebiete, insbesondere auf dem Gebiete der Steuern geschehen ist, noch nicht allzuviel bedeutet, und daß die größten Aufgaben noch vor uns liegen. (Sehr richtig! links.)

Ich denke aber, daß wir während des Krieges den durch drei Jahre verfolgten Weg weiter gehen werden, das heißt nach Möglichkeit Konsolidierung der jeweilig aufgelaufenen Kriegskosten durch regelmäßig wiederkehrende langfristige, festverzinsliche Anleihen, Aufbringung des Zinsendienstes durch neue, eventuell auch den besonderen Verhältnissen des Kriegs angepaßte Steuern, organische Finanzreform unter Durchführung eines größeren Programms aber erst dann, wenn wir in der Lage sind, alle wirtschaftlichen und sonstigen, vor allen Dingen auch politischen Kriegsfolgen zu übersehen.

Meine Herren, an dem Programm, von dem ich eben sprach, wird seit über einem Jahre bei uns gearbeitet. Einstweilen werden die Steine zu dem Bau zusammengetragen und es läßt sich vielleicht auch schon hier und da eine gewisse Umrißlinie erkennen. Aber ihre klare Herausarbeitung wird erst möglich sein, wenn jene von mir vorhin angedeuteten Folgen genau zu übersehen sind. Das hindert nicht, daß die eine oder andere Steuer, wie zum Beispiel die Verkehrssteuer, die ich vorhin erwähnt habe und die doch in jedem denkbaren Programm unter allen Umständen ein Baustein sein würde, herausgenommen und vorweg beschlossen wird. Eines glaube ich Ihnen schon heute sagen zu können: die Vorbereitung des Programms erfolgt im engsten Einvernehmen mit den Finanzverwaltungen der Bundesstaaten, mit denen ich persönliche Fühlung in der letzten Zeit wiederholt gesucht und gefunden habe. Sie wird zu einer endgültigen Gestattung des Programms erst führen, nach dem Sachverständige und Interessenten aus dem Wirtschaftsleben draußen gehört worden sind. Denn die Formen, in denen eine Ausnutzung der verschiedenen noch möglichen, auch schon in der Öffentlichkeit erörterten Steuerquellen erfolgen wird, sollen in erster Linie von Rücksichten der Volkswirtschaft diktiert sein. Nicht die Steuer soll hier führen, wenn es gälte, auf einem einzelnen Gebiete neue Wege einzuschlagen, sondern die Volkswirtschaft selbst. Der finanzielle Ertrag läßt sich bei der modernen Steuertechnik in der einen oder andern Form finden. Deshalb wiederhole ich: führend sollen nicht die Steuerlisten, führend sollen die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte sein, und deshalb, meine Herren, hatte ich für mein Ressort ein engstes Zusammenarbeiten mit dem neugebildeten Reichswirtschaftsamt für erforderlich. (Sehr richtig!)

Das Reichswirtschaftsamt blickt erst auf ein kurzes Leben zurück. Ich habe diese enge Fühlung sowohl mit dem bisherigen Herrn Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts gesucht und gefunden und werde sie auch bei dem jetzigen Inhaber dieses Amtes finden. Wir werden bei Vorlegung des nächstjährigen Etats dieses Thema weiter zu erörtern haben. Lassen im Frühjahr die äußeren Verhältnisse uns an die große Aufgabe herangehen, um so besser. Der gegenseitige feste Wille, durch eine große, die Bedürfnisse unseres reich gegliederten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens voll berücksichtigende Gesamtreform die Finanzen in geordnete Bahnen zu erhalten, wird bei Ihnen und der Finanzverwaltung vorhanden sein. Wo aber ein solcher Wille vorhanden ist, da werden wir — dessen bin ich überzeugt — auch einen gemeinsamen Weg finden. (Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ebert.

Ebert, Abgeordneter: Meine Herren, vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion einige kurze Ausführungen zu machen. Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedenssehnsüchtigen Welt freudig begrüßt. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges, den ersten ernsten Schritt zum Frieden. Ebenso freudig werden die schwer blutenden Völker die klare Antwort des Herrn Reichskanzlers und der Regierungen von Österreich und Ungarn auf dieses Angebot aufgenommen haben. **Der Herr Reichskanzler hat dem angebotenen Waffenstillstand zugestimmt** und erklärt, er erblicke in den russischen Friedensvorschlägen eine diskutabile Grundlage für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. **Diese Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedenskundgebung des Reichstags vom Juli d. I. verlangt einen Frieden des Ausgleiches und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung, ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung eines Volkes.** Auf der gleichen Linie wie diese Kundgebung bewegt sich die Antwort auf die Papstnote, zu der sich auch die neue Reichsleitung am Mittwoch bekannt hat. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Erklärung mit besonderer Betonung hervorgehoben, die Zukunft von Polen, Kurland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen werden. In demselben Sinne hat sich gestern der Herr Staatssekretär v. Kühlmann im Haushaltsausschuß erklärt. Er hat gesagt, für eine Neugestaltung der Dinge im Osten müsse dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung getragen werden.

Diese Erklärungen der Reichsleitung begrüßen wir mit Genugtuung. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir auf das bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen streng im Sinne und Geist dieser Erklärungen führt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unseres Erachtens nicht gerüttelt werden darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die von Rußland ehrlich gebotene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliches Entgegenkommen finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Reichsleitung wird und darf sich nach ihren Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauernd freundschaftliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland verbürgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die russische Regierung will mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen. Vom gleichen Willen ist das deutsche Volk beseelt. Wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnsinnigen Völkermorden völlig Einhalt zu gebieten: das deutsche Volk würde das aufrichtig begrüßen und sein Bestes dafür einsetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Unglück der Völker ist jedoch nach den Erklärungen der Staatsmänner in England und Frankreich mit dieser Möglichkeit leider noch nicht zu rechnen. Lloyd George und Clemenceau wollen keine Verständigung, sie wollen den Krieg bis zum Ende. Sie haben das ernste Friedensbestreben des Papstes ungeachtet gelassen und das Friedensangebot der russischen Demokratie bei Seite geschoben. Sie haben erneut zur Fortsetzung der Metzelei aufgerufen. **Über ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr.** Hat Lloyd George doch erst kürzlich noch zynisch mit der Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft gedroht. Dieses Verhalten der Regierungen Englands und Frankreichs zwingt uns nach wie vor, zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu halten. (Bravo!)

Deshalb stimmen meine politischen Freunde den geforderten Kriegskrediten zu. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsleitung nachdrücklichst verlangen, daß sie den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern unseres Landes schnellstens gerecht wird. Unter allen Umständen muß Sorge getragen werden, daß die vorhandenen Lebensmittelbestände rationell bewirtschaftet, in erster Linie der menschlichen Ernährung gesichert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die wucherische Preispolitik muß endlich unterbunden und der gemeinschädliche Schleichhandel rücksichtslos bekämpft werden. Es muß hier unverzüglich eingeschritten werden, wenn nicht die Organisation unserer Volksernährung über den Haufen geworfen werden soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das verwerfliche System des Preisanreizes scheint allerdings unter dem Regime Waldow seine Neuaufstehung zu feiern. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dafür spricht die jetzige skandalöse Erhöhung des Haferpreises, gegen die wir auch an dieser Stelle den schärfsten Protest erheben müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ernährungspolitik des Herrn v. Waldow wandelt Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerschärfsten Mißtrauen zu begegnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Erfreulicherweise hat die Reichsleitung auf einmütiges Verlangen des Reichstags sich gestern bereit erklärt, die Löhnung unserer Soldaten zu erhöhen; die Löhnung der Soldaten soll um ein Drittel, die der Unteroffiziere um ein Fünftel erhöht werden. Ich muß namens meiner Freunde und, wie ich glaube, mit Zustimmung des ganzen Hauses auf das dringendste ersuchen, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern rückwirkend ab 1. November d. J. schon in Kraft treten zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den über alles Lob erhabenen Leistungen unserer Soldaten wird der beste Dank durch schnelle Aufbesserung ihrer kargen Bezüge. Ebenso dringend müssen wir verlangen, dem einstimmigen Beschluß des Reichstags auf Erhöhung der Bezüge der verletzten Soldaten und der Hinterbliebenen der Gefallenen baldigst Rechnung zu tragen. Eine grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung dazu liegt vor. Die Durchführung kann unseres Erachtens bei der langen Dauer des Krieges aber nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Namentlich verlangt die Notlage der Witwen und Waisen der Gefallenen gebieterisch schnelle Abhilfe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In diesem Zusammenhange muß ich auch auf die Notlage der Arbeiter-Invaliden hinweisen. Die Reichsleitung hat gestern grundsätzlich auch hier eine Erhöhung der Bezüge und rasche Durchführung zugesagt. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die armen Invaliden der Arbeit noch im Laufe dieses Jahres diese dringliche Hilfe erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Einen großen Teil der zu diesen Maßnahmen erforderlichen Mittel kann die Reichsleitung leicht einbringen, wenn sorgfältiger bei Beschaffung des Kriegsmaterials gewirtschaftet wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier wird nicht nur aus dem Vollen geschöpft, hier wird geradezu Verschwendung getrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abschlüsse der Handelsgesellschaften der Kriegsindustrie liefern die himmelschreiendsten Belege für diese Wirtschaft. Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Reichtümer aufgehäuft. Vom Kriegsministerium muß entschieden gewissenhaftere Verwendung der Reichsmittel gefordert werden. Das Kriegsministerium sollte sich weniger mit Zensur und Versammlungsrecht beschäftigen, dafür mehr den Kriegsgewinnlern und ihren Schiebern auf die Finger schauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Herrn Reichsschatzsekretär müssen wir sagen, daß seine nächste Steuer unseres Erachtens eine schärfere, möglichst restlose Erfassung der Kriegsgewinne sein muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Masse unseres Volkes blutet und opfert, hat niemand das Recht, sich am Kriege zu bereichern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber, meine Herren, — und damit komme ich zum Schluß — hoffen wir, daß die Selbstbesinnung und Vernunft den Krieg mit seinen grauenhaften Opfern, seinen sinnlosen Zerstörungen und abscheulichen Begleiterscheinungen bald überwindet und allen Völkern den Frieden gibt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ledebour.

Ledebour, Abgeordneter: Meine Herren, ehe ich mich der Auseinandersetzung über die wichtigste Frage der Gegenwart, den Friedensschluß, zuwende, habe ich zu erklären, daß meine Fraktion in bezug auf verschiedene durch den Verlauf des Krieges geschaffenen Mißstände, die dringend der Abhülfe bedürfen, Anträge einbringen wird.

Der eine bezieht sich auf die Löhnung der Soldaten: Der Reichstag wolle beschließen, (v) die Löhnung der Soldaten der mobilen Truppenteile auf eine Mark, die der immobilen Truppenteile auf 50 Pfennig, die Löhnung der Unteroffiziere um 50 Prozent mit Rückwirkung vom 1. November 1917 zu erhöhen.

Der zweite Antrag lautet: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Renten der Kriegsbeschädigten sowie der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer derart erhöht werden, daß die Existenz der Familien damit gesichert wird. Meine Herren, wir halten es für unbedingt notwendig, daß rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, erstens, daß die Löhne der Soldaten dem gegenwärtigen reduzierten Geldwerte angepaßt werden (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und zweitens, daß nicht dauernd die Hinterbliebenen darben und die Invaliden dieses Krieges selber, wie man das nach früheren Kriegen erlebt hat, zum Betteln gezwungen sind. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Schon jetzt treten betrübende Erscheinungen dieser Art zutage. Es muß von vornherein dafür gesorgt werden, daß ihnen ein wirklich auskömmliches Einkommen durch das Reich gesichert wird, (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) und ich hoffe, daß der Herr Reichsschatzsekretär sich dieser Aufgabe ganz besonders widmen wird. Er würde sich dann wirklich den Dank der Invaliden und der Hinterbliebenen von Gefallenen erwerben. Das tut er aber nicht, wenn er heute rühmend hervorhebt, daß im Heere für Kriegsanleihe Propaganda gemacht wird. Es hat sich herausgestellt, daß die Art und Weise, wie die Soldaten angegangen werden, Kriegsanleihe zu zeichnen, zu den schlimmsten Mißbräuchen geführt hat. (Sehr richtig! und sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Man hat fast durchweg — wir haben aus den verschiedensten Truppenteilen derartige Auskünfte bekommen — die Erteilung von Urlaub davon abhängig gemacht, daß die Soldaten, die Urlaub haben wollen, Kriegsanleihe zeichnen müssen. (Sehr wahr! und hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Die armen Leute wurden also gezwungen, nach allem Ungemach, das sie draußen erlitten haben, um ihre Familien wiedersehen zu können, von ihrer kärglichen Löhnung noch obendrein Kriegsanleihe zu zeichnen. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Es gibt zahllose Beweise dafür; von allen möglichen Truppenteilen sind uns Beschwerden darüber zugegangen. In diesem Verfahren tritt ein Mißbrauch der Amtsgewalt der Vorgesetzten zutage, der auf das schärfste verurteilt werden muß. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich habe es deshalb lebhaft bedauert, daß der Herr Staatssekretär durch seinen Dank für die Anleihezeichnung in der Armee die Vorgesetzten ermutigt hat, bei künftigen Anleihen in gleicher Weise zu verfahren. Es wäre Aufgabe des Reichstags, in schärfster Weise ein Veto dagegen einzulegen, damit ein derartiger Unfug nicht weiter stattfindet.

Wir halten es ferner für notwendig, daß schleunigst Arbeitslosenunterstützungen aus den Mitteln des Reichs gewährt werden, und daß sobald als möglich, die Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen und Kinder wieder in Kraft gesetzt werden, da bei den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen, bei der Überarbeit, die vielfach

verlangt wird, die Volkskräfte gerade des schwächsten Teils der Bevölkerung, der Frauen und Kinder, auf das schlimmste zerrüttet werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich möchte im Zusammenhang damit noch den Wunsch aussprechen: seitens der Reichsleitung möge darauf hingewirkt werden, daß den Soldaten, die auf Urlaub gehen wollen, eine Preisermäßigung auf die Eisenbahnfahrkosten gewährt wird, indem die Fahrpreise für Schnellzüge für sie auf den früheren Stand zurückgeführt werden. Die kolossale Erhöhung der Eisenbahnkosten macht es gegenwärtig einer großen Anzahl von Soldaten und auch von Arbeitern, die von der Heeresverwaltung außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt werden, nahezu unmöglich, den eventuell gewährten Urlaub auszunützen. Die Fahrkosten für Schnellzüge sind ja auf mehr als das Doppelte erhöht worden; wenn die Urlauber aber die gewöhnlichen Personenzüge benutzen wollen, dann müssen sie darauf eine so ausgedehnte Zeit verwenden, daß der sowieso kurze Urlaub dabei vollständig aufgefressen wird. Deshalb ist es notwendig, die Eisenbahnfahrkosten für Schnellzüge für die Soldaten und die für die Heeresleitung außerhalb ihres Wohnortes tätigen Arbeiter auf das frühere Maß herabzusetzen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Damit will ich natürlich nicht befürworten, daß für die übrige Bevölkerung die gegenwärtigen hohen Fahrpreise fortbestehen sollen. Wir sind der Ansicht, daß überhaupt wieder eine Reduktion der Fahrpreise eintreten muß. Aber bei den Urlaubsreisen der Soldaten und Arbeiter ist es ein so dringendes Erfordernis des Tages, daß die Reduktion der Fahrkosten für diese Teile unseres Volkes sofort vorgenommen wird. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Mein Freund Haase hat in der ersten Lesung des Etats schon ausführlich unsere freudige Zustimmung dazu ausgesprochen, daß jetzt endlich Friedensverhandlungen in die Wege geleitet sind, und wir können mit um so größerer Genugtuung unsererseits das betonen, als **die Anbahnung dieser Friedensverhandlungen denjenigen russischen Sozialdemokraten zu danken ist, die in Rußland ungefähr dieselben Anschauungen vertreten wie meine Freunde und ich hier bei uns in Deutschland.** Es ist eben ein charakteristisches Zeichen der Entwicklung, in der wir stehen, **daß der Friede, nach dem alle Völker lechzen, gegen den nur die wenigen Kriegsinteressenten sich wenden, herbeigeführt werden wird durch dieses entschlossene Vorgehen der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland, also der Sozialdemokraten, die dort gegenwärtig das Heft in Händen haben.** (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Wir haben ja auch schon unsere Zustimmung und Anerkennung dafür ausgesprochen, daß die Reichsleitung sich bereit erklärt hat, auf die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen einzugehen, nur werden wir leider nicht restlos durch ihre Auskünfte über die Art und Weise, wie die Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen, befriedigt. Der Herr Reichskanzler hat sich in seinen Ausführungen leider nicht so einwandfrei ausgedrückt, daß wir sicher sein können, daß die Friedensverhandlungen zu dem erwünschten Ende führen werden. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Er hat im Anschluß zur Zustimmung zu den Friedensverhandlungen über die im Osten besetzten Gebietsteile noch folgendes gesagt:

Was die Zukunft von Polen, Kurland und Livland angeht, so können wir sie dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Übrigens sind alle diese Dinge noch in der Schwebe. Nachrichten, die vor einiger Zeit durch die Presse gegangen sind, als ob in allen Punkten schon feste Abmachungen getroffen wären, eilen den Tatsachen weit voraus.

Jene Nachrichten waren Mitteilungen über den Kronrat, in dem nach den anfänglichen offiziellen Erklärungen sich die Herrscher Österreich-Ungarns und Deutschlands im Einverständnis mit ihren militärischen Beiräten dafür ausgesprochen hätten, daß die polnische Krone dem Kaiser von Österreich übertragen werden sollte, und daß aus Kurland und Litauen zwei Staaten gebildet werden sollten, die dem preußischen Staat gewissermaßen als Nebenstaaten anzugliedern wären. Als ein allgemeiner Unwille darüber sich weit über unsere Kreise hinaus in Deutschland erhob, ist dann von beiden Regierungen erklärt worden, daß allerdings Verhandlungen geschwebt, daß diese Verhandlungen aber nicht zu den angeblichen Beschlüssen geführt hätten. Hierauf beziehen sich die Worte des Reichskanzlers: „Die Nachrichten, die vor einiger Zeit durch die Presse gegangen sind, als ob in allen Punkten schon feste Abmachungen getroffen wären, eilen den Tatsachen weit voraus.“

Meine Herren, darin liegt nicht eine ausgesprochene Ablehnung dieser Bestrebungen; (sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) darin wird sogar zugegeben, daß über derartige Bestrebungen Verhandlungen gepflogen sind und daß es nur noch nicht zu den angeblichen Beschlüssen gekommen ist. Ja, wenn man sich an den Wortlaut dieser Erklärung klammern sollte — ich muß mich da natürlich an den Zeitungsbericht halten, der ziemlich ausführlich ist, da das Stenogramm der Rede des Reichskanzlers noch nicht

vorliegt—, dann läßt das sogar durchaus die Möglichkeit zu, daß an der Absicht festgehalten wird, Kurland und Litauen in der damals im Kronrat behandelten Weise zu solchen Nebenstaaten der preußischen Krone zu machen.

Wir unsererseits müssen den entschiedensten Protest dagegen einlegen, daß überhaupt derartige Verhandlungen noch weiter gepflogen werden, da es nach unserer Überzeugung vollkommen ausgeschlossen sein muß, über die Köpfe der Völkerschaften, der Litauer und der Letten, die in diesen Gebieten wohnen, hinaus solche Beschlüsse zu fassen. Eine solche Absicht würde nun aber auch im Widerspruch stehen zu den Erklärungen der Reichsleitung, insbesondere zu der letzten Erklärung des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann im Hauptausschuß, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt werden soll. Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann hat seinerzeit nur die Einschränkung gemacht, daß der Schutz der Minderheiten einen wesentlichen Bestandteil der Politik der Selbstbestimmung der Völker bilden müsse. Daß beim Friedensschluß für den Schutz der Volksminderheiten, also der sprachlichen Minderheiten in den neu zu schaffenden Staaten, aber auch in den bestehenden Staaten Vorkehrungen getroffen werden, damit sind wir durchaus einverstanden; denn das entspricht einer Forderung, die wir hier gerade in erster Reihe Jahr für Jahr vertreten haben, der Forderung, daß der Grundsatz der Nationalitätentoleranz durchaus anerkannt werden müsse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn nun die Reichsleitung sich bemühen will, was ich ja für sehr erfreulich halten würde, bei eventuellen neuen Staatsgebilden, wie Polen es ist, darauf hinzuwirken, daß den sprachlichen Minderheiten — es kommen da hauptsächlich die Ukrainer, es kommen Letten, es kommen eventuell Litauer, es kommen aber auch Deutsche und das sogenannte „Jiddisch“ sprechende Israeliten in Betracht —, ein ausreichender Schutz gegen sprachliche Vergewaltigung gewährt wird, und wenn wir das auch durchaus befürwortend unterstützen werden, so müssen wir doch gleichzeitig von der deutschen Regierung verlangen, daß sie nunmehr dafür sorgt, daß im Inlande, in den deutschen Einzelstaaten, insbesondere im Königreich Preußen, nach dem gleichen Grundsatz gehandelt wird. Es muß ein für allemal ein Ende gemacht werden mit der sprachlichen Bedrückung der fremdsprachigen Minderheiten in Deutschland, der Polen, der Dänen und des französisch sprechenden Teils der Lothringer, die ja auch dabei in Betracht kommen würden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Bisher haben wir leider keinerlei Zusicherungen von den für diese Frage zuständigen Instanzen bekommen, daß nach dieser Richtschnur auch in Deutschland gehandelt werden solle. Wir erwarten aber, daß der Herr Reichskanzler, der ja gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident ist, die nächste Gelegenheit im preußischen Landtage benutzen wird, um sein Wort dafür einzusetzen, daß mit der ausnahmerechtlichen Behandlung der Polen und der Dänen ein für allemal Schluß gemacht wird. Tun Sie das nicht, meine Herren, dann werden Sie nur Heiterkeit erwecken, wenn Sie bei den Friedensverhandlungen dafür eintreten, daß in anderen Staaten nach Grundsätzen gehandelt werden soll, die Sie selber in Ihrem eigenen Staate nicht befolgen.

Meine Herren, wir können uns auf die, wie ich annehme, ernstgemeinte Zusicherung der Wortführer der Reichsleitung, daß nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verfahren wird, auch deshalb nicht unbedingt verlassen, weil sich leider bei den vielen Diskussionen im Reichstag, in den Ausschüssen und in der Presse herausgestellt hat, daß über die Tragweite des Selbstbestimmungsrechts der Völker die verschiedensten Meinungen bestehen.

Ich kann darauf hinweisen, daß der Chef der Landesverwaltung von Kurland, der gleichzeitig als Reichstagsabgeordneter dem Hauptausschuß angehört, seinerseits geglaubt hat, dort darauf aufmerksam machen zu müssen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Grenze finden müsse in dem Interesse des Deutschen Reichs. Dabei handelte es sich um die Völker im Osten in erster Linie. Trotz alles Andrängens meinerseits und von anderer Seite hat der geschätzte Herr sich nicht dazu aufschwingen können, klipp und klar zu erklären, welche einschränkenden Bestimmungen er für jene Staaten ins Auge gefaßt hat, so daß hierbei der Deutung wieder vollkommen freier Spielraum gelassen ist. Wenn man diese Ausführungen zusammenhält mit der feststehenden Tatsache, daß verschiedene Dynasten in Deutschland und ihre nächsten militärischen und sonstigen Berater sich sogar dafür aussprechen, aus jenen Ländern einen Appendix des preußischen Staates zu machen, so ist es die allerhöchste Zeit, daß in schärfster Weise gegen alle derartigen Pläne Verwahrung eingelegt wird.

Die Herren, die eine eventuelle Angliederung Kurlands und Litauens in irgendeiner Form an das Deutsche Reich oder das Königreich Preußen befürworten, berufen sich auf die Zustimmungen, die sie von einigen Honoratiorenversammlungen in jenen Ländern erhalten haben. Es handelt sich da um den sogenannten kurländischen Landtag und eine Honoratiorenversammlung in Litauen. Sie legen diese Kundgebungen als

Beweis dafür aus, daß die Bevölkerung in Kurland, Lettland und Litauen ihr Selbstbestimmungsrecht in der Weise auszuüben gedenke, daß sie eine Angliederung an Deutschland in irgendeiner Form verlangen wolle. Demgegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß die paar Dutzende von Honoratioren, von Rittergutsbesitzern und einigen Vorstehern von Städten, die in Kurland als kurländischer Landtag zusammengetreten sind, ebenso wenig ein Recht haben, für die kurländische Bevölkerung zu sprechen, wie der mecklenburgische Landtag ein Recht hat, für die Bevölkerung Mecklenburgs zu sprechen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn dieser sogenannte kurländische Landtag ist nach denselben junkerlichen Grundsätzen zusammengesetzt wie der mecklenburgische Landtag; ja in gewisser Beziehung ist die Sache da noch schlimmer.

Ich bin nun in der Lage, meine Herren, Ihnen den Beweis zu führen, daß die wirkliche Bevölkerung jener Gegenden ganz anders denkt über das Schicksal, das ihrer Erwartung nach der Krieg ihrem Lande bringen soll. Als die Nachricht von jener Eingabe des kurländischen Landtags sich in Kurland und in den übrigen Teilen Lettlands verbreitete, ist eine ganze Anzahl von Körperschaften, die im weitesten Maße die lettische Bevölkerung Livlands und Kurlands vertreten, sofort zusammengekommen. Es befanden sich darunter aus Kurland unter anderem der provisorische kurländische Landesrat, der von den kurländischen Flüchtlingen gewählt worden ist, und eine ganze Anzahl verschiedener politischer Körperschaften, die aus den südlichen Teilen Livlands, aus Kurland und aus Lettgallen, wie man die drei westlichen Kreise des Gouvernements Witebsk nennt, sich rekrutieren. Diese Versammlung hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

1. Das Volk Lettlands, das heißt die Bevölkerung Lettlands, besitzt gleich allen Völkern das Recht der vollen Selbstbestimmung. Lettland stellt ein ungeteiltes Ganzes dar und umfaßt Südlivland, Kurland und Lettgallen, das heißt die Kreise Düna, Reshiza und Ljuzin des Witebskschen Gouvernements. Lettgallen als besonderer Bestandteil Lettlands besitzt in allen Angelegenheiten der lokalen Selbstverwaltung, Administration, Sprache, Schule und Kirche Selbstbestimmung. Lettland stellt eine politisch autonome Einheit in der Republik Rußland, aufgebaut auf demokratischen Prinzipien, dar. Die gesetzgebende, exekutive, rechtliche und soziale Selbstverwaltungsgewalt befindet sich in den Händen des Volkes Lettlands und seines Landtags, welcher auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten und Proportionalen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts gewählt wird. Die Versammlung protestiert gegen Annexionen und überhaupt gegen jeglichen Versuch, die staatsrechtliche Stellung und die Grenzen Lettlands oder seiner Bestandteile ohne Wissen und Beschluß des Volkes Lettlands zu bestimmen.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Meine Herren, im weiteren Verlauf der Dinge haben die Körperschaften, die das lettische Volk vertreten, noch neuerdings Stellung zu der Möglichkeit genommen, **daß Lettland beim Friedensschluß überhaupt von Rußland getrennt werden könnte**. Der Beschluß, den sie da gefaßt haben, lautet:

Indem wir von der Entschließung vom 30. Juli von dem Prinzip der Selbstbestimmung des Volkes Lettlands auch weiterhin ausgehen, betonen wir unter eingehender Würdigung der neuen Lage, daß, falls die sich kreuzenden Interessen der internationalen Politik **die Rückkehr Lettlands in die Grenzen der russischen Demokratie** unmöglich machen sollten, wir das weitere Schicksal unseres Landes nicht von einer Fortsetzung der kriegesischen Konflikte abhängig machen und im Interesse seiner friedlichen Lösung für die internationale Regelung der unser Land angehenden Rechtsfragen eintreten, im Interesse der kriegführenden Mächte, unter besonderer Beachtung des Umstandes, daß die weitere Entwicklung eines freundschaftlichen nachbarstaatlichen Friedens zwischen Deutschland und Rußland nur möglich ist, wenn durch friedliche Verständigung der Staaten ein Ausgleich der Interessen an der baltischen Küste herbeigeführt wird. Da das aber ausgeschlossen erscheint, wenn die eine oder die andere Macht den wichtigsten Teil der baltischen Küste in ihrer Hand behält, sind wir im Streben nach einem demokratischen Frieden, der auch unsere wirtschaftliche, politische Zukunft sichern will, für die Neutralisierung Lettlands, indem durch internationale Rechtsgarantien aus Lettland ein autonomer Zwischenstaat gebildet wird. Ein republikanisches, neutralisiertes, ungeteiltes Lettland, das über seine Landesverfassung, seinen Boden und seine neutrale Küste nebst Häfen nach freiem Entschluß des Volkes verfügt, ist eine Forderung des ganzen lettischen Volkes. In dieser Lösung erblickt das lettische Volk die einzige Möglichkeit einer ersprießlichen kulturellen Entwicklung des baltischen Landes und die Sicherung seines wirtschaftlichen Aufschwungs. Im Zusammenhang damit müssen wir alle Bestrebungen zurückweisen, die auf Verdeutschung, Verrussung oder Kolonisierung der baltischen Lande hinzielen. Eines jeden feindlichen Gefühls gegenüber dem deutschen Volke bar, müssen wir

doch, von den obigen Voraussetzungen ausgehend, **eine Angliederung des lettischen Landes oder eines seiner Teile, gleichgültig in welcher Rechtsform, an Deutschland auf das entschiedenste ablehnen**, weil ein solcher Schritt nur den Keim neuer Konflikte in sich tragen und unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen würde.

(Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)⁷

Meine Herren, daraus geht also ganz klar hervor, daß das lettische Volk, welches zu 88 Prozent, also in ganz überwiegendem Maße die Bevölkerung der lettischen Gebiete ausmacht, seine Selbständigkeit nicht beeinträchtigt haben will, **daß es allerdings bereit ist, als autonomer Staat in einem republikanischen russischen Bundesstaate seine Stellung zu nehmen**, daß es, wenn es das nicht erreichen kann, aber auf der Selbständigkeit Lettlands bestehen muß, und ich kann auch mit Genugtuung verzeichnen, daß die Letten ausdrücklich sowohl jede Feindseligkeit gegenüber den unter ihnen wohnenden Deutschen wie gegenüber dem Deutschen Reiche aufs entschiedenste bestreiten; es wäre ja auch eine große Torheit, wenn sie anders dächten.

Da **die lettischen Sozialdemokraten bei allen diesen Beschlüssen die Hauptrolle gespielt haben**, befinden sich die lettischen Sozialdemokraten und die übrigen Letten, die mit ihnen gehen, ja in dieser Beziehung auch in voller Übereinstimmung mit allen Sozialdemokraten, die überall in der Welt den Grundsatz verfechten, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie auch die Rechte der Minderheiten innerhalb anderssprachiger Staaten unter allen Umständen geschützt werden müssen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Insofern kommen ja auch die Letten den Erklärungen entgegen, die der Herr Staatssekretär Kühlmann hier gestern im Hauptausschuß abgegeben hat, als er befürwortete, daß bei dem kommenden Frieden die sprachlichen Minderheiten durch irgendwelche Garantien, auf die ich hier im einzelnen nicht einzugehen brauche, geschützt werden müssen. Sie müssen vor allen Dingen das Recht der Schulverwaltung für ihre Angehörigen haben und so⁷ weit als irgend möglich auch der Betätigung in ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben. Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann und die deutsche Reichsleitung sind ja sicher, daß sie bei diesen Forderungen nicht nur die Unterstützung etwa der Letten, die doch nur wenig einflußreich bei künftigen Friedensverhandlungen sein würden, sondern auch die Unterstützung der gegenwärtigen maßgebenden Parteien und Persönlichkeiten in Rußland haben werden; denn gerade diejenigen sozialdemokratischen Parteien, die in Rußland gegenwärtig das Heft in Händen haben, haben schon vordem in der allerentschiedensten Weise sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch innerhalb des russischen Reiches aus⁷ gesprochen. **Sie gestehen den einzelnen Volksbestandteilen Rußlands, den Letten, Ukrainern, Finnen usw. vollkommen das Recht zu, sich ihre staatlichen Verhältnisse nach eigenem Ermessen einzurichten**, aber auch den Minderheiten innerhalb der russischen Grenzen wollen sie Gleichberechtigung in der Handhabung ihrer Muttersprache gewährleisten. Meine Herren, es ist leider notwendig, hier im Deutschen Reichstag das ausdrücklich zu befürworten, da wir ja wiederholt schon Beispiele erlebt haben, daß sehr einflußreiche Kreise in Deutschland dagegen arbeiten. Es muß deshalb der Deutsche Reichstag seine Meinung dahin aussprechen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Letten, Litauer und auch für die Polen unbedingt gewahrt werden muß.

Für die Polen liegt die Sache insofern anders, als meiner Ansicht nach weder aus den Wünschen des polnischen Volkes noch aus den gegenwärtigen staatlichen Verhältnissen irgendwie die Notwendigkeit hervorgeht, in Betracht zu ziehen, daß Polen noch ein Bestandteil des russischen Reichs bleiben könne. Wie die staatlichen Beziehungen Polens gestaltet werden sollen, darüber muß das polnische Volk selbst entscheiden, und zwar in freier Volksabstimmung aller erwachsenen Männer und Frauen in Polen selbst. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich hoffe, daß ich für diese Forderung besonders auch der Zustimmung bei der polnischen Fraktion des Reichstags sicher sein werde; auch sie wird sich hoffentlich dafür einsetzen, daß das polnische Volk in seiner Gesamtheit über seine eigenen Geschicke verfügt. Wenn nun die bisher zu Russisch-Polen gehörigen Bevölkerungsteile — was mir nicht einen Augenblick zweifelhaft ist — den Beschluß fassen, ein selbständiges staatliches Leben zu führen, so steht es ihnen natürlich frei, darauf hinzuwirken, daß sie in irgend eine staatliche Verbindung mit der polnischen Bevölkerung in Galizien gebracht werden, wie das von verschiedenen Seiten unter den Polen gewünscht wird. Aber nicht für statthaft halte ich, daß die österreichische und deutsche Regierung in irgend einer Weise ein Machtwort sprechen, um die Polen zu zwingen, sich den gegenwärtigen österreichischen Kaiser als ihren Monarchen zu akzeptieren und überhaupt nach den Wünschen fremder Dynastien ihre staatlichen Einrichtungen zu treffen. All das sind Fragen, die erst definitiv beim Frieden geregelt

werden können, da gegenwärtig überhaupt weder die österreichische noch die deutsche Regierung irgendwie ein Recht hat, über jene Bevölkerungsteile nach ihrem Ermessen zu verfügen.

Gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis daraus, wie unter der Voraussetzung, daß den genannten Bevölkerungsteilen des gegenwärtigen russischen Reichs das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird, künftig die Beziehungen zwischen Deutschland, Österreich und Rußland zur völligen Befriedigung aller Teile geregelt werden kann. **Wenn selbständige Staaten hergestellt werden aus Teilen jenes Gebietes oder wenn sie wieder verbunden werden mit Teilen, die gegenwärtig zu Österreich und Deutschland gehören, den polnischen Gebietsteilen dieser beiden Reiche**, so wäre es möglich, daß für diese neuen Gebiete neue Zollgrenzen errichtet werden. Es würde das zweifellos in mancher Beziehung ein wirtschaftlicher Rückschritt sein für die Bewohner dieser Gebiete. Deshalb drängt gerade die unvermeidliche staatliche Neuregelung jener deutsch-österreichisch-russischen Grenzgebiete darauf hin, daß das europäische Interesse, also das Interesse, welches Deutschland, Österreich und Rußland und die gesamten europäischen Staaten gemeinsam haben, am besten gewahrt wird, wenn die Zollschränken zwischen den einzelnen europäischen Staaten überhaupt fallen, wenn Europa sich zu einer großen wirtschaftlichen Einheit zusammenschließt. Dadurch würde künftig eine wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit für Europa geschaffen werden, wie sie gegenwärtig in der Welt nur der wichtigste Konkurrent Europas, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, haben. Europa geht außerordentlich schweren Zeiten auch nach dem Friedensschlusse entgegen. Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika mit den jetzt durch den Krieg in viel höherem Maße zerrütteten europäischen Staaten wird für diese Staaten verhängnisvoll sein, **wenn sie es nicht verstehen, die bisherigen Militärlasten bis auf ein Minimum vollkommen von sich abzuwälzen durch die Einführung des Systems der Volksbewaffnung und wenn sie nicht ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet in Europa schaffen, das auf die Dauer allein den Erfordernissen einer wirklich modernen Volkswirtschaft in Europa entsprechen kann.** Meine Herren, diese Forderung des Zusammenschlusses Europas zu einem großen Wirtschaftsgebiet drängt sich, nachdem zuerst die Sozialdemokraten diesen Zusammenschluß zu den Vereinigten Staaten von Europa, oder, wie ich es lieber genannt haben möchte, zu einem europäischen Bunde befürwortet haben, so unwiderstehlich der Erkenntnis der verschiedensten Bevölkerungsteile auf, daß jetzt auch aus den bürgerlichen Parteien solche Forderungen in wachsender Zahl erhoben werden. Ich weise nur darauf hin, daß ein **Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, der Herr Abgeordnete v. Schulze-Gaevernitz, vor wenigen Tagen in einem Vortrag, den er in einer Wirtschaftsvereinigung im preußischen Abgeordnetenhaus gehalten hat, sich im Prinzip ausdrücklich für einen solchen Zusammenschluß Europas erklärt hat.** Er hat nach meiner Meinung insofern allerdings einen Mißgriff begangen, als er glaubte, dieser Schritt könne erzielt werden auf dem Wege über ein zwischen Österreich und Deutschland und einigen anderen Staaten zu errichtendes mitteleuropäisches Bündnis. Das sogenannte Mitteleuropa, meine Herren, in dem diese verschiedenen Staaten nach den bisherigen Vorschlägen die Verpflichtung eingehen sollen, sich gegenseitig Vorzugszölle zu gewähren bei Aufrechterhaltung der bestehenden Zollgrenzen und der bisherigen Zollsätze gegenüber dem übrigen Auslande würde ein gefährlicher wirtschaftlicher Rückschritt sein, weil ein solches Sonderbündnis einzelner Staaten, ohne daß sie zu einem einheitlichen Zollgebiet verschmelzen, alle diese Staaten der Wohltaten der Meistbegünstigung beraubt. Die Verwirklichung des mitteleuropäischen Planes wäre also ein wirtschaftlicher Rückschritt, während die Verwirklichung eines europäischen Bundes mit entweder sofortiger Aufhebung aller Zölle in der ganzen Welt oder wenigstens mit Beschränkung der Zölle auf gemeinsame europäische Zollgrenzen ein gewaltiger Fortschritt wäre, der so sehr in der Bahn der Entwicklung liegt, daß er unvermeidlich ist, wenn nicht unmittelbar nach Friedensschluß, so doch in absehbarer Zeit.

Ich bin es einem Manne, der gerade jetzt in hervorragender Weise bei Anbahnung des Friedens in Europa tätig ist, schuldig, darauf hinzuweisen, **daß er zuerst in diesem Kriege die Forderung der Bereinigten Staaten von Europa erhoben hat. Das ist unser sozialdemokratischer Freund Leo Trotzki, der gegenwärtig als Bevollmächtigter der Volksräte in Rußland die auswärtigen Geschäfte des russischen Staates leitet.** Er hat wenige Monate nach Kriegsausbruch eine außerordentlich lesenswerte und beherzigenswerte Broschüre veröffentlicht, deren Voraussagen sich auf den verschiedenen Gebieten bereits erfüllt haben.

Ausdrücklich hat er darin als unausbleibliches Resultat des Krieges die Verwirklichung des Gedankens der Bereinigten Staaten von Europa angekündigt. Da er das schon vor Jahren verlangt hat, dürfen wir mit einer gewissen Sicherheit darauf rechnen, daß er, da er zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands bei der Friedenskonferenz berufen ist, bei den Friedensverhandlungen auch diese Frage in Anregung bringt. Auch unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat zwar nicht eine so weit gehende Forderung vertreten, er hat aber — ich glaube, in seiner ersten Rede, die er hier gehalten hat — auf die gemeinsamen Interessen Europas hingewiesen. Ich nehme an, daß er nicht bloß gemeinsame Kulturinteressen ins Auge gefaßt hat, sondern daß er bei seiner Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder sich nicht der Einsicht

verschlossen hat, daß die gesunde wirtschaftliche Entwicklung Europas nur dadurch gesichert werden kann, **daß die europäischen Staaten, die sich gegenwärtig bis aufs Blut zerfleischen, endlich dazu kommen, sich zu einem großen Wirtschaftsgebiete zusammenzuschließen.** (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Daran knüpfe ich die Erwartung, daß die deutsche Reichsleitung ihrerseits alles aufbieten wird, daß bei den beginnenden Verhandlungen, die nach den uns zugegangenen Nachrichten in den nächsten Tagen bezüglich des Waffenstillstandes ihren Anfang nehmen sollen, und denen Friedensverhandlungen sich bald anschließen werden — daß bei diesen Verhandlungen die deutsche Regierung mit aller Macht die Forderungen der russischen Regierung unterstützen wird, daß die Gesamtheit der anderen kriegführenden Staaten in diese Friedensverhandlungen einbezogen werden. Meine Herren, man darf sich nicht dadurch abschrecken lassen, wie der Abgeordnete Ebert, daß die ersten Äußerungen der leitenden Staatsmänner in Frankreich, England und Italien aus das Friedensangebot abstoßend gelautes haben. Gerade in jenen Ländern noch weniger als in Deutschland sind die augenblicklich amtierenden Staatsmänner unbedingt zuverlässige Mundstücke ihrer Völker. (Zuruf links.) — Sie haben allerdings augenblicklich die Macht, Herr Abgeordneter Heckscher; aber so viel Kenntnis der politischen Verhältnisse in England und Frankreich werden Sie haben, daß Sie wissen, wie rasch ein englischer oder französischer Minister-----

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Herr Abgeordneter Ledebour, ich bitte Sie, die Unterhaltung nicht mit einzelnen Abgeordneten zu führen, sondern sich mit Ihrer Rede an das ganze Haus zu wenden.

Ledebour, Abgeordneter: — So werden auch die anderen Herren wissen, daß die augenblickliche Macht, die in den Händen eines französischen oder englischen Premierministers ruht, ein sehr glitschriges Machtinstrument ist, das ihnen leicht aus der Hand gerissen werden kann, wenn sie plumpe chauvinistische Dummheiten begehen, wie das hin und wieder auch in anderen Ländern passieren kann. **Also man soll nicht, wenn jene leitenden Staatsmänner irgendwelche Äußerungen getan haben, die friedensfeindlich sind, das ohne weiteres als maßgebende Erklärung der ganzen Völker hinstellen und danach seine Politik einrichten.** Darauf kommt es an, meine Herren! Aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Ebert ging allerdings hervor, daß er die Zustimmung seiner Partei zu den neuen Kriegskrediten damit begründet, daß die Herren Lloyd George und Clemenceau gegenwärtig friedensfeindliche Äußerungen gemacht haben. Auf mich machte das allerdings den Eindruck, als ob die Herren in tödlicher Verlegenheit gewesen sind, wie sie diesmal die Zustimmung zu den Kriegskrediten begründen sollten. Sie haben offenbar erleichtert aufgeatmet, als Herr Clemenceau und Herr Lloyd George ihnen derartige Vorwände gegeben haben, um hier bei dieser Gelegenheit die Bewilligung zu den Kriegskrediten auszusprechen. Sonst würde es ihnen allerdings erheblich schwerer sein, diese Erklärung mit denjenigen Zustimmungen in Einklang zu bringen, die sie den Aufforderungen der russischen Sowjets zu gemeinsamer Friedensarbeit haben zuteil werden lassen. Sie haben der Bolschewiki-Partei, die sich an sie gewandt hat, den Glauben beizubringen versucht, daß sie in bezug auf die Friedensgestaltung vollkommen mit ihnen einverstanden seien. Wenn Sie jenen **russischen Sozialdemokraten** dabei gesagt hätten: wir werden aber gleichzeitig die Kriegskredite zur Fortführung des Krieges bewilligen, — dann würden Sie wahrscheinlich bei ihnen sehr schlecht abgeschnitten haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Denn die Sozialdemokraten Rußlands haben mit wenigen Ausnahmen von Anfang an wie wir auf dem Standpunkt gestanden, daß die Kriegskredite einer jeden kapitalistischen Regierung abgelehnt werden müssen. Meine Herren, wenn es jetzt zu Friedensverhandlungen kommt, so darf sich die deutsche Regierung auch nicht dabei beruhigen, daß die Herren Clemenceau, Lloyd George und Sonnino vorläufig das Eingehen auf Friedensverhandlungen abgelehnt haben. Sie muß auch in der Beziehung von den gegenwärtigen russischen Machthabern lernen, die ihr Friedensangebot nicht bloß an die Regierungen, sondern auch an die Völker gerichtet haben. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Dieser Aufforderung nachzukommen, meine Herren, das ist die Aufgabe aller wirklichen Sozialdemokraten, die den Kapitalismus und den Krieg mit allen seinen Auswüchsen bekämpfen. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Völker der fremden Länder zu der Überzeugung kommen, daß sie einen Frieden der Verständigung bekommen können, der sie nicht in Ungemach bringt, der ihnen keine Gebiete entreißt, daß sie einen Frieden der Verständigung bekommen können, der es den europäischen Völkern ermöglicht, ohne Haß und gegenseitige Befehdung sich nach kurzer Zeit zu einer gemeinsamen großen Kulturarbeit zusammenzuschließen.

Um das zu erreichen, meine Herren, werden wir unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands mit allen Sozialdemokraten in anderen Ländern, die mit uns eines Sinnes sind, zusammenwirken. Wir haben solche

Gesinnungsgenossen in allen Ländern, **am stärksten sind sie in Rußland vertreten, wo die Sozialdemokraten der entschiedensten sozialistisch-demokratischen Richtungen gegenwärtig ja das Heft in Händen haben, weil alle anderen Parteien abgewirtschaftet haben.** Ich sage also, wir sind der Überzeugung, daß alle diese Sozialdemokraten überall für den großen internationalen Gedanken der Völkerverständigung mit uns zusammenwirken werden, und wir hoffen von diesem Zusammenwirken, daß wirklich ein Friede in der Welt zustande kommt, der wirklich die Völker befriedigt. Nur unter dem Druck der Volksforderungen, die von den Sozialdemokraten überall formuliert und betrieben werden, nur unter dem Drucke dieser Volksforderungen eines wirklichen Verständigungsfriedens werden die kapitalistischen Regierungen sich zum Friedensschluß genötigt sehen. Scheitert aber die Hoffnung, daß jetzt infolge des Angebots der russischen Regierung ein Frieden zustande kommt, wiederum an unglücklichen Machenschaften der Kriegshetzer auch in Deutschland, werden Rußland Forderungen gestellt, auf die das russische Volk, die russischen Sozialisten wie die lettischen und die polnischen Sozialisten nicht eingehen können, scheitern die Friedensverhandlungen an der Vergewaltigung der Völker, dann wird es notwendig sein, an die Arbeiterschaft aller Länder zu appellieren, daß **sie nunmehr ohne Rücksicht auf die Regierungen, ohne Rücksicht auf die herrschenden Klassen die Machtmittel einsetzt, die sie in der Hand hat, um wirklich den Frieden zu erzwingen.** (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf v. Westarp, Abgeordneter: Meine Herren, meine Freunde hätten nicht gewünscht, daß innerpolitische Fragen aller Art so, wie es der Herr Abgeordnete Ebert getan hat, mit der dritten Lesung und der Bewilligung des Kriegskredits in der Erörterung verknüpft werden. Ich will auch dem Herrn Abgeordneten Ebert auf diesem Wege in Einzelheiten nicht folgen. Nur einen Punkt glauben meine Freunde und ich nicht unwidersprochen lassen zu dürfen. Der Herr Abgeordnete Ebert hat es wiederum für richtig gehalten, über das Amt eines Staatssekretärs und preußischen Staatsministers zu verfügen, indem er durch den Ausdruck seines scharfen Mißtrauens gegen den Chef des Kriegsernährungsamts, Herrn v. Waldow, dessen Beseitigung verlangte. Wir müssen dagegen entschieden Einspruch und Widerspruch erheben. Wir halten seinen Standpunkt auch sachlich für durchaus unberechtigt. Wir beurteilen die Politik des Herrn v. Waldow anders als die Herren Sozialdemokraten. Wir können ihm keinen Vorwurf daraus machen, sondern halten es für eine selbstverständliche Pflicht, daß er bei Regelung der Ernährungsverhältnisse soweit als möglich auch auf die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft Rücksicht nimmt. (Sehr richtig! rechts.)

Die Haferdruschprämie, die dem Herrn Abgeordneten Ebert hauptsächlich Anlaß zu seinem Angriff gab, ist, wie ich dabei bemerken möchte, nicht etwa eine Forderung der Landwirte — auch die Landwirte haben dagegen Bedenken gehabt —, sondern es handelt sich dabei, wie ausführlich auseinandergesetzt worden ist, um eine militärische Notwendigkeit. (Zustimmung rechts.)

Im übrigen hat der Herr Abgeordnete Ebert — und in einer sehr viel ausführlicheren und nach meiner Auffassung noch sehr viel bedenklicheren Weise der Herr Abgeordnete Ledebour — noch einmal Gelegenheit genommen, sich ausführlich über die Grundlagen auszusprechen, auf denen nach ihrer Meinung die etwa bevorstehenden Friedensverhandlungen geführt werden sollen. Auch das kann ich bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht für zweckmäßig halten. Nachdem es einmal geschehen ist, glaube ich indes die Auffassung des Herrn Abgeordneten Ebert nicht ins Land hinausgehen lassen zu dürfen, ohne ihr auch unsere Auffassung in ganz kurzen Worten entgegenzusetzen. Nach unserer Meinung sind bei den etwa bevorstehenden Verhandlungen nicht internationale Grundsätze und noch so schön und gut klingende internationale Theorien und Beschlüsse, sondern allein die Sicherheit und Zukunft des Deutschen Reichs maßgebend. (Beifall rechts. — Zurufe links.)

Sie müssen und werden, wie wir bestimmt erwarten, der Leitstern für den Herrn Reichskanzler und für alle an den Friedensverhandlungen Beteiligten sein, die nur so vor dem Urteil der Geschichte und des deutschen Volkes werden bestehen können. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dove: Das Wort hat der Herr Generalleutnant Freiherr v. Langemann und Erlencamp.

Freiherr v. Langemann und Erlencamp, Generalleutnant, Departementsdirektor im Kriegsministerium, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Ebert hat vorhin die Militärrenten- und Hinterbliebenenrenten in seiner Rede erwähnt. Das Gleiche hat auch der Herr Abgeordnete Ledebour getan. Als ich das letzte Mal die Ehre hatte, über den Stand der Versorgungsgesetze zu Ihnen zu sprechen, habe ich Ihnen gesagt, daß an ihrer Vollendung eifrig gearbeitet würde. Ich bin heute in der Lage, Ihnen mitzuteilen, daß die Novellen zu den Versorgungsgesetzen im

Einvernehmen mit den Kriegsministerien von Bayern, Sachsen und Württemberg, dem Reichsmarineamt und dem Reichskolonialamt im Kriegsministerium fertiggestellt sind. (Lebhaftes Bravo.)

Es schweben augenblicklich Verhandlungen mit den zuständigen Zivilressorts, die aber ebenso eifrig geführt werden wie vorher die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe. Bis zur Gesetzwerdung selbst werden wir, wie bisher, alles tun, was in unseren Kräften steht, um die erkannten Härten aus dem uns dankenswerterweise vom Reichstag zur Verfügung gestellten Kap 84 a, auszugleichen und im Unterstützungswege soviel als irgend möglich zu helfen. Insbesondere sind wir bestrebt, das Los der Kriegerwitwen zu bessern und vor allen Dingen zu verhindern, daß sie schlechter gestellt werden als vordem als Kriegerfrauen, (bravo!) wie sie noch die Familienunterstützungen bekamen. Wir haben uns mit dem Herrn Reichskanzler — Reichsamt des Innern — und dem preußischen Herrn Minister des Innern dieserhalb in Verbindung gesetzt. Sie werden uns hilfreich zur Seite stehen. Wir haben auch kürzlich erst einen Erlaß herausgegeben, der die nachgeordneten Stellen der Militärverwaltung auf diesen Punkt besonders hinweist. Ich hoffe, daß Fälle, wo sich Kriegerwitwen mit Recht darüber beklagen, daß sie schlechter gestellt werden als früher, nicht mehr vorkommen werden. (Bravo!) Ich schließe meine kurzen Ausführungen mit der sicheren Zuversicht, daß es der Regierung mit Ihrer Mitarbeit, meine Herren, gelingen wird, die Versorgungsgesetze so zu gestalten, daß die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen sagen können: Unser Vaterland, für das wir geblutet, unser Vaterland, für das wir unser Liebstes hergegeben haben, sorgt für uns! (Lebhaftes Bravo.)

Vizepräsident Dove: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Seyda.

Seyda, Abgeordneter: Meine Herren, die Rede, mit welcher der Herr Reichskanzler sich in sein verantwortungsvolles Amt eingeführt hat, hat sicherlich nicht verfehlt, überall, wo sie bekannt geworden ist, im Inlande sowohl wie im Auslande, einen großen und nachhaltigen Eindruck hervorzurufen. Und zwar nicht bloß wegen ihrer wahrhaft staatsmännischen Form — dieser sind wir ja bei allen Äußerungen des Herrn Grafen v. Hertling schon von der Zeit her gewöhnt, als er noch als Abgeordneter in diesem Hause, namentlich in auswärtigen Angelegenheiten, das Wort ergriff —, sondern vor allem wegen ihres höchst bedeutsamen Inhalts. Der Herr Reichskanzler kündigte auf dem Gebiete der inneren Politik eine Reihe von Gesetzentwürfen und Verwaltungsmaßnahmen an, die allesamt auf den freiheitlichen Ausbau des öffentlichen Lebens abzielen. Wir können unsererseits der Tendenz dieser Maßnahmen nur zustimmen. Ich brauche in dieser Beziehung auf Einzelheiten nicht einzugehen. Dann aber hat der Herr Reichskanzler bei Besprechung der Kriegslage und der auswärtigen Angelegenheiten eine Erklärung abgegeben, die gerade in seinem Munde von außerordentlicher Bedeutung sein muß. Er hat erklärt:

Was die ehemals dem Zephr des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland und Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Übrigens sind alle diese Dinge noch in der Schwebe. Nachrichten, die vor einiger Zeit durch die Presse gegangen sind, eilen den Tatsachen weit voraus.

Der Herr Reichskanzler hat mit den letzten Worten offenbar auf die Erörterungen in der Presse angespielt, welche sich an die letzte Kronratssitzung angeschlossen haben. Meine Herren, aus der Erklärung des Herrn Reichskanzlers entnehmen wir, daß er die Versuche nicht billigt, durch Kabinettspolitik über die Schicksale ganzer Völker zu bestimmen, indem diesen die Möglichkeit genommen wird, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden, daß er vielmehr zu dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich bekennt, den auch wir stets als die Grundlage für das Verhältnis der Völker zueinander vertreten haben. Wir begrüßen es als eine außerordentlich bedeutungsvolle und erfreuliche Tatsache, daß der Kanzler des Deutschen Reichs diesen bisher so heiß umstrittenen Grundsatz als für den neuen Aufbau der politischen Weltordnung maßgebend anerkennt. Selbstverständlich darf aber dieser Grundsatz nicht bloß aus Opportunitätsgründen nur für einzelne Landes- oder Volksteile gelten, sondern er muß für alle Länder und Völker zur Anerkennung gelangen, wenn er der Menschheit den wahren und dauernden Frieden bringen soll. (Lebhaftes Bravo bei den Polen.)

Vizepräsident Dove: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. David.

Dr. David, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp hat es für notwendig gefunden, gegen die Ausführungen meines Parteifreundes Ebert heftig zu protestieren und zwar nach zwei Richtungen hin. Einmal in bezug darauf, was mein Parteifreund Ebert gegen die Amtsführung des Herrn v. Waldow gesagt hat. Es handelt sich dabei nicht um eine Äußerung persönlichen Charakters gegen Herrn v.

Waldow, sondern um einen sachlichen Protest gegen eine Politik, die darauf hinausläuft, die notwendigsten Lebensmittel für das Volk noch weiter zu verteuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Statt darauf hinzuarbeiten, die Preise der Lebensmittel, die heute schon ganz unerhört sind, zu ermäßigen, wird dort eine Politik verfolgt, die auf eine noch weitere Erhöhung hinausläuft im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten. Dagegen den schärfsten Protest einzulegen, war unsere Pflicht. Daß Herr Graf v. Westarp und seine Freunde den Schild vor eine solche Politik halten, wußten wir zwar, es ist aber gut, daß es nochmals konstatiert worden ist.

Was das weitere anlangt, daß mein Parteifreund Ebert hier Grundlagen für die Verhandlungen mit den russischen Friedenskommissaren gegeben hätte, die nicht die „Sicherheit und Zukunft des Deutschen Reichs“ im Auge hätten, so ist auch das eine durchaus irreführende Auffassung. Mein Freund Ebert hat gar keine besonderen Grundlagen dafür angegeben, sondern er hat konstatiert, daß die Grundlagen, die die Reichsleitung hier vorgestern proklamiert hat, sich mit denen decken, die wir befolgt zu sehen wünschen. Es handelt sich also nicht um Grundlagen, die speziell nur von unserer Seite betont wären, andern die Grundsätze, die die Reichsleitung als die ihrigen bezeichnet hat, und wenn die Verhandlungen auf dieser Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker „gegen die Sicherheit und Zukunft“ des Deutschen Reichs gehen, so träfe dieser Vorwurf die Reichsleitung. Ich denke, daß die Reichsleitung diesen Vorwurf, wenn er von jener Seite kommt, ruhig ertragen kann. Wir sind überzeugt, daß die Vorschläge, die von konservativ-alldeutscher Seite ausgehen, nicht der Sicherheit und Zukunft unseres Reichs dienen, im Gegenteil, daß die Sicherheit und Zukunft des Deutschen Reichs aufs allerschlimmste gefährdet würde, und das, was die Herren unter dem Etikett „militärische Sicherung“ im Sinne haben, das Gegenteil von militärischer Sicherheit in Wirklichkeit für die Zukunft wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wünschen, daß bei diesen Verhandlungen Zustände im Osten geschaffen werden, die uns ein dauerndes friedliches freundnachbarliches Verhältnis ermöglichen, und wir sehen darin ein Ziel von ungeheurer weltpolitischer Bedeutung, ein Ziel, das, wenn es erreicht würde, uns zugleich auch die denkbar größte militärische Sicherung nach dem Osten hin gewähren würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir protestieren noch einmal dagegen, daß man unsere Vorschläge mit den Interessen unseres eigenen Landes in Gegensatz bringen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist aber die Bahn der Polemik, die die Herren verfolgen, daß sie ihre Auffassungen als die den Interessen des Deutschen Reichs entsprechenden hinstellen und unsere Auffassungen als diese Interessen nichtachtend, rein international orientiert. (Sehr richtig! rechts.) —

„Sehr richtig!“ sagen Sie. Das beweist aber nicht, daß es sehr richtig ist, (Lachen und Zurufe rechts) sondern es beweist mir das Gegenteil, daß es nicht richtig ist!

Meine Herren, dann noch ein Wort an die Adresse des Herrn Kollegen Ledebour. Er hat meinem Freunde Ebert vorgeworfen, die Gründe, die er für unsere Zustimmung zu den Kriegskrediten angegeben habe, seien nur Vorwände. Er hat gemeint, es sei uns schwer gefallen, die Zustimmung zu den Krediten zu begründen; das sei uns etwas erleichtert worden durch einige friedensfeindliche Äußerungen von Politikern der Ententemächte; darauf könne man aber nichts geben, denn das sei nicht irgendwie ein Beweis dafür, daß die Westmächte den Frieden nicht wollten, und deshalb sei das nur ein Vorwand, was wir zur Begründung unserer Politik hier vorgetragen hätten. **Da möchte ich denn doch konstatieren, daß es sich bei den friedensfeindlichen Äußerungen der feindlichen Staatsmänner nicht um bloße Worte handelt, sondern daß eine große Tatsache besteht, an der auch Herr Kollege Ledebour nicht vorbeigehen sollte, nämlich die harte Tatsache, daß die Männer, die die Macht in den Ententemächten des Westens in der Hand haben, das russische Friedensangebot ablehnen und die Fortsetzung des Krieges als ihr Programm der Welt verkünden.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Tatsache wird wohl auch der Herr Kollege Ledebour nicht bestreiten können, und in dieser Tatsache liegt die sachliche Begründung unserer Haltung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er dann gemeint hat, daß es gewissermaßen das Verdienst der Unabhängigen Fraktion sei, daß die Vertreter der äußersten Linken in Rußland nunmehr das Heft in der Hand haben, wenn er das begrüßt und auch daraus gewissermaßen einen Beweis abgeleitet hat dafür, daß die Politik der Ablehnung der Kriegskredite die richtige gewesen sei, so möchte ich ihm darauf erwidern: daß die Bolschewiki heute in Rußland das Heft in der Hand haben, daß dort heute eine demokratische Regierung ist, die ernstlich zum Frieden bereit ist, das verdanken sie zum allerwenigsten der Politik der Herren der Unabhängigen Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Hätten wir Ihre Politik am 4. August 1914 verfolgt, hätten wir die Kredite abgelehnt und damit das Signal der Zwietracht in unser Volk getragen, hätten wir damit die Widerstandskraft unseres Volkes gegen diese

Welt von Feinden vernichtet, (ach! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten) dann wären jetzt in Petersburg nicht die Bolschewiki am Regiment, sondern der siegreiche Zar, (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten und links) und die Bolschewiki wären in Sibirien oder im Gefängnis, (erneute lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten und links) die feindlichen Mächte aber wären daran, die deutschen Grenzen zu regulieren, im Westen, wie England und Frankreich es wollen, und im Osten, wie der Zar es wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das wäre die praktische Konsequenz Ihrer Politik gewesen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Deshalb, meine Herren, wenn Sie die Rechtfertigung unserer Politik sehen wollen, sehen Sie sie einmal darin, daß auch bis heute noch die Gegner im Westen nicht bereit sind, uns den Frieden zu geben, der durch das russische Friedensprogramm umgrenzt ist, und zum anderen darin, daß der wirkliche Verlauf der Weltgeschichte — und das ist das entscheidende — unsere Politik gebilligt und ein vernichtendes Verdikt über Ihre Politik abgegeben hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zimmermann.

Zimmermann, Abgeordneter: Meine Herren, wir hatten uns vorgenommen, zu dieser Kreditvorlage nicht zu sprechen. Die Debatte hat sich aber durch verschiedene Parteien weiter entsponnen, und ich möchte doch einen möglichst friedlichen Schlußakkord hinzufügen. (Heiterkeit.)

Von allen Seiten ist die neue Kreditvorlage als notwendig begrüßt worden, denn ohne den Kredit können wir den Krieg nicht zu Ende führen. Wenn Herr Ledebour nach einer langgewundenen Erklärung schließlich dazu kam, namens seiner Partei diese Kreditforderung abzulehnen, so ist es sehr traurig um seine Belege bestellt, und die Logik, die er dabei hat zur Anwendung bringen wollen, kann sicher niemanden in den übrigen Parteien über die Notwendigkeit dieses Kriegskredits hinwegtäuschen. (Sehr richtig!)

Wir alle haben die Friedensäußerung des russischen Volkes mit großer Freude und Befriedigung gehört und wir bringen der russischen Volksseele — denn aus der russischen Volksseele kommt diese Friedenskundgebung — unsere innigste Sympathie entgegen. Rußland und Deutschland haben seit sehr langer Zeit immer die friedlichsten, nachbarlichsten Beziehungen unterhalten, und wir hoffen, daß wir dieses friedliche Verhältnis recht bald wieder herstellen, zum Segen beider Völker. (Bravo!)

Wenn man nun noch daran zweifelt, daß die Bolschewiki auch den Einfluß haben, den Frieden mit uns kraft ihrer Einwirkung und ihrer Macht im Lande schließen zu können, so glaube ich doch, daß das Programm, welches sie aufgestellt haben, ein so zündendes, reines, ehrliches ist, daß ganz Rußland in dieser wichtigen Stunde die Bolschewiki nicht im Stich lassen wird. Wir müssen doch sagen: wenn auch Rußland am Ende seiner militärischen und finanziellen Kraft ist und gewissermaßen dazu gezwungen ist, Frieden zu schließen, so ist es doch eine große Tat, wenn sich endlich Männer dazu ermannen, dies öffentlich und unbeeinflusst von ihren bisherigen Alliierten auszusprechen. Ich bin auch überzeugt, daß dieser Aufruf in erster Linie uns und unseren Verbündeten gilt. Nun möchte ich noch sagen, daß kein Volk dort so gelitten hat wie die Deutschen, und daß wir bei einem Friedensschlusse wohl alle Ursache haben — und dagegen werden die Friedensunterhändler von russischer Seite sicher nichts einwenden können —, daß wir das, was wir an Gut und Blut in Rußland verloren haben, auch wieder zurückbekommen. Viele werden nicht wissen, daß noch über hunderttausend Zivilgefangene unschuldig in Rußland sitzen, teilweise in die Wildnis, in die entferntesten Gegenden gebracht, wo sie Hunger und Durst und alle Entbehrungen erlitten haben. Ich bin überzeugt, daß diese völkerrechtswidrige Handlung der früheren russischen Regierung nie und nimmer von den jetzigen Machthabern gebilligt werden wird, und daß sie unsere Zivilgefangenen in erster Linie befreien und in ihr Vaterland zurücklassen werden. Aber auch die vielen materiellen Verluste, die gerade deutsche Reichsangehörige, die dort Pioniere von Handel und Gewerbe waren, erlitten haben, müssen ersetzt werden. Das sind ungeheure, ungezählte Summen. Wie mancher von den deutschen Flüchtlingen aus Rußland sitzt jetzt hier am Bettelstab, er weiß nicht ein und aus und vertraut unserer deutschen Reichsregierung, daß sie alles tun wird, um das Verlorene an Geld und Gut, soweit möglich ist, wieder gutzumachen. Ich hoffe, daß die Wünsche und die gerechten Forderungen der deutschen Reichsangehörigen, die in Rußland gelebt und für das Deutsche Reich alles angewandt hatten, was zu einer größeren gegenseitigen Betätigung von Handel und Industrie dienen konnte, jetzt beim Friedensschlusse nicht vergessen werden. Ich begrüße die Kundgebung, die mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie zu der Bewilligung der Kriegskredite führte; ohne Gelder können wir auch bei den jetzt beginnenden Friedensverhandlungen nicht zu einem Schlusse kommen. Das ist ausgeschlossen. Im übrigen muß ich noch meine Freude über die Summe ausdrücken, die der Herr

Reichsschatzsekretär Graf Roedern uns über die Ergebnisse der Kriegssteuern mitgeteilt hat. Sie übertrifft wohl die Erwartung von uns allen; denn 6 Milliarden, wie nach sicherer Schätzung angenommen wird, sind doch schon ein kleiner Teil der zukünftigen Deckung unserer Kriegsanleihen. Ich glaube, daß es im Interesse des ganzen Volkes ist, daß wir diese Kriegsteuer noch weiter ausdehnen und von denen abnehmen, die teilweise in wucherischer Weise, teilweise aber durch die allgemeine Geschäftslage so ungeheure Gewinne machen konnten. Wir wollen also diese Kriegsgewinne zur Deckung unserer Kriegsanleihen, zur Entschädigung aller Verluste im Auge behalten. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Graf v. Westarp, Abgeordneter: Gestatten Sie mir nur eine kurze Bemerkung gegenüber dem Herrn Abgeordneten David. Der Herr Abgeordnete David sagte, die Angriffe seines Freundes Ebert gegen Herrn v. Waldow seien nicht persönlicher Art gewesen. Ich möchte daran erinnern, daß der Herr Abgeordnete Ebert das Mißtrauen seiner Freunde gegen den Herrn Staatssekretär v. Waldow zum Ausdruck brachte, und ich glaube, der Herr Abgeordnete David wird ebenso wie ich gehört haben, daß einer seiner Freunde heute vormittag in der Kommission dem Herrn Staatssekretär v. Waldow zurief: „Demissionieren Sie doch lieber, statt hier zu reden!“ Das sind doch immerhin Angriffe, die zum mindesten das beweisen, wogegen ich mich glaubte wenden zu müssen, daß die Herren Sozialdemokraten bereits wieder die Absicht bekunden, eine Machtprobe um die Stellung eines Staatssekretärs zu machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete David warf dem Herrn Staatssekretär v. Waldow vor, er betreibe eine Politik, die darauf hinauslaufe, den Produzenten die Lebensmittel noch mehr zu verteuern, und wir stellten uns schützend vor diese Politik im eigennützigen Interesse der Produzenten. (Sehr richtig! links.)

Dieser Vorwurf ist sehr falsch und sehr unzutreffend. Er wird heute mit der Haferprämie begründet, und ich darf daran erinnern, daß Hafer zum mindesten in diesem Jahre bei der Geringfügigkeit der Ernte kein menschliches Nahrungsmittel ist, sondern durchweg zur Verfütterung der Pferde gebraucht wird. Im übrigen hat der Staatssekretär v. Waldow meines Wissens keinen einzigen Preis erhöht. Ich weise also diesen Vorwurf einer egoistischen Interessenpolitik, — etwas Verletzenderes gibt es kaum in diesem Krieg, aber wir sind es von jener Seite gewöhnt — auch bei dieser Gelegenheit mit aller Schärfe zurück. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Die allgemeine Beratung ist geschlossen. (Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts.) Ja, meine Herren, der Herr Abgeordnete Ledebour war mir nicht gemeldet worden. Ich darf indes Ihr Einverständnis annehmen, daß der Herr Abgeordnete Ledebour das Wort erhält.

Ledebour, Abgeordneter: Nur wenige Worte! Der Herr Abgeordnete David hat sich die Polemik gegen mich dadurch zu erleichtern gesucht, daß er behauptete, ich hätte gesagt, es sei unser Verdienst, das Verdienst der Unabhängigen Sozialdemokraten, daß jetzt in Rußland die Sozialdemokraten am Ruder seien und den Frieden schaffen. Das habe ich natürlich nicht gesagt. Das wäre ja Unsinn. (Zurufe und große Heiterkeit.)

Unser Verdienst ist es ebensowenig wie das Ihre, daß es jetzt zum Frieden kommt. Das Verdienst habe ich den russischen Sozialdemokraten zugeschrieben, (Zuruf von den Sozialdemokraten) — nicht Herrn Scheidemann, ach nein, dem traue ich das wirklich nicht zu, obgleich Herr Scheidemann seit einigen Monaten in der Welt herumzieht und sich immer mit seinem Scheidemannfrieden brüstet. Seine Vorschläge waren nur eine schwache Nachahmung derjenigen Vorschläge, die wir früher gemacht haben und die er bekämpft hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Was mich am meisten erstaunt hat, war doch, daß der Abgeordnete David es fertig brachte, sich auf Trotzki zu berufen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Jawohl, Sie haben sich auf die russischen Sozialdemokraten, die gegenwärtig am Ruder sind, berufen. Trotzki hat in jener Broschüre, auf die ich vorhin Bezug nahm, in der schärfsten Weise sich gegen die Taktik ausgesprochen, die Sie von Anfang an ausgeübt haben. Er sagte in bezug auf die deutsche Sozialdemokratie:

sie hat von dem ersten Augenblick an vor der Politik der Regierung und vor der elementaren Stimmung der Massen kapituliert und statt diese Waffen mit Kritik und Mißtrauen, wenn auch nur einem passiven, zu bewaffnen, hat sie den Übergang dieser Waffen durch ihre ganze Haltung in diesen vorpolitischen Zustand beschleunigt. Mit einer auffallenden Bereitwilligkeit, die am allerwenigsten geeignet war, den Herrschern Achtung vor ihr einzuflößen, hat sie ihren 50-jährigen Traditionen und politischen Verpflichtungen entsagt.

Außerdem haben die Lenin und Sinowjew und andere Führer der russischen Sozialdemokraten, die jetzt das Heft in der Hand haben, noch bis in die letzte Zeit die Politik, die die Freunde des Abgeordneten David

getrieben haben, auf das allerschärfste verurteilt. Wenn er also sagt, daß seine und seiner Freunde Politik es überhaupt ermöglicht hätte, daß jetzt Rußland eine demokratische Republik ist und Frieden schließen könne, so ist das eine vollkommene Unterschätzung der republikanischen und demokratischen Kräfte, die in Rußland am Werke gewesen sind.

Wenn Sie die Frage der Bewilligung der Kredite ferner darauf hinausspielen, daß Sie sagen, ja, wenn wir Sozialdemokraten die Kredite nicht bewilligt hätten, so wäre der Zar ins Land gekommen, so ist das absolut falsch. Denn die Bewilligung der Kredite ist eine Vertrauensfrage für die Regierung. (Widerspruch.)

Wer zu einer Regierung und ihrer Politik kein Vertrauen hat, darf ihr kein Geld bewilligen, auch keine Kriegskredite. Wenn wir das Heft in die Hand nehmen, wenn wir eine Politik betreiben, die wir verantworten können, dann würde die Zeit gekommen sein, aber nicht eher, und wir erwarten von den Sozialdemokraten in der ganzen Welt, daß sie die Politik, die die russischen Sozialdemokraten betrieben und die wir hier betrieben, durch ihre weitere Taktik unterstützen. Sie selber, meine Herren, kommen ja bei Ihrer Politik vollständig ins Hintertreffen bei der Arbeiterschaft. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das hat sich neulich erst in den Gewerkschaftsversammlungen am vergangenen Montag gezeigt, die Sie einberufen haben und in denen Sie vollständig zu Boden gestreckt wurden. (Zustimmung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten – Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. David.

Dr. David, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Ledebour hat behauptet, ich hätte mich auf Trotzki berufen. Das ist mit keinem Worte der Fall. Er hatte das nur nötig, um sein Zitat hier anbringen zu können. (Heiterkeit.)

Die Schrift von Trotzki, die er zitiert hat, ist im Jahre 1914 geschrieben, also zu einer Zeit, wo noch der weitaus größte Teil der Parteifreunde des Herrn Kollegen Ledebour für die Kredite gestimmt hat.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Ledebour sollte also die Vorlesung dieser Broschüre im Kreise seiner eigenen Fraktion vornehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) **Herr Trotzki hat, als er damals diese Broschüre schrieb, die Taktik für richtig gehalten, daß der Krieg zu beenden sei durch eine internationale proletarische Revolution. Das war der Gesichtspunkt, von dem aus Trotzki und seine Freunde auch unsere Kriegspolitik beurteilten.** Ich bin fest überzeugt, daß sich Trotzki und seine Freunde durch den Gang der Ereignisse haben belehren lassen, daß das eine falsche Rechnung war; denn ich bin der Meinung, daß Trotzki und seine Freunde sich im Gegensatz zu Herrn Ledebour und seinen Freunden durch die Tatsachen der Wirklichkeit belehren lassen. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die entscheidende Tatsache aber für die Beurteilung, ob Ihre Politik oder die unsrige die richtige war, ist und bleibt, daß die russische Revolution nicht gekommen wäre, wenn die Entente gesiegt hätte und die Armeen des Zaren nach Deutschland einmarschiert wären. (Lebhafte Zustimmung.)

Die russische Revolution ist nur möglich geworden durch eine Niederlage der zaristischen Armeen, und diese mit herbeigeführt zu haben, ist unser Verdienst, nicht das Ihrige.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hasse (Königsberg).

Haase (Königsberg), Abgeordneter: Meine Herren, Nur eine ganz kurze Bemerkung, und zwar im Interesse der geschichtlichen Wahrheit. Nicht im Jahre 1914, sondern bis in die letzte Zeit hinein haben Trotzki und Lenin die Politik des Abgeordneten David bekämpft und unserer Politik freundliche Aufmunterung gespendet. (Unruhe und Zurufe.)

Präsident: Die allgemeine Beratung ist geschlossen. Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Ich bitte die Herren, die den Nachtragsetat in der Gesamtabstimmung annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit; der Nachtragsetat ist angenommen.

Aus den russischen Geheimarchiven.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, setzt Trotzki die Veröffentlichung der Geheimdokumente fort. So bringt die „Nowaja Shisn“ vom 25. November folgende Enthüllungen:

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Bern vom 14.(17.) Oktober 1917 Nr. 815.

Ein einflußreicher jüdischer englischer Finanzmann, Teilnehmer der erwähnten Konferenz, hat sich dahin ausgesprochen, das Ziel Deutschlands sei, nach Möglichkeit den Separatismus in Rußland zu fördern, der Rußland in kleine Staaten zerlegt, für Deutschland wird es leicht sein, Handelsverträge mit schwächeren Staaten zu schließen, Litauen, Kurland usw. Die Beibehaltung der Einheit Rußlands ist gleichbedeutend mit seiner Belassung in der wirtschaftlichen Sphäre der Alliierten, was vor allem für Amerika vorteilhaft wäre. Für England ist der russische Markt nicht von besonderem Interesse, weil England mehr von seinen Kolonien und dem Seehandel in Anspruch genommen ist; deshalb scheint für England die Zerlegung Rußlands in einige kleine Staaten annehmbar, umsomehr, als im Falle einer Schwächung Rußlands, England in Asien freie Hand erhalten wird.

In dem zerstückelten Rußland wird deutsche Industrie und Handel für lange Zeit Arbeit finden. Die Konkurrenz Amerikas mit Deutschland auf dem russischen Markt wird für England sogar vorteilhaft sein, als das Ueberwiegen des Einflusses einer von den beiden Mächten. Aus den Worten der Informationsperson kann man schließen, daß gerade diese Vorschläge die Grundlage waren für den Meinungs-austausch mit den Deutschen auf der Konferenz im August und im September. Man kann immerhin annehmen, daß mit den englisch-französisch-deutschen zweigen der internationalen Finanzklique auch ein politisches Abkommen in diesem Sinne geschlossen worden ist. Eine Beteiligung der Alliiertendiplomatie ist in keiner Weise bewiesen. Eine direkte Beteiligung von Frau Andrus ist ganz ausgeschlossen, allein es konnten, um die Aufmerksamkeit abzulenken, verschiedene Kombinationen getroffen worden sein, woran sie beteiligt sein konnte. (Unterschrift)

Geheimtelegramm an den Geschäftsträger in Paris.

Ebenso mitgeteilt nach London und Rom. 11.(24.) September 1917 Nr.4225.

Unter Bezugnahme auf Ihre Nr. 947 und 952. Die Ihnen von Ribot anlässlich seiner Kammererklärung über das Februarabkommen betreffend die Ostgrenzen Frankreichs, gemachten Versicherungen sündigen leider durch ihre nicht völlige Aufrichtigkeit. Weder im Notenaustausch mit Paleologue noch in meiner mündlichen Erklärung gegenüber Noulens ist die Frage einer Verbindung dieses Abkommens mit dem Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen angeregt worden. Noulens hat mir vorgeschlagen, die vor dem Krieg abgeschlossenen Verträge, d.h. eigentlich die russischen Militärkonventionen, zu veröffentlichen. Ich habe dazu bemerkt, daß eine derartige Veröffentlichung eine allgemein bekannten Vertrages in der öffentlichen Meinung völligem Unverständnis begegnen und neue Forderungen auf Veröffentlichung der bereits während des Krieges geschlossenen Abkommen hervorrufen werde.

Indes wird eine Veröffentlichung dieser und insbesondere der rumänischen und italienischen Verträge von unseren Verbündeten offenbar für unzulässig gehalten. jedenfalls beabsichtigen wir, in keiner Weise Frankreich in dieser Sache Schwierigkeiten in den Weg zu legen und Ribot in eine noch peinlichere Lage zu versetzen. Um indessen für die Zukunft Mißverständnisse, wie sie dank seiner Mitteilungen in der Kammer schon zweimal vorgekommen, zu vermeiden, ersuche ich Sie, der französischen Regierung offiziell zu erklären, daß seitens Rußlands einer Veröffentlichung sämtlicher vor wie während des Krieges geschlossener Abkommen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, falls die Einwilligung der übrigen daran interessierten Verbündeten vorliegt. Ueber die Frage, betreffend das kleinasiatische Abkommen, werde ich Ihnen meine Erwägungen ergänzend in einem besonderen Telegramm mitteilen.

Terestschenko.

Teilung Klein-Asiens.

Information in der kleinasiatischen Frage. 21.Februar 1917

In London und Petersburg haben die britische, französische und russische Regierung ein Abkommen getroffen, betreffend die Einteilung ihrer künftigen Einflußzonen und territorialen Erwerbungen in der asiatischen Türkei, sowie auch betreffend Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates oder eine Konföderation arabischer Staaten innerhalb Arabiens.

Das Abkommen geht in allgemeinen Zügen dahin, **Rußland erwirbt folgende Gebiete:** Erzerum, Trapezunt, Wan und Bitlis sowie das Territorium Südturkestan Linie Musehaser – Dihnemar Aamalia, persische

Grenze. Endpunkt der russischen Erwerbungen am Schwarzen Meer wäre ein künftig noch zu bestimmender, das Wilajet Aden und ein im Süden durch die Linie Fintab – Madrin begrenztes Territorium bis zur künftigen russischen Grenze und im Norden begrenzt durch die Linie Ala Daza – Kessaren – Akdaga – Ildys, das Sara Obin Chaiput.

Großbritannien erwirbt den südlichen Teil von Mesopotamien mit Bagdad und bedingt sich in Syrien die Häfen Haifa und Akka aus. Nach Uebereinkommen zwischen den französischen und englischen Gebieten werde eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiger arabischer Staat gegründet werden, für welchen die Einflußsphären gleichzeitig bestimmt werden. Alexandrette wird als Freihafen erklärt. **Zum Schutze der religiösen Interessen der verbündeten Mächte wird Palästina mit den heiligen Stätten vom türkischen Territorium abgetrennt und wird einem besonderen Regime [*] unterstellt**, nach Vereinbarung zwischen Rußland, Frankreich, England.

Angesichts der gemeinsamen Regelung verpflichten sich die Mächte zu gegenseitigem Abkommen über die vor dem Kriege bereits geltend gewesenen Konzessionen und Vorteile in den von ihnen erworbenen Rayons. Sie kommen überein, den ihren Erwerbungen entsprechenden Teil der ottomanischen Staatsschuld zu übernehmen.

Mit dem Original gleichbedeutend. (Unterschrift.)

*[*einem zionistisch/ jüdischen Regime]*

Einbeziehung Griechenlands in den Krieg.

Angebot Südalbanien an Griechenland. Am 22. November 1914 haben die Gesandten Rußlands, Englands und Frankreichs der griechischen Regierung in Athen erklärt, daß Griechenland den südlichen Teil Albanien erhalten würde, mit Ausnahme Valonas im Falle eines sofortigen Auftretens zur Hilfe Serbiens. Für ein sofortiges Auftreten forderte Venizelos „Die feste Garantie Rumäniens“ gegen einen Ueberfall der Bulgaren auf Griechenland. Diese Garantie ist von Rumänien nicht gegeben worden, infolgedessen hat Griechenland Serbien keine Hilfe geleistet und das Angebot verlor seine Kraft.

Das Angebot von Territorium in Kleinasien und Griechenland.

Am **12. Januar 1915** hat der englische Gesandte in Athen auf Weisung seiner Regierung Venizelos erklärt, daß, wenn Griechenland im Moment eines neuen Angriffs Deutschlands auf Serbien, letzterem zu Hilfe komme, die Verbandsmächte Griechenland wichtige territoriale Erwerbungen an der Küste Klein-Asiens zuerkennen würden.

Am **15. Januar 1915** haben die griechischen Gesandten in Petersburg, Paris und London die Antwort der griechischen Regierung auf den englischen Vorschlag überreicht worin eine ganze Reihe von Bedingungen enthalten waren.

Am **20. Januar** hat Venizelos dem britischen Gesandten in einer Unterredung die griechischen Wünsche in Klein-Asien mitgeteilt. Die begonnenen Unterhandlungen wurden aufgehoben durch die Unterhandlungen, betreffend das Eingreifen Bulgariens und wurden unterbrochen durch den Rücktritt von Venizelos am 21. Februar 1915.

Am **9. März 1916** behändigte der griechische Außenminister Zographos den Gesandten in Athen eine Note, worin das Kabinett den Wunsch ausdrückte, die durch den Abgang von Venizelos unterbrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen.

Am **30. März** haben in Beantwortung dessen die Gesandten der Verbandsmächte die Unterhandlungen, die die Bereitwilligkeit der Regierungen Rußlands, Englands und Frankreichs ausdrückten, Griechenland im Falle eines Auftretens gegen die Türkei das Wilajet Aidin zu garantieren, wiederaufgenommen mit dem mündlichen Hinzufügen, daß das Angebot nichtig sein würde, falls Griechenland nicht unverzüglich seine Einwilligung zum Eingreifen in den Krieg erklärt, und zwar sofort, wenn die Verbandsmächte bereit sein würden, gemeinschaftlich mit den griechischen Truppen die militärischen Operationen gegen die Türkei zu beginnen. Das Eingreifen in den Krieg wurde abhängig gemacht von der formellen Garantie territorialer Integrität Griechenlands unter Einschluß des nördlichen Epirus und der Inseln während des ganzen Krieges und eine bestimmte Zeit nachher. Die territorialen Erwerbungen Griechenlands in Klein-Asien und anderen Gebieten mußten Gegenstand einer späteren Prüfung sein. Die Unterhandlungen wurden im Verlaufe eines Monats nicht erneuert, und am **1. Mai erklärte der Außenminister**, daß, weil die Verbandsmächte offenbar die Integrität Griechenlands nicht zu garantieren wünschten, das Kabinett Gunaris beschlossen habe, **weiterhin Neutralität zu bewahren**.

Die Führer unseres Volkes.

Der Reichstag hat sich vertagt. Vorher bewilligte er noch, **wie es verabredet war, einen Kredit von 15 Milliarden gegen eine verschwindende Minderheit der Unabhängigen Sozialdemokraten. Das war das Ziel der Verhandlungen der Interfraktionellen mit dem Grafen Hertling und der Preis für die Parlamentarisierung der Reichsregierung.** Ein Zufall hat den Blick von diesen Dingen abgewendet und, wie es auch sonst natürlich gewesen wäre, durch das Friedensverlangen der russischen augenblicklichen Machthaber wieder auf die großen weltgeschichtlichen Fragen gerichtet.

Zum Ausdruck kam das in der gestrigen Reichstagssitzung durch die Erklärung des Prinzen Schönaich-Carolath, daß sich **der Hauptausschuß einmütig in den Erklärungen des Reichskanzlers über seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvorschlag bekannt hat. Der Inhalt der Erklärungen des Kanzlers war die Zustimmung zu einem Frieden der Verständigung ohne Annexionen und ohne Entschädigungen**, bei dem die Völker ihr Schicksal selbst bestimmen. Graf Hertling setzt hinzu, daß er erwarte, daß die Polen, Litauer und Kurländer dort Anschluß suchen, wo hin ihre Kultur sie weist. Er konnte dies, weil bekannt ist, daß der Plan der Eingliederung Polens in Oesterreich-Ungarn durch Personalunion und die Angliederung Livlands, Kurlands an Preußen den Wünschen der Polen, Litauer und Kurländer entspricht.

Wenn der Hauptausschuß des Reichstages nun den Erklärungen des Grafen Hertling beigestimmt hat, so muß man annehmen, daß die Mitglieder des Ausschusses hinter verschlossenen Türen noch vertraulich darüber aufgeklärt worden sind, daß der Grundsatz: Keine Annexionen und Entschädigungen, selbst Rußland gegenüber nur bedingt und unseren Feinden im Westen gegenüber zunächst nicht Geltung haben darf. Aber selbst wenn das den Tatsachen entspricht, was wir aus der Einmütigkeit der Zustimmung des Ausschusses schließen zu dürfen glauben, so ist uns doch nicht ganz wohl bei der Sache, wenn wir bedenken, daß neben dem Grafen Hertling der im Fahrwasser des österreichischen Grafen Czernin segelnde Staatssekretär von Kühlmann Leiter unserer auswärtigen Politik ist und in der Schicksalsstunde unseres Volkes sein wird. Anlaß zu diesen Sorgen geben uns auch die neusten Ausstrahlungen der Staatsweisheit des **Herrn von Kühlmann im Hauptausschuß. Wie wäre es möglich, daß ein Mann das Reichsschiff im richtigen Kurs in den sicheren Hafen steuern könnte, der es fertig bringt, zu sagen, daß die russische Mobilisierung „die eigentliche und unmittelbare Ursache dieser gewaltigen Völkerkatastrophe“ gewesen ist, der in der Unterwerfung der Krone und der Reichsregierung unter die Herrschaft des Reichstages nur die Folge „notwendiger Entwicklungsgänge“ erblickt und über die feindlichen Staatsmänner, die sehr genau wissen, was sie wollen und was sie für ihre Völker erkämpfen mußten, als über kurzsichtige, unwissende und törichte Männer witzelt.**

Nachgerade weiß doch jedes Kind auch bei uns in Deutschland, daß die Ursache des Weltkrieges wirtschaftlicher Natur war, daß England es war, das durch jahrelange Vorbereitung den Ring unserer Feinde schmiedete, um uns zu verderben, und daß daher dieser Krieg für uns verloren ist, wenn es uns nicht gelingt, England so zu besiegen, daß es uns notgedrungen freie Bahn in der Welt und die Freiheit der Meere zugesteht.

Auch die letzten Tage ließen keinen Zweifel darüber, daß England und Frankreich im Bunde mit Amerika noch heute wie am ersten Tage des Krieges nichts von ihren Kriegszielen aufgeben wollen; und wenn es wahr ist, daß der Lord Lansdowne nicht nur für sich, wie die englische Regierung glauben machen will, sondern, wie die Westminster Gazette meint, im Namen mächtiger Kreise und eines Teil der unionistischen Partei die Anregung gegeben hat, an einen Frieden mit Deutschland zu denken, auch wenn ein Teil der englischen Ziele nicht erreicht werden könne, so belehren uns die Reden englischer Staatsmänner, die der Regierung nahestehen, daß die maßgebenden Lenker der feindlichen Staaten nicht von den Anregungen des Lord Lansdownes wissen wollen, und Reuter ist sogar ermächtigt, darauf hinzuweisen, daß **die Kriegsziele Englands „am besten in der unlängst erfolgten Aeußerung Clemenceaus zusammengefaßt worden seien, welche lauten: „die Kriegsziele, für welche wir kämpfen, das ist der Sieg. Clemenceau hatte aber außerdem erklärt, er weigere sich, einem Völkerbunde beizutreten, dem Deutschland angehöre.““**

Er stößt dabei allerdings auf Widerspruch bei dem Chefredakteur Gardiner der Daily News: **Clemenceaus Programm bedeute, daß mit dem Friedensschlusse nicht die Zeit eines Neuaufbaues der Welt, sondern der Vorbereitung für den nächsten Weltkrieg anheben würde; und auch Austen Chamberlain macht**

Friedensverhandlungen von der freiwilligen Unterwerfung Deutschlands oder davon abhängig, daß England militärisch in der Lage sei, die Friedensbedingungen zu diktieren.

Wie schon einmal (am 19. Juli) meldet sich in einem Augenblick, in dem der Reichstag und die Reichsregierung verhängnisvolle Bahnen einzuschlagen beginnen auch heute ein anderer zum Wort: Hindenburg. Mit seinem Vorgehen bei Cambrai und der Gefangennahme von 4.000 Engländern gibt sowohl den Leuten im Wallotbau und in der Wilhelmstraße, wie denen jenseits unserer Fronten die einzig wirksame und richtige Antwort. Statt Worten, die nur zur Verwirrung der Geister beitragen, schafft er die klärende Tat: das deutsche Schwert wird nicht nur die Vorbedingungen für Friedensverhandlungen, sondern das Kriegsziel selbst bestimmen; und ein anderer Staatsmann, zu dem, wie die Kundgebungen der Vaterlandspartei in allen Gauen unseres Reiches erweisen, der weitaus größte Teil unseres Volkes unbedingtes Vertrauen hat, Tirpitz hat dafür gesorgt, daß wir dieses Ziel erkennen, und auch den Weg, auf dem allein wir es erreichen können. Hindenburg und Tirpitz sind die wahren Führer unseres Volkes zur klaren Erkenntnis unseres Schicksalskampfes und seiner aus wirtschaftlichen Ursachen herausgewachsenen Bedeutung.

Hindenburg und Tirpitz, nicht Hertling, Kühlmann, Scheidemann, Erzberger usw., die vergessen haben, wie die Kosaken in Ostpreußen gehaust haben, wie zehntausende deutscher und österreichischer Gefangener und fortgeschleppter Männer und Frauen gemartert und zu Tode geplagt wurden und wieviele Opfer an Gut und Blut uns dieser Krieg gekostet hat; welche Meere von Tränen vom deutschen Volke vergossen wurden – nicht diese, sondern Hindenburg und Tirpitz sind die rechten Führer auch zu der Erkenntnis, daß es sich für uns – selbst angesichts der von Petersburg eingeleiteten Friedensverhandlungen – nicht darum handeln kann, um den Frieden zu ringen, sondern allein um den Sieg!

Die Freiheit der Meere, ohne die das deutsche Volk dauernd von England und Amerika abhängig sein würde, ist nicht zu erreichen durch einen Frieden nach Petersburger Muster, zu dessen Grundsätzen sich der Reichsausschuß gestern bekannt hat. Geben wir Belgien und Flandern wieder dem englischen Einfluß preis, so hat das deutsche Volk seine Zukunft verspielt. Nur völlige Freiheit unserer Weltwirtschaft schützt auch die Massen unseres Volkes vor Verelendung, unsern Staat vor Machtlosigkeit.

R.Fr.

Deutsche Zeitung – Nr. 607 – Sonntag, 02. Dezember 1917 – S. 1

Hertling.

Die nachstehenden Ausführungen, die uns von besonderer Seite zugehen, gelangten durch ein Versehen erst verspätet in unseren Besitz, dürften aber gerade nach der Reichstagsrede Hertlings Interesse beanspruchen.

Kurz vor dem Kriege hielt der **freisinnige Professor von Schultze-Gävernitz** im Verein „Eugen Richter“ in Berlin einen Vortrag, in dem er unter anderem forderte: „heute kommt es darauf an, Preußen süddeutsch zu machen“. Dieses Ideal ist jetzt erreicht. Preußen ist zur Reichsprovinz geworden, wird vom Reiche aus regiert, und im Reiche waltet das Schultze-Gävernitzsche „Süddeutschland“.

Die Herren von Payer und Graf Hertling als Regenten des Reichs und Preußens sind keine Zufallserscheinungen, sondern der lebendig gewordene Ausdruck eines politischen Prinzips, das **antibismärkischen Prinzips der „reichsfeindlichen Demokratie“**. Ihre Berufung bedeutet den Schlußpunkt hinter der Entwicklung, die man seit Bismarck als den „Neuen Kurs“ zu bezeichnen pflegt. Damit ist nun endlich der Grabhügel Bismarcks eingeebnet. „Es ist erreicht.“

Über Herrn von Payers Wirksamkeit ein Wort zu verlieren, ist nicht nötig. Anders verhält es sich mit dem Grafen Hertling. Manche sind sich über ihn noch im unklaren. Einzelne haben ihn nach seinen zweifellos treffenden Beiträgen zum Staatslexikon der Görresgesellschaft beurteilt, wo er sich über den Begriff Demokratie ausläßt. Das hat wohl auch die konservative Presse zu einer heute nicht angebrachten Zurückhaltung seiner Ernennung gegenüber veranlaßt. Es kommt aber nicht auf das an, was einer einmal geschrieben hat, sondern auf das, was er tut. Die Art und Weise des Zustandekommens der Hertlingschen Kanzlerschaft konnte einem staatsrechtlich und politisch Gebildeten von vornherein keinen Zweifel an den politischen Qualitäten und der Staatsauffassung des neuen Herren lassen. Wie Graf Hertling zur Bismarckschen Staatsidee steht, dürfte genügsam bekannt sein. Als rücksichtsloser Vertreter bayerischer Sonderstaats- und Hausmachtpolitik kann er ja nun nach verschiedenen Richtungen hin in die Lage kommen, „Preußen süddeutsch zu machen“.

Vor allem aber erscheinen Hoffnungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ganz und gar unbegründet. Daß der große geschichtliche Moment, vor dem jetzt das Bismarckreich steht, nur von einem

Führer ausgewertet werden kann, der in der Tradition preußisch-deutscher Geschichtsauffassung steht und in dessen Seele die heilige Flamme heißer Liebe zur norddeutschen protestantischen Kaisermacht lodert, liegt auf der Hand. Es liegt in der Natur der Sache, daß davon bei Hertling nicht die Rede sein kann. Aber mehr noch. Wir wissen, **daß die ungestörte Führung der Reichsgeschäfte durch Bethmann Hollweg in Frankfurterischer Richtung nur möglich geworden ist durch die Mitverschuldung Hertlings, der sie im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und anderwärts zielbewußt gedeckt hat.** Wir wissen, daß er dabei nicht nur passiv, sondern aktiv beteiligt war und alles getan hat, um eine sachgemäße Kritik der Bethmannschen Konkurspolitik zu hintertreiben.

Wir wissen, daß er sein redlich Teil auch dazu beigetragen hat, den Durchbruch der Wahrheit an höheren Stellen zu verhindern. Von welcher Auffassung seine Kgl. bayerische Regierung Reichsnotwendigkeiten gegenüber ausging, zeigte der bekannte Artikel in der „Bayerischen Staatszeitung“ (Nr.104 von diesem Jahr), in dem der **Verzicht auf eine Kriegsentschädigung in Aussicht gestellt wurde.** Daß dieser Artikel von maßgebender („hervorragender“) bayerischer Seite stammte, bestätigte später ein Aufsatz der offiziös bedienten „Politischen Correspondenz“, in der sich überdies die bezeichnende Bemerkung fand, daß „Bismarck damals (1871) von dieser Sache noch nichts verstand“. Wie dieser Aufsatz der „Bayerischen Staatszeitung“ im Ausland wirkte, zeigt seine Behandlung durch das „**Algemeen Handelsblad**“:

„In den Ländern der Zentralmächte, wo die Lage ohne Zweifel schlechter ist, als in England und Frankreich, macht sich die Kriegsverdrossenheit je länger, je vernehmlicher bemerkbar. Kennzeichnend ist in dieser Richtung vor allem ein Artikel, der vor ein paar Tagen in der „Bayerischen Staatszeitung“, dem Organ des Bayerischen Ministerpräsidenten Grafen von Hertling, des Präsidenten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrate, erschienen ist. Darin wird offen Stellung genommen gegen alle Forderungen auf Annexionen und Kriegsentschädigungen. Wahrhaftig, es scheint seit geraumer Zeit vollkommen ausgeschlossen, daß Deutschland an der Westfront, wo es eben mit größter Mühe in einer Verteidigungsstellung standhält, seinen Gegnern die Friedensbedingungen soll vorschreiben können. Gleichwohl ist es von Bedeutung, daß dieses jetzt in dem Organe des Bayerischen Ministerpräsidenten öffentlich betont wird!“

Ein weiterer wertvoller Beleg für die innere Stellungnahme Hertlings zu Lebensfragen des Reichs und zu militärischen Angelegenheiten ergibt sich aus seiner Stellungnahme gegenüber den dringlichen Forderungen des Wehrvereins im Frühjahr 1914 auf beschleunigte Durchführung der unbeschränkten allgemeinen Wehrpflicht. Er erklärte damals, also im blutigen Morgenrot des heraufziehenden Weltkrieges: man sei nicht mehr in der Lage, „selbst Staatsnotwendigkeiten gegenüber noch weitere Aufwendungen für Heereszwecke zu machen.“ Als sich der General Keim gegen die eigenartige Beurteilung nationaler Lebensfragen wandte, erfuhr er obendrein seitens des Hertlingschen Organs eine unsachgemäße Abfertigung. Wir erinnern uns hier eines Briefes des Reichsschatzamtes, der am Tage des Ausbruch des Weltkrieges beim Kriegsministerium einging und ähnlichen Tendenzen huldigte.

Graf Hertling ist der Träger gewisser Beziehungen zu Rom, die ihren Weg über die päpstliche Nuntiatur in München nehmen, **er ist Vertrauensmann derer, die in der Papstnote das Heil des Reichs erblicken**, und freut sich des bayerischen Herrn von Kühlmann. Und mit ihm zieht der bayerische Frhr. von Stengel seine Straße, der Wichtigste aus dem „Zweiten Ringe“, der Herrn von Bethmann Hollweg das Mittel so häufig zum Zweck wurde.

Mais revenons a nos moutons: Herr von Schultze-Gävernitz hat also recht behalten: „Heute kommt es darauf an, Preußen süddeutsch zu machen.“ **Vielleicht hat – England nichts dawider.**

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 362 – Sonntag, 02. Dezember 1917 – S. 1

Die russischen Geheimdokumente.

Konnten wir gestern die russisch-rumänische Abmachungen veröffentlichen, übermittelt uns nun der Draht weitere Dokumente, von denen besonders das Uebereinkommen mit Italien von Interesse ist. Die betreffende Stockholmer Meldung lautet:

„Prawda“ veröffentlicht ein Dokument vom Jahre 1909, welches am 17. Mai 1909 Nikolaus II. vorgelesen wurde: [siehe TR Nr.615, 02.12.1917, S.2]

Uebereinkommen mit Italien vom Jahre 1915. - („In höchstem Grade geheim“)

[Es wird von neuer und alter Zeit gesprochen: julianisch = alt, gregorianisch = neu]

Schon beim Kriegsausbruch selbst wurden Versuche unternommen, Italien vom Dreibunde zu lösen und es zu vermögen, sich den Koalitionsmächten anzuschließen. Die Versuche scheiterten jedoch. Fürst Bülow

brachte es in Rom zuwege, daß der Umschlag in der Italienisch um nicht weniger als ein ½ Jahr hinausgeschoben wurde. Aber in der zweiten Hälfte des Februar 1915 schien die Möglichkeit für Italiens Anschluß an die Koalition wieder vorzuliegen.

Zu dieser Zeit erschien Italiens Anschluß der russischen Regierung unbedingt notwendig für die Sache der Alliierten. Der Außenminister äußerte Besorgnis, daß der Eintritt einer vierten europäischen alliierten Großmacht in die Koalition die Verhältnisse der Bundesgenossen unter einander komplizieren könne. Ohne sich dem Plane des Anschlusses Italiens an die Entente zu widersetzen, meinte Sasonow doch, daß die Initiative dazu auf jeden Fall doch von Italien selbst ausgehen müßte.

Die Verhandlungen nahmen ihren formellen Ausgang in London am Schluß des Februar alten Stils auf Initiative des italienischen Botschafters. Sie wurden dann geführt zwischen Sir Edward Grey, dem französischen Botschafter Paul Cambon, dem russischen Graf Benckendorff und dem genannten italienischen Botschafter.

Die Verhandlungen wurden kompliziert einerseits durch Fürst Bülows Anstrengungen, die Wiener Regierung zu Zugeständnissen zugunsten Italiens zu vermögen und andererseits durch die Uebereinstimmung zwischen einer Reihe von Interessen, welche die Vertreter der Großmächte in London zu verteidigen hatten.

Frankreich und Rußland sahen die Forderungen Italiens als übertrieben an. Frankreich in erster Linie, soweit sie den südöstlichen Küsten des Adriatischen Meeres galten, Rußland wieder, betreffend die Territorien nordöstlich des Adriatischen Meeres.

6 Wochen gingen hin bis zur Festlegung von Details in der Frage der Zukunft der albanischen und dalmatinischen Zone. Das russische Außenministerium hielt bestimmt an den Interessen der Südslawen fest und forderte für Serbien den gesicherten Besitz des Zugangs zu einem Hafen, wobei das Ministerium Schritt für Schritt die Ansprüche Italiens auf einen größeren Küstenstreifen und auf Neutralisierung der Serbien zuerkannten Gebiete zurückschraubte. Währenddessen begannen die Kriegseignisse an verschiedenen Stellen, die Armeebefehlshaber von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß Italien ohne Aufschub auf der Seite der Bundesgenossen aufträte. Anfang April alten Stils begann das Außenministerium, dem der Wunsch der Bundesgenossen nach Unterzeichnung der Konvention mit Italien nicht sonderlich angelegen war, neue Forderungen zu stellen, die darauf hinausgingen, daß das Königreich sobald wie möglich zu aktiven Operationen schreiten sollte.

Am 26. April neuen Stiles wurde die Konvention in London von den genannten Diplomaten unterzeichnet. In den letzten der Unterzeichnung vorhergehenden Tagen war es noch gelungen, Italien zu einigen Zugeständnissen zugunsten Serbiens und Montenegros zu vermögen.

* * * * *

Die französische Presse befaßt sich nahezu ausschließlich mit der Lage Rußlands und der Veröffentlichung der Geheimdokumente. Anscheinend ist die Parole ausgegeben, die Veröffentlichung als keine neuen Tatsachen enthaltend hinzustellen und zu erklären, daß man den genauen Wortlaut der Dokumente abwarten müsse, um ein bestimmtes Urteil fällen zu können.

„**Homme Libre**“ schreibt, Deutschland habe die Veröffentlichung der Geheimdokumente verlangt in der Hoffnung, durch [dadurch] den allgemeinen Frieden zu beschleunigen. Deutschland zielt darauf ab, Rußland zu zersetzen und eine Spannung mit den Alliierten herbeizuführen.

„**Petit Parisien**“ erklärt, es handle sich nicht darum, die Vergangenheit zu erörtern, sondern die Gegenwart zu kennen und zu wissen, welche Stellung die Entente dem Verrat Lenins gegenüber einnehme; kein Problem berühre die allgemeinen Kriegsbedingungen näher. Auf der Pariser Konferenz müsse das Problem eingehend besprochen werden.

„**Journal des Debats**“ findet, daß die Dokumente den Freunden des früheren Rußlands nicht schaden könnten; sie dienten lediglich als Propagandamaterial für Deutschland. Das Blatt läßt sich dann eingehend bezüglich der Abmachungen über Konstantinopel aus, die von Frankreich nur gutgeheißen worden seien, weil das zaristische Regime der Entente den Schädel damit vollpfropfte, daß die russischen Soldaten nur für Konstantinopel und die Dardanellen kämpften und daß der schlimmste Abfall zu befürchten sei, falls ihren Wünschen nicht Rechnung getragen werde.

„**Temps**“ schreibt, die Geheimdokumente seien sehr geschickt gewählt. Man müsse sich fragen, ob Lenin und Trotzki nicht von deutschen Beratern unterstützt worden seien. Es sei nicht zu bedauern, daß die **Oeffentlichkeit Frankreichs sich endlich auf Grund genauer Dokumente über die Abmachungen, betreffend Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer, äußern könne. Im übrigen müsse man hervorheben, daß die Abmachungen über das linke Rheinufer keineswegs vorgeschrieben, daß ein autonomer, politisch und**

wirtschaftlich von Deutschland getrennter Staat gebildet werden müsse. Aus den Abmachungen gehe nur hervor, daß die russische Regierung eine Forderung Frankreichs unterstützen würde, wenn Frankreich es als notwendig erachte, eine derartige Bürgschaft auf dem linken Rheinufer zu errichten. Es hänge von Deutschland selbst ab, im Interesse der Ruhe der Welt andere Bürgschaften zu geben, die die Autonomie des linken Rheinufers überflüssig machten. Im übrigen sei die Frage, die die Maximalisten heute zu stellen bemüht seien, schon seit sechs Monaten nicht mehr aktuell. Damals habe sich die französische Kammer ja schon ausgesprochen.

„Journal“ beschuldigt die Maximalisten des Vertrauensmißbrauches. Einige Einzelheiten der Abmachungen seien für das zaristische Regime peinlich, so die Äußerungen über Norwegen.

„Petit Journal“ äußert sich ähnlich. Die Regelung hinsichtlich der Dardanellen und Konstantinopels sei lediglich zum Schaden des Feindes erfolgt, dessen hinterhältige Politik keinerlei Nachsicht verdiene. **Die Abmachungen über Elsaß-Lothringen und das linke Rheinufer bewiesen, daß Frankreich lediglich die Herausgabe der geraubten Provinzen verlange, ferner, daß Frankreich nach Möglichkeit wenig gemeinsame Grenzen mit Deutschland zu haben wünsche. Frankreich habe einfach seine und Belgiens Grenzen mit einem Pufferstaat decken wollen.** Bezüglich Rußlands dürfe man sich keiner allzu großen Hoffnungen hingeben. Die Stellung der Maximalisten scheine doch ziemlich fest zu sein, denn wenn es anders wäre, würde man sich von Kerenski Nachrichten haben.

Tägliche Rundschau – Nr. 615 – Sonntag, 02. Dezember 1917 – S. 2

Weiteres aus den russischen Geheimdokumenten.

Stockholm, 30. November. „Prawda“ veröffentlicht ein Dokument vom Jahre 1909, welches am 17. Mai 1909 Nikolaus II. vorgelesen wurde:

„Schema zu einem Vertrag mit Deutschland“

Hier wird unter anderem vorgeschlagen, daß man in Uebereinstimmung mit dem Wunsche Deutschlands offen das russisch-deutsche Mißverständnis anläßlich des österreichisch-serbischen Konflikts abwickeln müsse, und zwar so, daß nicht gleichzeitig eine Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den Regierungen in Petersburg und Wien eintreten möchte. Deutschland garantiere in dem Falle, daß Oesterreich keine neuen Aktionen auf der Balkanhalbinsel vornehmen würde.

Bis die Mächte, welche den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, in der Frage einer formellen Sanktion gewisser notwendiger Aenderungen des genannten Traktates Beschluß gefaßt hätten, würde Deutschland Rußland wirksame diplomatische Unterstützung in dessen Bestreben gewähren, eine für Rußland wünschenswerte Lösung der Frage des Sundes zu erreichen. In einem besonders geheimen Punkt wird gesagt: Für den Fall, daß England Deutschland angreift, nimmt Rußland eine neutrale Haltung ein.

Das ganze schließt mit folgendem Satz: Diesem Uebereinkommen schließen sich an, soweit es sie angeht, Italien, England und Frankreich.

Halbamtlich wird dazu bemerkt:

Dieser Entwurf ist den deutschen amtlichen Stellen gänzlich unbekannt.

Vorwärts – Nr. 330 – Sonntag, 02. Dezember 1917 – S. 1

Vertagung des Reichstags.

Der Reichstag hat sich gestern gegen den entschiedenen Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen vertagt. Die Gründe dieses Widerspruchs sind aus dem Bericht erkenntlich und überdies außerordentlich einleuchtend. Während über den Frieden im Osten entschieden wird, muss der Reichstag beisammen bleiben! Erreicht wurde aber nur, daß der Präsident erklärte, eine lange Vertagung sei nicht beabsichtigt und die Einladung zur nächsten Sitzung werde eventuell telegraphisch erfolgen. Verschärft wurde der Widerstand der Sozialdemokraten durch gewisse Vorgänge in der Haushaltskommission, die Litauen betreffen, und einstweilen vertraulich behandelt werden. Es handelte sich um einen Tatbestand, der von Cohn (Unabh. Soz.) vorgetragen, von Erzberger bestätigt wurde, und der Scheidemann zu der Bemerkung veranlaßte, die Politik müsse in der Wilhelmstrasse und nicht im Hauptquartier gemacht werden. Inzwischen werden ja hoffentlich die Friedensunterhaltungen mit Russland beginnen, und da wird sich bald herausstellen, daß man mit der bolschewistischen Regierung nicht nach Methoden der Geheimdiplomatie verhandeln kann

Montag, 03. Dezember 1917

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 614 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 1

Deutschland zu Friedensverhandlungen bereit. - Eine letzte Aufforderung an die Entente.

Petersburg, 30. November. (Reuter) Trotzki teilte den Diplomaten der Alliierten mit, daß Deutschland bereit sei, auf allen Fronten über einen demokratischen Frieden zu verhandeln, und fragte sie, ob sie an den Verhandlungen, die Sonntag beginnen, teilzunehmen wünschten.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 614 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 1

Professor Meinecke und die Vaterlandspartei. – Eine Entgegnung.

Die **Frankfurter Zeitung** bringt (Sonntag, den 25. November, Zweites Morgenblatt) einen geharnischten **Angriff des Prof. Meinecke gegen die „Vaterlandspartei“**. Die Auslassung ist nicht ohne haltlose und verletzende Unterstellungen. Da wird es einem Mitgliede der Vaterlandspartei, der dem Arbeitsausschuß derselben angehört, gewiß verstattet sein, darauf zu erwidern.

Es handle sich, führt Kollege Meinecke (auch ich bin Geschichtsprofessor) aus, für Deutschland um einen „Verteidigungs- und Selbstbehauptungskrieg“, als solcher sei er angefangen worden, als solcher müsse er ausgetragen werden, es würde sonst der moralische Kitt, der das deutsche Volk zusammenhalte, zu zerbröckeln beginnen. Es sei „ein ganz gefährliches Experiment, das deutsche Volk auf die Bahn der Eroberungspolitik führen zu wollen“. Dies wollten nicht nur die Alldeutschen, „das will auch die Vaterlandspartei“.

Als Warnung hiergegen wird nichts geringeres ausgespielt, als die Eroberungslust und die Weltherrschaftsgelüste Napoleons, dem wir nacheifern sollen!

Lord Northcliffe und die Staatslenker an der Themse können nicht wirksamer sekundiert werden, als es durch diese Auslassungen Prof. Meineckes geschieht.

Wo und wann hätte die Vaterlandspartei mehr verlangt als einen Sicherheitsfrieden? Wo sind die Länder, die sie erobern, die Völker, die sie unterjochen will? Was will sie mehr als die Sicherung unserer Grenzen und unserer Weltstellung? Die elementaren Voraussetzungen des Daseins und der Entwicklung des Deutschen Reiches?

Belgien, nicht etwa dem Reiche einverleiben und somit annektieren, sondern nur soweit unter unsere Schutzherrschaft bringen, daß es nicht ein englischer Brückenkopf und ein französisches Ausfalltor in unsere empfindliche –Flanke werde, heißt das „Eroberung“? Gar eine Eroberung nach napoleonischem Vorbilde? Sind es nicht die deutschen Waffen, die Belgien 1814/15 von Frankreich befreit und 1870 noch einmal dessen Eroberung durch die Franzosen vorgebeugt und dessen Unabhängigkeit erfochten haben? Wäre es ein Unglück für Belgien, wenn sie es in Zukunft davor bewahren würden, wieder zum europäischen Schlachtfelde zu werden?

Oder im Osten, **die einst deutschen Ostseeprovinzen**, die ihrer Kultur nach es heute noch sind, von russischer Vergewaltigung und Mißherrschaft befreien und dem Deutschen Reiche, als dessen naturgemäße Nordostmark, wieder angliedern, ohne deswegen der heimischen Bevölkerung soweit sie nicht deutsch ist, ihre Eigenart zu nehmen, wäre sträfliche Eroberungssucht? Sollen die Provinzen wieder an das Russentum kommen, damit es die deutsche Kultur vollends niedertrete und mit Hilfe der hierzu aufgerufenen und fanatisierten Letten die deutschen Balten ausrotten? Sollen weit über eine Million deutscher Kolonisten, die als Anbahner einer höheren Kultur ins Russenreich hineingelockt worden sind, um nunmehr enteignet und bis nach Sibirien hinein verschleppt zu werden, ihrem Schicksal überlassen werden?

Liegt etwas näher, als sie in den Ostseeprovinzen anzusiedeln, wo es noch genug unbebaute Flächen gibt? Oder sollen sie, was schon im Werke ist, nach Kanada befördert werden, um zu Anglikanern zu werden und damit zu Todfeinden des Deutschtums? **Sollen die Ostseeprovinzen gar zur englischen Machtsphäre geschlagen werden, damit England uns auch in der baltischen See schachmatt setze?**

Selbst die Loslösung der baltischen Provinzen von Rußland und deren Neuangliederung an das Deutsche Reich, so erstrebenswert dies auch sein mag, steht nicht als Forderung auf dem Programm der Vaterlandspartei. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß es müßig und von Uebel ist, sich auf Friedensziele

festzulegen, bevor der Ausgang des Waffenganges entschieden ist. Selbst eine bloße „Partei“ sollte dies sowohl im eigenen Interesse, wie in dem der Gesamtheit vermeiden. Man kann in dieser Hinsicht sich nicht lange genug freie Hand vorbehalten. Wir begrüßen es daher, wenn zumal der Reichskanzler sich durch keinerlei Druck verleiten läßt, sich in Bezug auf die Friedensziele irgendwie festzulegen oder nur öffentlich zu äußern, eben der Umstand, daß die Reichstagsmehrheit so zur Unzeit durch die Resolution vom 19. Juli Friedensziele festzulegen versucht hat, ist es gewesen, der die Vaterlandspartei ins Leben gerufen hat.

Die beklagenswerte Resolution hat nur die Feinde in ihrem Entschlusse: die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Deutschland am Boden liegt und sich bedingungslos ergibt, bestärkt. Unsere Gegner haben aus derselben nur geschlußfolgert, daß wir am Ende unserer Kräfte seien. Dieser Schluß lag umso näher, als die so unzweideutige amtliche Friedenskundgebung der Mittelmächte vorangegangen war und der Reichstag sich die Losung „ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung“ angeeignet zu haben scheint, die Losung, welche die Russen ausgegeben haben, die die Kriegslawine ins Rollen gebracht haben und jetzt auf dem letzten Loch pfeifen. Ich sage „sich angeeignet zu haben scheint“, indem zum Glück von dem, was die Reichstagsmehrheit als ihre Friedensziele ansieht oder angesehen wissen will, niemand nichts Gewisses weiß.

Das Allermißlichste der Resolution besteht darin, daß sie der Reichsregierung die Hände bindet oder jedenfalls zu binden sucht. Soll wirklich der Vertreter des Deutschen Reiches bei der Friedensverhandlung wie in Ketten geschlagen dasitzen und erleben, daß wenn er irgend eine den Gegnern unliebsame Forderung vorbringt, sie ihm diese als „mit der Resolution der deutschen Volksvertretung nicht in Einklang“ höhnisch vor die Füße werfen!

Daß der Friede auf unser Schwert und nur auf dieses gestellt wird, kann nicht greifbarer in Erscheinung treten, als dies seit dem Juli geschehen ist. Der Zusammenbruch der russischen Offensive in Galizien, die Befreiung des größten Teils von Galizien und der Bukowina, die Einnahme Rigas, Oesels usw. hat nicht nur die endgültige Zersetzung des russischen Millionenheeres bewirkt, sondern hat die russische Friedenspartei ans Ruder gebracht.

Die italienische Katastrophe in Friaul und Venetien verspricht, zumal wenn sie, wie zu erwarten steht, sich noch weiter auswächst, Hindenburg unbehindert auch hier ganze Arbeit macht, eine ähnliche Wirkung auszulösen. Schon zittern die Franzosen davor, daß ihnen ein Gleiches beschieden sein dürfte. Sind auch nur Rußland und Italien endgültig aus dem Spiele gesetzt, so werden auch die Lloyd George und Clemenceau ihre Rolle ausgespielt haben.

Nicht die Reichstagsresolution bringt uns dem Frieden näher, sondern Hindenburg mit unseren Feldgrauen und Blaujacken.

Dabei wird es bis zuletzt sein Bewenden behalten.

Wir im Inlande, hinter der Front, haben nur darüber zu wachen, daß wir nicht erlahmen und womöglich einen „deutschen“ Frieden erlangen, statt eines „englischen“. Die Vaterlandspartei will nur denen das Rückgrat steifen und die Augen klären, die aus Kleinmut und Kurzsichtigkeit die Flinte ins Korn werfen möchten und das zu einer Stunde, wo wir auf der ganzen Linie obsiegen und der Feind uns keine Wahl läßt, es siegen oder unterliegen heißt.

Wir haben die Ueberzeugung, daß eine bewältigende Mehrheit des deutschen Volkes mit der Mehrheit des Reichstages (dessen Mandat übrigens längst abgelaufen ist), wie sie sich am 19. Juli zusammengefunden hat, keineswegs einverstanden ist. Es gilt, diese Volksmehrheit zu Worte kommen zu lassen und zur Geltung zu bringen. Es kann dies nur geschehen, indem den Zugehörigen zu den einzelnen geschlossenen Parteien, deren Führer eine andere Losung ausgegeben haben, die Möglichkeit gewährt wird, ihre in bezug auf die Haltung in der Friedensfrage dissentierende Stimme abzugeben. Daß es sich dabei um wahrlich nicht zu verachtende Volksmassen handelt, hat der begeisterte Zuzug zur Vaterlandspartei, wie er alsbald in Berlin, München, Dresden und wo immer sie sich aufgetan haben mag, bereits mehr als zur Genüge bewiesen. In Sachsen zählt die Mitgliederliste bereits 70.000 Namen, in Dresden allein 10.000. Wir heißen uns selber eine „Partei“, nur weil keine passendere Bezeichnung sich darbot. Daß wir keine neue Parteigruppe bilden, sondern im Gegenteil nur die bestehenden Parteischranken in einer vaterländischen Lebensfrage außer Kraft setzen wollen, haben wir nachgerade wahrlich unzweideutig und nachdrücklich genug zum Ausdruck gebracht, ebenso daß uns jeder Eingriff in die innere Politik fernliegt. Uns parteipolitische Absichten zu unterstellen, ist daher nicht angängig. Als dieser Tage Tirpitz, den wir mit Stolz den Unseren nennen dürfen, von konservativer Seite ein Reichstagsmandat angeboten wurde, hat er dasselbe abgelehnt und zwar weil er kein Parteimandat will, sondern nur für ein solches zu haben ist, das von der „Gesamtheit“ ausgeht. Ist das noch immer nicht deutlich genug?

Prof. Meinecke möchte uns, die wir uns nasführen lassen sollen, ohne zu ahnen, wohin die Reise geht, mit dem blinden Hödur vergleichen, dem ein schlauer Verführer die verderbliche Waffe in die Hand drückt, um den Baldur eines neuen besseren Lebenstages für Deutschland zu töten. Bismarck, dem Meinecke den Vergleich entlehnt, hat ihn genau umgekehrt auf diejenigen angewendet gehabt, die hinter der Resolution vom 19. Juli stehen. Auf wessen Seite der eiserne Kanzler, der Schöpfer des Reiches sich heute stellen würde, darüber dürfte der Geschichtskundige, dürfte Prof. Meinecke selbst nicht in Zweifel sein.

Karlsruhe, den 26. November 1917.

Dr. Arth. Böhlingk, Professor der Geschichte an der Karlsruher Hochschule

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 614 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 2

Neue Geheimdokumente. – Der Ententevertrag mit Italien.

Stockholm, 2. Dezember. Prawda vom 26. setzt die Veröffentlichung der geheimen Dokumente fort und teilt den **Vertrag den England, Frankreich und Rußland mit Italien** eingegangen, um der Entente die Hilfe Italiens zu sichern. Hier sei folgender Auszug mitgeteilt:

Der italienische Botschafter in London Marques Imperiali beehrt sich im Auftrage seiner Regierung dem Staatssekretär Sir E. Grey, dem französischen Botschafter (London) Cambon und dem russischen Botschafter (London) Benckendorff nachstehendes Schriftstück mitzuteilen:

Artikel 1. Zwischen den Generalstäben Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und Italiens soll unverzüglich eine Militärkonvention abgeschlossen werden. Diese Konvention wird das Mindestmaß der Streitkräfte bestimmen, welches Rußland gegen Oesterreich-Ungarn zu senden hat für den Fall, daß letztgenannte Macht ihre Kräfte gegen Italien richten sollte und Rußland sich dafür entschieden hätte, hauptsächlich Deutschland anzugreifen. Die genannte Militärkonvention wird gleichfalls Fragen betreffend Waffenruhe festlegen, soweit solche vom höchsten Armeekommando abhängen können.

Artikel 2. Seinerseits verpflichtet sich Italien mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg im Bunde mit Frankreich, Großbritannien und Rußland gegen alle mit ihnen kriegführenden Mächte zu führen.

Artikel 3. Frankreichs und Englands Seestreitkräfte werden Italien ungeschwächte tätige Mitwirkung leisten, solange Oesterreichs Flotte nicht vernichtet ist, bis zum Friedensschluß. Zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien soll unverzüglich eine Konvention den Seekrieg betreffend abgeschlossen werden.

Artikel 4. Bei dem künftigen Friedensschluß soll Italien erhalten:

- die Gebiete des Trentino,
- das ganze südliche Tirol bis zu dessen natürlicher Grenze, als welche der Brenner zu betrachten ist,
- die Stadt Triest mit Umgebung,
- die Grafschaft Görz und Gradiska
- ganz Istrien bis Duarnero mit den istrischen Inseln und Lussin,
- ebenso die kleineren Inseln Plavniod, Unie, Cacki, Doli, Palazzuolo, San Pietro dei Nembi, Asmello und Gruica und der umliegenden Länder. (Ein Zusatz bezeichnet die Grenzen näher!)

Artikel 5. Ferner erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrem gegenwärtigen Umfange unter Hinzufügung von Lissarica und Trebinia im Norden und im Süden das ganze Gebiet bis zu einer Linie, gezogen vom Strande der Plankalasspitze nach Osten bis zur Wasserscheide, wodurch in Italiens Besitz alle Täler und Flüsse kämen, welche in den Sebenico münden, also: Cicola, Chera und Butisniza, nebst allen ihren Flüssen. Ebenso fallen Italien alle Inseln zu, welche nach Norden und Westen von Dalmatiens Küste liegen usw.

Artikel 6. Italien erhält mit vollem Besitzrecht Valona, die Inseln Sasseno und ein Gebiet, das hinreichend groß ist, um diese Besitzungen in militärischer Hinsicht zu sichern – vorschlagsweise zwischen dem Fluß Bopiza im Norden und im Osten, und der Grenze des Distriktes Chimara im Süden.

[Artikel 7. wird nicht erwähnt]

Artikel 8. Italien erhält mit vollem Besitzrecht alle von ihm besetzten Inseln des Dodekanes.

[Artikel 9. und 10. werden nicht erwähnt]

Artikel 11. Italien erhält den Anteil der Kriegskontribution, der dem Maße seiner Opfer und Anstrengungen entspricht.

[Artikel 12. wird nicht erwähnt]

Artikel 13. Für den Fall einer Ausdehnung der französischen und englischen Kolonialbesitzungen in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, Kompensationen zu fordern in Form einer Ausdehnung seiner Besitzungen in Eritrea, Somaliland, Libyen und den an Frankreichs und Englands Kolonien angrenzenden Gebieten.

[Artikel 14. wird nicht erwähnt]

Artikel 15. Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den Heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erreichung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.

Artikel 16. Vorliegender Vertrag soll geheim gehalten werden. Was Italiens Anschluß an die Deklaration vom 5. September 1915 betrifft, so wird diese Deklaration erst veröffentlicht werden, sobald Italien Krieg erklärt oder eine Kriegserklärung erhalten hat. Italien erklärt, so bald wie möglich aktiv aufzutreten, auf jeden Fall nicht später als einen Monat nach der Unterzeichnung des vorliegenden Dokumentes durch alle Parteien, die es angeht.

Der Tag – Nr. 614 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 2

Aus den Geheimdokumenten

Stockholm, 1. Dezember. Fortsetzung der Veröffentlichung aus Geheimdokumenten:

Wörtliche Wiedergabe eines Chiffretelegramms des Generals Sankewitsch in Paris an den Kriegsminister:

„Ich bitte um Uebergabe einer Kopie an den Generalstabschef des Stabes beim Höchstkommandierenden. Ich halte mich für verpflichtet, Sie über Nachstehendes zu informieren: Seit unserer Revolution hat sich das Verhalten Frankreichs uns gegenüber wesentlich geändert, weil die zeitweilige Schwächung unserer militärischen Hilfe unsere Verbündeten zwang, die Hauptlast der Operationen zu übernehmen, was für sie aus Erwägungen für die Zukunft ungelegen kommt. Der Mißerfolg der englisch-französischen Apriloffensive nötigte die französische Regierung zu einer besonders scharfen Bekundung der Beurteilung der Lage der Dinge in Rußland von der Parlamentstribüne herab, um darin dem Lande gegenüber für den Mißerfolg eine Rechtfertigung zu finden. Seit jener Zeit verkleinern französische Regierung sowohl wie Presse sehr konsequent die positive Rolle Rußlands, und sie finden in einer solchen Politik einen Ausweg für die offenkundige Kriegsmüdigkeit im Lande.

Der von mir gemachte Versuch, die französische Allgemeinheit durch die Presse über die Gruppierung der gegnerischen Streitkräfte und über den Umfang der feindlichen Streitkräfte an unserer Front zu orientieren, zeitigte keine Resultate, denn die Mehrzahl der Blätter lehnte die Veröffentlichung ab. Damit zugleich wurde das Streben offenkundig, die Rolle der Vertretung Rußlands zu verkleinern, denn alle Fragen; betreffend die Verteilung der Mittel und Kräfte wurden von Frankreich, England und den Vereinigten Staaten in Paris und London ohne Zuziehung unserer militärischen Vertreter entschieden, die Frage betreffend das weitere Schicksal der Salonikarmee zur Beratung von Paris nach London verlegt unter Beteiligung der gleichen Konferenzen ohne die russischen militärischen Vertreter.

Die Frage, betreffend das militärische Geheimnis, wurde gemeinsam mit den Engländern ausgearbeitet, aber ohne unser Einverständnis, ja sogar ohne uns zu informieren. **Die neuen Direktiven betreffen die strategischen Aufgaben der französischen Front, die seither in hohem Grade eine passive ist,** wurden gleichfalls ohne unsere Zuziehung und Information unserer Vertreter ausgearbeitet, aber ohne unser Einverständnis, jedoch gemeinsam mit den Engländern.“ Nr.728 Sankewitsch. Mit dem Original gleichlautend.

Der Tag – Nr. 615 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 1

Überschrift:

- **Der Waffenstillstand an der Ostfront auf dem Marsch**
- **Die Unterhändler im Hauptquartier Ost eingetroffen.**
- **Teilweise örtliche Waffenruhe von Division zu Division, Waffenstillstand von Pripet bis zur Lipa bereits Tatsache.**
- **Die Beute von Cambrai auf 6.000 Gefangene, 100 Geschütze gestiegen**

Zur Erörterung des Lansdowneschen Briefes.

Die Presse der sogenannten Reichstagsmehrheit ergeht sich weiter in ungezügelter Begeisterung über den gestern hier besprochenen Brief Lord Lansdownes, und man führt einige liberale großbritannische Tagesblätter und Zeitschriften an, die auf der Seite der Lansdownschen Ansichten sind, und dagegen das Abrücken des großbritannischen Kabinetts von Lansdowne. Auch eine Rede des Ministers Bonar Law ist zu verzeichnen, deren Inhalt hier wiedergegeben wurde. Uns können alle diese Äußerungen und Gegenäußerungen nur in unserer gestern dargelegten Auffassung bestärken. Lansdowne sagt nichts anderes, als was das große liberale Blatte „Manchester Guardian“ und andere, was auch britische Abgeordnete der verschiedenen Parteien sagen, und was schließlich H.Begbie in seinem bekannten Buche „Vindication of Great Britain“ darlegt: **daß es vollkommen genüge, das Deutsche Reich einen Scheidemann-Frieden schließen zu lassen, um es ein für alle Male aus der Reihe der wirtschaftlichen Wettbewerber auszuschalten und schneller oder langsamer sich vollziehender Verkümmern anheimzugeben.**

Alle diese Richtungen erblicken in den Mehrheitsfraktionen des Deutschen Reiches insofern die natürlichen Bundesgenossen Großbritanniens. Sie beurteilen die Wirkung einer fortschreitenden Demokratisierung der deutschen Bevölkerung richtig und wissen, daß eine solche den angelsächsischen Mächten alles geben und dem angelsächsischen geleiteten Kapitalismus der Welt alles zu Füßen legen wird, was sie verlangen und brauchen; sie wissen, daß mit dem Einsetzen einer derartigen Entwicklung der deutsche „Militarismus“, also die deutsche Kraft, das Reich als solches innen und außen zu halten, in allem getötet werden würde.

Auf der anderen Seite sehen diese Kreise, zu denen sich er unionistische Lord Lansdowne nunmehr gesellt hat, mit Besorgnis die Entwicklung des Krieges. Sie sind klug und nüchtern genug, um auch mit einem Sieg der Mittelmächte und ihrer Bundesgenossen zu rechnen, und möchten deshalb die Deutschen vorher auf den Boden eines faulen Friedens führen, eingeleitet durch die großmütige Beteuerung, man wolle das Deutsche Reich nicht vernichten, man wolle es auch als Handelsmacht weiter gelten lassen. Die andere Richtung in Großbritannien, jedenfalls ihre Führer, glauben dagegen, daß der innere Zusammenbruch in Deutschland rechtzeitig für Großbritannien eintreten werde, wenn man den Kampf mit aller Anstrengung fortsetze, während die Anhänger der Lansdowneschen Auffassung glauben, eine solche Fortsetzung des Kampfes könne vielleicht auf Kosten der Demokratisierung Deutschlands gehen.

Sehr hübsch schrieb vor einigen Tagen ein ententefreundliches Schweizer Blatt: „**Nur zwei Mittel gibt es, den Militarismus niederzuschlagen: den Triumph der demokratischen Revolution in Deutschland oder die Vernichtung seiner Armeen durch seine Gegner.**“ Diese Gleichsetzung der Demokratisierung des Deutschen Reiches mit der Vernichtung seiner Armee ist überaus drastisch und richtig. Auf derselben Linie steht das unvergleichliche Scheidemannsche Wort von dem Zustande der Erschöpfung des Deutschen Reiches nach dem Kriege. Diese werde, wie Herr Scheidemann hoffnungsfreudig sagt, die Abrüstung ohne weiteres in die Wege leiten.

Eben daraus erklärt sich auch das Kriegszielprogramm der deutschen Sozialdemokratie und ihre sittliche Entrüstung, wenn von einem deutschen Siege bei uns gesprochen wird. Ein solcher paßt gar nicht in das Programm; er könnte der Demokratisierung und deren Folgen einen Strich durch ihre Rechnung machen. Das ist, wenn alle Phrasen in Abzug gebracht worden sind, der Kern der Sache.

Das Programm und die Taktik Lord Lansdownes und seiner jetzigen wie zukünftigen Gesinnungsgenossen ist wegen der Geschicklichkeit der Aufmachung gerade für so viele Deutsche blendend und deshalb gefährlich. Seine Durchführung würde, wie gesagt, den Scheidemannfrieden mit seinen ruinösen Folgen und Wirkungen herbeiführen. Die Taktik dieser Richtung verhält sich zu derjenigen von Lord George, Bonar Law usw. wie die der sogenannten unabhängigen deutschen Sozialdemokraten zu den anderen. Ziel und gegebenenfalls Effekt ist der gleiche.

Sehr amüsant ist, beiläufig bemerkt, daß man in Großbritannien jetzt, **nachdem der russische Bunde genosse als solcher zu den Toten geworfen worden ist**, ihm in einigen Zeitschriften die Schuld am Kriege offen zuzuschreiben beginnt. Bethmann Hollweg habe alles getan, um durch Druck auf Oesterreich-Ungarn den Krieg zu verhindern. Sein Bemühen sei nur durch die russische Regierung und die große Lüge, wie sie der Suchomlinow-Prozeß bewiesen habe, durch Rußland vereitelt worden. **Rußland sei Schuld am Kriege. Diese Methode ist echt englisch.** Man möchte in jenem liberalen britischen Kreise zwei Fliegen auf einmal schlagen. Jahrelang ist die russische Friedensliebe in der englischen Presse in den höchsten Tönen gepriesen und gerade ihr die deutsche Niedertracht und Angriffslust gegenübergestellt worden. Jetzt wendet sich der russische

Bundesgenosse ab und erscheint wertlos, und flugs denkt der findige Brite sich: das müsse nun ausgenutzt werden, da sich angesichts der Enthüllungen des letzten halben Jahres die Historie vom deutschen Angriffe vielleicht nicht mehr recht glaubhaft erweisen werde. So betrachtet, ist es dann die Hauptsache, wenigstens **Großbritannien als rein und durch Rußland verführt hinzustellen.**

Wir sind überzeugt, daß die „Frankfurter Zeitung“ und ihre Kongenialen in Presse und Parlamenten mit all dem ihnen eignen mutigen Feuer sich diese neue Legende zu eigen machen werden, damit das deutsche Volk vergesse, daß gerade Großbritannien in zehnjähriger Arbeit den großen Vernichtungskrieg gegen Deutschland organisiert hat.

Der Erste Lord der britischen Admiralität sagte vor kurzem auf dem Festessen in der Guildhall u.a.: Man habe günstige Nachrichten über die Schwierigkeiten in Deutschland, „um endlich, was nicht das Unwichtigste ist – denn es ist höchst bezeichnend – die beständigen Versuche auf ihrer (der deutschen) Seite, Friedensgerede anzuregen.“ – Das ist ebenso drastisches, wie klassisches Zeugnis für die Wirkung des „Verständigungswillens“ auf unsere Feinde im Sinne der Kriegsverlängerung. **E.R.**

Deutsche Tageszeitung – Nr. 616 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 2

Hindenburg über Krieg und Frieden.

Eine Remispartie gibt es nicht.

Die Ergänzungen in eckiger [Klammer] stammen aus „Der Tag“, Nr.613, vom 02.12.1917, S.1f

Wien, 1. Dezember. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht in der Sonntagsnummer einen Bericht über den Besuch ihres Berliner Korrespondenten bei Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff im Hauptquartier.

„Es steht alles gut!“ beginnt Hindenburg das Gespräch. Ludendorff bekräftigt: „Die Kriegslage berechtigt zur größten Zuversicht.“ „Ueberwintern müssen wir freilich“, fährt Hindenburg fort, „und einige Anstrengungen werden wir wohl noch machen müssen, wir sowohl wie unsere Verbündeten. Je mehr der Krieg sich dem Ende nähert, um so weniger dürfen wir die Kräfte sinken lassen. Nur fest stehen und stark sein, dann kommt der Friede schon von selbst.“

Ludendorff fügt hinzu: „Den Termin des Friedens bestimmen können wir natürlich nicht. Kein Heerführer kann sich auf solche Prophezeiungen einlassen. Nur eines können wir mit Bestimmtheit versichern: **der Krieg wird nicht als Remis-Partie abgebrochen werden, er wird für uns günstig entschieden enden.**“

[„Der Tag“, 613, 02.12.1917, S.1: „Wie, durch welche Mittel?“ „Der Friede wird um so eher herbeigeführt werden“, antwortet General Ludendorff, „je günstiger unsere Kriegslage wird. Noch steht die Tat über dem Wort,“ und der Generalfeldmarschall fügt hinzu:]

Hindenburg: „Deshalb sollten wir jetzt nicht mehr vom Frieden sprechen. Der Friede ist noch eine zu zarte Pflanze, um auf die Dauer Berührung zu ertragen.“

„Den Anfang“, fährt Ludendorff fort, „scheinen die Russen machen zu wollen. Ich will damit nicht sagen, daß ich die Kundgebung der Bolschewiki bereits als Friedensangebot betrachte. Erst muß die Sicherheit bestehen, daß die Regierung auch die Macht hat, das Ergebnis der Verhandlungen mit uns nach innen und außen durchzusetzen.“

Den Waffenstillstand mit Rußland können wir allerdings jederzeit schließen, sobald wir die Sicherheit seiner Einhaltung haben. Die Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes wird schwierig sein. Ich will nur die eine Frage herausgreifen: Sollen sich während des allgemeinen Waffenstillstandes unsere U-Boote jeder Kampfhandlung enthalten, und währenddessen die Handelsschiffe ungestört nach England, Frankreich und Italien fahren und die Lage der Gegner verbessern, während wir keine Zufuhren erhalten?

Ein Waffenstillstand von einer Dauer von drei Monaten, von dem öfter gesprochen wird, [führt Ludendorff weiter aus] ist reichlich lang. In drei Monaten kann sich in den feindlichen Ländern vieles zu unserem Schaden verändern. Man muß sich in kürzerer Zeit klar werden und zu Entschlüssen kommen, wenn die militärische Lage nicht Schaden leiden soll.“

Ludendorff fährt fort: „Wenn mir jemand sagt, die russische Revolution sei ein Glückszufall für uns gewesen, so protestiere ich immer. **Die Revolution in Rußland war kein Glückszufall, sondern die natürliche und notwendige Folge unserer Kriegsführung.**“ [*mit dem modernen Kriege hat es eine eigene Bewandnis. Früher haben die Armeen gegeneinander Krieg geführt, jetzt ist es ein Krieg der Völker. Früher ging der Krieg dadurch zu Ende, daß die feindliche Armee besiegt wurde; jetzt endet der Krieg mit der Besiegung des feindlichen Volkes. Das haben wir alle vor diesem Krieg noch nicht gewußt, und haben es lernen müssen. Entscheidungsschlachten, wie in früheren Feldzügen, gibt es nicht mehr, oder vielmehr sie entscheiden, wie die Schlacht bei Tannenberg bewiesen hat, nicht unmittelbar sondern*

mittelbar. Die militärische Niederlagen erschüttern das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung. Die Opposition verstärkt sich, gewinnt Macht, die Regierung stürzt und wenn, wie in Rußland, das ganze System morsch und reif für den Verfall ist, so kommt es zum allgemeinen Zusammenbruch. Nein, die russische Revolution ist kein glücklicher Zufall, sie ist die Folge unserer Siege.“]

Ueber die russische Armee äußert sich der Generalfeldmarschall: „Große Kampfhandlungen sind, soweit man gegenwärtig urteilen kann, von ihr wohl kaum mehr zu erwarten. Natürlich läßt sich auch hier nichts mit absoluter Sicherheit voraussagen. Vielleicht reißt in Rußland schließlich irgend ein Gewaltmensch, ein Nikolai Nikolajewitsch oder einer von ähnlicher Art, die Macht an sich und peitscht das kriegsmüde russische Heer noch zu einer letzten Anstrengung auf.“

Das Gespräch wendet sich nunmehr dem Westen zu. **„Auch über die Lage an der Westfront kann ich mich mit voller Beruhigung und Zuversicht aussprechen“**, versichert Hindenburg. **„Wir verteidigen uns dort, und wir verteidigen uns mit Erfolg.** Allerdings ist es eine elastische Verteidigung. Das bedeutet, daß wir uns nicht an jedes Bodenstück festklammern, auf dem wir gerade stehen. Es kann vorkommen, daß wir auch einmal eine Stellung aufgeben, wenn sie durch das feindliche Feuer so zermalmt ist, daß sie nur mit den schwersten Menschenopfern gehalten werden könnte. Ist in diesem oder jenem Falle die deutsche Heeresleitung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Erhaltung des Lebens ihrer Soldaten für sie höheren Wert hat als der Besitz eines Stückes Sumpf oder einiger rauchgeschwärzter Trümmer, so verkünden unsere Gegner jedesmal einen Sieg. Wenn es ihnen Vergnügen macht, wir haben nichts dagegen. Sie mögen sich noch so viele Siege von dieser Art zuschreiben, nach Belgien oder gar an den Rhein kommen sie doch nicht und werden sie niemals kommen!“

Ludendorff sagte weiter: „Unsere Art der Kriegführung ist nicht möglich, wenn man nicht von vornherein gelegentlich lokale Rückschläge in Rechnung stellt. Ich will sie durchaus nicht leicht nehmen, sie sind manchmal recht schmerzlich, aber für das Ganze sind sie ohne Bedeutung. Und nur, indem man sie wagt, kann man an anderen Stellen große Unternehmungen durchführen, wie unsere Offensiven in Rumänien, in Ostgalizien, in Italien waren. Das bedeutet eine ungeheure Verantwortung. Der Entschluß zur Verantwortung ist jedoch der Beginn aller Strategie. Ein Heerführer, der ängstlich darauf bedacht ist, daß nur ja an keiner Stelle der Riesenkriegsschauplätze, auf denen der gegenwärtige Weltkrieg sich abspielt, eine ihm ungünstige Aenderung sich vollzieht, kann nie etwas Bedeutendes leisten. Solche Aengstlichkeit hat zur Folge, daß die Kriegführung stagniert.“

Auf die Frage, welche Gegner die gefährlicheren seien, die Engländer oder die Franzosen, erwidert der Generalfeldmarschall: „Beide Gegner sind tapfer; die Franzosen sind die gewandteren. Die Stärke der Engländer liegt in ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit an Artillerie.“ *[„Und die Führung?“]*

„Unter den französischen Generalen gibt es tüchtige Männer. Die englischen Generale haben eine ganz andere Kriegführung gelernt als die europäische, und der Schützengrabenkrieg ist keine Schule, in der sich ein großer Feldherr heranbilden kann.“

„Was ist von dem **Obersten Kriegsrat** zu erwarten, den die Entente jetzt einzusetzen im Begriff ist?“

Hindenburg lacht. „Wir haben uns schon an alle Schrecken des Krieges gewöhnt und fürchten uns auch vor diesem neuen nicht. Solch eine Einrichtung ist außerdem stets ein Zeichen von Unfähigkeit und Ratlosigkeit. Wenn man gar nicht mehr weiß, was man anfangen soll, setzt man einen Kriegsrat ein.“

„Wie soll der Krieg mit Frankreich zu Ende kommen, nachdem die Franzosen die elsäß-lothringische Frage aufgeworfen und von ihrer Lösung die Entscheidung des Krieges abhängig gemacht haben?“

„Für die Franzosen mag es eine elsäß-lothringische Frage geben,“ antwortete der Generalquartiermeister, „für Deutschland gibt es keine. Und was das Ende des Krieges mit Frankreich anlangt, so gelingt es uns vielleicht noch, einen entscheidenden Schlag zu führen, obwohl ja ein einzelner Schlag den heutigen Krieg kaum mehr entscheidet. Die Zeiten der Schlacht von Sedan sind vorüber. Wie ich vorhin sagte: Im modernen Völkerkrieg werden die Völker besiegt, nicht die Armeen, Volkskraft ringt gegen Volkskraft. In einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, wer in einem solchen Ringen der Volkskraft Sieger bleiben muß.“

„Welchen Einfluß wird auf die Kriegslage die für das kommende Frühjahr in Aussicht gestellte amerikanische Hilfe üben?“

„Die Reklame,“ äußerte Hindenburg, „mit der Amerika seine Kriegseleistungen ankündigt, ist imposant und des Landes würdig, das einen Barnum hervorgebracht hat. Nun wollen wir erst einmal abwarten, ob die Leistungen selbst ebenso imposant sein werden. Sicherlich sind die Vereinigten Staaten bemüht, sich ein großes Heer zu schaffen, und bei ihrem Eintritt in den Krieg hat dieses Bestreben ohne Zweifel eine Rolle

gespielt, denn im Frieden hätte die amerikanische Regierung die politischen Schwierigkeiten kaum jemals überwinden können, die sich der Verwirklichung eines umfassenden Rüstungsprogramms entgegenstellen. Auch hätte Japan wohl nicht ruhig zugesehen. Jetzt muß man sich fragen, ob denn die Amerikaner, wenn sie erst einmal über eine große Armee verfügen, nichts Gescheiteres zu tun haben werden, als sie sofort über den Ozean nach Europa zu schaffen. Denn sie würden damit ihr eigenes Land wehrlos machen für den Fall, daß Japan plötzlich Neigung zeigen sollte, seine alte Rechnung mit Amerika ins Reine zu bringen.

Eine weitere Frage ist, wo bei dem herrschenden Tonnagemangel Amerika den Schiffsraum hernehmen will, der erforderlich ist, Hunderttausende von Soldaten über das Meer zu transportieren. Und selbst wenn die Lösung dieser Frage möglich sein sollte, entsteht sofort eine neue, noch viel schwerer zu lösende Frage: die der fortdauernden Ernährung der amerikanischen Armee in Europa. Die Länder der Entente, die kaum genügend Lebensmittel für ihre eigenen Heere und Völker haben, können da nicht helfen, und ein Etappenweg über den Atlantischen Ozean zur Verproviantisierung einer amerikanischen Armee von Amerika aus erscheint undenkbar, ganz abgesehen davon, daß unsere U-Boote da auch noch ein Wort mitzureden haben werden. Kurzum, das große amerikanische Hilfsheer steht noch in nebelhafter Ferne. Kommt es aber wirklich, so wird es an der Lage auf dem europäischen Kriegsschauplatz auch nichts ändern.“

„Und die Tausende von amerikanischen Flugzeugen, welche die Entente erwartet?“

„Tausende von Flugzeugen kann man wohl bauen, Erheblich schwieriger ist es schon, sie zu bemannen, im übrigen legen wir inzwischen auch nicht die Hände in den Schoß. Wo die amerikanischen Flugzeuge aufsteigen werden, werden die deutschen nicht fehlen.“

Ludendorff sagt: **„Da unser U-Boot-Krieg Amerika den Vorwand für seinen Eintritt in den Krieg gegeben hat, so ist diese Frage gleichbedeutend mit der Frage, ob unser U-Boot-Krieg richtig war. In diesem Punkte hat sich meine Ueberzeugung nicht geändert. Der U-Boot-Krieg war richtig, er hat geleistet und leistet weiter, was wir von ihm erwartet haben.** Wir haben nicht daran gedacht, daß unsere U-Boote England in ein paar Monaten aushungern würden. Wenn ich Ihnen Einblick in die Akten der Obersten Heeresleitung geben dürfte, so würden Sie daraus ersehen, daß wir von Anfang an mit dem U-Boot-Krieg weniger besondere als allgemeine Wirkungen haben hervorbringen wollen. Unser Ziel war nicht England auszuhungern, sondern es zum Frieden geneigt zu machen. Das sollte durch die Verminderung des Schiffsraumes erreicht werden, über den England verfügen kann, ohne daß damit gesagt ist, daß gerade der Hunger England zum Frieden zwingen muß. Nicht minder wichtig als die Lebensmittelzufuhr, ja vielleicht in mancher Hinsicht nicht wichtiger ist für England die Versorgung mit Kohle und Grubenholz. Hier treffen unsere U-Boote den Feind an seiner empfindlichsten Stelle.

Uebrigens haben uns gerade unsere Operationen in Italien einen Aufschluß darüber gebracht, wie es auf der Seite der Entente mit der Kohle steht. Mein Feldeisenbahnschef meldet mir, daß unsere Truppen in Italien keinerlei Nachschub brauchen mit Ausnahme von Kohle. Sonst decken die ungeheuren Vorräte, welche die Italiener zurückgelassen haben, unseren ganzen Heeresbedarf. Nur Kohlevorräte haben sich nirgends gefunden.“

„Wie knapp der Frachtraum für England wird,“ führt General Ludendorff fort, „beweisen die Zwangsmaßnahmen Englands und Amerikas gegen die Neutralen. Wie wissen ferner, daß England zur Zeit nicht imstande ist, die australische Ernte übers Meer zu schaffen. In alledem zeigt sich die Wirkung unserer U-Boote. Ohne sie wäre auch unser ganzer Verteidigungskampf an der Westfront nicht möglich gewesen. Den U-Boot-Krieg mußten wir führen, er war für uns eine Lebensnotwendigkeit.“

General Ludendorff hat die Operationen in Italien erwähnt, und die Unterhaltung geht jetzt zu ihnen über. Generalfeldmarschall von Hindenburg hebt hervor: „Die österreichisch-ungarische Heeresleitung, mit der wir vortrefflich zusammengearbeitet haben, und die Truppen haben sich glänzend bewährt. Im Wettstreit mit unseren deutschen haben sich die österreichisch-ungarischen Soldaten tapfer geschlagen, und auch sonst in der Ueberwindung aller Schwierigkeiten des Vormarsches Hervorragendes geleistet.“

General Ludendorff schließt sich mit den Worten an: „Unsere besondere Wertschätzung genießen General v. Arz und Oberst v. Waldstetten“, und bemerkt noch: „Man möchte jetzt gern das Endziel wissen, bis zu dem unsere Offensive in Italien fortgesetzt werden soll. Aber es läßt sich darüber nichts Bestimmtes sagen. Was weiter geschehen wird, hängt von der Entwicklung der Kriegseignisse ab. Einstweilen soll man sich der Resultate bewußt werden, die bereits erreicht worden sind. Ihre Hauptaufgabe hat die Offensive erfüllt. Triest ist außer Gefahr und wird nach menschlichem Ermessen nicht mehr bedroht werden. Dazu kommt, daß unsere Front um die Hälfte verkürzt worden ist, und daß dem Feinde Hunderttausende von Gefangenen und nahezu die Hälfte seines Artilleriematerials abgenommen worden sind. Das ist eigentlich Erfolg genug für eine Angriffsoperation.

Je mehr die Jahreszeit vorrückt, um so mehr wachsen die Schwierigkeiten namentlich im Gebirge. In den Bergen haben unsere Truppen bereits Kältetemperaturen bis zu vierzig Grad durchgemacht. Und schließlich muß jede Offensive einmal einen längeren Aufenthalt oder ein Ende haben. Der Angreifer findet zerstörte Eisenbahnen und Straßen vor, die er erst wieder herstellen muß, während der geschlagene Feind hinter sich die unversehrten Eisenbahnen seines Landes hat, auf denen er Verstärkung heranziehen kann. Als wir unsere Offensive in Galizien unternahmen, hat man sich gewundert, warum wir nicht weitergingen. Wir haben uns nicht gewundert, denn wir wußten sehr wohl, was wir taten.“

„Von allen Kriegsschauplätzen ist die Rede gewesen: es fehlt nur noch der Balkan.“

„Da hat sich seit längerer Zeit wenig geändert“, meint Hindenburg. „Zu erwähnen sind höchstens die Fortschritte, welche die Rumänen unter französischer Anleitung in ihrer Ausbildung gemacht haben.“

Der Generalfeldmarschall hebt die Tafel auf. Von dem Gaste verabschiedet er sich mit den Worten:

„**Wenn wir noch eine Zeitlang Kraft und Geduld haben, bringen wir's zum guten Ende.** Das sagen Sie in Oesterreich-Ungarn mit einem schönen Gruß von mir!“

Die Abschiedsworte der Generalquartiermeisters spielen darauf an, daß der Schreiber dieser Zeilen bisher in jedem Kriegsherbst einmal an der Tafel des Feldmarschalls hat sitzen dürfen, und lauten: „Sie sind heute vielleicht zum letztenmal bei uns gewesen!“

Deutsche Tageszeitung – Nr. 617 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 1

Die „glänzende“ Rechtfertigung der „Vorwärts“-Politik.

Die im heutigen Morgenblatte wiedergegebenen Aeußerungen Hindenburgs und Ludendorffs verdienen höchste Beachtung und sind geeignet, in Deutschland und bei unseren Verbündeten Freude und Stolz hervorzurufen. Wenn diese beiden Männer sprechen, so horcht die Welt auf, und für den Deutschen bedeuten ihre Worte – sollten jedenfalls bedeuten – Ereignisse, an denen alle Worte anderer gemessen zu werden verdienen. Die absolute und überlegene Zuversicht des Sieges, der ruhige, unumstößliche und unwiderstehliche Wille, daß ein tatsächlicher deutscher Sieg aus dem Kriege hervorgehen werde, das sind Dinge, welche in alle den Rederbärmlichkeiten im Reichstage und in der Oeffentlichkeit wie ein von Sumpf umgebener Felsen dastehen.

Auf Einzelheiten der so inhaltsreichen Aeußerungen einzugehen behalten wir uns vor. Heute sei noch ein Punkt berührt, welchen der „Vorwärts“ mit der ihm in Dingen der auswärtigen Politik eigenen osterhasenartigen Vorwitzigkeit stolz und zuversichtlich aufgreift. Es handelt sich um die Aeußerungen Ludendorffs über das Eingreifen Amerikas in den Krieg. General Ludendorff hat sich der Wendung bedient: Unser U-Boot-Krieg habe Amerika den Vorwand für seinen Eintritt in den Krieg gegeben. Wie der „Vorwärts“ angibt – in dem uns vorliegenden Berichte finden wir diese Stelle nicht – hätte Ludendorff weiter gesagt: „Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die europäischen Westmächte sich gewiß schon zum Frieden geneigter gemacht.“ Der „Vorwärts“ schließt hieraus, daß die Sozialdemokraten mit ihren Voraussetzungen hinsichtlich Amerikas glänzend im Rechte gewesen seien.

Wir müssen dem „Vorwärts“ leider diese Freude trüben, aus folgenden Gründen: Daß die Vereinigten Staaten nach der Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges in den Krieg eintreten würden, war mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat mit dieser Wahrscheinlichkeit immer gerechnet, aber ihre Verwirklichung als im Sinne eines ungünstigen Momentes unerheblich im Vergleiche zu den Vorteilen der Führung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges bezeichnet. Nicht anders hat, wie frühere Ausführungen Hindenburgs und des Reichskanzlers im Reichstage bewiesen haben, die Oberste Heeresleitung gerechnet. Wilson hätte möglicherweise vorgezogen, seine alte Politik der Drohung und Erpressung Deutschland gegenüber, ohne äußerlich in den Krieg einzutreten, weiter durchführen und dadurch den U-Boot-Krieg zu verhindern, eine Politik, welche Herr Bethmann Hollweg den vereinigten Angelsachsen so glorreich möglich gemacht hat. Im übrigen aber zeigte sein immer neu einsetzender und nach neuen Streitpunkten suchender Druck auf die deutsche Regierung, daß alle Nachgiebigkeit ihn nicht befriedigte, daß er nach Streitpunkten suchte. Wir erwähnen nur immer wiederholte Erneuerung des „Lusitania“ Streites und die gleichfalls immer wiederholte Forderung an die deutsche Regierung, dem U-Boot-Krieg grundsätzlich abzuschwören und als im Widerspruch zu den Menschenrechten zu erklären.

Je länger sich der Krieg hinzog, desto ängstlicher wurde man in den Vereinigten Staaten um die Gelder, die man in die antideutsche Koalition hineingesteckt hatte. Natürlich bleibt die offene Frage, was Amerika im Laufe der Monate getan haben würde, wenn das Deutsche Reich den U-Boot-Krieg nicht geführt und auch den

U-Boot-Kreuzer-Krieg aufgegeben und abgeschworen hätte. **Vielleicht kann man annehmen, daß Wilson und das ihn führende Kapital sich damit begnügt hätte, dem Deutschen Reich einen Hunger- und Ruin-Frieden aufzuzwingen. Wir bezweifeln nicht, daß der „Vorwärts“ nach wie vor von Schmerz und bitterer Enttäuschung durchdrungen ist, weil dieses Ziel durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vereitelt worden ist.**

Nun kommt aber die glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Partei und Presse durch die Ludendorffsche Bemerkung: **die Westmächte hätten sich gewiß dem Frieden geneigter zeigen** (der Wortlaut dieser Bemerkung liegt, wie gesagt nicht vor) **müssen**, wenn die Aussicht auf die amerikanische Hilfe sich nicht eröffnet hätte. – Der „Vorwärts“ übersieht nun eine Kleinigkeit, nämlich die folgende: Ludendorff meint, die Geneigtheit der Westmächte zum Frieden würde sich unter den Wirkungen gerade des U-Boot-Krieges schon geäußert haben, wenn sich nicht die Aussicht auf amerikanische Hilfe gezeigt hätte. Der „Vorwärts“ dagegen will seine Leser glauben machen, Ludendorff hätte gemeint, die Westmächte hätten den Frieden schon gewünscht, auch wenn der U-Boot-Krieg nicht geführt worden, mithin dann auch keine Aussicht auf amerikanische Hilfe gewesen wäre. Dies Logik ist dem „Vorwärts“ gewiß bequem, aber sie leidet eben daran, daß sie die Äußerungen des Generalquartiermeisters mit holder Absicht mißversteht, obschon das nicht ganz leicht ist. Ludendorff sagt weiter u.a.: „Ohne unsere U-Boote wäre auch unser Verteidigungskampf an der Westfront nicht möglich gewesen.“ – Ein schwerwiegendes Wort – „Den U-Boot-Krieg mußten wir führen, er war für uns eine Lebensnotwendigkeit.“ – diese beiden Sätze genügen, um die Sinnentstellung, welche der „Vorwärts“ für angebracht gehalten hat, schlagend zu widerlegen. Der U-Boot-Krieg war eine Lebensnotwendigkeit für uns, – daraus allein geht hervor, daß, wäre er nicht geführt worden, wir das Leben verloren, mithin die Westmächte und ihre Bundesgenossen gesiegt haben würden.

Vielleicht überlegt sich der „Vorwärts“ einmal die ganze Schwere dieses Ludendorffschen Wortes und dabei die Tatsache, wie leicht angesichts einer solchen Lage der Dinge die Aussicht auf Eintritt Amerikas in den Krieg wiegen müßte. Die Politik und Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei und Presse zum uneingeschränkten U-Boot-Kriege ist mithin nicht „glänzend gerechtfertigt“ durch die Worte Hindenburgs und Ludendorffs, sondern im Gegenteil kurz und restlos ad absurdum geführt, als oberflächlich, töricht und kurzsichtig gekennzeichnet worden, – wie sie es verdient, und zwar nicht nur in diesem Falle.

E.R.

Vorwärts – Nr.331 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 1

Hindenburg und Ludendorff über die Weltlage.

Hindenburg und Ludendorff hatten mit dem Berliner Korrespondenten der „**Neuen Freien Presse**“, Dr. Paul Goldmann, eine Unterhaltung über militärische und politische Fragen. Die beiden Herren gehören zu den größten Generälen aller Zeiten, und man müßte schon eine militärische Autorität ersten Ranges sein, um sich auf dem ihnen eigenen Gebiet auf einen Disput mit ihnen einzulassen. Anders steht es freilich dort, wo ihr Gespräch auf das politische Gebiet hinübergleitet.

Die Kritik schweigt, wenn Ludendorff erklärt: „Der Krieg wird nicht als Remispartie abgebrochen werden, er wird für uns günstig entschieden werden . . . Der Frieden wird um so eher herbeigeführt werden, je günstiger unsere Kriegslage wird.“ Aber man muß doch Zweifel hegen, ob der Berichtersteller richtig gehört hat, wenn er Hindenburg hinzufügen läßt: „Deshalb wollen wir jetzt nicht mehr vom Frieden sprechen, der Frieden ist eine noch zu zarte Pflanze, um auf die Dauer die Berührung zu ertragen.“

Aus den Worten Ludendorffs spricht die Zuversicht auf ein glückliches Vollbringen, die jeder haben muß, der an einem großen Werk arbeitet. Aber zu der Äußerung des Generalfeldmarschalls muß wohl zu bemerken erlaubt sein: Seit dem 24. November haben wir Waffenstillstand mit dem russischen Weltreich, die eigentlichen Friedensverhandlungen sollen soeben beginnen, und ernste Politiker sind der Meinung, daß damit der allgemeine Frieden bedeutend näher gerückt ist. Man muß sich nur daran erinnern, wie sich eben erst einer der ersten Staatsmänner Englands, Lord Lansdowne, über diese Frage ausgesprochen hat. Und da sollte man nicht vom Frieden reden? Ja, wenn jetzt nicht, wann denn sonst?

Ganz besonderes Interesse weckt, was Ludendorff über Amerika und den U-Boot-Krieg sagt:

Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die europäischen Westmächte sich gewiß schon zum Frieden geneigter zu machen. Das sollte durch die den Vorwand für seinen Eintritt in den Krieg gegeben hat, so ist diese Frage gleichbedeutend mit der Frage, ob unser U-Boot Krieg richtig war. In diesem Punkte hat sich meine Ueberzeugung nicht geändert. Der U-Boot-Krieg war richtig, er hat geleistet und leistet weiter, was wir von ihm erwartet haben. Wir haben nicht daran gedacht, daß unsere U-Boote England in ein paar Monaten aushungern würden. Wenn ich Ihnen Einblick in die Akten der Obersten

Heeresleitung geben dürfte, so würden Sie daraus ersehen, daß wir von Anfang an mit dem U-Boot-Krieg weniger besondere als allgemeine Wirkungen haben hervorbringen wollen.

Unser Ziel war nicht, England auszuhungern, sondern es zum Frieden geneigter zu machen. Das sollte durch die Verminderung des Schiffsraumes erreicht werden, über den England verfügen kann, ohne daß damit gesagt ist, daß gerade der Hunger England zum Frieden zwingen muß. Nicht minder wichtig als die Lebensmittelzufuhr, ja vielleicht in mancher Hinsicht noch wichtiger, ist für England die Versorgung mit Kohle und Grubenholz. Hier treffen unsere U-Boote den Feind an seiner empfindlichsten Stelle.

Ludendorffs Beweisführung steht und fällt mit der Behauptung, daß der U-Boot-Krieg für Amerika nur ein Vorwand gewesen sei, in den Krieg einzugreifen. Wer die diplomatischen Verhandlungen vom Frühjahr 1916 verfolgt hat, weiß aber, daß sich Amerika schon damals für den Fall, daß Deutschland den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eröffnete, auf den Krieg festgelegt hatte. Sein Eintritt in den Krieg war als Folge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vorauszusehen und ist von sozialdemokratischer Seite für diesen Fall bestimmt prophezeit worden. Erst durch den U-Boot-Krieg konnte in dem pazifistischen Amerika eine Stimmung entstehen, die der Kriegspartei Oberwasser verschaffte. Nun sagt aber Ludendorff: „Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die Westmächte sich gewiß schon zum Frieden entschließen müssen.“

Glänzender kann die Stellung, die die sozialdemokratische Partei und Presse zu den Entschlüssen des 1. Februar einnahm, nicht gerechtfertigt werden!

Ludendorff sagt weiter, man hätte nie daran gedacht, England in ein paar Monaten auszuhungern zu können. Er bestätigt damit das, was der „Vorwärts“ schon zu Beginn des U-Boot-Krieges unter dem Kreischen und Toben der alldeutschen Presse behauptete. Damals galt jeder, der an der Aushungerung Englands binnen wenigen Monaten zweifelte, als halber Landesverräter. Einst war es paradox, aber heute bestätigt es die Zeit und Ludendorff.

Ueber die russische Revolution sagte Ludendorff: Wenn mir jemand sagt, die russische Revolution sei ein Glückszufall für uns gewesen, so protestiere ich immer, die Revolution in Rußland war kein Glückszufall, sondern die natürliche und notwendige Folge unserer Kriegführung; mit dem modernen Kriege hat es eine eigene Bewandnis. Früher hatten die Armeen gegeneinander Krieg geführt, jetzt ist es ein Krieg der Völker. Früher ging der Krieg dadurch zu Ende, daß die feindliche Armee besiegt wurde; jetzt endet der Krieg mit der Besiegung des feindlichen Volkes. Das haben wir alle vor diesem Kriege noch nicht gewußt und haben es erst lernen müssen. Entscheidungsschlachten, wie in früheren Feldzügen, gibt es nicht mehr, oder vielmehr sie entscheiden, wie die Schlacht bei Tannenberg bewiesen hat, nicht unmittelbar, sondern mittelbar. Die militärischen Niederlagen erschüttern das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung. Die Opposition verstärkt sich, gewinnt Macht, die Regierung stürzt und wenn, wie in Rußland, das ganze System morsch und reif für den Verfall ist, so kommt es zum allgemeinen Zusammenbruch. Nein, die russische Revolution ist kein glücklicher Zufall, sie ist die Folge unserer Siege.

In dieser Auffassung liegt doch eine starke Unterschätzung der russischen Revolution. Es fehlt in ihr jede Erklärung dafür, warum nicht andere Völker, die doch auch schweres militärisches Mißgeschick erlitten, ähnlich handelten wie das russische. In Italien z. B. hat die deutsch-österreichische Offensive einstweilen politisch gerade umgekehrt gewirkt, und die kreditverweigernden offiziellen Sozialisten zu Landesverteidigern gemacht. Das militärisch geschlagene Rußland, das seiner Natur und seinen revolutionären Ueberlieferungen nach den umgekehrten Weg ging, ist damit geistig zu einer gewaltigen Erscheinung im europäischen Völkerleben geworden. Damit ist nicht gesagt, daß das, was für Rußland richtig war, für andere Völker gleichfalls richtig sein muß — der „Vorwärts“ vertritt bekanntlich diese Ansicht nicht —, aber der Bedeutung der russischen Revolution, die Ludendorff nur als Glied in einer Kette militärischer Ursachen und Wirkungen sieht, ist damit der richtige Platz in der Weltgeschichte angewiesen.

Alles in allem mag noch folgendes gesagt sein: Die Generäle führen den Krieg und die Staatsmänner den Staat. Soldaten sprechen als Soldaten und Politiker als Politiker. Wir hegen den lebhaften Wunsch, daß die deutsche Politik fortan mit derselben Sachkunde und mit derselben Energie auf den Frieden gerichtet sein möge wie die deutsche Kriegführung auf den Sieg. Das ist die natürliche Arbeitsteilung. Darum mögen sich die Hertling, Payer, Kühlmann als Staatsleiter den Heerführern ebenbürtig erweisen; daß sie es sind, dafür tragen sie vor dem ganzen deutschen Volk die Verantwortung. **Für eine kraftvolle, zielbewußte Politik, die auf die baldige Herstellung eines dauernden Weltfriedens gerichtet ist, finden sie im Volk eine so ungeheure Unterstützung, daß sie sich, wenn sie nur wollen, auch durchsetzen können.** Mögen sie erst einmal in den Verhandlungen mit Rußland der Welt zeigen, wie ein ehrlicher Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gemacht wird. Wir erleben entscheidende Augenblicke, in denen Schwäche verhängnisvoll sein könnte. Darum:

die Kriegführung den Generälen, die Entscheidung in allen politischen Fragen aber denen, die dazu berufen und dafür verantwortlich sind. Damit gewinnen wir erst das richtige Verhältnis zwischen Kriegführung und Politik!

Aus der Unterredung der beiden Heerführer seien noch folgende Stellen wiedergegeben :

Die Frage des Waffenstillstandes. Den Anfang (mit dem Frieden), sagte General Ludendorffs, scheinen die Russen machen zu wollen. Erst muß die Sicherheit bestehen, daß die Regierung auch die Macht hat, das Ergebnis der Verhandlungen mit uns nach innen und außen durchzusetzen. Einen Waffenstillstand mit Rußland können wir allerdings jederzeit schließen, sobald wir die Sicherheit seiner Einhaltung haben. Die Frage eines allgemeinen Waffenstillstandes dagegen wird schwierig sein, ich will nur die eine Frage herausgreifen: Sollen sich während eines allgemeinen Waffenstillstandes unsere U-Boote jeder Kampfhandlung enthalten und währenddessen die Handelsschiffe ungestört nach England, Frankreich und Italien fahren und dadurch die Lage der Gegner verbessern, während wir keine Zufuhren erhalten? Ein Waffenstillstand von einer Dauer von drei Monaten, von dem öfter gesprochen wird, ist reichlich lang. In drei Monaten kann sich in den feindlichen Ländern vieles zu unserem Schaden verändern. Man muß sich in kürzerer Zeit klar werden und zu Entschlüssen kommen, wenn die militärische Lage nicht Schaden leiden soll.

Ueber die russische Armee sagt Hindenburg: Große Kampfhandlungen sind, soweit man gegenwärtig urteilen kann, von ihr wohl kaum mehr zu erwarten. Natürlich läßt sich auch hier nichts mit absoluter Sicherheit voraussagen. Vielleicht reißt in Rußland schließlich irgendein Gewaltmensch, ein Nikolai Nikolajewitsch oder einer von ähnlicher Art, die Macht an sich und peitscht das kriegsmüde russische Heer noch zu einer letzten Anstrengung auf. (Das wäre natürlich ein höchst ungünstiges Ereignis , das nach Kräften zu verhindern, Aufgabe der deutschen Politik ist. Red. d. „V.“)

Ueber die **Lage an der Westfront** sprach sich Hindenburg mit voller Beruhigung und Zuversicht aus. Das System der Verteidigung dort sei ein elastisches, bei dem auch einmal eine Stellung aufgegeben werde, aber mit den Siegen, die sie feiern, würden die Engländer doch niemals nach Belgien oder an den Rhein kommen. Von den beiden Gegnern seien die Franzosen die gewandteren, die Stärke der Engländer liege an der zahlenmäßigen Ueberlegenheit ihrer Artillerie. „Und was das Ende des Krieges mit Frankreich anlangt, so gelingt es uns vielleicht noch, einen entscheidenden Schlag zu führen, obwohl ja ein einzelner Schlag den heutigen Krieg kaum mehr entscheidet. Die Zeiten der Schlacht von Sedan sind vorüber. Wie ich vorhin sagte: Im modernen Völkerkrieg werden die Völker besiegt, nicht die Armeen, Volkskraft ringt gegen Volkskraft. In einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, wer in einem solchen Ringen der Volkskraft Sieger bleiben muß.“

Die amerikanische Hilfe beantwortete Hindenburg ziemlich wegwerfend. Die Reklame dafür sei des Landes würdig, das einen Barnum hervorgebracht habe. Die Amerikaner würden auch aus Sorge vor Japan ihr Land nicht von Truppen entblößen wollen.

Die Offensive in Italien. Ludendorff: „Je mehr die Jahreszeit vorrückt, um so mehr wachsen die Schwierigkeiten namentlich im Gebirge. In den Bergen haben unsere Truppen bereits Kältetemperaturen bis zu dreißig Grad durchgemacht. Und schließlich muß jede Offensive einmal einen längeren Aufenthalt oder ein Ende haben. Der Angreifer findet zerstörte Eisenbahnen und Straßen vor, die er erst wieder herstellen muß, während der geschlagene Feind hinter sich die unversehrten Eisenbahnen seines Landes hat, auf denen er Verstärkungen heranziehen kann.“

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr.11890 – Montag, 03. Dezember 1917 – S. 5

Die enthüllten Geheimdokumente. - Friedensbemühungen Deutschlands.

Stockholm, 30. November. In Fortsetzung der Veröffentlichung der Geheimdokumente berichtet „Prawda“: **Am 11. Mai 1916** sandte Sasonow den russischen Botschaftern in London und Paris ein Zifferntelegramm, in dem er sagt, von der japanischen Regierung erfahren zu haben, daß der deutsche Gesandte in Stockholm sich zweimal an den dortigen japanischen Gesandten gewendet und ihn von der Erwünschtheit eines Friedens zwischen Deutschland, Rußland und Japan zu überzeugen versucht hat.

Ich habe, sagt Sasonow, Motono gesagt, daß ich bereit wäre, deutschen Friedensvorschlägen Gehör zu geben unter der Bedingung, daß dieselben gleichzeitig Rußland, Frankreich, England und Japan unterbreitet würden. Was Italien angeht, so ist es, so lange es nicht auf Kriegsfuß mit Deutschland steht, nicht nötig, von Deutschland einen Vorschlag auch dort zu verlangen, wir werden es aber von der Existenz dieser Vorschläge in Kenntnis setzen, da das Verhältnis der Alliierten zu diesen Vorschlägen von allen insgemein festgelegt werden muß. (Zusatz für Tokio: „Bitte sprechen Sie der japanischen Regierung den Dank für die wertvolle Mitteilung aus.“)

Vom Waffenstillstand zum Frieden.

Die revolutionäre Arbeiterregierung in Petersburg hat einen großen Sieg errungen. Der General Duchonin, der den Befehlen der Revolutionsregierung den Gehorsam verweigert hat, mußte vor dem Zorn der Soldaten fliehen. Das Hauptquartier ist in den Händen des Fähnrichs Krylenko, des Vertrauensmannes der Arbeiterregierung. An der ganzen Front zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere ruhen die Waffen. Die Unterhändler der russischen Armee sitzen bereits mit deutschen und österreichischen Generalstabsoffizieren an einem Tische, um die Einzelheiten des Waffenstillstandes zu beraten. **Der russische Sozialismus hat dem Kriege eine Wunde geschlagen, von der er sich nicht mehr erholen wird.** Und mit den russischen Proletariern jubeln heute alle, denen blinder Haß noch nicht menschliches Fühlen zerstört hat, über das Ende der wahnwitzigen Menschenschlächtereier. **Der Sieg des Sozialismus ist der Sieg der Menschlichkeit.**

Wir wollen den Waffenstillstand, aber der Waffenstillstand kann und soll nichts anderes sein als der erste Schritt zum Frieden. Einen Waffenstillstand zu schließen ist nicht schwer. Will man aber Frieden haben, so ist eine völlige Einigung über alle die Streitfragen nötig, die zwischen Rußland und den Mittelmächten stehen. Und schon sehen wir Leute am Werk, deren Treiben eine solche Einigung verzögern, stören, am Ende gar hintertreiben könnten! **Man fängt schon wieder an, von den „Sicherungen“ für die Macht der Mittelstaaten zu reden, die der Friede bringen solle.** Kein Wort hat größeren Schaden angerichtet als gerade dieses. Denn wenn es auch Leute geben mag, die mit den „Sicherungen“ und „Garantien“ harmlose Dinge meinen, **so werden diese Worte doch im Ausland ganz anders gelesen. Man glaubt im Ausland, daß sich hinter diesen zweideutigen Redewendungen Annexionspläne verbergen. So ist das Gerede über die „Sicherungen“, mit dem heute wieder die Nationalverbändler in der österreichischen Delegation begonnen haben, geradezu eine Gefährdung der Friedenssache.** Wir halten es für eine Pflicht der Regierung, den gefährlichen Gebrauch des zweideutigen Wortes mit der größten Entschiedenheit zurückzuweisen und ihren Willen zu einem Frieden ohne jede Gebietsvergrößerung und ohne jede Einschränkung der politischen und der wirtschaftlichen Selbständigkeit aller unserer Nachbarvölker gegen alle solche Zweideutigkeit zu schützen.

Die Geschichte ist eine gute Lehrmeisterin. Vielleicht ist es nützlich, heute daran zu erinnern, was alles in früheren Kriegen als eine unerläßliche „Sicherung“ ausgegeben worden ist. Als Oesterreich im Jahre 1859 im Krieg um die Lombardei stand, haben österreichische Generale in höchst gelehrten Schriften die Lehre begründet, daß uns der Besitz der Lombardei darum notwendig sei, weil nur Oesterreichs Herrschaft in Oberitalien Deutschlands Sicherheit gegen Frankreich verbürge. Herrscht Oesterreich nicht mehr in Mailand, so sei das Rheinland gegen Frankreich nicht zu schützen. Nur am Po könne der Rhein verteidigt werden! Daß die österreichische Herrschaft in Oberitalien eine unerläßliche „Sicherung“ für Oesterreich wie für Deutschland sei, war geradezu ein Dogma der österreichischen Militärwissenschaft der Fünfzigerjahre und auch außerhalb Oesterreichs ist dieser Unsinn geglaubt worden! So ein Beispiel für viele. Stets hat man die dreistesten Eroberungspläne als ein Gebot militärischer „Sicherung“ ausgegeben.

Nach allen diesen Erfahrungen darf man sich nicht wundern, wenn die Völker unruhig werden, so oft sie das zweideutige Wort hören. Nein, von angeblichen „Sicherungen“, die den Frieden in die Ferne rücken könnten, darf jetzt keine Rede sein. Die stärkste Sicherung gegen künftige Kriegsgefahr wäre eine ehrliche Freundschaft mit unserem größten Nachbarn, mit dem Nachbarn, dem seine Volkszahl, seine Bevölkerungsvermehrung und seine unerschöpflichen Bodenschätze die größte Zukunft verbürgen. Darum dürfen wir Rußland keinen Frieden zumuten, der das Bedürfnis nach einem Rachekrieg wecken würde; dürfen wir zwischen Rußland und uns kein zweites Elsaß-Lothringen legen, das uns für ewig verfeinden würde. Ein Friede, der das russische Volk ebenso befriedigt wie uns ist die einzig mögliche, einzig wirksame Sicherung unserer Zukunft!

Was stellt man sich denn unter den „Sicherungen“ sonst vor? Die Personalunion mit Polen? Darüber hat die Mehrheit der Völker Oesterreichs in der Debatte im Parlament ihr Urteil ganz unzweideutig gesagt.

[es folgen neun geweißte Zeilen] Die Freundschaft mit dem großem russischen Volke, das in einem, in zwei Menschenaltern ein sehr gefährlicher, ein schier unbezwingbarer Gegner sein wird – Rußland wächst um zwei Millionen Seelen im Jahre! – und der friedliche Warenaustausch mit dem großen Wirtschaftsgebiet von Minsk bis Wladiwostok sind uns hundertmal mehr wert als jede denkbare „Sicherung“.

Die Völker wollen den Frieden. Und jeder, der jetzt Forderungen stellt, die den Frieden unmöglich machen würden, wird von den Völkern als ihr Todfeind betrachtet und behandelt werden!

Wir wollen den Frieden. Und zwar nicht nur den Frieden mit Rußland, sondern den allgemeinen Frieden. **Ein Sonderfriede mit Rußland würde nur das russische Volk vom Kriege befreien; für unsere Soldaten würde er nur bedeuten, daß sie statt an der einen an der anderen Front, statt in Galizien und in der Moldau in Italien oder gar in Frankreich kämpfen müßten.** Die Völker wollen, daß die Mittelmächte die Friedensverhandlungen mit Rußland dazu benutzen, auch den anderen Völkern zu beweisen, daß sie zu einem billigen Frieden bereit sind. Lehnen die Westmächte und Italien ein solches Angebot ab – nun, dann sind wir eben gezwungen, weiter zu kämpfen. Aber nur, wenn die Mittelmächte endlich allen Völkern ein Friedensangebot stellen, das für alle Völker gleich annehmbar ist; nur wenn sie in einem solchen Friedensangebot eine offene, klare Sprache sprechen, die nicht mißdeutet werden kann, nur dann werden unsere Völker überzeugt werden können, daß die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich ist, und nur dann wird in den feindlichen Völkern der Widerstand gegen die imperialistischen Regierungen erstarken. Die Völker dürfen verlangen, daß die günstige Gelegenheit, die die Verhandlungen mit Rußland bieten, benützt werde zu einem ehrlichen und mutigen Versuch, dem Kriege auf allen Fronten endlich ein Ende zu setzen. Wer jetzt noch zur „Zurückhaltung“ in Friedensangeboten rät, wie es heute die Nationalverbändler und Herrenhändler tun, versündigt sich an dem heiligen Friedenswillen des Volkes!

Die Völker haben Beispielloses gelitten. Jetzt hat ihnen die russische Revolution, haben ihnen die Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland endlich die Hoffnung gegeben, von unerträglicher Qual befreit zu werden. *[es folgen sechs geweißte Zeilen]*

Deutsche Tageszeitung – Nr.618 – Dienstag, 04. Dezember 1917 – S. 1

Russische Geheimtelegramme.

Stockholm, 3. Dezember. Geheimtelegramm des Außenministers Terestschenko an den Botschafter in Paris vom 5. März 1915 Nr. 1226:

Am 29. Februar (8.März) hat mir der französische Botschafter namens seiner Regierung erklärt, Frankreich sei bereit, in der wohlwollendsten Weise die Verwirklichung der in meinem Telegramm Nr. 937 an Sie dargelegten Wünsche unsererseits hinsichtlich der Meerengen und Konstantinopel zu behandeln, wofür sich Sie beauftragte, Delcasse meine Erkenntlichkeit auszudrücken. In seinen Unterredungen mit Ihnen und jetzt ganz kürzlich hat Delcasse die Versicherung ausgesprochen, daß wir auf die Sympathie Frankreichs rechnen können und hat sich nur auf die Notwendigkeit bezogen, Englands Verhalten klarzustellen, von dessen Seite er Entgegnungen befürchtete, bevor er uns in dem gedachten Sinne eine bestimmte Versicherung abgibt. **Die großbritannische Regierung hat nunmehr schriftlich ihr völliges Einverständnis ausgedrückt zu dem Uebergang Konstantinopels und der Meerengen an Rußland** in den von uns angegebenen Grenzen und **hat sich hierbei nur die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen ausbedungen, sowie unser ebensolches wohlwollendes Verhalten gegenüber dem politischen Bestreben Englands auf anderen Gebieten.** Mir persönlich, der ich das weiteste Vertrauen zu Delcasse hege, genügt die von ihm abgegebene Versicherung vollkommen. Für die kaiserliche Regierung indes sind genauere Erklärungen erwünscht hinsichtlich des Einverständnisses Frankreichs für volle Befriedigung unserer Wünsche, ebenso wie die die britische Regierung tat.

Sasonow.

Der Tag – Nr.616 – Dienstag, 04. Dezember 1917 – S. 2

Die völkerrechtlichen Bestimmungen.

Anläßlich der Verhandlungen über einen deutsch-russischen Waffenstillstand sind die über solche Abkommen maßgebenden völkerrechtlichen Bestimmungen nicht ohne Interesse.

Die letzten Vereinbarungen über den Waffenstillstand sind auf der zweiten Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1907 erfolgt. Die „Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“, die dem vierten Abkommen der Konferenz anliegt, enthält in den Artikeln 36 bis 41 folgende Bestimmungen:

Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegußernehmungen kraft eines wechselseitigen Uebereinkommens der Kriegsparteien. Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, doch unter der Voraussetzung, daß der Feind gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes rechtzeitig benachrichtigt wird (Artikel 36)

Der Waffenstillstand kann ein allgemeiner oder ein örtlich begrenzter sein. Der erstere unterbricht die Kriegußernehmungen der kriegführenden Staaten allenthalben, der letztere nur für bestimmte Teile der kriegführenden Heere und innerhalb eines bestimmten Bereiches. (Art. 37.)

Der Waffenstillstand muß in aller Form und rechtzeitig den zuständigen Behörden und den Truppen bekanntgegeben werden. Die Feindseligkeiten sind sofort nach der Bekanntmachung oder zu dem festgesetzten Zeitpunkte einzustellen. (Artikel 38.)

Es ist Sache der abschließenden Parteien, in den Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen, welche Beziehungen etwa auf dem Kriegsschauplatz mit der Bevölkerung und untereinander statthaft sind. (Artikel 39.)

Jede schwere Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch Privatpersonen, die aus eigenem Antrieb handeln, gibt nur das Recht, die Bestrafung der Schuldigen und gegebenenfalls einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu fordern. (Artikel 41.)

Die „Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ ist von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland ratifiziert worden, und zwar von allen drei Staaten mit „Vorbehalt“.

Ergänzung im:

Der Reichbote – Nr.619 – Dienstag, 04. Dezember 1917 – §. 1

[Anschließend an Artikel 39.:] während Waffenruhe-Verhandlungen von den Militärbefehlshabern geschlossen werden können, bleibt der Abschluß des Friedensvertrages lediglich dem Staatsoberhaupte vorbehalten, das die oberste völkerrechtliche Vertretungsbefugnis innerhalb der durch die Staatsverfassung gezogenen Schranken besitzt. Die Legitimität ist zu prüfen. Insbesondere gelten Revolution und Staatsstreich als Vorgänge des inneren Staatslebens, durch welche die völkerrechtlichen Beziehungen des Staates nicht berührt werden. Die völkerrechtlichen Grundbestimmungen über das Wesen des Staatsoberhauptes hat gerade in dem vorliegenden Fall sehr wesentliche Bedeutung.

Deutsche Tageszeitung – Nr.619 – Dienstag, 04. Dezember 1917 – §. 2

Das perfide Albion.

Stockholm, 1. Dezember. „Göteborgs Aftonbladet“ hatte am 2. August 1917 Aussagen eines schwedischen Seemannes über das Verfahren der Engländer am 1. Mai 1917 veröffentlicht, nach denen die Engländer an jenem Tage, für welchen Deutschland den neutralen Schiffen freies Geleit zugesagt hatte, die schwedischen Schiffe am Auslaufen verhindert und anstatt ihrer **englische Schiffe mit schwedischen Abzeichen ausgesandt haben, um Jagd auf deutsche U-Boote zu machen**; einige Tage später wurden 14 schwedische Lebensmittelschiffe von den Engländern durch Versagung jeglichen Proviantes gezwungen, auszulaufen und das nicht mehr freie Sperrgebiet der Nordsee zu durchqueren. Wie erinnerlich, haben deutsche U-Boote damals mehrere von diesen Schiffen versenkt.

Zu diesen Tatsachen, deren Wahrheit der genannte schwedische Seemann nachher, als sie durch amtliche Erklärung bestritten wurden, öffentlich in „Nya Dagligt Allehanda“ eidlich erhärten zu wollen erklärt hatte, bemerkte „Göteborgs Aftonbladet“: **Keine dieser Angaben steht mit den von den Engländern früher während dieses Krieges gezeigten Charakterzügen in Widerspruch.** Von demselben Volk, das nach eigenem Eingeständnis **Lazarettschiffe mißbraucht** hat, um unter dem **Schutz des Roten Kreuzes unverwundete Soldaten, Munition und hochstehende Persönlichkeiten von U-Booten unbehelligt zu befördern**, kann man auch ohne Bedenken annehmen, daß die schwedischen Farben in der geschilderten Weise mißbraucht hat, besonders, **da es die selben Farben schon längst zu gewöhnlichen Frachtfahrten mißbraucht hat.**

Wegen dieser Zeilen wurde „Göteborgs Aftonbladet“ auf Veranlassung des englischen Gesandten in Stockholm angeklagt, aber Redakteur Sjöberg konnte die Richtigkeit seiner Behauptungen beweisen; er wies unter anderem auf eine Stelle in der **„Daily Mail“ vom 20. Juli 1917 hin, die über Ausladungen von Munition aus einem englischen Lazarettschiff berichtet.** Er brachte eine große Anzahl rechtskräftig beglaubigter Zeugenaussagen bei, die die Mißbrauchung der Lazarettschiffe durch die Engländer bestätigten, und machte außerdem auf viele englische Pressestimmen aufmerksam, in denen Schweden aufs gröbste beschimpft und unneutraler Haltung bezichtigt worden ist.

Auf Grund dieser Stoffsammlung wurde er von dem Göteborger Gericht freigesprochen. Dadurch ist zum ersten Male von einem neutralen Gericht die Berechtigung der in „Göteborgs Aftonbladet“ gegen England erhobenen Vorwürfe anerkannt worden. Das Vorgehen der britischen Behörden am 1. Mai 1917 wird für alle Zeiten ein Schandfleck in der Geschichte der englischen Marine bleiben.

Asquiths Kriegszielprogramm.

Wie der „**Observer**“ mitteilt, äußerte sich Asquith* [Herbert Henry Asquith, *12.09.1852 - +15.02.1928, englischer Premierminister 1908-1916] einem Vertreter des Blattes gegenüber folgendermaßen über die englischen Kriegsziele:

„Wir wollen **eine weltumspannende Friedensgenossenschaft errichten**, der alle zivilisierten Völker mit gleichen Rechten und gegenseitigen Pflichten angehören sollen. **Wir traten in den Krieg, um das öffentliche Recht in Europa wiederherzustellen, die Heiligkeit der Verträge aufrecht zu erhalten und die deutsche und österreichische Invasion zurückzuweisen.** Im Laufe des Krieges tauchten neue Probleme auf. Aber noch heute stehen wir auf demselben Standpunkte bezüglich unserer Kriegsziele wie im November 1914. **Unser Ziele waren und sind:**

- **die Wiederherstellung von Belgien und (was seitdem hinzukam) von Serbien;**
- **die Sicherung Frankreichs;**
- **die Schaffung einer unangreifbaren Grundlage für die Rechte der kleineren Nationen;**
- **die Zerschmetterung nicht Deutschlands und des deutschen Volkes, sondern der Militärherrschaft Preußens, welche ihr Fluch ist, wie sie seitdem der Fluch Europas und der Welt geworden ist.**

Keines von diesen Zielen ist ein egoistisches. **Keines enthält auch nur die Spur einer aggressiven oder rachsüchtigen Absicht. Ihr gemeinsamer Zweck ist Befreiung, Sicherheit, Kompensation für begangene und Verhinderung zukünftiger internationaler Verbrechen.** Die von Rußland ausgehende Formel „keine Annexionen und Entschädigungen“ ist, wie manche allgemeine Formulierung, ausgezeichnet, aber irreführend, je nach dem Sinn, in welchem sie erklärt oder verstanden wird. **Wir würden alle unsere Beteuerungen zum Narren machen und die unermesslichen Opfer, die wir gemacht haben, fortwerfen, wenn wir uns einem Frieden unterwürfen,**

- **der Frankreich noch beraubt und**
- **Italien als Nation noch verstümmelt und unvollständig ließe;**
- **der nicht den Türken die Macht und Gelegenheit zu Mißregierung beschneide;**
- **der nicht Sorge trüge für eine Befreiung und Wiederherstellung Belgiens;**
- **für ein vergrößertes und autonomes Serbien;**
- **für die Schaffung eines geeinigten und sich selbst regierenden Staates Polen, das bisher die Beute dynastischen und militärischen Ehrgeizes gewesen ist;**
- **für die freie und sichere Entwicklung Rumäniens und der südöstlichen Slawen.**

Alle diese Ziele stellen Kompensationen und Grenzberichtigungen dar. Sie enthalten keine sogenannten „imperialistischen“ Absichten, wie sie sich zeigten in der Zerstückelung Polens und der Annexion Elsaß-Lothringens durch Deutschland. Sie können mit reinen Händen und gutem Gewissen von den Demokratien der Welt verfolgt werden. **Denn ihre Verwirklichung ist sogar eine der Voraussetzungen für eine gesicherte und segensreiche Zukunft der Demokratie selbst.** Aber diese geographischen und ethnologischen Neuverteilungen und materiellen Kompensationen, so notwendig sie sein mögen, machen nur den Weg frei für die Erreichung des Endzieles, das von höchster Bedeutung nicht nur für die Nationen Europas, sondern für die ganze zivilisierte Menschheit ist. Und dies wendet sich nicht nur an das Gefühl und die Sympathien, sondern an die direkten und dauernden Interessen der Vereinigten Staaten. Es ist eine Sache, die, wenn sie zustande kommt, **einen Neuaufbau des ganzen Systems der Beziehungen der Staaten** auf fester und dauerhafter Grundlage herbeiführen wird.

Die Entwicklung der militärischen Rüstungen Europas während der letzten zwei Generationen war bewirkt durch eine ganze Reihe von politischen und wirtschaftlichen Ursachen, die hier nicht analysiert werden sollen. Einige der internationalen Gruppierungen, die sich ergaben, waren sicherlich sehr zufälliger Art. Die Geschichte lehrt uns, daß sowohl Feindseligkeiten wie Freundschaften zwischen Nationen sogar solche, die tief eingewurzelt zu sein scheinen, leicht kurzlebig sind.

Noch in nicht allzu langer Vergangenheit schien die Feindschaft zwischen Großbritannien und Frankreich ein fester Punkt der europäischen Politik zu sein. In unser aller Erinnerung ist noch die Zeit, wo die meisten sich lustig gemacht hätten über die Idee eines Bündnisses zwischen Großbritannien und Rußland. Andererseits waren **die Bande, die kürzlich Italien mit den Mittelmächten vereinigten, durchaus schwach und zerbrechlich.** Die Türkei war der Reihe nach der Freund und Bundesgenosse fast aller christlichen Großmächte. Aber diese kürzliche Gruppierung der europäischen Staaten war mehr oder weniger zufällig und, wie der Verlauf der Dinge gezeigt hat, widerruflich. **Während der letzten zehn Jahre war es die ständige und**

erfolgreiche Hauptaufgabe Sir Edward Greys, von Fall zu Fall das schwankende Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, Streitigkeiten zu begrenzen und zu lokalisieren und den Losbruch der immer schwebenden, oft drohenden Sturmwolken zu verschieben. Diese Politik befolgte er bis zu Ende, und es war nicht seine Schuld, daß im Juli 1914, als der Streit zwischen Oesterreich und Serbien akut wurde, die Großmächte nicht im ganzen die Rolle unparteiischer Schiedsrichter spielen durften.

Solch ein Zustand internationaler Beziehungen ohne solide ethische und politische Grundlage mußte durch seine Unsicherheit zu maritimer und militärischer Betätigung aufstacheln. Keiner fühlte sich sicher, und man brauchte bloß immer wieder die Debatten der Haager Friedenskonferenz zu lesen, um sich klar zu werden, wie unannehmbar bei der Lage der Dinge sogar **der schüchterne und nebelhafte Pazifismus des Zaren war.**

Der Sturm brach los, wie er früher oder später losbrechen mußte. Der Weltkrieg hat nicht nur die meisten Voraussagen der Sachverständigen und Propheten als falsch erwiesen, sondern in seinen Opfern und Schrecken die schwärzesten Erfahrungen, die schlimmsten Vorstellungen der Menschheit übertroffen.

Die erste Notwendigkeit ist zweifellos nicht eine Wiederherstellung des Gleichgewichtes der Mächte, sondern die Beseitigung der Hauptursachen chronischer Unruhe durch eine Befreiung und Umgruppierung unterworfenen Völker in Uebereinstimmung mit ihren Wünschen und Interessen. Dies würde viel helfen, die schwärenden Wunden zu heilen, die Europa von dynastischem Ehrgeiz, diplomatischer Schikane und militärischer Raubgier empfangen hat.

Aber es ist klar, daß **wenn der Frieden, der das erste Interesse der blutenden Nationen und der verwüsteten Welt geworden ist, mehr als eine Atempause sein soll, wir uns nicht mit einer Neumalung der Landkarte begnügen können. Auch darf unsere Rekonstruktion sich nicht auf Europa beschränken.** Wie Präsident Wilson in seiner Botschaft an den Senat vom **22. Januar** sagte: „Kein Friede, der nicht die Völker der neuen Welt umschließt, kann die Zukunft gegen einen Krieg sichern.“ **Daher müssen wir einen weltumfassenden Friedensbund aller zivilisierten Nationen der Welt einrichten.**

Wir müssen Sicherheit schaffen gegen die Anwendung von Gewalt seitens einer Nation einer anderen gegenüber. Diese muß ersetzt werden durch ein Uebereinkommen, Streitigkeiten einem gemeinsamen Gerichtshofe zu unterbreiten und nötigenfalls die Macht aller in geeigneter Weise zu vereinigen, um dem gemeinsamen Willen Nachdruck zu verschaffen. Nur diesen Bedingungen unterworfen, **muß jedes Land absolute Freiheit besitzen, daheim nach den Wünschen seines Volkes seine eigenen Ideale der Entwicklung zu verfolgen.**

Um dies auch nur allmählich und teilweise zu erreichen, **gibt es einen vorbereiteten Schritt, den überhaupt nur zu erwähnen vor vier Jahren die Verachtung des „praktischen“ Mannes erregt haben würde,** der aber durch die schreckliche und unwiderrufliche Verwüstung des Krieges jetzt in den Gesichtskreis der Staatsmänner der Welt getreten ist und bald auch in Reichnähe kommen wird – **nämlich die fortschreitende Einschränkung der Rüstungen.** Dieser Wechsel, der die endgültige Verwerfung des Militarismus als des beherrschenden Faktors in den Beziehungen der Staaten einschließt, wird nicht durch einen Federstrich oder durch eine Lawine von Rhetorik herbeigeführt werden. Er schließt ein die Schaffung einer versuchsweisen elastischen Einrichtung und eines Systems von urteilfällenden, beratenden und ausführenden Verfahren. Er muß von vornherein auf etwas mehr abzielen als die Welt in Ordnung zu halten und Friedensbrüche zu verhindern. Er muß abzielen auf eine Vereinigung der Nationen zur gemeinsamen Schaffung eines freieren und volleren Lebens für die zahllosen Millionen, die durch ihre Arbeit und ihre Opfer von Generation zu Generation den Fortschritt aufrechterhalten und die Erbschaft der Menschheit bereichern.“

Tägliche Rundschau – Nr.619 – Dienstag, 04. Dezember 1917 – S. 1

Woodrow Wilson im Wandel der Zeiten.

Die politische Wandlungsfähigkeit des Präsidenten Wilson während der Dauer des Weltkrieges ist ein Stoff, der geradezu die Behandlung durch den satirischen Stift Hogarth oder Gillray herausfordert, etwa unter der Ueberschrift „Der Tartüff von Washington, sein Glück und sein Ende“. Denn daß dieser Superlativ angelsächsischen Cants von seiner Höhe herabstürzen wird, wie die Kriegshetzer in Rußland herabgestürzt sind und ihre Mitschuldigen in England und Frankreich herabgestürzt werden, ist nur eine Frage der Zeit.

Zunächst Wilson der Friedensfreund! Er hat seinen unübertrefflichen blasphemischen Niederschlag in seiner **Proklamation vom 4. Oktober 1914** gefunden, in der er in seiner Eigenschaft als Präsident der Vereinigten Staaten in nachstehender Weise zur Veranstaltung eines gemeinsamen Bettages auffordert, um für die Herbeiführung des Friedens Gottesdienst abzuhalten: „Ich, Woodrow Wilson ...ersuche alle

gottesfürchtigen Menschen ... vereint den allmächtigen Gott anzuflehen ..., daß er sich über die Nationen erbarme, die jetzt in tödlichem Konflikt miteinander liegen und in seiner Gnade und seiner Güte einen Weg zeigen möge, wo Menschen einen solchen nicht zu sehen vermögen ... und daß er uns auf den Pfaden des Gehorsams zur Erleuchtung führen möge und zu den Gedanken und Ratschlägen die uns rein und weise machen!“

Die Proklamation trägt das Datum des 4. Oktober 1914. Elf Tage später, **am 15. Oktober 1914**, setzt er **in einer erläuternden Erklärung zur amerikanischen Neutralitätserklärung auseinander, daß Private soviel Munition liefern dürften, wie sie imstande wären** und legte dadurch den Grund zu jenen Riesenlieferungen von Munition durch die Vereinigten Staaten, **ohne die der Krieg längst beendet wäre**. Bis dahin hat nämlich kein rechter Handel in solchen Dingen sich entwickeln können, da dieses Geschäft dem gesunden Sinn des amerikanischen Volkes nicht recht vereinbar mit der amerikanischen Neutralität erschien.

Es folgte die Aera „**Wilsons der Neutralen**“, in der er splitterrichtend gegen Deutschland nicht nur blind war gegen englische Völkerrechtsbrüche, sondern England sogar durch freundliche Ratschläge und Geheimabmachungen zu einem weiteren Ausbau seiner Methode der Völkerrechtsbrüche ermutigte, was ihm die englische Regierung später in einer amtlichen, öffentlich vorliegenden Note bestätigte, als er sich törichterweise über englische Uebergriffe beschweren wollte.

Als dann Präsident Wilson – **nachdem er die am 3. November 1914 erfolgte englische Erklärung der Nordsee zum Kriegsgebiet rund 2 1/4 Jahre lang widerspruchlos ertragen hatte** – nach der Erklärung des ungehemmten U-Boot-Krieges durch Deutschland die Beziehungen mit Deutschland abbrach und in den Krieg mit Deutschland hineinsteuerte, brauchte er für das tatsächliche amerikanische Kriegsziel: den Krieg mit dem geringsten amerikanischen Risiko, möglichst bis zur vollendeten Selbstzerfleischung Europas fortzusetzen, einen ähnlich verlogenen Vorwand, wie für sein bisheriges Verhalten – und er fand ihn in dem Schlagwort von dem allein selig machenden demokratischen Regime, mit dem Deutschland auch wider seinen Willen beglückt werden müsse. Denn nach seiner Ueberzeugung wäre der schreckliche Krieg, wie er in seiner Rede vom 9. März 1917 ausführte, nie ausgebrochen, **„wenn alle europäischen Nationen das gleiche demokratische Regime hätten, wie es England und Frankreich haben“** – **ausgesucht England und Frankreich, die mit dem zaristischen Rußland einen Eroberungsplan vertraglich vereinbart haben**, der in seiner ganzen Unglaublichkeit jetzt durch die Veröffentlichung der gegenwärtigen russischen Regierung der staunenden Welt enthüllt wird.

Das Märchen, daß Amerika in den Krieg getreten sei, weil Deutschland zur Waffe des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gegriffen hätte, schien ihm entweder zu töricht oder zu simpel; denn auch in seinem **Aufruf zur Lebensmittelerzeugung für die Verbündeten vom 16. April 1917** spielt es eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle neben den tönenden Phrasen, daß Amerika in den Krieg ziehe „für Demokratie und Menschenrechte“, und daß es kämpfen werde „für die Rechte der Menschlichkeit und den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt“ – (selbstverständlich) „ohne ein einziges selbstsüchtiges Element“.

Inzwischen hat der Tartüff mit der Maske des weltbeglückenden Idealisten den Weg zur Wirklichkeit wiedergefunden und zwar in **einer Rede, die er am 12. November 1917 in Buffalo** gehalten hat vor einer aus Arbeitern bestehenden Zuhörerschaft, auf die sein heuchlerischer a la Barnum herausgeputzter Idealismus keinen Eindruck gemacht hätte. Sie würden ihn mit seiner Behauptung, daß Amerika für Deutschlands Demokratisierung Krieg führen müsse, ausgelacht haben, zumal die Demokratisierung Deutschlands in vollem Gange war. Deshalb spielt er diesmal – übrigens unter verlogener Anerkennung deutscher Vorzüge, die aus seinem Munde nirgends peinlicher berühren kann als gerade in Deutschland – als einen neuen Trumpf die Bagdadbahn und den mitteleuropäischen Gedanken als amerikanischen Kriegsgrund aus. Natürlich auch nur, weil er den wahren Grund, daß nämlich Europa sich zugunsten der Vereinigten Staaten und Englands verbluten müsse, seinen Zuhörern nicht zu enthüllen wagte. Die Bagdadbahn aber erschien ihm für seine Zuhörerschaft aus dem Grunde sehr geeignet zu sein, weil er sie – Geschwindigkeit ist keine Hexerei – seinen realpolitischen Zuhörern, bis nach China fortgeführt, als die Bedrohung der wirtschaftlichen Expansion einer ganzen Reihe von Staaten mit Einschluß Amerikas hinstellen konnte, – obwohl die sehr viel kürzere, nur durch ein Herrschaftsgebiet führende sibirische Bahn wohl zur Genüge gezeigt hat, daß sich mit derartigen langen Bahnlinien ein großer Wirtschaftsmarkt nicht erobern läßt. Er kannte aber seine Zuhörerschaft und wußte, wie sehr der amerikanische Arbeiter gerade China als sein Ausbeutungsgebiet betrachtet, von dem der deutsche Konkurrent, der sich ihm mittels der Bagdadbahn auf dem Ueberlandwege nähern wollte, ferngehalten werden mußte.

„Keine deutsche Eisenbahn durch Asien, damit Indiens Ausbeute durch England und Chinas Ausbeute durch Amerika nicht bedroht würde.“ In diesen Worten faßt „Socialdemokraten“ vom 26. November diesen

letzten Kriegsgrund Wilsons zusammen, nicht ohne zu betonen, daß diesmal in seiner Rede die alten Phrasen von Befreiung und Demokratie gefehlt haben.

Es wird nicht Wilsons letzter Kriegsgrund sein, denn er ist vielseitig und hat Phantasie, fast zuviel für einen ehrlichen Menschen und wuchert mit seinem Pfunde nach den Worten der Schrift. Vielleicht hält er sich auch für verpflichtet, als Vertreter eines so geschäftstüchtigen Volkes wie des amerikanischen für ein „reichhaltig assortiertes Lager“, wie es ja wohl in kaufmännischen Anpreisungen heißt, auf dem Gebiete der Kriegsgründe zu sorgen, etwa nach dem Goetheschen Wort:

„Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.
Ein jeder sucht sich endlich selbst was aus.“

Berliner Neueste Nachrichten – Nr.617 – Mittwoch, 05. Dezember 1917 – S. 3

Erzberger.

Vor einigen Tagen trat die **Norddeutsche Allgemeine Zeitung** den Ausführungen der **Deutschen Tageszeitung** entgegen, in denen behauptet wurde, der Abg. Erzberger habe ohne Zweifel mit Wissen des Auswärtigen Amtes und auf Geheiß der sogenannten politischen Leitung auf der Grundlage der päpstlichen Note mit Franzosen wegen Abtretungen in Elsaß-Lothringen verhandelt. Diesen Behauptungen stellt die **Norddeutsche** ein „frei erfunden“ entgegen. Mit dem Dementi des Regierungsblattes befaßt sich nun die **Süddeutsche Zeitung** etwas näher und schreibt:

Ueber die Unterredungen und Friedensbedingungen, wie sie Herr Erzberger in vertrautem Kreise bekannt- und preisgab, sind uns von Vertrauensleuten des Zentrums, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln wir nicht einmal der „**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**“ gestatten können, folgende Mitteilungen gemacht worden:

„In der Ulmer Vertrauensmännerversammlung hat er (Erzberger) zugegeben, daß er in Zürich die erwünschte Gelegenheit zu einer Aussprache mit einem englischen Agenten gefunden habe. (Dies wird in den „Neuen Züricher Nachrichten“ ausdrücklich bestätigt.) In einer anderen Stadt Oberschwabens – der Name kann jederzeit genannt werden – hat sich Erzberger damit gerühmt, daß er mit vier französischen Bischöfen sich habe besprechen können; er sei also der erste Deutsche gewesen, der mit Angehörigen eines uns feindlichen Staates habe reden können. Auch diese Unterredung hat auf Schweizer Boden stattgefunden.“

In einer anderen Mitteilung aus Zentrumskreisen heißt es:

„Das hält aber Herrn Erzberger nicht ab, nun auf eigene Faust Politik zu treiben, und er nimmt es sich sogar heraus, direkt mit Angehörigen von uns feindlich gesinnten Staaten, die auch heute noch mit allen ihren Sinnen und allen ihren Kräften auf die völlige Vernichtung des Deutschen Reiches ausgehen, sich zusammenzusetzen, mit ihnen zu verhandeln, ihnen gegenüber über die Grenzen unseres Nachgebens, z.B. daß Belgien, äußerstenfalls sogar unter Bezahlung einer respektablen Entschädigungssumme herausgegeben werde, daß die französisch sprechenden Teile Elsaß-Lothringens an Frankreich abgetreten werden, um damit dessen Friedensgeneigtheit zu erkaufen usw., zu plaudern, über die Stimmungen bei uns im Innern zu schwatzen, kurz und gut, die Position, von der aus dereinst unsere Friedensunterhändler an ihr schwieriges Werk herantreten müssen, zu unterhöhlen und zum voraus schon zu enthüllen.“

Das genügt vorerst, um die Frage zu stellen: Wenn Herr Erzberger die ihm hier zugeschriebenen Aeußerungen abzuleugnen den Mut finden sollte, wird dann auch fernerhin die **Norddeutsche Allgemeine Zeitung** den Mut finden, Dinge zu dementieren, über die sie allem Anschein nach gar nicht, oder, weil sie sich auf die falsche Quelle stützt, falsch unterrichtet ist?

Der Reichsbote – Nr.621 – Mittwoch, 05. Dezember 1917 – S. 1

Wie der Frieden zustande kommt.

Was heißt Friede und was ist Friede? Er soll die definitive Beendigung eines Streitzustandes darstellen. Und wer wüßte nicht, daß bei zwei streitenden Parteien, selbst im bürgerlichen Leben, es langer Verhandlungen bedarf, ehe sie zu einem Einverständnis auf die Dauer miteinander kommen. So gehen dem Abschluß des Friedens auch im Leben der Völker mehr oder minder langwierige Verhandlungen vorher, die entweder von den kriegführenden Teilen selbst, oder von dritter neutraler Seite eingeleitet werden. In der neueren deutschen Geschichte ist es vielfach ebenso gewesen.

Als Preußen und Oesterreich im Jahre **1864 in Schleswig –Holstein** Dänemark besiegten und nachdem die preußischen Truppen Düppel erstürmt hatten, kam es zwar zuerst **in London zu Friedensverhandlungen, die von seiten der englischen Regierung eingeleitet waren**. England gönnte schon damals dem deutschen Volke nicht die Machtvermehrung, die in der Rückgewinnung der Elbherzogtümer lag und hätte gern Preußen und Oesterreich um den Siegespreis betrogen. **Mit Rücksicht auf die internationale politische Lage mußte sich Bismarck diesen englischen Friedensstiftungsversuch – richtiger gesagt: Einmischungsversuch – gefallen lassen. Er wußte aber auf den Konferenzen zu operieren, daß dabei nichts herauskam und daß der Krieg weiter ging.** Erst nach dem Uebergang nach Alsen sah Dänemark, daß es geschlagen war, und da sich inzwischen herausstellte, **daß die englische Hilfe, auf die man in Kopenhagen gerechnet hatte, lediglich in**

Zeitungsartikeln und Parlamentsreden bestand, so bot Dänemark den Frieden an, der denn auch bald darauf zustande kam.

Im Jahre 1866 war die Sache etwas anders. Nach der kriegerischen Auseinandersetzung Preußens mit Oesterreich, die nach Bismarcks Wort „die Uhr des deutschen Dualismus richtigstellte“, lag die Gefahr nahe, daß Napoleon III. sich einmischen würde. Bismarck mußte deshalb den französischen Vermittlungsversuch annehmen, was er um so mehr tun konnte, als ihm bekanntlich an der völligen Besiegung Oesterreichs nichts lag. Oesterreich trat Venetien an Napoleon ab, und dieser bot seine „guten Dienste“ zur Friedensvermittlung an. Es kam zu Verhandlungen auf dem Nikolsburger Schloß, die zu dem Präliminarfrieden führten, der nach diesem Schlosse genannt wird. In einem derartigen Präliminarfrieden vergleicht man sich nur über die Hauptpunkte des Streites, oder man setzt die Grundbedingungen zur Beilegung des Streites fest. Die Vervollständigung und nähere Bestimmung der Präliminarien bleibt dem definitiven Friedenswerk überlassen. So war es 1866, wo dem Präliminarfrieden von Nikolsburg der definitive Frieden von Prag folgte.

Ein sehr charakteristisches Beispiel für die Langwierigkeit mancher Friedensverhandlungen bietet der Deutsch-Französische Krieg von 1870-1871. Die ersten auf den Frieden hinzielenden Besprechungen zwischen Bismarck und Favre begannen schon September-Oktober, aber es dauerte noch bis zum März, bis endlich die Verhandlungen, die oft unterbrochen wurden, zum Abschluß kamen. Frankreich vermochte eben im Herbst 1870 nicht einzusehen, daß es besiegt war, und es bedurfte erst der schweren Niederlagen, die die Gambettaschen Armeen erlitten, es bedurfte erst der Kapitulation von Metz und Paris, des Uebertritts Bourbakis nach der Schweiz, um Frankreich zum Eingeständnis seiner Niederlage zu bewegen. **Auch damals versuchte England, sich in die Friedensverhandlungen einzumischen**, hatte aber dabei nicht mit Bismarck gerechnet, der kurz erklären ließ, Deutschland hätte das Geschäft allein gemacht und werde nun auch die Rechnung allein schreiben.

Der **Präliminarfrieden wurde dann am 26. Februar 1871 zu Versailles** geschlossen, aber der endgültige Friede kam erst am 10. Mai 1871 in Frankfurt a.M. nach Verhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre zustande. Noch länger dauerten die Friedensverhandlungen bei Beendigung des Dreißigjährigen Krieges: fast drei Jahre!

Wenn wir weitergehen bis in die neueste Zeit hinein, so bietet die Beilegung des Streites zwischen Rußland und Japan ein sehr hübsches Beispiel für einen Frieden, der durch Vermittlung einer neutralen Macht zustande gekommen ist. Es waren damals die Vereinigten Staaten durch ihren Präsidenten Roosevelt, die durch ihre guten Dienste zu Portsmouth Verhandlungen und schließlich auch den Frieden (1906) zustande brachten. Auch der Friede nach den Balkankriegen wurde auf neutrale Vermittlung geschlossen.

Derartige Friedensverhandlungen werden entweder nur zwischen den Gesandten der streitenden Mächte oder aber unter Teilnahme der vermittelnden neutralen Mächte gepflogen. Das Ergebnis der Friedensverhandlungen wird in einem oder mehreren Friedensinstrumenten niedergelegt, die neben der feierlichen Versicherung, daß zwischen den betreffenden Staaten künftig Frieden sein soll, die Motive zum Friedensvertrag und in besonderen Artikeln (Friedensartikeln) die Bedingungen enthalten, unter denen die beteiligten Mächte den Streit beendigen und Frieden schließen wollen.

Friedensverträge erhalten nach den völkerrechtlichen Grundsätzen erst dann ihre Gültigkeit, wenn die Herrscher sie eigenhändig vollzogen (ratifiziert) haben. Die **Auswechslung der Ratifikationsurkunden** ist eine hergebrachte völkerrechtliche Sitte, die die Erklärung der Bündigkeit des Vertrages enthält. Nach den meisten Staatsverfassungen ist das Recht Frieden zu schließen, zwar ein Vorrecht der Krone, die Volksvertretung muß jedoch dem Friedensvertrag zustimmen, wenn durch diesen die Verfassung geändert wird, wenn Gebietsteile abgetreten oder erworben werden, wenn dem Lande geldliche Lasten auferlegt werden. **Auch nach der Verfassung des Deutschen Reiches ist der Abschluß eines Friedensvertrages Vorrecht des Kaisers. Bezieht sich dieser Vertrag indessen auf Gegenstände, die sonst der Gesetzgebung und der Beaufsichtigung der gesetzgebenden Faktoren des Reiches unterstellt sind, so ist deren Zustimmung unerläßlich. Für Deutschland sind diese gesetzgebenden Faktoren die verbündeten Regierungen, verkörpert in dem Bundesrat, und das deutsche Volk, verkörpert im Deutschen Reichstag.**

Hoffen wir, daß beide von diesem ihrem Recht bald Gebrauch machen können, hoffen wir aber auch mit dem „Marschall Vorwärts“, daß „die Diplomaten nicht verderben, was das Schwert gewonnen hat!“

Burschen heraus!

Am 23. März 1895 lehnte der Deutsche Reichstag mit den Stimmen des Zentrums, des Freisinns, der Sozialdemokraten, Welfen, Polen und Elsässer es ab, dem Altreichskanzler Fürsten Bismarck seine Glückwünsche zum 80. Geburtstage auszusprechen. Unter dem Eindruck dieses erniedrigenden Ereignisses drahtete der Kaiser an den Fürsten: „Euer Durchlaucht ausspreche Ausdruck tiefster Entrüstung über eben gefaßten Beschluß Reichstags. Derselbe steht vollsten Gegensatz aller deutschen Fürsten und Völker.“

Und der Alte im Sachsenwalde antwortete: „Euer Majestät bitte ich ehrfurchtsvollen Ausdruck meiner Dankbarkeit für Allerhöchste Kundgebung entgegenzunehmen, durch welche Majestät jene mir noch unbekannte Unerfreulichkeit meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugtuung für mich umwandeln.“

So wollte sich die damalige Reichstagsmehrheit, die der heutigen fast auf ein Haar gleicht, für die Niederlagen rächen, die ihr Fürst Bismarck bei Bekämpfung ihrer reichsschädlichen Politik während seiner Amtsführung Schlag auf Schlag zugefügt hatte. Ein Sturm der erbittertsten Entrüstung ging durch alle deutschen Lande, ob **dieser Schandtats kleiner Geister**, die sich berufen fühlten, im nachbismarckschen Deutschland die Entscheidung in den Händen zu halten. Und je mehr die Presse dieser Reichstagsmehrheit deren Beschlüssen zujubelte, desto entschlossener scharten sich die Reichsfreunde um den Fürsten, voran die akademische Jugend. Der „Verein deutscher Studenten“ drahtete dem Kaiser den begeisterten Widerhall des „erlösenden Kaiserwortes“ in den Herzen der deutschen Jugend und sprach dem Fürsten gegenüber die Hoffnung aus, „daß durch den Reichstag späterer Jahrzehnte ein anderer nationaler Hauch wehen wird.“ In dieser Hochstimmung sah dann der 2. April, der uralte Sachsenwald, die Wallfahrt der deutschen Studentenschaft unter Führung ihrer Lehrer zu dem stillen Herrenhause von Friedrichsruh, um dem Reichsschmied ihre Huldigung darzubringen. Hoch aufgerichtet, den blanken Stahlhelm auf dem mächtigen Haupte, empfing der Fürst die Rektoren der 29 deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen, der ihnen für die Ueberreichung einer seiner Verdienste würdigenden „Adresse“ mit einer Rede dankte, in der er der Entwicklung des Reiches bis auf die letzten Ereignisse nachging.

„Ich halte den Protest gegen den Namen Reichsfeind nicht berechtigt“, sagte er in bezug auf die Reichstagsmehrheit, „nachdem ich 25 Jahre lang gegen diese Fraktionen im Reichsinteresse habe fechten müssen“ und gab sich dann dem für ihn tröstlichen Gedanken hin, „daß die Gegner offenbar kein Siegesgefühl haben, nachdem ich fünf Jahre außer Dienst bin, sonst würden sie nicht mit dieser giftigen verleumderischen Verbissenheit noch gegen mich kämpfen.“ Und wie in Vorausahnung kommender Ereignisse warnte er, „daß irgend jemand, der richtigen Kampfeswille in sich fühlt, auf unserer Seite sich durch ein falsches Friedensbedürfnis und durch die Sorge, er könnte Schaden anrichten, wenn er den Degen zieht, sich abhalten läßt, ihn ruhig zu ziehen und zu fechten ... Unser Gott läßt keinen Deutschen zugrunde gehen, am allerwenigsten Deutschland!“

Unterdessen hatte sich die über 40.000 Köpfe zählende Studentenschaft vor dem Hause aufgestellt und als der Fürst heraustrat, begrüßte ihn ein brausendes Hurra und hundertfaches Schlägerklirren. Und was er dann zu der vor ihm stehenden Menge sagte, ist den Hörern zum ewigen Vermächtnis geworden. Von der „Pfleger des Nationalgefühls im eigenen Innern“, das man nicht mutwillig aufgibt, bis zu der eindringlichen Mahnung, sich nicht zu sehr dem deutschen Bedürfnis der Kritik hinzugeben, sondern hinzunehmen, „was wir mühsam unter dem bedrohenden – Angriff kann ich nicht sagen – aber Gewehranschlag der übrigen Europäer ins Trockene gebracht. Es war nicht so sehr leicht. Wären wir vor den europäischen Seniorenkonvent vor Abschluß unserer französischen Angelegenheiten zitiert worden, wir wären nicht so gut weggekommen, wie es gewesen ist, und meine Aufgabe ist es gewesen, dies nach Möglichkeit zu verhindern.“

Damit hatte Bismarck auf die Versuche Englands angespielt, durch eine Friedenskonferenz die deutschen Siege über Frankreich lahmzulegen, und welcher Nationaldeutsche weiß sich frei von dem Verlangen, das heutige Gedankenspiel mit einem ähnlichen Abschluß dieses Krieges zum Vergleich heran zu ziehen? Wir wissen, es sind gewichtige Stimmen am Werke, durch „Verständigung“ am grünen Tisch die unerhörten Opfer an Gut und Blut umsonst gebracht sein zu lassen und die Zukunft des Reiches aufs Äußerste zu gefährden. Und da ist es in erster Linie die Pflicht der studierenden Jugend, diesem schädlichen Unterfangen entgegenzutreten und zu zeigen, daß für sie Bismarcks Wort an jenem Ehrentage Deutschlands ausschlaggebend ist, trotz aller inneren Kämpfe, sobald die nationale Frage auftaucht, einen Sammelpunkt zu haben, „und das ist für uns das Reich!“

Von der Berliner Studentenschaft ist in diesen Tagen der Sammelruf an alle Kommilitonen im Reich ergangen, sich um die Reichssturmflagge eines Bismarck zu scharen, nachdem das „Berliner Tageblatt“ ihren Aufruf zum Beitritt in die Deutsche Vaterlandspartei in der ihm eignen reichsfeindlichen und unflätigen Schmähsucht herabzusetzen versucht hat. Dieses Blatt hat sich erdreistet, den aus Sorge um des Vaterlands Zukunft geborenen Ruf mit persönlichen Beweggründen in Verbindung zu bringen.

Darauf kann und darf es nur eine Antwort geben: Burschen heraus! Heraus zum Kampfe gegen **die mit den Feinden verbündete schwarzrotgoldene Internationale**, heraus zum Kampfe gegen alles Undeutsche und Fremdstämmige, **das im folgenschwersten Augenblick dem Feinde goldene Brücken bauen will, um uns den Sieg zu rauben und dem Verderben auszuliefern.**

Burschen heraus! Viel tausendfältig laßt den Ruf erschallen, es gilt das Vaterland! Keiner bleibe zurück, gleich wie in jenen Augusttagen, in denen des Kaisers Ruf zu den Fahnen erscholl und sich die Freiwilligen stellten, um das, was sie auf dem Fechtboden gelernt und in froher Tafelrunde so oft gelobt hatten, in die Tat umzusetzen, während andere vor Entsetzen ob des Kriegsausbruches „vom Stuhle fielen“. Zu Tausenden ist die Blüte der deutschen Jugend auf den Schlachtfeldern dahingerafft oder ist eines tapferen Seemannstod gestorben. Jetzt gilt es für die, die nicht oder nicht mehr kämpfen können, diese Opfer gegen internationale Ränke zu ehren und das Vaterland vor neuen Ueberfällen zu schützen. Und darum noch einmal: Burschen heraus!

Tägliche Rundschau – Nr.620 – Mittwoch, 05. Dezember 1917 – S. 2

Dr. Kuyper über die Geheimverträge der Entente.

[Die Übersetzung des Artikels in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ – NAZ – und der „Täglichen Rundschau“ – TR – sind inhaltlich gleich, jedoch wird in der TR ausführlicher berichtet. Daher nach dem Bericht der NAZ der zweite Teil des Berichtes der TR]

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr.370 – Donnerstag, 06. Dezember 1917 – S. 2

Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Im Amsterdamer „Standard“ vom 1. Dezember schreibt Dr. Kuyper (*ehemaliger Ministerpräsident*) über die Veröffentlichung der Geheimverträge: Die Oeffnung der geheimen Archive in Petersburg hat ganz Europa nicht bloß überrascht, sondern in erschreckendes Erstaunen versetzt. Man hatte wohl angenommen, die Verbandsmächte seien sich lange vor 1914 einig gewesen, was sie im Falle eines Krieges tun würden. Aber wie schonungslos man sich auch die Habsucht des Verbandes vorgestellt hatte, so hatte doch kein Mensch auch nur im entferntesten gewagt anzunehmen, daß England, Frankreich, Italien und Rußland zu einer Zeit, als man den Kaiser von Deutschland sowohl in London, wie in Petersburg auf das allerfreundlichste empfing, sich hinter seinem Rücken buchstäblich verschwören würden, um Deutschland zu gelegener Zeit zu überfallen. Selbstredend blieben der deutschen Regierung, wie geheimnisvoll man auch verfuhr, diese Vorgänge nicht verborgen. Daher durfte Deutschland im Juli 1914 keinen Augenblick zögern, wenn es der Falle entgehen wollte. Aus den Archiven geht hervor, daß man es darauf abgelegt hatte, die Mittelmächte so gut wie unvermutet zu überfallen und ihnen einen tödlichen Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte, nie wieder erholen würden.

[TR] Diese Verschwörung macht buchstäblich keinen anderen Eindruck als den von alles riskierenden Neidern, die einen Plan bis ins kleinste geschmiedet hatten, um in günstiger Stunde zum Ueberfall und zur Machtzerstückelung überzugehen. Und das Banalste und Fatalste ist, daß, während diese Verschwörung im großen Stil inszeniert wurde, scheinbar unveränderlich Freundschaft und Bundestreue fort dauerte. Natürlich ist die deutsche Regierung, so sehr auch alles verheimlicht wurde, doch nicht ganz dessen unkundig geblieben, was eronnen und vereinbart wurde. Und so ist es denn auch vollkommen erklärlich, wenn man im Juni in Berlin keinen Augenblick zögern konnte, und, nicht aus Kriegssucht, sondern um nicht in die Falle zu laufen, entscheidende Mittel schnell anwandte und dem bösen Anschlag zuvorkam. Die jetzigen Veröffentlichungen liefern den Beweis für den heimlichen Plan, der aus dem Westen und aus dem Osten und auch aus dem Süden gegen Deutschland und Oesterreich und die Türkei ging.

Die Delegationen. – Österreichische Delegation.

Ausschuß für Äußeres.

Wien, 4. Dezember. Unter dem Vorsitze des Obmannes Dr. Baerenreither fand heute in Anwesenheit Ihrer Exzellenzen des Ministers des Äußern Grafen Czernin, des Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler und des Präsidenten der Delegation Hauser eine Sitzung des Ausschusses für Äußeres statt in welcher der Minister des Äußern sein Expose zur Kenntnis des Ausschusses brachte.

Expose des Ministers des Äußern Grafen Czernin:

Mit lebhafter Genugtuung begrüße ich den Zusammentritt der Delegationen, welcher die lang entbehrte und von mir nicht weniger als von Ihnen vermißte Gelegenheit bietet, vor dem verfassungsmäßigen Forum die außenpolitische Lage Österreich-Ungarns zu erörtern. Ich begrüße den Zusammentritt der Delegationen in der festen Zuversicht, daß Österreich-Ungarn aus ihrem Wirken politische Kräfte schöpfen wird, die im Vereine mit den Früchten der großen Waffentaten der ruhmbedeckten gemeinsamen Wehrmacht der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Heile gereichen werden.

Mehr als drei Jahre sind seit der letzten Tagung der Delegation verstrichen. Dieser Zeitraum umschließt eine Kette weltgeschichtlicher Ereignisse, deren Umfang, Bedeutung und Wirkung weit über den Rahmen des Geschehens in irgendeine Periode der Geschichte hinausreichen. Unüberwindlich stehen in diesem Kriege, dergleichen es nie gab, Österreich-Ungarn und seine treuen Verbündeten einer bisher gleichfalls nie dagewesenen numerischen Übermacht gegenüber.

Mitten in diesem Ringen ist, tief betrauert von den Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Wohl Sein ganzes Leben gewidmet war, Seine Majestät der Kaiser und König Franz Joseph I. heimgegangen, ohne daß es Ihm vergönnt gewesen wäre, den von Ihm ersehnten und angestrebten ehrenvollen Abschluß dieses Krieges zu erleben. Der Pflichten eines modernen Monarchen und der auf Ihm lastenden Verantwortung voll bewußt, hat seine Majestät Kaiser und König Karl den Thron seiner Väter bestiegen und leitet mit sicherer, von wahrer, tiefer Menschlichkeit geführter Hand die Völker Österreich-Ungarns.

Wenn sich auch die Vorgänge seit der Mitte des Jahres 1914 zum größten Teil im Lichte der Öffentlichkeit abgespielt haben, so glaube ich an dieser Stelle doch eine gedrängte Darstellung der Ereignisse der letzten drei Jahre geben zu müssen. Hiebei kann ich hinsichtlich der Einzelheiten auf unsere in dieser Zeit erschienenen Rotbücher verweisen, in denen die Vorgeschichte unseres Konfliktes mit Serbien und mit der Entente sowie auch des Kriegseintrittes Italiens und Rumäniens eine authentische, dokumentierte Darstellung gefunden hat.

Bevor ich die Ereignisse der letzten drei Jahre rekapituliere, muß ich an die gewitterschwüle Atmosphäre erinnern, welche schon geraume Zeit vor dem Ausbruche des jetzigen Krieges über Europa lagerte. Insbesondere im Südosten unseres Welttheiles hatten der Verlauf des Türkisch-Italienischen Krieges und der beiden Balkankriege sowie der Friede von Bukarest eine Lage geschaffen, die Dauer weder versprach noch vertrug: Die Türkei, in ihrem territorialen Besitzstand empfindlich geschwächt, Bulgarien durch eine Koalition seiner früheren Verbündeten um die durch die Verträge und Siege gesichert erscheinenden Hoffnungen auf Verwirklichung seiner nationalen Ansprüche betrogen, Serbien weit über vertretbare Aspirationen hinaus auf Kosten fremder Gebiete vergrößert und Rumänien durch einen kampf- und ruhmlosen Einmarsch in den Besitz der bulgarischen Dobrudscha gelangt – dieses unter der Patronanz der Ententemächte gezeitigte Ergebnis der beiden Balkankriege trug alle Vorbedingungen neuer, schwerer Erschütterungen in sich.

Der russischen Unterstützung sicher, hielten jetzt Serbien und Montenegro den Zeitpunkt für gekommen, um gestützt auf die von ihnen seit langem und mit allen Mitteln betriebene großserbische Agitation, ihre Ansprüche auf Gebietsteile der Monarchie zu verwirklichen.

Das zaristische und imperialistische Rußland, welches die genannten Länder bei Verfolgung dieser Pläne stets moralisch und materiell gefördert hatte, schuf seinerseits im Nordosten der Monarchie durch ein sich immer offener ausbreitendes System panslawistischer Propaganda und militärischer Spionage sowie durch wiederholte Probemobilisierungen einen Zustand steter Spannung. **Die mit Vorwissen der Machthaber in Belgrad vorbereitete und angezettelte Mordtat von Sarajevo brachte den Stein ins Rollen.** Blitzartig beleuchtete dieses Ereignis die Lage. Die Schicksalsstunde der Monarchie war gekommen, in der es galt, zur Sicherung unserer Existenz den verbrecherischen Eingriffen des Großserbentums in unser innerstaatliches Leben ein entschiedenes und entscheidendes Paroli zu bieten. Die unseren südöstlichsten Nachbarn gegenüber

bisher geübte Geduld und Nachsicht durfte nicht länger als Schwäche und Ohnmacht erscheinen, sollte die Monarchie nicht in ihren Grundfesten erschüttert werden. Der Appell an die Waffen wurde unvermeidlich, als die serbische Regierung, auf einen Wink aus Petersburg hin, unser Ultimatum in unbefriedigender Weise beantwortete. Damit nahm das Verhängnis seinen Lauf. Die russische Mobilisierung, welche nicht nur uns, sondern auch dem Deutschen Reiche galt, das sich in der ersten Stunde des Konfliktes mit vorbildlicher Bündnistreue an unsere Seite gestellt hatte, zog jene der Mittelmächte nach sich, und Schlag auf Schlag erfolgte dann der Kriegseintritt Frankreichs, Englands und Japans.

Der Ursprung des Konflikts läßt keinen Zweifel darüber offen, daß die Monarchie nur zu ihrer Verteidigung zu den Waffen gegriffen hat, daß ihr jedwede Angriffs- oder Eroberungsabsicht ferne lag. Wenn es hierfür noch weitere Beweise bedürfte, so wurden sie von unseren Feinden selbst geliefert, die kein Hehl daraus machen, daß sie es von allem Anfang an auf die Zertrümmerung der Monarchie und auf die gewaltsame Einverleibung weiter Gebiete abgesehen hatten.

Vom ersten Augenblick an waren sich die Völker Österreich-Ungarns bewußt, daß der Kampf um den Bestand des Vaterlandes gehe. Von isolierten lokalen Vorfällen abgesehen, wie sie sich in jedem Land ereigneten, zeigte sich eine bewundernswerte Einmütigkeit. Was die gemeinsame Wehrmacht seither in mehr als dreijährigen Kämpfen zu Lande, zu Wasser und in den Lüften, meist gegen eine gewaltige gegnerische Übermacht geleistet hat, wird die Nachwelt als eine unerhörte Summe menschlicher Größe, tiefverwurzelnden Opfermutes und selbstlosen Heldentums von Millionen staunend bewundern. Würdig reiht sich diesen Leistungen der Armee und Flotte die patriotische, beispiellos opferwillige und trotz aller Entbehrungen stets standhafte Haltung des Hinterlandes an. Die vorbildlichen Taten all dieser Helden an der Front und im Hinterlande werden unseren dankbaren Nachkommen ein steter Ansporn zur Nacheiferung und eine unversiegbare Quelle der Vaterlandsliebe sein. Auf diesen ethischen Wirkungen des Heldentums unseres Geschlechtes wird die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie sicher ruhen.

Wenn ich mich nun zu einer kurzen Schilderung der Stellungnahme einzelner Staaten zu dem Kriege zuwende, muß ich in erster Linie die Bündnispolitik der Monarchie erörtern, die für den Verlauf des Krieges von ausschlaggebender Bedeutung war.

An die Spitze dieser Ausführungen darf ich die von Österreich-Ungarn längst anerkannte Feststellung setzen, daß unser langjähriges enges Bündnis mit dem Deutschen Reiche die Feuerprobe auf das glänzendste bestanden hat. Den Monarchen und Staatsmännern, deren Weisheit dieses Bündnis seinerzeit schuf, schuldet unsere Generation tiefen Dank.

Im Vereine mit Deutschland hat die österreichisch-ungarische Monarchie während des Krieges zwei neue Bundesgenossen gewonnen: die Türkei und Bulgarien, welche sich in richtiger Erkenntnis ihrer Interessen den Zentralmächten angeschlossen haben. Welchen Wert dieser Anschluß für unsere gemeinsamen Aufgaben und Ziele in diesem Kriege besitzt, bedarf wohl keiner näheren Ausführung. Ich glaube der Zustimmung der geehrten Herren Delegierten sicher zu sein, wenn ich die Zuversicht ausspreche, daß die Bündnisse mit der Türkei und mit Bulgarien auch nach dem Kriege fortauern und daß hieraus allen Bündnisteilnehmern reiche Vorteile erwachsen werden.

Die Haltung der Türkei im gegenwärtigen Krieg und die Aussichten, welche sich hieraus für ihren künftigen gesicherten und gekräftigten Bestand eröffnen, dürfen geradezu als die Wiedergeburt des türkischen Reiches bezeichnet werden. Die Waffentaten der türkischen Armee, insbesondere heldenhafte und erfolgreiche Verteidigung der Dardanellen, Taten, welche sie im engen Zusammenwirken mit den verbündeten Streitkräften vollbrachte, wobei unserer Artillerie eine besondere rühmliche Rolle zufiel, zeigen nicht nur die altbewährten militärischen Tugenden der Ottomanen, sondern auch die hervorragende Entwicklung, welche die türkische Armee unter dem gegenwärtigen Regime genommen hat.

Die zwischen Bulgarien und der Monarchie durch Dezennien gepflegte Freundschaft und Annäherung wurde im gegenwärtigen Kriege durch den Abschluß eines Bündnisses gekrönt. Die schweren Opfer an Gut und Blut, die Bulgarien während der beiden Balkankriege gebracht hatte, haben diesen Staat nicht gehindert, mit voller Kraft in den Weltkrieg einzutreten. Seine kampferprobte, ruhmreiche Armee hat sich im Vereine mit den verbündeten Heeren siegreich betätigt, wo immer sie auftrat. Sein Entschluß, mit welchem Bulgarien unserer Gruppe beitrug, hat es nicht zu bedauern gehabt. Dank diesem Bündnis und seinen hervorragenden militärischen Leistungen konnte Bulgarien die historisch und ethnographisch zu ihm gehörenden Gebiete besetzen. So hat die kluge und weitsichtige Politik seines Herrschers dem Lande reiche Früchte getragen.

Das Bild, welches ich von der Bündnispolitik der Monarchie zu entwerfen in der Lage bin, wäre nicht vollständig, würde ich hiebei nicht jener beiden Staaten gedenken, welche es während dieses Krieges zuwege

gebracht haben, ihr langjähriges, für sie so lukratives Bündnis mit uns zu verleugnen, ihre Verbündeten zuerst im Stich zu lassen und in weiterer Folge in das gegnerische Lager überzugehen.

Von einer Gruppe von Politikern geführt, die gewiß nicht den Willen der Mehrheit des Landes vertraten, ging Italien eigentlich schon an dem Tage zu unseren Feinden über, an dem es seine Neutralitätserklärung abgab. Damit verriet es uns nicht nur formell durch die Nichteinhaltung der vertragsmäßigen Bündnispflicht, sondern auch materiell durch den erheblichen politischen und militärischen Nutzen, welcher unseren Gegnern daraus erwuchs. **Nirgends hat man dies offener und zynischer einbekannt als in Italien selbst, wo man – zur Beschönigung der eigenen Minderleistungen und Mißerfolge – den jetzigen Alliierten gegenüber darauf hinweist, welchen Dienst ihnen Italien schon durch seine Neutralität in der ersten Kriegsphase geleistet hat.**

Als Dank für jene Neutralitätspolitik wird Italien in diesen Tagen, in denen sich sein Schicksal erfüllt, von seinen Bundesgenossen militärische Hilfe geleistet, um die italienische Armee vor dem Untergange zu retten. Den an uns verübten Verrat hat Italien teuer bezahlt. Statt des erwarteten spielend leichten Vormarsches auf Wien mußte die italienische Armee in vergeblichem Ansturm gegen unsere Landesverteidigung in elf schweren Schlachten hunderttausende ihrer Soldaten opfern. Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß diese elf Isonzoschlachten einzig dastehen in der Geschichte aller Kriege. Was unsere Truppen an Tapferkeit und Opfermut geleistet haben, um die vielfache Übermacht aufzuhalten, findet kein Beispiel. Nach zwei Jahren genialster Leitung und größter Anstrengung war endlich der Moment gekommen welcher es unserer Armee möglich machte, im Vereine mit den deutschen Truppen die Offensive zu ergreifen. Unter der Führung unseres geliebten Monarchen durchbrachen die Verbündeten den eisernen Wall der Italiener, eroberten sie Stellung auf Stellung und eilten von Sieg zu Sieg. Weite fruchtbare Gebiete Italiens sind jetzt in unserer Hand als kostbares Faustpfand für die Zeit der Friedensverhandlung.

So steht das auf Abwege geführte italienische Volk heute dem Zusammenbruch des irredentischen Gedankens und der ihm vorgegaukelten imperialistischen Hoffnungen gegenüber.

Seit dem Tode König Carlos von Rumänien im Herbst 1914 ist die Geschichte Rumäniens die eines fortgesetzten Verrates. Von diesem Augenblick an war es zweifellos, daß Rumänien nur die Gelegenheit suchte, um seinen Verbündeten in den Rücken zu fallen. Die rumänische Politik der Jahre 1915/16 war einerseits charakterisiert durch das Verlangen nach dem Besitz eines Kronlandes Österreichs und mehrerer Komitate Ungarns, andererseits durch den Wunsch, das kriegsrisikolose Experiment möglichst zu unternehmen.

Es hat in diesen zwei Jahren nicht an Erpressungsversuchen der rumänischen Regierung gefehlt. Wiederholt ist sie mit dem Begehren an uns herangetreten, wir möchten uns die weitere Neutralität Rumäniens durch Abtretung österreichischen und ungarischen Gebietes erkaufen. Die Erfüllung dieser undiskutierbaren, von uns stets abgewiesenen Zumutung wäre zwecklos gewesen, da die rumänische Regierung uns auch nach einem solchen Ländergewinn später dennoch den Krieg erklärt hätte, wenn ihr die Situation hierfür günstig erschienen wäre, um dergestalt noch mehr zu erhalten; die Regierung Bratianu war niemals ein Kompaziszent, mit welchem ein ehrlicher Vertrag möglich gewesen wäre.

Als die Diplomatie der Zentralmächte alle Möglichkeiten erschöpft sah, Rumänien von seinem selbstmörderischen und verräterischen Vorgehen abzuhalten, mußte sie sich darauf beschränken, die eigenen kompetenten militärischen Stellen von dem bevorstehenden rumänischen Kriegsausbruche zu verständigen. So besaßen die deutsch-bulgarischen Streitkräfte die Möglichkeit, rechtzeitig an der Dobruischagrenze aufzumarschieren und die ersten vernichtenden Schläge gegen Rumänien zu führen. Militärtechnische Gründe gestatteten es leider nicht, ebenso rasch wirksame Gegenmaßnahmen im Norden zu treffen, so daß der rumänische Einfall in die Grenzkomitate nicht vermieden werden konnte. Bald aber griffen auch hier die verbündeten Truppen in den Kampf ein und fügten bei Brassd und Nagy-Szeben Blätter unvergänglichen Ruhmes in den Lorbeerkranz der siegenden Armeen.

Die rumänische Regierung hatte allerdings bis zu dem letzten Augenblicke in dem Wahne gelebt, daß es ihr gelungen sei, die Diplomatie der Zentralmächte zu täuschen und unvorbereitete Gegner anfallen zu können. Furchtbar, aber gerecht, hat das Schicksal den rumänischen Verrat gestraft.

Den Ausschlag für dieses verräterische Verhalten der Regierungen Italiens und Rumäniens hat sowohl in Rom wie in Bukarest der Umstand gegeben, daß die mit Zusagen auf Kosten fremder Gebiete stets so freigebige Entente diesen beiden Staaten reichen Lohn in Gestalt von weiten Gebieten der Monarchie in Aussicht gestellt hatte. Die Hoffnung auf diesen Lohn ist in nichts zerronnen.

Auch in Serbien und Montenegro werden die Bevölkerungen sich die Frage stellen müssen, ob ihre Dynastien und Regierungen gut beraten waren, als sie unter dem Einflusse der Entente den Kampf mit uns und unserer Gruppe aufnahmen. Eine Reihe bitterer Enttäuschungen war die Folge dieser Politik.

Zu den Opfern des Vierverbandes auf der Balkanhalbinsel gehört auch ein Staat, welcher seine Neutralität strenge wahren wollte und den hiefür die vorgeblich für die Freiheit der kleinen Völker kämpfende Entente unter Beihilfe eines auf Irrwege geratenen Patrioten politisch, militärisch, maritim, wirtschaftlich, finanziell und selbst in seiner Dynastie in stets steigendem Maße zu erdrosseln sucht. Das Mitgefühl aller wirklich Gesitteten wendet sich Griechenland zu, welchem vor dem Richterstuhle der Geschichte keine Schuld an seinem Schickale wird nachgewiesen werden können.

In Albanien, welches mit Ausnahme seines südlichsten Teiles von uns besetzt ist, trachten wir in konsequenter Fortsetzung unserer Politik das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Nation der Staatlichkeit zu beleben und die Grundlagen für die Selbstverwaltung sowie für den kulturellen Fortschritt des Landes herzustellen. Es zeugt für den gesunden politischen Sinn des albanischen Volkes, daß es immer mehr den Wert der ihm durch die Monarchie zuteil werdenden Förderung anerkennt und daß sich aus seiner Mitte der Wunsch nach einer künftigen Anlehnung an uns erhebt.

Zusammenfassend kann ich also wohl sagen, daß der Vierverband den Balkanvölkern die vielgerühmte Klugheit und Selbstlosigkeit seiner Politik und die vorgebliche Stärke seiner Machtmittel in einer Weise vor Augen geführt hat, wie dies die wirksamste Aufklärungsarbeit von unserer Seite nicht besser hätte tun können.

Die Erfolge der Mittelmächte an der russischen Front, welche zur Besetzung der von Rußland beherrschten polnischen Gebiete führten, haben den Zentralmächten einen Entschluß von historischer Bedeutung ermöglicht: die Wiederaufrichtung des Königreiches Polen. Von der russischen Unterdrückung befreit und zu eigenem staatlichen Leben berufen, wird das Königreich Polen als vorgeschobener Posten westlicher Kultur eine große Mission zu erfüllen haben. Während der Dauer des Krieges und angesichts der Nähe feindlicher Front kann der Aufbau des polnischen Staates nur allmählich und schrittweise erfolgen. Die Einsetzung des provisorischen Staatsrates sowie die Vorkehrungen zur Aufstellung einer polnischen Armee, in der Folge die Schaffung des mit weitgehenden Machtvollkommenheiten ausgestatteten Regentschaftsrates, dessen erste Arbeiten der Konstituierung eines polnischen Ministeriums gelten, das waren entscheidende Schritte auf diesem Wege, denen nach Maßgabe der Entwicklung weitere folgen werden.

Mit dem großzügigen und uneigennützigen Akte vom 5. November 1916 und den hierauf aufgebauten Verfassungsstatuten vom 12. September 1917 haben die Zentralmächte einen seit Dezennien in der polnischen Volksseele schlummernden und seit Befreiung von der russischen Herrschaft nach Erfüllung ringenden Wunsch verwirklicht. Während andere Mächte dem polnischen Volke stets nur Versprechungen gemacht haben, denen nie eine Erfüllung folgte, haben Österreich-Ungarn und Deutschland an die Stelle der Worte Taten gesetzt: **die Befreiung Russisch-Polens durch die siegreichen Waffen und die Wiederherstellung der Staatlichkeit des Königreiches Polen.** Wenn bei Friedensschluß die Hemmnisse wegfallen werden, welche heute noch der Betätigung seiner vollen Selbständigkeit entgegenstehen, dann wird Polen über seine staatliche Zukunft selbst entscheiden können. Wohin es nach seinen Neigungen und nach seinen Interessen gravitieren wird, will uns nicht zweifelhaft erscheinen.

Die beiden letzten großen Ereignisse, welche der Weltkrieg im Gefolge hatte, sind der Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika und der Ausbruch der Revolution im russischen Reiche.

Obwohl zwischen uns und den Vereinigten Staaten kein eigentlicher Konfliktstoff vorlag und die mit dem Bestande der Monarchie unvereinbaren Auffassungen und Postulate des Präsidenten Wilson über die Ordnung der europäischen Verhältnisse weniger einer feindseligen Gesinnung gegen uns, als weitgehender Unvertrautheit mit den hiesigen Verhältnissen zuzuschreiben sein dürften, war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Union eine notwendige Folge des zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eingetretenen Kriegszustandes.

Über die im russischen Reich eingetretene Umwälzung kann ich dermalen schon aus dem Grunde kein endgültiges Urteil fällen, weil die dortigen Ereignisse noch nicht zu einem definitiven Abschlusse gekommen zu sein scheinen. Sicher steht jedenfalls, daß mit dem Sturze des alten Regimes auch die Grundpfeiler der früheren imperialistischen und panslavistischen russischen Politik zusammengebrochen sind. Außer Zweifel steht wohl auch, daß die dem Frieden geneigten Kreise Rußlands die überwiegende Mehrheit des russischen Volkes repräsentieren und daß diese sich zunächst gegen jene Minorität durchgerungen haben, die im Vereine mit den Ententemächten die Fortsetzung des Krieges wünscht und noch zu erzwingen hofft.

Welche weitere Entwicklung die Dinge in Rußland nehmen werden, vermag ich natürlich nicht vorauszusagen, doch lege ich Gewicht darauf, folgende Tatsachen zu betonen: Österreich-Ungarn und seine Verbündeten haben im Gegensatze zu den Ententeregierungen niemals versucht, ja nicht einmal daran gedacht, auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse Rußlands Einfluß zu üben. Die Mächte des Vierbundes waren weiter stets bereit, mit der jeweils an der Macht befindlichen russischen Regierung, gleichwie mit allen anderen Gegnern, in Verhandlungen zu treten. Von seinen früheren Führern in falsche politische Bahnen gelenkt, hat das russische Volk in diesen Jahren schwere Enttäuschungen und Prüfungen über sich ergehen lassen müssen. Mit aufrichtiger Sympathie verfolgen wir das Streben des russischen Volkes, sein Schicksal in friedliche Bahnen zurückzulenken und zu ruhigen, geordneten Verhältnissen zu gelangen. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, das seinerzeitige freundschaftliche Verhältnis zu den Völkern Rußlands wieder herzustellen und mit ihnen in Hinkunft in Freundschaft rege Wechselbeziehungen zu pflegen.

Ich möchte diesen Teil meiner Ausführungen nicht schließen, ohne eine große Dankesschuld an jene neutralen Regierungen abzustatten, welche in selbstloser Weise die Vertretung der Interessen der Monarchie im feindlichen Ausland übernommen und unter oft schwierigen Umständen mit dem unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt erreichbaren Erfolge durchgeführt haben. Ebenso spreche ich im Namen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Tausender unserer Staatsangehörigen Seiner Heiligkeit dem Papste und jenen neutralen Staaten, darunter insbesondere Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft den tiefempfundenen Dank für die humanitäre Fürsorge aus, welche sie den Opfern des Krieges zugewendet haben und die sie ihnen, wie wir hoffen, auch weiterhin zuwenden werden. In gleicher Weise gebührt unser Dank der internationalen Institution des Roten Kreuzes, die sich in diesem Krieg als so segensreich erwiesen hat.

Überblicken wir nun die gegenwärtige Lage, so können wir mit berechtigtem Stolze feststellen, daß Österreich-Ungarn bisher den ihm aufgezwungenen Verteidigungskampf erfolgreich bestanden hat. Wo immer die Gegner vorübergehend in unser Gebiet eingedrungen waren, sind sie verjagt, und tief im Feindesland stehen unsere Heere in Abwehr gegen beabsichtigte künftige Einbrüche. Unsere militärische und maritime Macht ist ungebrochen, unser Vertrauen in einen glücklichen Ausgang des Krieges unerschüttert. Die wirtschaftliche und finanzielle Kraft der Monarchie hat sich überraschend stark erwiesen. Ich darf in dieser Beziehung auf die nahezu zur Vollständigkeit gediehene Autarkie und auf den erfreulichen Erfolg unserer Kriegsanleihen hinweisen. Auch die noch bestehenden Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage werden durch die Ausbildung und Verbesserung der einschlägigen organisatorischen Vorkehrungen der Regierungen überwunden werden.

Den wirtschaftlichen Bestrebungen der beiden Staaten der Monarchie hat der Krieg naturgemäß enge Grenzen gezogen. Die, allerdings ohne entscheidende Erfolge, von den feindlichen Staaten gegen uns getroffenen Kampfmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete haben bei den verbündeten Staaten das Bedürfnis nach einer weiteren Vertiefung ihrer innigen ökonomischen Beziehungen geweckt. **Im Laufe der mit dem Deutschen Reiche bereits eingeleiteten Verhandlungen zur Vorbereitung einer Neuregelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen wird es hoffentlich gelingen, diesen Wunsch auch in die Tat umzusetzen. Dem Gedanken eines zukünftigen Wirtschaftskrieges abhold, streben wir mit dieser Neuordnung unseres ökonomischen Verhältnisses zu Deutschland nur eine Stärkung unserer eigenen Volkswirtschaft an.**

Fern von jedem trügerischen Optimismus, aber auch frei von pessimistischen Anwandlungen, halte ich demnach bei einem Ausblick in die Zukunft eine maßvolle, aber überzeugte Zuversicht für vollauf berechtigt. Die zunehmende Erschöpfung der Gegner, das Mißlingen der feindlichen Offensiven auf allen Fronten, der durchschlagende Erfolg unserer militärischen Unternehmungen, die stets wachsende Wirkung des Unterseebootkrieges, all dies läßt die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß das Schwerste hinter uns liegt. So können wir, die wir mit dem ruhigen Gewissen und dem stärkenden Bewußtsein in diesen Krieg eingetreten sind, einen reinen Verteidigungskampf, einen Kampf um unsere Existenz zu führen, auch erhobenen Hauptes und in zuversichtlicher Stimmung die aufdämmernde Morgenröte des Friedens erwarten.

Wenn ich hiemit sage, daß ich die Möglichkeit, in absehbarer Zeit zu einem Frieden zu gelangen, für gegeben erachte, so muß ich das Verdienst, diese Möglichkeit geschaffen zu haben, für unsere Mächtegruppe in Anspruch nehmen. **Bis zum Dezember war das Wort „Friede“ in allen kriegführenden Staaten verpönt. Im Bewußtsein unserer in jenem Zeitpunkt allgemein erkennbar gewordenen Unbesiegbarekeit, gestützt auf die Gerechtigkeit unserer Sache, haben wir, gemeinsam mit unseren Verbündeten, als erste den Mut gefunden, unseren Gegnern die Hand zur Versöhnung entgegenzustrecken und ihnen die Einleitung von Friedensverhandlungen vorzuschlagen. Dieser Beweis unserer moralischen Kraft hat auf gegnerischer Seite**

kein Verständnis gefunden. Wir haben uns nicht gescheut, den von uns beschrittenen Weg zur Anbahnung eines allseits gerechten und ehrenvollen Friedens fortzusetzen.

Die einzige Regierung, welche den von uns aufgeworfenen Gedanken aufnahm, war **die provisorische Regierung Rußlands, welche am 11. April d.J. erklärte, Rußland habe nicht die Absicht, andere Völker zu beherrschen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, sondern es strebe einen dauerhaften Frieden an.** Auf diese Erklärung der provisorischen russischen Regierung hin haben die Regierungen der Mittelmächte die Gleichheit ihrer und der russischen Ziele festgestellt. **Wenn es in der Folge trotz dieser Identität in der Auffassung der Friedensfrage auf unsere und auf russischer Seite nicht zur Aufnahme der Friedensverhandlungen kam, so liegt die Schuld ausschließlich auf Seite der Westmächte der Entente, welche nicht nur selbst an dem Gedanken des gegen uns geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieges festhielten, sondern ihren ganzen Einfluß in Rußland wirken ließen, um dieses an der Fortsetzung seiner Friedenspolitik zu hindern.**

Der von Seiner Heiligkeit dem **Papste mit seiner Note vom 1. August d.J. unternommene Friedensschritt** hat bei unserer Mächtegruppe die wärmste Aufnahme gefunden und ist von uns als „geeignete Grundlage für die Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines für alle gerechten und dauerhaften Friedens“ angesehen worden. **Auf gegnerischer Seite hat der Friedensruf des Heiligen Vaters kein Echo gefunden.**

Aus den von mir und von den verantwortlichen Stellen unserer Verbündeten abgegebenen Erklärungen ist der Standpunkt ersichtlich, den wir in der Friedensfrage einnehmen. **Für uns ist der gegenwärtige Krieg ein Verteidigungskrieg.** Es ist demnach unser Ziel, einen Frieden zu schließen, durch den die Freiheit, Selbständigkeit und der territoriale Besitzstand Österreich-Ungarns unversehrt erhalten bleiben. Wir streben keine erzwungenen Gebietserwerbungen und keine wirtschaftlichen Vergewaltigungen an, doch verlangen wir wirksame Sicherheiten für unsere freie und ungehinderte Entwicklung in der Zukunft. **Diese Sicherheit könnten uns mit entsprechenden Garantien versehene Abmachungen über die sukzessive, gleichzeitige und wechselseitige Herabsetzung der Rüstungen und über die Freiheit der hohen See bei gleichzeitiger Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit bieten.**

Wir sind also bereit, mit unseren Gegnern einen allgemeinen, gerechten und ehrenvollen Frieden zu schließen, welcher die territoriale Integrität der Monarchie und deren künftige freie Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert. Mit Rußland, welches sich seit April d.J. bereit erklärt hat, einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen zu schließen, und dessen heutige Regierung dieses Programm wieder aufgenommen hat, stehen wir im Begriff, die Verhandlungen auf dieser Basis einzuleiten. Ob sich die übrigen feindlichen Staaten dem Antrage Rußlands, im gegenwärtigen Moment auf dieser Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten, anschließen werden, läßt sich nicht sagen. Ich bin daher heute auch nicht in der Lage, mich darüber näher auszusprechen, inwieweit der von mir oben skizzierte Frieden den Staaten gegenüber verwirklicht werden kann. **Unter allen Umständen aber muß ich erklären, daß es mir nicht möglich ist, unsere selbstlosen Kriegsziele gegenüber den offen eingestandenen Annexionswünschen jener unserer Feinde für alle Zukunft einseitig festzulegen, die auf der Fortsetzung des Krieges beharren sollten.**

Wie Sie, meine sehr geehrten Herren Delegierten, diesen meinen Ausführungen entnommen haben, ist es mein vornehmstes Ziel, die österreichisch-ungarische Monarchie baldigst zu einem Frieden zu führen, welcher unter Wahrung der von uns erfolgreich verteidigten Rechte und unter Sicherung unserer Zukunft den Völkern die dauernde Versöhnung bringt. In diesem Wunsche weiß ich mich eins mit Ihnen und mit der erdrückenden Mehrheit der Völker Österreich-Ungarns. Ich bitte Sie daher um Ihre Unterstützung zur Erreichung dieses uns allen vorschwebenden Zieles. Ich hege die Hoffnung, daß wir den Frieden auf dem Wege der Verständigung erreichen werden. **Andernfalls werden wir ihn, des bin ich fest überzeugt, erzwingen.**

Indem ich diese meine Darlegungen der wohlwollenden Aufnahme des hohen Ausschusses empfehle, erkläre ich mich selbstverständlich bereit, alle Anfragen, welche die Herren Delegierten an mich stellen werden, nach Möglichkeit zu beantworten.

Am Schlusse des Exposés erschallt lebhafter Beifall und Händeklatschen.

Die Frage des Wirtschaftsboykotts gegen Deutschland.

An Lloyd Georges Rolle bei der Schaffung des Verbandskriegsrates anknüpfend führt ein Leitaufsatz des „Journal of Commerce“ aus:

Warum sollte Lloyd George nicht die Bildung eines wirtschaftlichen Rates des Verbandes zustande bringen, dessen Aufgabe sein würde, die Methoden zur Lähmung des deutschen Handels zusammenzufassen und einen Handelsboykott durchzuführen, der Deutschland in kürzester Zeit zur Vernunft bringen würde? solch ein Rat könnte auch in Versailles oder schließlich auch irgendwo sonst tagen, wenn nur die Arbeit gut getan würde. Damit würde der Verband eine Waffe in der Hand haben, die Deutschland noch mehr als seine Militärmacht fürchtet, die Macht einer wirtschaftlichen Offensive, die in das Innerste der Mittelmächte reichen und auf die Vorstellungskraft und den Geldbeutel jede einzelnen Menschen in den feindlichen Ländern von Einfluß sein würde. Deutschland würde Anlaß haben, die Zukunft zu fürchten, wenn es ihre so entgegengehen müßte, daß ihm die Häfen der Welt verschlossen sind, außer unter Bedingungen die es nicht mit Gleichmut über sich ergehen lassen kann.

Um gründlich wirksam zu sein, müßte ein solcher Wirtschaftsboykott die Gesamtheit der Nationen hinter sich haben, die Deutschland jetzt gegenüberstehen, und wenn Schritte getan würden, eine solche Liga in den Bereich der praktischen Tagespolitik zu erheben, so würde die Folge unzweifelhaft die Abkürzung des Krieges sein. Man hat sich bemüht, die englische Regierung zu einer Erklärung über ihre Politik in dieser Hinsicht zu bringen, aber bisher ohne Erfolg. Ein sehr beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung Englands zum Beispiel ist entschlossen, das, was man die „Tonne-für-Tonne“ Politik nennt, auszudrücken, und uns allen ist die Haltung der Seeleute und Dockarbeiter geläufig, den Boykott, wenn er durchgeführt wird, der jedes deutsche Schiff nach geraumer Zeit nach dem Kriege von allen einheimischen Häfen ausschließen wird, gleichviel welche Haltung die Regierung einnehmen möge. Die Seeleute bemühen sich jetzt, die Bergleute zum Anschluß an ihr Vorgehen zu bringen, um so zu verhindern, daß deutsche Schiffe englische Kohle benutzen dürfen, und daß sie damit Erfolg haben werden, ist kaum zweifelhaft.

Die ideale Politik würde sein, wenn von allen Verbandsnationen geübt wird, aber auch wenn es dazu nicht kommt, ist es kaum zweifelhaft, daß die Völker des britischen Reiches ihrerseits entschlossen sind, mit äußerster Strenge die verhärtete Blutgierigkeit zu bestrafen, die die Deutschen zu Lande und zu Wasser gezeigt haben, und der das deutsche Volk als Ganzes zugestimmt hat.

Trotzki wird entschiedene Forderungen stellen.

Amsterdam, 3. Dezember. Dem „Algemeen Handelsblad“ zufolge meldet „Daily Chronicle“, daß Trotzki am Freitag im Sowjet eine lange Rede über die internationale Lage hielt, in der er sagte: Wir werden bei den Verhandlungen auf der Hut sein und nicht zulassen, daß die Grundsätze eines allgemeinen Friedens, für die die russische Revolution kämpft, weggedeutelt werden. Wir werden keine Ausflüchte dulden und sowohl an unsere Verbündeten wie an unsere Feinde entschiedene Forderungen stellen. Die Maximalisten sind also keineswegs zu einem Frieden auf jeden Fall und um jeden Preis bereit. Der Erfolg der Verhandlungen wird davon abhängen, daß die deutsche Regierung ihren Verständigungswillen durch keinerlei Einflüsse von anderer Seite her „wegdeuteln“ läßt.

Irrsinn oder Verbrechen.

Was vorauszusehen war, ist geschehen: Unter dem Eindrucke der russischen Bitte um Waffenstillstand, über die Prinz Leopold von Bayern seit vorgestern mit den Vertretern der bolschewikischen Regierung verhandelt, hat sich nun auch der Oberbefehlshaber der zwischen dem Dnjestr und dem Schwarzen Meere stehenden russischen und rumänischen Streitkräfte an Erzherzog Josef und den Feldmarschall v. Mackensen mit dem Vorschlage gewendet, Besprechungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Es ist bezeichnend, daß dieser Vorschlag von dem General Tscherbatschew, dem früheren Generalstabschef des Königs von Rumänien, ausgeht, also von einem General, der sicher nicht zu den friedliebenden gehört, sondern der, nur dem eisernen Muß folgend, angesichts der trostlosen Lage, in die Rumänien im Falle einer Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten geraten würde, das Schwert niederlegt, weil er sich sagt, daß Rumänien, abgeschnitten von allen Verbindungen mit seinen westlichen Bundesgenossen, ohne die Möglichkeit, Munition und anderes Kriegsmaterial zu erhalten, einer Katastrophe zueilen würde, gegen die selbst die vor einem Jahre erlittene, so schrecklich und schmerzhaft sie für dieses Land auch war, das ein österreichischer Dichter in flammendem Zorn über seinen unerhörten Verrat, „Hyänen“ nannte, ein wahres Kinderspiel sein würde. Dieser Schritt, der seinem Urheber, einem der verbissensten Kriegshetzer, sicher nicht leicht geworden ist, beweist zur Genüge die furchtbare Lage der Entente, die noch vor wenigen Wochen den Mund so voll nahm und die in vollkommener Verkennung ihrer wirklichen Lage selbst die Friedensnote des Papstes noch nicht einmal einer Antwort würdigte. Da sollte man denn doch meinen, daß jeder Oesterreicher und jeder Deutsche, wie die Bulgaren und Türken, alles tun würde, um unseren Diplomaten ihre Aufgabe, aus dieser für uns so überaus günstigen Situation den bestmöglichen Gewinn zu ziehen, nach Möglichkeit zu erleichtern. Was aber müssen wir statt dessen sehen?

In unserem Parlamente und in den Delegationen bringen Tschechen, Südslawen und Ukrainer einen Antrag nach dem anderen ein, der Wasser auf die Mühlen unserer Gegner leitet. Die Stransky, Korosec, Petruszewycz **und Konsorten beginnen gerade in diesem für die Zukunft der Monarchie entscheidenden Augenblicke eine neue nationale Hetze**, die im Auslande das Gefühl erwecken muß, daß unsere Monarchie, aus lauter divergierenden Elementen bestehend, nicht als ein einheitliches und darum mächtiges Ganzes in die Verhandlungen eintreten kann, sondern daß **hier Kräfte am Werke sind, die sie um die Früchte des Sieges bringen wollen**, den so viele Hunderttausende von Helden mit ihrem Blute erringen mußten. Die slawischen Elemente, deren nächste Gesinnungsgenossen nur dank der übergroßen Gnade des Monarchen dem Galgen entronnen sind, den sie tausendfach verdient haben, sie haben freilich noch immer einen Scheingrund für ihre erbärmliche staatsfeindliche Haltung. Sie erklären es ja ganz offen, daß sie diesen althehrwürdigen Staat überhaupt nicht wollen, sondern daß sie weit über Oesterreichs Wohl und Wehe die Interessen oder, sagen wir besser, vermeintlichen Interessen der Tschechen, Südslawen und Ukrainer stellen.

Was aber soll man dazu sagen, wenn sich nun auch aus der Mitte einer sich deutsch nennenden Partei derartige Bestrebungen geltend machen? Wohl schreit unsere „Arbeiter-Zeitung“ jedesmal wutentbrannt auf, wenn man ihre Macher als „vaterlandslose Gesellen“ brandmarkt. Heute aber, da es die höchste, die letzte Entscheidung gilt, da es heißt, noch einmal alle Kräfte zusammenzunehmen, um **das Bild fester Geschlossenheit unseres Staates nach außen hin zu zeigen**, sehen wir sie Arm in Arm mit dem österreichfeindlichen Gelichter, das unseren Staat vernichten will. „Trotzkij hat“, so lesen wir in der gestrigen Ausgabe der sogenannten „Arbeiter-Zeitung“, „dem amerikanischen General gesagt, daß Rußland auf öffentlichen Friedensverhandlungen besteht. Deutschland und Oesterreich werden also vor aller Welt sagen müssen, unter welchen Bedingungen sie Frieden schließen wollen. Diese Oeffentlichkeit könnte in einem Falle eine große Gefahr sein: Wenn nämlich Deutschland und Oesterreich Forderungen stellten, die für die Mächte der gegnerischen Koalition nicht annehmbar wären, dann würde solches Verlangen den Kriegswillen in allen Ländern von neuem aufpeitschen und dadurch die Beendigung des Krieges unmöglich machen.“

Also Bedingungen sollen Oesterreich-Ungarn und Deutschland den Feinden vorschlagen, die für die Mächte der gegnerischen Koalition annehmbar sind! Fürwahr, wenn das nicht das Produkt eines geradezu kindisch unerfahrenen, einfältigen Gehirns, das Produkt der größten politischen Trottelei ist – wir wollen das zu Ehren des Verfassers dieses Aufsatzes annehmen – dann ist es krassester Verrat an den Interessen unserer Monarchie. Hat denn der Mann, der diese Weisheit zum Besten gab, nicht die von seinen russischen Gesinnungsgenossen enthüllten Dokumente gelesen, die die **wahren Kriegsziele der Entente** verraten, von denen uns bis in die letzten Tage von Clemenceau und Lloyd George sowohl wie von ihrem Mitverschworenen

jenseits des großen Wassers, Herrn Wilson, immer und immer wieder versichert wurde, daß **davon auch nicht ein Jota aufgegeben worden sei?** Weiß denn dieser Ententefreund nicht, daß ein Friede, der diesen unseren Feinden annehmbar erscheint, **die Zertrümmerung unserer Monarchie, den Verlust Dalmatiens, des Küstenlandes, Südtirols „bis zu seiner natürlichen Grenze, dem Brenner“, an Italien, die Abtretung der Bukowina, Siebenbürgens und des Banates an Rumänien, die Abtretung Galiziens und Ostdeutschlands bis zur Oder an Rußland, die Desannexion Elsaß-Lothringens an Frankreich und die Abtretung allen deutschen Landes jenseits des Rheins beinhaltet, von der Türkei ganz zu schweigen, die unter den Westmächten und Rußland ausgeteilt werden soll?**

Das haben wir in den letzten Tagen in den von den Bolschewiki enthüllten Dokumenten schwarz auf weiß gelesen, und wenn diese angesichts der furchtbaren Schläge, die unsere und die deutschen Heere Rußland zufügten, das in allen Fugen kracht, und wo sich von der Weichsel bis an den Stillen Ozean zahllose, ihre Unabhängigkeit verlangende Republiken bildeten, von den Raubgenossen der früheren panslawistischen Regierung auch abgerückt sind, wenn sie jetzt auch von solchen Raubplänen angesichts der Unmöglichkeit, sie durchzusetzen, nichts mehr wissen wollen, so haben sich doch die französischen und die britischen Machthaber von diesen Kriegszielen keineswegs losgesagt, sondern erklärt, daß sie die ursprünglichen Kriegsziele unverändert aufrechterhalten, weil sie noch immer der Ansicht zu sein behaupten, daß der Endsieg dank der kommenden amerikanischen Hilfe ihnen zufallen müsse.

Da wird man uns doch wohl gestatten müssen, auf einen Frieden zu verzichten, der allen Völkern annehmbar erscheint, und einen solchen anzustreben, der uns vorteilhaft ist, und über den wir uns mit jenen Völkern separat verständigen, die unsere Bedingungen für annehmbar halten, die, wie der Kaiser in seiner Thronrede ausdrücklich sagte, sich auf das Maß des Erreichbaren beschränken sollen. Das, was für uns jetzt erreichbar ist, zu bestimmen, wollen wir aber getreu unseren Generalen und einem so bewährten Diplomaten wie Grafen Czernin überlassen, der seine Befähigung während der kritischen Zeit in Bukarest sowohl wie jetzt im auswärtigen Amte voll bewiesen hat und der sich mit vollstem Rechte rühmen darf, durch die konsequente Betonung der Friedensliebe unserer Monarchie und die wahrlich überaus maßvollen Kriegsziele, die er wiederholt vor vollster Öffentlichkeit aufstellte, die Möglichkeit geschaffen zu haben, daß wir jetzt in Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Rußland eintreten konnten, aus denen, so Gott will, der Friede hervorgehen wird. Auch dieses Verdienst sucht ihm aber die „Arbeiter Zeitung“ zu bestreiten. Die Wendung, die die Welt heute aufatmen läßt, soll einzig und allein „die Frucht der russischen Revolution der Bolschewiki“ sein. Ei, Ei, wirklich, ihr Herren von der „Arbeiter-Zeitung“? Es ist noch nicht gar so lange her, daß ihr wie Salome bei der Enthauptung des Täufers euer grimmiges „Hau zu!“ kreischtet! Das war damals, als euer Genosse Kerenskij die Bolschewiki in Petersburg niederkartätschen ließ. Da fandet ihr es ganz in der Ordnung, daß der Henker Kerenskij erbarmungslos die Maximalisten hinmordete, in denen ihr eine Gefahr für die russische Revolution erblicktet, weil sie eurem damaligen Idol, dem Wüterich Kerenskij, im Wege standen, der doch vom Frieden absolut nichts wissen wollte. Damals stießet ihr mit eurem Berliner Bruderorgan, dem famosen „Vorwärts“, in dasselbe Horn, der es empörend fand, den Russen den „Verrat eines Sonderfriedens“ mit den Mittelmächten zuzumuten.

Ein je größeres Verdienst ihr den Bolschewiki an der Herbeiführung der jetzigen Friedensverhandlungen zuschreibt, umso größerer politischer Kurzsichtigkeit klagt ihr euch selbst an, euch, unter deren Zustimmung Herr Kerenskij Ordnung zu machen suchte in seinem Rußland, sei es auch auf die Gefahr hin, daß er durch Maschinengewehre und Kartätschen das Land in einen großen Friedhof verwandelte. Ihr befandet euch dabei freilich in gar hoher Gesellschaft. **Auch Seine Exzellenz der Herr Minister Branting* wollte von einem russischen Sonderfrieden nichts wissen und ging mit eurem Kerenskij durch dick und dünn, und zwar mit einem solchen Eifer, daß er sich fast in den Verdacht brachte, kein Anwalt der Interessen der arbeitenden Klasse, sondern ein bezahlter Agent der Entente zu sein.** Ihr werdet daher dem Grafen Czernin sein Verdienst um die Sache des Friedens nicht schmälern. Ihr habt euch selbst, obwohl ihre eure Gesandten nach Stockholm schicktet, als recht kurzsichtige Diplomaten erwiesen.

Wollt ihr aber wissen, wer neben dem Grafen Czernin das Hauptverdienst an der Herbeiführung der Friedensgeneigtheit unseres stärksten Feindes hat, ja, wir gestehen es ohne weiteres, ein noch viel größeres als er, so sollt ihr auch das erfahren. Das gebührt unseren siegreichen Heeren, den zahllosen heldenhaft kämpfenden Soldaten nicht minder wie ihren genialen Führern, die die Macht Rußlands zertrümmerten und damit den Sturz des Zaren und seiner kaum minder kriegslustigen und raublustigen Nachfolger in der Herrschaft im Moskowiterreich herbeiführten, von Miljukow über Tereschtschenko bis Kerenskij, und die dadurch das Emporkommen der Bolschewiki und ihr jetziges Friedensangebot ermöglichten, die, auch das sei euch noch gesagt, wahrlich nicht um unseres Vorteiles willen, sondern weil sie ihn dringend benötigen, sollen sie nicht ihre so schnell errungene Macht ebenso rasch wieder verlieren, uns jetzt, einen Waffenstillstand mit

der Aussicht auf den kommenden Frieden anbieten. Wer die wahre Situation so gründlich verkannt hat, wie ihr zur Zeit der Herrlichkeit Kerenskij, der hat wahrlich kein Recht, jetzt unserem Minister des Auswärtigen vorzuschreiben, was er zu tun und zu lassen habe. Bleibt schön davon! Ihr habt euch gründlich blamiert, in Stockholm nicht minder wie später, ihr einstigen Bewunderer und Bettgenossen des Henkers Kerenskij.

*Hjalmar Branting, *23.11.1860 - +24.02.1924; schwedischer Marxist, Chefredakteur des schwedischen „Socialdemokraten“, 1889 Gründungsmitglied der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei, 1917 Finanzminister

Königsberger Hartungsche Zeitung – Nr.570 – Donnerstag, 06. Dezember 1917 – S. 2

Mackensen.

Generalfeldmarschall v. Mackensen* vollendet am heutigen Tage seinen 68. Geburtstag. Er wurde am 6. Dezember 1847 als Sohn des Gutsinspektors, späteren Gutsbesitzers Mackensen zu Haus-Leipzig in der Provinz Sachsen geboren. Ursprünglich ebenfalls zum Landwirt bestimmt, schlug er später, nachdem er den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 mitgemacht, die militärische Laufbahn ein. Mit voller Hingabe seinem Berufe lebend, bald als Frontoffizier, bald als Generalstabsoffizier tätig, rückte er im Laufe der Jahre bis zu den höchsten militärischen Führerstellen vor. Als im August 1914 die blutige Weltkatastrophe hereinbrach, die heute noch, nach nahezu 3 ½ Jahren, die Menschheit in Atem hält, zog er von Danzig aus an der Spitze des 17. Armeekorps ins Feld. Als Kommandeur dieses Korps nahm er an den Kämpfen in Ostpreußen und im preußisch-russischen Grenzgebiet hervorragenden Anteil.

Später wirkte er als selbständiger Armeeführer auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen, überall mit besonders glücklichem Erfolge kämpfend. Seine Hauptunternehmungen, für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte dieses Krieges bildend, waren der Durchbruch bei Gorlice-Tarnow, die Zertrümmerung des Serbenheeres und der Kriegszug gegen Rumänien. Neben Hindenburg und Ludendorff und einigen anderen Generalen und Feldherren zählt Mackensen zu den bedeutendsten Heerführern dieses Krieges. „Nennt man die besten Namen, wird auch der seine genannt.“ Marschall Mackensen trägt seine 68 Jahre leicht, ist noch voll nahezu jugendlicher Spannkraft, voll Frische und Rüstigkeit. Seinen Eintritt in ein neues Lebensjahr wird ganz Deutschland mit den herzlichsten Wünschen begleiten.

*Anton Ludwig Friedrich August Mackensen, *06.12.1847 - +08.11.1945, u.a. Adjutant Wilhelm II., 1899 geadelt

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr.370 – Donnerstag, 06. Dezember 1917 – S. 2

Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Im Amsterdamer „Standard“ vom 1. Dezember schreibt Dr. Kuyper (*ehemaliger Ministerpräsident*) über die Veröffentlichung der Geheimverträge: Die Oeffnung der geheimen Archive in Petersburg hat ganz Europa nicht bloß überrascht, sondern in erschreckendes Erstaunen versetzt. Man hatte wohl angenommen, die Verbandsmächte seien sich lange vor 1914 einig gewesen, was sie im Falle eines Krieges tun würden. Aber wie schonungslos man sich auch die Habsucht des Verbandes vorgestellt hatte, so hatte doch kein Mensch auch nur im entferntesten gewagt anzunehmen, daß England, Frankreich, Italien und Rußland zu einer Zeit, als man den Kaiser von Deutschland sowohl in London, wie in Petersburg auf das allerfreundlichste empfing, sich hinter seinem Rücken buchstäblich verschwören würden, um Deutschland zu gelegener Zeit zu überfallen. Selbstredend blieben der deutschen Regierung, wie geheimnisvoll man auch verfuhr, diese Vorgänge nicht verborgen. Daher durfte Deutschland im Juli 1914 keinen Augenblick zögern, wenn es der Falle entgehen wollte. Aus den Archiven geht hervor, daß man es darauf abgelegt hatte, die Mittelmächte so gut wie unvermutet zu überfallen und ihnen einen tödlichen Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte, nie wieder erholen würden.

Wiener Abendpost – Nr.280 – Donnerstag, 06. Dezember 1917 – S. 21

Eine Rede Wilsons

Washington, 5. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus) Präsident Wilson hielt gestern im Kongreß eine Rede, in der er sagte:

Ich will nicht darauf zurückkommen, die Ursachen des Krieges und die Zeit des unerträglichen Unrechtes, das von den unheilvollen Herren Deutschlands uns zugefügt oder gegen uns geplant wurde, zu besprechen. Das ist seit langem jedem echten Amerikaner in zu großem Maße offensichtlich und verabscheuungswürdig geworden, um seine Wiederholung notwendig zu machen. Aber ich möchte Sie

auffordern, wiederum und sehr genau unsere Ziele und die Mittel, wodurch wir sie erreichen, zu überprüfen, denn der Zweck der Besprechung hier an diesem Ort ist, zu handeln, und unser Handeln muß sich in gerader Richtung auf die endgültigen Ziele hinbewegen.

Es ist natürlich unser Ziel, den Krieg zu gewinnen. Wir werden die Schritte nicht verlangsamen noch uns vom Weg abbringen lassen, bis er gewonnen ist. Es lohnt sich nun, die Frage zu stellen und zu beantworten: Wann sollen wir den Krieg als gewonnen betrachten? Von diesem Gesichtspunkt aus ist es notwendig, diese Frage von grundlegender Bedeutung aufzurollen. Ich zweifle nicht, daß das amerikanische Volk weiß, worum es sich in diesem Kriege handelt und welches Ergebnis es als Verwirklichung seiner Ziele in diesem Krieg betrachtet. Als Nation sind wir im Geist und in den Absichten einig. Ich achte wenig auf diejenigen, die mir etwas anderes sagen. Ich höre Stimmen, die anderer Meinung sind. Wer täte das nicht! Ich höre den Tadel und das Murren der Schreier und der gedankenlosen Unruhestifter und sehe auch, wie die Leute hier und dort über den Frieden reden, die weder etwas von seinen Grundlagen noch von den Mitteln verstehen, wodurch wir ihn mit aufrechtem Blick und ungebrochenem Geist erreichen können, aber ich weiß, daß keiner namens der Nation spricht. Sie rühren niemandes Herz und mögen ruhig beiseite gelassen und vergessen werden.

Aber von einem anderen Gesichtspunkt ist es notwendig, klar zu sagen, was wir hier, die wir handeln müssen, als Kriegszweck betrachten, und welche Rolle wir bei der Regelung der daraus sich ergebenden Grundfragen spielen sollen. Wir sind die Sprecher des amerikanischen Volkes. Dieses Volk hat ein Recht zu erfahren, ob sein Ziel das unsere ist. Es wünscht den Frieden zu erlangen durch Überwältigung des Übels, indem ein für allemal die finsternen Mächte geschlagen werden, die den Frieden unterbrochen haben und ihn unmöglich machen. Es wünscht zu wissen, wie eng seine Gedanken mit den unseren verbunden sind und was wir beabsichtigen. Es ist unwillig und tief entrüstet gegen jene Leute, die den Frieden durch eine Art Kompromiß zu erlangen wünschen. Es wird denselben Unwillen gegen uns richten, wenn wir ihm nicht klar machen, was unsere Ziele sind und was wir planen, indem wir den Frieden mit den Waffen zu erobern suchen.

Ich glaube, ich spreche für das Volk. Ich sage zweierlei: Erstens, daß diese unerträgliche Erscheinung, deren häßliches Gesicht die Herren Deutschlands uns zeigen, diese Bedrohung durch Intrige, verbunden mit Stärke, als welche wir die deutsche Macht jetzt so deutlich sehen, ohne Gewissen und Ehre, ohne Eignung für einen durch Vertrag geschlossenen Frieden, zu Boden geschlagen und wenn nicht völlig aus der Welt geschafft, so doch vom freundlichen Verkehr zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß; zweitens, daß, wenn diese Erscheinung und ihre Macht wirklich besiegt ist und die Zeit kommt, wo wir über den Frieden verhandeln können, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir trauen können, wenn diese Sprecher bereit sein werden, im Namen des Volkes das allgemeine Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was künftig die Grundlage für Gesetze und Verträge über das Leben der Welt sein soll, daß wir dann willig und froh sein werden, den vollen Preis für den Frieden zu zahlen, und ohne Murren. Wir wissen, welches der Preis sein wird: Volle, unparteiische Gerechtigkeit in jeder Beziehung und für jedes Volk. Dieses schließliche Übereinkommen müssen die Feinde ebenso gut wie die Freunde abschließen.

Aber wenn ein richtiger Begriff falsch angewandt worden ist, so ist das kein Grund, ihn nicht richtig anzuwenden. Er müßte unter den Schutz seiner wahren Freunde gestellt werden. Lassen Sie uns wiederholen, daß der Autokratie zuerst die völlige Aussichtslosigkeit ihrer Ansprüche auf Macht oder Führerschaft in der modernen Welt gezeigt werden muß. Es ist unmöglich, irgend einen Maßstab für Gerechtigkeit anzuwenden, solange solche Kräfte nicht mattgesetzt oder vernichtet sind wie jene, über welche die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands verfügen. Nicht eher als bis dies vollbracht ist, kann das Recht als Schiedsrichter oder Friedensstifter unter den Völkern eingesetzt werden. Aber wenn es vollbracht ist, wie es mit Gottes Hilfe sicher der Fall sein wird, dann werden Sie die Freiheit haben, etwas zu tun, was nie vorher getan wurde. Und jetzt ist es Zeit, unsere Absicht, dies zu tun, bestimmt auszusprechen. Wir werden die Freiheit haben, den Frieden auf Edelmüt und Gerechtigkeit zu gründen unter Ausschluß aller selbstsüchtigen Ansprüche und Vorteile selbst bei den Siegern. Lassen Sie hier kein Mißverständnis obwalten: Unsere augenblickliche Aufgabe ist die, den Krieg zu gewinnen. Nichts wird uns davon je abbringen, bis sie erfüllt ist. Alle Macht, alle Hilfsmittel, die wir besitzen an Menschen, Geld und Rohstoffen, sind ihr gewidmet und werden weiterhin gewidmet sein, bis unser Zweck erfüllt ist.

Ihr hört ebenso wie ich die Stimmen der Menschheit, die täglich vernehmbar, deutlicher, überzeugter und überredender werden und überall aus den Herzen der Menschen kommen. Sie bestehen darauf, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgendwelcher Art enden soll, daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden soll, weil die unverantwortlichen Herrscher eines einzelnen Landes ein schweres verabscheuungswertes Unrecht begangen haben. Es ist dies der Gedanke, der in der Formel „keine Annexionen

und keine Kontributionen, keine zur Strafe auferlegte Entschädigung“ zum Ausdruck gelangt. Gerade weil diese unreife Formel ein instinktives Urteil über das Recht der einfachen Menschen der ganzen Welt ausdrückt, wurde sie von den Meistern deutscher Intrige sorgfältig ausgenützt, um die Völker Rußlands und aller anderen Länder, die ihre Agenten erreichen konnten, irrezuführen in der Absicht, einen vorzeitigen Frieden herbeizuführen, ehe die Autokratie ihre endgültige überzeugende Lektion erhalten hat und die Völker der Welt das Recht haben, ihre eigene Schicksale zu bestimmen.

Denjenigen, welche den Frieden zustande bringen wünschen, ehe dieser Zweck erreicht ist, empfehle ich ihren Rat anderswo anzubringen. Wir wollen nichts davon wissen und werden den Krieg nur als gewonnen betrachten, wenn das deutsche Volk zu uns durch entsprechend beglaubigte Vertreter sagt, daß es bereit ist, einem Abkommen zuzustimmen, das auf Gerechtigkeit und Sühne des Unrechts, das seine Herrscher begangen haben, beruht. Die Deutschen haben Belgien gegenüber ein Unrecht begangen, das gutgemacht werden muß. Sie haben ihre Macht auch über andere Völker ausgedehnt, namentlich über Österreich-Ungarn, über die bisher freien Balkanstaaten, über die Türkei und nach Asien, eine Macht, die sie wieder aufgeben müssen.

Wir mißgönnten Deutschland nicht den durch Geschicklichkeit, Fleiß, Wissen und Unternehmungsgeist erzielten Erfolg, wir standen ihm nicht im Weg und waren eher geneigt, ihn zu bewundern. Deutschland baute für sich ein wahres Weltreich von Handel und Industrie auf, das es sich durch den Weltfrieden gesichert hatte. Wir begnügten uns, uns mit dem Wettbewerb in der Industrie, Wissenschaft und Handel abzufinden, der für uns durch Deutschlands Erfolg mit sich gebracht wurde, mitzutun oder zurückzubleiben, je nachdem wir die Fähigkeit und Initiative hatten oder nicht, Deutschland zu übertreffen.

Aber in dem Augenblick, wo es die friedlichen Triumphe geerntet hatte, warf Deutschland sie weg, um an ihre Stelle zusetzen, was die Welt nie mehr gestatten wird, nämlich die militärische und politische Oberherrschaft durch Waffengewalt, um damit die Rivalen, die es nicht übertreffen konnte und die es am meisten haßte, aus dem Sattel zu heben.

Der Friede, den wir schließen, muß das Unrecht abstellen. Er muß die einstmals schönen Landschaften und glücklichen Völker Belgiens und Nord-Frankreichs von der preußischen Eroberung und Bedrohung befreien, aber auch die Völker Österreich-Ungarns, des Balkans und der Türkei, sowohl in Europa als in Asien, von der unverschämten Vorherrschaft der militärischen und Handelsautokratie Preußens befreien. Jedoch sind wir es uns selbst schuldig, zu sagen, daß wir keineswegs wünschen, Österreich-Ungarn zu schädigen oder (hier ist die Depesche verstümmelt). Es geht uns nichts an, was es mit seinem eigenen Leben oder was es politisch anfangen will.

weiter in: Wiener Zeitung – Nr.280 – Freitag, 07. Dezember 1917 – S. 14

Die Botschaft Wilsons an den Kongreß. – Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. -

Wir haben nicht die Absicht oder den Wunsch, Österreich-Ungarn Vorschriften zu machen; nur wünschen wir, zu sehen, daß alle seine großen und kleinen Angelegenheiten in seinen Händen seien. Wir hoffen, den Völkern der Balkanhalbinsel und des türkischen Reiches das Recht und die Gelegenheit zu verschaffen, ihr eignes Leben sicher zu gestalten und gegenüber der Unterdrückung, der Ungerechtigkeit und den Befehlen fremder Höfe und Parteien ihres Glückes Schmied zu sein. Deutschland gegenüber haben wir dieselben Absichten. wir beabsichtigen kein Unrecht gegen das Deutsche Reich noch eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten und würden das eine wie das andere schlechthin für ungerechtfertigt und vollständig unvereinbar mit unseren Grundsätzen halten, denen wir während unseres ganzen Lebens als Nation nachzuleben und die hochzuhalten wir bestrebt gewesen sind. Das deutsche Volk läßt sich von den Männern, denen es jetzt möglich ist, es zu betrügen und als seine Herren zu handeln, erzählen, daß es um das nackte Dasein des Reiches einen Krieg verzweifelter Selbstverteidigung führe gegen einen überlegenen Angriff. Es gibt keine plumpere und boshaftere Lüge.

Wir müssen versuchen, durch völlige Offenheit und Aufrichtigkeit in Bezug auf unsere wirklichen Ziele die Deutschen von ihrer Unaufrichtigkeit zu überzeugen. Tatsächlich kämpfen wir für ihre Befreiung von der Furcht und für unsere Befreiung von der Furcht vor ungerechten Angriffen durch Nachbarn und Nebenbuhler, durch Männer, die der Weltherrschaft nachjagen. Kein Mensch bedroht das Dasein und die Unabhängigkeit des friedlichen deutschen Volkes. **Das Schlimmste, was zum Schaden des deutschen Volkes geschehen könnte, wäre, daß, wenn es nach dem Kriege weiter unter den ehrgeizigen, intrigierenden Herren leben müßte, denen daran liegt, den Weltfrieden zu stören, unter Männern oder Klassen, denen die anderen Völker der Welt nicht trauen könnten, es unmöglich sein würde, das deutsche Volk zu der Gemeinschaft der Regierungen zuzulassen.** Vielleicht würde es unter derartigen ungünstigen Umständen auch möglich sein, Deutschland an dem freien wirtschaftlichen Verkehr teilnehmen zu lassen. Aber das würde keine

wirtschaftliche Offensive sein, und eine derartige infolge von Mißtrauen unvermeidliche Lage würde sich naturgemäß durch eine sicher einsetzende Entwicklung von selbst korrigieren. (Hier ist in der Depesche eine Lücke. Weiter heißt es dann in der Botschaft:)

Was sollen wir nun tun, um **diesen Krieg für Freiheit und Gerechtigkeit** zu einem gerechten Ende zu bringen? Wir müssen alle Hindernisse des Erfolges gründlich beseitigen und unsere Gesetze nach jeder Richtung hin so einrichten, daß sie den vollen freien Gebrauch unserer Fähigkeiten und Kräfte als kriegführende Macht fördern. **Ein sehr störendes Hindernis dafür ist, daß wir zwar mit Deutschland im Kriege sind, aber nicht mit seinen Verbündeten. Daher empfehle ich dem Kongreß dringend, den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarn sofort zu erklären.**

Befremdet sie diese Ergebnis meiner Ihnen eben gegebenen Beweisführung? Nein. Es ist die tatsächlich unvermeidliche Folgerung aus dem, was ich gesagt habe. **Österreich-Ungarn ist augenblicklich nicht sein eigener Herr, sondern einfach Vasall der deutschen Regierung**, und wir müssen die Tatsachen nehmen, wie sie sind, und ohne Gefühlsschwäche danach handeln. Die österreichisch-ungarische Regierung handelt nicht nach ihrem eigenen Willen oder entsprechend den Wünschen und Gefühlen ihres eigenen Volkes, sondern als Werkzeug einer anderen Nation. Wir müssen Österreich-Ungarns Kriegsmacht mit der unsrigen entgegentreten und die Mittelmächte als Einheit ansehen. Anders kann der Krieg nicht erfolgreich durchgeführt werden.

Dieselbe Folgerung müßte auch zur Kriegserklärung gegen die Türkei und Bulgarien führen. Auch sie sind Werkzeuge Deutschlands, aber nur Werkzeuge und stehen unseren sich als notwendig ergebenden Aktionen noch nicht unmittelbar im Wege. Wohin die Erfordernisse dieses Krieges auch treiben, dahin werden wir gehen. Aber mir scheint, daß wir nur dahin gehen sollten, wohin unmittelbar praktische Erwägungen uns führen, ohne uns auf andere Erwägungen einzulassen.

Wilson fuhr fort, die notwendigen finanziellen und militärischen Maßnahmen würden sich im Laufe des Krieges von selbst ergeben. Er schlug weitgehende gesetzliche Maßnahmen gegen die feindlichen Untertanen und strenge Beaufsichtigung aller in den Vereinigten Staaten Ankommenden und dort Abreisenden vor, und kündigte eine Gesetzgebung an, durch die alle absichtlichen Verstöße gegen Verordnungen des Präsidenten betreffs feindlicher Untertanen mit Strafen bedroht und auch Frauen den für feindliche Untertanen geltenden Einschränkungen unterworfen würden. **Man werde auch Konzentrationslager und die Einschließung derjenigen feindlichen Untertanen, die sich gegen gesetzliche Bestimmungen vergingen, in Gefängnissen und ähnlichen Anstalten vorbereiten müssen, wo sie wie andere Verbrecher arbeiten sollten.**

Wilson verlangte ferner weitere Vollmachten für die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen und zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und planmäßige Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes. Sodann betonte er die Notwendigkeit anderer gesetzlicher Arbeiten zum Ausbau der Kriegsorganisation.

Hierauf fuhr Wilson fort: Wenn ich irgend etwas übersehen habe, was für die wirksame Durchführung des Krieges notwendig ist, so werden Ihre eigenen Vorschläge die Lücke ausfüllen. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß in der gegenwärtigen Session des Kongresses unsere ganze Aufmerksamkeit und Energie auf eine kraftvolle, schnelle und erfolgreiche Durchführung der großen Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, gerichtet sein sollte. Wir können das mit um so mehr Eifer und Begeisterung tun, als wir wissen, daß dieser Krieg für uns ein Krieg um hohe Grundsätze ist, die nicht durch selbstische Sucht nach Eroberung erniedrigt sind, weil wir und alle Welt wissen, daß uns dieser Krieg aufgezwungen wurde, um die Einrichtungen, unter denen wir leben, vor Korruption und Vernichtung zu retten. Die Mittelmächte haben es auf das Herz aller Dinge, an die wir glauben, abgesehen. Ihre Methode der Kriegführung ist eine Beschimpfung aller Grundsätze der Menschlichkeit und ritterlicher Ehre. Ihre Intrigen korrumpierten die Denkweise und die Gesinnung vieler unter uns. Ihre unselige geheime Diplomatie versuchte sogar, unser Gebiet wegzunehmen und die Einheit des Staates zu zerreißen. Unsere Sicherheit würde aufhören, unsere Ehre wäre für immer beschmutzt und der Verachtung preisgegeben, wenn wir ihren Triumph zuließen. Sie versuchen, selbst die Existenz der Demokratie und der Freiheit zu treffen.

Wilson schloß, er habe offen gesprochen, wie die Zeit es erfordere, damit alle Welt wisse, daß die Vereinigten Staaten selbst in dieser schlimmen Zeit ihre Ideale und ihre Grundsätze, um derentwillen ihr Name unter den Völkern in Ehren stehe, nicht vergessen.

Wilsons Kriegsrede. –

Kommentar

Auf einem Abendgange im **Frühjahr 1915** sagte mir ein Mitglied der amerikanischen Botschaft: „**Es ist merkwürdig, wies sehr man bei Ihnen Wilson verkennt. Wilson ist ihr Feind**, ebenso wie Mister Gerard, und je mehr Sie ihm nachgeben und sich vor ihm klein machen, desto sicherer werden Sie ihn zum Konflikt stark machen. Ich fürchte, Sie werden Krieg mit Amerika bekommen.“

Die Aussage des Amerikaner hat sich im Laufe dieses Kriegsjahres bestätigt. **Wilson war von Anfang an unser erbittertster, gefährlichster und heuchlerischster Feind, der zunächst unter der Maske des Freundes, des Menschheitsapostels, des unparteiischen Schiedsrichters Englands Geschäfte besorgte**, die Energie unserer Kriegsführung lähmte und **durch Munitionslieferungen unsere Feinde instand setzte, den Krieg durchzuhalten. Schon seit 1915 ist dieser Krieg so recht der Wilsonsche, der amerikanische Krieg oder vielmehr der Krieg zur Errichtung der angelsächsischen, amerikanischen-englischen Weltherrschaft unter der Firma der Weltdemokratie. Bei uns hat man die amerikanische Gefahr lange verkannt**, aber nicht, wie der „Vorwärts“ und das „B.T.“ [„Berliner Tageblatt“] glauben machen wollen, auf seiten der Alldeutschen, sondern **auf seiten der Demokratie und der in ihrem Fahrwasser segelnden Regierung.**

Man glaubte, Wilson immer wieder gewinnen zu können, machte ihm Zugeständnisse auf Zugeständnisse und gab ihm dadurch nur Zeit, das im Grunde friedliebende amerikanische Volk allmählich für seine Pläne zu gewinnen, es zu militarisieren und in einen Kriegsfanatismus hineinzutreiben. Die demokratische **öffentliche Meinung Deutschlands vollends fiel auf jeden Phrasenguß Woodrow Wilsons rettungslos hinein, sah in ihm den idealistischen Friedensstifter** und, als er gar sein Friedensmanifest an die Völker der Erde erließ, das doch mit einem Zusammenbruch Deutschlands wie mit einer selbstverständlichen Tatsache rechnete, da waren gewisse Organe nahe daran, ihn als Menschheitsbeglucker und Retter des verwüsteten Europas zu feiern.

Auch unsere Regierung sah in ihm immer wieder den gegebenen Friedensvermittler, während man in Wien ihm kühl und skeptisch gegenüberstand und kräftige Worte gegen seine Anmaßung nicht scheute. **Oesterreich** hat dafür bis heute keine Kriegserklärung erhalten und wird in der neuesten Rede Wilsons als einer der bedrückten Staaten gewürdigt, die **von der schrecklichen deutschen Herrschaft befreit werden** müssen. Zur offenen Feindschaft bekannt sich Wilson allerdings erst, als wir endlich – um bedeutungsschwere Monate zu spät – mit dem ungehemmten U-Boot-Krieg einsetzten. **Seine Kriegserklärung benutzte, wie General Ludendorff noch dieser Tage sagte, den U-Boot-Krieg nur als „Vorwand“.** Die Heuchelei und die Zweideutigkeit hatte keinen Zweck mehr von diesem Augenblick an, da sie die deutsche Kriegsführung nicht mehr lähmen konnte; sie hatte ihre Aufgabe, die Folgen des U-Boot-Krieges hintanzuhalten und England Zeit zu Abwehrmaßregeln zu geben, voll erfüllt.

Wenn die Sozialdemokratie, die den U-Boot-Krieg gleichfalls verhindern und uns damit unserer besten Waffe zur Beendigung des Krieges berauben wollte, heute die Sache so darstellt, als wenn Amerika ohne den U-Boot-Krieg neutral geblieben oder gar uns freundlich gewogen wäre, so widerlegt nicht nur die Haltung Wilsons während des ganzen Krieges diese Behauptung, sie wird auch durch jede Rede und jedes Schriftstück Wilsons nach der amerikanischen Kriegserklärung ad absurdum geführt.

Amerikas Wohlwollen konnten wir nur um einen Preis haben, um unsere Niederlage, um den Sieg Englands, mit dem Amerika von Anfang an verbündet war. Dann nach unserer Niederlage hätten wir uns des „Wohlwollens“ Wilsons zu erfreuen gehabt, der für eine „milde Strafe“ eingetreten wäre, schon, um England nicht jeden Dorn aus dem Fleische zu ziehen; aber auch die mildeste Strafe wäre die Verurteilung zur Machtlosigkeit, des Verzichtes auf unsere industrielle und Handelsherrschaft gewesen und die selbstverständliche Zertrümmerung unseres „Militarismus“ mit der Monarchie an der Spitze, als dem Rückgrat unserer Stärke.

Wenn das „B.T.“ dieser Tage behauptete, die kriegsverlängernde Gefahr der amerikanischen Einmischung sei von der anderen Seite nicht richtig eingeschätzt worden, so müssen wir das für unseren Teil entschieden ablehnen. Wir haben immer auf diese Gefahr hingewiesen – soweit es uns damals durch die Zensur möglich war – haben aber auch immer betont, daß wir diese Gefahr durch Nachgiebigkeit nicht beschwören können, sondern alle Kriegsmittel ohne Rücksicht anwenden müssen, da sonst mit der Verschlechterung der Kriegslage die Einmischungsbereitschaft Amerikas wachse. Die Tatsachen haben uns recht gegeben.

In seiner neuesten Kriegsrede sucht Wilson eine ganze Reihe von Zielen zu erreichen. Er will die müden europäischen Völker zu neuem Kriege aufreizen, indem er ihnen „erbarmungslosen Krieg mit Deutschland

verspricht, das ganz nach den Wünschen Clemenceaus von dem friedlichen Verkehr zwischen den Völkern ausgeschlossen werden muß“, da es ohne Gewissen, Ehre und Eignung für einen durch Vertrag geschlossenen Frieden sei. Dieses Kriegsziel will er durch Waffen erreichen; aber die Ententevölker werden fragen, wieviel Jahre sie noch die Wucht der deutschen Schläge aushalten sollen, bis endlich diese „Waffen“ ihnen Luft schaffen oder gar den Sieg erfechten, den die vereinten Waffen unserer Gegner nicht erfechten konnten.

Sodann sucht er Oesterreich und Ungarn, die Türkei und Bulgarien von uns abzusprengen. Auch dieser Versuch wird mißglücken. Endlich glaubt er durch den Feldzug gegen die „Herren“ Deutschlands inneren Zwist bei uns hervorrufen zu können; aber Wilsons Gesicht ist auch von der Demokratie endlich erkannt worden, so daß er keine Geschäfte mehr machen wird. Von allen den Wandlungen in Deutschland hat Wilson nichts gehört. Unsere Demokratie versicherte uns immer, daß Amerikas Feindschaft mit der Einführung des Parlamentarismus in Deutschland schwindet. Nun ist er da, und Wilson tut unseren Demokraten den Schmerz an, ihn nicht einmal eines Blickes oder Wortes zu würdigen. Er kennt nur Autokraten in Deutschland, während er selbst, der „Demokrat“, die mächtige Friedensbewegung in Amerika mit verächtlichen Worten abtut, mit Worten, wie sie kein deutscher Minister heute auszusprechen wagte. Ueber die Wirklichkeiten der amerikanischen Gefahr wird noch zu sprechen sein; die Phrasen des Woodrow Wilson werden uns nicht erschüttern. Sie vermögen die Kriegslage in Europa, die allein die Entscheidung bringt, nicht zu ändern, und sie vermögen auch das Friedensverlangen der europäischen Völker zwar aufzuhalten, aber nicht zu ersticken.

Auch unsere Gegner werden nicht das Verlangen haben, auszubluten, bis Herr Wilson es an der Zeit hält, seine Weltherrschaft der Gerechtigkeit aufzurichten. Sie werden nach ihrer eigenen Not und ihrem eigenen Interesse handeln. Und unsere Waffen werden durch die Wilsonsche Rechnung den kräftigen Strich machen.

H.R.

Vorwärts – Nr.335 – Freitag, 07. Dezember 1917 – S.3

Zweiter Tag der Wahlrechtsdebatte. – Friedberg für gleiches Wahlrecht.

Abgeordnetenhaus. - 102. Sitzung. Donnerstag, den 6. Dezember 1917 vormittags 11 Uhr

Die erste Lesung der Verfassungsvorlagen wird fortgesetzt.

[Nach den Reden von Dr. Lohmann (natl.) spricht Abgeordneter Ströbel (Unabhängige Sozialdemokraten) im preußischen Abgeordnetenhaus]

Abg. Ströbel (U.S.):

Die Rede des Abg. Lohmann hat bewiesen, daß auf die Nationalliberalen bei dem gleichen Wahlrecht kaum zu rechnen ist. Die nationalliberale Reichstagsfraktion ist für die Reform, die nationalliberale Landtagsfraktion hält sich aber an das Königswort nicht gebunden. Herr Lohmann hat die schöne Stilisierung der Begründung der Vorlage gelobt, aber der Regierung dürfte es lieber sein, wenn er ihre Absichten mehr unterstützt hätte. Es war die altbekannte nationalliberale Schaukelpolitik, die sich hier zeigte. Das war überhaupt die Signatur der gestrigen und der heutigen Debatte, daß diese ungeheure Zeit ein winziges Geschlecht gefunden hat. (Sehr wahr! bei den U. Soz.)

Dahin gehört auch die Art, wie die Regierung die Vorlage vertreten hat. Freilich wie will man es erwarten, daß Herr v. Hertling und Herr Dr. Friedberg sich mit Wärme und Energie für die Wahlrechtsvorlage ins Zeug legen, wenn man sieht, daß die Parteien, aus denen diese Minister hervorgegangen sind, eine solche Feindseligkeit gegen die Regierungsvorlage zur Schau tragen. **Der Friede wäre bald erreicht, wenn man nur daran ginge, Preußen-Deutschland so zu gestalten, daß es sich im Rahmen der Kulturvölker sehen lassen kann.** Statt dessen erleben wir eine solche Vorlage. **Das reaktionäre preußische System ist die festeste Stütze unseres Militarismus und des Imperialismus, dem wir letzten Endes diesen grauenvollen Krieg verdanken.** (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Wenn Herr v. Heydebrand gefragt hat, **wo wäre Preußen bei dem parlamentarischen System geblieben, so muß darauf geantwortet werden: ein demokratisches, ein vernünftiges Preußen wäre nicht in diese schauerliche Katastrophe hineingerannt.** (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Wenn Herr v. Heydebrand meinte, die Mehrheitsparteien im Reichstage hätten die Notlage des Landes ausgenutzt, so muß man ihm entgegenhalten: **wer hat denn das Land in diese Notlage gebracht? Die Unbesonnenheit der Regierung und der Parteien, die sie dazu ermunterten, daß jenes unglaubliche Ultimatum an Serbien erging.** (Präsident Dr. Schwerin-Löwitz ruft den Redner zur Ordnung.)

Ein gleiches Wahlrecht ist uns verheißen, aber man denkt nicht daran, die Ungleichheit der Wahlkreise zu beseitigen. Man stuft die Wahlkreise nicht ab nach der Zahl der Einwohner, sondern nach der Größe des Areals, nach der Menge der Kartoffeln oder Vieh, die darauf erzeugt werden. Aber man macht doch kein Wahlrecht für das liebe Vieh, sondern für preußische Staatsbürger. (Sehr gut! bei den Unabh. Soz.) Ebenso ist die dreijährige Karenzzeit nach dem Erwerb der preußischen Staatsangehörigkeit ein unsinniger Verstoß gegen daß gleiche Wahlrecht, desgleichen die Erhöhung der Aufenthaltsdauer im Wahlbezirk von sechs auf zwölf Monate. In die mißachtete fluktuierende Bevölkerung hat gerade der Krieg wieder Millionen kleiner Existenzen hinabgestoßen. Da gleiche Wahlrecht ist versprochen, aber dem größeren Teil des Volkes, den Frauen, gewährt man es nach wie vor nicht. Das sind dieselben Frauen, ohne die wir den Krieg gar nicht hätten durchhalten können. Es ist schreiender Undank, wenn man ihnen das Wahlrecht noch immer verweigert. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) **Ich hätte gewünscht, daß die Frauen durch einen allgemeinen internationalen Frauenstreik die Durchführung des Krieges überhaupt unmöglich gemacht hätten.** (Bravo! bei den U. Soz.)

Eine Zumutung an die Geduld des Volkes ist es, daß man das Herrenhaus noch konservieren will. Das Herrenhaus gehört in die historische Rumpelkammer. (Bravo! b.d. U.Soz.) Besonders interessant ist die Bestimmung, daß die Regierung auch ohne die Bewilligung des Etats soll weiter wirtschaften können. Ende schlecht, alles schlecht! **Die ganze Vorlage ist nur Flickwerk und paßt nicht hinein in diese Zeit, wo das russische Proletariat sich so unbegrenzte Freiheiten erwirbt.** Es scheint uns, als wenn der Widerstand der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen gegen das gleiche Wahlrecht auch diesmal wieder von Erfolg begleitet sein wird. Die Freisinnigen glauben, wenn sie nur recht brav sind und alles schlucken, was an schädlichen Bestimmungen in der Vorlage enthalten ist, dann werden die anderen auch für das gleiche Wahlrecht eintreten. **Aber durch ein solches demütiges Apportieren wird ein vernünftiges Wahlrecht nicht herbeigeführt, sondern nur durch unablässiges Drängen, durch Kampf.** Wäre es der Regierung wirklich ernst damit, das gleiche Wahlrecht zustande zu bringen, so müßte sie selbst dafür sorgen, daß das Volk dem Ansturm der Rechten gegen die Wahlreform mit seinem Ansturm entgegentritt. Aber was sehen wir? Während die

Annexionisten und Imperialisten jede Propaganda treiben können, dürfen wir unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin keine Versammlungen einberufen, die sich mit der Wahlreform beschäftigen. Der Berliner Polizeipräsident hat solche Versammlungen verboten. (Bravo! rechts. Hört, hört! b. d. U. Soz.) **Ich fordere nicht zur Revolution auf; sie kommt, wenn die Bedingungen dafür bestehen, diese erzeugen Sie aber, wenn Sie den Krieg noch lange fortführen. Wer von Ihnen hätte geglaubt daß wir ein Jahr U-Boot-Krieg führen müssen ohne greifbaren Erfolg?** (Stürmischer Widerspruch. Abg. v Kröcher: Ueberlassen Sie das Hindenburg! Abg. Adolf Hoffmann: Die Opfer bringt das Volk!) **Ob Krieg geführt werden soll und wie lange, das kann nicht allein Hindenburg überlassen bleiben (Stürmischer Widerspruch rechts), sondern das ist Sache des Volkes und ist von der Volksvertretung mitzubestimmen.**

Gestern hat Minister Drews ausgeführt, daß das gleiche Wahlrecht durchaus nicht die Stimmung des Auslandes zugunsten Deutschlands beeinflussen soll, und er hat davon gesprochen, daß die angeblichen Demokratien im Westen sich mit dem zarischen Rußland verbündet haben. **Leitende Militärs streben noch jetzt Annexionen an, und das weiß man im Ausland, über dessen Annexionspläne man sich bei uns entrüstet. Das Ausland hat ein Recht, demokratische Friedensgarantien von Deutschland zu fordern.** (Stürmischer Widerspruch.) Die militärische Vorgeschichte des Krieges, das Ultimatum an Serbien, wobei auch sehr hoch stehende Kreise in Deutschland Verhinderung statt Ermutigung gewünscht hätten, beweisen das. **Das Ausland hat kein Vertrauen zu der deutschen Regierung, solange sie sich auf die herrschenden Klassen stützt**, in denen die Anschauungen Heydebrands herrschen. Das deutsche Volk wollte diesen Krieg allerdings nicht, und die ungeheure Mehrheit des Heeres würde für annexionslosen Verständigungsfrieden stimmen. Die Vorbedingung für die zukünftige Friedensliebe Deutschlands ist gründliche Reform in Preußen. Was ist das Opfer der Privilegien gegen die furchtbaren Opfer des Volkes! Sie freilich wollen Ihren Geldbeutel schützen und alle Aemter beherrschen. Das deutsche Volk aber will nicht länger der Paria sein, es will seinen Frieden mit der Menschheit machen als ein freies Volk, das seine Geschicke selbst bestimmt. (Beifall b. d. Unabh. . Soz.)

.....

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Erörterungen über auswärtige Politik sind im Augenblick nicht angebracht. **Abg. Ströbel gehört zu den Politikern, die dem Ausland einen Freibrief erteilen wollen. Unsere innerpolitischen Fragen gehen das Ausland nichts an, das Ausland und auch die jetzige russische Regierung mögen damit zufrieden sein, daß wir die feste Erklärung abgegeben haben, uns in ihre Angelegenheiten unter keinen Umständen einzulassen.** (Zustimmung.) **Abg. Ströbel betrachtet die Demokratie als Allheilmittel für alles.** Ich werde ihm also nie den Gedanken beibringen können, wie wichtig es ist, daß gewisse hervorragende Kreise unseres Volkes, die für unsere Kultur ein besonderes Interesse haben, von allgemeinen Wahlen unabhängig gemacht und ihnen ein gewisser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung eingeräumt werden muß. Wenn wir der auch von Dr. Pachnicke bedauerlicherweise erörterten Frage der Abschaffung des Herrenhauses näher treten, so gefährden wir die Durchbringung dieser Vorlage. **Das deutsche Volk besteht nicht aus Parias, sondern ist in vollem Umfange ein freiheitliches Volk. Zwar nicht mit dem parlamentarischen System, aber mit einer freien Verfassung, einem unabhängigen Richterstand und einer in der Welt einzig dastehenden Verwaltungsgerichtsbarkeit. Auf die Andeutungen des Abg. Ströbel über die Möglichkeit einer Revolution einzugehen, ist zwecklos und ich könnte mir dabei auch nicht die vom Präsidenten gewünschte Mäßigung auferlegen.** (Heiterkeit und Beifall.)

Berliner Börsen-Zeitung – Nr.573 – Freitag, 07. Dezember 1917 – S.3

Die französische Presse über die Rede Kühlmanns.

Bern, 6. Dezember. „Figaro“ erklärt, die Rede des Staatssekretärs von Kühlmann sei die deutscheste Rede, die seit Kriegsausbruch gehalten wurde. Sie sei viel deutscher als die Kanzlerrede. Kühlmanns Plan besteht darin, sagt das Blatt, die Präliminarien zu beschleunigen, um uns an den grünen Tisch zu bringen. Für Deutschland wäre die Lage jetzt infolge des Zusammenbruchs Rußlands und der Ereignisse in Italien sehr günstig. Allein es besteht ein völliges Gleichgewicht zwischen den Mittelmächten und der Entente, wenn die Entente kämpft. Dagegen ist Deutschland überlegen, sobald der Kampf aufhört und die Unterhandlungen vor der Entscheidung beginnen. Dann wäre Deutschland Herr infolge seiner einheitlichen Aktion und seiner zusammengefaßten Kraft, die ihm gestatten würde, bei der ersten Schwierigkeit den Kampf sofort wieder aufzunehmen. Den Alliierten würden sich viel größere Hindernisse in den Weg stellen, um sich wieder in Bewegung zu setzen und ihre Leistungen zusammenzufassen. Dies sähen die deutschen Staatsmänner sehr genau. Kühlmanns Rede sei deshalb von größtem Interesse und ihre Lektüre sei jenen besonders anzuraten, die in Frankreich und England geneigt seien, den traurigen Einflüsterungen Lansdownes zu folgen. ...

Die Delegationen – Ungarische Delegation – Auswärtiger Ausschuß

Wien, 6. Dezember. Der Auswärtige Ausschuß der ungarischen Delegation hielt heute vormittag eine Sitzung. herein auf das Wohlwollen und die Nachsicht der einzelnen Herren rechnen.

Minister des Äußern Graf Czernin: Hoher Ausschuß! Wenn ich mir gestatten darf, einige Worte an Sie zu richten, so muß ich von vornherein auf das Wohlwollen und die Nachsicht der einzelnen Herren rechnen. Da ich der ungarischen Sprache nicht mächtig bin, wäre es nämlich möglich, daß meine Ausführungen zum Teil auf Mißverständnissen beruhen. Sollte dies der Fall sein, dann wäre ich für deren Aufklärung dankbar. Ich lege aber Wert darauf, schon in diesem Stadium der Verhandlungen ganz kurz meine Meinung über eine wichtige Frage zu äußern, weil hervorragende Parteiführer Ungarns hier das Wort ergriffen und Anfragen auf mich gerichtet haben, die ich nach Möglichkeit sofort beantworten möchte.

Se. Exzellenz Graf Andrássy hat mit der von ihm erwarteten Wärme von dem deutschen Bündnisse gesprochen und die Frage an mich gestellt, ob und wie weit wir in den Kriegszielen mit Deutschland einig sind. Ich kann diese Frage in positivem Sinne beantworten. Wir sind einig mit Deutschland, und zwar auf der Basis, die für Deutschland und für Österreich-Ungarn gilt, auf der Basis des Verteidigungskrieges, einer Basis, die hier in dieser hohen Versammlung ungeteilte Zustimmung gefunden hat, welche im deutschen Reichstag als Richtlinie für die Kriegsziele festgelegt wurde und welche Staatssekretär Dr. v. Kühlmann in einer seiner letzten Reden, meiner Ansicht nach, sehr klar und deutlich präzisiert hat, indem er den Satz aussprach: „Es gibt kein Friedenshindernis als Elsaß-Lothringen.“ Allerdings dürfen wir, wenn wir unsere Situation mit der unseres deutschen Bundesgenossen vergleichen, das eine nicht vergessen, daß wir uns in gewisser Beziehung in einer besseren Situation befinden als er. **Wir haben so gut wie unser Territorium in unserem Besitze; Deutschlands Kolonien sind heute in Feindeshand.** Nun ist es selbstverständlich, daß Deutschland den Frieden nicht wird schließen wollen und können, bevor es nicht sicher ist, seine Kolonien zurückzuerhalten.

Wenn mir nun von mancher Seite der Vorwurf gemacht wird, daß die Schwäche meiner Politik, welche sich im Schlepptau Deutschlands befinde und wie diese Phrasen sonst lauten, uns zwingt, den Krieg länger fortzusetzen als es sonst der Fall wäre, ja daß wir für deutsche Eroberungen kämpfen müßten, so setze ich diesen Argumenten ein kategorisches „Nein“ entgegen. Wir kämpfen für die Verteidigung Deutschlands ebenso gut wie Deutschland für die unsere. In dieser Beziehung kenne ich keine territorialen Grenzen.

Wenn jemand fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich: Jawohl, wir kämpfen für Elsaß-Lothringen genau so wie Deutschland für uns kämpft und für Lemberg und Triest gekämpft hat. Ich kenne da keinen Unterschied zwischen Straßburg und Triest. Wenn in dem allgemeinen europäischen Kriegsbild andere Konstellationen eintreten sollten, was nicht ausgeschlossen erscheint, und an anderen Fronten große Ereignisse vorgehen sollten, dann würde ich es, ich sage es offen und fühle mich hiebei eins mit Grafen Tisza, lebhaft begrüßen, wenn der Moment käme, in dem wir auch an anderen Fronten gemeinsam mit unseren Bundesgenossen kämpfen würden. Wenn es also nach dieser Richtung, die wir eingeschlagen haben, seitdem der Krieg begonnen hat, und die wir mit voller Zustimmung der erdrückenden Mehrheit sowohl Österreichs wie Ungarns gehen, wenn es nach Klarlegung dieser Richtung drüben bei der Entente immer noch Leute gibt, welche in dem Glauben leben, es könne ihnen gelingen, uns von unserem Bundesgenossen zu trennen, so kann ich nichts sagen als: Die das glauben, sind schlechte Psychologen und kindische Gemüter.

Graf Andrássy hat bezüglich Balonas und Italiens eine Anfrage an mich gerichtet, auf die ich vollständig offen antworten möchte: die italienische Politik seit Beginn des Krieges bewegt sich auf einer schiefen Ebene nach abwärts. Es ist den Herren bekannt, daß Italien vor dem Kriege mit uns hätte sprechen können, weil wir ein lebhaftes Interesse daran hatten, diesen überflüssigen Krieg zu vermeiden. Hiebei hätte Italien zu einem Arrangement gelangen können, das es heute wohl in seinen kühnsten Träumen nicht mehr hoffen kann, zu erreichen. Italien hat seitdem zwölf Schlachten und Hunderttausende an Toten verloren, es hat Milliarden an Werten und große Teile eigenen Bodens eingebüßt, die heute in unserer Hand sind. Italien kann heute im besten Falle hoffen, den **Status quo ante bellum** zu erreichen. Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen, wobei ich auf das komme, was Graf Karolyi gesagt hat. Er mir, wenn ich recht verstanden habe, am Schlusse seiner Ausführungen zu verstehen gegeben, ich müsse unter allen Bedingungen ein Pazifist a outrance sein. Im Zusammenhang hiemit hat er meiner Budapester Rede einige wohlwollende Worte gewidmet, zu meinem Erstaunen aber nur deren erstem Teile, während er den zweiten totgeschwiegen hat. Dieser zweite Teil ändert aber das ganze Charakteristikum der Rede. Was Graf Karolyi von mir verlangt, heißt, daß ich mich zu einer Assekuranz für die italienischen Abenteuer hergeben möge.

Ich soll nach Ansicht Karolyis heute Italien erklären: „Setzt den Krieg fort, so lange ihr wollt, greift uns an, so oft ihr wollt, verlängert den Krieg nach Belieben – wir garantieren Euch, daß Euch nichts geschieht“. Nun meine Herren, ich bin sehr weit von diesem Standpunkt entfernt. Ich sage es ganz offen und damit man es in Rom höre: Wenn Italien mutwillig den Krieg fortsetzt, so wird es später einen schlechteren Frieden bekommen. Das sind wir unseren Truppen und unserem Hinterlande schuldig (Beifall.) Graf Karolyi möge es wissen: Ich habe ein Ziel und das heißt: Die baldigste Erreichung eines ehrenvollen Friedens. Dabei weigere ich mich, unseren Feinden Prämien auf die Kriagsverlängerung auszusetzen.

Bezüglich der U-Boote kann ich vollständig bestätigen, was Graf Tisza erwähnt hat. Es wird einer späteren Zeit vorbehalten sein, die genauen Daten zu geben. Ich kann aber dem Grafen Karolyi versichern, daß die maßgebenden Militärs sowohl auf deutscher wie auf unserer Seite der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Hinderung der Munitionszufuhr an die Ost- und Westfront so stark war, daß sie den Gang des Krieges wesentlich beeinflußt hat. Daß unsere Gegner gewaltig unter seiner Wirkung leiden, das wissen wir ganz genau.

Auch in einem anderen Punkte bin ich vollkommen einer Meinung mit Graf Tisza, der dem Grafen Karolyi auf dessen Bemerkung antwortete, unsere Diplomatie sei schuld in dem Punkte, daß Italien und Rumänien auf die gegnerische Seite übertraten. In einem einzigen Satze gesagt, fasse ich die Situation so auf, daß Rumänien und Italien eine falsche Machtspekulation gemacht haben, als sie sich der uns feindlichen Gruppe anschlossen. Und da frage ich: Wie konnte ein Diplomat die in das italienische und rumänische Volk hineingetragenen Ansichten über die innere Schwäche Österreich-Ungarns niederringen? Gründe, an denen unsere Diplomatie vollkommen unschuldig, denen gegenüber sie machtlos war, haben den Anlaß für diese falsche Einschätzung unserer Kräfte gegeben. Daß diese Einschätzung der Kraft Österreich-Ungarns falsch war, ist das Erfreuliche daran.

Einer der Herren hat die Liebenswürdigkeit gehabt, mich zu fragen, wie ich über die amerikanische Kriegserklärung denke. Nicht bestätigte Nachrichten lassen die Möglichkeit offen, daß Amerika uns ebensogut wie unseren beiden Bundesgenossen, der Türkei und Bulgarien, den Krieg erklären werde. Ich sage nicht, es werde sein, sondern nur, es könne sein, aber sollte dieser Fall auch eintreffen, dann werden wir dennoch nichts von dem bedauern können, was wir in der Vergangenheit gemacht haben. Wir haben wegen unserer treuen Bundesgenossenschaft mit Deutschland mit der Gegnerschaft Amerikas rechnen müssen. Wenn Amerika diese Konsequenzen zieht, so ist es, ich gebe es zu, schmerzlich, wegen der Österreicher und Ungarn, die in Amerika sind und die in die peinlichste Situation gelangen.

An dem Kriegsergebnisse jedoch wird das nicht das geringste ändern. Wenn ich von Amerika spreche, möchte ich die Herren immerhin auf die heutige Rede des Präsidenten Wilson aufmerksam machen, die in mancher Beziehung unverständlich und unklar ist, die aber doch einen beherzigenswerten Fortschritt in dessen Anschauungsweise in einer Richtung enthält. Der Präsident hat gesagt, indem er von unserer internen Situation spricht: „Wir müssen indessen hervorheben, daß wir Österreich-Ungarn in keiner Weise schädigen wollen, und daß es nicht unsere Sache ist, uns mit den Institutionen der Völker zu befassen. Wir wollen ihnen in keiner Weise ihr Verhalten vorschreiben, wünschen aber, daß sie ihre Angelegenheiten, die großen und die kleinen, selbst ordnen.“ Wenn man diese Auffassung vergleicht mit jener, welche die Entente in die Monarchie hineingeworfen hat und die mit dem Schlagwort „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bezeichnet wird, das auf einer Friedenskonferenz mit Hilfe der Entente verwirklicht werden soll, so finde ich in der heutigen Auffassung des Präsidenten der Union einen großen bedeutenden Fortschritt, einen Fortschritt, welchen wir anerkennen und welchen festzuhalten wir ein lebhaftes Interesse haben.

Wenn ich diese Gelegenheit ergreifen darf, um über diese Frage, über dieses Schlagwort vom Selbstbestimmungsrechte der Völker noch ein Wort zu verlieren, so möchte ich meinen Standpunkt diesbezüglich präzisieren, wie folgt: Das Wort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ist in diesem Krieg im Rahmen der Kriegszielsdiskussionen ziemlich spät aufgetaucht. Eine allgemein gültige Definition dafür zu geben, ist unmöglich, da fast jeder der Staatsmänner, die von demselben Gebrauch machten, ihm einen anderen Begriff zugrunde legte, so daß man sagen kann, es gebe so viele Begriffsbestimmungen dieses Wortes, als Äußerungen darüber vorliegen.

Wenn wir dem Ursprunge dieses Schlagwortes nachgehen, so finden wir, daß es an das von der Entente seit Kriegsbeginn vorgeschützte Kriegsziel, den „Schutz der kleinen Nationen“, anknüpft. Die „kleinen Nationen“, das waren die kleinen Staaten, die von den Mittelmächten angeblich vergewaltigt wurden, das waren Serbien, Montenegro u.s.w., zu deren Schutz und Rettung die Entente vorgab, zu den Waffen gegriffen zu haben. Das war das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Staaten. Noch in seiner an die Kriegführenden Nationen gerichteten Note vom 18. Dezember 1916 hat es Präsident Wilson als eines der vornehmsten Friedensziele bezeichnet, „die Rechte und Privilegien der kleinen Staaten zu sichern“. In der hierauf erteilten

Antwort vom 12. Jänner 1917 haben die Ententemächte den eben erwähnten Satz Wilsons durch die brutale Formel ergänzt, daß sie den Krieg auch „zur Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Czechen und Slovaken von der Fremdherrschaft“ führen. Der Schutz der kleinen Staaten trat in den Hintergrund, die gewaltsame Abtrennung einzelner Nationalitäten von der Monarchie stand vorne an, und zwar deren gewaltsame Abtrennung ohne Einräumung eines Selbstbestimmungsrechtes an die Nationalitäten oder an den Mutterstaat.

In seiner Botschaft an den Senat vom 22. Jänner 1917 vollzog Präsident Wilson eine gewisse Annäherung an den Ententestandpunkt, indem er den Ruf nach inneren Reformen der einzelnen Staaten erhob und so die innerpolitischen Verhältnisse der einzelnen Staaten in die internationale Erörterung einbezog, gleichzeitig aber erklärte, **es gebe kein Recht, „die Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als ob sie deren Eigentum wären“**. In dieser Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten wird also der Gedanke ausgesprochen, daß die Abtrennung von Gebietsteilen eines Staates an einen anderen nicht erzwungen werden dürfe, weiter aber die „Zustimmung der Regierten zur Regierung“ verlangt. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ist also hier bereits ein ziemlich kompliziertes **Mixtum compositum**, in territorialer Beziehung das Selbstbestimmungsrecht des Staates über seinen territorialen Bestand, gleichzeitig aber auch schon ein unter internationalen Schutz gestelltes Mitbestimmungsrecht der Nationalitäten hinsichtlich ihrer innerstaatlichen Beziehungen.

Am 11. April 1917 erklärte die provisorische Regierung Rußlands, sie lehne die Absicht ab, andere Völker zu beherrschen und ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen; sie vindizierte den kriegführenden Staaten das Recht, das Schicksal ihrer Völker bei Friedensschluß selbst zu bestimmen. Dies ist das Selbstbestimmungsrecht der Staaten über Nationen. So sind also bald die Staaten, bald die Nationalitäten die Subjekte, dann wieder die Objekte des „Selbstbestimmungsrechtes“, das äußerst wechselnde Ziele verfolgt, die zwischen verfassungsmäßig errungener Autonomie und ihnen in europäischen Konferenzen verliehener staatlicher Selbständigkeit schwanken. Unter Ausnützung dieser Begriffsverwirrung hat das **„Selbstbestimmungsrecht der Völker“** in der Rede der Ententestaatsmänner langsam eine bestimmtere Gestalt angenommen. **Es ist zum Deckwort für die brutale Forderung der Ententemächte auf die gewaltsame Abtrennung einzelner Teile von Österreich-Ungarn geworden. Hinter diesem Wort verbirgt sich jetzt die Forderung nach dem Verzicht der Monarchie auf ihr Recht, über ihren territorialen Bestand zu verfügen, die Forderung des Verzichtes auf ihr Recht, das Verhältnis der Nationalitäten untereinander und zum Staate selbst zu regeln. Es ist die Leugnung jeder staatlichen Souveränität, die Forderung, den territorialen Bestand und die innerstaatlichen Verhältnisse Österreich-Ungarns dem Votum, sei es einer europäischen Konferenz, sei es eines Plebiszits, zu überlassen.** So aber, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in allerletzter Zeit definiert wurde, wo Volksversammlungen, Parteibeschlüsse, ja sogar einzelne Preßäußerungen zu internationaler Bedeutung erhoben wurden, führt es zu reiner Anarchie, zur Zerreißung des Staatsbegriffes, zur Anerkennung eines fast schon das einzelne Individuum berücksichtigenden Regionalismus.

Das alles, meine Herren, ist das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, und mit diesem Begriff oder richtiger mit diesem Schlagworte sollen wir operieren und ernste Politik machen? **Zu all dem kommt, daß die Entente das Selbstbestimmungsrecht der Völker in allen diesen Versionen für ihre Gegner gelten läßt, für sich aber stets einen Anlaß findet, um dessen Geltung auf ihre Verhältnisse auszuschließen. Wo die Entente das Bedürfnis nach Annexionen oder Desannexionen fühlt, anerkennt sie natürlich nicht das Recht des zu schmälernenden Staates, hierüber selbst zu entscheiden, ja auch nicht das Recht der zu annectierenden Völkerschaften, bei dieser Amputation mitzusprechen. Als die Freimaurer in Paris den Gedanken durchleuchten ließen, daß über das Schicksal der von Italien beanspruchten Gebiete ein Plebiszit ihrer Bewohner entscheiden solle, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in Italien, und ebenso wurde in Frankreich der Gedanken einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zurückgewiesen, da dort eben nur ein altes Unrecht gutzumachen sei.** An Vorwänden, die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in diesem Sinn auf sich selbst auszuschließen, hat es die Entente nie fehlen lassen. Wenn ich nun zur Frage Stellung nehme, in welchem Umfang ich ein Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, anerkenne, so vermag ich mich im Rahmen meiner Kompetenz natürlich nur soweit äußern, als die Frage internationalen Charakter hat. Das Recht des Staates, über seinen territorialen Bestand zu verfügen, steht außer Zweifel. Ebenso außer Zweifel steht es, daß ein fremder Staat nicht das Recht beanspruchen kann, sich in die inneren Verhältnisse des anderen einzumengen. Das sind die Grenzen für das Selbstbestimmungsrecht der Staaten vom internationalen Gesichtspunkt aus.

Soweit es sich darum handelt, daß innerhalb der einzelnen Staaten Nationalitäten ihr Verhältnis untereinander und zum Staate zu regeln haben, liegt also keine internationale, sondern eine innerstaatliche Frage vor. In dieser Richtung steht mir ein Recht zur Äußerung mit Bezug auf die österreichisch-ungarische Monarchie nur insofern zu, als die betreffenden Fragen auf die auswärtige Politik Einfluß nehmen könnten. Ich

stehe nicht an zu erklären, daß ich im Rahmen dieses mir zustehenden Rechtes jede äußere Einflußnahme auf die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse mit aller Entschiedenheit ablehne und es umgekehrt ablehnen muß, wenn der Gedanke auftaucht, daß gewisse innerstaatlichen Fragen eine internationale Lösung finden sollen.

Das Verhältnis der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie zueinander ruht auf gesetzlichen Grundlagen. Die Möglichkeiten einer Änderung derselben sind durch verfassungsmäßige Einrichtungen vorgesehen. Wo Wünsche nach derartigen Änderungen auftreten, müssen sie auf dem verfassungsmäßigen Wege unter Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften, welche eben das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ im Rahmen des Staates garantieren, gelöst werden. Innerhalb der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie besitzen die einzelnen Nationalitäten durch verfassungsmäßige Einrichtungen gleichfalls alle Möglichkeiten zur Regelung ihrer Beziehungen. andere Lösungsmöglichkeiten anzuerkennen, bin ich außerstande.

★

Die Rede des Ministers des Äußern fand lebhafte Zustimmung, die sich zum Schluß in lauten Beifallskundgebungen äußerte.

Tschechische Verräter.

Wien, 6. Dezember. Die deutsch-nationalen Abgeordneten haben an den Landesverteidigungsminister eine Interpellation betreffend die staatsfeindliche Propaganda unter den tschechischen Soldaten an der Südwestfront eingebracht. Die Erfolge dieser Agitation zeigten sich darin, daß in den Gefechten bei Carzano am 28. September und bei anderen Gelegenheiten tschechische Reserveoffiziere zum Feinde übergingen. Weiter fand man bei gefangenen italienischen Offizieren die Beweise, daß seit längerer Zeit tschechische Soldaten den italienischen Kommandanten Daten auslieferten. Auch gelegentlich unserer letzten glorreichen Offensive an der Südwestfront fand man bei italienischen Kommandanten Aktenstücke des Inhalts, daß die italienische Heeresleitung von Zeitpunkt und Ort unserer Angriffe genau unterrichtet war, und zwar durch direkte Nachrichten aus unseren Linien. Auf die tschechische Agitation ist wohl auch der Verlauf der 11. Isonzoschlacht zurückzuführen, in welcher die tschechischen Abteilungen sämtlich versagt haben.

Ungarische Delegation. – Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Wien, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Äußeres sagte Minister des Äußern Graf Czernin:

Hoher Ausschuß! Meine gestrigen Ausführungen, die bereits auf verschiedene Fragen der Herren Delegierten Antwort gaben, und der Umstand, daß gewisse der an mich gerichteten Anfragen eine Vorarbeit erfordern, bevor sie beantwortet werden können, setzen mich in die Lage, mich heute ganz kurz fassen zu können. Es liegt mir aber daran, auf einige Bemerkungen der Herren Delegierten, die eine sofortige Antwort erwünscht und möglich erscheinen lassen, sofort zu erwidern.

Der Herr Deleg. Lovaszy hat mich gestern gefragt, **ob ich in der Lage bin, im Namen des Deutschen Reiches eine Erklärung bezüglich Belgiens abzugeben. Ich kann auf diese Anfrage selbstverständlich nur mit einem „Nein“ antworten.** Es ist ein international nicht gangbarer Weg, daß der Staatsmann eines Reiches für den eines andern eine Erklärung abgibt. **Ich berufe mich jedoch auf die öffentlich abgegebenen und allgemein bekannten und zugänglichen Äußerungen der deutschen Staatsmänner, insbesondere auf die gestern zitierte Äußerung Herrn von Kühlmanns, der klipp und klar erklärt hat, es gebe kein Friedenshindernis außer Elsaß-Lothringen.** Ich gehe weiter und sage: Wenn man glaubt, daß eine Unklarheit über diese Frage bei der Entente den Krieg verlängert, so verneine ich dies kategorisch. Die Ententemächte müssen sich über den Standpunkt Deutschlands in dieser Frage vollkommen klar sein. **Auch kann die Entente jeden Tag die Probe auf das Exempel machen und dieses Wort des Staatssekretärs zum Ausgangspunkte nehmen und verlangen, daß es in die Tat umgesetzt werde. Dann wird es sich erweisen, wer den Frieden nicht will, ob dies Deutschland oder die Entente ist.** Es ließen sich dafür, daß die westliche Entente für den Frieden nicht reif ist, zahllose Beispiele anführen, die allen Herren bekannt sind. Warum hat dieselbe die Papstnote nicht einmal beantwortet? Predigen die Minister Englands und Frankreichs nicht täglich den Krieg?

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch auf eine Äußerung des Grafen Karolyi reflektieren. Graf Karolyi der uns gestern den Genuß gemacht hat, ihn zu hören, der uns aber heute leider nicht die Freude schenkt, von ihm gehört zu werden, hat, wenn es richtig ist, vor kurzem im „Az Est“ abgedrucktes Interview gegeben, in welchem er seinen Standpunkt in einer Weise niedergelegt, die meine lebhafteste Freude ausgelöst hat, weil er darin meine Auffassung als vollständig richtig anerkennt. Graf Karolyi sagt, aus der Schweiz zurückkommend, seine Eindrücke seien die denkbar schlechtesten. „Meiner Ansicht nach“, fährt er fort, „habe ich die Überzeugung, **daß der Friede noch in weiter Ferne ist und daß die Feinde an einen solchen gar nicht denken. Sie trösten sich, daß es ihnen gelingen werde, mit amerikanischer Hilfe uns niederzuwerfen. Dies wird nach ihrer Ansicht noch jahrelang dauern.** Bedauerlicherweise nahm ich den Eindruck mit, daß wir den Krieg fortsetzen müssen. **Denn wir werden nur um den Preis eines Sieges den Beweis erbringen können, daß unser Land nicht zerstückelt werden kann.** Jedenfalls können wir das letztere bedauern, falls es der Wahrheit entspricht.“

Zwischenruf: Karolyi hat das Interview dementiert!

Minister des Äußern Graf Czernin: Das wußte ich nicht, **es ändert aber nichts an der Wahrheit, daß die Entente den Frieden noch verhindert.**

Der Herr Deleg. Lovaszy hat ferner, wenn ich seinen Ausführungen richtig gefolgt bin, den Wunsch ausgesprochen, ich möge in irgend einer Form **auf Deutschland einwirken, damit es sich in der belgischen Frage klarer äußere**. Schon aus den Ausführungen, die ich gestern zu entwickeln die Ehre hatte, geht hervor, daß ich ihm in diesem Punkte nicht Folge leisten kann, **weil ich auf dem Standpunkte stehe, daß die Ausführungen der deutschen Staatsmänner in diesem Punkte vollkommen klar und unzweideutig sind und weil man trotz des besten Verhältnisses zu einem Verbündeten keine Ratschläge über derartige Fragen geben kann**. Ich möchte die Herren an ein Wort Bismarcks erinnern, von welchem ja Graf Karolyi ganz richtig sagte, daß wir alle sehr viel von ihm lernen können. Bismarck hat einmal, als ihm die Zumutung gestellt wurde, sich an einen befreundeten Staat mit einem Ratschlag zu wenden, im preußischen Abgeordnetenhaus geantwortet: „Ratschläge an fremde Regierungen, was sie zu machen oder zu unterlassen haben, haben immer etwas Mißliches, weil sie sehr leicht zur Reziprozität führen.“

Graf Karolyi hat gestern gesagt, er habe als Ergebnis seiner Schweizer Reise die Überzeugung mitgebracht, daß Amerika es mit dem Kriege sehr ernst meine. Daran hat er meiner Ansicht nach übertrieben pessimistische Konklusionen geknüpft. Ich möchte dem gegenüber betonen: Ich kenne zwar die Herren von der Entente nicht, mit denen er in der Schweiz gesprochen hat, aber ich halte es für wahrscheinlich, daß Mitglieder der Entente, wenn sie mit einem ungarischen Herren zusammenkommen, ihm nicht sagen werden, daß Amerika nicht die Absicht habe, Ernst zu machen, sondern daß diese Herren unter allen Umständen, ob sie es nun glauben oder nicht, so sprechen werden, wie sie es dem Grafen Karolyi gegenüber getan haben. Aber ich gehe weiter. Ich will gar nicht leugnen, daß die Entente zum Teile wirklich glaubt, die amerikanische Hilfe werde in ganz großem Maßstabe geleistet werden, daß sie sich tatsächlich an diese Hoffnung klammert und davon ein Wendung des Krieges erhofft.

Aber ich frage mich, ob die Entente sich nicht irrt. Es ist sehr leicht gesagt, Millionenarmeen von Amerika nach Europa zu werfen. Ob ein solches Projekt aber auch realisierbar ist, werden wir erst sehen. Ich kann mich auf sehr maßgebende Militärs bei uns und unseren Verbündeten berufen, welche eine Hilfeleistung in dem Umfange, wie sie heute von der Entente vorausgesetzt wird, für ausgeschlossen halten. Daß auf amerikanischer Seite die Absicht besteht, ernstlich zu Hilfe zu eilen, leugne ich nicht und ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung immerhin zu verzeichnen. Die Ausführungen Herrn Wilsons, in welchen er die Kriegserklärung an uns, die wir bereits gestern besprochen haben, dem Kongreß empfiehlt, will ich hier nicht im Detail besprechen. Ich frage mich nur, wie es möglich ist, daß ein führender Staatsmann, sei er auch auf der Gegenseite, dieses Maß von Unverständnis für unsere Verhältnisse und für unsere Situation aufbringen und mit derartigen Argumenten die öffentliche Meinung seines Landes irreführen kann.

Der Herr Deleg. Lovaszy hat gestern eine gewisse Verschiedenheit zwischen den Anschauungen der Grafen Tisza und Andrássy einerseits und meiner Wenigkeit andererseits in Bezug auf unser Verhältnis zu Deutschland konstruiert. Er hat, soweit ich folgern konnte, den Standpunkt festgenagelt, daß ich im Verhältnisse zu Deutschland nur so weit gehe, als ich es für die österreichisch-ungarische Monarchie für vorteilhaft halte, während die Grafen Tisza und Andrássy darüber hinausgehen. Ich glaube, daß in diesem Punkte nicht die geringste Differenz zwischen den beiden Herren und mir besteht. Wir alle wollen nur das machen, was wir als im Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie gelegen ansehen. Aber **wir glauben eben, daß eine Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit Deutschland den Interessen der Monarchie entspricht**. (Beifall.)

Der Herr Deleg. Okolicsanyi hat gestern seiner Skepsis bezüglich jener Perspektive Ausdruck gegeben, welche ich für die Zeit nach dem Kriege in meiner Budapester Rede gestreift habe. Er hat in seinen interessanten Ausführungen sehr richtig und klar die Schwierigkeiten beleuchtet, welche einer Abrüstung und der Einführung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gegenüberstehen. Anknüpfend hieran hat der Herr Delegierte der Vermutung Ausdruck verliehen, daß diese Ideen in der Zukunft ebensowenig realisierbar sein würden, wie sie es in der Vergangenheit waren. Wenn ich mir gestatten darf, noch kurz auf dieses Thema zurückzukommen und meinen Gedankengang genau zu präzisieren, so muß ich neuerlich betonen, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß das erhöhte Rüstungsniveau, welches dieser Krieg für die ganze Welt geschaffen hat, in Zukunft bei freier Rüstungskonkurrenz nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Dieser Krieg hat gelehrt, daß in Zukunft mit aus dieser den soundso vielfach erhöhten Rüstungen von früher gerechnet werden muß. Wenn also die freie Rüstungskonkurrenz nach dem Krieg fortbestünde wie vorher, dann müßten sich die Rüstungskosten so phantastisch vermehren, daß ich behaupte, dies sei ein Ding der Unmöglichkeit. Europa müßte eine einzige große Werkstatt für Rüstungen werden. Wir werden also und zwar nicht nur wir, sondern die ganze Welt, aus dieser Impasse einen Ausweg suchen müssen. Ich glaube, daß es reell, ehrlich und vernünftig ist, wenn wir dieser Tendenz mit voller Kraft helfen, zum Durchbruche zu gelangen. Wenn wir uns in

den Dienst dieses Gedanken stellen und dann im gegebenen Moment, und dieser Moment wird kommen, alles beitragen, was möglich ist, um den Ausweg zu finden, dann gehen wir meiner Ansicht nach den richtigen Weg. Wenn ich ein Beispiel gebrauchen darf, so möchte ich sagen: Wenn man mir sagt, es wird Krieg geben, solange die Menschheit dauert, so will ich das gar nicht negieren; aber auch die Krankheit wird bestehen, solange die Menschheit besteht. Daraus den Schluß zu ziehen, daß deshalb die Ärzte überflüssig seien, wäre ein Fehler. Sie können die Krankheiten nicht verschwinden machen, aber sie können sie mildern und den Verlauf derselben abschwächen, sie seltener machen. Auch wir können die zukünftige Kriegsgefahr mildern, wenn sie auch nicht aus der Welt zu schaffen ist. Schon darin wird ein großer Erfolg erblickt werden können.

Der Herr Deleg. Bakonyi hat mir gestern in seinen Ausführungen, die im übrigen sehr wohlwollend waren, vorgehalten, daß ich mich in einem in unserem rumänischen Rotbuch abgedruckten Telegramme einer staatsrechtlichen Unkorrektheit schuldig gemacht habe. Ich vermute, daß es sich um das Telegramm Nr.6 vom 5. August handelt. Dieses Telegramm gibt jedoch eine Bemerkung des Herrn Bratianu mit gegenüber wieder. Es ist in solchen Fällen Brauch, die Aussprüche im Wortlaute zu melden. Im Texte des Rotbuchs fehlen an der betreffenden Stelle nur die Anführungszeichen. An dem mir vorgehaltenen Fehler muß ich mich also unschuldig erklären. Wenn ich übrigens Herrn Bratianu sonst nichts vorzuwerfen hätte als seinen Mangel an Bildung in staatsrechtlichen Dingen, wäre ich ganz zufrieden (Heiterkeit.)

Die verehrten Herren Delegierten Teleszky und Szterenyi haben in äußerst interessanten Darlegungen über unsere wirtschaftliche Zukunft und insbesondere über das wirtschaftliche Verhältnis zwischen uns und Deutschland gesprochen. Der Herr Deleg. Teleszky hat zwei Fragen an mich gerichtet: Er fragt zunächst, welche Verfügungen getroffen wurden, damit bei der Lösung der im Zusammenhange mit den Friedensverhandlungen auftauchenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen den Regierungen der beiden Staaten die Ausübung ihres teils aus staatsrechtlichen, teils aus fachlichen Gesichtspunkten notwendigen Einflusses gesichert werde. Ich kann darauf erwidern, daß die Friedensverhandlungen selbstverständlich unter der im §8 des 1867iger Ausgleichsgesetzes vorgeschriebenen Mitwirkung der beiden Regierungen zu führen sein werden. Den Regierungen steht es frei, sich bei der Ausübung des ihnen zustehenden Einflusses überhaupt und besonders auch in den vom Herrn Delegierten Teleszky erwähnten wirtschaftlichen und finanziellen Fragen auf ihre Fachorgane zu stützen.

Die zweite Frage des Herrn Deleg. Teleszky geht dahin, welche Bürgschaften vorhanden seien, daß im Laufe der Friedensverhandlungen keinerlei Vereinbarungen zustande kommen, welche für das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn über die Dauer des jetzt abzuschließenden Ausgleichsprovisoriums hinausreichenden präjudizierenden Charakter haben können. Mit dieser Frage hat sich auch Herr Deleg. Szterenyi in seinen auch sonst interessanten und bedeutsamen Ausführungen beschäftigt. Vom Standpunkte der Interessen, deren Wahrung mir anvertraut ist, muß gewiß auch ich lebhaft bedauern, daß aus schwerwiegenden sachlichen Gründen ein neuer Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn in endgültiger Form nicht noch vor den Friedensverhandlungen zustande gekommen ist. Die Frage, ob und in welcher Weise diesem Umstand in den mit dem Friedensschlusse zusammenhängenden Fragen Rechnung getragen werden soll, gehört jedoch, wie auch der Herr Deleg. Teleszky betont hat, in die Kompetenz der beiden Regierungen, welche schon auf Grund ihrer verfassungsmäßig vorgesehenen Mitwirkung auf die Friedensverhandlungen stets die Möglichkeit haben, diesbezüglich ihre Wünsche zu äußern.

Eine weitere Anfrage, die der Herr Deleg. Graf Karolyi an mich gerichtet hat, geht dahin, wieso es komme, daß im Expose Spanien an der Stelle ausgelassen sei, wo der neutralen Staaten Erwähnung getan wird. Diese Bemerkung des Grafen Karolyi beruht auf einem offensichtlichen Irrtum oder Mißverständnisse. Im Expose sind nämlich jene neutralen Staaten namentlich aufgezählt, welche humanitäre Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen, Interventionen in Hospitalisierungsfragen, Fürsorge für Invalide u.s.w. geleistet haben. Spanien hat aus naheliegenden Gründen infolge seiner geographischen Lage nichts Derartiges unternommen und auch nichts unternehmen können. Allen Schutzstaaten wurde im Expose kumulativ gedankt, natürlich auch Spanien, dem wir ebenso wie den übrigen Staaten für seine Dienste auf diesem Gebiete zu größtem Dank verpflichtet sind. Graf Karolyi hat aber, ohne diese Antwort abzuwarten, zu meinem Bedauern angeblich in einem Interview, das heute erschienen ist, bemerkt, daß mein Nichtantworten auf seine Anfrage zu dem Schlusse berechtige, die Beziehungen zwischen der Monarchie und Spanien seien getrübt. Ich bedaure diesen voreiligen Schluß, dem ich auf das entschiedenste widerspreche. Unsere Beziehungen zu Spanien sind so ausgezeichnet, als sie überhaupt nur sein können. Es gibt keinen neutralen Staat, zu dem wir bessere Beziehungen unterhalten.

Dies sind, meine Herren, so ziemlich alle Bemerkungen, die ich noch in Kürze vorbringen wollte. Anknüpfend hieran, möchte ich nur noch folgendes konstatieren: Ich habe den für mich ganz ungemein

wertvollen Eindruck erhalten, daß die Majorität der hohen ungarischen Delegation im großen und ganzen meine Politik zu billigen scheint. Ich sage es ganz offen heraus, daß ich den Zusammentritt der Delegationen aus ganzem Herzen ersehnt habe, weil in einer Zeit wie der heutigen ein Minister des Äußern unmöglich die Geschäfte führen kann, wenn er nicht die feste Überzeugung hat, daß die Mehrheit der beiden Delegationen seine Politik stützt und zu stützen bereit ist. Ich habe seit Beginn des Krieges keinen Augenblick daran gezweifelt, daß wir diesen Krieg in ehrenvoller Weise beenden werden, daß es uns gelingen wird, das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben. Ich bin fester denn je davon überzeugt, aber ich bin auf der anderen Seite auch überzeugt, daß wir noch nicht am Ende sind und noch manch schwierige Aufgabe zu bewältigen haben werden, bis wir endlich in den schützenden Hafen einlaufen.

Es ist uns genau bekannt, daß die westliche Entente mit allen Mitteln versuchen wird, die Friedensbestrebungen Rußlands zu durchkreuzen, und ich bin festüberzeugt, daß wir hier noch auf große Schwierigkeiten stoßen werden, die wir eben werden überwinden müssen. Wir wollen, meine Herren, einen sofortigen, wenn möglich allgemeinen Frieden. Wir wollen nicht versuchen, Rußland von seinen bisherigen Alliierten abwendig zu machen. Aber der Weg zu einem allgemeinen Frieden kann wohl nur über Rußland führen, weil Rußland der einzige Staat ist, der friedensgeneigt ist. Die Friedensbedingungen, unter welchen wir heute zu verhandeln bereit sind, sind vollständig bekannt. Es sind die, daß wir weder Annexionen noch Kompensationen fordern, daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß ebenso wie Rußland auch wir das souveräne Recht der Regierung in Anspruch nehmen, unsere internen Angelegenheiten selbständig zu regeln. Wenn Rußland wirklich den Frieden will – und es ist kein Zweifel, daß es ihn will – so ist es in der Lage, seinen Standpunkt der Westentente klar zu machen.

Unsere heutige Lage möchte ich durch ein Bild charakterisieren. Die Monarchie gleicht einem Schiff auf stürmischem Meer. Von Tod und Gefahr umdroht, zieht es seinen Weg. Noch hat es viele Gefahren zu überwinden. Noch schwankt es hin und her im Aufruhr der Elemente. **Aber von dem hohen Mastkorbe des Schiffes sieht man Land.** Alle Mann an Bord sollen es wissen, daß wir noch viel zu kämpfen und auszuhalten haben werden, bis wir in den schützenden Hafen des Friedens werden einlaufen können. Aber erreichen werden wir den ehrenvollen Frieden, wenn nur die eine Parole gilt: Durchhalten!

Die Rede des Minister des Äußern wurde von den Anwesenden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Der Präsident schließt die Debatte.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10394 – Samstag, 08. Dezember 1917 – S.2

Wilson in neutralem Lichte.

Amsterdam, 6. Dezember. „Niewes van den Dag“ schreibt über die Rede Wilsons: Die übertrieben lange Rede Wilsons war eine der heftigsten, die in den letzten Monaten von Staatsmännern der Entente gehalten worden ist. Sie weist mehr Salbung und weniger Leidenschaft aus als die erregten Reden Lloyd Georges, aber sogar Clemenceaus Ausspruch „la guerre est rien que la guerre“ ist genießbarer. Wilson hat vergessen, daß die Autokratie, die jetzt mit dem Schwerte vernichtet werden muß, in Rußland im März noch bestanden hat. Es muß sich ihm doch die Frage aufgedrängt haben, ob es billig war, den uneingeschränkten Unterseebootkrieg zum Ausgangspunkte für die Kriegserklärung an Deutschland zu machen, dessen Regierung auf Wilsons Friedensbedingungen eingegangen war, und dafür der Entente, die sowohl seine Bemühungen als auch das Angebot der Mittelmächte zu Unterhandlungen roh zurückgewiesen hatte, nichts übel zu nehmen, ja ihr in die Karten zu spielen. Auch über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze und die innere Lage Europas dürfte Wilson nicht sehr gut unterrichtet sein.

Man lese nur seine erstaunlichen Worte über das Verhältnis von Wien zu Berlin. Unter diesen Umständen ist es psychologisch erklärbar, daß sich sein Gerechtigkeitsgefühl nicht daran stößt, 53 niederländische Schiffe in New-York festzuhalten, aber entschuldbar ist das nicht. Es ist auch kaum glaublich, daß Wilson im Namen des amerikanischen Volkes spricht. Wenn der Friede einmal im Anzuge ist, wird keine Macht und kein Mensch ihn aufhalten, auch nicht Wilson, der Unversöhnliche.

Zürich, 7. Dezember. Zur Botschaft des Präsidenten Wilson schreiben die „**Neuen Zürcher Nachrichten**“: Die Botschaft Wilsons ist eines der betrübendsten, verheerendsten und bösesten aller bisherigen Kriegsdokument. Schläge wie jene, den die Armee Hötendorfs soeben erteilt hat, und die nunmehrige Ausdehnung der Waffenstillstandsverhandlungen auch auf Rumänien werden dafür sorgen, daß Wilsons bösen Worten die böse Tat kaum noch folgen kann.

Die „**Basler Nationalzeitung**“ schreibt: **Der eigentliche Sinn der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn liegt in dem Wunsche, Italien davon abzuhalten, daß es dem russischen Beispiele folge.**

Lettische Erklärung gegen deutsche Annexionsabsichten.

Der provisorische Rat für Kurland, das lettische Zentralkomitee für Flüchtlingshilfe, die lettisch-nationale Militärunion sowie die Gesellschaft lettischer Künstler und Schriftsteller der öffentlichen, wie wir der „Humanite“ entnehmen, folgenden Aufruf:

Vor Europa und den Verbündeten legen wir mit Entrüstung unseren allerschärfsten Protest ein gegen die Annexion Kurlands durch Deutschland und gegen die Teilung Litauens.

Wir erheben noch einmal unsere Stimme, um unsere **Freiheit gegenüber dem Germanentum** zu fordern. Wir appellieren an die Verbündeten, auf daß sie im Namen der kleinen Völker und als Verteidiger der Menschlichkeit ihre Verwahrung dagegen einlegen.

Wir sind davon überzeugt, daß uns das großmütige Frankreich, der Vorkämpfer der Freiheit, vor dem Germanentum nicht im Stich lassen wird, gegen das wir seit sieben Jahrhunderten unabhängig gekämpft haben, daß das mächtige England die Ansichten einer deutschen Hegemonie an der baltischen Küste nicht dulden wird, und daß das demokratische Amerika der deutschen Autokratie nicht gestatten wird, auf freie Länder ihre Hand zu legen.

Wir bedauern an diesem Aufruf, daß er sich nur an die Gegner Deutschlands, nicht aber an das deutsche Volk selbst richtet, dessen Vertretung in ihrem Beschluß vom 19. Juli jede politische und wirtschaftliche Vergewaltigung abgelehnt hat. Das deutsche Volk gönnt den Letten jede Freiheit, die sie für sich in Anspruch nehmen, und trägt kein Verlangen nach ihrem Land .

Trotzkis Friedensbedingungen.

Trotzki hat in einer Rede über die Unterhandlungen um Waffenstillstand, wie der Kopenhagener „Socialdemokraten“ aus Petersburg vom Mittwoch erfährt, erklärt:

Unsere Delegationen werden eine offene und ehrliche Sprache führen. Sie werden die Deutschen fragen: Sind Sie damit einverstanden, augenblicklich einen Waffenstillstand auf allen Fronten zu schließen? Wenn die Frage bejaht wird, werden wir sie bitten, ihre Verbündeten davon zu unterrichten, damit diese ihre Vertreter senden können.

Unsere zweite Frage wird sein: Beabsichtigen Sie, einen demokratischen Frieden zu schließen?

Wenn wir allein den Waffenstillstand eingehen müssen, werden wir den Deutschen erklären, daß wir es für unzulässig ansehen, daß Truppen von der russischen Front an die andere Front geworfen werden, weil wir einen loyalen Waffenstillstand vorschlagen und nicht wünschen, daß Frankreich und England vermittels des Waffenstillstandes getroffen werden. Wir werden erklären, daß die lettischen und kurländischen Landgebiete selber die Frage über ihren Anschluß an ein anderes Land entscheiden sollen und daß Deutschland sich nach ihrer freien Wahl richten muß.

Graf Czernins Erklärungen.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Graf Czernin hat im Ausschuß der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten kurz hintereinander zwei Erklärungen abgegeben, die die Einigkeit der Mittelmächte mit gleicher Eindeutigkeit und Entschlossenheit für die Frage des Krieges wie des Friedens kundtaten. Er hat diese Erklärungen wenige Tage nach der Botschaft des Präsidenten Wilson mit ihren auf die Lockerung des Zusammenhalts der Mittelmächte abzielenden Tendenzen abgegeben. Gerade dadurch steigerte sich die Wirkung seiner Worte und gewann jene unbedingte Sicherheit, die der Einstellung und Intrige den Weg vertritt, bevor sie überhaupt zur Geltung gekommen sind.

Doch nicht das steht im Untergrunde ihrer Wertung. Vielmehr finden die Auslassungen des Grafen Czernin ihre erste und hauptsächlichste Bedeutung darin, daß sie dem Gefühle treuer Zusammengehörigkeit und Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn neue Verankerung gegeben haben. Wie die kämpfenden Söhne des deutschen Volkes mit den österreichischen und ungarischen Kameraden Schulter an Schulter den Besitz und Bestand Oesterreichs und Ungarns geschützt haben, so werden die Soldaten Oesterreich-Ungarns auch die deutsche Front in ihrem Kampfe zur Verteidigung deutschen Bodens unterstützen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland bilden eben zusammen mit den anderen Mittelmächten aus der Gemeinsamkeit des Schutzes ihrer bedrohten Interessen heraus die Einheitsfront, die jeder Stelle, gegen die die feindlichen Heere noch anrennen, gleiche Sicherung bietet.

Graf Czernin nannte im besonderen Elsaß-Lothringen. „Wenn jemand“, so sagte er, „fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich: Jawohl, wir kämpfen für Elsaß-Lothringen.“ Das deutsche Volk dankt ihm dieses Wort aufs wärmste. Nicht nur weil Elsaß-Lothringen uralter deutscher Besitz ist, sondern weil nichts deutlicher den Verteidigungscharakter unseres Kampfes und die Notwendigkeit zum Durchhalten dartut als die Begehrlichkeit Frankreichs und seiner Verbündeten nach diesem Besitze. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen faßte das vor kurzem in die klare Formel, daß es kein Friedenshindernis gebe, als Elsaß-Lothringen. Und die Klarheit dieser Formel ist es wiederum, die den Mächten der Entente die Ausrede nimmt, als könnten andere Momente noch als ernsthafte Friedenshindernisse in Frage kommen.

Mit besonderem Nachdruck wird gerade das in den Darlegungen des Grafen Czernin betont und so die Linien von der Kriegsschuld zum Friedenshindernis veranschaulicht. Wie jene ihre sachliche Klärung findet in den Petersburger Geheimdokumenten und in dem klaren Bekenntnis der Mittelmächte zu dem Verteidigungskriege, so offenbart sich diese in der Weigerung der Ententemächte, auf ihre Eroberungsabsichten zu verzichten. Sie haben bisher versucht, ihren eigenen Völkern und den Neutralen gegenüber diese Tatsachen dadurch zu verhüllen, daß sie behaupteten, die Mittelmächte ließen es in ihren Kundgebungen an der erforderlichen Klarheit fehlen. Selbst wenn das zutreffen hätte, wäre es gewiß kein Grund gewesen, daß die Ententeregierungen nicht ihrerseits mit der von ihnen selbst angeblich gewünschten Unzweideutigkeit den Verzicht auf Eroberungsabsichten ausgesprochen hätten. Aber es traf nicht zu. Und es ist von besonderer Bedeutung, daß Graf Czernin mit den Worten „wenn man glaubt, daß Unklarheit über diese Frage bei der Entente den Krieg verlängert, so verneine ich das kategorisch“, auch hier die Wahrheit zur Geltung gebracht hat.

Er fügte hinzu, daß die „westliche Entente für den Frieden noch nicht reif sei“, daß sie im Gegenteile „mit allen Mitteln versuchen werde, die Friedensbestrebungen Rußlands zu durchkreuzen“. In der Tat, in nichts offenbart sich die Beharrung der Weststaaten auf ihren Kriegszielen deutlicher als in ihrer Arbeit, das Friedenswerk, wie es durch Rußland eingeleitet ist, zum Scheitern zu bringen. Nur was sie dem Friedensverlangen des russischen Volkes an Verhetzungsmöglichkeiten abgewinnen können, findet bei ihnen entsprechende Auswertung. Nichts offenbart die Unaufrichtigkeit der Schlagworte, hinter denen sie bis vor kurzem noch ihre Eroberungsabsichten verbargen, deutlicher als dieser Krieg gegen den Frieden. Und es ist begreiflich, daß selbst Herr Wilson jetzt auf diese Phrase verzichtet.

Ihr gegenüber führt Graf Czernin die harte Sprache der Entschlossenheit. Sie klingt aber aus in die sicheren Worte der Zuversicht auf den Erfolg, auf den Schutz und die Sicherheit Oesterreich-Ungarns wie der übrigen Mittelmächte. Und es ist ein auf diese Zuversicht aufgebautes Bekenntnis zur Zukunft, das in Deutschland lebhaften und dankbaren Widerhall findet, wenn Graf Czernin die Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verkündet.

Vorwärts – Nr.338 – Montag, 10. Dezember 1917 – S.1

Oesterreich und Elsaß-Lothringen. –

Eine deutschoffizielle Erklärung.

Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**“ beschäftigt sich ausführlich mit der Rede des Grafen Czernin, in der er der Behauptung, die Oesterreicher sollten im Westen für deutsche Eroberungen kämpfen, ein „kategorisches Nein“ entgegensetzte und behandelt sie in herzlich zustimmendem Sinne. Insbesondere schreibt sie:

Graf Czernin nannte im besonderen Elsaß-Lothringen. „Wenn jemand“, so sagte er, „fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich: Jawohl, wir kämpfen für Elsaß-Lothringen.“ Das deutsche Volk dankt ihm dieses Wort aufs wärmste. Nicht nur weil Elsaß-Lothringen uralter deutscher Besitz ist, sondern weil nichts deutlicher den Verteidigungscharakter unseres Kampfes und die Notwendigkeit zum Durchhalten dartut als die Begehrlichkeit Frankreichs und seiner Verbündeten nach diesem Besitze. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen faßte das vor kurzem in die klare Formel, daß es kein Friedenshindernis gebe, als Elsaß-Lothringen. Und die Klarheit dieser Formel ist es wiederum, die den Mächten der Entente die Ausrede nimmt, als könnten andere Momente noch als ernsthafte Friedenshindernisse in Frage kommen.

Diese offiziöse Erklärung bedeutet einen neuen Schritt zur vollständigen Klarheit über die deutschen Kriegsziele. Wenn andere Momente als der Wunsch Frankreichs noch Elsaß-Lothringen als „ernsthafte Friedenshindernisse“ nicht in Frage kommen, so ist damit gesagt, hast die deutsche Regierung friedenshindernde Forderungen nicht erheben oder sie, sobald sie sich als ernstes Friedenshindernis erweisen, fallen lassen will. Wenn die offiziöse Erklärung nicht mehr sagt, so besagt sie wenigstens dies: Wir denken nicht daran, den Frieden an annexionistischen Wünschen scheitern zu lassen.

Wien, 9. Dezember. Die Reise des Ministers des Aeußern Grafen Czernin nach Berlin mußte wegen plötzlichen Unwohlseins des Ministers unterbleiben.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 627 – Montag, 10. Dezember 1917 – S.1

Abgesagt?

Nun ist der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Czernin doch noch nicht nach Berlin gekommen. Sonntag mittag sollte er eintreffen und die Nordd. Allg. Ztg. hatte ihm schon eine Art Begrüßungsartikel gewidmet. Wir bedauern, uns dieser Hymne, die alle demokratischen Blätter aufjauchzen ließ, nicht anschließen zu können. Im Gegenteil, wir möchten noch einmal dringend unsere Frage aus dem Sonnabend-Abendblatt wiederholen, wie die Behauptung des Grafen Czernin, daß es außer Elsaß-Lothringen kein ernstes Friedenshindernis gebe, vereinbar ist mit der bestimmten Zusage Hertlings, daß er keinem Frieden zustimmen würde, der nicht die „bündige Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches und des preußischen Staates“ mit sich brächte. Unsere Erwartung, daß durch ein Wort der Wilhelmstraße endlich für Klarheit und für unbedingtes Vertrauen unseres ganzen Volkes zur politischen Leitung unserer Reichsregierung gesorgt und den Reden des Grafen Czernin widersprochen werden würde, ist nicht entsprochen worden. Die Nordd. Allg. Ztg. sah sich im Gegenteil gemüßigt, ausdrücklich die Worte des Grafen Czernin über das einzige Friedenshindernis Elsaß-Lothringen zu wiederholen und ihnen hinzuzufügen:

„Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen faßte das vor kurzem in die klare Formel, daß es kein Friedenshindernis als Elsaß-Lothringen gebe. Und die Klarheit dieser Formel ist es wiederum, die den Mächten der Entente die Ausrede nimmt, als könnten andere Momente noch als ernsthafte Friedenshindernisse in Frage kommen.“

Man kann sich nicht wundern, wenn **diese erneute Feststellung nicht nur als ein nochmaliges Friedensangebot der Mittelmächte gewertet wird**, und noch weniger darüber, daß der **Vorwärts** noch weitere Schlüsse aus dieser Feststellung des halbamtlichen Blattes zieht und schreibt:

„Diese offizielle Erklärung bedeutet einen Schritt zur vollständigen Klarheit über die deutschen Kriegsziele. Wenn andere Momente als der Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen als „ernsthafte Friedenshindernisse“ nicht in Frage kommen, so ist damit gesagt, daß die deutsche Regierung friedenshindernde Forderungen nicht erheben oder sie, sobald sie sich als ernstes Friedenshindernis erweisen,

fallen lassen will. **Wenn die offiziöse Erklärung nicht mehr sagt, so besagt sie wenigstens dies: Wir denken nicht daran, den Frieden an annexionistischen Wünschen scheitern zu lassen.“**

So sehr wir bedauern würden, wenn Graf Czernin, dessen Reise nach Berlin, wie es heißt, wegen plötzlichen Unwohlseins unterblieb, ernsthaft erkrankt sein sollte, so wenig vermögen wir sein vorläufiges Fernbleiben zu bedauern, zumal, wenn seine diesmalige Reise irgendwie im Zusammenhang mit der weiteren Lösung der polnischen Frage oder gar mit der Festlegung unserer Friedensbedingungen für Verhandlungen mit unseren Gegnern gestanden haben sollte. Wir erinnern uns, daß erst Ende der Woche Hindenburg und Ludendorff in Berlin waren, um mit dem Grafen Hertling wichtige Fragen zu besprechen. Kurz nach ihrer Abreise ist dann Graf Czernin plötzlich nicht in der Lage gewesen, nach Berlin abzureisen.

Für uns bedeutet das im Augenblick, daß die Reichsregierung offenbar Zeit gewinnt, um sich darüber klar zu werden, ob sie die Grundlagen etwaiger weiterer Besprechungen mit dem Grafen Czernin nach den Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung aufrecht erhalten kann oder nicht unwesentlich ändern muß. Die Zusicherung des Grafen Hertling für bündige Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches sorgen zu wollen, hat, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, **die Erhaltung unseres militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eingreifens in Belgien zur unbedingten Voraussetzung**. Es wäre aber nötig, daß von der Reichsleitung darüber kein Zweifel gelassen würde, daß sowohl die Schlußfolgerungen des Vorwärts, wie die letzten, vielleicht irrtümlicherweise für halbamtlich gehaltenen Erklärungen der Nordd. Allg. Ztg. nicht in Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Reichsregierung stehen.

In diesem Zusammenhang möchten wir gleichzeitig dem Wunsch Ausdruck geben, daß die neue Reichsleitung doch ja nichts versäumen möchte, was geeignet wäre, um Vertrauen in unserem Volk zu werben. Gerade die besten Kreise unseres Volkes werden das unbehagliche Gefühl nicht los, **daß hinter den Kulissen Verhandlungen geführt werden, die uns und die Heeresleitung um alle günstigen Folgen unserer Siege und militärischen Erfolge bringen würden**. Man weiß, daß der flaumacherische Geist Bethmann Hollwegs auch heute noch im Auswärtigen Amt, in der Umgebung des Kanzlers und des Kaisers umgeht und bemüht ist, den Einfluß der Obersten Heeresleitung, die allein sich des vollsten Vertrauens unseres ganzen Volkes erfreut, zu verkümmern oder ganz auszuschalten. Weiß das deutsche Volk seine Gegenwart bei Hindenburg und Ludendorff in guten Händen, so würde Zweifel an seinem Mark nagen, sobald diese beiden Führer unseres Volkes nur als militärische Ratgeber befragt, aber um ihre Führerschaft in eine bessere Zukunft gebracht werden sollten.

Gerade die letzten Reden des Grafen Czernin mit ihrem Hinweis auf gleichen Anschauungen des Staatssekretärs von Kühlmann und der Deutschen Reichsregierung, waren aber geeignet, solche Zweifel anzuregen und zu verstärken. Es ist daher kein Augenblick zu zögern, volle Klarheit zu schaffen. Ohne das Vertrauen der vaterländisch gesinnten Kreise müßte die Mission des Grafen Czernin notwendig scheitern; es wäre bedauerlich, wenn eine neue Kanzlerkrise im Verein mit dem Vorgehen der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage von neuem den Eindruck aufkommen ließe, als ob das deutsche Volk nicht einmütig und geschlossen hinter einer Regierung stände, die weiß, was sie will und sich nur von den Interessen des Deutschen Reiches bei allen ihren Handlungen leiten läßt. Im Augenblick besteht dieses Vertrauen noch nicht.

R.Fr.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 630 – Montag, 10. Dezember 1917 – S.2

Ententegeld an Kerenski.

Petersburg, 7. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen Agentur) Die Zeitung des linken Flügels der revolutionären Sozialisten „Smanja Truda“ hat von dem ehemaligen Sekretär der Breschko Breschkowsky, Wladimir Nakrelof einen Brief erhalten. In diesem Brief erklärt Nakrelof, daß Breschko Breschkowsky aus amerikanischen Kreisen zwei Millionen Rubel erhalten habe, um sozialpatriotische Ideen unter Mitwirkung des persönlichen Sekretärs Kerenskis Soskisse zu verbreiten. Soskisse sei auch der Vermittler zwischen Kerenski und den Engländern gewesen. Die Zeitung bemerkt hierzu: Das sind die Leute, welche soviel Geschrei gemacht haben **von angeblichen aus Deutschland stammenden Geldsummen, die der Stimmungsmache für die Bolschewiki dienen sollten**.

Der linke Flügel der revolutionären Sozialisten, der von Komkew geführt wird, steht im Gegensatz zu dem rechten Flügel, der die Politik Kerenskis vertrat, ganz und gar auf dem Boden der Bolschewiki. Das amerikanische Geld war natürlich für den rechten Flügel und die Verbreitung seiner Politik bestimmt.

Neue Geheimakten.

Stockholm, 8. Dezember. Heute gelangte die Petersburger „Isvestija“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, vom 27. November an. Der Leitartikel der vorliegenden Nummer behandelt die Erklärungen des französischen und des amerikanischen Militärattachés an General Duchonin, die von der „Isvestija“ wie folgt wiedergegeben werden:

General Tscherbatschew (der kommandierende General an der russisch-rumänischen Front) an General Duchonin:

Der Chef der französischen Militärmission, General Berthelet, hat mir nachstehende schriftliche Erklärung übergeben:

„In dem Bericht des russischen Hauptquartiers vom 21. November wird nichts gesagt über die Lage an der Front, statt dessen aber ein Befehl des Rats der Volkskommissare wiedergegeben, welcher dem Höchstkommmandierenden vorschlägt, mit den Kommandobehörden des Gegners Unterhandlungen über sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu beginnen und zu Friedensverhandlungen zu schreiten. Ich ersuche Sie, dem russischen Oberkommando, dem Sie zugeteilt sind, zu erklären, entschieden jegliche verbrecherische Verhandlungen ablehnen und die russische Armee an der Front gegen den gemeinsamen Feind festhalten wird. Ferner hat Frankreich, welches sich mit Rußland durch die früheren militärischen Abkommen gebunden trachtet, bereits erklärt und erklärt aufs neue bestimmt, daß es in Rußland keine Macht anerkennt, die imstande wäre, mit dem Gegner ein Uebereinkommen zu treffen.“

Tscherbatschew 2./12, 1917 an den Generalstabschef, Petrograd.

„Ew. Excellenz! Mein Augenmerk ist auf nachstehende aus den Vereinigten Staaten kommende Meldung der Presse gelenkt worden:

Die amerikanische Regierung erklärte, daß keinerlei Transporte von Kriegsmaterial oder Lebensmitteln nach Rußland abgefertigt werden würden, solange sich nicht die Lage im Lande geklärt hat. Die Regierung wünscht vor der Erlaubniserteilung für den Abtransport amerikanischer Produkte zu wissen, in wessen Hände sie in Rußland fallen werden. Die Ausfuhr nach Rußland wird erst nach Formierung einer festen Regierungsgewalt, welche von den Vereinigten Staaten anerkannt werden kann, wieder aufgenommen werden. Falls aber die Bolschewiki am Ruder bleiben und ihr Programm des Friedensschlusses mit Deutschland durchführen sollten, so bleibt das augenblickliche Ausfuhrverbot nach Rußland in Kraft. Die Kredite an die provisorische Regierung in Rußland erreichen augenblicklich 425 Millionen Dollar, wovon 191 Millionen bereits angewiesen sind, und ein großer Teil dieser Summe ist für den Ankauf von Vorräten verausgabt, welche bereits absendungsfähig sind. Die von Amerika für den Transport dieser Frachten bestimmten Schiffe sind fahrbereit. Sie werden aber nicht die Erlaubnis erhalten, die Häfen zu verlassen, und es wird ihnen die Kohle verweigert werden.“

Die „Isvestija“ übt an diesen beiden Dokumenten scharfe Kritik: „Sollte man nicht annehmen, daß sich Herr Clemenceau einbildet, es werde ihm gelingen, dem russischen Volke sein Programm aufzuzwingen?“ Die nordamerikanische Plutokratie sei anscheinend einverstanden, Rußland nur gegen die Häupter russischer Soldaten Lokomotiven zu geben. „Wir halten dieses Äquivalent für zu hoch. Ihr Herren Diplomaten, darin liegt ja gerade der Sinn der Revolution vom 25. Oktober! Das russische Volk ist nicht einverstanden, freundschaftlich, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu seinen jetzigen Verbündeten solange mit seinem Blut zu erkaufen, bis es dem Herrn Clemenceau oder den New Yorker Königen der Rüstungsindustrie genehm sein wird. In der Politik muß man mit Tatsachen rechnen, ob sie angenehm sind oder nicht; die Macht der Sowjets bedarf nicht der Anerkennung des Herrn Clemenceau. Wir gehen zum Frieden auch über alle Hindernisse hinweg.“

Die Antwort Rußlands.

Wien, 10. Dezember. Mit jenem klaren Zielbewußtsein und mit jener vor Konsequenz zurückschreckenden Energie, die sämtliche Maßnahmen wie die ganze Politik der maximalistischen Regierung bisher gekennzeichnet haben, schicken sich die neuen Petersburger Machthaber nun an, einen neuen gegen jene Mächte zu führen, die ihr in der Ausführung ihres Programms hindernd in den Weg treten. Trotzdem die Maximalisten gezeigt haben, daß sie es mit den Waffenstillstandsverhandlungen und auch mit dem Friedensgedanken vollkommen ernst meinen, halten die Diplomaten der Vierverbandsmächte dennoch an der Hoffnung fest, daß es ihnen gelingen könnte, diesen Bemühungen Hindernisse in den Weg zu legen und sie schließlich ganz hinfällig zu machen.

In Paris, London und Washington hat ein Intrigenspiel eingesetzt. Der neue französische Ministerpräsident Herr Clemenceau verfolgt die radikalste Kriegspolitik, ja seine Berufung selbst ist das letzte und größte Atout der Pariser Kriegshetzer. Herr Wilson hat eine neue Kriegsbotschaft ergehen lassen und über die Köpfe der Kongreßmitglieder hinweg in Wirklichkeit mit den Russen gesprochen und ihnen wieder einmal einreden wollen, daß er für die Ideale der Menschheit und für den Sieg der wahren Demokratie kämpfe. Er hat seine neue Kriegspolitik auch praktisch betätigt, indem er an die österreichisch-ungarische Monarchie den Krieg erklärt hat. Und nachdem dieser Vorkämpfer des Kapitalismus und Imperialismus sich ausgetobt, kommt in London Sir Carson zu Worte, der seine Rede mit folgendem Appell einleitete: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Frieden reden? Alles, was ich heute sagen kann, ist, daß dieser Friede ebenso verderblich wie irreführend ist.“

Die russische Regierung trägt sich, wie es scheint, mit der Absicht, auf alle diese Manöver und Einschüchterungsversuche mit der Annullierung sämtlicher ausländischen Anleihen und der Einstellung der Zinsenzahlungen für diese Anleihen zu replizieren. Die ganze unerschrockene, Rücksichtslosigkeit des neuen Regimes kommt in einem Wörtchen zum Ausdruck, indem der Vertreter des „Daily Telegraph“ die so hochbedeutsame Meldung nach London drahtet: „Summarisch“ sei diese Annullierung erfolgt. Inzwischen ist die in dieser Form gebrachte Nachricht von der Petersburger Telegraphen-Agentur dementiert worden. Die Agentur stellt nämlich fest, ein derartiges Dekret sei nicht erlassen, es handle sich lediglich um einen Artikel des Bolschewiki-Organs „Prawda“. Das Dementi klingt freilich für die Besitzer der russischen Werte in Frankreich und England nicht sehr beruhigend, denn jedenfalls scheint man in Rußland den Gedanken der Annullierung der Anleihen sehr ernst zu erwägen. Es wäre dies der zweite Streich, den Rußland gegen die Entente führt, nach dem ersten, dem Friedensangebot an alle Kriegführenden. In der Tatsache, daß die russische Regierung es wagt, zu diesen Mitteln zu greifen, kommt so recht deutlich der ganze Umschlag zum Ausdruck, der sich in Rußland selbst wie in dem Verhältnis des Landes zu den Weltmächten vollzogen hat. Denn früher einmal waren es gerade die finanziellen Bande, die das Land am schwersten an die West-Entente ketteten. Es handelt sich hier für Rußland um eine finanzielle wie um eine politische Waffe. Schon die bloße Andeutung, daß die neue Regierung nicht zögerte, zu diesem Mittel zu greifen, hatte auf dem Versailler Kriegsrat große Bestürzung hervorgerufen, und namentlich auf die französischen Kreise hatte sie besonders deprimierend gewirkt. Denn das stärkste Bindeglied zwischen dem republikanischen Frankreich und dem zaristischen Rußland waren die Milliarden gewesen, die die Kriegshetzer der Republik zur Besoldung der russischen Millionen-Armeen zur Verfügung stellten, und andererseits die ungeheuren Zinsen, die das russische Volk dem kleinen Rentner Frankreich abliefern mußte.

Der Bruch mit dem Zarismus ist schon erfolgt, die russische Demokratie empörte, sich gegen die französische Republik. Nun erfolgt auch die finanzielle Empörung. Es ist im Augenblick noch gar nicht abzusehen, ob es Lenin mehr um eine Drohung geht als um ein dauerndes Programm. Und in den Finanzkreisen der Entente hält man noch immer an der Hoffnung fest. Aber die geringste Vermutung ist wohl die, daß Lenin zur Verwirklichung seiner politischen Absichten zu jener Maßnahme als zu einem Pressionsmittel greift und daß er sich keinen Augenblick bedenken wird, die Waffe voll und ganz auszunützen, wenn er mit der bloßen Pression seinen Zweck nicht erreichen kann. Wenn daher Herr Carson meint, er sehe kein mögliches Ende dieses Krieges ohne die Erreichung der englischen Ziele, so irrt er. Uns aber ist es eine besondere Befriedigung, daß die Entente jetzt eine wirtschaftliche Drohung zu fühlen bekommt. Sie, die die Zentralmächte wirtschaftlich erdrücken wollte, zittert nun nicht nur vor dem U-Boot-Krieg, sondern auch vor den Schrecken des russischen Staatsbankrotts.

An die Völker denken.

Auf der rumänischen Front ist der Waffenstillstand abgeschlossen. Er umfaßt die russische und die rumänische Armee, und wenn auch nicht mitgeteilt wird, für welche Zeit der vereinbarte Stillstand der Kämpfe gilt, so darf man dennoch mit größter Zuversicht annehmen, daß die Kämpfe, die hier zum Ruhen gebracht werden, nie mehr aufleben werden. Nach vierzig Monaten des furchtbaren Mordens weicht wenigstens an einem Punkte der Kriegszustand dem Waffenstillstand. Im Vergleich zu der fürchterlichen Ausdehnung des Krieges scheint die Front, an der das Morden nun aufhört, nicht groß. Aber als Ereignis, das der Kriegsmüdigkeit der Welt, dem Friedensbedürfnis der Menschheit Ausdruck gibt, ist der abgeschlossene Waffenstillstand eine ebenso bedeutsame Tatsache, wie sie die erste Kriegserklärung war. Die erste riß die Menschheit in das entsetzliche Verhängnis des Weltkrieges; möge der erste Waffenstillstand zu der Kraft werden, die sie aus dem Weltkrieg hinausführt.

Wie der Krieg eine Einheit ist, so auch der Friede: es wird sich bald offenbaren, daß mit einem Waffenstillstand, mit einem Frieden der Krieg in seiner ganzen unübersehbaren Größe entwurzelt wird. Deshalb ist es das wahre Gebot der Stunde für die verantwortlichen Menschen, die Gedanken, die Kräfte und die Unternehmungen auf die Erringung des allgemeinen Friedens zu konzentrieren und alle Pläne zu unterdrücken, die darauf gerichtet sein mögen, den Krieg, nachdem es gelungen sein wird, ihn auf einem Punkte zu beendigen, auf anderen Punkten zu steigern; damit könnte sogar der zu erwartende Friede an einem Punkte noch gefährdet werden; und daß man zu dem allgemeinen Frieden gelangen kann, indem man denjenigen, die in ihrer Verstocktheit verharren, mit dem schlechteren Frieden droht, den sie dann hinnehmen müßten, ist ganz unwahrscheinlich.

Der Gedankengang bei diesen Drohungen oder Verwarnungen wird wohl der sein, daß den Gegnern, die jetzt nicht Frieden schließen wollen, zum Bewußtsein gebracht wird, daß sie dann, wenn Rußland aus der Reihe der Gegner der Mittelmächte ausgeschieden ist, militärisch auf den Sieg noch weniger rechnen können als jetzt, vielmehr die Niederlage ihnen gewiß sei, eine Niederlage solcher Art, daß sie dann um den Frieden, den sie jetzt verschmähen, selbst bitten müssen würden; dann werden sie aber die Mittelmächte zu dem Verständigungsfrieden, zu dem Frieden ohne Eroberungen und Kontributionen nicht mehr geneigt finden. Anscheinend ein logischer Gedanke: man vermeint, die Gegner in Angst versetzen und durch Furcht sie gefügig machen zu können. Aber doch ein ganz falscher Gedanke! Denn der wahre Grund, aus dem die Gegner in ihrem verbissenen Kriegswillen verharren, der sie dazu führt, die Friedensvorschläge abzulehnen, ist der, daß sie die Empfindung haben, der Kriegsverlauf habe ihr militärisches und politisches Ansehen so herabgemindert, daß sie, wenn sie nun Frieden schließen, den weltgeschichtlichen Schauplatz als Gedemütigte verlassen würden.

Sie werden nicht gerade die Besorgnis haben, daß ihnen jetzt allzu harte Bedingungen auferlegt werden könnten; davor schützt sie schon die Tatsache, daß alle Staaten, auch ihre Gegner, den Frieden wünschen und suchen und keiner von ihnen imstande wäre, wegen Eroberungen den Krieg fortzusetzen; dazu reicht die Langmut der Völker nicht. Und daß sie ernstlich meinten, von ihren einstigen phantastischen Plänen das geringste verwirklichen zu können, ist einfach ausgeschlossen; das zu glauben stellen sich nur die heimischen Imperialisten an, denen die erhitzten Kriegsreden der Lloyd-George und Clemenceau das Mittel sind, die Kriegslust im eigenen Lande aufzupeitschen. Der einzige Grund des Widerstandes gegen den Frieden, den die Mittelmächte in Aussicht stellen, ist das Gefühl, daß der große Kriegsbund gegen die Mittelmächte wirkungslos geblieben ist, daß die Ansammlung so vieler Gegner den Sieg nicht errungen, kaum die zweifellose Niederlage verhindert hat.

Aber weil es so ist und weil die Ueberleitung des Kriegstrotzes in die Friedensbereitschaft ein psychologischer Prozeß ist, deshalb ist die Hoffnung, mit Drohungen hier ans Ziel zu kommen eitel, und die Verwarnungen, daß es den Gegnern, wenn sie jetzt nicht einlenken, danach erst recht schlecht ergehen werde, sind das ungeeignetste Mittel, um den Prozeß der Selbstbesinnung bei den Gegnern zu beschleunigen. Das kann nur geschehen, wenn wir die Völker für den Frieden gewinnen; aber um das zu erzielen, dürfen wir keinen Augenblick vergessen, daß drüben auch freie, hochgemute Völker wohnen, mit einem ebenso starken Gefühl für Ehre und Würde ausgezeichnet, also nicht geneigt, sich durch die Drohung, daß sie später in die Gewalt der Gegner geraten könnten, gefügig machen zu lassen. **Wir müssen die Gefühle der Völker gegen ihre Regierungen mobilisieren;** aber das wird nicht erreicht, wenn wir schelten und drohen; dadurch werden diese

Völker an ihre friedensfeindlichen Regierungen erst recht gekettet. Der Verständigungsfriede, den wir anstreben, schließt Drohungen aus.

Und dann sollte man die magyarischen Oligarchen zügeln, die sich einbilden, daß die Völker des Balkans von ihnen ebenso behandelt werden könnten wie ihre heimischen Völker, und den Schein nicht aufkommen lassen, als ob die Vergewaltigungsgelüste der Herren Tisza und Andrassy dem Frieden ohne Annexionen, den die österreichisch-ungarische Politik als ihr Ziel aufgenommen hat, Abbruch tun dürften. Der Verständigungsfriede kann die Grundlage eines allgemeinen Friedens werden; aber jedes Anzeichen von Gewalt oder Unterdrückung führt uns von ihm hinweg.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 629 – Dienstag, 11. Dezember 1917 – S.1

Die Folgen der Ablehnung des deutschen Friedensangebots für unsere Feinde. –

von Geheimrat Prof. Dr. Joseph Kohler, Berlin.

Am 12. Dezember jährt sich das deutsche Friedensangebot, das bestimmt sein sollte, dem Weltkrieg ein Ende zu bereiten in einer Weise, daß alle redlichen Bestrebungen der Völker zur vollkommenen Lösung gelangten; allerdings nicht im Sinne jener Annexionspolitik, welche von England und Frankreich angezettelt, in Rußland einen so fruchtbaren Boden fand und schließlich durch Gekrächz des kleinen Italiens noch eine besonders unharmonische Gestaltung annahm, die allerdings eine gewissen Komik nicht entbehrte.

Gerade jetzt sind es die Veröffentlichungen der russischen Regierung, die uns ein Bild geben von der bodenlosen Ränkepolitik Englands, das sich in Belgien festsetzen, Frankreich als seinen Vasallenstaate behandeln, die reichen linksrheinischen Länder Deutschlands in seine Gewalt bekommen wollte, um dann, nach der Zersplitterung der Türkei, von Konstantinopel durch Syrien, Arabien, Persien hindurch den Anschluß an Indien zu gewinnen. Mit einem großen Gürtel, der die West- und Ostlande verbindet, wollte es die Welt beherrschen; auch Afrika vom Kap der guten Hoffnung bis hinunter nach Kairo, auch das Gebiet von Indien über Ostasien hinweg, von Australien bis in den Stillen Ozean hinein sollte ihm untertänig sein, und Japan, China und die Vereinigten Staaten sollten seine dienenden Vasallen werden – so sollte ein englisches Weltreich entstehen, gegen welches das römische Reich nur ein Zwergstaat war.

Was sollte dann aus Deutschland werden? Ein Staat zweiter und dritter Ordnung, zerfetzt, zerstückelt, in Atome zerschlagen! Oesterreich sollte in seine Bestandteile aufgelöst, die Türkei aufgeteilt und das Kalifat ein Kalifat von Englands Gnaden werden! Rußland allerdings konnte man nicht gerade beiseite werfen; ihm wurde Konstantinopel zugesichert, aber England suchte sich an den Dardanellen festzusetzen, um hier Rußland ein ständiges Schach zu bieten, und was von Persien den Russen verbleiben sollte, das war nur ein Notgebiet, ein dem Höllenhund zugeworfener Bissen, um ihn zu beruhigen. Auch nach der hispanischen Halbinsel sollte sich die Macht Englands erstrecken, denn Portugal war sowieso nichts als ein Scheinstaat unter Englands Fittig, und mit Spanien selbst glaubte man in der einen oder anderen Weise fertig zu werden, nachdem man ihm bereits Gibraltar an die Ferse gebunden. Noch blieb das staatlich und kolonial minderwertige Frankreich: es sollte ein Vasall werden, dem England den Fuß in den Nacken setzte.

Von diesen überspannten Ideen völlig erfüllt, **hat England unser Friedensangebot in einer Weise beantwortet, die man nur als Spott und Hohn bezeichnen konnte; denn gerade diese Erniedrigung Deutschlands war es, auf die man als Friedensbedingung abzielte: Deutschland sollte nicht etwa bloß im Osten und Westen verstümmelt, es sollte in seinem Innern geknickt werden: das Reich der Hohenzollern, ja das ganze monarchische System sollte in Trümmer gehen und die deutschen Lande zu der Ohnmacht verurteilt werden, in der sie in den Rheinbundtagen, ja noch mehr, in der sie zu der Zeit waren, als der Stern Friedrich des Großen zu leuchten begann.**

Alles dies ist durchsichtig und klargelegt. In den Geheimverträgen und den begleitenden Noten hat England, hat Rußland gesprochen – Gespräche, die unbelauscht sein sollten und die nun doch belauscht werden. Ehrliche Friedensbestrebungen hatten unsere Gegner nicht; um ihre Annexionspläne noch mit einem Schein von Ethik zu verklären, wurde Deutschland, dieses arbeitsame, ideenerfüllte, erfindungsreiche und friedfertige Deutschland, mit einer Flut von Schmähungen übergossen und seine Erniedrigung als eine Pflicht jener Völker betrachtet, die sich in den Mantel der Demokratie hüllten, in der Tat aber dem größten Zarismus huldigten.

So war die Sachlage, als das Jahr 1917 anbrach. Welche Schicksale uns dieses Jahr brachte, eines der ereignisvollsten des Krieges, konnte damals noch keine Prophetie ahnen. Allerdings hatten wir unsere feste Position, obgleich Lloyd George höhnte, daß wir ja überall in die Defensive gedrängt wären; allerdings hatten wir unseren U-Bootkrieg, der nunmehr mit ungeheurer Kraft einsetzte und in der Zeit vom 1. Februar an bis

jetzt über 7 Millionen Tonnen feindlicher Schiffe vernichtet hat. Daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, konnte an unserer günstigen Lage wenig ändern. Bis sie eine maßgebende Anzahl Streitkräfte nach Europa werfen können, hat es noch seine guten Wege; die Unterstützung aber, welche sie unter flagrantem Neutralitätsbruch unseren Feinden gewährten, indem sie das ganze Land in eine Waffenfabrik verwandelten, konnte nicht schlimmer werden; vielmehr muß das Land Wilsons sich jetzt einigermaßen mit seinen Lieferungen zurückhalten, um die eigenen Streitkräfte, die es auf die Beine bringen will, auszurüsten.

Nun aber brach ein Ereignis hervor, das alles bisherige umwarf, nämlich die russische Revolution. Inwieweit hierbei englischer Einfluß maßgebend war, kann dahingestellt bleiben; jedenfalls haben sich die Engländer, Buchanan und Kompagnie, gründlich verrechnet, wenn sie glaubten, damit Rußland in ihre Gewalt zu bekommen. Sie haben sich so gründlich getäuscht, daß man sich über ihre Torheit wundern muß; denn wenn ein Staat in der Revolution gestürzt wird, so ist das Ende nicht abzusehen: Welle auf Welle überstürzt sich ein Untergang, zieht den andern herbei, alle geordneten Verhältnisse werden zerrüttet, und mit einer regelmäßigen folgerechten Kriegführung ist es zu Ende.

Man hat sich immer auf die Taten der französischen Revolution bezogen, hat aber dabei übersehen, daß diese französische Revolution durch die Monopolherrschaft von Paris stets zentralisiert war. Eine solche Zentralisierung fehlt aber in Rußland bei der ungeheuren Verschiedenheit der Völker und Stämme. Dazu kommt das Unsichere, Unlogische des slawischen Charakters, die außerordentliche Sprunghaftigkeit des russischen Wesens und der ungeheure Radikalismus, dem der russische Geist stets zugeneigt ist. Dazu kommt ferner, daß das mit einer gewissen Logik aufgebaute Uebermaß der demokratischen Ideen zu Ausläufern führte, zu denen die französische Revolution nicht gelangt war; denn auch das Heer demokratisierte sich. Hier beißt sich die Schlange der Demokratie in den eigenen Schwanz, sie vernichtet sich selbst und wühlt im eigenen Fleisch.

Alles dies konnte jeder voraussehen, der den russischen Charakter versteht, und man konnte zwar denken, daß sich zeitweise eine gewisse Diktatur erheben könne, die noch einmal die Kräfte zusammenrafft, aber sicher war es für jeden Kenner, daß die Stärke Rußlands erlahmt war und das Ganze in einer Weise auseinanderfiel, daß es sich nur allmählich notdürftig wieder aufrichten konnte. Noch einmal unter Kerenski, hat sich dieses Rußland zu einer Offensive aufgeschwungen, sich noch einmal unter ungeheuren Opfern auf uns geworfen, aber es war vergebens. Nicht nur, daß seine Heere zurückgeschlagen wurden, sondern das ganze Gebiet in Galizien und in der Bukowina, welches der gefährliche Brussilowsche Angriff überwältigt hatte, ging verloren. Riga wurde erobert, Jakobstadt fiel, und mit der Einnahme der Insel Oesel wurde die Ostsee gesperrt und die russische Flotte außer Kraft gesetzt.

Ende Oktober aber begann unser Meisterzug, der Einfall in Italien und das Niederringen der italienischen Macht. Namenlos waren die Verluste der großsprecherischen, mit komischer Grandezza sich gebärdenden, in wohlfeiler Straßenpolitik großgezogenen Italiener; namenloses Unheil brach über ihr Land herein, und die Zahl der Flüchtigen, die Italien überschwemmt, ist unermeßlich.

Wieder lichteten sich die Wolken. Im November folgte die Niederwerfung der Kerenski-Regierung, der Sieg der Bolschewiki und damit die Lostrennung Rußlands von der Entente, eine Absage so sicher und gründlich, wie man es kaum je erwartet hatte; es folgte die Veröffentlichung der Geheimverträge: sie war das Signal selbständigen Handelns, und das Friedensangebot leitete eine neue Zeit ein.

So hat sich die Sache im Laufe des Jahres 1917 gestaltet, Rußland ist militärisch ausgeschaltet, Italien liegt danieder, ebenso wie Rumänien und Serbien, und unsere Westfront bleibt trotz aller furchtbaren Anstrengungen der Engländer und Franzosen, die allein noch in Betracht kommen, unerschüttert. Die Engländer wissen, daß das Wasser höher und höher wächst und sie zu verschlingen droht; durch wahnsinnige Angriffe wollen sie ohne Rücksicht auf Sommer- und Winterzeit sich einen Durchbruch erzwingen. Die Folge ist: Hekatomben werden geopfert, die Blüte Englands und Frankreichs liegt begraben, Tausende von Ortschaften hat die Erde verschlungen, und das französische Kampfgebiet ist in einen Trümmerhaufen verwandelt, wo man noch nach Jahrzehnten ein Kreuz aufpflanzen wird mit der Aufschrift: Dieser gesegnete Boden ist Wüstenland geworden für immer.

So ist Hochmut vor dem Fall gekommen, und die Ablehnung unseres Friedensangebotes hat unsere Feinde in einer Weise geknickt, daß wir ihnen übermächtig gegenüberstehen. Wann der Krieg ausgeht, ist noch nicht abzusehen; aber wir dürfen gewiß sein, daß er mit einer endgültigen Bezwingung unserer Feinde und einem die deutsche Zukunft sicherstellenden Frieden schließen wird.

Eine Erklärung des Grafen Andrassy

Budapest, 11. Dezember. Ein Teil der ungarischen Presse hatte in den letzten Tagen den Grafen Andrassy wegen seiner Aeußerungen in der Delegation heftig angegriffen. Er wurde fast allgemein annexionistischer Bestrebungen beschuldigt. Graf Andrassy legt jetzt als Erwiderung auf diese Verdächtigungen seine Auffassung über die Friedensfrage in einer Erklärung dar. Es heißt darin u.a.:

Die Stimme des Terrors macht auf mich keinen Eindruck. Niemand soll sich wegen mir und meiner Auffassung vom Frieden beängstigen. **Eher können diejenigen dem Frieden schaden, deren Treibereien im Auslande den Eindruck erwecken müssen, als sei das Land in völliger Auflösung begriffen, oder es tobe hier bereits ein großer Kampf, der unsere Aktionsfreiheit nach außen hin beeinträchtige. Durch solche Treibereien könne der Eindruck entstehen, als sei auch in Ungarn eine Bolschewiki Aera eingetreten.**

Was die Lage jetzt in Rußland betrifft, so werden seine jetzigen Machthaber nicht nur aus prinzipiellen Gründen Frieden schließen; sie wurden vor allen Dingen dazu gezwungen. Schon Kerenski fühlte den Druck der öffentlichen Meinung, aber er konnte sich nicht entschließen, aus diesem Gefühl die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Das russische Volk wünscht unbedingt den sofortigen Frieden. Rußland mußte es einsehen, daß diese Armee nicht weiter kämpfen konnte. Es wäre ein großer politischer Fehler, diese Situation zu mißbrauchen und mit Hilfe der Notlage Rußlands einen Frieden zu erzwingen, der für das Russenvolk erniedrigend wäre. Es wäre aber ein ebensolcher Fehler, wenn wir die Verteidigung unserer Grenzen versäumen und die Sicherung unserer Interessen vernachlässigen würden. Es wäre bedenklich, schon im Voraus die Möglichkeit auszuschließen, daß wir, wenn wir in Zukunft abermals gezwungen sein sollten, einen Verteidigungskampf zu führen, daß wir dann unsere Verteidigung nicht aus einer besseren Position als in diesem Krieg ins Werk setzten könnten.

Rußland nicht zugezogen.

„Iswestija“, das Organ der Maximalisten-Regierung, veröffentlicht in der Nummer vom 27.11. folgendes Geheimtelegramm des russischen Militärbevollmächtigten General Sankewitsch an den russischen Kriegsminister.

Ich halte es für notwendig, Sie über folgendes zu unterrichten. Seit dem Beginn unserer Revolution hat sich das Verhalten Frankreichs uns gegenüber wesentlich verändert, weil die vorübergehende Schwächung unserer militärischen Macht unsere Verbündeten zwang, die Hauptlast der Operationen, wenn auch nur vorübergehend, auf sich zu nehmen, was für sie aus Rücksichten auf die Zukunft nicht wünschenswert erscheint.

Der Mißerfolg der englisch-französischen April-Offensive hat die französische Regierung zu einer besonders scharfen Meinungsäußerung über die Lage der Dinge in Rußland sogar von der Parlamentstribüne herab genötigt, um dadurch eine Rechtfertigung ihrer Mißerfolge vor dem eignen Lande zu finden. Seit diesem Augenblick verkleinern die französische Regierung und die französische Presse mit großer Konsequenz die tatsächliche Rolle Rußlands, da sie in dieser Politik einen Ausweg für den Fall einer augenfälligen Kriegsmüdigkeit ihres Landes zu finden hoffen.

Der von mir unternommene Versuch, die öffentliche Meinung in Frankreich durch die Veröffentlichung von Daten über die Gruppierung der gegnerischen Kräfte und ihre Stärke an unserer Front in der Presse zu orientieren, hat keine Ergebnisse gezeitigt, da die Mehrheit der Zeitungen diese Veröffentlichungen abgelehnt haben. Gleichzeitig macht sich das Bestreben bemerkbar, die Rolle der russischen Vertreter herabzusetzen, und zwar sind alle Fragen betreffs der Beteiligung der Amerikaner am Kriege und der entsprechenden Verteilung der Kriegsmittel und Streitkräfte von Frankreich, England und den Vereinigten Staaten in Paris und London ohne Teilnahme unserer militärischen Vertreter entschieden worden; die Frage des weiteren Schicksals der Saloniki-Armee ist zur Beratung von Paris nach London verlegt worden, wobei dieselben Teilnehmer an den Verhandlungen mit Ausnahme der russischen militärischen Vertreter hinzugezogen worden sind; die Frage des militärischen Geheimnisses ist gemeinsam mit den Engländern ausgearbeitet worden, aber ohne uns davon zu benachrichtigen; die neuen Richtlinien bezüglich der strategischen Aufgaben an der französischen Front, die von nun an in erheblichem Maße passiv ist, sind auch ohne Hinzuziehung und Benachrichtigung unserer Vertreter, jedoch gemeinsam mit den Engländern ausgearbeitet worden.

Sankewitsch.

Dieses wichtige, aus dem Herbst dieses Jahres stammende Dokument zeigt, wie die Politik der französischen Regierung gegenüber Rußland durch die Zwangslage, in der sie sich infolge ihrer Mißerfolge dem eigenen Volke gegenüber befindet, bedingt ist.

Keine Sieger und keine Besiegten.

In keinem Kriege sind so gewaltige Siege erkämpft worden wie in diesem. Aber beide kämpfenden Mächtegruppen haben große Siege erfochten, beide schreiben sich den Sieg zu. Wie oft haben Berlin und Wien geflaggt, wenn Siegesnachrichten von der Front die Patrioten begeisterten! Aber nicht minder oft haben sich Petersburg, London, Paris, selbst Rom großer Siege gerühmt! Das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn haben Belgien, Nordfrankreich, Kurland, Litauen, Polen, Rumänien, Serbien, Montenegro, Albanien, zuletzt Venetien erobert; aber ihre Gegner haben dafür Armenien, Mesopotamien, Arabien, zuletzt Palästina und alle deutschen Kolonien in Afrika und in der Südsee in ihre Hände gebracht. Zu Lande haben die Mittelmächte gewaltige Eroberungen gemacht; aber zur See herrscht Großbritannien und sperrt ihnen die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. Jedem Erfolg der einen Partei folgt ein Erfolg der anderen. Gestern fiel Oberitalien in die Hand der Mittelmächte; heute fällt Palästina in die Hand der Engländer. Das russische Heer will nicht mehr kämpfen; das mehrt die Macht der Mittelstaaten. Aber dafür stellen die Vereinigten Staaten ein Millionenheer auf und schicken sich an, es nach Europa zu bringen; das mehrt wieder die Macht der Entente.

Auf solche Weise kann der Krieg nie zu einer Entscheidung führen. Die Völker bluten fast vierzig Monate; aber keines vermag einen Sieg zu erkämpfen, der es ihm ermöglicht, seinen Gegnern den Frieden zu diktieren. Die immer noch vom „Siegfrieden“ träumen, der dem entwaffneten Feinde diktiert werden soll, sind entweder Narren, die offenkundige Tatsachen zu sehen unfähig sind, oder Schurken, die den Krieg nur darum verlängern wollen, weil er für sie oder ihre Auftraggeber ein profitables Geschäft ist. Wer die Tatsachen vorurteilslos und unbefangen beurteilt, muß erkennen, **daß der Krieg nicht anders enden kann als mit einem Verständigungsfrieden, in dem es keinen Sieger und keinen Besiegten geben wird.**

Allmählich ringt sich diese Ueberzeugung überall durch. **Besonders in England ist die Wandlung der Stimmungen deutlich zu erkennen.** Der britische Imperialismus sieht sich gezwungen, seine schroffe Haltung gegen die russische Arbeiterregierung, die dem Frieden zielbewußt und kühn den Weg bahnt, etwas zu mildern. Sir Ernst Buchanan sieht, daß kein Kerenski und kein Kornilow, kein Kaledin und kein Duchonin mehr fähig ist, das große Rußland in eine Satrapie des Botschafters Seiner britischen Majestät rückzuverwandeln, und so sucht er sich denn Trotzky zu nähern, demselben Trotzky, den er vor kurzem noch als bezahlten deutschen Spion hinzustellen gewagt. Hat England den „Rat der Volkskommissare“ bisher mit dem Ueberfall Japans, mit der Kriegserklärung der ganzen Entente zu bedrohen versucht, so ist es jetzt recht kleinlaut geworden und Buchanan muß nun versichern, es falle den Machthabern in London gar nicht ein, irgend welche Straf- oder Zwangsmaßregeln gegen Rußland in Erwägung zu ziehen. Haben die englischen Machthaber bisher jeden des Verrats an der „Zivilisation“, an der „Demokratie“, an allen Gütern der Menschheit geziehen, der vom Frieden zu reden gewagt, so **versichert Herr Buchanan jetzt, daß England selbst Waffenstillstand und Friedensverhandlungen anstrebe**, nur müßten sich die Verbündeten vorerst über ihre Kriegsziele einigen. **England spricht heute unverkennbar schon eine ganz andere Sprache als noch vor einigen Wochen.** Darin zeigt sich **die sieghafte Kraft der proletarischen Revolution** in Rußland: die Fäuste der russischen Arbeiter und die Bajonette der russischen Soldaten haben den englischen Imperialisten schon ein gutes Stück Einsicht eingebleut. **In allen Ländern der Entente wandelt sich allmählich die Stimmung: der Gedanke, daß keine der beiden Parteien die andere zu besiegen vermag, daß der Krieg, wie lange immer er fortgesetzt werde, nicht anders als mit einem billigen Verständigungsfrieden enden kann und darum jede Verlängerung des Krieges ein sinn- und zweckloses Verbrechen ist, setzt sich überall allmählich durch.**

Die sozialistische Arbeiterschaft unterstützt überall die Bestrebungen, die einem Verständigungsfrieden zudrängen. Henderson, der Führer der britischen Arbeiterpartei, hat die gute Gelegenheit, die der Brief des Lords Lansdowne ihm bot, sofort benützt, sehr entschieden zu fordern, daß man sich zur Fortsetzung des Krieges nicht entschließe, ehe nicht ein ernsthafter Versuch unternommen wird, sich am Beratungstisch zu verständigen. In Frankreich fordern Sembat und Renaudel, die Führer der Sozialisten, daß die Entente den Mittelmächten bekanntgebe, unter welchen Bedingungen sie zum Frieden bereit sei; und die „Bataille“, das Organ der französischen Gewerkschaften, greift die französische Regierung heftig an, weil sie durch die Verweigerung der Pässe für Stockholm es den Demokratien unmöglich gemacht habe, sich über die Bedingungen des allgemeinen Friedens zu einigen, und dadurch die russische Arbeiterregierung gezwungen habe, sich zum Sonderfrieden zu entschließen. In Italien zittert die Regierung vor dem Friedenswillen des Proletariats; in der Furcht greift sie zur Gewalt: in Mailand versucht sie es jetzt, die Parteiorganisation, die stärkste ganz Italiens, zu zersprengen.

Der Friedenswille wächst überall. In allen Teilen Oesterreichs finden jetzt Tag für Tag Friedensversammlungen statt. Es sind Versammlungen, wie sie Oesterreich noch nie gesehen. Der Massenbesuch, die leidenschaftlich erregte Stimmung erinnern an die Zeit unseres großen Wahlrechtskampfes; aber das Bild der Versammelten ist überall ein ganz anderes als damals: viel weniger Männer, viel mehr Frauen als damals – die Männer sind ja an der Front! Und wie abgemagerte, abgehärmte Frauen! Was in diesen Massen noch lebt, ist nichts als der Wille zum Frieden. Die Massen fordern überall, daß die Regierungen der Mittelmächte die günstige Gelegenheit, die die Friedensbereitschaft Rußlands und die der Stimmungsumschwung in den Ententeländern bieten, endlich benützen, den Frieden auf allen Fronten, den allgemeinen Frieden wiederherzustellen. Und wer in den Versammlungen diese Massen gesehen hat, wer diese verelendeten Leiber, diese gequälten Seelen beobachtet hat, der wird sich über die Größe und Schwere der Verantwortung nicht täuschen, die heute auf den Schultern jener lastet, denen die Pflicht obliegt, die Friedensverhandlungen mit Rußland zu gutem Ende zu, führen und die Friedensverhandlungen mit den anderen Ententeländern anzubahnen.

Der allgemeine Friede ist möglich, wenn die Herrschenden keine Eroberungen, keinen Machtzuwachs wollen; möglich, wenn sich die Herrschenden bereit zeigen, alle strittigen Fragen versöhnlich zu schlichten. Das ist es, was die Völker wollen; und das allein ist es, was die Kriegskarte möglich macht. Die Eroberungen, die wir wollen, liegen nicht außerhalb unserer Grenzen; zur rechten Stunde erinnert uns die Agrarumwälzung in Rußland daran, daß jedes Volk noch sein eigenes Land zu erobern hat! Der Machtzuwachs, den wir wollen, soll kein Zuwachs unserer Macht über andere Völker sein, noch gilt es, für das Volk die Macht im eigenen Lande zu erringen! Den Völkerkrieg wollen wir durch einen Frieden beenden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt; die Siege, nach denen wir streben, sind nicht im Völkerkrieg zu erringen, sondern im Klassenkampf.

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 581 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Die Präzisierung der Kriegsziele. –

Zum 12. Dezember 1916. – von Ernst Heinemann

Der 12. Dezember 1916 wird in der politischen Geschichte des jetzigen Weltkrieges einer der denkwürdigsten Marksteine bilden: an diesem Tage wurde zum ersten Male von einer der beiden kriegführenden Parteien der offizielle Versuch gemacht, den bestehenden Weltgegensatz auf einem nichtmilitärischem Wege zum Austrag zu bringen.

Zwei Möglichkeiten bestehen im Prinzip, um einen Krieg zu beenden: die politische und die militärische; entscheidend im letzten Grunde sind, wie Bismarck im 23. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“ ausführt, die politischen Notwendigkeiten, die für die Regierung eines kriegführenden Staates die Mahnung enthalten, „auch nach anderen Richtungen zu sehen, als nach dem Kriegsschauplatze“. „Aufgabe der Heeresleitung“, sagt Bismarck, „ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der vom Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollten, die Beratung des Monarchen in betreff derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein.“ Und an anderer Stelle im 22. Kapitel äußert er unter Würdigung des in der Armee bestehenden Strebens nach Anerkennung in der Geschichte: „Es wäre zu bedauern, wenn diese Wirkung des kriegerischen Geistes in der Armee nicht stattfände; die Aufgabe, das Ergebnis derselben in den Schranken zu halten, auf welche das Friedensbedürfnis der Völker berechtigten Anspruch hat, liegt in den politischen, nicht den militärischen Spitzen des Staates ob.“ In den Wechselbeziehungen zwischen Heeresleitung und Diplomatie bildete also für den ersten Reichskanzler die politische Gesamtlage den höheren Gesichtspunkt, dem sich alle übrigen Erwägungen, auch die militärischen, unterzuordnen hatten.

Wenn man den Schritt der Mittelmächte vom Dezember v.J. lediglich nach den Ereignissen beurteilt, wie sie in der weiteren Entwicklung zutage getreten sind, so könnten im ersten Augenblick starke Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit berechtigt sein. Denn wohl selten hat eine Anregung mit der ihr folgenden Entwicklung in einem schärferen Gegensatz gestanden, als die Friedensnote der Mittelmächte, die, statt dem Kriegsgotte das Heft aus der Hand zu nehmen, es vielmehr geschehen lassen mußte, daß seiner Herrschaft weitere bedeutende Teile der Menschheit unterworfen wurden und damit der Krieg in noch weit höherem Maße als bisher sich zum Weltkrieg entwickelte. Zur Begründung des Vorschlages hatte die Note der Mittelmächte in ihren Kernsätzen wörtlich erklärt:

„Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihm aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äußersten fortzusetzen, zugleich aber auch von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greuel des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer eigenen Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.“

Die Antwort der Gegner, ebenfalls im Kernpunkt, lautet:

„Eine Anregung ohne Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der, jedes greifbaren Inhalts und jeder Genauigkeit entbehrend, durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot, denn als ein Kriegsmanöver.“

Der Kernpunkt der Begründung, mit der die Ablehnung des Vorschlags erfolgte, liegt mithin in dem Satze, daß eine Anregung ohne Bedingungen kein Friedensvorschlag sei. In diesem Kernpunkt liegt auch heute noch für die Entente der sogenannte **nervus probandi** [Hauptbeweisgrund], um für die Fortsetzung des Krieges einzutreten, die eben nach ihrer Behauptung durch die Weigerung der Mittelmächte, ihre Kriegsziele vorher bekannt zu geben, bedingt werde. Von der Stellung zu diesem Argumente hängt somit die Beurteilung der Frage ab, wem von beiden sich bekämpfenden Parteien das Scheitern der bisherigen Friedensbemühungen zur Last zu legen ist.

Wenn hinsichtlich der Stellung zu diesem Kernpunkte der Frage schon im Hinblick darauf, daß es für eine verhandelnde Macht an sich unmöglich ist, sich mit ihren Vorschlägen von vornherein festzulegen und damit dem Gegner sich mit gebundenen Händen zu überliefern, als auch in anbetracht der formellen Erklärung der betreffenden Macht, daß sie ihre Vorschläge zu den Verhandlungen mitbringen werde, noch irgendwelche Zweifel bestehen konnten, so müssen solche Zweifel schwinden angesichts der Erklärungen, die ein halbes Jahr später, am 30. Juli d.J., der englische Minister des Auswärtigen, Lord Balfour, im Unterhause gerade in Bezug auf diesen Punkt abgegeben hat. Diese Erklärungen eines den Mittelmächten feindlichen Ministers, die in Ansehung ihres Zusammenhanges mit dem Friedensangebot der Mittelmächte bisher völlig unbeachtet geblieben, sind von so fundamentaler Bedeutung, daß ihre genaue Wiedergabe zur Klarstellung der vorliegenden Frage unbedingt notwendig erscheint. Von der Opposition gedrängt, sich in bestimmter Form über die Friedensziele zu erklären, gab der englische Minister an dem genannten Tage (30. Juli d.J. im Unterhause) die folgende Erklärung wörtlich ab:

„To take us to lay down precisely that upon which we shall insist or press for or without pressing for which we would like to see, or that which we would view with perfect indifference, or to ask us what amount of sacrifice we are prepared to make to gain each of those ends, is to ask the Government to play a role which no Government could play with success.“

Zu deutsch:

„Von uns zu verlangen, daß wir uns genau festlegen auf das, worauf wir bestehen oder dringen müssen, oder was wir, ohne einen Druck auszuüben, gerne sehen würden, oder was uns wieder völlig gleichgültig lassen würde; oder von uns zu verlangen, die Opfer zu bezeichnen, zu denen wir bereit sind, um jedes dieser Ziele zu erreichen: das heißt der Regierung eine Rolle zumuten, die keine Regierung mit Erfolg durchführen kann.“

So Lord Balfour am 30. Juli d.J. Nun fragen wir: Wie will er diese seine Erklärung, daß keine, um es zu wiederholen, keine Regierung bei Friedensverhandlungen imstande sei, sich vorher auf bestimmte Bedingungen festzulegen – wie will er diese Erklärung im Einklang bringen mit der oben mitgeteilten Antwortnote der Entente, die den Vorschlag der Mittelmächte doch gerade mit dem Fehlen bestimmter Bedingungen, mit der Begründung zurückweist, daß eine Anregung ohne Bedingungen, kein Friedensangebot sei? Keine Regierung – no government – erklärt Lord Balfour – und die ganze Welt wird ihm beistimmen – ist bei solchen Verhandlungen imstande, sich von vornherein auf Bedingungen genau (precisely) festzulegen, mit welchem Rechte konnte also die Note der Entente, der auch England angehört, ja die von England geführt wird, von den Mittelmächten gerade dasjenige verlangen, was nach der Erklärung des verantwortlichen englischen Ministers keiner Regierung zugemutet werden kann?

Aber ist denn diese Bedingung überhaupt unerfüllt geblieben? Enthält denn nicht die oben mitgeteilte Begründung der Note der Mittelmächte gerade die Erklärung, daß sie die konkreten Vorschläge zu den Verhandlungen mitbringen würden? Haben also die Mittelmächte in Wahrheit nicht gerade diejenige Bedingung erfüllt bzw. ihre Erklärung zugesagt, die nach der Erklärung Lord Balfours keiner Regierung zugemutet werden kann?

Wenn somit nach dem Wortlaute der von den beiden Mächtegruppen in dieser Frage gewechselten Noten noch irgendwelche Zweifel bestehen konnten, wem das Scheitern des deutschen Friedensvorschlages

zur Last zu legen ist: die Erklärungen des englischen Auslandsministers, der sich gerade im Kernpunkte des Streites, in dem Verlangen nach vorheriger Festlegung der Kriegsziele, den prinzipiellen Standpunkt der Gegenseite in vollem Umfange zu eigen macht, müssen auch den letzten Zweifel in Bezug auf diesen Gegenstand beseitigen. Sie sind aber in Ansehung ihrer Beweiskraft für die in Rede stehende Frage um so höher zu veranschlagen, als sie in vollster Objektivität, d.h. ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung für das deutsche Friedensangebot, gegeben wurden, eben darum aber ein um so wertvolleres Zugeständnis an die Gegenseite bilden. Nach einem solchen Zugeständnis von feindlicher Seite besteht auch für diejenigen, die sich ursprünglich aus prinzipiellen Gründen gegen das Friedensangebot erklären zu sollen glaubten, keine Veranlassung mehr, auf ihrem damaligen Standpunkte zu verharren. Die Rede des englischen Ministers bildet vielmehr die vollkommenste Rechtfertigung der Friedensnote der Mittelmächte und die schärfste Verurteilung der gegnerischen Antwort, indem sie das Verlangen nach vorheriger Festlegung der Friedensziele in grundsätzlichster Form mißbilligt, die keiner Regierung zugemutet werden könne.

Das ist, wie man sieht, das unausweichliche Ergebnis einer einfachen Gegenüberstellung der für die Beurteilung der Sachlage für alle Zeiten gegebenen Unterlagen: des Wortlautes der beiden Noten und der Erklärung des englischen Ministers im englischen Unterhause. Sollte die Gegenüberstellung, die auch die letzten Zweifel an der Schuld des Mißlingens der vor Jahresfrist von den Mittelmächten unternommenen Friedensaktion beseitigen muß, Mängel oder Lücken aufweisen: an den Gegnern der Mittelmächte wird es sein, die Welt eines Besseren zu belehren!

Berliner Tageblatt – Nr. 633 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Die Note Trotzki an die diplomatischen Vertreter der Entente. –

Aufforderung einer positiven Stellungnahme zu den Friedensverhandlungen.

Die „**Internationale Korrespondenz**“ meldet nach telegraphischem Bericht der P.T.-A. [*Petersburger Telegraphen-Agentur*], daß Trotzki sich an die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Amerikas, Italiens, Chinas, Japans, Rumäniens, Belgiens und Serbiens mit folgender offizieller Aufforderung gewandt habe:

„Die Friedensverhandlungen zwischen den Delegierten Rußlands und den Delegierten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens sind auf die Initiative unserer Delegierten für eine Woche eingestellt worden, um dadurch Gelegenheit zu schaffen, die Völker und Regierungen der Alliierten über die Tatsache unterrichten zu können, daß Verhandlungen stattfinden. Die russischen Delegierten haben vorgeschlagen, die diplomatischen Vertreter zu benachrichtigen, daß der beabsichtigte Waffenstillstand einen demokratischen Frieden bezwecke, so wie er auf dem Kongresse der Arbeiter- und Soldatenräte zum Ausdruck gekommen ist. Bei dem Waffenstillstand wird als Bedingung gestellt, daß keine Truppen an andere Fronten gesandt, und daß die Inseln im Moonsund geräumt werden sollen. Auf die Frage der Kriegsziele gaben die feindlichen Delegierten keine bestimmte Antwort. Sie erklärten, daß es nur ihre Aufgabe sei, die militärische Seite des Waffenstillstandes zu regeln. Die feindlichen Delegierten erklärten, daß sie keine Vollmachten zur Behandlung dieser Fragen hätten, weil keine englischen und französischen Delegierten anwesend wären.

Die feindlichen Delegierten schlugen einen Waffenstillstand von 28 Tagen vor, der sich auf die Fronten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer beziehen soll, und erklärten, daß sie ihren Regierungen über die Frage eines Waffenstillstandes gemäß den russischen Forderungen Nachricht geben wollten.

Da die russischen Delegierten unter diesen Umständen sich weigerten, die Uebereinkunft über Waffenstillstand zu unterschreiben, stellten wir die kriegserischen Maßnahmen für eine Woche ein und ebenfalls die Verhandlungen. Auf diese Weise ergibt sich ein Zwischenraum zwischen dem russischen Friedensvorschlag vom 8. November und der Fortsetzung der Friedensverhandlungen vom 12. Dezember. Dieser Zeitabschnitt ist lang genug, um den Regierungen der Alliierten Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten bezüglich der Friedensverhandlungen bekanntzugeben, das heißt, ja oder nein zu antworten, und falls sie verneinend antworten, zu erklären, für welche Ziele Europas Völker vier Jahre lang ihr Blut vergießen müssen.“

Der Reichsbote – Nr. 633 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Zum Jahrestag des deutschen Friedensangebots.

Am 12. Dezember ist ein Jahr verflossen seit dem Friedensangebot der Mittelmächte und ihrer Verbündeten. Diesen Schritt hielt unsere politische Leitung für einen klugen Schachzug. Sie glaubte, auf Grund der gewaltigen militärischen Erfolge in Rumänien würde er nicht als Schwäche ausgelegt werden können. Diese Erwartung erwies sich als verfehlt, sie **erwuchs aus einer totalen Verkennung der Psychologie unserer Feinde**

und entsprang derselben falschen Einschätzung der Verhältnisse, die uns politisch so viele Mißerfolge eintrug, während unsere militärische Kraft die Welt in Erstaunen setzte.

Das Friedensangebot sollte der Welt beweisen, daß wir nach wie vor das friedfertigste Volk der Erde seien, das nur gezwungen zum Schwerte gegriffen habe und stets bereit wäre, das furchtbare Blutbad zu enden, wenn nur der Feind auf seine räuberischen Absichten verzichten wollte. In Wahrheit hat es aber den kriegswütigen Regierungen der Ententestaaten die Beschwindelung ihrer Völker erleichtert, da es ihre Behauptung wirkungsvoll zu stützen geeignet war, die Verbandsmächte seien dem Ende ihrer Kraft nahe und möchten deshalb Frieden machen, ehe der Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft erfolge.

Daß diese Behauptung, mit der die Ententemächte ihre durch die vielen Niederlagen nicht kriegsfreudiger gewordenen Völker zu einem nur noch kurzen Ausharren anzuspornen suchten, da der Endsieg ebenso nah wie gewiß sei, auf bewußter Täuschung beruhte, läßt sich nicht einmal behaupten. Sie schienen allen Ernstes zu glauben, daß die rumänische Glanzleistung die letzte Kraftanstrengung gewesen wäre, deren die Vierbundsmächte fähig waren, denn **in der ganzen Weltgeschichte ist es ohne Beispiel, daß eine im vollsten Siegen begriffene Partei den Frieden suchte, einen billigen Frieden anbot.** Und deshalb konnte den Gegnern dieser Schritt nicht als so selbstlos erscheinen wie er tatsächlich gewesen ist. Nichts war daher natürlicher als daß sie das Friedensangebot, ihrer Denkart entsprechend, entweder für einen heimtückischen Versuch, Zwietracht unter den Alliierten hervorzurufen, oder eine durch die Befürchtung der nahen Erschöpfung diktierte Notwendigkeit halten mußten.

Die schroffe höhnische Zurückweisung der dargebotenen Friedenshand durch die Entente war allerdings geeignet, der Welt, so weit sie noch eines objektiven Urteils fähig ist, zu beweisen, daß die Entente keinen Frieden wollte, daß es ihr, die an der Entfesselung des Krieges die Schuld trug, nicht in den Sinn kam, die Leiden des Krieges abzukürzen. Aber was ist aus dieser einzigen guten Wirkung geworden? Selbst in neutralen Ländern hat die Ententedarstellung mehr und mehr an Boden gewonnen, und es stände in der Tat heute wenig gut mit uns, wenn nicht Erfolge unserer Waffen uns ein so gewaltiges Uebergewicht geschaffen hätten.

Erwähnt muß noch werden, daß **mit dem Friedensangebote vom 12. Dezember das übertriebene deutsche Friedensgerede üppig in die Halme schoß, das uns so sehr geschadet und das in der Verzichtfriedens-Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 seinen Höhepunkt erreicht hat.** Dieses höchst naiv gezeigte heftige Friedensbegehren hat uns unberechenbar geschädigt und wesentlich dazu beigetragen, daß alle Aussichten auf Frieden in unabsehbare Ferne rückten.

Wenden wir uns den Leistungen zu, die unsere Waffenkraft seit jenem Tage wieder vollbracht hat, so ergibt sich ein weit erhebenderes und ermutigerendes, das Volk zu weiterer Ausdauer und mutvoller Zuversicht anspornendes Bild. Hier nehmen wir keine Spur, nicht einmal den flüchtigsten Schein von Schwäche wahr. Ueberall Bereitschaft zur rechten Zeit und mit den rechten Mitteln, das frühere Aufstehen gegenüber den Strategen der Entente in allen Fällen, die erfolgreiche Abwehr und Vereitelung aller Durchbruchversuche im Westen und das Anpacken des Feindes da, wo er zeitweise am verwundbarsten war oder es am wenigsten vermutete.

Im Frühjahr 1917 war von der Entente eine neue große Offensive geplant und mit allen Mittel der Technik vorbereitet. Die Zurücknahme der deutschen Front unter Zerstörung alles dessen, was dem langsam nachkommenden Feinde hätte Vorteil bringen können, macht sie schon im Keime zunichte. So wurden mit einem Schlage die Monate langen Vorbereitungen der Entente völlig zwecklos, ein Riesenaufwand war nutzlos vertan, die fein ausgewählten Stellungen der eingebauten Artillerie hatten ihren Zweck verloren. Man mußte wieder ganz von vorn anfangen mit den Vorbereitungen. Da der Feind unsere Frontzurücknahme nicht rechtzeitig gewahr ward, hat er stellenweise die längst aufgegebenen Gräben noch mit Massen von Munition aus allen Kalibern zudecken lassen.

Der geniale Schachzug Hindenburgs bewirkte, daß wir kostbare Zeit für die ausreichende Abwehr des neuen Ansturms gewannen, während der Feind die Früchte Monate langen Schaffens mit einem Schlage einbüßte, daß wir eine gewaltige Menge an Kraft sparten, während der Feind sie vergeuden mußte.

Bei der im April einsetzenden, mit gewaltigen Massen unternommenen Offensive, die besonders auch von französischer Seite mit dem stärksten Krafteinsatz versucht wurde und zwar in einer kein Opfer scheuenden Weise, die dem französischen Oberbefehlshaber Rivelle den Beinamen „Blutsäuer“ eintrug, zeigte sich der große, Opfer sparende Wert der neuen Art unserer Abwehr. Alle Anstrengungen der vereinten feindlichen Heere endeten mit einem vollen Mißerfolg. Aber sie ließen sich nicht dadurch abschrecken. Immer erneut wurde der Durchbruch versucht, eine Offensive folgte der anderen, weil den Briten die Not auf den Nägeln brannte.

Seit nämlich von deutscher Seite die scharfe Unterseebootswaffe mit voller Schärfe angewendet wird, arbeitet die Zeit nicht mehr für die Entente, sondern für uns. Das Schwinden seines Schiffsraumes kann England nicht auf die Dauer ertragen. Nicht etwa nur deshalb, weil es das englische Volk und die Völker der Alliierten mit einer sich fortgesetzt verschärfenden Notlage bedrohte, sondern vor allen Dingen deshalb, weil damit Englands Weltstellung aufs Schwerste gefährdet wird, die eben in seiner großen Ueberlegenheit an Frachtraum beruhte. Die Rieseneinnahmen, die England als dem Weltspediteur zuflossen, drohen nach dem Kriege zu zerrinnen, wenn der englische Frachtraum dezimiert wird, während die amerikanische und japanische Konkurrenz sich mächtig verstärken können. Die Not zwingt daher England zu Anstrengungen, wie es sie seit den Tagen Cromwells nicht mehr gekannt hat. **Kein Opfer scheint ihm zu hoch für das Ziel: die Entwindung der flandrischen Küste aus deutscher Hand. Der Besitz dieses uns als U-Bootsbasis so wertvollen Küstenstrichs erscheint den Briten als eine Lebensfrage.** Stellen wir uns das vor, dann erkennen wir daraus nicht nur, **welch ungeheuren, den Frieden sichernden Wert diese Küste für uns in Zukunft haben muß**, sondern es wird uns auch verständlich, daß die sich sonst auf europäischen Kriegsschauplätzen so vorsichtig schonenden Briten die verzweifeltsten Anstrengungen machten, durchzukommen.

Was unsere heldenmütigen Kämpfer im letzten Jahr im Westen geleistet haben, davon zeugen rühmend die Namen Verdun, Aisne-Champagne, Chemin de Dames, Arras, St.Quentin, Flandern und Cambrai. Wenn der Feind dank seiner ungeheuren Uebermacht zeitweise örtliche Gewinne zu erzielen vermochte, so ist er doch in seinen Zielen immer wieder gescheitert. Er hat an keiner Stelle auch nur annähernd einen Erfolg erzielen können, der sich dem vergleichen ließe, was unsere Heeresleitung immer und überall erreicht hat, wo sie zu einem Offensivschlag ausholte. Unsere Truppen blieben schließlich immer die erfolgreichen Verteidiger, auch wenn wir zeitweise Verluste an Material und Gefangenen zu beklagen hatten. Sie vereitelten in einer Weises alle feindlichen Durchbruchversuche, die uns berechtigt, weiter mit unbedingter Zuversicht auf ihre Standhaftigkeit und Kraft zu vertrauen.

Während wir im Westen die schwersten Kämpfe zu bestehen hatten gegen die vereinte Kriegsmacht der Engländer und Franzosen, war unsere militärische Kraft noch stark genug, nicht nur die von Kerenski erwirkte russische Offensive abzuwehren, sondern auch den Spieß umzudrehen und so kräftig nachzustoßen, daß die Bukowina und der Rest Galiziens den Russen wieder entrissen wurden. Weiter kamen wir auch in Rumänien noch ein Stück vorwärts, konnten die glänzenden Unternehmungen gegen Oesel und die Eroberung Rigas mit so großartigen, schnellen Erfolgen durchführen und vereint mit unseren österreichisch-ungarischen Verbündeten in Italien eine Offensive unternehmen, deren glänzende und rasche Erfolge geradezu überwältigend waren und die Italien 400.000 Mann seiner besten Truppen und 2500 Geschütze kostete, also eine Menge an Kriegsmaterial, die das Land selbst bei fieberhaftester Tätigkeit erst in einer Reihe von Monaten ersetzen könnte.

Ueberblicken wir die Gesamtkriegslage am Jahrestag des deutschen Friedensangebotes, so müssen wir sagen, daß sie so aussichtsvoll ist, wie sie im Verlaufe des ganzen Krieges noch niemals gewesen ist. An der Entente hat sich die freche Zurückweisung jenes hochherzigen Angebotes schwer gerächt. Rußland ist durch die Kraft unserer Waffen in einen Zustand versetzt, der gebieterisch einen möglichst baldigen Friedensschluß erheischt, wenn das einst so mächtige Reich nicht seine ganze Zukunft vernichtet sehen will. Rumänien bleibt in seiner isolierten Lage nichts übrig, als sich Rußlands Schritte anzuschließen. Italien ist in einer Weise gedemütigt, daß die hochfahrenden Raubgelüste dem sorgenvollen Rufe nach der Rettung des Landes gewichen sind. Welche politische Folgen die Katastrophe an der Front noch nach sich ziehen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist von Blumen, Hymnen und Liedern und einem leichten Siegeszug keine Rede mehr. Es werden in der kriegshetzerischen Presse schon Stimmen laut, die betonen, man dürfe den Männern, die aus nationaler Begeisterung für den Eintritt in den Krieg gewesen wären, nicht die Schuld an der Katastrophe aufbürden. Die herausfordernden Großsprecher und Terroristen mit Hilfe der fanatisierten Straßenmenge sehen sich also schon in die Rolle der Verteidiger gedrängt.

Die Entscheidung drängt sich immer offensichtlicher auf den westlichen Kriegsschauplatz zusammen. Dort hatten wir bisher nur eine Hand zur Abwehr frei. Bekommen wir die nach Osten gestreckte nun ebenfalls frei, dann wird die englisch-französische ziffernmäßige Ueberlegenheit zum guten Teile ausgeglichen. Die einzige Hoffnung der Entente ist noch Amerika. Kann das Land Wilsons aber wirklich den Ausfall ersetzen, den das Ausscheiden Rußlands und Rumäniens und das Lahmschlagen Italiens bedeutet? Die Entente selbst wird es nicht glauben. Sie hofft seit drei Jahren mit dem Leichtmüte des Dickensschen Micwaber auf die „glückliche Wendung“, das Wunder, das geschehen soll, aber ausbleibt. Wir verlassen uns auf kein Wunder, wir verlassen uns auf den Herrn Zebaoth, den starken Gott, der dem Demütigen Gnade gibt, der die Geschicke der Völker lenkt und immer wieder zeigt, daß er noch niemals was versehen hat in seinem Regiment.

In dem Vertrauen zu ihm gebrauchen wir mutig und voll Zuversicht die Kräfte und Gaben, die er uns gegeben hat, unsere herrlichen Truppen und Seeleute aller Art, unsere leistungsfähigen U-Boote und alle die Mittel, die deutsche Tüchtigkeit, deutscher Fleiß und deutscher Opfermut schufen. Vor allen Dingen aber danken wir Gott, daß er uns in Hindenburg und Ludendorff zwei so außergewöhnlich tüchtige, große, geniale Männer geschenkt hat, wie sie unser Volk in dieser schweren Zeit der Not brauchte. Auf sie soll unser Volk immer wieder blicken und hören, sich durch ihre pflichttreue Zähigkeit und unerschütterliche Festigkeit moralisch stählen lassen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10397 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Die Friedenserörterungen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jetzt kein Tag vergeht, ohne daß irgendwo und von irgend jemand die Frage aufgeworfen werden würde: Wie steht es mit dem Frieden? Darauf kann natürlich eine erschöpfende und allgemein befriedigende Antwort nicht gegeben werden, sondern man kann nur immer wieder von neuem die Mahnung aussprechen, die Ungeduld zu zügeln und den Gang der Ereignisse abzuwarten, die durch die Vorschläge der derzeitigen russischen Machthaber eingeleitet worden sind. Das Bestreden der bisherigen Verbündeten Rußlands, auf diese Ereignisse ihren Einfluß auszuüben, wird immer deutlicher. England, Frankreich!, Italien und Amerika haben es nicht verhindern können, daß die russischen Unterhändler mit den Vertretern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in unmittelbaren Verkehr traten und das erste Ergebnis dieser direkten Verhandlungen war die Vereinbarung einer zehntägigen Waffenruhe. Von dem Verlaufe der weiteren Besprechungen wird es abhängen, ob dieser Waffenruhe der formelle Waffenstillstand folgen wird, der zum Abschlusse eines Friedens zwischen dem Vierbund und Rußland führen soll. Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung ruft natürlich bei der Entente keinen geringen Schrecken hervor und es ist begreiflich, daß man alle Minen springen läßt, um es noch im letzten Augenblicke zu verhindern, daß die vorläufige Waffenruhe an der Ostfront zu einer endgültigen wird.

Die Ansprache, die der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, an die von ihm empfangenen Vertreter der russischen Presse richtete, ist in ihrer Gänze darauf berechnet, verwirrend und störend in die derzeit schwebenden Verhandlungen einzugreifen. Mit jener augenverdrehenden Heuchelei, die bei den englischen Diplomaten der Inbegriff der Staatskunst zu sein scheint, erklärt Sir Buchanan, daß er Rußland nicht davon abhalten wolle, für sich den Frieden anzustreben, er meint aber, daß der zu diesem Behufe eingeschlagene Weg nicht zu empfehlen sei, daß vielmehr zunächst eine allgemeine Vereinbarung über die Friedensziele herbeizuführen wäre und dann erst ein Waffenstillstand zustande gebracht werden könne.

Buchanan weiß ganz gut, daß der von ihm vorgeschlagene Weg niemals zum Frieden führen wird, daß eine Einigung zwischen der Entente und den Mittelmächten über Kriegsziele, die heute noch ebenso wie vor dreieinhalb Jahren unsere Vernichtung, unsere Aufteilung bedeuten, nicht möglich ist. Sein Vorschlag soll daher nur zur Verhetzung, zur Entzweiung der bereits miteinander Verhandelnden dienen.

Ganz nach dem Muster Wilsons hat übrigens Buchanan gegenüber den russischen Pressevertretern darauf hingewiesen, daß die „Ideale der russischen Demokratie“ bisher keine Anerkennung seitens der deutschen Regierung und des deutschen Kaisers gefunden hätten, daß die Verhandlungen mit Rußland durch die „deutsche Autokratie“ und nicht die „deutsche Demokratie“ geführt werden. Mit einem Worte, Buchanan meint offenbar, die Parität wäre erst dann hergestellt, wenn auch in den Staaten der Mittelmächte an die Stelle der monarchischen die republikanische Regierungsform treten würde, was natürlich nur durch eine Revolution, durch einen Bürgerkrieg möglich wäre.

Es ist sehr bezeichnend, daß derselbe Buchanan, der bei uns eine derartige Entwicklung der Verhältnisse wünscht, sich bitter darüber beklagt, daß Lenin und Trotzki durch ihre gegen Großbritannien sich richtende Haltung den Versuch unternommen hatten, das englische Volk zum Aufruhr gegen seine Regierung zu verleiten.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Entente auch heute noch dasselbe gegen uns im Schilde führt, was sie bei Beginn des Krieges geplant hatte und worüber durch die Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente vollständige Klarheit geschaffen worden ist. Trotzdem hören **die Anhänger und Verfechter eines Friedens um jeden Preis** nicht auf, die Mittelmächte dazu überreden zu wollen, sich unter das kaudinische Joch eines solchen „Friedens“ zu beugen. **Besonderen Eifer in dieser Beziehung legt nach wie vor die „Arbeiter-Zeitung“ an den Tag.** Sie schreckt zu diesem Zwecke vor keiner Verleugnung der primitivsten Grundsätze von Patriotismus und nationaler Ehre, vor keiner Vergewaltigung von Vernunft und Logik zurück.

Erst gestern hat sich das Blatt wieder entschieden dagegen gewendet, daß den bisherigen Verbündeten Rußlands, die durchaus nicht Frieden schließen wollen, durch Drohungen zum Bewußtsein gebracht werde, daß ihre Lage eine weit ungünstigere sein werde, wenn uns das Freiwerden militärischer Kräfte an der Ostfront gestatten würde, den noch erübrigenden Feinden mit um so größerem Erfolge entgegenzutreten. Und dann gelangt das Organ der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs abermals zu ganz merkwürdigen Folgerungen, indem es sagt: „Der wahre (!) Grund, aus dem die Gegner in ihrem verbissenen Kriegswillen verharren, der sie dazu führt, die Friedensvorschläge abzulehnen, ist der, daß sie die Empfindung (!) haben, der Kriegsverlauf habe ihr militärisches und politisches Ansehen so herabgemindert, daß sie, wenn sie nun Frieden schlugen, den weltgeschichtlichen Schauplatz als Gedeimütigte verlassen würden.“

Also wieder die zarte Rücksichtnahme und Schonung für unsere unbarmherzigen und grausamen Feinde! Die Entente kann sich gar keinen besseren Anwalt wünschen, als er ihr in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erstanden ist! Was sie sagt, kann gar keine andere Bedeutung haben, als daß das einzige und eigentliche Friedenshindernis nur unsere so überaus günstige militärische Lage ist. Wir hätten also eigentlich nichts anderes zu tun, als die Entente de- und wehmütig dafür um Entschuldigung zu bitten, daß wir in dem uns aufgezwungenen Kampfe Sieger geblieben sind, daß die hübschen Pläne, die man gegen uns im Schilde führte, dank unseres Widerstandes leider nicht verwirklicht werden konnten.

Die „Arbeiter-Zeitung“ geht aber in ihrer Hilfe für die Entente noch viel weiter. Sie leugnet nicht nur – trotz der Enthüllungen Lenins und Trotzkijs über die feindlichen Kriegsziele – die Eroberungs- und Vernichtungsabsichten der Gegner, sie behauptet sogar, **daß Lloyd George und Clemenceau es eigentlich gar nicht so schlimm mit uns meinen, als es nach ihren Aeußerungen den Anschein hat, sondern „die erhitzten Kriegsreden der beiden Genannten sind nur für unsere heimischen Imperialisten das Mittel, um die Kriegslust im eigenen Lande aufzupeitschen“.**

Kann man sich etwas Schamloseres und zugleich Dümmeres vorstellen als diese „Beweisführung“ der „Arbeiter-Zeitung“? Ist es denkbar, daß in England oder Frankreich eine Zeitung etwas derartiges wagen dürfte, ohne das Aergste fürchten zu müssen? Wir wagen übrigens getrost zu behaupten, daß die „Genossen“, die im Felde stehen, die den Krieg am eigenen Leibe gespürt haben, kräftig ausspucken und ihre Gefühle mit einem „Pfui“ zum Ausdruck bringen werden, wenn sie die von uns zitierten Sätze des gestrigen Leitaufsatzes der „Arbeiter-Zeitung“ zu Gesicht bekommen werden.

Deutsche Zeitung – Nr. 625 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Was tut Herr Scheidemann in Stockholm?

Die Tatsache, daß die Russen schon als Bedingung des Waffenstillstandes die Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen forderten, war in der halbamtlichen Schilderung des Verlaufes der Verhandlungen mit Rußland nur ein Beispiel für die maßlosen Forderungen der Russen mitgeteilt. Es war auch nicht gesagt, daß diese Forderungen die weitgehendste gewesen sei und daß sich die russischen Forderungen nur auf die Ostfront bezogen hätten.

Wir schrieben gestern früh, es wäre an sich nicht verwunderlich, wenn infolge der Haltung der politischen Stellen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns die Russen denken würden, Deutschland wäre zur Aufgabe seiner militärischen Erfolge durch russische Unerbittlichkeit zu bringen. Inzwischen sind Aeußerungen des englischen Botschafters in Petersburg Buchanan, zu Vertretern der russischen Presse von Reuters bekanntgegeben worden, die zeigen, daß Herr Buchanan auch die leider im Deutschen Reiche maßgebenden politischen Kreise richtig einzuschätzen versteht. Er sagte, bis jetzt sei noch kein Wort von irgend einem deutschen Staatsmanne geäußert worden, aus dem hervorgehe, daß die Ideale der russischen Demokratie vom Deutschen Kaiser oder von der deutschen Regierung geteilt würden.

Diese Worte des englischen Diplomaten haben die von ihm beabsichtigte Wirkung gehabt. Die deutsche Regierung läßt durch das Wolffsche Telegraphenbureau die Behauptung Buchanans, Deutschland gedenke einen Machtfrieden zu schließen, als „Verdächtigung“ und damit als schwere moralische Beleidigung bezeichnen. Die verantwortlichen deutschen Stellen ständen den russischen Friedenszielen nicht entgegen. Nun sind uns die russischen Friedensziele nur aus den bisher gebrauchten allgemeinen Redensarten bekannt. Dagegen ist uns deutscherseits halbamtlich mitgeteilt worden, für die maßlosen russischen Waffenstillstandsbedingungen biete die Forderung der Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen ein Beispiel. Ueber das Maß der russischen Friedensziele wird gerücheweise erzählt, Riga solle eine deutsche Stadt werden, Kurland dürfe höchstens zu einem kleinen Teile unter deutschem Einfluß stehen, Belgien müsse geräumt und Elsaß-Lothringen an Frankreich gegeben werden. In Uebereinstimmung mit der feierlichen

Erklärung des Herrn Kühlmann, nur Elsaß-Lothringen bilde ein Friedenshindernis, hätte die politische Leitung des Deutschen Reiches die letztere Forderung abgelehnt. **Lediglich Elsaß-Lothringen wäre also auszunehmen, wenn die deutsche politische Leitung die Behauptung, sie stände den russischen allgemeinen Friedenszielen entgegen, als Verdächtigung bezeichnet.**

Die deutsche Regierung läßt durch das halbamtliche Depeschensbureau auf die Reichstagsrede des Reichskanzlers hinweisen und erklärt, der Reichskanzler habe „ausdrücklich betont“, „daß die russischen Grundgedanken kein Hindernis für einen Frieden bieten.“ Als Antwort auf die Behauptung des englischen Botschafters, Deutschland habe die Macht, Rußland jeden Frieden aufzuzwingen, muß das auf die Russen unbedingt als Verneinung dieser deutschen Macht durch die deutsche Regierung selbst wirken. Es bestärkt die Russen in der weiteren Verfolgung der Richtung, die durch die Petersburger Telegraphen-Agentur vorgezeichnet wurde: **die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte werde weder einen Waffenstillstand noch einen Frieden schließen, der den Interessen nicht nur der Russen, sondern auch der Volksmassen der russischen Verbündeten zuwiderlaufe.**

Nun soll Herr Philipp Scheidemann, wie wir hören, nach Stockholm gereist sein. **Herr Scheidemann wird nur nach Stockholm reisen, wenn er glaubt, seinen Bestrebungen dienen zu können.** Man darf wohl seine Bestrebungen mit denen des „Vorwärts“ gleichsetzen. Danach würde Scheidemann, muß man annehmen, seine Reise nach Stockholm benutzen, um den Russen nun auch persönlich zu sagen, „das deutsche Volk“ werde mit dem großmütigen Frankreich, mit dem mächtigen England und mit dem demokratischen Amerika gegen das die Völker unterdrückende Germanentum Stellung nehmen, Rußland brauche als auf etwaige Forderungen „der deutschen Autokratie“, wie Herr Buchanan sagt, nicht einzugehen.

Bekanntlich haben sich **Scheidemann und der „Vorwärts“ stets gegen einen Sonderfrieden mit Rußland erklärt, um den deutschen Sieg über die Westmächte zu verhindern.** Es wäre also bei der überzeugungstreuen Haltung Scheidemanns selbstverständlich, daß er in Stockholm auch in dieser Richtung tätig sein und insbesondere die in dem nebenstehenden russischen Funkspruch mitgeteilten Bedingungen Englands und Frankreichs unterstützen würde. Hieran würde auch nichts geändert, wenn der Gang der Ereignisse gegen die Scheidemannschen Bemühungen entscheiden würde oder, nach der nebenstehenden Drahtung aus Kopenhagen, schon entschieden hätte. Wir schrecken vor der deutlichen Kennzeichnung solchen Verhaltens Scheidemanns zurück, weil eine Reise Scheidemanns nach Stockholm nur im Einvernehmen mit der deutschen Regierung erfolgen könnte.

Wir stellen deshalb zunächst die Frage: Ist Herr Scheidemann tatsächlich nach Stockholm gereist? Und ferner: Liegt die angedeutete Tätigkeit Scheidemanns in Stockholm in der Richtung der Absichten der politischen Leitung des Deutschen Reiches? Will man wirklich über die Haltung Rußlands unbedingt auf einen allgemeinen deutschen Verzichtfrieden, auf die Verwirklichung der „Ideale der russischen Demokratie“, wie Buchanan es nennt, lossteuern? Also: **Was tut Scheidemann in Stockholm?**

Deutsche Zeitung – Nr. 626 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Asquith an die Feinde.

Nach dem von dem Wolffschen Telegraphenbureau mitgeteilten Funkspruch der russischen Regierung aus Zarskoje Sselo haben die Verbündeten Rußlands, die Westmächte, prinzipiell ihr Einverständnis zur Eröffnung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand russischerseits erklärt. Der Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus in Kopenhagen meldete, daß der Vertrauensmann der Verbündeten Rußlands, Englands und Frankreichs, General Tscherbatschew, Vollmacht erhalten habe, mit Deutschland Friedensverhandlungen für die russische Front einzuleiten. Das Bestreben Englands, Einfluß auf die Entwicklung der Dinge zu gewinnen, zeigt sich auch in der neusten Rede Asquiths, die er nach seinen eigenen Worten an die Völker der feindlichen Länder gehalten hat.

Als Asquith seine und Greys Verantwortung für die Zeit vor dem Krieg erwähnt, spricht er von den „sichtbaren und voraussehbaren Umständen der Zeit.“ Mit anderen Worten: die englischen Staatsmänner haben den Krieg kommen sehen und danach gehandelt, **während die Politik der deutschen Staatsmänner durch den Ausbruch des Krieges wie ein Kartenhaus zusammenbrach.** Asquith sagt, schwer sei tatsächlich die Verantwortung eines jeden, dessen Hände teilgehabt hätten an der Entfachung des Feuers. Damit übernimmt er für die englische Regierung die Mitverantwortung an der Brandstiftung.

Für Asquith ist Belgien der Angelpunkt des Krieges. Für die Aufrechterhaltung der Heuchelei, England sei nur zum Schutze des „neutralen“ Belgiens in den Krieg getreten, bietet ihm das Wort Bethmanns vom Unrecht an Belgien wieder willkommene Grundlage: „Wir hätten für uns den Frieden haben können um den

Preis eines Rechtsverdrehung.“ England hat ganz einfach bei der Entfaltung des Feuers den für Deutschland gegebenen Zwang zum Durchmarsch durch Belgien in Rechnung gestellt und konnte das umsomehr, **als es sich über die Neutralität Belgiens nicht in solcher Ahnungslosigkeit befand wie Herr v. Bethmann Hollweg und die politische Leitung des Deutschen Reiches.** England wußte, daß, auch wenn Deutschland nicht sofort von seinem Durchmarschrecht durch Belgien Gebrauch gemacht hätte, **der Kampf um Belgien hätte entbrennen müssen, weil Deutschland nur über Belgien militärisch zu besiegen gewesen wäre.**

England besaß und besitzt die klare Erkenntnis, die der politischen Leitung des Deutschen Reiches mangelte und noch mangelt. England weiß, daß dieser Krieg zwischen England und Deutschland für den verloren ist, der im Frieden Belgien nicht in irgend einer Form in der Hand behält. Sieger im deutsch-englischen Krieg ist der Herr Belgiens.

So ist auch Asquiths Wort zu verstehen: „Sollte ich noch einmal die Zeit durchleben, ich würde dieselbe Entscheidung treffen.“ Daß Asquith sagen kann, wenn der Krieg mit einem Frieden ende, der die Erreichung der ursprünglichen Ziele Englands sicherstelle, so seien die Bürgschaften für einen dauernden Frieden gegeben, zeigt die Höhe der englischen Ziele.

Ist mit der Erreichung des von maßgebenden deutschen Kreisen verkündeten Zieles der formalen Verteidigung der alten äußeren Grenzen des Deutschen Reiches ebenfalls die Bürgschaft für einen dauernden Frieden gegeben? Das wird niemand behaupten wollen. Die Höhe der englischen Kriegsziele mußte deshalb die größere Anziehungskraft auf die Völker und Regierungen der Welt ausüben. Hier **der Wille, einen natürlichen Gegner niederzuschmettern, und zwar im Interesse des Friedens, weil beide in gleicher Stärke nicht neben einander leben können;** dort die Vertretung des Machtwillens, der philisterhafte, aber tatsächlich gar nicht zu erfüllende Wunsch **nach Aufrechterhaltung des alten Zustandes, der eine ständige Gefahr für den Frieden darstellen würde.**

Asquith stellt sich auf den Boden des Briefes Lansdownes. Lord Lansdownes hatte zwar „einige englische Kriegsziele“ für „scheinbar unerreichbar“ hingestellt, aber **das (nach Asquith) „ursprüngliche Ziel Englands“, Belgien, nach wie vor für das oberste erklärt.** Und Asquith sagt nun sehr richtig, die Erreichung dieses „ursprünglichen“ Zieles werde (wenn auch langsamer als die sofortige Erreichung aller Ziele) Bürgschaften für einen dauernden Frieden bieten, das heißt: **Deutschland zur Ohnmacht gegenüber England und dem Angelsachsentum verdammen, ihm die Möglichkeit jeder Auflehnung gegen englische Gewaltherrschaft nehmen.**

Asquith spricht ausdrücklich nicht nur zu den unmittelbaren Zuhörern, sondern ebenso zu der unsichtbaren Zuhörerschaft seiner Landsleute, der Alliierten, der neutralen Welt und des Feindes. Er glaubt, fast 3½ Kriegsjahre hätten die abgrundtiefen Gegensätze zwischen der **militärischen Sieghaftigkeit des Deutschen Reiches** und der **Unfähigkeit oder Willenlosigkeit der politischen Leitung des Deutschen Reiches,** diese militärische Sieghaftigkeit für einen deutschen und damit dauernden Frieden auszunützen, aller Welt so überzeugend vor Augen geführt, daß nicht nur die Neutralen, sondern auch die Feinde selbst der Verwirklichung des englischen Friedens, umsomehr wenn England auf einige Ziele „scheinbar“ verzichte und nur die ursprünglichen Ziele erstrebe, keinen Widerstand mehr leisten würden.

Reichstagsmehrheit und Regierung im Deutschen Reiche haben Asquith zu seinem Glauben berechtigt. Was aber sagt das wirkliche deutsche Volk dazu? **E.B.**

Tägliche Rundschau – Nr. 633 – Mittwoch, 12. Dezember 1917 – S.1

Zum Jahrestag des Friedensangebotes - (12. Dezember 1916)

Wohl jeder vaterländisch Gesinnte denkt heute an das Erlebnis vom gleichen Tage des vorigen Jahres zurück und erinnert sich der Gedanken und Empfindungen, die ihn damals bewegten. Es gab damals viele Patrioten, die das amtliche Friedensangebot der verbündeten Mittelmächte günstig beurteilten, oder es wenigstens als einen guten Schachzug gelten lassen wollten, und wäre es auch nur im Hinblick auf die innerpolitische Wirkung gewesen. Die meisten dachten freilich anders, fanden es verkehrt und sehr bedenklich, und einer sprach von einem **dies ater** angesichts der Möglichkeit, daß die Feinde auf das Angebot eingingen.

Heut werden wohl alle, selbst die Anhänger des „Verständigungs-Friedens“, einsehen, in welcher großen Gefahr wir uns damals mit unserem Angebot begeben haben. Wie war doch vor einem Jahr die Lage? Wie waren die Aussichten für uns, wenn es zu Verhandlungen gekommen wäre?

Wir hatten soeben Rumänien mit bewunderungswürdiger Kraft niedergeworfen, ein neuer Trumpf, den die Entente wenige Monate vorher hoffnungsreich ausgespielt hatte, war ihr aus der Hand geschlagen. Die

Wirkung dieses Erfolges war sicher sehr groß. Die Vereinigten Staaten z.B. faßten, wie wir heute wissen, unter diesem Eindrucke den Entschluß, selbst in den Krieg einzutreten, weil sie nach Rumäniens Fall den Sieg Deutschlands winken und ihre an die Entente verliehenen Milliarden dadurch in Gefahr sahen. Auch die Stürmerschen Friedensfühler kamen damals wohl unter dem gleichen Eindrucke zum Vorschein. Aber bei unseren Hauptfeinden, bei England und Frankreich, lagen die Dinge anders.

Das englische Volksheer war im Sommer 1916 auf dem Plan erschienen, nachdem ein Jahr vorher die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in England beschlossen worden war. Der russischen Offensive, die im Frühjahr 1916 den Russen nicht unbeträchtlichen Raumgewinn in der Richtung auf Kowel in Wolhynien und Ostgalizien gebracht hatte, war nun die Schlacht an der Ancre und Somme gefolgt. Sie hatte nicht zu dem von dem Feinde erhofften Durchbruch geführt, aber doch immerhin einen starken Keil in die deutschen Linien getrieben. Es war dies im Grunde genommen der erste Erfolg der Feinde an der Westfront seit der sogenannten Marneschlacht, die unseren Vormarsch auf Paris im September 1914 zum Stehen gebracht hatte. Und diesen Erfolg schätzten England und Frankreich bedeutend höher ein als das Minus, das die Niederlage Rumäniens der Entente gebracht hatte. War ihnen doch überhaupt natürlich die Westfront die Hauptsache, und erweckte doch der Erfolg, den das neue englische Heer erfochten hatte, die Hoffnung, daß nunmehr die Zurückdrängung der Deutschen aus Frankreich und Belgien gelingen müsse.

Hinzu kam, daß im vorigen Jahre die dauernde wirtschaftliche Unerschöpfbarkeit der Mittelmächte noch nicht so klar erwiesen war, wie sich das inzwischen herausgestellt hat. Im Gegenteil: den Feinden war die schlechte Kartoffelernte von 1916 durchaus bekannt. Andererseits hatten England und Frankreich fast noch keinerlei Ernährungs- und überhaupt Zufuhrschwierigkeiten zu spüren, denn unser U-Boot-Krieg wurde damals noch als schwach wirkender Kreuzerkrieg geführt, und die Engländer glaubten sicher, daß wir den Mut zum Uebergange zu einem richtigen und scharfen U-Boot-Krieg aus Furcht vor Wilson nicht finden würden.

Nach dem ganzen seelischen Habitus der englischen Staatsmänner darf man annehmen, daß sie schon vor dem Krieg so gerechnet haben: die Koalition von Frankreich und Rußland werde genügen, und Deutschland und Oesterreich-Ungarn soweit niederzuwerfen, daß die Mittelmächte einen ungünstigen Frieden würden schließen müssen, träte gar England hinzu mit einigen Hundertausend auf dem Lande und vollster Entwicklung der Macht zur See, dann würde die wirtschaftliche Absperrung erreicht und so bestimmt die Unterwerfung der Mittelmächte erzielt werden. Man konnte dann Oesterreich-Ungarn auf Kosten Deutschlands glimpflich davonkommen lassen, durfte auch Deutschland militärisch nicht soweit schwächen, daß Rußland auf dem Kontinent übermächtig werde, aber dafür konnte man es wirtschaftlich unter englische Botmäßigkeit bringen, und hierauf kam England alles an.

Trifft dieses Vermutungsbild der englischen Rechnung beim Schmieden der Koalition das Rechte, dann mußten sich die englischen Staatsmänner am 12. Dezember 1916 angesichts der geschilderten Sachlage sagen, daß nun ihr Augenblick gekommen sei. Sie hatten sich zwar sehr viel ernster am Kriege beteiligen müssen, als sie ursprünglich gewollt hatten, und die Mittelmächte waren nicht soweit geschwächt worden, als es England lieb gewesen wäre, aber bei geschicktem Vorgehen in den Friedensverhandlungen konnten die englischen Staatsmänner sicher erreichen, daß Deutschland immerhin weit hinter seine Leistungsfähigkeit von 1914 zurückgeworfen wurde, und sie konnten sich Wege zur weiteren Zurückdrosselung in der folgenden Friedenszeit offen halten, während sie etwaige Zugeständnisse auf Kosten ihrer Verbündeten machen konnten. Aber die verblendeten Engländer griffen nicht zu, und das war unser Heil.

Wie ganz anders stehen wir heute da, wenn es zum Friedensschlusse kommt! Rußland, Serbien, Rumänien, Italien sind entweder militärisch ausgeschieden oder gelähmt. Der große Bramardas überm Wasser scheint mit seinen gesprochenen Blindgängern selbst seinen Bundesgenossen peinlich auf die Nerven zu fallen, weil er außer hochverzinslichen Anleihen bisher nicht Rechtes zu bieten vermocht hat. England und Frankreich stehen so auf sich selbst angewiesen da, ja, sie müssen eben dem letzten der ihnen verbliebenen Bundesgenossen, Italien, militärische Hilfe bringen, wenn sie ihn nicht ganz verlieren wollen. Dazu kommt, daß ihnen der U-Boot-Krieg an den letzten Wurzeln ihrer Widerstandskraft gefährlich nagt, und der Zeitpunkt sichtbar zu werden beginnt, an dem alles für sie verloren ist, selbst wenn Deutschland nicht noch einmal an der Westfront gründlich ernst macht.

Angesichts alles dessen dürfte es nicht zuviel gesagt sein, wenn behauptet wird: dieses zuletzt vergangene Kriegsjahr war alles in allem das erfolgreichste für uns, so glänzende Taten auch die vorangegangenen Jahre erfüllten und damit das Fundament zu unserer heutigen großen Siegerstellung schufen. Und weil das so ist, wollen wir dankbar sein, daß die Götter wieder einmal diejenigen mit Blindheit schlugen, die sie verderben wollten. Wie übel wäre es uns ergangen, wären unsere Feinde unserm Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 gefolgt! Ein ~~dies~~ ~~ater~~ wäre dann dieser Tag wirklich auf ewige Zeiten

für unser Volk gewesen. Gott sei Dank, die Gefahr ging vorüber, der böse Spuk zerfloß vor der Morgenröte unseres Glücks!

In unseren leidgeprüften Herzen glüht es, noch leise zwar, aber mit beruhigender Sicherheit: der Friede kommt näher und kommt so, wie wir es in unseren vaterländischen Herzen immer ersehnt. Kein Uebermut erfüllt uns! Keine deutsche Weltherrschaft sehen wir herannahen! Diese hat niemals ein Deutscher, auch kein Alldeutscher gewünscht, denn sie bringt nur Last und Haß und Neid und Empörung. Aber auch keine andere Macht soll Weltherrschaft üben und damit uns zugleich mit anderen in den Winkel drücken! Frei wollen wir sein, für jetzt nicht nur, sondern auch für die Entfaltung unserer Zukunft! Die Pforten zu diesem frohen Wege beginnen sich hoffnungsvoll zu öffnen.

So wollen wir zunächst lieber vergessen, in welche Gefahr wir uns vor einem Jahr begaben, und in stiller Andacht dem Walten des Schicksals danken, das uns vor gefährlichem Irrwege bewahrt hat. Noch ist zum Jubeln kein Anlaß. Schweres liegt noch vor uns. Nur dem Schwersten sind wir erst entronnen: unserer eigenen Torheit.

M.Z.

„WIR BRAUCHEN DEN FRIEDEN IM INNERN; HABEN
WIR IHN, DANN SIND WIR UNÜBERWINDLICH.“

[Abgeordneter Fuhrmann – nationalliberal – im preußischen Abgeordnetenhaus, am 12.12.1917, in „Tägliche Rundschau“, Nr.634 S.1]

Für und wieder die Vaterlandspartei.

Die Aussprache, die sich gestern im preußischen Abgeordnetenhaus an den Antrag Fuhrmann zur Sicherstellung des den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehenden Rechtes der politischen Betätigung entwickelte und die Lärmszenen, die im Laufe des Tages das Haus oft erschütterten, hatten im Grunde gar nicht den Gegenstand der Beratung zum Anlaß. Es entspann sich vielmehr ein Kampf für und wider die Vaterlandspartei und im Grunde darüber hinaus ein erbitterter Streit zwischen den Befürwortern eines starken deutschen Friedens und den Männern vom 19. Juli. Der einzige, der sich äußerlich an das Thema hielt, war der Minister des Innern, Dr. Drews; aber auch er ging an dem eigentlichen Ziel vorbei und vermochte niemanden im Haus mit Ausnahme **seiner neuesten Freunde auf der äußersten Linken** davon zu überzeugen, daß **sein Erlaß, der den Beamten die Betätigung für eine Partei verbietet, nicht im Hinblick auf den Kampf der Mehrheitsparteien des Reichstages gegen die Vaterlandspartei erlassen worden sei.**

Was der Minister feststellte, war zu einem Teil selbstverständlich. Niemand wird es gutheißen, daß ein Beamter sein Amt dazu mißbraucht, Untergebene politisch zu beeinflussen oder während der Amtsstunden mit amtlichen Materialien für seine politische Partei Propaganda zu machen. Zu einem anderen Teil war die Haltung des Ministers außerordentlich anfechtbar. Wenn er auch feststellte, daß die parlamentarische Tätigkeit der Beamten durch seine Ausführungen nicht berührt werden sollte, so gab er selbst damit zu, daß seine Ausführungen dem Wortlaut nach diese Auslegung natürlich erscheinen ließen.

Mit Recht wurde dem Minister später von Rednern aus dem Haus das Verfehlt seiner Auffassung vorgehalten mit dem Hinweis darauf, daß ihnen kein Beamter sich zum Beispiel um ein Mandat bewerben könne. Doch das war alles nur Aeußerlichkeit. Ueber die Rechte der Beamten, sich an der Politik und an der Arbeit einer politischen Partei zu beteiligen, wird man sich noch gründlicher in einem Ausschuß weiter unterhalten und man darf heute schon der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Minister des Innern sich später veranlaßt sehen dürfte, seinen Erlaß zurückzunehmen oder auf die Beteiligung von Beamten an der Politik der Parteien zu beschränken, die den Staat gefährden.

Wer ist die Partei, die den Staat gefährdet? Das ist die Frage, die auch gestern wieder die Köpfe erhitzte und bei deren Behandlung man erkannte, wie immer wieder eine bange Sorge unser Volk und seine Vertreter beschäftigt: was soll werden, wenn die Regierung weiter wie bisher in dem Fahrwasser der Reichstagsmehrheit segelt und wenn es nicht gelingt, die leitenden Staatsmänner an die Spitze des anderen Teils unseres Volkes zu bringen, der in einem starken Sicherungsfrieden allein das Heil unseres Volkes erblickt?

Der Minister Drews hält wie seine Freunde von der Wahlrechtsfrage die Vaterlandspartei für eine politische Partei, und daher scheint es ihm nicht wünschenswert, daß sich Beamte für sie betätigen. **Sozialdemokraten und Fortschrittler haben ihm diese Auffassung beigebracht und behaupten, daß die Deutsche Vaterlandspartei zersetzend auf unser Volk wirke, den Burgfrieden gefährde und den Krieg verlängere.** Als ob an dem Burgfrieden och irgendetwas zu gefährden sei! Und als ob nicht allgemein bekannt sei, daß die Vaterlandspartei erst nach dem 19. Juli und durch die Entschließung dieses Tages veranlaßt gegründet wurde, um alle die aus allen Parteien zusammenzufassen, die im Gegensatz zu den Flaumachern vom 19. Juli im Reichstag und in der Reichsregierung die Aufgabe des Augenblicks daran erkannt haben, die Siegeszuversicht in unserem Volke zu heben und das Vertrauen in eine glückliche Zukunft unseres Reiches zu stärken. Wenn aber wirklich die Tätigkeit der Deutschen Vaterlandspartei, die heute schon mehr Mitglieder zählt als augenblicklich die Sozialdemokratie, zur Verschärfung der Gegensätze in unserem Volk geführt hätte, so könnte man unmöglich ihr die Schuld und Verantwortung dafür zuschieben.

Der Beifall, den die Dankesworte des Abgeordneten Fuhrmann an, den Führer der Deutschen Vaterlandspartei, Tirpitz, auslösten, und die Zustimmung zu seiner Feststellung, daß die Friedenskundgebung vom 19. Juli in unserem Volke das Gefühl tiefster Niedergeschlagenheit erweckt habe, bewiesen mehr als alles andere die Schuld der Gegner der Vaterlandspartei. **Auch die Zustimmung, die der Abgeordnete v. Hennings fand, als er die Regierung anklagte, sich an unserem Volke dadurch versündigt zu haben, daß sie ihre Aufgabe, für die siegeszuversichtliche Stimmung im Lande zu sorgen, nicht erfüllt habe, wird von den weitesten Kreisen geteilt werden.** Wie anders erfüllten doch die gegnerischen Staatsmänner diese Aufgabe in ihren Ländern. Gerade jetzt kommt uns die Kunde, daß der frühere französische Minister Caillaux strafrechtlich verfolgt werden soll, weil er sich eines Anschlags auf die Sicherheit des Staates u.a. dadurch schuldig gemacht habe, daß er eine flaumachende Propaganda getrieben habe. In Wahrheit ist Caillaux lange nicht so schuldig,

wie die Flaumacher des 19. Juli in Deutschland. Wären sie Abgeordnete in Frankreich oder England, so wäre ihnen schon längst das Urteil gesprochen worden, daß sie verhindert hätte, weiterhin die Sicherheit des Staates zu gefährden.

Doch anders ist es bei uns, wo die Regierung sich verpflichtet hält, mit den deutschen Defaitisten gemeinsame Sache zu machen, um unsere ganze Zukunft zu gefährden. Darum wird das gestern gesprochene „ich klage die Regierung an!“ im Lande ein weithin schallendes Echo finden; wer bisher der Vaterlandspartei noch zaghaft fern geblieben war, wird aus dem Verlauf der gestrigen Aussprache im Abgeordnetenhaus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß er sich an seinem Vaterland versündigt, wenn er dieser Bewegung weiterhin fern bleibt und dadurch verhindert, daß die wahrhafte Stimmung unseres Volkes so deutlich zum Ausdruck kommt, wie es nötig ist, um unsere Regierung aus der Hypnose zu wecken, in die die Männer des 19. Juli sie versetzt haben.

Zu einem Meer muß die Bewegung der Vaterlandspartei in der nächsten Zeit anschwellen, damit sie sich endlich über ihre organisatorischen Aufgaben hinaus ihrem eigentlichen politischen Ziel zuzuwenden und ihre ganze Kraft nützen kann, die ihr die Zugehörigkeit der großen Massen unseres Volkes notwendig verleihen muß. Es gilt die Sicherheit unseres Staates und deren Grundlage: einen starken deutschen Frieden! **R.Fr.**

Der Tag – Nr. 634 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Rußland an die Entente.

Petersburg, 11. Dezember. Die **Petersburger-Telegraphen-Agentur** bringt einen Bericht über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und fährt dann fort: Die bürgerliche Presse hatte einen Mißerfolg dieser Verhandlungen ausposaunt, ist aber nicht übel enttäuscht worden; ihr Lügenunternehmen wird in allen Punkten entlarvt werden. Die ausgefallenen Erfindungen von einer Räumung Petersburgs, einer Abtretung Finnlands, einer Zurücknahme der Front um hundert Werft werden von jedermann genügend gewürdigt werden. Die Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen auf eine Woche wurde auf russischer Seite dazu bestimmt, sich noch einmal an die Alliierten zu wenden und noch einmal die Soldaten und Proletarier aufzurufen, nachdrücklich in den Gang der Ereignisse einzugreifen; dieser Entschluß ist ausgeführt worden. Der **Rat der Volksbeauftragten*** hat den alliierten Ländern vorgeschlagen, an den Friedensverbesprechungen teilzunehmen, aber keine Antwort ist vernehmbar geworden; die Verantwortung fällt auf sie.

**[so werden sich die Revolutionäre Ebert, Haase, Scheidemann, etc. auch nach der Revolution nennen]*

Deutsche Tageszeitung – Nr. 635 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Das Jahr der Friedensangebote.

Einige deutsche Blätter haben gestern gewissermaßen eine Jahresfeier des deutschen Friedensangebotes vom 12. Dezember 1916 begangen. Die Begründung dieser Feststimmung ist freilich ziemlich kümmerlich ausgefallen, und man kann nur den Mut bewundern, daß das Wagnis überhaupt unternommen wurde. Vor kurzer Zeit gerade ist in Wien unter dem Titel „**Der Kampf für und wider den Frieden**“ (**J.Kreppel**, Wien, Verlag „Der Tag“) eine Zusammenfassung der Noten, Reden usw. herausgegeben worden, welche mit den Friedensangeboten der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 beginnt. Sie ist lehrreich, wenn es auch tatsächlich schwer fällt, alle diese „Angebote“ direkter und indirekter Natur durchzulesen. Der Widerwille steigert sich von Seite zu Seite, und wenn man weiß nicht, was sich stärker in den Angeboten zeigt: die sentimentale Freude an geschwollenen Redewendungen und an sich selbst, oder die Unfähigkeit, das Wesen unserer Feinde und das des Krieges selbst zu beurteilen. Das vergangene Jahr hat im Zeichen dieser Angebote gestanden und damit im Zeichen Herrn v. Bethmann Hollwegs, sicher eines der begabtesten Spezialisten auf dem Gebiete der moralpolitischen Phrase. Herr v. Bethmann Hollweg, seine Anhänger und seine Sprachrohre ziehen an uns vorüber mit feierlichen Gebärden und lauten selbstgefälligen Moralreden, die sie aus allen Fenstern heraus halten.

Das wäre schließlich nicht so bemerkenswert, denn an solchem Tun finden viele Menschen, besonders Mitteleuropäer, besonders Gefallen und schöpfen daraus Genuß und Zufriedenheit mit sich selbst. Weniger verständlich und viel weniger harmlos ist aber der Gedanke dieser selben Persönlichkeiten, daß ihre gesalbten Reden und Vorschläge sich wie Oel glättend auf die Wogen des Krieges legen und gar diesem ein Ende machen könnten. Diese Idee war so kindlich – um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen –, daß man darüber lachen kann, wenn die Folgen nicht so schädlich gewesen wären und heute noch wären.

Unsere Feinde haben darüber gelacht und zwar sehr herzlich. Sie hatten allen Grund dazu, ganz besonders als Herr v. Bethmann Hollweg mit seinem ersten Angebot „die Menschheitsfrage des Friedens“ stellte. Damals hat, wie die „Kölnische Zeitung“ seinerzeit berichtete, **ein Franzose gesagt: einen besseren Dienst hätten damals, als Rumänien zu Boden geworfen und die Stimmung in Frankreich und Großbritannien gedrückt und verzagt war, die Staatsmänner der Mittelmächte ihren Feinden nicht erweisen können, denn dieses Angebot habe der ersteren innere Schwäche, vor allem das Fehlen des Glaubens an sich selbst gezeigt.**

Wie wir vor einigen Tagen schrieben, war es ja überhaupt **das Motto der Bethmann Hollwegschen Regierung: Nur nicht siegen, nur auch nicht den Anschein erwecken, als ob man siegen wolle!**

Als dann das „Angebot“ mit Hohn, mit Schmähungen und mit Verachtung abgelehnt worden war, konnte ein harmloser Zuschauer vielleicht glauben, es werde nun etwas anders werden, denn die Erklärungen des Reichskanzlers usw. hatten betont: Lehne der Feind das deutsche Angebot ab, so werde man entschlossen bis zum Siege weiterkämpfen. Schon sehr bald hörte man aus Wien wie aus Berlin: das Friedensangebot werde nach wie vor aufrecht erhalten, man warte noch immer, ob nicht vielleicht unsere Feinde wenigstens die Gebärde machten, als ob sie einen kleinen Finger reichen wollten. Die Revolution in Rußland kam, und sofort machte sich Herr v. Bethmann Hollweg auf, um mit langgestreckter Friedenshand hinter den wechselnden russischen Regierungen herzueilen, wie immer „vor Gott und der Geschichte“. Wir fürchten, nebenbei gesagt, daß sein Bild in der Geschichte nicht gerade so ausfallen wird, wie er es in der ihm eigenen Selbstzufriedenheit sich vorstellen mag.

Ein peinliches Ereignis trat während dieser Periode ein: **Der deutsche Sieg am Stochod.** Der deutsche Kanzler aber wußte, was er sich und der Menschheit schuldig war: er bat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ um **Entschuldigung wegen solcher militärischer Taktlosigkeit, derartiges werde nicht mehr vorkommen.** In der Folge befließigte man sich in Berlin und Wien, nach sozialdemokratischer Anweisung, den Russen zu erklären und, was die Hauptsache war, im gleichen Sinne auch zu arbeiten, man denke gar nicht daran, sie von ihren Bundesgenossen zu trennen, sie zu einem Treubruch verleiten zu wollen. Das wäre ja auch abscheulich gewesen, und wir verstehen heute noch nicht, wie man überhaupt auf einen so unsittlichen Gedanken hat verfallen können.

Im Sommer kam denn der nicht historische, sondern hysterische Moment der Verzichtresolution im Reichstage mit erneutem Friedensangebot, es folgte die Papstnote, und die deutsche Antwort auf sie war wieder ein Friedensangebot. Die gesamte Presse der Hungerfriedensmehrheit ist ein chronisches Friedensangebot in den verschiedensten Formen. Die beliebteste ist die, daß man moralisch „schön macht“ oder im beschwichtigenden Tone erfahrener Kinderfrauen unseren Feinden gut zuredet: sie möchten doch nun endlich vernünftig werden, nachher sei dann ja natürlich alles wieder gut, und man werde sich nichts nachtragen und wieder hübsch miteinander spielen wir vor dem Kriege.

Gerade das vergangene Jahr hat zu Lande und zu Wasser gewältige militärische Erfolge gebracht und eine Lage geschaffen, welche günstiger ist als je zuvor während des Krieges. Ein Teil der schlimmen Wirkungen der fortgesetzten Friedensangebote ist damit ausgeglichen worden, aber nur ein Teil. Ganz anders und unvergleichlich günstiger lägen die Dinge, wenn die Feinde während dieses vergangenen Jahres anstatt der fortgesetzten Friedenbitten, anstatt kindlichen Moralisieren, anstatt Mangels an Selbstvertrauen und Fehlens eines Willens zu siegen, das Gegenteil gesehen hätten, nämlich klare, positive Zielsicherheit in Worten und in politischen Handlungen und nüchterner Erkenntnis des Wesens dieses Krieges und unserer Feinde, kurz den Geist, welchen die neulich hier wiedergegebene Hindenburg-Ludendorffsche Unterhaltung mit den Vertretern der Wiener „Neuen Freien Presse“ erfüllte. Die fortgesetzten Friedenangebote in ausdrücklicher und verschleierte Form haben unseren Feinden auch heute noch das feste Vertrauen gegeben, daß sie die Sieger sein werden und doch Eigenschaften besitzen, die dazu nötig sind und ihrer durch die Friedensangebote hervorgerufenen Meinung nach den Deutschen fehlen.

Die Friedenangebote und die mit ihnen verbundene Politik hat nichts erreicht, als den Krieg zu verlängern „vor Gott und vor der Geschichte“. – Gerade diese Geschichte der „Angebote“ zeigt übrigens recht reizvoll, daß das Wort Herrn v. Bethmann Hollwegs: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ unmittelbar von seinem eigenen Entlassungsgesuch hätte gefolgt sein müssen. Aber; „tantum aberat, ut“..... sagten die Römer! *[Er war so weit weg, daß...]* **E.R.**

Herr Dr. Drews – Vaterlands-Partei – Fürst Bismarck.

Auf die gestrigen Erklärungen des Ministers des Innern* über seine Instruktion für die politischen Beamten müssen wir zurückkommen, weil sie in hohem Maße kennzeichnend dafür sind, wie weit gewisse Dinge in Preußen bereits gedeihen konnten. Der Minister ging von dem grundsätzlichen Standpunkt aus, daß die Regierung alle Parteien, sofern nicht etwa eine Partei nachweislich Verrat am Vaterlande übe, in gleicher Weise handle; daß sie nach dem bekannten Kaiserwort in dieser Kriegszeit überhaupt keine Parteien kenne.

Demgegenüber muß mit allem Nachdruck daran festgehalten werden, daß die Deutsche-Vaterlands-Partei eine ganz andere Stellung einnimmt, als die politischen Parteien; auch der preußische Minister des Innern sollte nicht achtlos daran vorübergehen dürfen, daß die Deutsche-Vaterlands-Partei nicht nur Angehörige aller Parteien, unbeschadet ihrer sonstigen Parteizugehörigkeit, aufnimmt, sondern auch grundsätzlich auf die Tätigkeit, die das entscheidende Kennzeichen politischer Parteien bildet, die Aufstellung eigener Kandidaten für das Parlament verzichtet. Die Deutsche-Vaterlands-Partei treibt, um eine einst für die nationale Bewegung in der deutschen akademischen Jugend gebrauchte Kennzeichnung anzuwenden, nicht Politik, sondern Patriotismus. Sie nimmt der Politik gegenüber genau die gleiche Stellung ein wie etwa der Flottenverein oder die Kolonialgesellschaft; wir wüßten aber nicht, daß eine preußische Regierung es jemals für ihre Aufgabe gehalten hätte, diesen Vereinigungen Steine auf den Weg zu werfen, obwohl sie durchaus nicht immer in Einklang mit der amtlichen Flotten- oder Kolonialpolitik geblieben sind. Schon aus diesem Hinweise ergibt sich, daß die Stellungnahme des Herrn Dr. Drews gegenüber der Vaterlandspartei nicht einen Akt der Gerechtigkeit, sondern einen solchen handgreiflicher Ungerechtigkeit darstellt.

Das ist umso mehr der Fall, als die Deutsche-Vaterlands-Partei sich ausdrücklich zum Ziel setzte, der Regierung eine Stütze gegenüber dem Druck gewisser parlamentarischer Parteien zu geben – und als die Deutsche-Vaterlands-Partei sich eine Aufgabe gestellt hat, deren Erfüllung von Rechts wegen Pflicht und Schuldigkeit der Regierung selber wäre. In keinem anderen Lande der Welt, das in einen Krieg um sein Dasein verwickelt ist, wäre es möglich, daß die Regierung es nicht als ihre eigenste und selbstverständlichste Aufgabe ansähe, den Siegeswillen der Nation zu stärken und zu beleben: **Im heutigen Preußen hält die Regierung es für ihre Sache, einer nationalen Bewegung, die ihr diese Aufgabe abnimmt, hindernd in den Weg zu treten!** So sieht das erste Morgenrot der neuen Zeit aus, die Herr Dr. Drews in Preußen heraufführen will.

Nach seinen Erklärungen kann jeder preußische Beamte, auch der politische Beamte, sich jetzt ruhig zur Sozialdemokratie bekennen; daran hindert ihn der Eid, den er dem König geschworen hat, nach der Auffassung der Regierung nicht mehr. **Tritt er aber für eine Vereinigung ein, die den Sieg der Nation über ihre äußeren Feinde anstrebt, durch den selbstverständlich auch die Monarchie in Deutschland neu gestärkt würde, dann überschreitet er nach Herrn Dr. Drews die Grenzen der Zurückhaltung, die ihm durch den Eid gegen den König auferlegt sind.** Herr Dr. Drews hat freilich schon bei einer anderen Gelegenheit erklärt, daß der Standpunkt der Regierung sich nicht logisch begründen lasse; uns scheint, hier kommen aber noch ganz andere Dinge wie die Logik ins Spiel!

[*Wilhelm Arnold Drews, *11.02.1870 - +17.02.1938; Jurist, ab 05.08.1917 preußischer Innenminister; aktiv in Staatsdiensten bis zu seinem Tod]

Die Friedensfeinde an der Arbeit.

Die Kriegspolitik der Entente steht vor zwei großen Schwierigkeiten, die eine besteht in der Entschlossenheit der Petersburger Regierung, mit dem Vierbunde über den Abbau des Krieges zu verhandeln, die andere in der Kriegsmüdigkeit der eigenen Völker, die immer lauter zu fragen beginnen, warum angesichts der Friedensbereitschaft der Mittelmächte noch weiter gekämpft werden solle.

Hinsichtlich der Stellungnahme der Entente zu der Petersburger Regierung haben wir bereits am letzten Samstag angedeutet, daß die Vereinigten Staaten den Beginn damit gemacht haben, die Politik der Drohungen zunächst aufzugeben. Der Vertreter Wilsons in Petersburg hatte die Weisung erhalten, sich mit der dortigen Regierung in Verbindung zu setzen, um auf ihre Verhandlungen mit dem Vierbunde Einfluß zu gewinnen und sie stören zu können. England und Frankreich sind mittlerweile diesem Beispiele gefolgt, wie die Erklärungen Buchanans und der geänderte Ton der Londoner und der Pariser Presse zeigen. Andererseits aber hat die letzte Rede Wilsons auch bereits die Taktik erkennen lassen, die man gegenüber den in den eigenen Ländern immer lauter werdenden Fragen nach den eigentlichen Kriegszielen der Entente einschlagen will. **Wilson sprach von der deutschen Autokratie, die vernichtet werden müsse, und Asquith vom preußischen**

Militarismus, dessen Zertrümmerung das Kriegsziel der Entente bilde, und Churchill fügte noch hinzu, daß die Kriegsziele Englands heute genau dieselben seien wie im August 1914.

Offenbar soll diese Aeußerung Churchills die Antwort auf eine Rede des englischen Arbeiterführers Thomas bilden, der den englischen Ministern vorwarf, daß sie Lügner seien, da sie ihr Kriegsziel geändert hätten. Dieser Vorwurf des englischen Arbeiterführers erscheint uns indessen nicht begründet, denn es ist kein Anzeichen vorhanden, daß **die Regierung Lloyd Georges ein anderes Kriegsziel hat, als es die Asquiths hatte, für beide bildet die Vernichtung dessen, was sie deutschen Militarismus nennen, das Ziel dieses Krieges.**

Asquith behauptet, daß dieses Ziel national, uneigennützig und den allgemeinen Weltfrieden sichernd sei, wenn aber dem so ist, dann fragen wir Asquith, wieso er es der englischen Oeffentlichkeit erklären kann, daß diese „uneigennützig und friedensichernde“ Politik Englands und der Entente in den bekannten Raubverträgen in Erscheinung treten konnte, die in Petersburg veröffentlicht worden sind? – Zugegeben, daß **England nur Aegypten, Mesopotamien und den besten Teil der deutschen Kolonien rauben wollte, allein es hat den Eroberungszielen seiner Verbündeten auch auf europäischem Boden zugestimmt, es hat sich damit einverstanden erklärt, daß Oesterreich-Ungarn zerstückelt und Deutschland zerrissen werde, um sich, dadurch ihre Mithilfe zur Erlangung des eigentlichen englischen Kriegszieles zu sichern, der Zertrümmerung der überlegenen Organisation des deutschen Staates, die das deutsche Volk befähigt hat, schon im Frieden als Minderheit im friedlichen Wettbewerbe seine an Zahl überlegenen Gegner zu schlagen.**

Diese höhere Organisation ist es, was Wilson Autokratie und Asquith Militarismus nennt, Bezeichnungen, durch die die Welt getäuscht werden soll. In rein militaristischer Beziehung war Rußland mehr und Frankreich mindestens ebenso militaristisch als Deutschland, was aber die Anklage der Autokratie anlangt, so wäre sie mit weit größerem Rechte gegen das zaristische Rußland zu erheben, mit dem Asquith in den Krieg gezogen ist, ganz abgesehen davon, daß Lloyd George, Wilson und Poincare weit größere Autokraten sind als der deutsche Kaiser. Asquith ist der Typus des von seiner Gottgerechtigkeit überzeugten englischen Heuchlers. Er sagt kein Wort von den Raubverträgen der Entente, kein Wort davon, daß es das Kriegsziel Englands sei, Deutschlands Volkskraft zu zerbrechen, und hat die Ueberzeugung, daß er damit seine Zuhörer nicht hintergeht, nicht betrügt; er ist ein Lügner – aus Ueberzeugung und darum hat er auch die eiserne Stirne, zu sagen, daß er Licht über die englischen Kriegsziele verbreiten wolle, während er bewußt ist, sie zu verdunkeln.

Es wird viel über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in diesem Kriege gesprochen und die Entente-Presse nimmt es für jedes Zwergvolk in Anspruch, sofern es ihrem Zwecke förderlich ist; dem großen deutschen Volke aber will man dieses Selbstbestimmungsrecht nehmen, indem man es zwingen will, **die ihm eigentümliche Organisation, die es auch den Engländern überlegen macht, zu vernichten!** Vielleicht gab es eine Zeit, und sie mag noch nicht so fern hinter uns liegen, wo es denkbar gewesen wäre, daß der demokratische Schwindel, der jetzt von den englischen und amerikanischen Autokraten und Imperialisten aufs neue versucht wird, auch bei uns gewirkt hätte; seitdem aber hat die militärische und die diplomatische Lage der Entente sich derart verschlechtert, daß sie sich gezwungen sieht, ihre lügnerischen Worte sofort durch ihre Taten zu dementieren. Alle Welt weiß heute, daß Wilson dem Italiener nur darum Kriegshilfe verspricht, um das Kriegsfeuer in Europa zu schüren, alle Welt weiß heute, daß die Entente nur deshalb gute Miene zu der Friedenspolitik der Petersburger Regierung macht, um sie zu durchkreuzen, alle Welt weiß heute aber auch, daß in demselben Augenblicke, wo Buchanan erklärt, daß England der beste Freund Rußlands sei und mit der Petersburger Regierung im Einvernehmen bleiben wolle, dasselbe England alle Hebel in Bewegung setzt, um in Südrußland eine Revolution hervorzurufen und dadurch die russische Regierung zu stürzen, die den Frieden ehrlich und ernstlich will.

Alle diese Erscheinungen muß man sich gegenwärtig halten, um angesichts der widersprechenden Nachrichten des Tages die richtige Orientierung zu behalten und Folgerungen zu unterlassen, die weit über das Maß des Wahrscheinlichen hinausgehen. Die Regierungen der Westmächte und die amerikanischen Dollarleute machen die größten Anstrengungen, um den Abbau des Friedens zu verhindern, es wird ihnen nicht gelingen, allein man muß immerhin damit rechnen, daß diese Bemühungen unter Umständen wenigstens zeitweise Teilerfolge haben, und daß der allgemeine Friede nur durch die selben militärischen Mittel herbeigeführt werden kann, mit denen der Zarismus gestürzt und der Friedenswille in Rußland belebt werden konnte.

Deutsches Volksblatt– Nr. 10389 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.11

Das Ultimatum Rußlands an die Entente.

Genf, 13. Dezember. Laut „Humanité“ heißt es in dem vom der russische» Regierung an die Entente gerichteten Ultimatum: „Wenn die Alliierten nicht mit uns gemeinsam den von uns angestrebten allgemeinen

Frieden schließen wollen, so werden wir selbständig vorgehen und die Schuld fällt auf die Entente, deren Entscheidung wir pünktlich am 2. Dezember (..) [19.12.1917 Greg.Kal.] erwarten, nicht länger!“

Arbeiter Zeitung– Nr. 341 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.3

Erzberger über sich und über den Frieden.

Bern, 12. Dezember. In einem Bericht der „Westminster Gazette“ vom 27. November über die Berner Konferenz wegen der Gestaltung der Völkerbeziehungen nach dem Kriege bemerkte die Redaktion des liberalen englischen Blattes, daß sie Wert darauf legen würde, zu wissen, welchen Standpunkt Reichstagsabgeordneter Erzberger, einer der Konferenzteilnehmer, gegenüber den verschiedenen besprochenen Problemen vertritt und ob seine Partei seine Anschauungen teilt.

Erzberger bevollmächtigte telegraphisch das Komitee der Berner Konferenz, der Redaktion der „Westminster Gazette“ mitzuteilen, daß er die allgemeinen Anschauungen der Konferenz teile, und fügte bei: Ich lehne erzwungene Gebietsabtretungen ab und erachte es für wünschenswert, daß, falls zwei Staaten über eine Abtretung einig sind, auch den Wünschen der betreffenden Bevölkerung Rechnung getragen wird. Ich bin mit Professor Schücking einig über die Notwendigkeit und den Ausbau der Haager Friedenskonferenzen und der Schaffung eines permanenten internationalen Gerichtshofes sowie eines Einigungsamtes mit der Verpflichtung, die Waffen nicht eher zu ergreifen, als bis ein friedlicher Ausgleich durch das internationale Organ versucht wurde. Ich halte es für eine Pflicht aller Staaten, dieses Abkommen zu gewährleisten, und trete für eine gegenseitige gleichzeitige Rüstungsbeschränkung durch internationale Vereinbarungen mit dem Endziel des päpstlichen Friedensvorschlages ein. Ich halte es für notwendig, daß die Rüstungsbeschränkungen von allen Staaten gemeinsam garantiert werden. Meine Stellungnahme ergibt sich schon aus dem Umstand, daß ich die Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli angeregt habe. Die Zentrumsfraktion hat die Auffassung geteilt, indem sie der Resolution zustimmte, die Friedenskundgebung des Papstes warm begrüßte und die deutsche Antwort auf die Friedenskundgebung des Papstes billigte. Wenn sich das englische Parlament auf den Standpunkt der deutschen Reichstagsresolution und der Antwort der deutschen Regierung an den Papst stellte, würden die meisten Hindernisse für die Herbeiführung eines dauerhaften und gerechten Friedens beseitigt sein.

Deutsche Zeitung – Nr. 627 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Im September 1917.

Im englischen Unterhause hat sich die englische Regierung befragen lassen, ob sie von den Mittelmächten Friedensanträge erhalten habe. Balfour antwortete darauf, die englische Regierung habe im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhalten, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung Mitteilung über den Frieden zu machen. Die britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche Regierung zu übermitteln wünsche.

Diese Mitteilung Balfours ist sehr bemerkenswert. Mitte September wies die „**Deutsche Zeitung**“ in einer Anzahl von Aufsätzen darauf hin, daß wohlverbürgte Gerüchte über einen englischen Friedensführer in Umlauf seien und daß sich ein sogenannter Kronrat mit dieser Frage beschäftigt habe. Es ist damals amtlich nicht bestritten worden, daß der Kronrat sich gegen ganz wenige, aber äußerst gewichtige Stimmen dafür ausgesprochen habe, Deutschland solle unter Umständen Belgien preisgeben. Die Veröffentlichungen der „**Deutschen Zeitung**“ fanden einen ungemein starken Wiederhall in der Presse und im Volke. Auch der „**Kölnischen Volkszeitung**“ gingen dann Mitteilungen zu, daß **die Entscheidung über Belgien „in englandfreundlichem Sinne“** gefallen sei. Kurz darauf erschien jener aufsehenerregende Berliner Artikel der „**Münchener Neuesten Nachrichten**“, in dem es hieß: „Was die belgische Frage angeht, für deren Beantwortung man sich in England besonders interessiert, so sind wir zweifellos bereit, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen“.

Es hieß damals, es liege eine selbständige Anfrage Englands vor. Balfour teilte nun mit, Deutschland habe gebeten, England eine Mitteilung über den Frieden machen zu dürfen, worauf England sich zum Empfang einer solchen Mitteilung bereit erklärt habe. Ob Balfour den Gang der Ereignisse lückenlos schildert, sei dahingestellt. Jedenfalls hätte also die deutsche Regierung nach der englischen Schilderung eine direkte Aussprache über den Frieden mit London gesucht und zwar auf Grundlage des Verzichts auf Belgien. Zu der tatsächlichen Mitteilung der Bereitschaft zu diesem Verzicht nach London ist es damals erfreulicherweise

anscheinend nicht gekommen, denn Balfour sagt, die englische Regierung sei ohne weitere Nachricht geblieben. Vermutlich ist die deutsche Regierung infolge der Stellungnahme zwei wichtigster Persönlichkeiten im Kronrat und infolge des Sturmes der Entrüstung im deutschen Volke und an den Fronten davor zurückgeschreckt, England die im Kronrat erklärte Bereitwilligkeit zum „Desinterressement“ in Belgien mitzuteilen. **Das zeigt wie notwendig und erfolgreich eine große starke Volksbewegung sein kann. Sie wäre auch heute, in dringendster Gefahr, Erfordernis zur Rettung des Vaterlandes und Volkes. Um so mehr, als die Verzichtler die Macht im Reiche immer mehr an sich gerissen haben.**

Von der Bedingung, die Graf Hertling nach dem „Vorwärts“ der Hungerfriedensmehrheit des Reichstages gegenüber eingegangen sein soll, „die Kompetenzgrenze des Militärs gegenüber der politischen Führung der Reichsgeschäfte schärfer abzustecken“, ist es in der Verzichterpresse auffällig still geworden. Man behauptet, das hätte seinen Grund darin, daß Graf Hertling sein Versprechen „schärfere Absteckung der Kompetenzgrenze“ bereits in einer Weise und in einer Form eingelöst habe, daß die Hungerfriedensmehrheit daraus die schönsten Erfolge für ihre Bestrebungen erhoffe. Es wird angedeutet, daß Graf Hertling oder Herr v. Kühlmann, der das Versprechen im Namen Hertlings gegeben haben soll, dieses selbstverständlich im Sinne der Hungerfriedensmehrheit nur hätten einlösen können mit Hilfe der maßgebendsten, aber der politischen Kritik entzogenen Stellen.

Wir halten diese doch jedenfalls unwahren Ausstreungen für eine der schwersten Beleidigungen dieser Stelle. Es zeigt sich aber, über welche Macht die Kreise der Hungerfriedensanhänger bereits zu verfügen glauben. Da die politische Leitung des Reiches mit ihr seelenverwandt zu sein scheint, wäre es fraglich, ob sie auch heute noch, wie im September, den englischen Lockrufen zu widerstehen vermöchte, wenn nicht die große nationale Erhebung des Volkes machtvoll deutlich in Erscheinung tritt. Hier hat die Deutsche Vaterlandspartei die Aufgabe vor sich, für die sie gegründet zu sein scheint. Die Zeit drängt, zur Erfüllung dieser Aufgabe zu schreiten.

E.B.

Deutsche Zeitung – Nr. 628 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Im September 1917.

Die von Balfour im englischen Unterhause abgegebene Erklärung, nach der im September d.J. von deutscher Seite abermals eine Anfrage wegen eines Benehmens über Friedensverhandlungen an die englische Regierung herangetreten sei, wird in Berlin offiziös weder als falsch bezeichnet noch bestätigt. Man meint, sie sei „irreführend“. Die Angelegenheit werde untersucht. Nach Abschluß der Untersuchung werde seitens des Auswärtigen Amtes eine Erklärung abgegeben werden. Die Auskunft muß in hohem Grade befremden. Leidet das Auswärtige Amt an Gedächtnisschwund, so daß es sich eines solchen Vorganges, der ja allerdings allmählich gewissermaßen das Gesicht des Alltäglichen angenommen haben mag, nach so kurzer Zeit auch ohne besondere Untersuchung nicht mehr erinnern kann? Ist die Registratur des Amtes nicht in Ordnung, so daß man sich dort, falls man tatsächlich nicht ohne weiteres Bescheid weiß, durch einen einfachen Griff Rats holen kann? **Oder – liegt abermals ein Fall des von uns mehrfach beleuchteten Schleichhandels mit Friedensangeboten vor?**

Deutsche Zeitung – Nr. 628 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

„Deutschlands Verhängnis“.

In der schweizerischen Bundeshauptstadt **Bern** fand jüngst eine „**Vorkonferenz für einen dauerhaften Frieden**“ statt, die von den „**Emmentaler Nachrichten**“ als unerwartet großer Erfolg bezeichnet wird und nach Auffassung des Schweizer Blattes „die eigentliche Konferenz, welche im Beisein auch der Vertreter aus den Weststaaten sobald als möglich in Genf stattfinden soll, viel verheißend einleitete“. Von den Teilnehmern nennt das Schweizer Blatt u.a. **aus Deutschland die Herren: Gothein, Erzberger, Blunck, Bernstein, Professor Quidde und Professor Schücking**. Welche Gesinnung diese Herren vertreten, die von den „Emmentaler Nachrichten“ „als typische Vertreter der enormen Majorität der deutschen (!) und österreichisch-ungarischen Völker“ betrachtet werden, geht aus folgender Äußerung des Professors Quidde in der sich der Konferenz anschließenden öffentlichen Versammlung hervor:

Ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen tut uns not; es darf weder Sieger noch Besiegte geben. Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender, endgültiger Sieg, der im Innern die Alldeutschen und jenseits der Grenze die Revanche-Idee stärkte.“

Und mit einem Manne, der Deutschlands Sieg als Verhängnis bezeichnet, setzen sich die Erzberger , Gothein an einen Tisch!

Deutsche Zeitung – Nr. 628 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Scheidemann in Stockholm.

Die „**Deutsche Zeitung**“ stellte in der Morgenausgabe vom 12. Dezember die Frage: „Was tut Scheidemann in Stockholm?“ unter Hinweis darauf, daß die Reise Scheidemanns nach Stockholm zum mindesten im Einverständnis mit der politischen Leitung des Deutschen Reiches erfolgt sein müsse. Der „**Vorwärts**“ antwortet heute auf diese Frage, die ihm um deswillen ersichtlich peinlich ist, weil er die Tatsache der Anwesenheit Scheidemanns in Stockholm lieber verborgen gesehen hätte.

Aber da die Frage einmal in aller Öffentlichkeit gestellt ist, muß der „**Vorwärts**“ von ihr Notiz nehmen. er sagt, Scheidemann weile im Auftrage der sozialdemokratischen Partei in Stockholm. Er wirke dort für den Frieden.

Wir hatten, als wir unsere Frage stellten, schon angenommen, daß Herr Scheidemann in Stockholm für den von ihm erstrebten Hungerfrieden wirken werde. Welcher Art seine Wirksamkeit voraussichtlich sein werde, deuteten wir ebenfalls an. **Wir sagten, Herr Scheidemann werde wahrscheinlich seine Reise nach Stockholm benutzen, um den Russen nun auch persönlich zu sagen, „das deutsche Volk“ werde mit dem „großmütigen Frankreich“, mit dem „mächtigen England“ und dem „demokratischen Amerika“ gegen das die Völker unterdrückende Germanentum Stellung nehmen.** Rußland brauche also auf etwaige Forderungen „der deutschen Autokratie“ nicht eingehen. **Wir sagten ferner, bekanntlich hätten sich Scheidemann und der „Vorwärts“ stets gegen einen Sonderfrieden mit Rußland erklärt, um den deutschen Sieg über die Westmächte zu verhindern.** Es sei also bei der überzeugungstreuen Haltung Scheidemanns eigentlich selbstverständlich, daß er in Stockholm auch in dieser Richtung tätig sein werde. Auf diese Art Friedenswirksamkeit Scheidemanns in Stockholm geht der „**Vorwärts**“ bezeichnender Weise gar nicht ein. Dagegen schreibt der „**Vorwärts**“ ohne jede Einschränkung:

„Die „**Prawda**“, das Organ der russischen Regierung, warnt vor jedem Versuch, Polen, Kurland und Litauen dem deutschen Imperialismus zu unterwerfen. Gegenüber einem solchen Versuche würde das russische Heer die Ehre der russischen Revolution verteidigen, die Massen in England und Frankreich würden dann davon überzeugt sein, daß ihre Regierungen recht hatten, als sie sagten, ein loyaler Friede mit Deutschland sei eine Unmöglichkeit. Aber auch die deutschen Arbeiter würden ihren Herren nicht folgen, falls diese den Krieg fortsetzen wollten, um Eroberungen im Osten zu machen.“

Also: jede deutsche Einflußnahme auf Polen, Kurland und Litauen, das versteht er unter „dem deutschen Imperialismus unterwerfen“, möchte der „**Vorwärts**“ mit dem Generalstreik in Deutschland beantworten sehen. Herr Scheidemann würde also wahrscheinlich mit der ganzen Autorität seiner großen und einflußreichen Persönlichkeit den feindlichen Vertretern in Stockholm versichern, wenn von deutscher Seite bei irgendwelchen Verhandlungen gedroht würde, Deutschland werde den Krieg fortsetzen, wenn die Gegenseite nicht auf bestimmte Bedingungen eingehe, die in der Richtung des „deutschen Imperialismus“ liegen, so brauche man dieser kraftvollen Geste keine besondere Bedeutung beizulegen. Es sei schon richtig: die deutschen Arbeiter würden streiken, wenn Deutschland Einfluß auf Polen, Kurland und Litauen beanspruche.

An einer anderen Stelle schreibt der „**Vorwärts**“, der deutsche Militarismus könne nur politisch besiegt werden, durch einen Frieden der Schiedsgerichte und internationale Abrüstung. **„Für diesen Frieden sind wir beide, hüben und drüben, nur mit dem einen Unterschied: wir wollen ihn jetzt schon, ohne geschlagen zu sein, und drüben wollen sie ihn später einmal, wenn wir geschlagen sein werden.“** Es bleibe dabei, daß wir geschlagen werden müßten. „Worauf wir, auch die entschiedensten Gegner des Militarismus unter uns, nur sagen können: Es tut uns leid, aber wir können nichts dazu tun!“

Also: der „deutsche Militarismus“ soll und muß auch nach Auffassung des „**Vorwärts**“ besiegt werden. Das ist nur möglich durch den Scheidemannschen Hungerfrieden. Der hat die gleiche Wirkung mit und ohne unsere vorherige militärische Besiegung Deutschlands dann „bleibt es dabei, daß wir geschlagen werden müssen“.

Das tut dem „**Vorwärts**“ leid, aber: wir können nichts dazu tun.“ Der deutsche Militarismus muß besiegt werden!“ So oder so. Auch daß wird also voraussichtlich Herr Scheidemann den Feinden in Stockholm auseinandersetzen.

Das Kriegsjahr nach dem Friedensangebot.

Am 6. Dezember 1916 war mit dem gleichzeitigen Einzug deutscher Truppen in Bukarest, der Hauptstadt Rumäniens, und in Ploesti, dem Vorort seines wirtschaftlichen Wohlstandes, das Schicksal dieses Landes entschieden. Mit dem Verlust seiner blühendsten Provinzen mußte es den Verrat bezahlen, den es an den Mittelmächten begangen hatte. Wenige Tage später, am 12. Dezember, erfolgte unsererseits das Friedensangebot an die Entente. Schnöde wurde es zurückgewiesen und mit Hohn und Spott antworteten unsere Gegner auf unser ehrlich gemeintes Anerbieten. So ging der Krieg weiter, weil es die Entente und ihre Staatsmänner so wollten, zweifellos in dem Gedanken, daß das kommende Kriegsjahr eine Wendung zu ihren Gunsten bringen müsse; lebten sie doch in dem Wahn, daß die Zeit für die Arbeit.

Es ist anders gekommen! Die Katastrophe Rumäniens bildete den Auftakt zu einer ununterbrochenen Reihe deutscher Erfolge im Verlauf des kommenden Kriegsjahres. Allerdings setzte, während die Niederwerfung des südöstlichen Feindes vollendet wurde, zunächst eine scharf ausgeprägte Kampfpause von mehreren Monaten ein, für die England die Parole ausgegeben hatte, zu den neuen Kämpfen an der Westfront Vorbereitungen zu treffen, die selbst die technischen Maßnahmen der Somme-Schlacht überträfen. Fieberhaft ging die Entente unter Heranziehung der technischen Hilfsmittel der ganzen Welt an die Arbeit. Aber auch unsererseits zögerte man nicht, die Zusammenfassung der gesamten wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands für die Zwecke des Krieges einzuleiten; das Hindenburg-Programm und die Hilfsdienstpflicht gab unseren Gegenmaßnahmen das Gepräge. Gleichzeitig ging man daran, in rastloser Ausbildung in und hinter der Front die Truppen für ihre kommenden schweren Aufgaben zu stählen und vorzubereiten.

Eine ganz neue Kampfarm, die moderne Abwehrtaktik, deren Hauptmerkmal die elastische Gestaltung der Verteidigung bildete, wurde Führer und Mann eingepreßt. Vor allem aber setzte der U-Bootkrieg als wirksamstes Kriegsmittel zum Siege ein. Bei Herstellung des Kriegsmaterials für die Frühjahrskämpfe hätten wir im Wettkampf gegen die Industrien der ganzen Welt unterliegen und dies mit Tausenden kostbarer Menschenleben bezahlen müssen, wenn wir nicht in dem U-Bootkrieg das Mittel fanden und zur Anwendung brachten, das den Kampf gegen die Kriegswirtschaft unserer Feinde an wirksamster Stelle – der Unterbindung der Zufuhr feindlichen Kriegsmaterials – aufnahm.

Als dann das Frühjahr 1917 herankam, hatten unsere Gegner in monatelanger Arbeit ihre Kampfmittel gegen die Stellen unserer Westfront angehäuft, wo sie mit Recht einen Durchbruch zu erzwingen hoffen konnten. In der Gegend zwischen Arras und St. Quentin waren durch unsere Flieger und die Erkundungen der fechtenden Truppen Vorbereitungen zu einer Offensive erkannt worden, wie sie bisher noch niemals in der Weltgeschichte getroffen waren, einem Frontteil gegenüber, der sich weder taktisch noch technisch zur nachhaltigen Verteidigung eignete. Entscheidende Bedeutung konnte hier dem gemeinsamen englisch-französischen Offensivstoß zukommen. Da galt es, durch entschlossenes Handeln die Absichten des Gegner zunichte zu machen.

Wie Hindenburg durch die strategischen Räumungsmaßnahmen, durch das Zurücknehmen der Armee auf 150 Kilometer Frontbreite auf die sorgsam vorbereitete Siegfriedstellung mit einem Hieb die gesamten Ententevorbereitungen zerschlug, dürfte noch in aller Erinnerung sein. Alles, was Engländer und Franzosen an Geschützen aller Kaliber, an Artilleriemunition herbeigeschafft, an Feldbahngleisen gestreckt, an Wegen gebaut, an Truppenlagern und Flugzeugstationen eingerichtet hatten, was sie an Truppen bereitgestellt, ja selbst an Artilleriestellungen und Beobachtungsstellen eingerichtet hatten, stand mit einem Male am falschen Fleck. Der große Angriffsplan der Entente für das Frühjahr 1917 war vereitelt worden. Dazu kam ein bedeutender Zeitgewinn als strategischer Nebenerfolg für unsere Führung, den wir ausnutzen konnten, unsere Abwehrmaßnahmen in der neuen Stellung gründlich vorzubereiten, um den kommenden Ereignissen voll Zuversicht entgegen zu sehen.

Als die Engländer und Franzosen sich dann von ihrer Verblüffung über diesen strategischen Schachzug erholt hatten und erkannten, daß sie vor eine ganz neue Aufgabe gestellt waren, blieb ihnen nichts übrig, als in den kommenden Monaten – um von ihrem Artillerieaufmarsch zu retten, was noch zu retten war – an zwei räumlich weit getrennten Punkten zur Offensive zu schreiten. Sie wählten hierzu zunächst im April die Angelunkte der neuen Stellung, allmählich erstreckten sich dann aber Teiloffensiven unserer Gegner im Laufe der Frühjahrs- und Sommermonate auf die ganze Front von Verdun bis hinauf nach Flandern aus, wo seit fünf Monaten die Schlacht fast ohne Unterbrechung tobte, und wo noch heute schwerste Artilleriekämpfe zeigen, daß wir mit neuen Anstrengungen zum gleichen Zweck rechnen müssen.

Sieht sich doch England vor die schwierige Aufgabe gestellt, hier zu Lande den Kampf gegen unsere U-Boote durchzuführen, gegen die es zur See machtlos ist. Aber wie überall auf der ganzen langgestreckten Front Schlacht auf Schlacht für unsere Gegner verloren ging, wenn sie auch hier und dort durch maßlosen Einsatz ihrer technischen und zahlenmäßigen Ueberlegenheit eine Einbeulung unserer Linien erzwingen konnten, so haben auch die Engländer ihr Ziel an keiner Stelle erreicht. Strategisch blieben wir überall Sieger. **Auch die Landschlacht gegen unsere U-Boote hat der Gegner verloren** und unerbittlich sinkt sein Tonnenraum weiter in die Tiefe des Meeres. Der letzte Versuch Albions, durch Ausnutzung des Ueberraschungsmoments bei Cambrai zum Durchbruch zu kommen, ist ebenfalls gescheitert, sein dortiger Sieg ist zum Pyrrhussieg geworden.

Während so an der Westfront die Schlag auf Schlag einander folgenden Angriffe des überlegenen Gegners eine Aenderung der strategischen Lage zu seinen Gunsten nicht herbeiführen konnten, wenn sie auch hier und da zu örtlichen Einbrüchen, zu Verlusten an Gefangennahmen und Material für unsere braven Abwehrtruppen führten, ist im Osten die Entscheidung gefallen. Nur einmal im Verlauf dieses Jahres haben die Russen nach ¾ jähriger, völliger Tatenlosigkeit versucht, durch eine großangelegte Offensive den Sieg an ihre Fahnen zu heften, aber dem Vorstoß Kornilows nach Galizien folgte der deutsche Durchbruch bei Zloczow-Tarnopol, der zur Befreiung Galiziens und der Bukowina führte. Wenig später – am 1. September – brachte uns der Erfolg bei Riga in den Besitz der ganzen Dünafront in 140 Kilometer Breite und wurde durch den weiteren Durchbruch auf Jakobstadt ausgebaut. Die Krönung des Werkes brachte die gemeinsame Operation unserer Heere und unserer Flotte gegen Oesel und Dagö, deren militärische und politische Bedeutung selbst von unseren Feinden anerkannt wurde. Dreimal kurz hintereinander ist uns im Osten der taktische Durchbruch durch die feindlichen Linien gelungen, der zur strategischen Aufrollung weiter Frontstrecken führte, also das zu vollenden, um was sich Engländer und Franzosen seit Jahresfrist völlig vergeblich bemühen. Und dies alles, während unsere Front im Westen unter der schärfsten Druckprobe stand, die je einer Truppe auferlegt wurde! Immer wieder fand die deutsche Heeresleitung Zeit, Energie und Kraft, im Osten zu neuen gewaltigen Schlägen auszuholen. Sie hat dort die Entscheidungen erzwungen und erkämpft, deren Folgen wir jetzt in der Waffenruhe vor Augen haben und die zu den Waffenstillstandsverhandlungen und zum Frieden mit diesem Gegner überleiten sollen.

Das Größte aber haben unsere Truppen in den letzt vergangenen Wochen geleistet mit dem Durchbruch bei Flitsch und Tolmein, der die italienische Front nicht nur längs des Isonzo bis zum Golf von Triest ins Rollen brachte, sondern auch die Kärntener Front bis weit in die Dolomiten erschütterte. In wenigen Wochen gelangten unsere Truppen bis tief nach Venetien hinein, wo sie an der Piave-Linie Halt gemacht haben, nachdem Italien eine militärische Katastrophe erlitten hat, die einem völligen Zusammenbruch nahekommte. Die strategische Weiterentwicklung des Feldzuges wird sich von selbst ergeben. Für uns gilt es, die bisherigen Vorteile sachgemäß auszunutzen, die vor allem in der gewaltigen Verkürzung der Front bestehen, durch die wir Kräfte einsparen, die an anderer Stelle besser und entscheidend verwertet werden können.

Kurz zusammengefaßt, ist das Endergebnis des Jahres die militärische Ausschaltung Rußlands und Rumäniens, nachdem Serbien und Montenegro schon seit Jahr und Tag erledigt waren. Was im Südosten, in Mazedonien, von unseren Gegnern noch steht, wird nach wie vor von den verbündeten Truppen der Zentralmächte in Schach gehalten; die militärische und strategische Bedeutung der zusammengewürfelten Armee Sarraills ist nach dem Zusammenbruch Italiens auf ein Minimum herabgesunken. Nachdem uns so die Gesamtlage im Osten gestattete, dort Kräfte fortzunehmen, wandten wir uns weiter nach Süden und erledigten Italien. Nur im Westen stehen uns unter Führung Englands noch kampfkraftige Ententetruppen gegenüber.

Ziehen die Ententemachthaber heute das Fazit der deutschen Erfolge seit ihrer Ablehnung unseres Friedensangebotes vor Jahresfrist, so werden sie vielleicht doch schauernd der Verantwortung gedenken, die sie eines Tages ihren Völkern gegenüber tragen müssen.

Vier Zahlen nur wollen wir erwähnen: 430.000 Gefangene, 4.000 Geschütze, 47.550 Quadratkilometer feindlichen Landes und last not least 9.196.000 Br.-Reg.-To. versenkten feindlichen Schiffsraumes; hat sich da die mutwillige Verlängerung des Krieges um ein Jahr für die Entente gelohnt? Noch sind wir nicht am Ende, Schweres steht vielleicht den deutschen Waffen noch bevor, und es sei fern von uns, prophezeien zu wollen. eins aber ist gewiß: Unerbittlich straft das Schicksal diejenigen, die leichtfertig diesen Völkerkrieg ins Unermeßliche verlängert haben. Dem des Uhrzeigers vergleichbar, ist die Entscheidung im jetzt vergangenen Jahr vom Osten über den Südosten nach dem Süden zugunsten unserer Waffen fortgeschritten und unaufhaltsam wird sich der Zeiger weiter drehen. Er rückt dem Westen entgegen, wohin das Schwergewicht der Endentscheidung sich jetzt verschoben hat. Dies fühlt auch die Entente und darum schallt aus ihrer Presse immer wieder der Hilferuf nach Amerika. Ob ihr von dort die Rettung kommen wird? Selbst wenn die Union im Lauf der Zeit eine halbe Million mangelhaft ausgebildeter Truppen herüber werfen sollte, die Zahl wird niemals

ausreichen, auch nur die Verluste, die die Entente an Gefangenen, Toten und Verwundeten in Italien verloren hat und den Abgang an eigenen Kräften zu ersetzen, die diese jetzt nach Venetien zu schieben gezwungen war. Unerbittlich rückt der Zeiger weiter.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 382 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Die Rede des Lord Asquith.

WTB. verbreitet zur Rede Lord Asquith folgenden Kommentar:

Herr Asquith hat sich bemüht, eine im Vergleich zu seinen früheren Reden maßvollere Tonart anzuschlagen. Dazu hat er auch gerade jetzt, wo ein Jahr seit dem deutschen Friedensangebot verflossen ist, allen Anlaß. Wir sehen darin die stillschweigende Anerkennung unserer militärischen und politischen Lage. Für die Pläne der Entente, die auf Deutschlands Niederwerfung abzielten, ist das verflossene Jahr eine Zeit schwerer Enttäuschungen gewesen. Für dieses Jahr hatten die englischen Staatsmänner in zahllosen Kundgebungen den endgültigen Niederbruch Deutschlands prophezeit. Jetzt müssen sie erkennen, daß Deutschland so fest und sicher dasteht, wie zuvor in diesen Kriegsjahren.

Herr Asquith rechnet aber auf ein kurzes Gedächtnis der Welt. Niemals soll die Demütigung und Vernichtung Deutschlands als Kriegsziel der Entente gefordert worden sein. Damit leugnet er einfach zahllose Kundgebungen seiner Kollegen in der englischen und französischen Regierung, verleugnet er die in den geheimen Abmachungen niedergelegten Absichten gegen Deutschland, deren gänzlicher Zusammenbruch heute ja vor aller Augen liegt. Aber Herr Asquith hält immer noch an seinen „Guildhall terms“ fest. Die „militärische Herrschaft“ Preußens soll ganz und endgültig vernichtet werden. Mag Asquith sich mit Auslegungen dieser seiner Worte abmühen, wie er will, wir lesen daraus nichts anderes, als sein Ziel der militärischen Niederwerfung Deutschlands.

Meint er noch immer, dieses Ziel erreichen zu können, so sind wir dem Frieden nicht näher. Will er den Waffensieg über Deutschland, so mag er weiter versuchen, ihn zu holen. Er findet Deutschland auch weiter zum Kampf entschlossen. Asquith will aber heute nichts mehr von einem Eingriff in die „innere Verfassung und Einrichtung des künftigen Deutschlands“ wissen. Auch damit setzt er sich in Gegensatz zu den zahllosen von England und Amerika ausgegangenen Versuchen, uns vorzuschreiben, nach welchen Grundsätzen wir unsere inneren Verhältnisse zu regeln hätten. Wenn er aus der entrüsteten deutschen Ablehnung dieser Spekulation auf innere deutsche Schwierigkeiten eine Lehre gezogen haben sollte, so nehmen wir das zur Kenntnis.

Daß sich die englischen und amerikanischen Staatsmänner in ihrer Unkenntnis unseres Volkes bei diesen Versuchen völlig vergriffen haben, ist unbestreitbar; daß sie diese Versuche unternommen haben, steht historisch fest. Es ist erstaunlich, daß Asquith es abzuleugnen wagt. Asquith spricht davon, daß bei uns die Gewalt als oberste Macht auf den Thron gesetzt worden sei. Wir erinnern an die lange Liste der Gewalttaten, die sich England hat zuschulden kommen lassen. Wir nennen nur die Namen Irland und Griechenland. Sie genügen, um die Heuchelei dieser Asquithschen Phrase in volles Licht zu setzen. Asquith spricht auch vom Bruch feierlicher Verträge, und scheut nicht die Erinnerung an Italien und Rumänien, die durch England und seine Verbündeten zum schmachvollen Bruch feierlichster Verträge verleitet worden sind. Er spricht von gebrochenen Verpflichtungen, und vergißt jene unübersehbare Kette von Völkerrechtsbrüchen, die die englische Kriegführung vom ersten Tag an bezeichnet haben.

So setzt sich Asquith auf Schritt und Tritt in Widerspruch mit der Wahrheit und den Tatsachen. Er spricht als Advokat des „englischen“ Friedens, nicht eines Friedens, wie die Welt ihn braucht und wie Deutschland ihn erstrebt.

Vossische Zeitung – Nr. 636 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Waffenruhe – Waffenstillstand.

Es bestehen immer noch Ansichtsverschiedenheiten über den Begriff der Waffenruhe und des Waffenstillstandes. Waffenruhe ist eine rein militärische Entscheidung zwischen den beiden sich gegenüberliegenden Heeresteilen, z.B. zur Beerdigung von Toten zwischen den Linien. Waffenruhe kann naturgemäß auch zwischen ganzen Fronten durch die betreffenden Heeresleitungen geschlossen werden.

Waffenstillstand ist eine rechtskräftige, vertragsmäßige Abmachung zwischen den beiden Obersten Heeresleitungen, die in jedem Falle in Uebereinstimmung mit der politischen Leitung der betreffenden Länder entscheiden.

Die heute mit den Russen beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen werden von uns aus durch General Hoffmann, den Chef des Stabes des Prinzen Leopold v. Bayern, Oberbefehlshabers Ost, geführt.

Die gewundenen Entente-Zeitungsbetrachtungen über die Lage in Mazedonien können wohl nur als eine reine Bankerotterklärung dieses ganzen Unternehmens bezeichnet werden. Man weiß nur noch nicht, wie man sich aus dieser höchst unangenehmen, total verunglückten Angelegenheit herausziehen soll.

In Italien hat man vor wenigen Tagen in allen Kirchen Dankgottesdienste abgehalten, daß nun der Vormarsch der Mittelmächte endgültig aufgehalten sei. Kurz darauf glich Feldmarschall von Hötzenberg im Gebiet der Sieben Gemeinden einen in unsere Linien vorspringenden feindlichen Bogen dadurch aus, daß er eine ganze Reihe von Berggruppen durch energischen Angriff abkniff. Der Gesamtverlust der Italiener an Toten, Verwundeten und Gefangenen aus dieser Unternehmung kann auf 20 000 Mann geschätzt werden. Die unglückliche strategische Lage der italienischen Armee wirkt als dauernder Druck auf die allgemeine Stimmung.

Vorwärts – Nr. 341 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.2

Was tut Scheidemann in Stockholm?

Diese Frage richtet ein Berliner alldeutsches Blatt an die Regierung. Ob die Regierung darauf antworten will, wissen wir nicht, sie hat aber gar keine Veranlassung dazu, weil Scheidemann nicht in ihrem Auftrage, sondern im Auftrage der sozialdemokratischen Partei in Stockholm weilte. Im übrigen beantwortet sich die Frage des alldeutschen Blattes von selbst. Scheidemann tut in Stockholm etwas, womit neunundneunzig Prozent des deutschen Volkes einverstanden sind, er wirkt für den Frieden.

★

★

★

Ueber einen angeblichen Ausspruch des Staatssekretärs v. Kühlmann berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ folgendermaßen: „Herr v. Kühlmann soll gesagt haben, die Angelsachsen seien nun einmal eine den Deutschen überlegene Rasse und daraus müsse man die Konsequenzen ziehen. Diese Auffassung scheint in der Wilhelmstraße erblich zu sein.“ — Es ist offenbar, daß sich Herr v. Kühlmann so nicht geäußert haben kann. Würde er dagegen gesagt haben, England und Amerika stellten vereint eine so große weltpolitische und wirtschaftspolitische Macht dar, daß es unmöglich sei, ihnen einen Frieden nach alldeutschen Wünschen aufzuzwingen, so würde er damit nur ausgesprochen haben, was jeder vernünftige Mensch ohne weiteres einsieht.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11898 – Donnerstag, 13. Dezember 1917 - S.1

Die neue Affäre Caillaux.

Wien, 13. Dezember. In Paris herrscht ungeheure Erregung. Die Republik soll um eine Affäre reicher werden. Die neue Affäre Caillaux, die Herr Clemenceau ins Leben zu rufen entschlossen ist, ist eine echt französische Angelegenheit. Sie ist charakteristisch für die Gefühlsweise des französischen Milieus, sie ist auch außerordentlich bezeichnend für den neuen Regierungschef, der nicht zum erstenmal einen Hieb gegen Caillaux führt.

Dem Ministerium, an dessen Spitze vor sechs Jahren der Abgeordnete des Departments Sarthe stand, war es beschieden, wie kaum ein anderes seit den Tagen Gambettas und Freycinets, das Interesse Europas in Anspruch zu nehmen. Und dies Interesse, das die öffentliche Meinung zu so leidenschaftlicher Stellungnahme führte, galt nicht nur dem großen, schöpferischen finanziellen Talent des Herrn Caillaux und seinen staatsmännischen Qualitäten, die ihm selbst die Gegner nicht abzusprechen wagten. Dies Interesse war vielmehr durch die internationalen Probleme in Anspruch genommen, die die Regierungszeit dieses kurzlebigen Ministeriums beherrschte. Und die Verschwörung, der es zum Opfer fiel, hatte ihren Ausgangspunkt gleichfalls in einer Angelegenheit der auswärtigen Politik. Caillaux, ein aufbauender und bejahender Geist, sah in der deutsch-französischen Verständigung die Gelegenheit zu einer vernünftigen Neugruppierung der europäischen Interessensphäre in Afrika [Marokko-Affäre]. Er war von dem Streben beseelt, daß die Verhandlungen mit Deutschland, die ersten, die nach vierzig jähriger Unterbrechung geführt wurden, eine neue Ära des Vertrauens und vielleicht der Zusammenarbeit eröffnen möchten. Damals schon war es Herr Clemenceau, der als Vorsitzender eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses Caillaux zu Fall brachte

Es gab dann noch eine zweite Affäre Caillaux infolge des Prozesses, der gegen seine Frau geführt wurde. Madame Caillaux hat den Chefredakteur des „Figaro“ erschossen, weil Herr Calmette gegen Caillaux eine schändliche Kampagne führte. Herr Caillaux hatte sich viele Feindschaften erworben, aber auch viele treue Freunde und leidenschaftliche Anhänger. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung sah in ihm nicht nur den

Anhänger der Verständigung mit Deutschland, sondern einen großen Friedensfreund, den Leiter einer mächtigen Friedenspartei, so daß er zu Beginn des Krieges nach Südamerika flüchten mußte. Die Anschuldigungen, die aber nun gegen ihn erhoben werden, sind wohl von noch schwererer Natur. Nach dem Schriftstück, in welchem um die Ermächtigung zur Strafverfolgung Caillaux' angesucht wird, soll dieser sich eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht haben. Seinerzeit hat Caillaux an seinen schärfsten Gegner die Aufforderung gerichtet, er möge gegen ihn doch einmal eine klare und strikte Anklage erheben. Heute wird diesem Verlangen willfahrt. Aber wenn auch die Anschuldigung eine eindeutige ist, so kann man doch nicht behaupten, daß sie von überzeugender Klarheit sei. Ganz im Gegenteil. Sie ist von einem Geiste der Verfolgung erfüllt, der lebhaft an die Zeiten des französischen Terrors von 1793 gemahnt. Caillaux wird der flaumachenden Propaganda beschuldigt. Die Anklage lautet auf „Defaitismus“, es ist dies ein neues, von Herrn Clemenceau ausgesetztes Verbrechen. Jeder französische Bürger, der seine politischen Ansichten nicht teilt, liebäugelt angeblich mit der Niederlage. Herr Clemenceau ist ein Sohn der alten Vendee, Und die Inszenierung dieses Prozesses erinnert an die Zeiten, wo die Vendee den blutigsten Bürgerkrieg entfesselte, den Frankreich je erlebt hat. Es zeigt sich übrigens an diesem Falle wieder einmal, wie gerade jenes Land, das stolz auf seine republikanischen Einrichtungen ist und das in diesem Weltkrieg angeblich an der Spitze der Zivilisation und der Kultur steht, seine Bürger mit einer Unfreiheit und einem Zwange bedroht, wie sie in den vielverschmähten Autokratien Mitteleuropas ganz undenkbar wären.

Die Affären haben Frankreich nie Nutzen gebracht. Sie haben immer nur die öffentliche Meinung aufgewühlt, die Stimmung im Lande vergiftet und das Ansehen der Republik bei den anderen Völkern untergraben. Letzten Endes sind alle diese Affären immer nur auf eine Schwächung Frankreichs hinausgelaufen. Und Herr Clemenceau, der in einer der kritischsten Stunden der französischen Geschichte die Leitung der Geschicke des Landes übernommen hat, begeht einen verhängnisvollen Irrtum, wenn er glaubt, durch die Entfesselung der Intoleranz und des Geistes der Verfolgung irgendetwas zur Stärkung seiner eigenen Position und zur Stärkung des Landes beizutragen

Wir sind nicht froh. – [Streikvorbereitungen für Österreich]

Nein, wir sind nicht froh, daß es im vierten Kriegswinter nicht noch schlimmer ist, als es tatsächlich der Fall ist; dieser magere Trost des Präsidenten der gemeinsamen Ernährungskommission erwärmt niemanden, der ohne Kohlen friert, sättigt niemanden, der hungert, und leuchtet niemandem, der dank unserer famosen Petroleumverteilung im Dunkeln sitzt, friert und hungert. Dieser Trost beschuht und bekleidet die ungezählten Tausende nicht, die durch die ersten Schneefälle genötigt sind, in ihrer kalten Behausung zu bleiben und ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken. Die Volksmassen können einfach diese Dinge nicht hinnehmen wie unabänderliche Naturereignisse. Denn das sind sie nicht. Wir danken sie nicht Naturgewalten, sondern unseren bestehenden politischen und sozialen Einrichtungen, unserer Verwaltung vor allem. Und es ist nicht wahr, daß sie nicht noch heute wenigstens zu einem großen Teile geändert werden könnten.

Es ist nicht wahr, daß die städtischen und industriellen Massen schon im Jänner kein Mehl haben müssen, wenn zugleich die „Selbstversorger“ bis zum August mit Vorzugsrationen versorgt sind. Es ist nicht wahr, daß die Massen kein Schuhwerk haben können, wenn zugleich der Bourgeois und seine Dame in Lack- und Putzschuhen einherstolzieren. Es ist nicht wahr, daß der arme Mann in ungenügender und zerrissener Kleidung frieren muß, während sich der Bourgeois und seine Dame in kostbarem Pelzwerk ver mummen. Es ist nicht wahr, daß es der Arbeiter- und Bauernfrau an dem Faden Zwirn und Wolle fehlen muß, die Löcher an Rock und Wäsche und Werkzeug zu stopfen, solange für die Modsalons gesteppt und gestickt wird. Und am allerwenigsten ist es wahr, daß wir beim ungeheizten Ofen sitzen müssen, obschon wir Kohlenwerke und Kohlenarbeiter genug haben. Wahr ist nur, daß es uns an Einsicht, Kraft und gutem Willen fehlt, Ordnung zu schaffen und jedem sein gleiches Maß zu messen. Wahr ist, daß die Massen durch die echt österreichische Schlamperei leiden und der gute Bourgeois von diesen Leiden nichts oder wenig verspürt.

Die österreichische Bourgeoisie, diese gesellschaftliche Oberschicht, die sich im Kriege maßlos bereichert, diese Oberschicht, die nicht nur alle geselligen Veranstaltungen füllt, sondern auch alle Ämter, hat sich das so zu richten gewußt, daß sie in ihrer Behausung, Bekleidung, Beschuhung und Ernährung ohne Sorge und Beschwernis über den Krieg hinwegkommt. Ihre Restaurants und ihre Erholungsorte werden noch behaglich und reichlich versorgt sein, wenn nicht nur im Erzgebirge, sondern in allen Vierteln der Städte das Hungerödem herrscht.

Das ist das Unerträgliche unseres Zustandes, das schreiende Unrecht, über das wir seit vielen Monaten vergebens Klage führen, ohne auch nur gehört zu werden. Im Deutschen Reich, wo sie wenigstens in einigen Hauptartikeln völlige Gleichheit erzwungen haben, spürt auch der Hochgestellte, an welchem Punkte die Volksgesamtheit hält. Bei uns ist das anders. Man hört gesprochene, man liest geschriebene Worte, sie packen vielleicht einen Augenblick, aber dann sieht man wieder seine nächste Umgebung, sieht, wie sich dort jedermann irgendwie etwas verschafft, sieht, wie man allerorts – der Umkreis der Hauptstraßen der inneren Bezirke ist dem Bourgeois eben das Abbild der Welt – im Grunde gar nicht so schlecht lebt, und die Worte bleiben eben Worte. Es geht dem Bourgeois genau so wie einem Offizier, der bloß beim Stabe zu arbeiten hat und an der Tafel des Stabes von dem, was im Schützengraben oder bei der Unterabteilung vorgeht, keine unmittelbare Anschauung haben kann.

Darum ist in unsere leitenden Kreise nicht der nötige Ernst zu bringen; schon aus Gewohnheit und Erziehung glauben sie niemals an ein ehernes Muß und rechnen eher auf einen Glücksfall vom Himmel als auf eine entscheidende, außerordentliche Tat. Ein solcher Glücksfall war ja in diesem Herbst, daß Frost und Schneefall bis in den halben Dezember gewartet haben – wäre die Frostperiode, die im Anfang November bei uns häufig ist, auch dieses Jahr eingetreten, wir stünden schon jetzt vor einer namenlosen Katastrophe unserer Kartoffelversorgung. Die Gunst des Wetters hat die abenteuerliche Verwirrung unseres Transportwesens bis zur Zeit noch etwas verschleiert.

Aber wir zweifeln daran, daß es irgend einen Mann von Sachkenntnis und von Einfluß bei den Herrschenden gibt, der den Mut ausbrächte, auszusprechen, was ist, den Mut jenes russischen Ingenieurs, der in einem Aufsatz einer Revue zahlenmäßig die fortschreitende Auflösung des russischen Bahnwesens vorführte und die kommende, später tatsächlich eingetretene Verkehrskatastrophe vorhersagte. Man verführt durch Mangel an Mut zur Wahrheit, durch den unzeitgemäßen Geist der Subalternität die Militärverwaltung, über unsere Transportmittel in einem Ausmaß zu verfügen, das allmählich die Volkswirtschaft, den Blutkreislauf des Volkkörpers stillsetzen muß. Von Hauptbahnlinien werden wichtige Versorgungstransporte einfach auf

Nebenstrecken abgestellt und bleiben dort viele Tage lang stehen. Die Lokomotiven werden schonungslos aufgebraucht, das rollende Material ist heute schon zum großen Teil verwüstet. In beschleunigter Proportion Nützen sich alle Geräte und die Menschen mit ihm ab und den Zeitpunkt, wo die Maschinerie festliegt, zu berechnen ist beinahe nur eine Rechenaufgabe. Aber dank dem Laster, das für das staatliche Leben vielleicht das schlimmste ist, dank dem tief eingewurzelten, als Tugend ausgeschrien und bloß durch Herablassung gemilderten Servilismus bringt man die Kraft nicht auf, dem Verhängnis, so lange es noch Zeit ist, zu begegnen. Man fragt sich erstaunt, wozu wir ein Eisenbahnministerium, wozu volkswirtschaftliche Minister haben, wenn nirgends eine Kraft tätig wird, die das Gleichgewicht zwischen zivilem und militärischem Bedarf und Anspruch herzustellen wüßte. Dabei ist dieses Verwaltungsgebiet noch allen sozialen Gegensätzen entrückt.

Völlig hoffnungslos sind wir in allen Belangen geworden. wo das nackte Lebensinteresse, die Notwendigkeit, nicht etwa menschenwürdig zu leben, sondern bloß das animalische Sein fortzufristen, diese erbärmliche Selbstverständlichkeit, nicht barfuß und bloß zu gehen und dabei irgendwie den Magen zu füllen, von den unteren Volksklassen wider die Vorbehalte der Grundbesitzer und wider das Genußbedürfnis des Bourgeois zur Geltung zu bringen wäre. Die Versorgung mit Schuhen und Kleidern hat man glücklich der Weisheit jener Fabrikanten und Händler ausgeliefert, die in der Freiheit des Schachers das einzige Heil sehen, wo blieb dieser Gegenstand, trotzdem in Deutschland – wo sie von der Plusmacherei gewiß auch etwas verstehen – schon vor mehr als Jahresfrist eine Regelung vorgenommen wurde, ganz ungeordnet; die Folge ist, daß der schamloseste Preiswucher gerade in Textilien und Schuhzeug getrieben wurde, daß verhältnismäßig kleine Schnittwarenhändler fürstliche Vermögen machten, daß dieser Fischzug an dem hilflosen Volke die reichste Beute geliefert hat. Die törichte Vorstellung, man könne gegen ein Uebel, das nur stramme und sorgfältige Bewirtschaftung hätte verhüten können, mit Preistreibeiprozessen hinterher nur das geringste ausrichten, hat unsere Staatskanzleien solange von jeder ernsten Vorsorge abgehalten, bis die Textilwaren, vom Tuche bis zum Barchent und vom Seidenstoff bis zum Zwirn, Preise erstiegen haben, die verrückt sind und den Bedürftigen verrückt machen müssen. Die Verfasser der Preistreibeiverordnung, die uns, statt abzuhelpfen, mit moralischer Genugtuung über das Laster, das sich erbricht, abgespeist haben, erweisen sich zum Schluß als ebensolche juristische Stümper wie volkswirtschaftliche Dilettanten. Ein billiger Scherz, jeden Tausendsten zu hängen und durch dieses Schauspiel die Aufmerksamkeit des Volkes davon abzulenken, daß es inzwischen neunhundertneunundneunzig unbeachtet weiter ausplündern!

Die moralinsaure Aera sensationeller Prozesse wider den einen von tausend, der als Sündenbock in die Wüste des Landesgerichtes gejagt wird, hat abgewirtschaftet; heute ist jeder Eingeweihte davon überzeugt, daß man im Grunde jeden Erzeuger und Händler einsperren müßte und auch könnte. Moralisch gesehen, hat sich unsere ganze Bourgeoisie mit dem Vorwurf belastet, die Kriegsnot zu ihrem privaten Vorteil gewendet zu haben, und so begreifen wir am Ende, warum sich in Rußland das Volk so klar und eindeutig orientiert hat: Bauern und Arbeiter hier, der Bourgeois dort. Die Bourgeoisie hat sich in allen Ländern ohne Ausnahme als der ökonomische Parasit des Krieges erwiesen und wie es scheint, hat man bloß in Deutschland ihre Instinkte halbwegs und das nur in den Artikeln des Massenbedarfs zu bändigen verstanden. Unsere Bourgeoisie hat sich dagegen sehr gut einzurichten verstanden, sowohl auf dem Gebiet der Produktion wie auf dem des Handels und des Konsums. Darum sind auch die Leiden der arbeitenden Klassen Oesterreichs im Kriege weitaus größer als in anderen kriegführenden Ländern. Nirgends aber ist eine Kraft sichtbar, die die Profit- und Genußgier dieser Gesellschaftsschicht bändigen könnte. Das Landvolk verteidigt seine Selbstversorger Vorbehalte und nimmt an der Preiskonjunktur reichlichen Anteil. Die Staatsgewalt ist in den Händen einer Bürokratie, die gesellschaftlich und geistig ganz im Bannkreis bourgeoiser Vorurteile steht, dienstlich jedoch des geschilderten Denkens voll ist. Das Parlament ist mit staatsrechtlichen und nationalen Fragen überlastet und selbst in seiner Mehrheit agrarisch-klein bürgerlich.

Wie trostlos aber die Aussichten sind – es muß Wandel werden, rascher Wandel! Die Volksmassen verfallen einer täglich wachenden Verelendung und die Schäden, die die Gesamtheit erleidet, sind unabsehbar.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 635 – Freitag, 14. Dezember 1917 - S.1

Ein Bethmann-Nest.

In den Kriegsberichten heißt es häufig, daß nach dem Zurückdrängen des Feindes noch einzelne Franzosennester oder Engländernestern gesäubert wurden. Feinde, denen es gelungen war, sich in der von uns neu erkämpften Linie in einzelnen Unterständen und Gräben zu halten, werden aufgehoben und vernichtet. Diese Kampfmethod, die an der Front unter allen Umständen befolgt wird, ist bei uns im politischen Leben noch nicht eingeführt. Es erscheint aber dringend erforderlich, sie auch hier anzuwenden.

Als Bethmann Hollweg nach einer allzu langen Kanzlerschaft endlich aus seinem Amt gedrängt wurde, atmeten die weitesten Kreise unseres Volkes auf. Eine bange Sorge wurde von ihnen genommen. Wenn es wahr ist, was die Mitteilungen der Görres-Gesellschaft verraten, daß dem jetzigen Reichskanzler Grafen Hertling schon im Jahr 1915 der Kanzlerposten angeboten wurde, den er damals abschlug, so müßte man annehmen, daß die gleiche Sorge auch von dem Träger der Krone damals geteilt wurde. Unverständlich, daß und wodurch sich dieser Mann trotzdem noch einige Jahre an der Spitze unserer Regierung halten konnte.

Es zeigte sich, daß mit dem Abgang Bethmann Hollwegs nicht auch sein Geist und seine Auffassung von den Lebensinteressen des Reiches und den weltpolitischen Zusammenhängen aus unserer Politik und Diplomatie verschwunden war. Freilich gingen mit ihm seine hauptsächlichsten Mitarbeiter, zumal der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei Wahnschaffe und der Geheime Legationsrat Dr. Riezler; doch mit dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann fand unsere Politik an der einflußreichsten Stelle eine Fortsetzung Bethmannschen Geistes. Von Kühlmann hält nun die Hauptstellung, die aus der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli immer neue Widerstandskräfte erhält.

Außer dieser Hauptstellung aber gibt es offenbar noch verschiedene Bethmann-Nester, von denen aus Bethmannscher Geist in politische Münze umgesetzt wird, von denen aus Bethmannsche Rauch- und Gasbomben geworfen werden. Ein solches Bethmann-Nest zeigte sich kürzlich **in Bern bei der Zusammenkunft von „Parlamentariern und Gelehrten zum Studium eines dauernden Friedens“**, an der die Bethmann-Jünger Erzberger, Gothein, Bernstein usw. teilnahmen.

Ein anderes Bethmann-Nest, das sich bisher nur für den genauer Beobachtenden bemerkbar gemacht hat, **ist seit langem Stockholm**. In dieses Nest neue Munition gegen deutsches Leben und deutsche Kraft zu bringen, hat sich der Führer der Sozialdemokratie Scheidemann in diesen Tagen aufgemacht. Er findet dort als Helfershelfer bezeichnenderweise einen alten Bekannten aus der Zeit, wo Scheidemann sich auf die Autorität der Bethmannschen Regierung bei seinen Reisen in das neutrale Ausland und seinen Versuchen, mit unseren Feinden Fühlung zu gewinnen, stützen konnte. Wie wir hören, befindet sich in Stockholm, wo er der deutschen Gesandtschaft zugeteilt ist, der **Geh. Legationsrat Dr. Riezler**, den man wohl überall wo anders eher als gerade in Stockholm gesucht hätte. Wie er dort hinkommt ist uns ein Rätsel, **denn nichts, aber auch gar nichts befähigt ihn zu den Diensten in unserer Diplomatie, es sei denn, daß für jemand der Nachweis völliger Kenntnislosigkeit in politischen Dingen genügt, um ihn in der schwersten Zeit unseres Volkes für einen diplomatischen Auftrag geeignet erscheinen zu lassen.** Es ist doch notorisch, daß dieser Herr, der seine Laufbahn im Auswärtigen Amt ausschließlich in den Beziehungen zu dem früheren Pressgewaltigen der Wilhelmstraße Dr. Hammann verdankte, gerade das Gegenteil von allem als sicher vorausgesagt hat, und zwar in seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart“, was dann Ereignis wurde. Er bewies kurz vor dem Ausbruch des Krieges, daß das Bündnis unserer Feinde „eminenter friedenerhaltend“ wirke und wirken müsse. Wenn man weiß, daß dieser Dr. Riezler in Stockholm sein Unwesen treibt, so erklärt sich, daß in letzter Zeit wiederholt die Theorien Bethmannscher und Riezlerscher „Staatskunst“ in einzelnen Blättern Schwedens auftauchen. In einem Artikel Ende November machten wir schon darauf aufmerksam, daß Göteborgs „Handels-Sjöfahrs-Tidning“ u.a. schrieb:

„Es herrscht kein Zweifel, daß die Richtung in der deutschen Politik, die einen Frieden im Zeichen der Versöhnung fordert, den Blick dafür offen hat, was jetzt die wesentliche Aufgabe ist. Die Ereignisse aber, die jetzt den Italienern die gleiche vernünftige Auffassung beibringen könnten, stärken unglücklicherweise die entgegengesetzten Bestrebungen innerhalb der Mittelmächte. Vieles hängt davon ab, ob der Greis, der jetzt die Führung in Deutschland übernommen hat, sich als der Staatsmann erweist, den die Lage braucht. Wahrscheinlich ist es nicht“

Wir wußten damals nicht von der Anwesenheit Riezlers in Schweden, hatten aber sofort die Vermutung, daß diese Sätze nur von einem Deutschen geschrieben sein konnten, der dem neuen Reichskanzler aus irgend einem Grunde nicht gerade wohlwollend gegenüber stand und offenbar in dem ganzen Artikel und in den angeführten Sätzen Bethmannsches Gift verspritzte. Der Gedankengang deckt sich außerdem mit dem des Riezlerschen Buches und tief betäubend wäre es, wenn es sich nachweisen ließe, daß wir Beamte haben, die in dieser Weise auf eigene Faust Weltpolitik treiben, statt ausschließlich die Interessen des deutschen Volkes so nachdrücklich und wirksam wie möglich zu vertreten. Auch die Geschmacklosigkeit, von dem jetzigen Kanzler als dem Greise zu sprechen, ist angesichts der großen Achtung, der sich Graf Hertling gerade im Auslande erfreut, nur einem mißgestimmten Deutschen zuzutrauen, der auf dem Posten dieses Greises sein eignes staatsmännisches Ideal, Bethmann Hollweg schmerzlich vermißt.

In diesen Tagen ist von uns und von mehreren anderen Blättern, von banger Sorge eingegeben, die Frage an den Grafen Hertling gerichtet worden, wie lange er es vereinbar hält, mit den Interessen des Reiches und der Bewegungsfreiheit, der Ehre und dem Ansehen der deutschen Reichsregierung, daß **Leute wie**

Erzberger und Scheidemann politischen groben Unfug treiben und auf eigene Faust mit Vertretern unserer Feinde in Verbindung treten, um unseren späteren Friedensunterhändlern Steine in den Weg zu rollen und zu verhüten, daß das deutsche Volk in den Genuß des Sieges seiner Waffen gelangt.

Dem Treiben Scheidemanns und Erzbergers muß unter allen Umständen sofort rücksichtslos ein Ende gemacht werden; ebenso gründlich aber auch müssen alle anderen Bethmann-Nester ausgenommen werden. Stockholm scheint uns nicht das unwichtigste und gefahrloseste von diesen zu sein. Ebenso wie endlich mit der Aera Bethmann Schluß gemacht werden muß, **muß nun auch allen Bethmann-Jüngern das Handwerk gelegt werden. Sie stehen auf dem gleichen Standpunkt wie jeder, der während des Kampfes unseren Feinden Waffen liefert, und müssen dementsprechend behandelt werden.** Wie kann die Reichsregierung erwarten, daß Burgfriede im Land herrscht und Vertrauen zu ihr gefaßt wird, wenn sie nichts dazu tut, die Anlässe zu immer neuem Widerstand, zu immer neuem Mißtrauen zu tilgen?

Angesichts der wieder aufgenommenen Verhandlungen mit Rußland ist es die höchste Zeit, nicht mit Worten Frieden und Vertrauen zu predigen, sondern durch Taten zu beweisen, daß unser Volk zu Mißtrauen gegen die jetzigen politischen Führer in der Reichsregierung keinen berechtigten Anlaß mehr hat.

R.Fr.

Deutsche Zeitung – Nr. 629 – Freitag, 14. Dezember 1917 - S.1

Wohin wir geführt werden.

Im September 1917 hat, wie damals unwidersprochen gemeldet wurde, ein Kronrat sich grundsätzlich dahin schlüssig gemacht, daß, wenn der Friede um den Preis der völligen Hergabe Belgiens zu haben sei, der Erklärung des Desinteresses in Belgien Bedenken nicht entgegenständen. Dieser Kronrat stand ganz unter dem Zeichen Kühlmanns, der in sehr beweglichen und eindringlichen Worten ausgeführt hat, daß wir einen Frieden mit England ohne weiteres haben könnten, wenn wir auf Belgien völlig verzichteten. Dieser Verzicht sei deshalb unbedingt nötig, zumal auch die Mehrheit des Reichstags ihn verlange. Der Kronrat stellte sich gegen zwei wichtigste Teilnehmer, die überstimmt wurden, auf diesen Standpunkt.

Im englischen Unterhause teilte jetzt Balfour mit, die englische Regierung habe im September 1917 von Deutschland eine Mitteilung erhalten, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen.

Ende September 1917 ließ der **Generalfeldmarschall v. Hindenburg** folgende Erklärung amtlich verbreiten:

„Es ist mir vom Kriegsminister mitgeteilt worden, es würde vielfach von berufener Seite behauptet, daß nach meinen und des General Ludendorff Aeußerungen drohender wirtschaftlicher Zusammenbruch und Versiegen der militärischen Kraftquellen uns zum Frieden um jeden Preis zwingen. Ich will nicht, daß unsere Namen mit derartigen grundfalschen Behauptungen verknüpft werden. **Ich erkläre in voller Uebereinstimmung mit der Reichsleitung, daß wir wirtschaftlich und militärisch für weiteren Kampf und Sieg gerüstet sind.**“

Anfang Oktober 1917 setzt der Kampf um eine der Reichstagsmehrheit genehme neue Reichsleitung, einen neuen Kanzler ein.

Balfour teilt jetzt mit, die englische Regierung sei auf ihre Bereitschaftserklärung zur Empfangnahme jeder deutschen Mitteilung ohne jede weitere Nachricht geblieben. Obwohl der Kronrat sich für die bedingte Preisgabe Belgiens auf das Drängen Kühlmanns erklärt hatte. Kühlmann „machte“ dann die Kanzlerschaft des Grafen Hertling, der sich auf das Friedensprogramm der Reichstagsmehrheit verpflichtete. In seiner ersten Rede im Reichstag stellte er sich auf den Boden der Papstnote, die u.a. die vollständige Räumung Belgiens verlangte. Kühlmann erklärte, nur Elsaß-Lothringen bilde noch ein Friedenshindernis. **Czernin redete auf unsere Feinde ein, sie sollten verlangen, daß dieses Wort Kühlmanns in die Tat umgesetzt werde.** Weigere sich Deutschland, so sei das ein Beweis, daß Deutschland den Frieden nicht wolle.

Graf Hertling hatte sich vor der Uebernahme der Kanzlerschaft der Reichstagsmehrheit gegenüber auch verpflichtet, „die Kompetenzgrenze des Militärs gegenüber der politischen Führung der Reichsgeschäfte schärfer abzustecken“. Jetzt wird mit gefahrdrohender Geschäftigkeit verbreitet, diese „schärfere Abgrenzung der Kompetenzgrenze“ sei auf Betreiben Kühlmanns durch die maßgebendste Stelle in einer Weise erfolgt, daß die Reichstagsmehrheit nunmehr die schönsten Hoffnungen für die Verwirklichung ihres Hungerfriedensprogramms hege. Man unterstellt also dem Kaiser, er wolle das „Militär“, das Deutschlands Rettung war, bei der Entscheidung der deutschen Lebensfragen ausschalten. Warum hat die politische Leitung

diese dem Kaiser auf das schwerste beleidigende und ihn in der Achtung des Volkes herabsetzende sicherlich falsche Behauptung nicht als Verleumdung gekennzeichnet? Ist sie zu eng mit der Reichstagsmehrheit verbunden, um den Schutz des Kaisers nach dieser Richtung hin tragen zu können?

Der Kaiser hat einmal erklärt: Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen. Der Reichstagsmehrheit, der die politische Leitung des Reiches verpflichtet ist, hat eine EntschlieÙung angenommen, die im Beisein Erzbergers, des Vaters dieser EntschlieÙung und anderer Mitglieder der Hungerfriedensmehrheit des Professor Quidde im Ausland dahin erläutert:

„Ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen tut uns not: es darf weder Sieger noch Besiegte geben. Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender, endgültiger Sieg.“

Deutsche Zeitung – Nr. 630 – Freitag, 14. Dezember 1917 - S.1

Im September 1917.

Nachdem das Auswärtige Amt die in der Unterhauserklärung Balfours erörterten hochpolitischen Vorgänge im September 1917 eingehend untersucht hatte, ließ es in der vergangenen Nacht durch das Wolffsche Telegraphenbureau „berichtigend und ergänzend“ bemerken, Anfang September habe die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über deutsche Kriegsziele erhalten. Nach der Art dieser Anfrage kann das Auswärtige Amt also nicht behaupten, es sei eine Anfrage der englischen Regierung gewesen, es sagt nur, „nach den internationalen Gepflogenheiten“ hätte mit Sicherheit angenommen werden müssen, die neutrale Anfrage erfolge „mit Vorwissen“ der großbritannischen Regierung und „mit ihrem Einverständnis“. Tatsächlich handelte es sich also um eine sehr zweifelhafte Sache, hinter der zum mindesten eine feindliche diplomatische Falle hätte vermutet werden können. Es hieß damals, die diplomatische Anfrage laute etwa dahin, was das Deutsche Reich in der belgischen Frage anzubieten habe.

Damit scheint aber die diplomatische Anfrage nicht erschöpft gewesen zu sein, denn von halbamtlicher Seite wird jetzt erklärt, man habe ferner „aus den Umständen der Anfrage mit größter Wahrscheinlichkeit darauf schließen“ können, daß das englische Kabinett von diesem Schritt wenigstens seinen wichtigsten Bundesgenossen verständigt und seine Zustimmung eingeholt habe. Danach ist anzunehmen, daß sich die diplomatische Anfrage auch auf Dinge bezog, an denen in erster Linie der wichtigste Bundesgenosse Englands, nämlich Frankreich, interessiert ist. Man könnte also z.B. annehmen, daß auch eine Frage hinsichtlich Elsaß-Lothringens gestellt worden sei.

Obwohl also auch damals von der vermittelnden neutralen Stelle nicht behauptet worden ist, es handele sich um eine Anfrage der englischen Regierung, trat in Potsdam der Kronrat zusammen, um über die Antwort auf diese etwas dunkle diplomatische Anfrage zu beraten. Man wurde bekanntlich gegen zwei wichtigste Stimmen dahin schlüssig, man könne unter Umständen sehr wohl das sogenannte „Desinteressement“ Deutschlands an Belgien erklären. Ob auch das später mit bezug auf Elsaß-Lothringen geprägte „Nein, niemals!“ des Herrn von Kühlmann auf die Beratungen dieses Kronrats zurückzuführen ist, entzieht sich der Kenntnis.

Nachdem der Kronrat sich aber für das eventuelle Desinteressement an Belgien erklärt hatte, ließ die englische Regierung verkünden, sie habe nie eine Friedensanfrage an Deutschland gestellt. Nach der jetzigen Veröffentlichung des Wolffschen Telegraphenbureaus, war die englische Regierung zu dieser Erklärung formal berechtigt.

Von deutscher Seite wird jetzt erklärt, die deutsche Regierung sei grundsätzlich zur Beantwortung der diplomatischen Anfrage bereit gewesen. Da die deutsche Regierung angenommen hatte, die neutrale Anfrage sei mit Vorwissen der großbritannischen Regierung und mit ihrem Einverständnis erfolgt, so ließ sie der englischen Regierung mitteilen, wie Balfour sich ausdrückt, „daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen.“ Es ist auch in der halbamtlichen deutschen Erklärung nicht gesagt, daß diese deutsche Mitteilung an England auf die neutrale diplomatische Anfrage Bezug genommen hätte. Sie hätte sich also, wie man annehmen muß, als ursprüngliche deutsche Mitteilung und nicht als deutsche Antwort auf eine Anfrage gegeben.

Die deutsche Regierung läßt uns jetzt auseinandersetzen, es hätten zwei Wege zur Beantwortung der neutralen Anfrage an England bestanden, der mittelbare und der unmittelbare. Nun scheint sich England bereit erklärt zu haben, jede Mitteilung der deutschen Regierung auf mittelbarem Wege, d.h. durch Vermittlung eines Neutralen, entgegenzunehmen. Nur an diesem Wunsche der englischen Regierung hinsichtlich des Weges, den

die deutsche Mitteilung nehmen sollte, wäre es, wenn man die englische und die deutsche Darstellung berücksichtigt, gescheitert, daß der englischen Regierung in aller Form schon im September 1917 mitgeteilt worden wäre, Deutschland habe unter bestimmten Voraussetzungen kein Interesse an Belgien. **Da der englischen Regierung diese Auffassung des Kronrates auch ohne die amtliche deutsche Mitteilung bereits bekannt geworden war, so hatte die amtliche Mitteilung für England keinen praktischen Wert mehr. England erkannte, bis zu welchem Grade die deutsche Regierung bereits müde gemacht war, die englischen Kriegsziele anzuerkennen, und konnte danach für die weitere Entwicklung der Dinge seine militärischen und diplomatischen Handlungen einrichten. Das Kriegsziel Elsaß-Lothringen ist von englischer Seite amtlich bekanntlich erst nach diesen Septemberereignissen aufgestellt worden.**

Die deutsche Regierung wollte im September 1917 nur in direkter mündlicher Verhandlung der englischen Regierung die deutschen sogenannten Kriegsziele mitteilen. Es wäre sehr interessant zu wissen, welche Persönlichkeit die deutsche Regierung zu dieser mündlichen Mitteilung an die englischen Staatsmänner ausersehen hatte. Bekanntlich hat Herr Erzberger kurz nachher erklärt, wenn er eine halbe Stunde oder eine Stunde mit Lloyd George oder einem anderen englischen Staatsmann an einem Tisch sitze, würde man über den Frieden einig sein.

Nach dem, was wir jetzt englischerseits und deutscherseits über die Vorgänge im September 1917 erfahren, scheint die deutsche Diplomatie wieder einmal eine kleine Niederlage erlitten und sich auch ein klein wenig lächerlich gemacht zu haben. **Dem deutschen Volke sollte es aber endlich die Augen öffnen, welche Fähigkeiten sein Geschick bestimmen.**

Wenn das deutsche Volk auf eine glückliche Zukunft Wert legt, muß es sich dieser diplomatischen Führer zunächst entledigen und deutlicher erkenntlich zu jenen Persönlichkeiten stehen, die in dem Kronrat vom September 1917 für die Sicherung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes auch für die Zukunft eintraten.

E.B.

Deutsche Zeitung – Nr. 630 – Freitag, 14. Dezember 1917 - S.2

Deutsche Dankbarkeit. – von Professor Hans Haecke.

Es ist höchste Zeit, daß das deutsche Volk sich darüber klar wird, was ihm, gerade ihm durch die Forderung der sattsam, aber nicht rühmlich bekannten Reichstagsmehrheit zugemutet wird, daß „die Kompetenzgrenze des Militärs gegenüber der politischen Führung der Reichsgeschäfte schärfer abgegrenzt wird“. Die vorsichtige Formulierung kann uns nach den Ausführungen über die Vorgänge „im September 1917“ [DZ 627] nicht mehr darüber hinwegtäuschen, nein! auch die Unverschämtheit Heines fand eine so zahme Zurückweisung, daß man sehr wohl merkte, wie es im Herzen der Mehrheitsparteien aussieht, daß man nach einer Ausschaltung Hindenburgs und Ludendorffs bei der Festsetzung der Friedensbedingungen trachtet. **Daß der Reichstagsmehrheit, deren Machlüsternheit in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Verantwortungsbewußtsein steht, die Leistungen dieser beiden Männer schwer im Magen liegen,** hat sich ja schon oft genug gezeigt. Nicht nur daß ihre letzten Siege von einem immer vernehmlicheren Stöhnen der gequälten Verständigungsseele begleitet wurden – nein! auch die Unverschämtheit Heines fand eine so zahme Zurückweisung, daß man sehr wohl merkte, wie es im Herzen der Mehrheitsparteien aussieht.

Wenn die Zeitläufte etwas anders wären, könnte man ja mit liebevollem Humor sich das Bild ausmalen, wie im entscheidenden Augenblick Hindenburg und Ludendorff als die Mohren, die ihre Schuldigkeit getan haben, von der Bildfläche verschwinden, um den Vertretern der Reichstagsmehrheit Platz zu machen. Denn diese beansprucht doch seit dem herrlichen, weltberühmten 19. Juli 1917 einen nicht unbedeutenden Teil an der politischen Führung der Reichsgeschäfte. Also etwa: Erzberger für Hindenburg, Scheidemann für Ludendorff! Ein Bild für Götter!

Aber die Zeit ist zu ernst, als daß man sich ein solches Bild von geradezu skandalöser Lächerlichkeit ausmalt, um darüber recht herzlich zu lachen. Vielmehr haben wir uns die Frage vorzulegen, ob wir uns durch Schweigen mitschuldig machen wollen an einer so himmelschreienden Undankbarkeit.

Das deutsche Volk hat in seiner 2000jährigen Geschichte seine großen Männer wahrlich nicht verwöhnt. Seit den Tagen des Arminius bis zu dem Augenblick, da Bismarck aus dem Amt schied, ist vielmehr unseres Volkes Schuldkonto immer stärker belastet worden. Ganze Scharen deutscher Männer und deutscher Frauen liefen hinter Scheingrößen her, liehen ihnen ihr Ohr oder kauerten wohl gar andachtsvoll vor fremden Götzen. An den eigenen wahrhaft Großen aber wurde gemäkelt. Ihnen gegenüber machte man Vorbehalte. Ihnen machte man das Leben sauer. Ja, wenn sie von uns gingen, seufzte man vielleicht gar erleichtert auf, wie uns das von der Zeit, die Friedrichs des Großen Tod erlebte, ausdrücklich berichtet wird, wie wir das ähnlich ja

auch im März 1890 erlebt haben. Und wie schnöde ist noch vor wenigen Jahren Luther in evangelischen Kreisen verleugnet worden!

Trotz dieses Undankes, der sich immer wieder erneuert hat und der schließlich auch ein Undank gegen Gott ist, der uns diese Männer gesandt hat, sind wir auch diesmal wieder in Hindenburg und Ludendorff eines Gnadengeschenkes gewürdigt worden, um das uns unsere sämtlichen Feinde beneiden. Wir aber? Weite Kreise hören an Hindenburg vorbei, hinter dessen Worten Taten stehen, und lauschen dem Gefasel ehrgeiziger Männlein, die nichts – nein! die nur Schädliches geleistet haben. Wie wäre es wohl einem Engländer gegangen, der im Unterhause über Kitchener in der Weise Heines gesprochen hätte? Und nun wird uns das Aeußerste zugemutet: Hindenburg und Ludendorff kalt zu stellen in der Entscheidungsstunde Deutschlands, die keiner so vorbereitet hat wie sie!

Die Geduld des deutschen Volkes hat in diesen Jahren Bewundernswertes geleistet, unvergleichliches. Aber hier schweigen, hier geduldig die Dinge gehen lassen, das wäre schreiender Undank, das wäre eine Schmach, mit der wir den deutschen Namen für alle Zeiten belasten würden. Und alle Wohlgerüche Arabiens würden den Pesthauch nicht zu übertäuben vermögen, der von da ab ihm anhaften würde. Drum ist es höchste Zeit, den ebenso maßlos wie grundlos selbstbewußten Herrschaften im Reichstage zum Bewußtsein zu bringen, daß unsere Geduld mit ihnen erschöpft ist.

Vorwärts – Nr. 342 – Freitag, 14. Dezember 1917 - S.1

Aufruf!

Der Kampf um den Frieden und um die Freiheit im Innern nimmt immer schärfere Formen an. Starke Kräfte sind am Werke, den sich Weg bahnenden Fortschritt der Demokratisierung unseres Landes zurückzudrängen. Die gesamte Reaktion, sowohl die konservativen Agrarier, die sich durch die hohen Lebensmittelpreise bereichern sowie die durch ungeheure Kriegsgewinne gestärkte Schwerindustrie hat sich in der „Vaterlandspartei“ gesammelt. Diese bekämpft mit ihren gewaltigen Mitteln nicht nur den Verständigungsfrieden, der allein dem unter der Last und dem Kummer des Krieges ächzenden Volke bald Erlösung bringen kann, sondern widersetzt sich auch jedem demokratischen Fortschritt, der dem Volke bisher vorenthaltene Rechte bringen soll.

Die Sozialdemokratie steht gegen diese Mächte der Reaktion in scharfem Kampf; sie ist entschlossen, ihn rücksichtslos weiterzuführen und fordert dazu alle Friedens- und Freiheitsfreunde auf. Die wirksamste Unterstützung ist der Beitritt zur Organisation der Sozialdemokratie Deutschlands .

Der Kampf gegen die mit riesigem Aufwand arbeitende Reaktion erfordert aber auch große Mittel. Wir fordern daher die Anhänger des Verständigungsfriedens und die Verfechter des gleichen Wahlrechts auf, Beiträge für unseren Kampffonds zu leisten. Jeder steuere nach Kräften bei. Es gilt einem baldigen Frieden — es gilt, unserem Volke eine freiere, lichtvollere Zukunft zu schaffen!

Berlin, den 13. Dezember 1917.

Der Parteivorstand.

Das Geständnis.

„Das Verhängnisvollste, was Deutschland widerfahren könnte, wäre ein überwältigender Sieg, der im Innern die Alldeutschen und jenseits der Grenze die Revanche-Idee stärkte.

Ein Wort von geradezu hündischer Schamlosigkeit ist gefallen, ein empörendes Wort und doch ein ungemein dankenswertes Wort. Und wer es gut mit dem deutschen Volke meint, der soll dafür sorgen, daß es sich verbreitet so rasch und so vollständig wie möglich. Wohin er kommt, soll er von ihm erzählen, im Palast, im Bürgerhaus, in der kleinsten Hütte. Das deutsche Volk wäre in der Tat die nichtswürdige niedrige Horde, als die unsre Feinde es ausschreien, wäre nichts anderes wert, als von der Tafel der Nationen gestrichen zu werden, wenn es auch an dieser Offenbarung teilnahmslos vorüber ginge! Es handelt sich um ein Wort, daß zur Klärung dieser längst überaus bedürftigen Lage führen muß. In diesem Sinne allerdings ist es in der Tat dankenswert.

Wir haben der Sache bereits kurz Erwähnung getan. Prof. Quidde ist es, der nach der Mitteilung der „**Emmentaler Nachrichten**“ eines kleinen Schweizer Blattes in Bern die oben in Fettdruck wiedergegebenen Worte sich von der Seele gerungen hat.

Sie gehören an den Pranger, soweit die deutsche Zunge klingt. Und doch soll man sie preisen, nämlich als Geständnis, daß nun auch wohl dem Blindesten endlich die Augen öffnen wird.

Törichtes Geschwätz eines unzurechnungsfähigen Narren? Kein Gedanke! Der Mann „heißt Professor und Doktor gar“ und ist seit langen Jahren, wir wollen nicht sagen, einer der Säulenheiligen, wohl aber ständiger Tischgast der deutschen Demokratie – ohne Zweifel, also ein Mann, in dem gewisse Unterströmungen, die in unserem Volke trotz aller Erfahrungen seiner tausendjährigen Geschichte und ein halbes Menschenalter nach Bismarcks Tode noch immer möglich sind, ihren Ausdruck finden. Und mag, der so gesprochen, immerhin zur Eigenbrödelei neigen – im vorliegenden Fall war er nicht allein. **Um ihn saßen u.a. die Reichstagsabgeordneten Genosse Bernstein, der Freisinnsmann Gothein und Herr Matthias Erzberger vom Zentrum**, der unvermeidlich scheint, wo dem deutschen Volk Verderben gebräut wird.

Es war auf einer „Vorkonferenz für einen dauerhaften Frieden“, die diese Mächler glaubten abhalten zu sollen – vielleicht, damit die Entblößung der Scham noch schmachvoller ausfalle, unter Beteiligung von Angehörigen neutraler oder gar feindlicher Nationen.

Jedenfalls: es waren nicht die letzten Vertreter der Mehrheit der unheilvollen Reichstagsentschließung vom Juli d.J., die an der Zusammenkunft in Bern teilgenommen haben. Es ist ihnen nicht eingefallen, Verwahrung gegen Quiddes Wort einzulegen und entrüstet die Versammlung zu verlassen. So haben sie sich die Quiddische Erklärung zu eigen gemacht, haben die Verantwortung für sie mit übernommen und damit offen und ehrlich zugestanden, was jene Reichstagsentschließung wollte, und was überhaupt es mit ihren Treibereien, zu denen ja auch der Größenwahn der Berner „Vorkonferenz“ gehört, bei Tageslicht auf sich hat.

Im Grunde hat ja niemand gezweifelt, daß die Dinge so lagen, wie es jetzt aktenkundig geworden ist. **Ströbel hat ja bereits im Landtag als Parteiredner der Sozialdemokratie etwas ähnliches ausgesprochen. Er meinte damals, ein voller Sieg unserer Waffen liege nicht im Interesse der Sozialdemokratie.**

Nach der famosen Berner „Vorkonferenz“ wissen wir aber jetzt auch von Quidde, Bernstein, Gothein und Erzberger, was die Julientschließung gewollt hat, und was die Agitation der Erzberger und Scheidemann überhaupt will.

Sie will einen endgültigen deutschen Sieg verhindern, weil er die Alldeutschen stärken würde. Denn das ist das Wesentliche an der Sache. Was Quidde von der Stärkung der Revanche-Idee sagt, ist offenbar nur zur Verhüllung des Gedankenkerns hinzugefügt. Kein vernünftiger Mensch wird sich einbilden, daß das Bedürfnis nach endgültiger Abrechnung mit uns bei einem geschwächten Gegner stärker sein würde als bei einem Stark gebliebenen!

Das vierblättrige Berner Kleeblatt gesteht hiernach zu, einem überwältigenden und endgültigen deutschen Siege um eines Parteizweckes willen entgegen zu arbeiten!

Deutsche, lest eure Geschichte! Lest was Tacitus über Euch geschrieben hat! Propter invidiam! [Aus Neid!] Segest geht noch immer um unter Euch! [Deutsche können nur durch Deutsche besiegt werden!] Soll es tatsächlich so sein?

Lest übrigens auch, wie es in Deutschland ausgesehen hat, ehe der preußische Militarismus Euch politisch zu Menschen gemacht hat! Es ist nur, damit ihr wißt, wie es wieder aussehen wird, falls Wilson, Lloyd George, Sir Grey und die anderen bis zu den Berner Herren und Ströbel recht behalten, wenn ein „überwältigender und endgültiger Sieg Deutschlands“ verhindert und mit der Stärkung der Alldeutschen auch das Fortbestehen unserer Macht als Nation und damit unseres Wohlstandes hintertrieben wird! A.Z.

Der Reichsbote– Nr. 640 – Samstag, den 15. Dezember 1917 - §.2

Entente-Agenten bei den Züricher Krawallen.

Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß an den Züricher Krawallen Entente-Agenten beteiligt waren. Man spricht von einem Emil Vietet, der vor einigen Monaten kurze Zeit inhaftiert wurde, als er versuchte, mehrere Kisten revolutionärer Flugschriften über den Bodensee nach Deutschland zu schmuggeln. Der Rädelsführer Daetwuler wird von amerikanischem Gelde unterhalten und hat mit amerikanischen Mitteln eine Anzahl Anhänger geworben. Er verkehrte im Oktober und November viel mit Angestellten der französischen Konsulate in Bern und Lausanne. Die gerichtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Deutsche Tageszeitung– Nr. 640 – Samstag, den 15. Dezember 1917 - §.1

Die Berner Finanzkonferenz.

Das „**Berliner Tageblatt**“ spricht mit Mißbilligung über unsere gestrigen Ausführungen hinsichtlich des deutschen Friedensangebotes und sagt zur Feststellung: dessen Ursprung sei in der Berner Konferenz vom vergangen September zu erblicken, das sei ein „kleiner Irrtum, denn die Berner Zusammenkunft zum Studium eines dauernden Friedens hat erst am 19. November begonnen.“

Das „**Berliner Tageblatt**“ dürfte ebenso gut wissen wie wir, daß wir nicht diese Konferenz gemeint haben, sondern jene Zusammenkunft, von Finanzleuten der beiden kriegführenden Parteien und neutraler Länder, welche Ende November auch im Deutschen Reichstage behandelt wurde. Damals hat Herr von Kühlmann besonderen Wert auf die Feststellung gelegt, daß der deutsche Bankier Herr Fürstenberg zwar einen Paß nach der Schweiz gehabt, ihn aber nicht benutzt habe. Man wird gerade in diesem Augenblick sehr gut begreifen, weshalb Herr von Kühlmann Interesse daran haben mußte, jene Berner Zusammenkunft als ein haltloses Gerücht hinzustellen. Herr von Kühlmann hat den am 27. Oktober in der „Iswestija“ veröffentlichten Bericht des russischen Gesandten zu Bern ebenfalls als unbegründet bezeichnet.

Auch das ist auffallend und unterscheidet sich gänzlich von der Art, mit der die deutsche Regierung die übrigen russischen Enthüllungen und Geheimberichte russischer Diplomaten neuerdings zu behandeln pflegt. In allen anderen Dingen behandelt man sie als absolut authentische Dokumente, nur hinsichtlich der Berner Finanzkonferenz sollen sie wertlos sein. Ebenso gut aber wie wir diese Taktik Herrn von Kühlmanns, die Spuren des Ursprungs seines Friedensangebots zu verwischen, begreifen, so verstehen wir ebenfalls das Bestreben des „**Berliner Tageblattes**“, von jener Berner Finanzkonferenz abzulenken und so zu tun, als ob nur von der öffentlich bekannten Novemberkonferenz die Rede sei.

Wir dürfen annehmen, daß das größte und angesehenste liberale Blatt Großbritanniens, der „**Manchester Guardian**“, dem „**Berliner Tageblatt**“ und der liberalen Presse überhaupt als zuverlässiger und unterrichteter Gewährsmann gilt. Letzteres zitiert gerade dieses Blatt besonders gern und mit besonderer Achtung. Nun schreibt unter dem 29. November der „**Manchester Guardian**“ durch seinen übrigens auch wohlbekannten und zuverlässigen Petersburger Berichterstatter M.Ph. Price zu jener Berner Finanzkonferenz vom August-September: „**Man kann auch den Schluß ziehen, daß zwischen der englisch-französisch-deutschen Finanzclique eine politische Vereinbarung in diesem Sinne erreicht worden ist.**“

Das Blatt sagt darunter in einer Anmerkung, daß die britische Regierung, die Kenntnis einer solchen Konferenz in Abrede gestellt habe. Die Ablehnung war damals sehr begreiflich. Daß jene Konferenz aber, wie der „**Manchester Guardian**“ richtig sagt, der internationalen „**Finanzclique**“ in Bern damals stattgefunden hat, kann nur leugnen, wer nicht gern davon sprechen möchte und mit der allgemeinen Unaufmerksamkeit in Deutschland rechnet. Die Tatsache ist gleichwohl bekannt genug und seinerzeit, wie das „**Berliner Tageblatt**“ wohl wissen dürfte, in Kreisen der Finanz und der Politik lebhaft genug besprochen worden, ebenso wie die vertraulich verbreiteten Berichte eines österreichischen Finanzmannes, der sich besonderen Vertrauens erfreuen soll. Nehmen wir dann noch die Namen Mone[?], Leeser und einen nordischen Vertreter des Hauses Lazare u.a.m. zusammen, so erhält man einen Begriff, wo und in welcher Weise die Geschicke des Deutschen Reiches beraten werden, dieses Mal zwar noch nicht mit dem erwünschten Erfolge.

Wir behalten uns vor, auf dieses interessante Thema zurückzukommen, um so mehr, als die, um den Ausdruck des liberalen „Manchester Guardian“ zu wiederholen, englisch-französisch-deutsche Finanzclique – man kann auch noch die Worte österreich-ungarisch, holländisch, schwedisch, russisch hinzunehmen – politisch nie auf eigne Rechnung und Gefahr arbeitet, sondern im apokryphen Einverständnis mit der Diplomatie der bezüglichen Länder. Diesen Zusammenhang solange wie möglich zu verteufeln, ist selbstverständlich Taktik

Deutsches Volksblatt – Nr. 10400 – Samstag, den 15. Dezember 1917 - S.2

Der Weltkrieg.

Der vorliegende Aufruf Lenins bestätigt die gestrigen Meldungen von dem Versuche einer Gegenrevolution und ergänzt sie dahin, daß die Kadetten auch in Petersburg versucht haben, die revolutionäre Regierung zu überrumpeln. **Hinter den Kadetten steht bekanntlich die Entente**, deren militärische Vertreter sich bereits vor einigen Tagen zu dem aufständischen General Kaledin nach dem Süden begeben haben. Der Putsch in Petersburg scheint gescheitert zu sein, über die Lage im Süden und im Ural fehlen jedoch nähere Nachrichten.

Der Zweck dieser Versuche, einen neuen Bürgerkrieg zu entfesseln, ist der Sturz der Petersburger Regierung, die den Frieden will. Entweder hat die Taktik Wilsons, die Bolschewikiregierung zu täuschen, um sie wieder zur Entente zurückzuführen, bei den Westmächten keinen Anklang gefunden oder aber sie hat sich als undurchführbar herausgestellt.

Es wäre töricht, heute bereits an die jüngsten Vorgänge in Rußland irgendwelche Folgerungen zu knüpfen, nur das eine läßt sich sagen, daß, wenn die Gegenrevolution scheitert, der Bruch zwischen Rußland und der Entente unvermeidlich sein wird.

Die Entente spielt also bereits va banque, das sieht man auch an den Vorfällen in Paris und aus der Rede des italienischen Ministerpräsidenten. Ueber seine albernen Behauptungen, daß trotz der jüngsten Ereignisse „die Faktoren des Sieges immer auf Seite der Entente blieben“, ist nichts zu sagen, sie ist genau so wahr wie seine Entdeckung, daß „die italienischen Soldaten und Veteranen gekämpft und gesiegt“ haben; dagegen müssen wir Herrn Orlando mit Rücksicht auf seine Behauptung, daß die Mittelmächte zwar sagen, daß sie den Frieden wollen, die Bedingungen des Friedens aber in eine Wolke einhüllen, auf die jüngsten Äußerungen des Grafen Hertling und des Grafen Czernin verweisen. **Die italienische Regierung hat der italienischen Presse die Wiedergabe der auf Italien bezüglichen Stellen der Czerninschen Rede verboten.** Es war dort sehr vernehmlich angedeutet, daß Italien noch einen Frieden auf Grund des status quo ante schließen könne, wenn es sich damit beeile. Wenn das italienische Volk sich über unsere Kriegsziele in dieser Richtung noch im Dunkeln befindet, so ist es die italienische Zensur, die unsere Bedingungen in eine Wolke gehüllt hat. Herr Orlando will aber nichts vom Frieden wissen, weil er sich zu schwach fühlt, um den dem Abgrunde zurollenden Wagen Italiens aufzuhalten, wohl aber muß er wissen, daß nunmehr jeder Tag die Bedingungen des Friedens für Italien verschlechtern muß, denn nachdem die italienische Regierung unser Anbot abgelehnt hat, ist es doch selbstverständlich, daß Italien die Kosten wird tragen müssen, die den Mittelmächten die Fortsetzung des italienischen Krieges verursacht.

Vorwärts – Nr. 343 – Samstag, den 15. Dezember 1917 - S.9

Klarstellung der Kriegsziele.

Im September 1917 war also die deutsche Regierung dabei, an die englische Regierung eine Mitteilung über den Frieden gelangen zu lassen. Die englische Regierung war bereit, diese Mitteilung entgegenzunehmen. Sie ist aber trotzdem nicht gemacht worden, weil, wie die deutsch-amtliche Erklärung vom 13. Dezember sagt, der deutschen Regierung von der Bereitschaft der englischen Regierung damals nichts bekannt geworden ist, sondern sie im Gegenteil glaubte, annehmen zu müssen, „daß auf seiten unserer Gegner nichts geschah, um eine derartige unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen.“

Balfour behauptete im Unterhaus, die Anregung zu jenem Friedensversuch sei von Deutschland ausgegangen. Das will aber die deutsch-amtliche Erklärung um Gotteswillen nicht wahr haben, sie versichert, die deutsche Regierung habe Grund zur Annahme gehabt, es handle sich letzten Endes um eine englische Initiative. Das Bild, das man so von den Gebräuchen der Diplomatie erhält, ist im höchsten Grade abstoßend. In den Augen aller vernünftigen Menschen wäre es eine Ehre für die englische Regierung gewesen, wenn sie einen entscheidenden Schritt zur Herstellung des Friedens zu unternehmen versucht hätte, und ebenso hätte

die deutsche Regierung allen Anlaß, darauf stolz zu sein, wenn dieser Schritt nicht vom Gegner, sondern von ihr selber ausgegangen wäre. Beide Regierungen stellen sich aber umgekehrt auf den Standpunkt, daß sich keine Regierung heute höherer Einsicht und Menschenliebe verdächtig machen darf, da dies doch nur ein Zeichen verderblicher Schwäche wäre!

Es gehört zur Psychologie des Krieges, daß man vom Gegner nichts als Niedertracht und Schurkerei erwartet. Zeigt er sich zum Frieden geneigt, so heißt es nicht etwa: „Endlich hat die Vernunft gesiegt!“, sondern im Gegenteil: „Aha, der Kerl ist am Verrecken, er macht nur noch seine letzten Sprünge; nur eine kleine Weile noch, dann hört er auf zu zappeln!“ So haben die Kriegshetzer an der Seine und an der Themse alle Beweise deutscher Friedensliebe gedeutet, aber die Kriegshetzer an der Spree und am Rhein haben ihnen darin nichts nachgegeben, sondern erklärt: Wenn England demnächst ein Friedensangebot machen sollte — was ja als Folge des U-Boot-Krieges in kürzester Zeit erwartet wurde — dann dürfe man darauf um keinen Preis eingehen, denn der britische Heuchler suche den Frieden doch erst, wenn er unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe und so handle es sich zum Schluß nur noch um die berühmten „fünf Minuten“, die man länger aushalten müsse — jene „fünf Minuten“, die jetzt schon drei Jahre und viereinhalb Monate dauern .

Wann wird man endlich begreifen, daß Kraft zu zeigen Aufgabe des Militärs, Menschlichkeit und Vernunft zu beweisen, Aufgabe der Politik ist? Daß es keine Schande, sondern eine Ehre ist, mit allen Mitteln, die mit Freiheit, Selbstachtung, künftiger Entwicklung vereinbar sind, auf ein Ende dieses wahnsinnigen Menschenschlachtens hinzuwirken? Warum steht die deutsche Regierung, die beschuldigt wird, auf heimlichen Wegen den Frieden gesucht zu haben, wie eine erappte Sünderin da und stammelt Ausreden?

Und die Hauptfrage! Warum hat die deutsche Regierung ihre Aktion mit so lächerlicher Schüchternheit betrieben, und warum blieb sie mit ihr auf halbem Wege stecken? Was war das für ein süßes Geheimnis, das die deutsche Regierung der englischen ins Ohr flüstern wollte? Alle Welt weiß es! Die deutsche Regierung wollte der englischen sagen, daß sie zur Wiederherstellung der belgischen Selbstständigkeit bereit sei! Da sie dazu infolge eines unaufgeklärten diplomatischen Mißverständnisses nicht kam, umschrieb Herr v. Kühlmann diese Erklärung später durch die vorsichtig gefaßte Formel, von Elsaß-Lothringen abgesehen, gebe es keinen Gegenstand, über den man sich mit den Westmächten nicht verständigen könne.

Daß die deutsche Regierung zur Wiederherstellung der belgischen Selbstständigkeit bereit ist, wissen seit Jahr und Tag alle, die die Wege der deutschen Regierungspolitik verfolgt haben, auch die englische Regierung weiß es! Eine vertrauliche Eröffnung hierüber wäre ihr also kaum eine Ueberraschung gewesen und hätte schwerlich durchschlagende Wirkung gehabt. Eine solche Wirkung konnte überhaupt nur von einer öffentlich abgegebenen Erklärung erwartet werden, diese hätte es den feindlichen Kriegshetzern schwer gemacht, noch weiter von der Zweideutigkeit und Hinterhältigkeit der deutschen Politik zu reden. Es war der Hauptfehler der deutschen Aktion, daß sie sich von der Geheimdiplomatie etwas versprach, was diese gar nicht leisten kann. Ist es nicht auf alle modernen Errungenschaften ein wahrer Hohn und Spott, daß man gewissermaßen hinter dem Rücken des eigenen Volkes ein Einvernehmen mit dem Feinde sucht und Herrn Balfour Dinge mitteilen will, von denen andere, die es auch einigermaßen angeht, wie z. B. der Deutsche Reichstag, zunächst nichts erfahren sollen?

Nachdem die Sache nun doch ans Licht gekommen ist, sollte sich die deutsche Regierung beeilen, dem deutschen Volk die Mitteilung zu machen, die sie der englischen Regierung zu machen im Begriffe war. Auch das deutsche Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, was man mit Belgien vor hat oder was man nicht mit ihm vor hat. Indem die deutsche Regierung zugibt, daß sie der englischen Regierung besondere Mitteilungen über ihre Friedensziele machen wollte, gibt sie zu, daß ihre bisherigen öffentlichen Erklärungen hierüber lückenhaft und unklar gewesen sind. **Man muß also auch an sie den Ruf richten, der sich jetzt an die englische und an die französische Regierung mit wachsender Gewalt aus der Mitte ihrer eigenen Völker erhebt, den Ruf nach einer genau umschriebenen Klarstellung ihrer Kriegsziele.**

Aber noch in anderer Beziehung schuldet die Regierung dem Volke Aufklärung. In der alldeutschen Presse wird klipp und klar behauptet, in der amtlichen Erklärung wäre der wahre Grund für das Ausbleiben der deutschen Mitteilung an England verschwiegen, dieser liege im Widerstand militärischer Stellen. Die deutsche Septemberpolitik, so gut oder so schlecht sie war, wäre danach von militärischen Einflüssen durchkreuzt worden, nachdem sie in einem Kronrat „gegen zwei wichtigste Stimmen“ beschlossen worden war. Diese Darstellung ist geeignet, im Volk die größte Beunruhigung hervorzurufen und das feindliche Ausland in der Auffassung zu bestärken, daß die verantwortliche Regierung in Deutschland gar nicht Herr der Lage sei und daß man darum ihren Erklärungen und denen des Reichstags kein Gewicht beimessen dürfe .

Nach alledem läßt sich der Gedanke nicht zurückweisen, daß wir dem allgemeinen Weltfrieden näher sein könnten, wenn die deutsche Regierung im September d.J. geschickter und energischer verfahren wäre.

Begangene Fehler zu tadeln hat indes nur dann einen Sinn, wenn dadurch das Bestreben geweckt werden soll, sie wiedergutzumachen. Dazu genügt die lahme Erklärung vom 13. Dezember in keiner Weise. Eine vollständige, restlose Klarstellung ist notwendig!

*

*

*

Bekanntlich ist die erste Mitteilung über die deutsche Septemberaktion durch die Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente erfolgt. In diesen steht viel mehr, als was die deutsche Erklärung enthält, und es gehört zu den schwer begreiflichen Geschicklichkeiten der deutschen Diplomatie, daß sie Dinge geheim zu behandeln versucht, die schon längst breit und lang in der russischen und der neutralen Presse gestanden haben. Die deutsche Erklärung spricht sehr geheimnisvoll von „einer neutralen Macht“. Diese Macht war laut Bericht des Petersburger Geschäftsträgers in London Spanien. Der Bericht, der vom 6. Oktober a. St. datiert ist, sagt folgendes:

Balfour berief heute die Vertreter der verbündeten Großmächte Frankreich, Italien, Amerika, Japan und Rußland zusammen und machte folgende streng vertrauliche Mitteilung: Der spanische Minister erklärte dem großbritannischen Botschafter in Madrid, daß eine sehr hochstehende Persönlichkeit in Berlin den Wunsch ausgedrückt hat, mit England in Friedensverhandlungen einzutreten.

Die spanische Regierung lehnt eine Vermittlung ab, sie hätte es jedoch nicht möglich befunden, diese Erklärung Deutschlands dem englischen Vertreter vorzuenthalten. Der letztere antwortete, er wisse nicht, wie seine Regierung sich zu der Erklärung der Deutschen stelle, aber er glaube, daß Friedensvorschläge, um den Alliierten die Möglichkeit einer Prüfung zu geben, einen scharf unterschiedlichen Charakter gegenüber den in der deutschen Presse zum Ausdruck gelangenden Bestrebungen tragen müssen.

Die großbritannische Regierung ist nach Empfang dieser Meldung ihres Vertreters vor die Alternative gestellt worden, entweder die Erklärung Deutschlands unbeantwortet zu lassen, oder aber mit möglichster Vorsicht zu beantworten. Der erste Weg würde der deutschen Regierung die Möglichkeit geben, die Weigerung Englands zur Hebung ihres eigenen Prestige in Deutschland auszunutzen, und was noch wichtiger ist, die schon ohnehin reichlich verwerfliche Agitation in Rußland zu stärken in dem Sinne, daß England direkt die völlige Vernichtung Deutschlands wünsche und Rußland den übrigen Alliierten entziehe.

Die großbritannische Regierung ist nach Empfang dieser Mel [eine Zeile fehlt] -treter in Madrid folgende Antwort geben:

Die Regierung Se. Majestät wäre bereit, eine Mitteilung entgegenzunehmen, welche die deutsche Regierung ihr betreffs des Friedens abzugeben wünscht, um diese Mitteilung mit ihren Verbündeten zu beraten.

Ich übergebe dies wörtlich, fährt der russische Geschäftsträger fort, und angesichts der dringenden Notwendigkeit, an den Beziehungen gegenüber unserem Feinde, der vor keiner gewissenlosen Verdrehung der Worte und Prinzipien haltgemacht, die äußerste Vorsicht zu beobachten, ist der Antwort Englands absichtlich die kurze Form gegeben worden. Bei der Beratung dieser Frage in der heutigen Botschafterkonferenz bei Balfour sind wir zum einheitlichen Schluß gekommen, daß es das Bestreben Deutschlands ist – dies ganze Manöver schreiben wir Kühlmann zu – die Alliierten in eine Prüfung der Friedensbedingungen Deutschlands hineinzuziehen. Der jetzige Versuch Deutschlands bestätigt die in meinem Telegramm vom 7./20. September Nr.761 ausgesprochenen Befürchtungen. Wir haben gefunden, daß man Deutschland erklären müsse (wenn durch diese kurze Mitteilung die Sache in Gang kommt), wir erwarten von ihm die bestimmte Angabe der von ihm verfolgten Kriegsziele und würden in keiner Form in getrennte Untersuchungen eines der Verbündeten mit Deutschland einwilligen, wie auch in Kollektivverhandlungen, bevor wir nicht untereinander geprüft haben werden, ob das allgemeine Milieu der deutschen Kriegsziele für uns annehmbar ist.

Wir haben übereinstimmend erklärt, daß jetzt mehr denn je völlige Einigkeit unter den Verbündeten erforderlich ist. Deutschland hat sich an England gewandt, zweifellos deswegen, weil England augenblicklich unbestreitbar die vorherrschende Rolle im Verband spielt. Unter dem Einfluß des von England in den letzten Tagen in Mesopotamien davongetragenen Sieges und der bedeutende Erfolg an der Westfront ist in der Stimmung der Armee und des Landes zweifellos ein großer Umschwung nach der Seite einer stärkeren Ueberzeugtheit vom Endsiege eingetreten. Alle Momente deuten darauf hin, daß der Geist der deutschen Truppen dementsprechend gesunken ist.

Beim Meinungs austausch habe ich die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Rußland gemeinsam mit den Verbündeten den oben dargelegten Gesichtspunkt unterstützen wird, d.h., daß wir vor irgendwelchen Verhandlungen mit Deutschland erfahren müssen, was es will, und ob nach dieser Beratung unter uns seine Wünsche sich als brauchbare Verhandlungsbasis erweisen.

Das Auftreten Deutschlands und unsere dadurch hervorgerufene Konferenz tragen einen besonderen vertraulichen Charakter, und die Bedingungen des jetzigen Augenblicks lassen ebenfalls erkennen, wie verderblich die Enthüllung dieses Geheimnisses für die Verbündeten, insbesondere für Rußland wäre. Rußland bedarf jetzt mehr als je der loyalen Unterstützung und aufrichtigen Mitarbeit der Verbündeten, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland uns gegenüber hinsichtlich des von ihm besetzten russischen Gebiets die Losung des

Selbstbestimmungsrechts der Völker anzuwenden versucht und daß es argumentieren werde, die Ostseeküste sei niemals rein russisch gewesen .

Dieser Bericht zeigt deutlich, daß die Furcht vor dem deutschen Annexionismus ein nicht geringeres Friedenshindernis ist als die Hinneigung der fremden Regierungen zum heimischen Annexionismus. Er bestärkt uns in der Ueberzeugung, daß den feindlichen Regierungen die moralische Möglichkeit weiterer Kriegführung schwindet in dem Augenblick, in dem die deutschen Kriegsziele im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli einwandfrei klargelegt sein werden .

Deutsches Volksblatt – Nr. 10400 – Samstag, den 15. Dezember 1917 - S.9

Trotzki über den Waffenstillstand und Frieden.

Kopenhagen, 15. Dezember. Trotzki sagte dem „Times“-Korrespondenten, daß die russische Regierung unter allen Umständen einen allgemeinen Frieden zu erreichen trachten werde. Die Besprechungen mit dem Vierbund würden demgemäß in drei Abschnitte zerfallen: 1. Einstellung der Feindseligkeiten bei Aufrechterhaltung der Schlagfertigkeit der Armeen. 2. Waffenstillstand. 3. Friedensverhandlungen.

Die Alliierten könnten sich in jedem beliebigen Zeitpunkte den Besprechungen anschließen. Die erste und zweite Periode würden nur von kurzer Dauer sein, dagegen würden die Verhandlungen betreffend einen allgemeinen Frieden länger Zeit beanspruchen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10400 – Samstag, den 15. Dezember 1917 - S.4

Die Geheimverträge.

Lugano, 14. Dezember. Die Zeitungen melden aus Rom unterm 13. d. M. abends: Infolge der bekannten Veröffentlichungen der russischen Maximalistenregierung hatte der Deputierte Longinotti (klerikal) an den Minister des Äußeren eine Anfrage gerichtet, um zu erfahren, ob die Tatsache, daß die Zensur die Veröffentlichung einer angeblichen Klausel der Geheimverträge zwischen Italien und seinen Verbündeten erlaubt habe, welche anscheinend a priori und absolut jedes mögliche Eingreifen des Heiligen Stuhles zur Herbeiführung eines Friedensschlusses oder in auf den Krieg bezügliche Verhandlungen ausschließt, bedeuten solle, daß die bedauerliche Klausel authentisch ist und die Regierung Italiens in einer solchen Haltung verharret. Auf diese Anfrage hat der Unterstaatssekretär des Ministeriums des Äußeren Borsarelli schriftlich geantwortet: Es besteht in dem Abkommen zwischen Italien und seinen Verbündeten keine Geheimklausel, die zufolge den Berichten der Telegraphenagenturen Havas und Stefani in Petersburg veröffentlicht worden sein soll und die besagt, daß Frankreich, England und Rußland den Widerstand Italiens gegen die Zulassung jedweden diplomatischen Schrittes seitens der Vertreter des Heiligen Stuhles zum Zwecke des Friedensschlusses oder der Lösung von auf den Krieg bezüglichen Fragen unterstützen werden.

Der gescheiterte englische Schlachtplan.

Berlin, 15. Dezember. Die große fast viermonatige Flandernoffensive der Engländer kann als vorläufig beendet betrachtet werden. Schon der englische Angriff auf Cambrai, der in den ersten Dezembertagen zu einem schweren Rückschlag für das britische Heer wurde, war das Eingeständnis der dauernden schweren englischen Niederlagen in Flandern.

Das Ziel der 16 großen Flandernschlachten war nach englischen öffentlichen Berichten die Eroberung der deutschen U-Bootbasis, da trotz aller Ablehnungen von englischer Seite ein Mittel gegen unsere U-Boote nicht gefunden war, die langsam aber sicher die Lebensader des britischen Inselreiches zu durchschneiden drohen. Für den Marschall Haig schien der Erfolg sicher zu sein. Bereits im Frühjahr 1917 hatte er selbst seinen baldigen Einzug in Brüssel öffentlich verkündet. Fast das gesamte englische Heer, ausgerüstet mit Material und Munition der Kriegsindustrie von vier Fünftel der Welt, stand in gewaltiger Ueberlegenheit an Zahl und Material einem Bruchteil deutscher Hilfskräfte Flandern gegenüber.

Bis ins kleinste waren in fieberhafter Arbeit unter Heranziehung aller fremden Hilfskräfte die Vorbereitungen zu dieser gewaltigen Offensive, die die Entscheidung des Krieges bringen sollte, getroffen. Ungeheure Artilleriemassen von den kleinsten bis zu den schwersten Kalibern waren in unausgebauten Stellungen bereit gestellt. Ueberall türmte sich Munition in solcher Zahl, wie sie bisher nicht gekannt war. Alle entbehrlichen Kräfte, alles entbehrliche Kriegsgerät von anderen Fronten war zu dieser Flandernoffensive herangezogen, neue Bahnen und Straßen gebaut, unabsehbare Baracken und Zeltlager errichtet, um die Massen des englischen Heeres aufzunehmen.

Mitte Juli begann der Artilleriekampf. Ungezählte Millionen von Geschossen schlugen wochenlang auf unsere Stellungen, Unterstände und Batterien, **während gleichzeitig unablässig giftige Gaswolken** gegen unsere Stellungen geblasen wurden.

In atemloser Spannung richteten sich die Augen der ganzen Welt auf **die beginnende Schlacht, die die deutsche Verteidigungsfront endgültig durchbrechen und die Entscheidung des Krieges bringen sollte.** Nun liegt das gewaltige Ringen mit seinem monatelangen Grauen und Schrecken hinter uns. Ein Bruchteil der deutschen Armee hat in unerschütterlichem Heldenmut in sechzehn großen Schlachten englischer Zahlenüberlegenheit eine Niederlage nach der anderen zugefügt.

93 Divisionen setzte der englische Führer bis Mitte November auf dem Schlachtfelde von Flandern ein.

Sein ganzer Erfolg besteht in einem Streifen Landes von 20 Kilometer Breite, der an wenigen Stellen eine Tiefe von 7 Kilometern erreicht. Ein Boden, auf dem kein Baum und Strauch mehr wächst, der durch Millionen schwerer Geschosse aufgewühlt und umgepflügt, für Jahrzehnte hinaus völlig in eine trostlose Wüstenei verwandelt ist. Für ein Trichterfeld, das verschlammt und versumpft, den Bau von Unterständen ausschließt, für eine Stellung ohne Hinterland, in der die englischen Truppen im Kampfe gegen die Natur schwer leiden und ihre Kräfte verzehren, ist das unendliche Blut geflossen, ist die Blüte des englisch-kanadischen Heeres geopfert, haben französische Divisionen nutzlos geblutet, sind Milliarden Frankreichs und Englands bezahlt. Belgische Erde ist verwüstet, belgische Städte und Dörfer durch englische und französische Geschosse zerstört.

Unbeirrt und sicher gehen die deutschen U-Boote von der flandrischen Küste aus weiterhin an ihre Arbeit. Unbeirrt haben die deutschen Heere trotz der in Flandern tobenden gewaltigen Schlacht im Verein mit den Verbündeten den Feind im Osten und in Italien geschlagen und die fruchtbarsten Landstriche erobert.

Der Feldzug 1917 in Flandern ist für ewige Zeiten ein stolzes Ruhmesblatt des deutschen Westheeres, das hier in unvergleichlichem Heldenmut die glänzendsten Proben aller kriegerischen Tugenden lieferte.

Lloyd Georg für den Krieg – Eine gedankenlose Schimpfirede.

London, 14. Dezember. (Reuter.) Bei einem in London den Leitern des Luftdienstes gegebenen Bankett sagte Lloyd George unter anderem:

Der neue, durch die Waffe des Luftdienstes in den Krieg hineingetragene Schrecken wird in der Welt eine vermehrte Abneigung gegen einen neuen Krieg hervorrufen. Daher ist es wichtiger denn je, daß der Friede ein gerechter, ehrenvoller und wohlthätiger Friede werde. Kürzlich hat ein hochangesehener Edelmann (Lord Lansdowne), der dem Staate in vielen Zweigen ausgezeichnete Dienste geleistet hat, die Nation durch einen Brief erschreckt, der eine sehr beträchtliche Befürchtung bei jenen hervorrief, deren Hauptsorge ist, daß dieser Krieg mit einem dauernden Frieden, nicht mit einer erniedrigenden Niederlage enden möge. Ich weiß jetzt, daß alle unsere Besorgnisse bezüglich dieses Briefes grundlos waren, daß Lansdowne durchwegs in vollem Einverständnis mit dem Präsidenten Wilson war und nur genau dasselbe sagen wollte wie der Präsident in seiner kürzlichen großen Rede im Kongreß.

Wie sich die Regierung in voller Übereinstimmung mit dieser Rede befindet, so gilt dies zweifellos auch hinsichtlich der englischen Nation, und da auch Lansdowne erklärt hat, daß er mit ihr übereinstimme, nehme ich an, daß die Auslegung, die Lansdownes Brief gefunden hat, nicht nur bei den strengen Anhängern der Sache der Alliierten, sondern auch bei ihren Gegnern in unserem Lande, in Amerika, in Frankreich und auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht im geringsten dem entsprach, was Lansdowne auszudrücken wünschte. Ich wünsche keinen Streit hervorzurufen, wenn ein solcher nicht besteht. Lansdowne wollte einfach dasselbe sagen wie Präsident Wilson, und es ist ein großes Unglück, daß er diese Absicht nicht ausgeführt hat.

Ich war auf der Pariser Konferenz der Alliierten, als der Brief erschien. Er wurde dort mit schmerzlicher Bestürzung aufgenommen. Indessen ist es befriedigend, zu wissen, daß Lansdowne wohl von Freunden wie Kritikern mißverstanden worden ist und daß das ganze Gewicht feines Ansehens und Einflusses für die Durchsetzung der Politik Wilsons in Betracht kommt . .

Lloyd-George wies weiter auf eine rührige Minorität im Lande hin, die hinterlistig und hartnäckig ihre Meinung zu verbreiten suche, in der Absicht, das Land zu einem vorzeitigen Unterwerfungsfrieden zu zwingen. Die Gefahr, fuhr Lloyd-George fort, ist nicht der äußerte Pazifist: ihn fürchte ich nicht. Aber ich rate der Nation, vor einem Manne auf der Hut zu sein, der glaubt, daß es ein Mittelding zwischen Sieg und Niederlage gibt. Es gibt kein Mittelding zwischen Sieg und Niederlage. Es gibt Leute, die glauben, sie könnten den Krieg jetzt durch eine Art von sogenanntem Friedensvertrag beenden, durch Errichtung einer Liga der Nationen mit Schiedsgericht, Abrüstung und feierlichem Vertrag zwischen allen Nationen, dergestalt, daß diese ihn nicht nur selbst beobachten, sondern ihn auch durchsetzen gegen jede Nation, die es wagen würde, ihn zu brechen. Das ist die richtige Politik nach dem Siege, aber ohne Sieg wäre es eine Posse.

Warum sind wir in den Krieg eingetreten? Weil ein ebenso feierlicher Vertrag als Fetzen Papier behandelt wurde. Wer würde jetzt einen solchen Vertrag unterzeichnen? Vermutlich unter anderem das Volk, das den letzten gebrochen hat. Wer würde den neuen Vertrag durchsetzen? Vermutlich die Nationen, denen es nicht geglückt ist, den letzten durchzusetzen. Den Krieg, der begonnen wurde, um einen Vertrag durchzusetzen, ohne Entschädigung für den Vertragsbruch zu beenden, sondern nur durch Beschluß eines nachdrücklicheren Vertrages — das wäre in der Tat eine Posse. Wir dürfen uns nicht durch bloße Worte von einer Liga der Nationen, Abrüstung, Schiedsgericht und Sicherheit mißleiten lassen. Das sind alles schöne, große Redensarten, aber ohne die belebende Kraft des Sieges bleiben sie nichts als Worte. Wir hätten niemals in den Krieg eintreten sollen, wenn wir die Aufgaben nicht unter allen Umständen durchführen wollten. Ich kann die Haltung der wenigen Leute verstehen, wenn ich sie auch nicht billige, die von Anfang an sagten: „Mischt euch unter keinen Umständen ein, laßt die Deutschen Belgien überrennen, laßt unseren Freund und Nachbar, die freie Republik Frankreich, in den Schmutz treten, laßt jedes mögliche Verbrechen verüben, solange es nicht gegen unser Land und gegen uns selbst verübt wird.“ Aber ich kann den Mann nicht verstehen, der damals, als er zuerst die Schändlichkeiten sah, in seiner edlen Seele entflammt mit gerechter Empörung ausrief: „In des Himmels Namen, laßt uns dieser Schmach ein Ende machen, die Verbrecher bestrafen!“ und der, nachdem er dazu beigetragen hat, die Nation auf diesen Weg der Ehre zu führen, jetzt, bevor die Aufgabe erst bis zur Hälfte erfüllt ist, plötzlich sagt: „Ich habe genug! Jetzt ist es Zeit, daß ein Ende gemacht werde. Laßt uns den Uebeltätern die Hand reichen, laßt uns mit ihnen zu unserem gegenteiligen Vorteil Handel treiben!“ Es soll nicht von ihnen verlangt werden, den angerichteten Schaden wiedergutzumachen, sie, brauchen sich nicht zu entschuldigen, sie werden lediglich eingeladen, sich zu beteiligen und sich mit euch zu vereinigen, um dem

nächsten, der es wagen wird ihr Verbrechen nachzuahmen, einen Schlag auf den Kopf zu versetzen. Und es wird uns gesagt, daß wir unter diesen Bedingungen sollten Frieden haben können.

Deutschland hat dies gesagt, Oesterreich-Ungarn und der Papst, haben es gesagt; es muß also wahr sein. Natürlich ist es wahr. Warum sollten sie einen Frieden unter solchen Bedingungen ablehnen, umso mehr, als er einige der reichsten Provinzen und schönsten Städte Rußlands in ihren Taschen belassen würde! Wenn ein Richter zu einem Angeklagten, **der Mord, Brandstiftung, Raub, Einbruch, Betrug oder Seeraub** begangen hat, sagen würde: Ich will dich ohne Strafe frei lassen und du brauchst auch das gestohlene Gut nicht zurückgeben, wenn du versprichst, dabei zu helfen, daß der nächste Verbrecher gefangen wird: wie würde dies wohl auf das Verbrechen wirken? Es kann keinen Schutz für Leben, Eigentum oder Geld in einem Lande geben, in dem der Verbrecher mächtiger ist als das Gesetz. Das Gesetz der Völker ist nicht davon ausgenommen, und bis ihm Achtung verschafft ist, wird der Weltfriede stets von der Gnade irgend einer Nation abhängig sein, deren Professoren sie emsig gelehrt haben, daß kein Verbrechen eine Schlechtigkeit ist, wenn es sie zu Größe und Reichtum führt.

In der Weltgeschichte hat es oft verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben jetzt mit einem von ihnen zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben, bis der Lohn für Völkerverbrechen zu unsicher wird, um sie lohnend zu machen, bis die Strafe für diese Verbrechen zu (hier fehlt in der Depesche ein Wort) wird, um sie reizvoll zu machen. Wir haben Zwischen zwei Wegen zu wählen und wir wollen uns darüber nicht im Unklaren sein. Der eine Weg führt dahin, einem triumphierenden Verbrecher leichte Bedingungen zu gewähren, wie man es in Ländern, in denen das Gesetz nicht durchgeführt werden kann, tun muß, um sich Sicherheit zu erkaufen. Das ist der eine Weg. Er bedeutet, daß wir uns in der Furcht vor der Gesetzlosigkeit erniedrigen. Er bedeutet, letzten Endes eine Welt, die von erfolgreichen Banditen in Furcht gejagt wird. Der andere Weg ist der: unsere göttliche Aufgabe, der Gerechtigkeit Achtung zu verschaffen und einen gerechten, immerwährenden Frieden für uns und unsere Kinder zu erreichen, zu Ende zu führen. Sicherlich kann keine Nation, die an ihre Interessen, ihre Selbstachtung und Ehre denkt, nur einen Augenblick in ihrer Wahl zögern.

Wenn keine Aussicht bestände, daß sich die Lage bei Verlängerung des Kampfes bessert, dann wäre es schändlich, den Krieg zu verlängern. Weil ich aber fest überzeugt bin, daß wir uns stetig unserem Ziele nähern, würde ich Friedensangebote an Preußen in demselben Augenblick, wo der preußische Militärgestirbt von Prahlerei trunken ist, als einen Verrat an der großen Aufgabe, die uns anvertraut ist, betrachten. Viel von dem Fortschritt, den wir machen, mag nicht ersichtlich sein, außer für diejenigen, deren Aufgabe es ist, die Tatsachen festzustellen. Die Siege Deutschlands werden alle in die Welt hinausgeschrien, aber Deutschlands Schwierigkeiten erscheinen in keinen Preßberichten oder drahtlosen Meldungen. Aber wir kennen sie. Der tödliche Griff der britischen Marine tut seine Wirkung und die Tapferkeit unserer Truppen ruft einen Druck hervor, der sich letzten Endes äußern wird.

Wir leben jetzt zwar nicht in einer glückverheißenden Stunde. Rußland droht, sich vom Kriege zurückzuziehen, und die französische Diplomatie, die in die Schrecken des Krieges gestürzt wurde, weil sie ihrem Rußland verpfändeten Worte treu blieb, ist sich selbst überlassen. Ich will den Ernst, dieser Lage keineswegs verkleinern. Wäre Rußland imstande gewesen, in diesem Jahre seine Kraft zur Geltung zu bringen, so wären wir jetzt vielleicht in der Lage, dem Feinde angemessene Friedensbedingungen aufzuerlegen. Durch sein Ausscheiden stärkte Rußland das Hohenzollerntum und schwächte die Kräfte der Demokratie. Sein Vorgehen wird uns nicht, wie es glaubt, zu einem allgemeinen Frieden führen. Es wird lediglich das Ringen der Welt verlängern und es wird Rußland selbst unvermeidlicherweise in die Bande der preußischen Militärherrschaft schlagen. Wenn etwa Rußland auf seiner Ansicht verharret, wenn der Feind von seiner Ostfront, die bisher mehr als ein Drittel seiner Kräfte in Anspruch nahm, Hunderttausende von Truppen und Kriegsmaterial in Massen zurückziehen kann, um England, Frankreich und Italien anzugreifen, bedeutet das einen ernsten Zuwachs für unsere Aufgabe, die schon gewaltig genug war. Es wäre töricht, die Gefahr zu unterschätzen, es wäre aber ebenso töricht, sie zu übertreiben.

Die größte Torheit aber würde sein, ihr nicht entgegenzutreten. Wenn sich die russische Demokratie entschlossen hat, den Kampf gegen die Militärautokratie aufzugeben, so nimmt auf der anderen Seite die amerikanische Demokratie ihn auf. Dies ist das denkwürdigste Ereignis des Jahres. Es hat die ganze Lage verändert. Die Russen sind ein hochherziges Volk. Sie haben tapfer in diesem Kriege gekämpft. Aber sie haben immer und haben zweifellos in diesem Kriege, den am mangelhaftesten organisierten Staat in Europa gehabt. Großbritannien, dessen Bevölkerung nur ein Drittel derjenigen Rußlands ausmacht, ist in den letzten zwei Jahren für Deutschland ein stärkeres Gegengewicht gewesen. Hätte man Deutschland nicht nur heute, sondern sogar schon vor einem Jahre gefragt, ob ihm Englands oder Rußlands Ausscheidung aus dem Kriege lieber sei, so glaube ich, keinen Zweifel über die Antwort haben zu sollen.

Immerhin legen uns der Zusammenbruch Rußlands und die zeitweilige Niederlage Italiens zweifellos einen schwereren Anteil an der Bürde auf, bis Amerika bereit ist, sie tragen zu helfen. Wir müssen uns daher auf größere Anstrengungen und Opfer vorbereiten. Es ist Zeit, daß sich die Nation fester als je auf die Füße stellt und ihre Schultern reckt, um die größere Last zu tragen, die ihr die Ereignisse auferlegt haben.

Großbritanniens Wille ist gleich gehärtetem Stahl, er wird der stärkeren Spannung bis zum Ende standhalten. Die Mannschaftsbestände müssen tiefer ausgeschöpft werden, um die Last zu tragen, bis die amerikanische Armee eintritt. Wir müssen genug Leute haben, um die Linien zu verteidigen, die wir drei Jahre hindurch gegen den wilden Ansturm gehalten haben. Wir müssen ein Manöverheer haben, das uns instand setzt, mit geringstem Zeitverlust an irgend einem Punkte des gewaltigen Schlachtfeldes zu erscheinen, wo immer es not tut.

Es liegt kein Grund für eine Panik vor. Selbst jetzt senden wir Italien Truppen zu Hilfe. Die Alliierten sind in Frankreich und in Flandern in der Ueberzahl. Wir haben erhebliche Reserven in der Heimat. Unsere Mannschaftsbestände nahmen besonders in den letzten Monaten erheblich zu, mehr, als Freund und Feind wissen. Aber sie genügen noch nicht, um ohne Sorge neuen Kriegszufällen gegenüberzutreten, es sei denn, wir ergreifen Maßnahmen, um unsere Reserven an ausgebildeten Leuten weiter zu vermehren. Das Kabinett bereitet Vorschläge für die Aufbringung weiterer Mannschaften vor und untersucht gleichzeitig eingehend die besten Methoden zur Schonung der bereits vorhandenen Bestände unseres Heeres, um die Kriegsverluste zu verringern. Der Sieg ist aber jetzt eine Frage des Schiffsraumes; nichts kann uns jetzt eine Niederlage bringen als Knappheit an Schiffsraum. Die Preußen werden da eine Enttäuschung erleben. Aber wir beide, Amerika und England werden unsere Hilfsmittel aufs äußerste anspannen haben, um den Schiffsraum zu vermehren. Denn wenn das Unrecht aus diesem Konflikt triumphierend hervorginge, würde die neue Welt in ihrem Innern fühlen, daß die brutale Gewalt allein in der Herrschaft über den Menschen zählt. Jetzt ist die Schicksalsstunde der Menschheit. Wenn wir des Schicksals wert sind, das sie in sich birgt, werden ungezählte Menschengeschlechter Gott danken für die Kraft, die er uns gab, bis zum Ende durchzuhalten.

Berliner Tageblatt – Nr. 641 – Sonntag, den 16. Dezember 1917 - S.1

Der diplomatische Anlauf im September 1917. – von Conrad Haussmann, Mitglied des Reichstags

Im September 1917 fand ein diplomatischer Anlauf statt, von dem man noch nicht weiß, wer ihn anregte. Er ist ergebnislos geblieben, aber aus Gründen, die auf Mißverständnissen beruhten. Da es sich um einen ersten Versuch in einer hochwichtigen Angelegenheit handelt, erscheint eine Gegenüberstellung und Feststellung angezeigt.

Die russischen Volkskommissare haben Ende November und Anfang Dezember authentische Geheimberichte veröffentlicht, darunter einen Bericht des russischen Geschäftsträgers in London, an die provisorische Regierung in Petersburg vom September 1917. Hierüber hat im englischen Unterhaus auf eine Anfrage der auswärtige Staatssekretär Englands, Mr. Balfour, angegeben: „daß die Regierung Seiner Britischen Majestät im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen.“

Der Schritt selbst wird durch eine amtliche Veröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amts als richtig bestätigt. Ueber Ursache und Einleitung sagt die deutsche Note: „Anfangs September empfing die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht eine diplomatische Anfrage über deutsche Kriegsziele. Die Art der Mitteilung der neutralen Regierung war eine solche, daß nach den internationalen Gepflogenheiten mit Sicherheit angenommen werden mußte, die neutrale Anfrage erfolge mit Wissen der großbritannischen Regierung und mit ihrem Einverständnis Die deutsche Regierung war grundsätzlich zur Beantwortung der Anfrage bereit. Eine direkte mündliche Beantwortung durch einen Vertrauensmann erschien dieser Sachlage als die zweckdienlichere.“

Danach war Deutschland auf Grund der festen Annahme – für welche die diplomatischen Gepflogenheiten sprachen – von der neutralen Macht im Einverständnis Englands angefragt worden zu sein, zu einer unmittelbaren mündlichen Beantwortung der Anfrage nach den deutschen Kriegszielen grundsätzlich bereit. Die Beantwortung sollte aber nicht durch die neutrale Regierung, sondern durch eine Vertrauensperson erfolgen. Das war beschlossen.

Die Beantwortung ist aber unterblieben, weil „auf seiten unserer Gegner nichts geschah, um eine derartige unmittelbare Beantwortung der Anfrage zu ermöglichen“ und weil „über die Bereitwilligkeit der

britischen Regierung, jede Mitteilung der deutschen Regierung in Empfang zu nehmen, diese erst Mitte Dezember durch die Mitteilung im Unterhaus Kenntnis erhalten hat.“

Dieser Sachverhalt ist außerordentlich und stimmt sehr ernst. Wie konnte es geschehen, daß die neutrale Macht von der Bereitwilligkeit der britischen Regierung keine Mitteilung an Deutschland gegeben hat?

Die scheinbare Unterlassung der englischen Regierung weckte bei der deutschen Regierung den Irrtum, „daß auf seiten unserer Gegner nichts geschah,“ führte zur Nichtausführung des gefaßten Entschlusses und setzte wieder Deutschland dem falschen Schein eines widerspruchsvollen Handelns aus. Deutschland und die Welt wissen jetzt: wenn Deutschland die Bereitwilligkeit der englischen Regierung im September erfahren hätte, so hätte sie im September 1917 durch ihren Vertrauensmann die im vermuteten Einverständnis Englands gestellte Anfrage der neutralen Macht durch einen Vertrauensmann direkt beantworten lassen. Eine Klärung wäre dadurch unter allen Umständen herbeigeführt worden. Es ist grausam, denken zu müssen, daß ein Vierteljahr durch Mißverständnisse verloren gegangen ist.

Vergegenwärtigt man sich die Lage von Anfang September 1917, so hatte am 19. Juli der Reichstag seine Resolution mit großer Mehrheit beschlossen. Am 26. Juli hat Asquith seine kleine Anfrage wegen Belgiens im Unterhaus an Deutschland gerichtet. Am 5. August hat der Reichskanzler Michaelis in seiner Rede vor den Journalisten keine Antwort gegeben.

Mitte August hat Herr v. Kühlmann das Auswärtige Amt übernommen. Ende August trat der Siebenerausschuß des Reichstags zusammen. Anfangs September erfolgten die Anfrage der neutralen Macht an Deutschland und die Mitteilung der neutralen Macht an England und von diesem an seine Verbündeten. Am 8. September traten die Staatssekretäre, am 10. September der Siebenerausschuß und die Bundesratsmitglieder gleichfalls unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammen. Damals wurde die auswärtige Politik Deutschlands in der Antwort auf die Papstnote entsprechend dem Vorschlag des Staatssekretärs v. Kühlmann festgelegt, der daneben diplomatische Schritte in Aussicht stellte. Diese Politik erhielt am Dienstag, den 11. September, die Genehmigung des Kaisers und der von ihm zu einer besonderen Sitzung zusammenberufenen Staatsmänner und Vertreter der Obersten Heeresverwaltung und Marineverwaltung. Deutschland hat die Papstnote am 19. September beantwortet. England, Frankreich, Rußland und Italien haben die Papstnote bis heute nicht beantwortet. Diese Unterlassung ist heute zwar immer noch unerhört, aber sie ist erklärt durch den inzwischen in Petersburg veröffentlichten Geheimvertrag, in dessen Artikel 15 sich Italien und die übrigen Ententemächte wechselseitig verpflichten mußten, eine Friedensvermittlung durch den Papst grundsätzlich abzulehnen.

Trotzdem oder gerade deswegen wäre ein unmittelbarer diplomatischer Schritt zwischen Deutschland und England von einer besonderen Bedeutung gewesen und hätte die Entente aus der vertragsmäßigen Zwangslage, den Mittelmächten nicht durch den Papst antworten zu dürfen, befreit.

Der steckengebliebene Zwischenfall ist eine blutige Tragödie der Irrungen. Aber es ist unmöglich, die Angelegenheit so beruhen zu lassen, wie sie der Zufall oder das Mißtrauen gestaltet hat. Deutschland weiß jetzt, daß die englische Regierung im Einverständnis mit den Ententemächten die Bereitwilligkeit erklärt hat, jede Mitteilung der deutschen Regierung entgegenzunehmen. Es wird unschwer festzustellen sein, daß die neutrale Macht ihre Anfrage nach den Kriegszielen nicht gegen den Willen Englands an Deutschland gerichtet hat. Die Folgerungen daraus ergeben sich von selbst und Europa sollte vor Weihnachten erfahren, daß ein grundsätzlich beschlossener Schritt nicht auch nach dieser Aufklärung aus Mißverständnis unterblieben ist. (Unseren eigenen Standpunkt zu dieser Angelegenheit haben wir bereits gekennzeichnet und wir behalten uns vor, ihn noch weiter zu formulieren. Die Red.)

Deutsche Tageszeitung – Nr. 641 – Sonntag, den 16. Dezember 1917 - S.3

Erzberger und Lloyd George.

Aus der Schweiz wird uns mitgeteilt:

„Mit Recht hat es großes Aufsehen erregt, als die „**Neuen Züricher Nachrichten**“ Ende Juli die Unterredung ihres Chefredakteurs B. mit dem abgeordneten Erzberger veröffentlichten, in der dieser sagte: „Würde mir in nächster Zeit Gelegenheit geboten, mich mit Lloyd George oder Balfour oder einem ihrer ersten Vertrauensmänner zu unterhalten, so würden wir uns sehr wahrscheinlich in wenigen Stunden über die Verständigungs-, das heißt Friedensbasis, soweit geeinigt haben, daß die amtlichen Friedensverhandlungen sofort beginnen könnten.“

Herr Erzberger hatte nach dem Bericht der „**Neuen Züricher Nachrichten**“ „vollwertige Garantien“ dafür, daß die damals eben erst ans Ruder gelangte Regierung Michaelis eine für England annehmbare

Friedensgrundlage habe, und verbürgte sich, als Chefredakteur B. ihn auf die ungeheure Wichtigkeit der oben angeführten Sätze aufmerksam machte, ausdrücklich dafür, daß die Sachlage richtig wiedergäben. Worauf Erzbergers Zuversicht schließlich beruhte, weiß ich nicht: aber ich kann die damalige Meldung des Züricher Blattes durch die Mitteilung einiger Aeußerlichkeiten ergänzen, die jedenfalls den Beweis dafür liefern, wie ernst es Herrn Erzberger mit der ganzen Sache war.

Erzberger hatte es so eilig mit der Veröffentlichung seiner Kundgebung, daß er mit seiner Mitteilung an die „Neuen Züricher Nachrichten“ nicht wartete, bis er selber in Zürich eingetroffen war; er bestellte vielmehr den Chefredakteur B. nach Ro. am Bodensee, um ihm schon unterwegs die Erklärung, von der er sich weltgeschichtliche Wichtigkeit versprach, zur Veröffentlichung zu übergeben. Erzberger glaubte fest und sicher, auf diese Veröffentlichung hin würden Vertrauensmänner der englischen Regierung ihn schnellstens aufsuchen; er begab sich deshalb selber nach Zürich – in den „Neuen Züricher Nachrichten“ wurde darauf hingewiesen – um den Weltfrieden so rasch wie möglich in Gang zu bringen. Aber kein Engländer ließ sich bei Herrn Erzberger blicken. Erst mehrere Tage nach seiner Abreise kam ein Engländer auf die Redaktion der „Neuen Züricher Nachrichten“ und fragte dort: „Wo ist der verrückte Män, der will machen Frieden mit Lloyd George in zwei Stunden?“ Als man ihm mitteilen mußte, daß dieser Mann, Herr Erzberger, leider bereits von Zürich abgereist sei, weil ihm das Warten zu lange dauerte, empfahl sich der Engländer, indem er sichtlich betrübt sagte: „Ich bedaure sehr, daß ich nicht sehen kann den Män; aber sagen Sie ihm nur, daß er ist ein sehr verrückte Män.“

Der Engländer hat also die Sache leider nicht ganz so ernst genommen wie Herr Erzberger. Nach den Mitteilungen der letzten Tage über den merkwürdigen Friedensfühler vom September kann diese Darstellung unseres schweizerischen Freundes wohl auf ein besonderes Interesse rechnen; war doch jene Züricher Reise des Abgeordneten Erzberger offenbar ein direkter Vorläufer der glorreichen Septemberaktion; und man wird kaum sagen können, daß sie viel weniger glorreich verlaufen sei.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10401 – Sonntag, den 16. Dezember 1917 - S.1

Der Niedergang Frankreichs.

Frankreich hat in diesem Kriege furchtbar gelitten, vielleicht am schwersten von allen Völkern, deren Heere im Felde stehen, das furchtbarste Erlebnis des französischen Volkes ist jedoch das, daß seine Staatsmänner seine Ehre, seine Unabhängigkeit verschachert haben. Die Art französischen Denkens mag diese Tatsache lange sich verschleiern haben, und **so lange die Aussicht auf Gewinnung Elsaß-Lothringens, des ganzen linken Rheinufers und Belgiens noch wirkte**, mag man sich in Paris mit der Hoffnung getröstet haben, daß ein siegreiches Ende Gewinn und durch ihn die Tilgung der Schmach bringen würde, die die meisten der französischen Regierungen in den letzten fünfzehn Jahren auf den französischen Namen gehäuft haben. Seitdem auch dieser Trost in Nichts zusammengesunken ist und den Franzosen die graue Wirklichkeit entgegenstarrt, wird in ihnen die Erinnerung an jene Staatsmänner wieder lebendig, die ihre Ehre daran gesetzt hatten – französische Politik zu machen. Caillaux' Name wurde wieder genannt, er vermochte wieder auf der Tribüne der Kammer zu erscheinen, er rückte wieder in die Reihe derer, die als „ministrabel“ gelten, das aber genügte nun, daß ihm in London das Urteil gesprochen wurde.

Die französische Regierung hat gegen Caillaux die Anklage auf Hochverrat erhoben; die Pariser Presse gibt selbst zu, daß sie auf schwachen Füßen stehe, und **Clemenceau ist bei aller Beschränktheit** nicht so naiv, um zu verkennen, daß der Schritt gegen Caillaux ein va-banque Spiel sei; allein was ficht das England an. England hat wohl die Anklage veranlaßt, allein die Verantwortlichkeit dafür trägt die französische Regierung! Zum Diener Lloyd Georges ist also Clemenceau herabgesunken; die Northcliffe-Presse hat das „Material“ gegen Caillaux geliefert, und das französische Gericht hat nur das Schuldig zu sprechen. Ist das noch das Frankreich Ludwig XIV. oder das Napoleons I.? Nein, ein bleicher Schatten einstiger Größe, verkauft an England und verblutet und entehrt in seinem Solde! - Aber nicht nur die Erniedrigung Frankreichs spricht zu uns aus dem Prozesse wider Caillaux, sondern auch die Vorgeschichte dieses Krieges, wie England ihn von langer Hand vorbereitet hat, erhält durch ihn einen neuen Beitrag. Dort, wo die Anklage über die Linie des Zeitungstratsches sich erhebt, spricht sie davon, daß Caillaux England nicht freundlich gesinnt war, und daß er die Meinung geäußert habe, Frankreich sei bereits zu erschöpft, um den Krieg fortzusetzen. Aber ist diese Ansicht Caillaux' neu? Keine Spur. Seine ganze Politik vor dem Krieg bekannte sich zu ihr und ebenfalls sind bereits vor dem Kriege dieselben Anschuldigungen in der englischen Presse gegen ihn erhoben worden.

Caillaux' Aufstieg begann zur Zeit der Marokkokrise. Er brachte die deutsch-französischen Verhandlungen darüber zu einem guten Ende und darum begannen der russische Botschafter Iswolski, der

englische Bertie und die Northcliffe-Presse gegen ihn zu hetzen. Willige Werkzeuge fanden sie in Clemenceau, der mit Hilfe einer Fälschung den Kampf auf parlamentarischem Boden gegen ihn eröffnete, und in den Pariser Großbanken.

Caillaux selbst war aus der Hochfinanz hervorgegangen, allein seine politische Entwicklung vollzog sich umgekehrt wie die Briands. Briand wurde aus einem blutigen Revolutionär und Antimilitaristen der Mann der Kriegsrüstungen gegen Deutschland, der Mann, der, um sich am Ruder zu halten, schließlich nicht nur mit der Bourgeoisie, sondern auch mit den hochkirchlichen Kreisen paktierte. Caillaux war frei von solchem moralischen Defekte; von Haus aus materiell unabhängig, hat er in der Politik niemals seine Überzeugung zum Opfer gebracht, und erfahren in der Technik des Finanzwesens, beutete er als Abgeordneter und Minister diese seine Kenntnisse nicht für seine Tasche, sondern im Interesse des Staates aus. So wurde die Pariser Hochfinanz seine Feindin. Caillaux kümmerte sich darum nicht, er ging seinen geraden Weg weiter und zunächst fanden seine Gegner an ihm auch ihren Meister. Zwar mußte das Kabinett Caillaux im Januar 1912 zurücktreten und wurde Poincare mit Hilfe englischen und russischen Geldes sein Nachfolger und kurz darauf Präsident der Republik, allein die Neuwahlen entschieden zugunsten Caillaux', der im Dezember 1913 als Finanzminister im Kabinett Dommergue wiederum die politische Führung übernahm.

Die große Krise warf ihre Schatten bereits voraus, allein **Caillaux behielt sein Ziel fest im Auge: Unabhängigkeit der französischen Politik auch von England und zu diesem Zwecke gute Beziehungen zum Deutschen Reiche.** – Alle Welt kannte diese Auffassung Caillaux'; wegen ihr aber – die ihm heute zum Verbrechen angerechnet wird – setzte sofort ein neuer, von England aus geleiteter Verleumdungsfeldzug ein. Einer der niederträchtigsten Hetzer war Calmette**, der Leiter des „Figaro“; die Frau Caillaux', erbittert über die Schufferei Calmettes, erschoss ihn, und damit war auch der Sturz Caillaux' erledigt und die Bahn frei für die Kriegspartei, frei für die Kriegspolitik Englands.

England suchte Caillaux vor dem Kriege zu stürzen, weil es in ihm den Mann erkannte, der willens war, den Frieden zu erhalten, und England läßt ihn jetzt unter Anklage stellen, weil es in ihm den Mann erkennt, dem schließlich die Macht in Frankreich zufallen müßte, weil er der einzige ist, der die Fähigkeit und Kraft besäße, um für Frankreich zu retten, was noch zu retten ist.

**Joseph Caillaux, *30.03.1863 Le Mans +21.11.1944 Mamers; 1911-1912 Premierminister; 1913/1914 Finanzminister; setzt sich im 1. Weltkrieg für ein Ende des Krieges ein, was ihm 1917 Clemenceau als gemeinsame Sache mit dem Deutschen Reich vorwirft. 1920 wird er wegen Verbindung mit dem Feind zu drei Jahren Haft verurteilt; bleibt bis 1940 aktiver französischer Politiker*

***Gaston Calmette, *30.01.1858 Montpellier +16.03.1914 Paris, Journalist, Chef des „Figaro“; Calmette agierte gegen Caillaux, Finanzminister, und drohte, Liebesbriefe dessen Frau zu veröffentlichen.*

England führte Frankreich, und Lloyd George hielt Clemenceau an der Leine und war bedacht darauf, jede Kritik oder Aktion gegen die Kriegspläne Englands und Frankreichs im Keime zu ersticken, egal wie. Zur Unterstützung war immer die Northcliffe-Presse zur Stelle um entsprechende Propaganda in der gewünschten Richtung zu starten und vor allem gegen französische Politiker, die nicht auf der politischen Linie agierten. So wurde auf Caillaux, der ein Ende des Krieges propagierte, eine Anklage auf Hochverrat gestellt – vorgegeben von England. Als sein größtes Vergehen kann man Caillaux' Bestrebungen sehen, mit Deutschland gute Beziehungen herzustellen. Caillaux' politische Karriere endete mit der Ermordung Calmettes durch seine Frau, der damit drohte, Liebesbriefe Caillaux' Frau zu veröffentlichen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10401 – Sonntag, den 16. Dezember 1917 - Mittag - S.3

Eine Friedensanregung Kings'.

Genf, 15. Dezember. Der „Daily News“ zufolge brachte Abgeordneter Kings im Unterhaus eine Anfrage an die Regierung ein, ob die Regierung, nachdem die beiderseitigen Friedensanregungen im September an Mißverständnissen gescheitert seien, einen neuerlichen Schritt unternehmen wolle, um mit dem Feinde zum Austausch der beiderseitigen Friedensbedingungen zu gelangen.

Die Vorgeschichte der deutsch-englischen Friedensfühler.

Bern, 15. Dezember. Nach den Informationen des „**Berner Intelligenzblattes**“ dürften sich die englisch-deutschen Friedensfühlungen seit dem Herbst 1917 in folgendem Rahmen abgewickelt haben: Ein bekannter deutscher Politiker hatte schon vor vielen Wochen Gelegenheit, eine Aussprache mit einer englischen Persönlichkeit zu pflegen. Diese Aussprache gedieh damals bis zur belgischen Frage. Da der deutsche Politiker über diesen Punkt keinen genauen Aufschluß geben konnte, reiste die englische Persönlichkeit wieder nach London, ohne daß irgendetwas Bestimmtes in negativer oder positiver Richtung sich ergeben hätte. Kurz darauf begann in der englischen Presse jene bekannte Anklage gegen die deutsche Politik hinsichtlich Belgiens, indem man sie mit ihrer angeblichen Friedensgeneigtheit der „Heimtücke“ beschuldigte.

In Berlin bekam das unsichere Regime des Kanzlers Michaelis einen bestimmten Auslandskurs durch den Eintritt Kühlmanns ins Ministerium des Äußeren. Der neue Staatssekretär ließ seinen persönlichen Standpunkt zur belgischen Frage in die Presse gelangen. Einige Zeit darauf ging durch die Presse die Mär, der König von Spanien habe sich entschlossen, den kämpfenden Mächtegruppen seinen Vermittlungsdienst anzubieten. Den Hintergrund dieser so plötzlich aufgetretenen Nachricht gab sehr wahrscheinlich die Tatsache, daß England und Deutschland durch spanische Vermittlung im Herbst 1917 abermals in Fühlung getreten waren. Allein bis heute konnte wahrscheinlich dies Fühlung zu keinem politischen Ende geführt werden, da die Voraussetzungen jedes englischen Friedens nicht erreicht werden konnten: die Erklärung, daß Belgien als ein in jeder Form unabhängiger souveräner Staat vollständig wieder aufgerichtet würde.

Vermutliche gehen die Fühlungen unter der Hand weiter. Die Voraussetzung dafür ist die richtige Atmosphäre, und daraus ergibt sich für die gesamte Presse die Pflicht zur absoluten Ruhe und objektiven Nüchternheit in der Beurteilung der Dinge über Krieg und Frieden.

Rußland lädt seine Verbündeten zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk ein.

Geheimverträge Italiens, Frankreichs und Englands, die die Einflußnahme des Vatikan in Bezug auf einen Friedensschluß und Beendigung des Krieges ausschließen sollen.

Der Zusammenbruch der Kühlmannschen Politik.

Die – wie der „**Manchester Guardian**“ sagt – englisch-deutsch-französische Finanzklique (wir fügten noch hinzu: österreichisch-schwedisch-holländisch-russische) hat Herrn von Kühlmanns Friedensangebot nach London übermittelt. Die Folge und Wirkung war eine Rundnote Balfours an die Verbündeten Großbritanniens. Das russische Blatt „**Iswestija**“ hat sie dankenswerterweise veröffentlicht, die deutsche Presse hat eine Uebersetzung erhalten, welche die „**Deutsche Tageszeitung**“ vom Sonnabend morgen ihren Lesern mitteilte. In jener Uebersetzung findet sich der folgende Satz:

„Unter dem Einflusse des von England in den letzten Tagen in Mesopotamien davongetragenen Sieges und des bedeutenden Erfolges an der Westfront ist in der Stimmung der Armee und des Landes (in Großbritannien) zweifellos ein großer Umschwung nach der Seite einer stärkeren Ueberzeugung vom Endsiege eingetreten. Alle Momente deuten darauf hin, daß der Geist der deutschen Truppen entsprechend gesunken ist.“

Nun liegt uns heute der englische Text vor. Dort heißt die Stelle:

„Als ein Ergebnis der letzten Siege in Mesopotamien und an der Westfront besitzt Großbritannien jetzt den beherrschenden Einfluß. Die gesamte Information zeigt, daß die deutsche Stimmung im selben Verhältnis fällt, wie Großbritannien stärker wird.“

(„A result of the recent victories in Mesopotamia and on the western front Great Britain now has the dominating influence. All the information shows that German spirits are falling in proportion and Great Britain becomes stronger.“)

Der der deutschen Presse übermittelte Text ist also unrichtig; – um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Der richtige Text zeigt, was der unrichtige weitschweifig zweckbewußt verschleiert und unterdrückt: nämlich die großbritannische Regierung den Regierungen ihrer Bundesgenossen gegenüber das „Angebot“ Herrn Kühlmanns ausnutzt; mit anderen Worten: **welche Wirkung** dieser neue „unnachahmliche Griff des geborenen Staatsmannes“ (wie Professor Meinecke seinerzeit schrieb) **auf unsere Feinde und bei ihnen gehabt hat.**

Die großbritannische Regierung hat das unter den Auspizien des deutschen Staatsmannes durch die internationale Finanzklique fabrizierte „deutsche“ Friedensangebot lediglich als Zeichen deutscher Angst und Schwäche aufgefaßt und ihren Bundesgenossen gegenüber verwertet. Sie hat daraus den Schluß gezogen, man brauche nur durchzuhalten und steigend aufzutumpfen, um das Deutsche Reich ganz auf die Knie zu bringen und alles zu erreichen, was man wolle.

Dabei ist zu bedenken, daß die Rundnote der großbritannischen Regierung nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, also nicht dieses bluffen, noch den Geist der eigenen Bevölkerung heben sollte. Vielmehr haben wir es hier mit der tatsächlichen, unverhüllten Wirkung der genialen Politik und Diplomatie Herrn v. Kühlmanns zu tun. Ein schlagenderer Beweis für die Unrichtigkeit und Unfähigkeit dieser Politik und Diplomatie, besonders auch hinsichtlich ihrer psychologischen Voraussetzungen und Berechnungen läßt sich nicht denken.

Der Kontrast zu den geschwollenen Phrasen des Staatssekretärs im Reichstage tritt um so schärfer und unangenehmer hervor. Jetzt zeigt sich übrigens erst vollständig, weshalb Herr von Kühlmann damals in Bezug auf Elsaß-Lothringen das theatralische „Niemals“ ausrief: man hatte ihn wissen lassen, der Verzicht auf Belgien genüge noch lange nicht. Danach wußten aber die englischen und französischen Blätter was sie taten, als sie schrieben: das Niemals sei wohl nicht so ernst gemeint; man glaubte und glaubt aus den internationalen Informationen und Erfahrungen besser unterrichtet zu sein. –

Wir haben neulich Herrn Erzberger als einen der politischen Brotgeber, nicht: Ratgeber, wie die „Frankfurter Zeitung“ sagt, bezeichnet. Herrn Prof. Meinecke könnte man als den geistigen Brotgeber des Staatssekretärs bezeichnen und zugleich als den „intellektuellen“ Verkünder und Preiser der gemeinsamen Staatsweisheit. Im feindlichen Ausland kennt man die Beziehung und widmet deshalb den Meineckeschen Aufsätzen Beachtung. Die „**Times**“ vom 7. Dezember beschäftigt sich mit einem Aufsatz Professor Meineckens vom 22. November in der Naumannschen „Hilfe“. Die „**Times**“ **überschreibt ihre Inhaltsangabe des Aufsatzes „Kommende Revolution“.**

Professor Meinecke setzt nämlich beschwörend auseinander, die Deutschen hätten keine Ahnung von der Schwere des Druckes, welche eine Fortdauer der feindlichen Koalition auf die zukünftige Entwicklung Deutschlands nach innen und außen haben müsse. Die Tendenz des Aufsatzes geht dann natürlich auf den

„Verständigungsfrieden“ hinaus. Die „Times“ zieht dieselbe Schlußfolgerung aus den lichtvollen Darlegungen Professor Meineckens, wie die britische Regierung aus dem Kühlmannschen Friedensangebot, die Schlußfolgerung: Deutschland ist bald erledigt und wird die Revolution haben, wir brauchen nur solange zusammenzuhalten und durchzuhalten.

So sind mithin ohne Rest und ohne Uebertreibung die Ergebnisse und Wirkungen der Politik und Diplomatie des genialen Staatsmannes, Staatssekretärs von Kühlmann. Die Hungerfriedensmehrheit jubelt ihm begeistert zu und weiß nicht, wie lächerlich sie sich vor der ganzen Welt macht. Die immer noch gut glaubende und vertrauende deutsche Bevölkerung begreift noch immer nicht die Unfähigkeit der Führung der deutschen Politik und ihre verderbliche Richtung, noch auch ihre kriegsverlängernde und die moralische Kraft des Ganzen zermürbende Wirkung.

Die Geschichte und der Erfolg des Friedensangebotes bedeutet eine Niederlage und unsterbliche Blamage der Kühlmannschen „Politik“, außerdem für das Deutsche Reich. **Wie lange soll dieser „geborene Staatsmann“ noch weiter wirken?**
E.R.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 643 – Montag, den 17. Dezember 1917 - S.2 - Ergänzung -

Der Zusammenbruch der Kühlmannschen Politik.

Zu dem Artikel der heutigen Morgennummer sei noch nachträglich bemerkt, daß es sich nicht um eine Rundnote des Ministers Balfour an die verbündeten Mächte gehandelt hat, sondern, wie der russische Geschäftsträger Rabokoff in der veröffentlichten Geheimdepesche sagt, um eine vertrauliche mündliche Mitteilung Balfours an die Botschafter der verbündeten Mächte in London gehandelt hat. Rabokoff sagt: Balfour habe eine besondere Zusammenkunft der Botschafter veranstaltet und ihnen die bekannten Mitteilungen gemacht.

Die Bedeutung und Zweck dieser Mitteilung wird dadurch nicht geändert, sondern bleibt die gleiche.
E.R.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 390 – Montag, den 17. Dezember 1917 - S.1

Zu Balfours „Enthüllung“

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin berichtet:

Mit großer Aufregung wird die Mitteilung der deutschen Regierung über die englische Friedensanfrage von denjenigen Zeitungen behandelt, die unter allen Umständen unsere politische Leitung der Bereitschaft zum Verzicht, der Preisgabe der nationalen Würde bezichtigen und in der Antwort der deutschen Regierung ein Nachgeben gegenüber der „Hungerfriedensmehrheit“ erblicken, um einen neuerdings modern gewordenen Ausdruck zu gebrauchen. Diese Vertreter des leidenschaftlichen Kampfes gegen jede politische Leitung, die nicht die äußersten alldeutschen Ziele verfolgt, stoßen vor allem gegen einen Grundsatz, den sie als unermüdliche Kritiker diplomatischer Tätigkeit zuerst hochhalten sollten, nämlich den, daß man diplomatische Aktenstücke sehr genau lesen muß.

Wer nach diesem Grundsatz verfährt, dem wird in Balfours Rede die Erklärung auffallen, die britische Regierung habe im September 1917 von Deutschland durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine „Mitteilung“ erhalten, daß die deutsche Regierung bereit sei, oder, wie es höflich ausgedrückt wird, daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten werde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Es liegt auf der Hand, daß Balfour, wenn er die Trumpfkarte hätte ausspielen können, zu enthüllen, daß die deutsche Regierung mit einer Anfrage, oder gar, wie ihre alldeutschen Kritiker behaupten, mit einem Friedensangebot an die britische herantreten wäre, nicht gezögert haben würde, dies öffentlich genau festzustellen; er würde dann nicht so farblos von einer „Mitteilung“ gesprochen haben. Daß er dies tut, hat seinen Grund darin, daß er nicht von einer Anfrage der deutschen Regierung sprechen kann, und daß er nicht sagen wollte, daß die deutsche Mitteilung eine Antwort war.

Die Erklärung der deutschen Regierung spricht ausdrücklich von einer diplomatischen Anfrage über deutsche Kriegsziele, die mit Vorwissen und Einverständnis der britischen Regierung erfolgt sein müsse. Wir möchten dies schon wegen der Form der Erklärung Balfours für richtig halten. Die Auslassung Balfours kann somit ganz richtig sein, nur ist sie nicht vollständig. Balfour läßt weg, was er aus naheliegenden Gründen nicht sagen möchte, und die deutsche amtliche Erklärung liefert die Ergänzung. Die übrigen Mitteilungen der deutschen Regierung sind mit derjenigen Zurückhaltung gefaßt, die sich bei solchen Dingen von selbst ergibt. Wenn es in der Erklärung der deutschen Regierung an einer Stelle heißt, daß jede einseitige Bekanntgabe der

deutschen Stellungnahme die deutsche Politik einseitig binden würde, so ist damit ein wichtiger allgemeiner Grundsatz für alle amtlichen Verlautbarungen in Zeiten und Umständen wie den heutigen ausgesprochen. Das heißt: eine ihrer Verantwortung bewußte diplomatische Leitung wird nach innen unter allen Umständen jedes Odium auf sich nehmen und durch Vorsicht in ihren Mitteilungen lieber die Gefahr schärfster Kritik laufen, ehe sie auch nur ein Wort sagt, das nach außen hin eine Bindung und damit einen Nachteil brächte.

Man fühlt beim Lesen der deutschen Erklärung, daß hier auf Kosten der guten Wirkung nach innen dieselbe Zurückhaltung bewahrt wird, die vom andern Standpunkt und in weniger einwandfreier Weise Herr Balfour bewahrt. Darum ist auch sachlich bedeutungslos, wenn einzelne Blätter aus dem Anschein, unter Erdichtung von Zusammenhängen, deren Unrichtigkeit den Eingeweihten zwar klar ist, die aber nicht enthüllt werden kann, wieder einmal ein abschreckendes Bild von der Fehlerhaftigkeit der deutschen auswärtigen Politik entwerfen; jedenfalls scheint es uns reine Gefühls- und Parteipolitik zu sein, wenn behauptet wird, unsere politische Leitung habe in dieser Angelegenheit fehlerhaft und schädlich gehandelt.

Eine andere Frage ist, ob man nicht in Fällen wie diesen, wenn eine Unterhaltung nicht zustande kommt, für alle Fälle mit einer wohlwollenden Veröffentlichung alle falschen Deutungen von vornherein abschneiden sollte. In diesem Fall ist die Angelegenheit durch die Veröffentlichung eines Geheimberichts des russischen Geschäftsträgers in London, nach der deutschen amtlichen Erklärung zu schließen, schief beleuchtet worden. Wie die deutsche Erklärung sagt, hat der weitere „Verlauf der Ereignisse“ die Anknüpfung zerrissen. Es ist zwecklos, sich über diese Ereignisse in Vermutungen zu ergeben, um so mehr, als unsere Lage es uns gestattet, in Ruhe abzuwarten, bis sich das Bedürfnis nach Anknüpfungen bei unsern westlichen Feinden weiter entwickelt. Das hiesige Organ des Zentrums, das das Verhalten der Regierung bei der Angelegenheit billigt, sagt:

Immerhin, das sind die Dinge, die nun vorüber sind. Die wichtigste Aufgabe erscheint uns nun, festzustellen, ob die Angelegenheit nicht wieder in Fluß gebracht zu werden vermag, und wenn es in diesem Augenblick keine Möglichkeit dafür geben sollte, wenigstens zu verhüten, daß unsere Feinde uns die Schuld an dem Scheitern des britischen Fühlers vom September in die Schuhe schieben können, und dazu gehört eine eingehende Darstellung der ganzen Vorgänge. Diese halten wir um so notwendiger, als es in England zurzeit nicht an Bemühungen fehlen wird, Rückwirkungen der gescheiterten Fühlungnahme im September auf die augenblicklichen deutsch-russischen Verhandlungen herbeizuführen; wir wissen ja, daß sie den Westmächten ein Dorn im Auge sind.

Es ist möglich, daß Herr Balfour sich zu der Sache noch einmal äußern wird. Dann wird man sehen, ob eine weitere deutsche Äußerung notwendig ist. Im übrigen sind zwar die englischen Bemühungen, unsere Verhandlungen mit Rußland zu stören offenbar; es ist aber nicht wahrscheinlich, daß man auf russischer Seite sich dahin bringen lassen wird, an der Aufrichtigkeit des deutschen Verhaltens Rußland gegenüber zu zweifeln. Darum und auf Grund der deutschen amtlichen Darstellung halten wir auch die Besorgnis der „Vossischen Zeitung“ für ungerechtfertigt, daß die deutsche Antwort die Verhältnisse für uns schwieriger gestaltet habe. Auch ohne den ganzen Vorgang hätten sich die Feinde bemüht, auf unsere Verhandlungen mit Rußland hemmend und schädigend einzuwirken. Der Gang der Ereignisse, die russischen Verhältnisse und unser Verhalten werden aber verhindern, daß sie ihren Zweck erreichen.

Vorwärts – Nr. 345 – Montag, den 17. Dezember 1917 - S.1 - A

Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland.

Amtlich wird gemeldet:

Von den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung einerseits und den Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei andererseits ist am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember mittags und gilt bis zum 14. Januar 1918. Falls er nicht mit siebentägiger Frist gekündigt wird, dauert er automatisch weiter. Er erstreckt sich auf alle Land-, Luft-, und Seestreitkräfte der gemeinsamen Fronten.

Nach Artikel IX des Vertrags beginnen nunmehr im Anschluß an die Unterzeichnung des Waffenstillstandes die Verhandlungen über den Frieden.

Petersburg, 16. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur) Rußland und Deutschland haben einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland.

Bis zum heutigen Tage herrschte an der Ostfront Waffenruhe zum Zweck der Vereinbarung eines eigentlichen Waffenstillstandes. Dieser Waffenstillstand ist nunmehr abgeschlossen, und damit beginnen die Verhandlungen über den Frieden .

Die Vereinbarung der Waffenruhe und der Abschluß des Waffenstillstands sind eine militärische und politische Angelegenheit zugleich. Aber immer noch haben die Militärs das Wort, und die Diplomaten halten sich im Hintergrunde. Mit dem Eintritt in die Friedensverhandlungen ändert sich das Bild. Jetzt verhandeln die Regierungen selber miteinander, die Militärs treten in den Hintergrund zurück und behalten nur noch die Rolle von Gutachtern in solchen Fragen, in denen militärische Gesichtspunkte mitspielen.

Der Osten ist nicht mehr Kriegsschauplatz, nicht mehr der Schauplatz militärischer Verhandlungen, sondern das Feld der auswärtigen Politik. Die Strategie hat ihr Werk getan, jetzt ist es Aufgabe einer weitblickenden Staatskunst, das ihre zu tun. Von ihr hängt jetzt die Zukunft Europas ab.

Um so mehr müssen wir bedauern, daß die deutsche Volksvertretung in dieser weltgeschichtlichen Stunde nicht versammelt ist, und vielleicht sieht jetzt auch mancher bürgerliche Abgeordnete ein, wie recht die Sozialdemokraten hatten, als sie mit so großer Entschiedenheit gegen die Vertagung des Reichstags sprachen und stimmten. Gewiß können die Verhandlungen nicht von einer 397 köpfigen Versammlung geführt werden, aber engste Fühlung zwischen Regierung und Volksvertretung wäre in dieser Zeit nötiger denn je. Wir hoffen und wünschen, daß diese engste vertrauensvollste Fühlungnahme jetzt wenigstens zwischen der Regierung und den Fraktionsvorständen hergestellt wird. **Es gibt zumal für die sozialdemokratische Fraktion keine „positive Arbeit“, an der sie sich mit leidenschaftlicherem Eifer beteiligte als am Aufbau des Friedens. Daß sich einer unserer beiden Fraktionsvorsitzenden, Genosse Scheidemann, zu dieser Arbeit nach Stockholm begeben hat, ist bekannt.**

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft will bei den bevorstehenden weltgeschichtlichen Entscheidungen ihr Wort mit in die Wagschale werfen. Sie war auch dabei bei Tannenberg, an den masurischen Seen, bei Wilna, am Dunajec, bei Gorlice. Die Errettung des Reiches aus den furchtbarsten Gefahren der ersten Kriegszeit war nicht möglich ohne ihre tatkräftige Mitwirkung. Und wenn sie dabei auch nur, wie man ihr oft so liebevoll vorhält, ihre Pflicht getan hat — nun wohl, sie will auch jetzt ihre Pflicht tun, damit das Friedenswerk zustande kommt und zum Wohl der gesamten Menschheit ausschlägt!

Dieses Werk ist, wie jedermann weiß, immer noch von den schwersten Gefahren umdroht. Die Regierungen der Westmächte werden alles tun, um es wieder zu zertrümmern. Und wie das gemacht werden soll, dafür gibt uns die letzte Rede Lloyd Georges deutliche Fingerzeige. Da wird gesagt, der Militarismus der Mittelmächte schicke sich an, „einige der reichsten Provinzen Rußlands in die Tasche zu stecken“. Da heißt es, Rußland stärke durch sein Ausscheiden das Hohenzollerntum und schwäche die Kräfte der Demokratie. Es ist die Aufgabe der deutschen Regierung, zu zeigen, daß sie nicht im Auftrag einer Dynastie, sondern in dem eines großen Volkes handelt, das nicht nur nach außen hin das Recht des Völker auf Selbstbestimmung verkündet, sondern dieses Recht auch für sich selber in Anspruch nimmt.

Es ist nicht wahr, daß die Zukunft der Demokratie einzig und allein, unter der Kriegsfahne des Westens steht, sie steht vielmehr noch unter der Friedensfahne des Ostens, bei den Völkern Deutschlands und des russischen Reichs, die, seit der Zarismus gefallen ist, kein künstlich geschaffener Gegensatz mehr voneinander trennen soll.

Und doch sind Kräfte am Werk, nicht draußen nur, sondern auch bei uns im Lande, die diesen Gegensatz aufs neue schärfen und den Stacheldraht der Feindschaft zwischen den Völkern verewigen wollen. Sie raten der deutschen Regierung und dem deutschen Volk, ihr wiederholt feierlich gegebenes Wort zu brechen. „Uns treibt nicht Eroberungslust!“ hieß es in der Thronrede vom 4. August, „Keine politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigungen!“ in den Reichstagsdebatten vom 19. Juli, „Selbstbestimmungsrecht der Völker von Polen, Kurland, Litauen!“ in der Antrittsrede des neuen Reichskanzlers. Durch jedes Abweichen von diesen Grundlinien würde die deutsche Regierung ihren Gegnern den Beweis für ihre immer wiederholte Behauptung von der Unaufrichtigkeit der deutschen Diplomatie in die Hände spielen.

Würden die Mittelmächte die augenblickliche Notlage der russischen Demokratie dazu benutzen, Eroberungslust zu befriedigen, politische und wirtschaftliche Vergewaltigungen zu begehen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur bloßen Komödie zu erniedrigen, was wäre die Folge davon? Die Völker des Westens würden fester denn je davon überzeugt sein, daß sie gegen einen Eroberer in gerechtem Verteidigungskampf stehen und bis zum letzten Mann kämpfen. Die gegenwärtige Regierung Rußlands würde

entweder die Verhandlungen scheitern lassen, oder alsbald hinweg gefegt und durch eine Regierung der Revanchepolitik ersetzt werden. Das bedeutet die ewige Entzweiung zwischen der europäischen Mitte und dem Osten, vielleicht für spätere Zeiten den Untergang der ersteren.

Denn darüber täusche man sich nicht! So schwach Rußland im Augenblick sein, mag so unerschöpflich sind seine Hilfsquellen. Wir leben in gedrängtem Raum und müssen damit rechnen, daß der Höhepunkt der Volksvermehrung überschritten ist, müssen uns in diesem Punkte vielleicht schweren Befürchtungen hingeben. Rußland hat die unermeßliche Fläche, auf der bei gesteigerter Intensität der Bewirtschaftung noch Millionen, und aber Millionen Platz finden können. Es wird, dank der Revolution, seine geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in ungeahnter Weise entwickeln. Was braucht man zur Kriegsführung? Menschen, Bildung, Organisationsfähigkeit, Technik! Das alles wird das Rußland der Zukunft in gewaltiger Weise besitzen!

Und dieses Rußland sollen wir uns vielleicht für Menschenalter zum Feinde machen, da wir doch seine Freundschaft gewinnen können, um den geringen Preis, daß wir auf ein paar Länderfetzen verzichten, mit denen wir doch nichts Vernünftiges anzufangen imstande sind?

„Wir müssen wissen, wofür wir gekämpft haben?“ Tollhäuslerisch ist der Gedanke, daß wir gekämpft haben sollen, damit ein Stück Litauen unter preußische Oberhoheit gebracht wird. Nein, wir haben gekämpft, um deutsches Land vor Verwüstung und Eroberung durch den Zarismus zu bewahren und dem dauernden Völkerfrieden feste Grundlagen zu zimmern. Jetzt fordern wir unseren Preis für das vergossene Blut!

Wenn jetzt zwischen den Mittelmächten und Rußland ein demokratischer Frieden geschlossen wird, ein Frieden, der kein Volk entehrt und vergewaltigt, dann ist der große Krieg für den Völkerfrieden gewonnen! Dann werden auch die Völker des Westens einsehen, daß man sie um eine Wahnvorstellung in den Tod jagt und sie werden stürmisch verlangen, teilzuhaben an dem großen Werk, das im Osten zum Heil des Menschengeschlechts errichtet wird. Dann kann der nächste Frühling den allgemeinen Frieden sehen!

Der Kampf gegen die blutigen Dämonen, die seit drei Jahren die Welt beherrschen, ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Zwischen denen, die nie für etwas anderes als für die Erhaltung des deutschen Volkes gekämpft haben und den nach blutigem Länderraub lüsternen scheiden sich die Wege endgültig. Auch die deutsche Regierung muß wissen, welchen Weg und mit wem sie zu gehen hat. Würde sich jetzt, da jede Maske fallen muß, das Gesicht eines ländergierigen Imperialismus enthüllen, dann wären mit diesem Tage die stärksten Säulen der deutschen Verteidigung, die den furchtbaren Stürmen der Weltgeschichte standgehalten haben, zerstört. Mögen die deutschen Unterhändler sich zu den ersten Verhandlungen, die dieses Weltdrama abzuschließen beginnen, in dem Gefühl ihrer ungeheuren geschichtlichen Verantwortung begeben, einer Verantwortung, die sie erbarmungslos zerbrechen würde, wenn sie schlecht verrichteter Dinge zurückkehren sollten. Sie müssen uns den Frieden, den ehrlichen, ganzen Frieden bringen, sie stehen uns dafür!

Tägliche Rundschau – Nr. 643 – Montag, den 17. Dezember 1917 - S.1

Die Probe aufs Exempel.

Nach dem Artikel IX des Waffenstillstandsvertrages von Brest-Litowsk beginnen jetzt die Friedensverhandlungen mit Rußland. Immerhin ein Datum, das man sich wird merken dürfen trotz Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Wir sind's nun mehr als drei Jahre her gewöhnt, unser Schicksal abends und morgens durchs „Wolffsche Büro“ ex cathedra zu vernehmen und dazu in unseres beschränkten Untertanenverständes durchbohrendem Bewußtsein zu schweigen.

Ab und zu, wenn das geheime Schicksal, das mit unbekannter Weisheit über uns waltet, uns eines Tages vor eine gar zu unglaubliche Unglaublichkeit stellte, begehrte es mit gütiger Erlaubnis der Zensur bescheiden in uns auf, und dann wurde zu dieser oder jener Sache, etwa zum Thema Preisgabe Belgiens oder Verschleuderung Polens oder neuestes-allerneuestes Friedensangebot, in der Presse oder im Reichstag gefragt, wieso und warum, wie oft und wie weit noch? Dann stand der Kanzler auf, je nachdem Bethmann, Michaelis oder Hertling, wer gerade dran war, oder ein Staatssekretär des Aeußern, Jagow, Zimmermann oder Kühlmann – wir haben sie alle in dieser Rolle auftreten sehen – und erklärte im beruhigenden Brustton des Biedermannes, wir sollten doch ja keine Sorge haben; wir sollten doch ja uns nicht die Seele mit dem Argwohn vergiften, daß etwa eine im Dunkeln webende Kabinetts- oder Geheimpolitik mit uns und unseren nationalen Lebensinteressen Schindluder treiben könnte.

Wofür halte man denn bloß die Bethmann, Michaelis, Hertling oder die Jagow, Zimmermann, Kühlmann? Ihnen sei es Bedürfnis, einen Herzschlag mit der Nation zu leben, bei all ihrem Tun und Lassen des

moralischen Einklangs mit der deutschen öffentlichen Meinung gewiß zu sein; nationale Politik könne heute ohne die Nation nicht mehr gemacht werden; sie dächten an nichts weniger als daran, uns eines Tages vor unliebsame vollendete Tatsachen zu stellen; wir könnten gewiß sein, daß vor der Fassung bindender Beschlüsse, vor allem also vor etwaigem Friedensschluß und bindenden Vereinbarungen z.B. über das künftige Schicksal Polens die öffentliche Meinung rechtzeitig und reichlich Gelegenheit erhalten werde, ihre Ansicht und ihren Einfluß auf die Gestaltung dieser Dinge geltend zu machen. So Herr v. Bethmann-Hollweg, so Herr v. Kühlmann.

Noch klingt es dem, der dabei war, in den Ohren, wie vor ganz kurzem, als die unliebsamen Neuigkeiten über die österreichische, richtiger **die habsburgische Lösung der polnischen Frage** ein Feuer nationalen Zornes entfachten, Herr v. Kühlmann gelegentlich einer offiziellen Dämpfungs- und Löschaktion mit Betonung ausdrücklich erklärte, daß er es für „ganz selbstverständlich“ halte, daß dergleichen nicht ohne den Reichstag gemacht werde.

Nun beginnen die Friedenverhandlungen mit Rußland und damit die Probe aufs Exempel. Wann und wie gedenkt die Regierung – es ist doch wohl nicht erlaubt, daran zu zweifeln, daß sie ihr Wort halten wird –, wann und wie gedenkt sie dem Reichstag und der öffentlichen Meinung die oft und laut versprochene „rechtzeitige und reichliche Gelegenheit“ zu geben, ihren Einfluß auf den Verlauf von Verhandlungen geltend zu machen, welche die Entscheidung bedeuten über noch sehr viel mehr als nur über die Lösung der polnischen Frage, die nach Herrn v. Kühlmann ganz unmöglich im geheimen und unter der Hand und hinter dem Rücken der Nation geschehen kann? Wann und wie?

Bis jetzt liegen darüber keine Fingerzeige vor als die Schweigebestimmungen der Zensur. Aber der „Vorwärts“ fordert laut und höhnisch für den Reichstag und die Arbeiterschaft die Zulassung zu den Friedensverhandlungen: „Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft will bei den bevorstehenden weltgeschichtlichen Entscheidungen ihr Wort mit in die Wagschale werfen. Sie war auch dabei bei Tannenberg, an den masurischen Seen, bei Wilna, am Dunajec, bei Gorlice Und wenn sie dabei auch nur, wie man ihr so oft liebevoll vorhält, ihre Pflicht getan hat – nun wohl, sie will auch jetzt ihre Pflicht tun, damit das Friedenswerk zustandekommt und zum Wohl der gesamten Menschheit anschlägt“.

Und dann entwickelt der „Vorwärts“ sein Friedensprogramm. Es ist darin viel die Rede von den Rechten und Interessen Polens und Rußlands, ja der ganzen Welt; aber vergebens suchen wir nach einem Wort über die Rechte und Interessen Deutschlands; nur insoweit wir auch an dem ewigen Frieden beteiligt sein würden, den der „Vorwärts“ im Geiste seines in Stockholm weilenden Meisters Scheidemann durch eine unbegrenzte Verzichtlosigkeit glaubt schaffen und sichern zu können, nur insoweit nimmt der „Vorwärts“ auch deutsches Interesse wahr. „Tollhäuslerisch ist der Gedanke“, ruft der „Vorwärts“, „daß wir gekämpft haben sollen, damit ein Stück Litauen unter preußische Oberhoheit gebracht werden wird.“

In der Tat, das wäre tollhäuslerisch. Uns geht's um mehr. Und wenn dieses Mehr beiläufig es erforderlich machen sollte, ein Stück Litauen unter preußische Oberhoheit zu bringen, so werden wir uns daran nicht stoßen.

„Jetzt fordern wir unseren Preis für das vergossene Blut“, ruft der „Vorwärts“. Und mit ihm rufen es Millionen und aber Millionen Deutscher, deren Väter, Söhne, Brüder oder sie selber auch mit dabei waren bei Tannenberg und Gorlice. Der „Vorwärts“ scheint vergessen zu haben, daß Tannenberg mehr war als eine sozialdemokratische Parteiversammlung. Die andern, die dort auch vertreten waren, fühlen nicht minder das Bedürfnis, zu wissen, daß in Brest-Litowsk oder wo sonst jetzt der östliche Frieden verhandelt wird, auch ihrer und ihrer nationalen Gewissensnöte gedacht wird, nicht nur der Scheidemannschen Weisheit vom Verzicht, Anbiedern, Nachgeben und Nachlaufen, die bis jetzt in allen Fällen und vor den Augen aller Welt zum Gelächter gemacht wurde und uns von den Feinden, die sie zur Liebe überreden wollten, nichts eingetragen hat, als Hohn und Spott und neue blutige Kämpfe.

Daß der Friedensschluß nicht etwa erfolgen kann durch einen sozialdemokratischen Parteitag, sieht der „Vorwärts“ wohl selbst ein. Sieht er doch sogar ein, daß die Verhandlungen nicht wohl geführt werden können durch den 397 köpfigen Reichstag. So viel also verlangt niemand. Was aber wird die Regierung tun, um in einer anderen Form der Nation ihr Wort einzulösen? Um uns in dieser Stunde höchster Anspannung der Nerven ein Gefühl der Beruhigung zu geben, eine Möglichkeit des Vertrauens, daß sie nicht hinter verschlossenen Türen, wo um nicht weniger als alles gespielt wird, uns alles verspielt und dann einfach verlangt, daß wir ihre Spielschulden bezahlen. Es ist die Probe aufs Exempel. Wie wird sie klappen? Eine einfache Zensurverfügung, daß Ruhe und Maulhalten die erste Bürgerpflicht sei, wird hier doch wohl nicht genügen.

F.H.

Vorwärts – Nr. 345 – Montag, den 17. Dezember 1917 - §.2

Maxim Gorki über Lenin.

Maxim Gorki gibt in „Novaja Schisn“ folgende Charakteristik von Lenin:

Lenin hält sich für einen sozialistischen Napoleon und vollendet nun Rußlands Verderb. Lenin selbst ist ein Mann von starken Geistesgaben. Während 28 Jahre hat er im ersten Glied für den Sieg des Sozialismus gekämpft. **Er ist einer der größten und bedeutendsten Erscheinungen innerhalb der internationalen Sozialdemokratie.** Ein Redner und Führer mit allen erforderlichen Eigenschaften eines solchen und mit der Adelsmenschen angeborenen Unabhängigkeit von allen moralischen Bedenken und jeglicher Rücksichtnahme auf die Menge. Das Volk kennt er nicht. Er hat nie im Volke gelebt. Nur durch Bücher kennt er es. Er will die Instinkte der Arbeiter zur Betätigung aufreizen. Die Arbeiter sind für ihn mir, was das Rohmaterial für den Metallarbeiter ist.

Aber es ist nun die Frage: Läßt sich unter den obwaltenden Umständen eine sozialistische Gesellschaft errichten mit solchem Rohmaterial? Jedenfalls nicht. Aber wozu da den Versuch machen? Man muß ihn ja verlieren.

Deutsche Zeitung – Nr. 635 – Montag, den 17. Dezember 1917 - §.1

Der „gerechte Verständigungsfriede“

WTB. Berlin, 17. Dezember. Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hatte die Freundlichkeit, den Direktor von Wolffs Telegraphischem Bureau Dr. Mantler zu einem kurzen Gespräch zu empfangen.
[siehe unten: Wiener Allgemeine Zeitung, 17.12.1917, S.4]

Die Äußerungen, die der deutsche Reichskanzler Graf Hertling gemacht hat, enttäuschen. Sie enthalten eine Anzahl nach außen wirksamer Worte, ohne auf den Kern der Dinge einzugehen. Auf das deutsche Volk, das durch Lloyd Georges Rede erneut die Erkenntnis von der vollkommenen Unfähigkeit seiner Diplomatie erlangt hat, soll der Satz des Grafen Hertling wirken: „Für uns ist ein Verhandeln mit Männern derartiger Gesinnung ausgeschlossen.“ Das deutsche Volk soll aus diesen Worten auf eine nunmehr gewonnene bessere Erkenntnis unserer Diplomaten schließen. Graf Hertling sagt aber ferner, seit geraumer Zeit könne kein Zweifel mehr bestehen, daß die englische Regierung unter Führung von Lloyd George dem Gedanken eines gerechten Verständigungsfriedens vollkommen unzugänglich sei. Damit legt sich auch Graf Hertling erneut auf das Verständigungsprogramm seiner Vorgänger im Amte, auf das Verständigungsprogramm, das dem Friedensangebot des Herrn von Kühlmann vom September 1917 zugrunde lag, fest, indem er den damals beabsichtigten Verständigungsfrieden unter Verzicht auf Belgien für „gerecht“ erklärt.

Er versucht damit, ebenso wie Herr von Bethmann im August 1914 mit dem „Unrecht an Belgien“, eine moralische Festlegung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Daß das deutsche Gewissen in bezug auf den Mord von Sarajewo rein ist, ist eine Binsenwahrheit, die uns der Graf von Hertling nicht erst zu verkünden brauchte. Nach der ganzen vorsichtig diplomatischen Art des Grafen Hertling ist zu befürchten, daß er mit der Versicherung: „Unser Weg im Westen ist demnach klar,“ nur den Weg in militärischer Hinsicht meint, indem eben England uns zur Fortführung des Krieges zwingt. Daß aber Graf Hertling aus der Rede Lloyd Georges nun endlich auch die politischen Folgerungen zieht, dafür ist nicht der geringste Anhaltspunkt gegeben. Im Gegenteil, man gewinnt den Eindruck, als ob Graf Hertling den Krieg nun fortsetzen wolle, bis Männer von anderer Gesinnung als Lloyd George, also etwa Lansdowne und Asquith, in England zur Regierung gelangt seien und sich einem „gerechten Verständigungsfrieden“ zugänglicher als Lloyd George zeigen würden.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11901 – Montag, den 17. Dezember 1917 - §.4

Reichskanzler Graf Hertling über die Rede Lloyd Georges.

Berlin, 17. Dezember. Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hatte die Freundlichkeit, den Direktor von Wolffs Telegraphischem Bureau Dr. Mantler zu einem kurzen Gespräch zu empfangen. Der Gegenstand war die letzte Rede Lloyd Georges. Der Herr Reichskanzler äußerte sich folgendermaßen:

Sie fragen mich nach meiner Antwort auf die letzte Rede des englischen Premierministers Lloyd George: Herr Lloyd George nennt uns in seiner Rede Verbrecher und Banditen. Wir beabsichtigen, wie schon einmal im Reichstag erklärt wurde, nicht, uns an dieser Erneuerung der Titel homerischer Helden zu beteiligen.

Mit Schimpfworten werden moderne Kriege nicht gewonnen, vielleicht aber verlängert. Denn das ist nach jenen Schmähungen des englischen Ministerpräsidenten klar: Für uns ist ein Verhandeln mit Männern von derartiger Gesinnung ausgeschlossen. Für den aufmerksamen Beobachter konnte seit geraumer Zeit kein Zweifel mehr bestehen, daß die englische Regierung unter Führung von Lloyd George dem Gedanken eines gerechten Verständigungsfriedens vollkommen unzugänglich war. Wenn es in den breiten Kreisen der Öffentlichkeit eines schlagenden Beweises hiefür bedurfte, so ist er durch die neueste Rede des englischen Staatsleiters geliefert.

Sie wissen, daß ich erst seit kurzer Zeit an die Spitze der Reichsregierung getreten bin, daß mir aber meine bisherige Stellung Gelegenheit gab, die auswärtige Politik meiner Vorgänger und der verbündeten Staatsmänner von einem besonders guten Beobachtungsposten aus zu verfolgen, und da kann ich als Staatsmann und Historiker, der ein langes Leben dem Forschen nach geschichtlicher Wahrheit gewidmet hat, erklären: Das deutsche Gewissen ist rein. **Nicht wir waren es, die den Mord von Sarajewo inszenierten. Der Prozeß Suchomlinow in Petersburg, er hat das, was wir seit Ende Juli 1915 wußten, der Welt mit absoluter Deutlichkeit klargelegt: Die Ursache des Weltkrieges, den dem Zaren Nikolaus II. von gewissenlosen Ratgebern abgenötigten Befehl zur Gesamtmobilmachung, der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang.**

Vor wenigen Tagen war es ein Jahr, daß wir mit unseren Verbündeten den Feinden die Hand zum Frieden boten. Sie wurde zurückgestoßen. Inzwischen hat unsere Antwort auf die Papstnote unseren Standpunkt erneut ausgesprochen. In dem Augenblick, wo ich die Nachricht erhalte, daß die Waffenruhe, die schon zwischen unserem östlichen Nachbarn und uns bestand, in einen formellen Waffenstillstand übergegangen ist, wird mir die Rede des englischen Premierministers, von der Sie sprechen, vorgelegt. Sie ist die Antwort des heutigen englischen Kabinetts auf die Papstnote.

Unser Weg im Westen ist demnach klar. Nicht Lloyd George ist der Weltrichter, sondern die Geschichte. Ihrem Urteil können wir wie am 2. August 1914 so auch heute mit Ruhe entgegensehen.

Posener Tageblatt – Nr. 589 – Montag, den 17. Dezember 1917 - Mittag – S.1

Lloyd Georges Rede.

London, 14. Dezember. In seiner Rede bei dem von den Leitern des Luftdienstes veranstalteten Festmahl wies Lloyd George weiter auf eine rührige Minderheit im Land hin, die hinterlistig und hartnäckig ihre Ansichten zu verbreiten suche in der Absicht, das Land zu einem vorzeitigen Unterwerfungsfrieden zu zwingen. Es gibt kein Mittelding zwischen Sieg und Niederlage.

Es gibt Leute, die glauben, sie könnten den Krieg jetzt durch eine Art von sogenannten Friedensvertrag beenden, durch Errichtung einer Liga der Nationen, mit Schiedsgericht, Abrüstung und einem feierlichen Verträge zwischen allen Nationen dergestalt, daß diese ihn nicht nur selbst beobachteten, sondern ihn auch durchsetzen gegen jede Nation, die es wagte, ihn zu brechen. Das ist die richtige Politik nach dem Siege, aber ohne Sieg wäre es eine Posse. **Warum sind wir in den Krieg eingetreten? Weil ein ebenso feierlicher Vertrag als Fetzen Papier behandelt wurde.** Wir dürfen uns nicht durch bloße Worte von einer Liga der Nationen, Abrüstung, Schiedsgericht und Sicherheit mißleiten lassen. Das sind alles schöne große Redensarten, aber **ohne die belebende Kraft des Sieges bleiben sie nichts als Worte.** Wir hätten niemals in den Krieg eintreten sollen, wenn wir die Aufgabe nicht unter allen Umständen durchführen wollten. Ich kann den Mann nicht verstehen, der damals, als er zuerst die Schändlichkeit sah, in seiner edlen Seele entflammt, mit gerechter Empörung ausrief: „In des Himmels Namen, laßt uns dieser Schmach ein Ende machen, die Verbrecher bestrafen“, und der, nachdem er dazu beigetragen hat, die Nation auf diesen Weg der Ehre zu führen, jetzt, bevor die Aufgabe erst bis zur Hälfte erfüllt ist, plötzlich sagt: „Ich habe genug, jetzt ist es Zeit, daß ein Ende gemacht wird; laßt uns den Übeltätern die Hände reichen, laßt uns mit ihnen zu unserem gegenseitigen Vorteil Handel treiben.“ Es soll nicht von ihm verlangt werden, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen, er braucht sich nicht zu entschuldigen, er wird lediglich eingeladen, sich zu beteiligen und sich mit Euch zu vereinigen, um den Nächsten, der es wagen wird, sein Verbrechen nachzuahmen, einen Schlag auf den Kopf zu versetzen. Und es wird uns gesagt, daß wir unter diesen Bedingungen heute Frieden haben können.

Deutschland hat dies gesagt, Österreich und der Papst haben es gesagt. Es muß also wahr sein. Natürlich ist es wahr; warum sollten sie einen Frieden unter solchen Bedingungen ablehnen, um so mehr, als er einige der reichsten Provinzen und schönsten Städte Rußlands in ihren Taschen belassen würde. Es kann keinen Schutz für Leben, Eigentum oder Geld in einem Lande geben, in dem **der Verbrecher** mächtiger als das Gesetz. Das Gesetz der Völker ist nicht davon ausgenommen, und bis ihm Achtung verschafft ist, wird der

Weltfrieden stets von der Gnade irgend einer Nation abhängig sein, deren Professoren sie emsig gelehrt haben, daß kein Verbrechen eine Schlechtigkeit ist, wenn sie zu Größe und Reichtum führt.

In der Weltgeschichte hat es oft **verbrecherische Staaten** gegeben. Wir haben jetzt mit einem von ihnen zu tun. Es wird immer verbrecherische Staaten geben, bis der **Lohn für Völkerverbrechen** zu unsicher wird, um sie lohnend zu machen und bis die Strafe für diese Verbrechen zu (hier fehlt in dem Telegramm ein Wort) wird, um sie reizvoll zu machen. Wir haben zwischen zwei Wegen zu wählen, und wir wollen uns darüber nicht im Unklaren sein. **Der eine Weg führt dahin, einem triumphierenden Verbrecher leichte Bedingungen zu gewähren, wie man es in Ländern, in denen das Gesetz nicht durchgeführt werden kann, tun muß, um sich Sicherheit zu erkaufen.** Das ist der eine Weg. Er bedeutet, daß wir uns in der Furcht der Gesetzlosigkeit erniedrigen. Er bedeutet letzten Endes eine Welt, die von **erfolgreichen Banditen** in Furcht gejagt wird. Der andere Weg ist, **unsere göttliche Aufgabe, der Gerechtigkeit Achtung zu verschaffen und einen gerechten und immerwährenden Frieden für uns und unsere Kinder zu errichten,** zu Ende zu führen. sicherlich kann keine Nation, die an ihre Interessen, ihre Selbstachtung und ihre Ehre denkt, nur einen Augenblick in ihrer Wahl zögern.

Der Sieg ist wesentlich für die Freiheit der Welt. Wenn aber keine Aussicht bestände, daß die Lage sich bei einer Verlängerung des Kampfes bessert, dann wäre es schändlich, den Krieg zu verlängern.

Weil ich aber jetzt überzeugt bin, daß wir uns stetig unserem Ziel nähern, würde ich Friedensangebote an Preußen in demselben Augenblick, in dem **der preußische Militärgeist von Prahlerei trunken** ist, als einen Verrat an der großen Aufgabe, die uns anvertraut ist, betrachten. Viel von dem Fortschritt, den wir machen, mag nicht ersichtlich sein, außer für diejenigen, deren Aufgabe es ist, die Tatsachen festzustellen. Wir legen zweifellos die Grundstützen zu einer Brücke, die nach ihrer Vollendung uns in eine neue Welt führen wird. Der Fluß flutet für den Augenblick über seine Ufer, ein Teil des Brückenwerkes ist hinweggeschwemmt, viel von dem, was wir gebaut hatten, ist unter Wasser und außer Sicht. Laßt uns mit dem Rammen fortfahren und einen wirklich festen und dauernden Bau errichten.

Wir leben nicht der glückverheißendsten Stunde. Rußland droht sich vom Kriege zurückzuziehen und die französische Demokratie, die in die Schrecken dieses Krieges gestürzt wurde, weil sie ihrem Rußland verpfändeten Worte treu blieb, sich selbst zu überlassen. Ich will den Ernst dieser Lage keineswegs verkleinern.

Wäre Rußland imstande gewesen, in diesem Jahre seine Kraft zur Geltung zu bringen so wären wir jetzt vielleicht in der Lage, billige und angemessene Friedensbedingungen aufzuerlegen. **Durch sein Ausscheiden stärkt Rußland das Hohenzollerntum und schwächt die Kräfte der Demokratie.** Sein Vorgehen wird uns nicht, wie es glaubt, zu einem allgemeinen Frieden führen, es wird lediglich das Ringen der Welt verlängern und es wird Rußland selbst unvermeidlicherweise in die Bande der preußischen Militärherrschaft schlagen. Wenn etwa Rußland auf seiner Absicht verharret, wenn der Feind von seiner Ostfront, die bisher mehr als ein Drittel seiner Kräfte in Anspruch nahm, Hunderttausende von Truppen und Kriegsmaterial in Massen zurückziehen kann, um England, Frankreich und Italien anzugreifen, dann bedeutet das einen ernsten Zuwachs für unsere Aufgabe, die schon gewaltig genug war. Es wäre töricht, die Gefahr zu unterschätzen, es wäre aber ebenso töricht, sie zu übertreiben. Die größte Torheit aber würde sein, ihr nicht entgegenzutreten.

Wenn **die russische Demokratie** sich entschlossen hat, **den Kampf gegen die Militärautokratie** aufzugeben, so nimmt auf der anderen Seite **die amerikanische Demokratie** ihn auf. Dies ist das denkwürdigste Ereignis des Jahres. Es hat die ganze Lage verändert. Die Russen sind ein hochherziges Volk, sie haben tapfer in diesem Krieg gekämpft, aber sie haben immer und haben zweifellos in diesem Krieg den am mangelhaftesten organisierten Staat in Europa gehabt. Großbritannien, dessen Bevölkerung nur ein Drittel derjenigen Rußlands ausmacht, ist in den letzten zwei Jahren für Deutschland ein stärkeres Gegengewicht gewesen. Hätte man Deutschland nicht nur heute, sondern sogar schon vor einem Jahr gefragt, ob ihm Englands oder Rußlands Ausscheiden aus dem Kriege lieber sei, so glaube ich keinen Zweifel über die Antwort haben zu sollen.

Wie steht es nun mit Amerika? Es gibt **kein mächtigeres Land in der Welt als Amerika** mit seinen gewaltigen Hilfsquellen und seinem unbezwingbaren Volk, und wenn Rußland ausscheidet, so tritt Amerika mit beiden Händen ein. Immerhin legen uns der **Zusammenbruch Rußlands und die zeitweilige Niederlage Italiens** zweifellos einen schweren Anteil an der Bürde auf, **bis Amerika bereit ist,** sie tragen zu helfen. Wir müssen uns daher auf größere Anstrengungen und Opfer vorbereiten. Es ist Zeit, daß die Nation sich fester als je auf die Füße stellt und ihre Schultern reckt, um die größere Last zu tragen, die ihr die Ereignisse auferlegt haben. Großbritannien ist gleich gehärtetem Stahl; er wird der stärkeren Spannung bis zum Ende standhalten. Die Mannschaftsbestände müssen tiefer ausgeschöpft werden, um die Last zu tragen, bis die amerikanische Armee eintrifft. Wir müssen genug Leute haben, um die Linien zu verteidigen, die wir drei Jahre hindurch gegen wilden Ansturm gehalten haben, und wir müssen ein Manövriereer haben, das uns in den Stand setzt, mit geringstem

Zeitverlust an irgendeinem Punkt des gewaltigen Schlachtfeldes zu erscheinen, wo immer es not tut. Es liegt kein Grund für eine Panik vor. Selbst jetzt senden wir Italien Truppen zu Hilfe. Die Verbündeten sind in Frankreich und Flandern in der Überzahl, und wir haben erhebliche Reserven in der Heimat. Unsere Mannschaftsbestände haben, besonders in den letzten Monaten, erheblich zugenommen, mehr als Freund und Feind weiß, aber sie genügen noch nicht, ohne Sorge den neuen Kriegszufällen gegenüber zu treten, es sei denn, wir ergreifen Maßnahmen, um unsere Reserven an ausgebildeten Leuten weiter zu vermehren. Das Kabinett bereitet Vorschläge für die Aufbringung weiterer Mannschaften vor und untersucht gleichzeitig eingehend die besten Methoden zur Schonung der bereits vorhandenen Bestände unseres Heeres, um die Kriegsverluste zu verringern.

Der Sieg ist jetzt eine Frage des Schiffsraums. Das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg hat die Nachfrage danach außerordentlich gesteigert; Schiffsraum muß beschafft werden für die Überführung und die Unterhaltung von Amerikas riesenhaftem neuen Heere. Wir beide, Amerika und England, werden unsere Hilfsmittel aufs äußerste anzuspannen haben, um den Schiffsraum zu vermehren. Wir sind entschlossen, das zu erreichen, indem wir unseren Verbrauch noch mehr einschränken und die Erzeugung des Landes an Nahrungsmitteln noch weiter steigern. Wir haben in diesem Jahre unsere heimische Lebensmittelerzeugung um zwei oder drei Millionen Tonnen vermehrt. Wir sind das einzige kriegführende Volk, welches die Lebensmittelerzeugung während des Krieges vergrößert hat, aber wir müssen weitere drei Millionen Tonnen an Lebensmitteleinfuhr im nächsten Jahr sparen.

Wir haben **eine finstere Macht** in die Schranken gefordert, welche **die Welt mit Sklaverei bedroht. Großbritannien, Europa und die Welt von diesem Schicksal zu befreien**, muß das Ziel jedes Mannes und jeder Frau bilden, die die Pflicht über eigenes Behagen stellt. Dies ist die **Schicksalsstunde der Menschheit**. Wenn wir des Schicksals wert sind, welches sie in sich birgt, werden ungezählte Menschengeschlechter Gott danken für die Kraft, die er uns gab, bis zum Ende durchzuhalten.

Ergänzend zu Lloyd Georges Rede:

Vossische Zeitung – Nr. 641 – Sonntag, den 16. Dezember 1917 - Morgen - S.12

Krieg bis ans Ende. ...

Es folgt ein Hinweis auf die Schwierigkeiten, in denen Deutschland angeblich ist, und den „tödlichen Griff“ der englischen Marine. Lloyd George lehnt dann, genau wie Clemenceau, den Gedanken eines Völkerbundes, in den Deutschland aufgenommen werden soll, ab. Durch den englischen Sieg würde eine feste und dauerhafte Brücke in eine neue Welt hergestellt; der Völkerbund aber gleiche einer Pontonbrücke. Sie würde schwanken und unsicher sein und keine schwere Belastung ertragen. [...]

Das Regierungsprogramm des englischen Premierministers beim Eintritt ins zweite Jahr seiner Amtstätigkeit ist mit dieser Rede deutlich umrissen. Allen politischen und militärischen Fehlschlägen zu Trotz beharrt Lloyd George mit zäher Verbissenheit auf der Fortführung des Krieges bis zum gewaltsamen Ende. Das ist nicht der Mann, an den Friedensanfrage zu richten, irgend einen Zweck hat. Die Antwort, die er nach den letzten Enthüllungen auf die deutsche Anfrage Ende September gegeben hat, war falsch und verlogen. Lloyd George denkt nicht dran zu verhandeln. Seine wahre Meinung ist in der gestrigen Rede enthalten.

Arbeiter-Zeitung – Nr. 346 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.1

Die Mission Worowskys.

Stockholm, 17. Dezember. (Telegramm unseres Berichterstatters.) Der „**Socialdemokraten**“ nimmt die Erklärung des Gesandten Worowski über die Bereitschaft, an Unterhandlungen mit der Diplomatie der Mittelmächte einzuwirken und die mehrstündige Anwesenheit Scheidemanns zum Anlaß, über die angebliche „Geheimdiplomatie“ der Bolschewiki herzufallen, die durch einen Sonderfrieden einen imperialistischen Frieden vorbereite.

Worowski hat auf diesen Angriff des „Socialdemokraten“ sofort in einer Zuschrift an die Presse geantwortet, in der er erklärt, daß seine Unterredung mit Personen verschiedener Nationen und Parteien nur die Information über die ausländischen Regierungen und Parteien bezwecke, und es entspreche seinem Amte vollkommen, indem er sie fortsetze. Eigentliche Verhandlungen seien nicht vorgekommen. Wenn es aber dazu kommt, werde ein Protokoll aufgenommen und veröffentlicht werden. Die Regierung der Arbeiter und Soldaten habe durch die Tat bewiesen, daß sie vor ihrem Volke und vor der Welt nichts geheimhalten will.

Die „**Politiken**“ schreibt aus demselben Anlaß: Die Regierungen, die Völker und nicht zuletzt die sozialistischen Arbeiter der verschiedenen Länder richten ihre Blicke gespannter als je auf Stockholm und schicken Vertreter hierher. Auch für die Arbeiter der Länder, die bisher die Pässe nach Stockholm verweigert haben, werden vielleicht Wege zu ihrer Vertretung gefunden werden.

Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 592 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.5

Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Im Amsterdamer „**Standaard**“ vom 1. Dezember schreibt der frühere holländische Ministerpräsident Dr. Kupper:

„Die Oeffnung der Geheimarchive in Petersburg hat ganz Europa nicht bloß überrascht, sondern in erschreckendes Erstaunen versetzt. Man hatte wohl angenommen, die Verbandsmächte seien sich lange vor 1914 einig gewesen, was sie im Falle eines Krieges tun würden. Aber wie schonungslos man sich auch die Habsucht des Verbandes vorgestellt hatte, so hatte doch kein Mensch auch nur im entferntesten gewagt anzunehmen, daß England, Frankreich, Italien und Rußland zu einer Zeit, als man den Deutschen Kaiser sowohl in London wie in Petersburg auf das allerfreundlichste empfing, sich hinter seinem Rücken buchstäblich verschwören würden, um Deutschland zu gelegener Zeit zu überfallen. Selbstredend blieben der deutschen Regierung, wie geheimnisvoll man auch verfuhr, dies Vorgänge nicht verborgen.“

Daher durfte Deutschland im Juli 1914 keinen Augenblick zögern, wenn es der Falle entgehen wollte. Es mußte sich auf alle Eventualitäten vorbereiten und seinen Feinden zuvorkommen. Aus den Archiven geht hervor, daß man es darauf angelegt hatte, die Mittelmächte so gut wie unvermittelt zu überfallen und ihnen einen tödlichen Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte, nie wieder erholen würden.“

Vom deutschen Standpunkt ist dieser treffsicheren Kennzeichnung der hinterlistigen Einkreisungspolitik unserer Feinde nichts hinzuzusetzen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 642 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.1

Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

Berlin, 18. Dezember. Reichskanzler Graf Hertling und Staatssekretär v. Kühlmann haben sich ins Große Hauptquartier begeben. In Begleitung des Reichskanzlers befinden sich Unterstaatssekretär v. Radowitz und der Adjutant des Reichskanzlers Rittmeister Graf Hertling.

Die Presse der Mittelmächte hat, soweit bisher zu übersehen ist, die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages im allgemeinen sehr vertrauensvoll aufgenommen. In allen Urteilen wird bestätigt, daß es den deutschen Unterhändlern gelungen ist, in vollem Maße die deutschen Interessen zu wahren und eine geeignete Grundlage für die nun folgenden Friedensverhandlungen zu schaffen. Hat auch als Oberbefehlshaber der Ostfront Prinz Leopold von Bayern den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet, so ist der Vertrag selbst doch in der Hauptsache auf die Gewandtheit des **Generalmajors Hoffmann** zurückzuführen, dem als Gehilfen vom Auswärtigen Amt der Geheime Legationsrat von Rosenberg beigegeben war. Generalmajor

Hoffmann ist, wie unsere Leser wissen, der bewährte **Nachfolger der Generals Ludendorff als Chef des Stabes an der Ostfront** und einer unserer fähigsten Generalstabsoffiziere, den alle Erfolge unserer Truppen im Osten seit Uebernahme der Obersten Heeresleitung durch Hindenburg und Ludendorff zu höchstem Ruhme gereichen.

An die Arbeit des Generals Hoffmann werden sich nun die eigentlichen Friedensverhandlungen anschließen, zu deren Beratung sich der Reichskanzler und, wie es heißt, auch der Staatssekretär Dr. v. Kühlmann noch einmal ins Große Hauptquartier begeben haben. Viel erörtert wird in der Presse die Teilnahme der deutschen Oeffentlichkeit an den Friedensverhandlungen. Ziemlich allgemeine wird die Mitwirkung des Reichstags gefordert. Wir gaben schon unserem Mißtrauen gegen diesen Teil unserer Volksvertretung Ausdruck; nur das Abrücken der Nationalliberalen und des Zentrums von der Mehrheit des 19. Juli könnte dieses Mißtrauen in gewissem Grade mildern. Gleichwohl möchten wir doch dafür eintreten, daß nun mit den sogenannten interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsparteien endlich Schluß gemacht wird. Auch die Parteien des Reichstages sollten die Verpflichtung fühlen, keine Partei von ihren Beratungen auszuschließen, nachdem der Kanzler sogar Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Teilnahme an den Konferenzen der Führer der Reichstagsfraktionen am Donnerstag eingeladen hat.

Ob die Teilnehmer an dieser Konferenz wirklich die berufenen Vertreter unseres Volkes sind, muß doch sehr bezweifelt werden, wenn man hört, daß neben den Abgeordneten **Dr. Stresemann** (für die Nationalliberalen), **Graf Westarp** (für die Konservativen), **Freiherr von Gamp** (für die Deutsche Fraktion), die Abgeordneten **Haase, Ebert und Scheidemann** (für die Sozialdemokraten), **Trimborn und Erzberger** (für das Zentrum), und der Pole **Seyda mit dem Kanzler die Friedensbedingungen des deutschen Volkes mit Rußland besprechen sollen**. Allerdings sind die Richtlinien der Friedensverhandlungen für die Mehrheit der Parteien und namentlich für die verbündeten Regierungen, die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung gegeben: die Sicherheit unserer Grenze und unserer Zukunft! Gleichwohl wird die Oeffentlichkeit allen Vorgängen mit peinlicher Aufmerksamkeit folgen müssen, damit unser Volk sich nicht eines Tages doch vor unliebsame vollendete Tatsachen gestellt sieht.

R.Fr.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 391 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.3

Zur Rede Lloyd Georges.

Basel, 16. Dezember. Die Basler „National-Zeitung“ schreibt zu der Rede Lloyd Georges u.a.: Nach längerer Pause, während welcher sich die Lage der Entente mit jedem Tag verschlechterte, hat der britische Premierminister, der zugleich so etwas wie der Premier der Alliierten ist, wieder einmal gesprochen. Er verkörpert den unbegrenzten Kriegswillen. Eine Aenderung der britischen Politik ist nicht mit ihm, sondern nur gegen ihn möglich. Heute versucht er seine Willenseinheit mit Lansdowne zu betonen. Schon darin kann man ein Zeichen sehen, wie stark die hinter diesem stehenden Strömungen in Großbritannien sein müssen. Die Dialektik, die Lloyd George anwendet, um zu beweisen, daß er Lansdownes Gesinnungsgenosse sei, wird bei den klugen Briten kaum sehr überzeugend wirken. Lloyd George sagt genau das Gegenteil von dem, was Lansdowne gesagt hat.

Das vereinigte Königreich ist auf Prestige aufgebaut. Wenn es einmal gezeigt hat, daß es seinen Gegner nicht niederwerfen kann, so ist es in seinem Prestige bedroht. Ferner ist es in seiner Eigenschaft als Handelsvormacht durch die Union abgelöst und aus dem russischen, österreichischen und orientalischen Märkte durch Deutschland ausgeschaltet worden. Der britische Premierminister wählt aus dem Verbrechen die abscheulichsten Vergleiche für Deutschland. Diese tendenziöse Art tut ihr Möglichstes, um alle brennenden Wunden der Menschheit noch mehr zu vergiften. England, das die Buren überfiel und aus Aegypten entgegen seinen Versicherungen nicht herausging, hat als Staat wahrscheinlich kaum Anspruch, so strenge sein zu dürfen. Nie war die Gefahr einer Niederlage der Entente so nahe wie heute. Selbst wenn die Bolschewiki jetzt noch besiegt würden, in Italien bricht die Kriegspartei zusammen, und wenn nur die Möglichkeit des Friedens sich zeigt, könnte heute schon auch dort ein Waffenstillstand geschlossen werden. Sonnino wehrt sich verzweifelt gegen die Ernüchterung, den Zusammenbruch und den Interventionismus. In Frankreich kämpft Clemenceau mit Tigerwildheit gegen die Friedensfreunde und den Zusammenbruch des Ententegedankens, beschwört das Bild des verlorenen Krieges vor den Augen der entsetzten Journalisten und Abgeordneten und sucht die Kriegsgegner ins Zuchthaus zu bringen [seinen Vorgänger Caillaux].

Aber indem er die Leidenschaften verschärft, kann es ihm gelingen, den seinem nüchternen Wesen nach so unfranzösischen Caillaux als Retter erscheinen zu lassen. Schon scheint der kluge Briand abzufallen, und sogar wenn Clemenceau diesmal noch mit den Waffen des Terrors siegen sollte, so hat er doch die

Einigkeit und Kraft Frankreichs tödlich geschwächt. Für diese Gefahren und für die drohende deutsch-österreichische Offensive findet Lloyd George nur die Worte: die gegenwärtige Lage ist nicht besonders günstig.

Lloyd George fürchtet ja nicht deutsche Annexionen, er fürchtet vielmehr das Bekanntwerden der eigenen annexionistischen Absichten. Deshalb will er keinen Frieden, deshalb sieht er nicht, was jeder sieht, und beschäftigt sich mit deutschen Schwierigkeiten, wo doch die Schwierigkeiten der Entente offen daliegen und täglich wachsen und verhängnisvoller werden. Ist Lloyd George noch der Wortführer Englands? Das ist die große Frage, und die Entscheidung ist, ob die Klugheit der weiseren britischen Staatsmänner noch in allerletzter Stunde England und die Welt von dem Abgrunde zurückreißt, in den der Starrsinn und die Angst vor der Erkenntnis begangener Fehler und der fehlende Sinn für die Zukunft sie zu stürzen drohen.

Stockholm, 17. Dezember. Zur Rede Lloyd Georges schreibt „Stockholm Dagblad“: Der Grundgedanke der Rede ist der traditionelle in allen englischen und französischen oratorischen Offensiven: Der Krieg kann und darf nicht ohne vollständigen Sieg der Alliierten enden. **Mit der deutschen Regierung ist infolge ihrer teuflischen Beschaffenheit keine dauerhafte Abmachung zu treffen und der Sieg der Alliierten würde ein tausendjähriges Reich der Rechtschaffenheit und Freude bedeuten.** Man hat keinen Grund zu bezweifeln, daß Lloyd George sich selbst dazu hypnotisiert hat, diese Sätze zu glauben, aber ebenso sicher ist es, daß sie in neutralen Ländern in dieser extremen Form nicht mehr besonders viele Anhänger finden.

Für Lloyd George ist der Feind immer noch der Bandit, der Führer der Alliierten dagegen ist der Präsident des Gerichtes. **Der kommende Friedensschluß ist das Urteil in dem Prozeß gegen die Mittelmächte wegen „Betrug, Diebstahl, Vergewaltigung, Mordbrand, Raubmord und Raub“.** Diese ganze Betrachtungsweise ist für uns Neutrale so vollständig fremd, daß eine nähere Untersuchung derselben absurd sein würde. Man darf sich damit begnügen, festzustellen, daß der führende Mann des britischen Reiches noch immer sein Herz gegen den Gedanken an einen Verständigungsfrieden verhärtet und daß Millionen von Schuldigen und Unschuldigen in den kriegführenden und neutralen Ländern in Gestalt von wachsender Not und Elend die Konsequenzen dieser Weihnachtsbotschaft Lloyd Georges an die Völker der Erde tragen müssen.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 391 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.2

Wie die Lichter an den Weihnachtsbaum kamen.

„Bäume leuchtend, Bäume blendend – Ueberall das Süße spendend – In dem Glanze sich bewegend ...“, mit diesen Worten beginnt ein Weihnachtsgedicht Goethes aus dem Jahre 1822. Damals waren die Lichter am Weihnachtsbaum etwas längst Gewohntes. Schon aus früheren Werken Goethes kennt man die Verbindung des Weihnachtsbaumes mit den Lichtern, den in „Werthers Leiden“, die 1774 erschienen, ist von dem „ausgeputzten Baume mit Weihnachtslichtern“ die Rede. Sucht man die Lichter am Weihnachtsbaume weiter rückwärts zu verfolgen, so trifft man sie bei Jung-Stilling (in der Schrift Heimweh) belegt, wo der „hellerleuchtete Lebensbaum mit vergoldeten Nüssen“ erwähnt wird, und zwar als Kindheitserinnerung. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts strahlten also schon die Lichter am Weihnachtsbaum. Aus dem Jahre 1737 stammt ein Buch, das bis vor kurzem als ihr ältester Nachweis galt.

Damals verfaßte der Wittenberger Rechtsgelehrte Kißling aus Zittau eine Arbeit über die „heiligen Christgeschenke“, und darin heißt es: „Wenn die Ueberreichung der Geschenke denn doch unter gewissen Feierlichkeiten vor sich gehen soll, so gefällt mir noch am besten die Art und Weise wie eine Frau, welche auf einem Hofe lebte, die Bescherung veranstaltete Am Heiligen Abend stellte sie in ihren Gemächern so viel Bäumchen auf, wie sie Personen beschenken wollte. Aus deren Höhe, Schmuck und Reihenfolge in der Aufstellung konnte jedes sofort erkennen, welcher Baum für es bestimmt war. Sobald die Geschenke verteilt und darunter ausgelegt und die Lichter auf den Bäumen und neben ihnen angezündet waren, traten die Ihren der Reihe nach in das Zimmer, betrachteten die Bescherung und ergriffen jedes von dem für es bestimmten Baum und den darunter bescherten Sachen Besitz.“

Vor einigen Jahren hat A. Jacoby darauf hingewiesen, daß es in der Literatur noch einen älteren Beleg für die Lichter des Weihnachtsbaumes gibt, und dieser ist fast so alt wie die älteste Erwähnung des deutschen Weihnachtsbaumes überhaupt: er stammt nämlich aus dem Jahre 1611. Es handelt sich dabei um die „Denkwürdigkeiten aus dem Leben der Herzogin Dorothea Sybille von Liegnitz-Brieg“. Die „liebe Dore“, wie das Volk sie nannte, eine schlesische Herzogin, veranstaltete nach einer urkundlichen Mitteilung im Jahre 1611 im Schlosse von Brieg für die Kinder der Umgebung eine große Weihnachtsbescherung: alle Kinder wurden für den Nachmittag um 3 Uhr zu einer „Kurzweil“ eingeladen; dann wurden sie durch adlige, als Engel verkleidete Fräulein in einen Saal geführt, und darin standen grüne Tannen, an denen viele Hunderte von Wachslatern brannten. Diese „Kurzweil“ fand freilich nicht am Weihnachtstage selbst statt, sondern zu Silvester; doch

hindert dies nicht, die Lichterbäume als Weihnachtsbäume anzusprechen, denn damals nahm man es mit dem eigentlichen Festtage nicht so genau.

Merkwürdigerweise – Kluge hat dies hervorgehoben – läßt sich der Lichterbaum zu Weihnachten noch weiter zurück verfolgen, und zwar bis in eine Zeit, aus der der Weihnachtsbaum noch nicht belegt ist. Im Jahre 1556 erschien zu Frankfurt a. M. ein Reisewerk des italienischen Edelmannes Luigi Bartolomeo, „Die ritterliche Reysz, Welche sagt von den Landen in India“. Im Jahre 1503 hat der Italiener einen Tempel in der Nähe Kalkuttas besucht, und bei seiner Beschreibung heißt es: „Im selben Tempel stehen viel Baum daran hängen sie Lichter Auf dem 25. tag des Decembers heilt man dieses Feste“.

Danach wäre der Lichterbaum am Tage der Weihnacht, wenn auch nicht der deutsche Weihnachtsbaum, über 400 Jahre alt. K.F.

Vossische Zeitung – Nr. 645 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.1

Wie stehen wir zu England? –

von Dr. Siegfried Hecksher. – Mitglied des Reichstags.

Am 19. November habe ich an dieser Stelle dem Reichstage dringend empfohlen, in eine vertrauliche, gründliche Aussprache über die Ziele und Methoden der auswärtigen Politik des Herrn von Kühlmann einzutreten. Das ist leider unterblieben. Vielmehr hat sich der Reichstag im wesentlichen damit begnügt, eine allgemein gehaltene Betrachtung des Staatssekretärs entgegenzunehmen, die sich mehr durch den Schwung und Schmuck schöner Worte, durch eine fast dichterische Epik, als durch den Inhalt sachlicher Gedanken und politischer Tatsachen auszeichnete. Etwas Programmatisches enthielt die Rede nicht, es sei denn, daß man in der hastigen, hoffnungsfreudigen Begrüßung des Lansdownschen Briefes die Konturen eines Programms erkennen will.

Inzwischen hat Balfour durch die Mitteilung eines angeblichen deutschen Friedensangebotes vom September 1917 der deutschen Politik einen wertvollen Dienst erwiesen. Denn diese Angaben Balfours legen in Verbindung mit jener verblüffend unbeholfenen, wie auch unklaren, offiziellen deutschen Deutung dem Staatssekretär von Kühlmann die unaufschiebbare Pflicht zu einer programmatischen Erklärung auf. Sie allein kann dem deutschen Volke Klarheit und Beruhigung verschaffen, und beides tut not. Oder soll das verwirrende diplomatische Spiel mit schönen unverbindlichen und vieldeutigen Worten seinen Fortgang nehmen?

Was ist der bisherige Ertrag unserer wohlgemeinten Versuche, die Welt davon zu überzeugen, daß wir keinen wilden Kriegszielen nachjagen, und daß wir trotz unserer Siege nur die Sicherung unserer Grenzen und die unbedingte Freiheit unseres wirtschaftlichen Lebens verlangen? **Hohn und Spott und eine gesteigerte Entschlossenheit der Feinde, den Krieg bis zu unserer Demütigung und Vernichtung fortzusetzen.** Hat nicht jede neue Kundgebung und jeder neue Friedensfühler als Beweis unserer Schwäche gegolten? Spricht es nicht Bände, wenn es in dem Geheimbericht des russischen Geschäftsträgers vom 6. Oktober heißt: „Alle Momente deuten darauf hin, daß der Geist der deutschen Truppen gesunken ist?“ Wollen wir – Reichstag und Regierung – nun nicht endlich abwarten, bis es den Herren Clemenceau und Lloyd George, bis es Herrn Sonnino und Herrn Wilson gefällt, Friedensfühler auszustrecken? Sollte nicht die politische Führung in Deutschland das Maß und Kraft und Entschlossenheit, von Ruhe und Geduld aufbringen, um bis zu diesem Zeitpunkte, nach Westen hin schweigend, zu warten?

Freilich gibt es bei uns in Deutschland auch heute noch eifernde Phantasten, die selbst aus einer despotischen Kundgebung, wie der letzten Botschaft des Präsidenten Wilson Friedensfrohes herauslesen, oder die in der jüngsten Bluff- und Schimpf-Rede von Lloyd George an irgend einer Stelle die Geneigtheit Englands, mit Deutschland einen ehrenvollen Frieden zu schließen, mit der Sicherheit und Unduldsamkeit des Fanatikers wittern. Solche Weltfremdheit und Verblendung indessen darf doch wohl die Schwelle der Wilhelmstraße 76 nicht überschreiten.

Wie kommt es aber, frage ich weiter, daß ein Aufsatz aus dem „Berner Intelligenzblatt“ in der deutschen Presse veröffentlicht wird, in welchem mit seltsamer Naivität der gesamten deutschen Presse über den Fall Balfour-Kühlmann absolute Ruhe anempfohlen wird? Und dazu noch in einer merkwürdigen Verknüpfung mit der Mitteilung, „daß ein bekannter deutscher Politiker vor vielen Wochen Gelegenheit gehabt habe, eine Aussprache mit einer englischen Persönlichkeit zu pflegen“. Es ist nicht ganz klar, woher das „Berner Intelligenzblatt“ den Mut nimmt, in einer Schicksalsfrage unseres Landes die öffentliche Meinung in Deutschland dirigieren zu wollen. Oder sollten hinter dieser Mahnung deutsche Einflüsse stehen? Alle diese Zweifel und Sorgen kann der Staatssekretär von Kühlmann und muß er zerstreuen.

Das deutsche Volk will heute ehrlich und zielbewusst den Frieden mit Rußland und will ohne Unterschied der Parteien ein wahrhaft freundnachbarliches Verhältnis zu dem russischen Volke. War es nicht Herr von Kühlmann, der in seiner ersten Rede als Staatssekretär einen Hauptnachdruck darauf legte, daß die Politik des Reiches mit den Wünschen und Stimmungen des Volkes in Einklang stünde? Hic Rhodus, hic salta!
[Hier ist Rhodos, hier spring!; ursprünglich in Äsops Fabel „Der Fünfkämpfer“, frei übersetzt: Beweise hier und jetzt, daß du es kannst!]

Aber wie das deutsche Volk den Frieden nach Osten will, so ist es andererseits entschlossen, standhaft auszuharren, bis die Militär-Diktatur in Frankreich, die Diktatur in England, aber auch in den Vereinigten Staaten einer Führung den Platz räumt, die sich der ehernen Gewalt der Tatsachen beugt.

Vorwärts – Nr. 346– Dienstag, den 18. Dezember 1917 - §.7

Die Friedensfühler vom September - Neue Erklärungen

Das Wolff-Bureau meldet nichtamtlich:

Nach einer Meldung aus Amsterdam hat Lord Robert Cecil das Reutersche Bureau benachrichtigt, daß das, was Deutschlands Antwort auf Balfours Erklärung im Parlament über den deutschen Friedensschritt vom September sein solle, vollständig unzutreffend sei. Wie Präsident Wilson, so habe auch England fortwährend versucht, Aufklärung über Deutschlands Kriegsziel zu erhalten, und immer wieder versucht, diese Aufklärung durch Ministerreden zu erlangen, aber bisher ohne Erfolg. Absolut unzutreffend sei jedoch, wenn man zu verstehen gebe, daß irgendeine Anfrage privater Art an den Feind mit Wissen der britischen Regierung gerichtet worden wäre.

Die von „Reuter“ verbreitete Aeußerung Lord Robert Cecil über die deutsche Antwort auf Balfours Erklärung im englischen Parlament ist in keiner Beziehung geeignet, die Mitteilung des Wolffschen Bureaus zu entkräften. Lord Robert Cecil weiß sehr wohl, daß es nicht öffentliche Ministerreden sind, die zur Erörterung stehen. Es ist also nicht ersichtlich, warum diese öffentlichen Ministerreden plötzlich herangezogen werden. Der Schlußatz ist mit den hier bekannten Tatsachen nicht in Uebereinstimmung zu bringen. Ist Lord Robert Cecil bekannt, daß ein in amtlicher Stellung befindlicher englischer Diplomat im Monat August eine Mitteilung betreffend deutsche Kriegsziele an eine neutrale Macht gerichtet hat und behauptet Lord Robert Cecil, daß diese Mitteilung nicht im Namen und im Auftrage der großbritannischen Regierung gemacht worden sei, oder will er behaupten, daß diese Mitteilung nicht unter Umständen erfolgt sei, nach denen die neutrale Regierung annehmen mußte, England handle in der Erwartung und Voraussicht eines entsprechenden Schrittes der neutralen Macht bei der deutschen Regierung?

Vorwärts – Nr. 346– Dienstag, den 18. Dezember 1917 - §.2

Die Stockholmer Friedensaktion. –

Die Angriffe des „Socialdemokraten“ – Die Hoffnung des „Politiken“ – Norwegen für die bolschewistische Regierung – Englische Paßverweigerung gegen die christliche Konferenz in Upsala

Stockholm, 17. Dezember. „Socialdemokraten“ greift mit sensationeller Aufmachung die Geheimdiplomatie an, welche zwischen Worowsky und Parvus-Scheidemann betrieben werde. Die Bolschewiki seien ein Haupthindernis der Stockholmer Konferenz für einen allgemeinen Frieden gewesen, aber sie erleichterten durch den Sonderfrieden einen imperialistischen Frieden. Das Blatt strebt, wie bisher, die deutschen Unabhängigen gegen die russische Friedensaktion auszuspielen. Wenn es bezüglich jener Besprechungen von furchtbarer Heuchelei im Namen der Internationale spricht, so mutet das merkwürdig an bei einem Blatte, das jetzt das Sprachrohr des Kadetten Gulkewitsch ist, welcher nach der eigenen Darstellung dieses Blattes unter Mißbrauch von Brantings Namen die Konferenz unterminierte.

Das Blatt „Politiken“, das infolge der Bolschewiki-Hetze des „Sozialdemokraten“ viel Arbeiterleser gewinnt, sieht die baldigen Friedensverhandlungen in Stockholm voraus und schreibt, an Scheidemanns Anwesenheit anknüpfend: Die Regierungen und die Völker, und nicht zuletzt die sozialistischen Arbeiter der verschiedenen Länder, richten ihre Blicke eifriger als je auf Stockholm und werden ihre Vertreter dorthin senden. Auch für die Arbeiter der paßverweigernden Länder werden vielleicht Wege zur Vertretung gefunden werden. Die Arbeiter werden den Völkerfrieden mit oder gegen ihre Regierungen zustande bringen. Der Frieden naht unwiderstehlich dank der russischen Arbeiterregierung.

Der Vorsitzende der norwegischen sozialistischen Fraktion erklärte dem Korrespondenten des „Sozialdemokraten“: Die norwegische Regierung werde selbstverständlich jedes russische Anliegen entgegennehmen, sobald sich die bolschewistische Regierung als die Inhaberin der tatsächlichen Macht

erweise. Norwegen könne nicht seine Stellung von der Sympathie oder Antipathie abhängig machen. Der norwegische Außenminister teile sicher diese Anschauung. Dasselbe gilt bezüglich Finnlands. Die norwegischen Sozialisten wünschen, daß die russischen Sozialisten die Selbständigkeit Finnlands unterstützen. Sobald dort die aus dem Volkswillen gegründete Neuordnung besteht, wird das norwegische Volk in die lebendigste Beziehung mit diesem Lande treten. Bezüglich des Fischerports erklärte der norwegische Vorsitzende Buen, es sei undenkbar, daß England Hindernisse bereite, den Fischüberfluß Norwegens nachdem hungernden Finnland überzuleiten, um so mehr, als England einen vertraglichen Anspruch wesentlich einschränke und Finnland nicht gegen die Westmächte kämpft.

Anläßlich der Einberufung einer christlichen Konferenz aller Länder nach Upsala durch den dortigen Erzbischof erklärte Robert Cecil im englischen Unterhause, daß die englische Regierung die Paßverweigerung beschloß, da die Konferenz sich offenbar nicht nur auf religiöse Fragen beschränken werde. Diese fortgesetzte Feindschaft gegen die Friedensidee, selbst wo sie in so unpolitischer Form auftritt, macht hier auch in ententefreundlichen Kreisen peinlichen Eindruck.

Worowskys Antwort an den „Socialdemokraten“.

Stockholm, 17. Dezember. Worowski übergab der Presse die Antwort auf den gestrigen Angriff des „Socialdemokraten“ wegen angeblicher geheimer Diplomatie. Sie lautet:

Ich habe seit meiner Ernennung mit vielen Leuten verschiedener Nationalitäten und Parteien über die Friedensfrage gesprochen und die Aufgabe, der Zweck dieser Unterredungen ist, meine Regierung und die Vertretungen der ausländischen Parteien und Regierungen bestmöglich zu informieren. Wenn ich bisher nur selten Gelegenheit hatte, mit Anhängern der Alliierten zu sprechen, so liegt das nicht an mir, aber vor allem muß ich erklären, daß bei allen Zusammenkünften keine Verhandlungen im gewöhnlichen Wortsinn vorkamen. Sollte es dazu kommen, wird Protokoll darüber geführt und das Protokoll wird publiziert werden. Die Arbeiter- und Soldatenregierung bewies durch die Tat, daß sie vor ihrem Volk und vor der Welt nichts geheimhalten will. Der gestrige Lärmartikel war auch insofern ein Schlag ins Wasser, als die Signalisierung der Anwesenheit Scheidemanns in Stockholm durch den „Vorwärts“ inzwischen zeigte, wie wenig Geheimtuerie beabsichtigt war. Der Artikel zeigte immerhin, daß der „Socialdemokraten“ Verbindungen mit Kreisen hat, welche Privatwohnungen überwachen. Der Ehrgeiz des „Socialdemokraten“ wechselt die Ziele. Ehedem strebte er wenigstens den Einklang mit den deutschen Unabhängigen an, jetzt produziert er Sensationen, welche höchstens den Applaus von Alldutschen wecken.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11902– Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.4

Scheidemanns Stockholmer Konferenzen.

Budapest, 18. Dezember. „Az Est“ meldet aus Stockholm: Scheidemann weilte in der letzten Woche zwei Tage in Stockholm und pflog dringende Verhandlungen mit den Stockholmer Vertretern der Bolschewiki, ohne mit den Vertretern der übrigen russischen Fraktionen in Verbindung zu treten. Dem Mitarbeiter des „Az Est“ erklärte Scheidemann, daß er mit den besten Eindrücken Stockholm verlassen habe.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10403– Dienstag, den 18. Dezember 1917 - S.1

Der Waffenstillstand mit Rußland und die amerikanische Kriegserklärung.

Die Tatsache, daß der angestrebte Waffenstillstand an der gesamten russisch-rumänischen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer nun tatsächlich eingetreten ist, ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, als ein bedeutender Schritt nach vorwärts, dem Frieden entgegen, einzuschätzen. Man muß sich nur vor Augen halten, daß die militärische Macht Rußlands zu Beginn des Krieges in den Berechnungen der Entente der Haupttrumpf war, der gegen die Mittelmächte ausgespielt werden sollte. England verfügte ja im Sommer des Jahre 1914 überhaupt noch über keine eigentliche Armee und die von ihm damals nach Frankreich entsendeten Truppen hatten mehr die Bestimmung, die Teilnahme Großbritanniens am Kriege zu betonen, als den Bundesgenossen wirkliche militärische Hilfe zu bringen. **Dagegen setzte man auf die Größe des russischen Heeres, auf die Unerschöpflichkeit seiner Reserven Hoffnungen, wie sie zuversichtlicher nicht gedacht werden konnten. Die „russische Dampfwalze“ sollte in kürzester Zeit alles hinwegfegen, was sich ihr an unseren und an Deutschlands Grenzen entgegenstellen würde, und den Weg nach Wien und Berlin freimachen.** Es muß anerkannt werden, daß die russische Armee alles daran gesetzt hat, um die Erwartungen zu rechtfertigen, die man in London, Paris, Belgrad und wohl von allem Anfang an auch in Rom und Bukarest an

ihre Leistungsfähigkeit geknüpft hatte. Die Russen waren geschickt geführt, sie haben sich tapfer geschlagen und sie haben Ströme Blutes vergossen, um die Aufgabe zu erfüllen, die ihnen im Weltkriege zugewiesen war. Es ist wahrlich nicht ihre Schuld, daß die ungeheuren Opfer vergeblich geblieben sind, daß die Widerstandskraft Österreich-Ungarns es zunächst zustande brachte, den russischen Heersäulen Halt zu gebieten und daß dann, als wir selbst zum Angriff übergingen, in siegreichem Vordringen weite Gebiete des russischen Reiches von uns besetzt wurden. Nun haben die Verhältnisse in Rußland dazu geführt, daß die schon lange erörterte Möglichkeit eines Sonderfriedens mit dem Vierbunde in greifbare Nähe gerückt erscheint. Eine vollständige Umwälzung im Innern des Reiches hat dazu geführt, das im russischen Volke schon lange schlummernde Friedensbedürfnis immer stärker werden zu lassen, so daß dagegen die so lange alles beherrschenden Einflüsse der Westmächte, namentlich Englands, nicht mehr aufkommen konnten. Und so ist es denn zu dem russischen Vorschlag auf Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen gekommen, auf die von den Mittelmächten, von Bulgarien und der Türkei bereitwilligst eingegangen wurde, so daß man in verhältnismäßig kurzer Zeit in Brest-Litowsk zu dem mit größter Genugtuung begrüßten Ergebnisse gelangte, daß eine bis zum 14. Januar währende Waffenruhe vereinbart wurde, die schon vom ersten Tage, also von gestern, an dazu benützt wird, um die Verhandlungen über den Frieden selbst zu führen.

Die Befriedigung, mit der es allgemein aufgenommen wurde, daß es trotz der nicht geringen Störungsversuche der Entente gelungen ist, einen Waffenstillstand zwischen dem Vierbunde und Rußland zu vereinbaren, ist begreiflicherweise groß. Die Sehnsucht nach dem Frieden ist eine so gewaltige, daß die aus dem Osten winkende Morgenröte einen hellen Widerschein findet. Das Aufhören des Krieges an der russisch-rumänischen Front würde für den Vierbund eine in ihren Folgen noch gar nicht zu ermessende Entlastung bedeuten, **sie ist aber noch nicht der allgemeine Friede, zu dem zu gelangen zwar unser aufrichtiges Streben ist, der aber so lange nicht möglich ist, als England, Frankreich und Italien an ihren Kriegszielen festhalten und dabei von Wilson ermutigt werden**, der sich gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt dafür ausgesucht hat, um seiner Kriegserklärung gegen Deutschland auch die an Österreich-Ungarn folgen zu lassen, die bisher noch zurückgehalten worden war.

Wir wollen den Eindruck, den das Zustandekommen des Waffenstillstandes mit Rußland, an das sich sofort der Beginn der Friedensverhandlungen schließt, allenthalben hervorgerufen hat, nicht abschwächen. Auch wir sind uns der Bedeutung dieser günstigen Wendung, die, wie wir immer wieder betonen müssen, in erster Linie die Wirkung der durch unsere Waffenerfolge herbeigeführten, so überaus günstigen Kriegslage ist, wohl bewußt. Aber wir möchten trotzdem vor allzu großem Optimismus in Bezug auf die baldige Erzielung eines allgemeinen Friedens warnen. Die Westmächte zeigen noch immer keine Neigung, ihren schroff ablehnenden Standpunkt aufzugeben, sie wollen keinen Frieden, der nicht den Plänen, mit welchen sie den Krieg begonnen haben, Erfüllung verheißt und bringt. So wie die Waffenstillstandsverhandlungen werden sich auch die Friedensverhandlungen mit Rußland ziemlich einfach und glatt gestalten. Viel schwieriger sind die Fragen, die zur Lösung kommen werden, wenn erst einmal die Verhandlungen mit England aufgenommen werden sollen. Es handelt sich da um wichtige Interessen Deutschlands, die zu wahren sind, denn es muß über das Schicksal der Kolonien entschieden, es muß der Begriff der Freiheit der Meere festgestellt werden. Aber auch die Türkei wird sich mit England nicht allzu leicht auseinandersetzen können. Es ist, wie Graf Czernin in seiner Delegationsrede so treffend betont hat, selbstverständlich, daß wir an der Seite unserer Bundesgenossen bis ans Ende ausharren, daß wir für sie ebenso mit allen unseren Kräften eintreten, wie sie für uns eingetreten sind. Dies wollen wir heute, an dem denkwürdigen Tage, an dem der Waffenstillstand mit Rußland und Rumänien beginnt, der uns die Aussicht auf einen baldigen Teilfrieden gewährt, ausdrücklich feststellen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10403 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 - §.2

Die Wilsonsche Kriegserklärung.

Wien, 17. Dezember. Laut einer heute eingelangten offiziellen Nachricht hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der österreichisch-ungarischen Monarchie am 7. d.M. den Krieg erklärt.

1916 - 1917.

Kopenhagen, 17. Dezember. „Sozialdemokraten“ schreibt: Heute vor einem Jahre machte im deutschen Reichstag in einer weltgeschichtlichen Sitzung Bethmann-Hollweg Mitteilung von einem deutschen Friedensangebote. Wir wissen, wie der Verband die ausgestreckte Hand zurückgewiesen hat. In den leitenden Blättern der Entente hieß es, „Deutschland will den Frieden, weil es fühlt, daß es nicht siegen kann“. Briand warnte davor, „in diese plumpe Falle zu gehen“. Lloyd George sprach „von einem Siege, der vor der Tür stehe“. Inzwischen ist das Jahr verflossen, aber der versprochene Sieg ist ausgeblieben. Rußland hat sich tatsächlich vom Kriege losgelöst, in Italien eroberten die Mittelmächte 15.000 Quadratkilometer fruchtbares Land. Der englische Durchbruch in Flandern ist nicht erfolgt, die deutsche Unterseebootbasis ist unberührt geblieben. Der Unterseebootkrieg hat seine unheimliche Tätigkeit fortgesetzt. Über acht Millionen Tonnen größtenteils englischen Schiffsraumes sind in diesem Jahre versenkt worden. Der Weltschiffsraum hat sich um ein Viertel verringert, unersetzliche Werte sind verloren gegangen. Bei alledem kommt man zu dem Ergebnisse, daß sich doch die Annahme des Friedensangebotes für den Verband bezahlt gemacht hätte. Anfangs 1917 versprochen die Verbandsführer ihren Völkern den Zusammenbruch Deutschlands und den endlichen Sieg für 1917. Ja, Lloyd George hat von nur einigen Monaten gesprochen. Aber Deutschland ist nicht zusammengebrochen, im Gegenteil. Werden die Verbandspolitiker nun wieder in ihren Neujahrsreden den endlichen Sieg für 1918 ankündigen? Und wenn sie es wagen, werden es ihre Völker glauben?

**Der Weltkrieg. – England und Deutschland. – Lloyd George. – Eine Erklärung des Grafen Hertling.
– Jüdische Diplomatie. – Belgien.**

Einige jüdische Blätter folgern aus den Andeutungen Balfours über eine diplomatische Fühlungsnahme zwischen England und Deutschland im verflossenen September, daß die deutsche Reichsregierung es wieder einmal absichtlich oder unabsichtlich versäumt habe, den Faden weiterzuspinnen. --- Es überrascht das durchaus nicht; für die Mosse-Presse ist das, was ein englischer Minister sagt, immer die reine Wahrheit, besonders, wenn darin Deutschland verdächtigt wird. --- Amtlich ist von deutscher Seite bekanntlich zu den Balfourschen Erklärung bemerkt worden, daß von Berlin aus unmittelbare Verhandlungen gewünscht wurden, daß aber später sich herausgestellt habe, daß die Sache nicht ernst zu nehmen sei. Daraus läßt sich mit Sicherheit bereits der Sachverhalt feststellen: **Die deutsche Regierung fürchtete, daß, falls sie durch Mittelspersonen ihre Bedingungen erklärte, Deutschland dadurch festgelegt werde, ohne daß England gleichzeitig eine bindende Erklärung abgebe. Um das zu vermeiden, sollte direkt verhandelt werden, da aber stellte sich heraus, daß England dafür nicht zu haben war.**

Die erwähnten jüdischen Blätter finden nun, daß die deutsche Regierung nach den Erklärungen Balfours neuerdings an die englische Regierung mit Angeboten herantrete. Sie besorgen damit das Geschäft der englischen Regierung, die eben durch Balfour der jüdisch-festländischen Preßmeute „das Hölzel werfen“ ließ.

Mit großer Befriedigung kann deshalb von den gestrigen Erklärungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Hertling Kenntnis genommen werden. Mit voller Deutlichkeit hat Graf Hertling ausgesprochen, daß ein Verhandeln mit Männern von einer Gesinnung, wie sie Lloyd George in seiner letzten Rede bekundet habe, vollständig ausgeschlossen sei, da Verhandlungen mit solchen Männern nicht zum Ziele führen können. – Vielleicht deutet diese scharfe Äußerung des deutschen Reichskanzlers auch an, daß die Friedensanregungen vom September an Lloyd George gescheitert seien.

Im übrigen unterscheidet Lloyd George sich von den anderen englischen Ministern nur durch den Ton. Auch Asquith hat jüngst gleich Wilson die Vernichtung jenes Deutschland verlangt, das seit 1870/71 einen so mächtigen Aufschwung genommen hat, und der gewesene Minister Henderson stimmt Asquiths „trefflicher Rede und vornehmer Gesinnung bei“, predigt den Krieg bis zum endgültigen Siege Englands und findet die Erklärung Lloyd Georges, daß es „keine belgische Frage gebe“, da die Wiederherstellung Belgiens selbstverständlich sei, sehr beruhigend. – Lloyd George und Henderson befinden sich da in einem Irrtum, indem sie die seinerzeitige Äußerung des deutschen Staatssekretärs v. Kühlmann absichtlich falsch deuten. Die Wiederherstellung Belgiens ist gar nicht selbstverständlich, sondern Belgien könnte lediglich bis zu einem gewissen Grade als Kompensationsobjekt bei den Friedensverhandlungen in Betracht kommen, wenn aber Lloyd George die erwähnte Erklärung v. Kühlmanns im Sinne einer bedingungslosen Preisgabe Belgiens auffaßt,

so können jene, die fortgesetzt auf eine Erklärung der deutschen Regierung betreffend Belgiens gedrungen haben, daraus entnehmen, daß die englische Regierung jede solche Erklärung als ein Zugeständnis auffaßt, für das England keinen Gegenwert zu leisten hat. Es ist also die stümperhafteste, albernste Methode, die diese „Friedensfreunde“ der deutschen Diplomatie empfehlen.

Was Belgien selbst betrifft, so kann auch bei einem Verständigungsfrieden mit England von der Wiederherstellung Belgiens nur dann die Rede sein, wenn sie in einer Form erfolgt, die erstens die Rechte Flanderns und des Vlémentums unter die Garantie Deutschlands stellt, und **zweitens ausschließt, daß Belgien wiederum wie vor 1914 von England und Frankreich als Angriffsbasis gegen Deutschland benützt werde.**

Graf Hertling über Lloyd George.

Berlin, 17.Dezember. Reichskanzler Dr. Graf von Hertling hatte die Freundlichkeit, den Direktor von Wolff. Telegraphischem Bureau Dr. Mantler zu einem kurzen Gespräch zu empfangen. Der Gegenstand war die letzte Rede Lloyd Georges. Der Reichskanzler äußerte sich folgendermaßen:

Sie fragen mich nach meiner Antwort auf die letzte Rede des englischen Premierministers Lloyd George: **Herr Lloyd George nennt uns in seiner Rede Verbrecher und Banditen.** Wir beabsichtigen, wie schon einmal im Reichstage erklärt wurde, nicht, uns an dieser Erneuerung der Titel homerischer Helden zu beteiligen. Mit Schimpfworten werden moderne Kriege nicht gewonnen, vielleicht aber verlängert. Denn das ist nach jenen Schmähungen des englischen Ministerpräsidenten klar: Für uns ist ein Verhandeln mit Männern derartiger Gesinnung ausgeschlossen. Für den aufmerksamen Beobachter konnte seit geraumer Zeit kein Zweifel mehr bestehen, **daß die englische Regierung unter Führung von Lloyd George dem Gedanken eines rechten Verständigungsfriedens vollkommen unzugänglich war.** Wenn es in den breiten Kreisen der Öffentlichkeit eines schlagenden Beweises hiefür bedürfte, so ist er durch die neueste Rede des englischen Staatsleiters geliefert. Sie wissen, daß ich erst seit kurzer Zeit an die Spitze der Reichsregierung getreten bin, daß mir aber meine bisherige Stellung Gelegenheit gab, die auswärtige Politik meiner Vorgänger und der verbündeten Staatsmänner von einem besonders guten Beobachtungsposten aus zu verfolgen, und da kann ich als Staatsmann und Historiker, der ein langes Leben dem Forschen nach geschichtlicher Wahrheit gewidmet hat, erklären: Das deutsche Gewissen ist rein. Nicht wir waren es, die den Mord von Sarajewo inszenierten. Der Prozeß Suchomlinow in Petersburg, er hat das, was wir seit Ende Juli 1914 wußten, der Welt mit absoluter Deutlichkeit dargelegt: Die Ursache des Weltkrieges, den dem Zaren Nikolaus II. von gewissenlosen Ratgebern abgenötigten Befehl zur Gesamtmobilmachung, der uns den Kampf nach zwei Fronten aufzwang.

Vor wenigen Tagen war es in Jahr, daß wir mit unseren Verbündeten den Feinden die Hand zum Frieden boten. Sie wurde zurückgestoßen. Inzwischen hat unsere Antwort auf die Papstnote unseren Standpunkt erneut ausgesprochen. In dem Augenblicke, wo ich die Nachricht erhalte, daß die Waffenruhe, die schon zwischen unseren östlichen Nachbarn und uns bestand, in einen formellen Waffenstillstand übergegangen ist, wird mir die Rede des englischen Premierministers, von der Sie sprechen, vorgelegt. Sie ist die Antwort des heutigen englischen Kabinetts auf die Papstnote.. – Unser Weg im Westen ist demnach klar. – Nicht Lloyd George ist der Weltrichter, sondern die Geschichte. Ihrem Urteile können wir wie am 2. August 1914 so auch heute mit Ruhe entgegensehen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 643 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - S.1

Die Augen auf!

Nach der Verfassung des Deutschen Reiches hat der Kaiser nach Zustimmung des Bundesrates über Krieg und Frieden zu entscheiden. Danach müßte man annehmen, daß die wichtigsten Faktoren bei den Friedensverhandlungen mit Rußland die Kaiserliche Regierung, die sich dabei auf den Bundesrat zu stützen hätte, wäre. Aus der demokratischen Presse werden wir aber eines besseren belehrt. Der Reichstag und zwar wieder die Vertreter der Mehrheit vom 19. Juli, die nach den letzten Erklärungen der Zentrumsfraktion und der Nationalliberalen überhaupt nicht mehr besteht, erheben den Anspruch, „die Grundrisse des Friedensprogramms“ festzusetzen. Nach anderer Lesart soll der Hauptausschuß des Reichstages einberufen sein, der Regierung die Friedensbedingungen vorzuschreiben, doch hört das 8-Uhr-Abendblatt, daß weder in nationalliberalen noch in Zentrumskreisen die Neigung besteht, einen Zusammentritt des Hauptausschusses zu befürworten, mit Rücksicht darauf, daß diese unansehnliche Versammlung denn doch ein zu großer Kreis sei, um eine glatte Abwicklung der jeweiligen Beratungen als aussichtsreich erscheinen zu lassen. Wirklich?

Es wird deshalb angenommen, daß der Reichskanzler dem Wunsche Rechnung tragen kann, eine Einberufung des Hauptausschusses zu unterlassen, dagegen in regelmäßigen Zwischenräumen die bevollmächtigten Vertreter der Reichstagsfraktionen zu sich zu berufen. Auf diese Weise würde der seinerzeit im August unter der Aera Michaelis geschaffene „Sonderausschuß beim Reichskanzler“ wiederum ins Leben treten.

Es wird erwartet, daß die Zahl dieses Ausschusses, der nach der Ziffer der Mitglieder, wie noch erinnerlich, auch „Siebenausschuß“ genannt wurde, eine Erhöhung, und zwar auf 14 Mitglieder, erfährt. Im August bestand der Sonderausschuß aus zwei Vertretern der Sozialdemokratie, zwei Zentrumsabgeordneten, einem nationalliberalen, einem konservativen und einem fortschrittlichen Vertreter. Außerdem gehörten dem Ausschuß ebenso viele Bundesratsmitglieder an.

Durch diesen Ausschuß soll die notwendige (??) Mitwirkung des Reichstages an den Friedensverhandlungen gewährleistet und die Reichsregierung von einem Teil ihrer Verantwortung entlastet werden. Wenn auch die Erfahrung mit dem früheren Sonderausschuß beim Reichskanzler bei der Antwort auf die Papstnote keineswegs zu einer Wiederholung dieses Versuches der Einmischung von Parlamentariern in die Obliegenheiten der Regierung ermutigen, so würden wir bei der starken Beteiligung von Bundesratsmitgliedern einen solchen Ausschuß immer noch für erträglicher halten, als eine Nebenregierung der sogenannten Reichstagsmehrheit unter sozialdemokratischer Führung. Wir kommen zu diesem Ergebnis in erster Linie mit Rücksicht auf das Mißtrauen, das gegen den Staatssekretär v. Kühlmann zu hegen wir uns für berechtigt halten.

Bei der großen Bedeutung der nun beginnenden Friedensverhandlungen mit Rußland wird – wir wiederholen es – vor allen Dingen auch die Öffentlichkeit die Vorgänge in Brest-Litowsk aufmerksam verfolgen müssen. Von vornherein möchten wir dabei auf die Rolle hinweisen, **die der Sozialdemokrat Scheidemann in diesen Tagen spielt. Sobald er aus der Waffenruhe den Beginn der Friedensverhandlungen witterte, begab er sich nach Stockholm, um dort mit Abgesandten der Bolschewiki auf seine Weise den demokratischen Frieden vorzubereiten.**

Wir fragen die deutsche Reichsregierung, was sie veranlaßt hat, diese Reise zuzugeben. Ein politisches Kind konnte sich denken, in welcher Richtung die Bemühungen Scheidemanns gehen würden. Auch solchen politischen Kindern wird es jetzt klar werden, daß Scheidemann das Vertrauen der deutschen Reichsregierung von vornherein mißbrauchen wollte. **Er unterhandelte mit dem Stockholmer Vertreter der russischen Volkskommissaren Worowskij. Gerade dieser Worowskij wurde nun mit der Leitung der Friedensverhandlungen auf russischer Seite betraut.** Aus dem „Vorwärts“ aber und **aus der ganzen Haltung Scheidemanns während des Krieges weiß man, daß Scheidemann nichts unterlassen haben wird, daß es vielmehr Zweck seiner Reise nach Stockholm war, den Zielen der deutschen Friedensunterhändler entgegen zu arbeiten, d.h. mit anderen Worten, dem deutschen Volke in den Rücken zu fallen oder im Sinne des Strafgesetzbuches Hochverrat zu üben.**

Niemand wird sich darüber im Unklaren sein, daß die Grenzen der politischen Wirksamkeit Scheidemanns wie jedes anderen Abgeordneten durch die Grenzen seines Mandates bestimmt sind; ebensowenig wie anderen Abgeordneten kann dem Führer der internationalen Sozialdemokratie das Recht

zugestanden werden, mit Vertretern eines mit Deutschland im Kriege oder in Friedensverhandlungen befindlichen Volkes in der Absicht, Verbindung zu suchen, die Interessen des deutschen Volkes zu schädigen.

Die Augen auf!

Derselbe Scheidemann, der in Stockholm mit dem russischen Leiter der Friedensunterhandlungen Verabredungen traf, wird fortan als Führer der Sozialdemokraten vom Reichskanzler empfangen und in dem Sonderausschuß ganz vertraulich zu behandelnde Kenntnisse über die Ziele und Pläne der deutschen Friedensunterhändler und ihre Taktik erhalten. Scheidemann wird in Stockholm gewiß auch nichts versäumt haben, für eine dauernde Verbindung mit seinem Freunde Worowskij zu sorgen, sodaß er in der Lage sein wird, in beiden Lagern die Rolle des vertrauten Beraters zu spielen. Wir glauben nicht, daß das im Interesse der deutschen Regierung und des deutschen Volkes geduldet werden darf. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung und hat unbedingt dafür zu sorgen, daß dem Abgeordneten Scheidemann die Durchführung seiner zweideutigen Rolle nicht gelingt. Der Erfolg unserer Friedensunterhändler steht auf dem Spiele und in jedem Falle wird ihre Arbeit erschwert, wenn man Scheidemann weiter gewähren läßt. Man erinnere sich auch, daß Scheidemann und seine Partei grundsätzlich gegen einen Sonderfrieden mit Rußland sind und aus Parteigründen alles aufbieten werden, um zu verhindern, daß wir im Osten einen Frieden auf der Grundlage unserer militärischen Erfolge erhalten. Darum noch einmal: Die Augen auf! **R.Fr.**

Der Tag – Nr. 645 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - S.1

Die Reichstagsmehrheit und der Friede.

In unserer gestrigen Abendausgabe hatten wir nach einem Bericht aus parlamentarischen Kreisen von den Stimmungen Mitteilung gemacht, die innerhalb der Mehrheitsparteien des Reichstags gegenüber der entscheidenden Wendung der Dinge an der Ostfront bis jetzt erkennbar geworden sind. Danach herrsche in deren Mitte die Absicht vor, von militärisch notwendigen Grenzregulierungen abgesehen, den Boden des „demokratischen Friedens“ zu betreten und damit auch über das künftige staatliche Schicksal der besetzten Gebiete durch Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Das sollte insbesondere auch für Polen gelten, da wir nach Ansicht von Mehrheitspolitikern keine politische Machterweiterung im Osten anstrebten, es uns dort vielmehr ausschließlich auf gut wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen mit dem neuen Rußland ankäme.

Wie die nationalliberale Parteileitung uns hierzu mitteilt, werden diese Anschauungen von ihr nicht geteilt, und soweit etwa Beschlüsse dieses Inhalts in Bezug auf die Kriegsziele im Osten vorliegen sollten, stünde sie ihnen durchaus fern. Wir freuen uns über diese Erklärung, die bei der bisherigen Haltung der nationalliberalen Partei in den Fragen der auswärtigen Politik zu erwarten war. Denn es ist bekannt, daß die nationalliberale Partei in dieser Beziehung mit den übrigen Mehrheitsparteien nicht ganz konform geht, während sie mit ihnen in den vier als vorläufiges Programm vereinbarten Punkten der inneren Politik auf der gleichen Linie marschiert.

Die Reichstagsmehrheit wird indessen auch schon durch Zentrum, Sozialdemokratie und fortschrittliche Volkspartei repräsentiert, und es bleibt einstweilen eine offene Frage, wie weit diese Parteien mit den gestern von uns geschilderten Anschauungen übereinstimmen oder nicht. Der „Vorwärts“ läßt heute schon keinen Zweifel darüber, daß er den kleinen Vorbehalt der „militärisch notwendigen Grenzregulierungen“ für durchaus nebensächlich hält. Aus dem Lager des Zentrums und des Fortschritts liegen noch keine Äußerungen vor. Wir für unseren Teil haben selbstverständlich nicht beabsichtigt durch die öffentliche Kennzeichnung der Stimmungen in den Mehrheitsparteien uns diese zu eigen zu machen. Wir würden es im Gegenteil mit Genugtuung begrüßen, wenn der nationalliberale Protest gegen einen sogenannten demokratischen Frieden an der Ostfront bei den Nachbarn zur Rechten oder zur Linken Nachahmung fände. Denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir unser Recht im Osten viel zu teuer erkaufte haben, um es jetzt um billiger revolutionärer Phrasen willen – nicht einmal gegen ein Linsengericht – preiszugeben.

Deutsche Zeitung – Nr. 638 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - S.1

Es wird immer heiterer!

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ liest man das Nötige. Also: Herr v. Kühlmann empfindet das Bedürfnis nach Rückendeckung durch die Herren Erzberger und Scheidemann, und die Herren Erzberger und Scheidemann ihrerseits wünschen, daß ihr amtlicher Vertrauensmann noch einmal alle nationalen Seitensprünge feierlich abschwört, ehe er sich zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk begibt. Zu

diesem Zwecke werden die Vertreter der Mehrheitsparteien zunächst zu einer der famosen interfraktionellen Besprechungen zusammentreten, bei denen hinter geschlossenen Türen und damit hinter dem Rücken des deutschen Volkes nach echtem Demokratenbrauche über unsere Zukunft beraten und bei der Eigenart der Epigonen Bismarcks auch gleich entschieden wird. Dort will man sich gegenseitig noch einmal den Rütlied zum Unheil Deutschlands schwören lassen. In der parlamentarischen Zusammenkunft beim Kanzler soll dann Herr v. Kühlmann hinterdrein seine Verhaltensmaßregeln endgültig entgegennehmen.

Man höre und – lache, wenn man es noch nicht verlernt hat, über das Wesentliche dessen, was dem deutschen Volke, nachdem der Boden Polens, Litauens, Kurlands, Wolhyniens, Rumäniens das Blut seiner Besten in Strömen getrunken, als Siegespreis zugebracht ist. Es soll einen „demokratischen Frieden“, wie der bekannte Hungerfrieden bei dieser Gelegenheit genannt wird, über sich ergehen lassen. Gemeint ist ein Frieden nach den Händlertrieben der Großfinanz und nach den Machtgelüsten der Sozialdemokratie, die bei dieser Gelegenheit ihren Fuß auf der Brust des Hohenzollerntums und des Deutschen Reiches, wie unsere Väter es geschaffen und uns vererbt haben, zu setzen hofft. Wir verzichten auf jede politische Machterweiterung im Osten – wie dies, das versteht sich und bedarf keines Wortes weiter, für den Westen seitens derselben Machthaber längst beschlossen ist.

Eine „Volksabstimmung“ soll über die Zukunft der von uns besetzten Gebiete entscheiden – nicht etwa deren rechtmäßige Vertretung also, was auch schon hinlänglich unannehmbar wäre! So sollen denn wir in der Tat das erhebende Schauspiel erleben, Panjes, polnische Juden und andere Analphabeten in ihren verschiedenen Schattierungen, deren Blick nicht weiter reicht als günstigen Falls bis Kalisch, mit Hilfe des Stimmzettels letzter Hand entscheiden zu sehen, wofür das Deutsche Reich und seine Verbündeten Rußland zu Boden geworfen haben.

Die „militärisch notwendigen Grenzregulierungen“ werden in der Auslassung des „Lokal-Anzeigers“ nur schämig und nebenbei erwähnt. Von dem Siedlungsland, das wir so nötig haben wie das liebe Brot, wird ganz geschwiegen. Mit umso selbstgefälligerer Behaglichkeit wird auf „unsere künftigen guten wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu dem neuen Rußland“ hingewiesen – so ziemlich die törischste Bemerkung, die in diesem Zusammenhange und in diesem Augenblick ungefähr gemacht werden konnte! Denn dem Durchschnittsrussen, auch im „neuen Rußland“, ist der etwaige Verlust stammfremder Gebiete an der Grenze verdammt gleichgültig; was er fürchtet, ist einzig und allein wirtschaftliche Knechtung. Das nebenbei!

Selbst wenn Polen bei Rußland zu verbleiben wünsche, macht das nach Auffassung der Mehrheit nichts weiter, wird dann ausgeführt. Es sei immerhin besser, als wenn in einem mit Oesterreich-Ungarn verbündeten oder gar ganz selbständigen Staat uns ein neuer slawischer Gegner erstehe. In diesem Satz liegt der Schlüssel zu dem Ganzen, wie es sich nämlich von der Wilhelmstraße her betrachtet darstellt. Unser Vertreter in Brest-Litowsk ist **Herr v. Kühlmann, der Mann des Friedensangebots vom September 1917**, ein geborener Staatsmann, wie seine Freunde versichern.

Für Oesterreich-Ungarn aber verhandelt Graf Czernin, der es nicht nötig hat, ein solches Zeugnis sich von seinen Freunden ausstellen zu lassen. Und er denkt anscheinend nicht daran, für Oesterreich-Ungarn eine in ähnlicher Weise von allen guten Geistern verlassene Politik zu treiben, wie sie der Wilhelmstraße und der Julimehrheit des deutschen Reichstags vorschwebt. Wir können auf diese Seite der Sache gegenwärtig aus bekannten Gründen nicht weiter eingehen. Von „Friedenserörterungen im Hauptausschusse des Reichstages“ soll Abstand genommen werden, weil sich die Mehrheit der verschlossenen Türen „nichts von ihnen verspricht“. Das glauben wir gerne! Ueber die Verhandlungen im Hauptausschusse wird schließlich doch irgendwie berichtet; über die des interfraktionellen Kränzchens dagegen nicht. **A.Z.**

Königsberger Hartungsche Zeitung – Nr. 592 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - S.4

Kriegsküchenzettel des Nationalen Frauendienstes. – Bürgerliche Küche.

- Sonntag: Kartoffelsuppe, Kohlrollen.
- Montag: Karotten und Kartoffeln, mit Knochen, dick gekocht.
- 1. Feiertag: Obstsuppe. Ferkelbraten, Rotkohl.
- 2. Feiertag: Schwarzwurzelsuppe. Gebräuntes Ragout von Ferkelfleisch mit sauren Gurken.
- Donnerstag: Suppe von Erbsenmehl. Kartoffelklöße mit Tunke von Marmelade.
- Freitag: Gebratene Fischklopse (Klippfisch) mit Sauerkohl.
- Sonnabend: Pastinakgemüse mit Pommersche Wurst.

Ein neues Babel.

Mit 140 gegen 132 Stimmen also haben die Südslawen, Ukrainer und Tschechen im österreichischen Abgeordnetenhaus beschlossen, sich dringlich darüber zu unterhalten, ob nicht Ehren-Stanek und Kramarsch, die zum Unsegen Oesterreichs begnadigten tschechischen Hochverräter, einen vollen Anspruch darauf haben sollen, die Friedensverhandlungen mit Rußland nach ihren Wünschen und Bedürfnissen mitzuführen. **Nachdem es dem Tschechen Herrn Kramarsch nicht gelungen ist, durch Massenverrat, organisierte Fahnenflucht und Ueberlauferei ganzer Regimente unsere Sache im Krieg an Rußland auszuliefern, glauben er und seine mit ihm dem Galgen vorenthaltenen Freunde die Stunde reif für den Versuch, uns auf dem Wege der Friedensverhandlungen noch an den geschlagenen Feind zu verraten und zu verkaufen.**

Bei uns hat selbst der „Vorwärts“ eingesehen, daß Friedensverhandlungen nicht wohl von einem 397 köpfigen Parlament geführt werden können. Die interessanten slawischen Völkerschaften Oesterreichs verlangen aber sogar einen Friedensschluß „von Volk zu Volk“, das heißt nicht etwa einen vom österreichisch-ungarischen, slowakischen, polnischen, madjarischen, vielleicht sogar auch – man müßte dann doch den Schein wahren – vom deutsch-österreichischen Volk zum russischen; oder vielmehr abermals zum polnischen, deutsch-russischen, lettischen, ukrainischen, großrussischen Volke; und von und zu den all den übrigen Nationalitäten und Bevölkerungssplittern, die diesseits und jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle beliebt wollen, sich als „Völker“ zu konstituieren. Worunter sich zweifellos auch ein gutes Dutzend von „Völkern“ befindet, die ihr Selbstbestimmungsrecht aus den natürlichen Gründen von der Welt durch eine Handvoll auserwählter Analphabeten ausüben und ihre Friedensverträge von „Kreuzelschreibern“ unterschreiben lassen müßten.

Wo soviel dummdreiste und dummpfiffige Unverschämtheit ihren Hexensabbat feiert, steht natürlich auch ein deutscher Tor an der Wand, sieht bewundernd zu und stimmt schüchtern-freudig mit ein in den Chorus, der da verlangt, daß ihm, dem reinen Toren, die Haut über die Ohren gezogen werde. So hören wir zwischen den Stanek, Petruszewicz und Korosec auch Herrn Doktor Adler sein Glücksrezept für das kranke Europa verordnen: Eine Dosis Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und Inanspruchnahme der Vermittlung der russischen Regierung für die Uebermittlung eines neuen Friedensangebotes an unsere Feinde. Man kann dem nicht mehr böse sein; **es ist ein so kindliches Einrennen offener Türen, dieses Bedürfnis, den Engländern und Franzosen immer wieder zu beteuern, daß wir den Frieden lieber heute als morgen haben möchten,** daß man nicht mehr damit rechnen mag, wo es einem auf eine so naive Weise begegnet. Hat nicht diese russische Regierung den kindlichen Wunsch Herrn Adlers nicht schon erfüllt, noch ehe er ihn versprach? Und wäre er nicht höchst überflüssig, selbst wenn er schon erfüllt wäre? Und diese neue Danksagung Herrn Adlers an die russischen Revolutionäre dafür, daß sie angeblich den Weg zum Frieden bahnten.

Immer wieder muß man dagegen die schlichte Tatsache feststellen, **daß die russischen Revolutionäre nur einen Weg gingen und gehen, den die deutschen Waffen ihnen gebahnt haben.** Und auch das Lob Herrn Adlers für den Grafen Czernin müssen wir dahin einschränken, daß nicht er, sondern unsere Bajonette „das Eingehen in die Verhandlungen“ ermöglicht haben. Diese Feststellung und diese Einschränkung sind wir immer wieder der Ehre unserer Kämpfer, dem Andenken unserer Toten und den Wunden unserer Verletzten schuldig, ob die falsche und auch innerlich unaufrichtige, tief unwürdige Lesart von unserer Dankspflicht an die Bolschewiki, diese selbstentmannende Umwertung der Werte nun von Scheidemann, von Ledebour oder von Adler vorgetragen wird.

Die schamlosen Ansprüche der Tschechen und ihrer südslawischen Sekundanten, uns im Friedensschluß sozusagen von Amts wegen verraten zu dürfen, nachdem die Folgen ihres Verrates im Krieg durch deutsches Schwert ausgeglichen worden sind, darf man wohl einfach niedriger hängen. Selbst die Diplomatie und Regierung des „multinationalen“ Oesterreich-Ungarn wird keine Möglichkeit sehen und keine Geneigtheit fühlen, darauf einzugehen. Wenn Worte noch einen Sinn haben, so bürgen dafür die Worte, die Graf Czernin vor der ungarischen Delegation über das „Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und die unbegrenzten Möglichkeiten für die Deutung dieses Schlagwortes gesprochen hat. Graf Czernin wird danach wenig Lust haben, sich sein ohnehin nicht ganz einfaches Geschäft in Brest-Litowsk durch serbo-kroatisch-finnische und slowenisch-lettische Verhandlungen „von Volk zu Volk“ noch etwas weiter zu verwickeln. Wo sind der Rechenkünstler und der Völkerkundige, die miteinander ausrechnen könnten, von wievielen Völkern zu wievielen Völkern da zu verhandeln wäre, und wieviel Vereinbarungen da im ganzen stattzufinden hätten, ehe man zu einem Friedensschluß kommen könnte. Das alte Babel wäre eine Einheitsschule gegenüber dem neuen von Brest-Litowsk.

F.H.

Die Intrigen der Entente gegen Stockholm.

Stockholm, 18. Dezember. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Maschen eines Intrigennetzes der ententistischen Geheimdiplomatie gegen die Stockholmer Konferenz treten immer deutlicher hervor. Der neulich publizierten Depesche Gulkewitsch über die angeblich von Branting bezeugte Bereitschaft des holländisch - skandinavischen Komitees zur Verschiebung der Konferenz reiht sich nachstehendes Geheimdokument das unserm Stockholmer Berichterstatter von dem Stockholmer Korrespondenten des Budapester „Vilag“ übermittelt wurde, würdig an . Die Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten in London .

1. /14 . August 1017. Nr. 653. — Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 617. Ausschließlich zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme! Die soeben in den Abendblättern publizierten Mitteilungen können meines Erachtens die in meinem heutigen Telegramm geäußerten Erwägungen nur bestärken. Es wird einerseits mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung über Nachrichten verfügt, welche Sie überzeugen, daß **die Stockholmer Konferenz von Deutschland ausgedacht und propagiert wurde, um bei den Arbeitern und den sozialistischen Parteien zur Unterstützung eines deutschen Friedens Bedingungen zu gewinnen.** Die Erwägung dieser Tatsache muß unserer Regierung es nicht nur möglich, sondern zur Pflicht machen, endgültig und ganz kategorisch gegen das Stockholmer Einvernehmen und gegen die von verschiedenen von ganz Rußland nicht bevollmächtigten und für ihre Politik unverantwortlichen Personen unternommenen Versuche, diese Konferenz zu verteidigen, Stellung zu nehmen. Andererseits macht das Auftreten des Vatikans es nicht nur zeitgemäß, sondern dringlich, daß wir mit unseren Verbündeten über die Feststellung von für alle Verbündeten annehmbaren Friedensbedingungen einig werden. Angesichts der immensen Bedeutung des Augenblicks bitte ich, meine fortwährenden Vorstellungen mir nicht zu verdenken, und ich werde für erschöpfende Beantwortung dieser Fragen sehr verbunden sein. Ich erachte es sehr wesentlich, daß den im Ausland befindlichen von den Sowjets bevollmächtigten vier Delegierten zu verstehen gegeben wird, daß unter den gegebenen Verhältnissen jede weitere Agitation zugunsten Stockholms die Interessen Rußlands nur schädigt. Ich denke, daß ein von Kerenski in diesem Sinn verfaßtes Telegramm die gleiche Wirkung haben wird. Der englische Botschafter wird zweifellos mit Ihnen die Vorschläge des Vatikans besprechen, und es wäre mir besonders wertvoll, über Ihren Standpunkt unterrichtet zu werden. **gez. Rabokow**

Die Ueberfuhr. – Zu den Verhandlungen in Brest Litowsk.

Wien, 19. Dezember. Unser Minister des Aeußern Graf Czernin hat sich nach Brest-Litowsk begeben, um in dieser Stadt, die einst das Ausfallstor des zaristischen Rußland gegen die Monarchie gewesen ist, seine Friedenspolitik, die sich ja soeben so glänzend bewährt hat, fortzusetzen. Mit Spannung und mit freudigen Wünschen begleiten alle Völker der Monarchie, begleiten auch alle Freunde der Monarchie diese Reise. Gleichzeitig begeben sich unter Führung des Delegierten des Ministeriums des Aeußern Generalkonsul v. Hempel Vertreter der in Betracht kommenden Ministerien und Behörden nach Petersburg, um die Regelung des Austausches der Zivilgefangenen und der invaliden Kriegsgefangenen in die Hand zu nehmen und Abmachungen zur Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zu treffen. Es ist dies ein gewaltiger Schritt vorwärts auf dem Wege zum Abbau des Krieges und zur Wiederherstellung von normalen Beziehungen, die an den freien Handel und Verkehr gebunden sind.

Die große Frage, die uns heute alle erfüllt, läßt sich in die knappe Formel fassen: Kommt der Friede mit Rußland zustande oder steht der Abschluß eines allgemeinen Friedens bevor? Ob es möglich ist, mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, wird sich ja in der allernächsten Zeit herausstellen. Eines kann jedenfalls jetzt schon festgestellt werden, daß auf beiden Seiten die Besprechungen mit dem besten Willen und im Geiste des Entgegenkommens geführt werden dürften. Die Bestimmungen des Waffenstillstandes allein sind schon ein hinreichend beredtes Zeugnis für die Intentionen aller in Betracht kommenden Parteien. Auch die Reise des Generalkonsuls v. Hempel ist ein bedeutsames Anzeichen für den herrschenden Willen, aus dem Waffenstillstand möglichst bald wieder in den normalen Friedenszustand überzuleiten. Daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, darf man sich gewiß nicht verhehlen, daß wir aber mit guten Möglichkeiten eines Gelingens des Friedenswerkes zu rechnen haben, ist nicht minder klar.

Wie steht es aber mit dem allgemeinen Frieden? Man weiß, daß die russischen Machthaber ihre Bundesgenossen wiederholt aufgefordert haben, an ihren Bemühungen zur Herstellung des Friedens

teilzunehmen. Sie haben keinen Zweifel über die Ehrlichkeit ihrer Absichten übriggelassen, sie haben durch alle ihre Schritte bewiesen, daß ihr aufrichtiges Streben dahin geht, die ganze Welt möge von der Last dieses furchtbaren Krieges befreit werden. **Und was den Vierbund selbst anlangt, so hat er ja immer wieder gesagt, daß er in jedem Augenblick bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Nicht einmal ist dies gesagt worden, sondern bei wiederholten und immer aufs neue wiederholten Anlässen. Die Entscheidung liegt also unter diesen Umständen einzig in den Händen der Entente,** das heißt der Gruppe, die von dem einst so drohenden Verbande noch übrig geblieben ist. Wollen diese Mächte an den Besprechungen zur Herbeiführung des Friedens teilnehmen, so können sie dies in jedem Augenblick tun. Es ist aus den Erklärungen sowohl des Grafen Hertling wie unseres Ministers des Auswärtigen und auch aus den Worten Herrn v. Kühlmanns ganz klar hervorgegangen, daß die Zentralmächte den Standpunkt „ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen“ festhalten. Die Ententemächte haben noch immer die freie Wahl, sie können jetzt noch einen Frieden auf dieser Basis schließen, und noch ist die Ueberfuhr nicht versäumt. Ob ihnen dies auch in einem späteren Zeitpunkt möglich sein wird, muß dahin gestellt werden, denn für alle Zeit können wir uns nicht binden.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10404 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - §.9

Besorgnisse wegen der Affäre Caillaux.

Genf, 17. Dezember. Nach einer Meldung aus Paris herrscht in dortigen politischen Kreisen ziemliche Unruhe über die Entwicklung der Affäre Caillaux. Der frühere sozialistische Minister Sembat erklärt, es sei anzunehmen, daß Caillaux bei seiner Verteidigung die Notwendigkeit eines Friedensschlusses für Frankreich darlegen und damit eine Erörterung in Frankreich hervorrufen werde, deren Folgen man noch nicht absehen könne. Clemenceau, dessen Vorgehen gegen Caillaux allgemein als persönlicher Racheakt bezeichnet wird, droht eine Krise. Es fehlt nicht an Stimmen, die den Sturz des Kabinetts Clemenceau wegen der Affäre Caillaux voraussagen.

Genf, 18. Dezember. Zur Anklage gegen Caillaux verlautet aus radikalen Kammerkreisen, daß dieselbe vor allem unter englischem Einflusse erfolgt sei. Caillaux war niemals in England persona grata, und man erinnert in Paris an die Pressehetze im Frühjahr 1914 [?] als er während des Besuches des englischen Königspaares in Paris Finanzminister war. Damals verlangte die gesamte rechtsstehende Presse die Entfernung Caillaux', da er infolge seiner bekannten englandfeindlichen Gesinnung nicht die Regierung beim englischen Königsbesuche vertreten könne. Erst unter dem völlig England untergebenen Ministerium Clemenceau konnte England erwirken, daß gegen Caillaux strafrechtlich vorgegangen werde, während frühere Regierungen zahlreiche diesbezügliche englische Winke schroff zurückgewiesen hatten.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10404 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - §.11

Der englische Imperialismus und die Verzichtfriedensfreunde.

Die englischen Gewerkschaften haben die englische Regierung neuerdings aufgefordert, ihre Kriegsziele bekannt zu geben. Nach der Veröffentlichung der Geheimverträge der Entente mußte diese Neugier etwas seltsam erscheinen, wenn es sich nicht um englisches Publikum handeln würde, das erheblich anders denkt als die übrige Menschheit. Was einem anderen Volke als Verbrechen angerechnet wird, gilt Engländern, wenn es von einer englischen Regierung begangen wird, als politische Fügung, wenn was England oder der herrschenden Klasse nützt, ist für den Engländer recht, vortrefflich und ruhmvoll. So hat diese englische Auffassung die blutigsten Greuel zu Heldentaten und die schamloseste Ausbeutung ganzer Völker zu Kulturwerken umgestempelt. Die englische Regierung kann darum immer noch darauf rechnen, daß die große Lüge, mit der sie in den Krieg gezogen ist, in England selbst wenigstens gangbare Münze – darauf sind ja auch die jüngsten Erklärungen Balfours zugeschnitten – bleibt, die große Lüge, daß England für die Freiheit der Völker kämpft. Sie hat, so behauptet sie auch heute noch, kein anderes Kriegsziel, denn die Vernichtung des deutschen Militarismus, ist doch – so folgert sie weiter – ein Erfordernis menschlicher Freiheit. Mit dem Hinweise darauf, haben Asquith und Lloyd George seit dem August 1914 jede Frage über die englischen Kriegsziele zurückgewiesen.

Bis zu einem gewissen Grade haben sie damit recht; sie wollen den deutschen Militarismus, unter dem sie die Deutschland eigentümliche Verfassung meinen, aber nicht um der menschlichen Freiheit willen, sondern im englischen Interesse. „Es ist – so führte Dr. Inge in einer Versammlung in London aus – eine weit verbreitete Ansicht, daß England die Deutschen überreden oder zwingen könne, eine weniger unmögliche Verfassung anzunehmen, von der die Engländer hofften, daß sie Deutschen weniger aggressiv und, wie man sich zuflüsterte,

sicherlich weniger tüchtig machen werde!“ **Dr. Inge hat damit nur die englischen Kriegsziele richtig gekennzeichnet: die innere dauernde Schwächung des deutschen Volkes. Das ist der Sinn der demokratischen Freiheit, mit der England und seine bezahlten und unbezahlten Agenten Deutschland beglücken wollen**, allein England hat auch noch andere Kriegsziele, bei deren Erreichung englische Arbeiterführer der Regierung die Mauer machen. –

Der Arbeiterminister Henderson hat am 12. d. M. in London eine Rede gehalten, in der er sich mit Asquith einverstanden erklärte und die alliierten Regierungen aufforderte, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß ihre Kriegsziele lediglich moralischer und nicht materieller Natur seien, und daß sie für ein großes Prinzip und nicht um Mesopotamien oder andere Gebietserweiterungen kämpfen. –

Es bezeichnet vielleicht den Gipfel der Verlogenheit und Heuchelei, daß ein englischer Minister derartiges zu sagen wagt. England hat den Krieg gegen die Türkei damit begonnen, daß es Ägypten annektierte, und Oberst Carter erklärte soeben hinsichtlich Mesopotamiens, „daß das britische Heer dem britischen Reiche eine der größten Reiche Asiens hinzugefügt“ habe. –

Deutschland hat seit dem Herbst 1914 nahezu ganz Belgien besetzt, es hat es aber nicht annektiert, England hat Ägypten annektiert und will Mesopotamien annektieren. Seit Jahr und Tag wird von England Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die deutsche Regierung zu zwingen, die bedingungslose Herausgabe Belgiens zuzusichern, und England erfreut sich dabei der verständnislosen Mitwirkung der Sozialdemokraten und Freisinnigen im Deutschen Reiche und in Österreich. Die selbstverständliche Weigerung der deutschen Regierung, eine solche bindende Erklärung abzugeben, wird geradezu als das einzige noch bestehende Friedenshindernis bezeichnet, von England aber eine ähnliche Erklärung hinsichtlich Ägyptens, Mesopotamiens und der deutschen Kolonien zu fordern, fällt niemand von allen denen ein, die Deutschland imperialistischer Kriegsziele bezichtigen.

Daß England seinen Riesenbesitz noch vergrößern und Frankreich durch den Krieg Elsaß-Lothringen, ja das ganze linke Rheinufer und Belgien gewinnen wollte, scheint diesen wunderbaren Politikern als etwas Selbstverständliches zu dünken. Welch Zetergeschrei aber in ihren Blättern, wenn in Deutschland sich Stimmen erheben, die das französische Kohlenbecken von Longwy fordern und betonen, daß Belgien nicht mehr zur englischen Angriffsbasis gegen das Festland gemacht werden dürfe. Sie fordern nur von der deutschen Regierung, nicht aber von der englischen und von der französischen Regierung Verzichtserklärungen, und sind dann tödlich beleidigt, wenn ihnen vorgeworfen wird, daß sie für einen Verzichtfrieden Stimmung machen und den Mittelmächten auf diese Weise meuchlerisch in den Rücken fallen. Ihre Behauptung, daß sie keinen Verzicht-, sondern einen Verständigungsfrieden wollen, ist ein Schwindel, denn nie kann von einem Verständigungsfrieden die Rede sein, wenn die Mittelmächte, bevor sich ihre Vertreter noch zum Verhandlungstisch setzen, auf alles, was sie erobert haben, verzichten sollen, während England ein solcher Verzicht nicht einmal zugemutet wird! –

Dieselben Verzichtsfriedensleute haben uns ja auch haarscharf bewiesen, daß es unmöglich sei, auf einen Sonderfrieden mit Rußland loszusteuern, da nur ein allgemeiner Friede möglich sei. Die Entwicklung der Dinge hat ihnen Unrecht gegeben. Gerade die Verhandlungen mit Rußland rücken das Ende des Krieges näher und wenn das auch denen nicht recht ist, die auf weitere Preissteigerungen hofften und nun ihre Waren bereits zu herabgesetzten Preisen losschlagen müssen, so sind diese Wucherinteressen doch keine Menschheitsinteressen, mit denen die seinerzeitige Parole vom allgemeinen Frieden begründet worden ist. –

Die Dinge im Osten zeigen, daß der Friede kommt, wenn er reif ist; das ewige Gerede darüber bringt ihn um keinen Tag näher; man halte sich deshalb an Hindenburgs und Ludendorffs Mahnung: weniger vom Frieden reden und mehr für den Frieden tun, das heißt, alle Kräfte zusammenzufassen, um auch gegen den Westen den entscheidenden Schlag zu führen und Englands Verbündeten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß jeder Tag, um den sie das Kriegsende verzögern, die Rechnung vergrößert, die die Mittelmächte am Schlusse machen werden und machen müssen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10404 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - Mittag - S.10

Gegen das amerikanische Deutschtum.

Bern, 17. Dezember. Für den lächerlichen Kampf, der in den verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten gegen den Unterricht der deutschen Sprache unternommen wurde, sind folgende Vorfälle in Cincinnati charakteristisch. Dort sind Zensurbehörden eingerichtet worden, um die deutschen Schulbücher auf ihre Gefährlichkeit zu untersuchen. Dieser Zensurbehörde sind sechs Bücher vollständig zum Opfer gefallen, während aus anderen bloß eine Anzahl von Stellen entfernt werden mußte. Die verbotenen Bücher lauten: „Im

Vaterland“, „Vorwärts“, „Vom großen König“, „Kreuz und quer“, „Vergangene Zeiten“, „Deutsche Heimat“. Die Bücher, aus denen eine größere Anzahl unamerikanischer Stellen entfernt werden mußten, tragen folgende gefährlichen Titel: „Hier und dort“, „Geschichten vom Rhein“, „Glückauf“, „Neu und alt“, „Drittes Lesebuch“ und „Geschichten und Märchen“. Es mußte ein eigenes Büro mit einer großen Anzahl junger Mädchen eingerichtet werden, um die zensierten Stellen in den betreffenden Büchern mit Papier zu überkleben, um der gefürchteten „Vergiftung der kindlichen Gemüter“ vorzubeugen. Natürlich ist der deutsche Unterricht in Cincinnati ebenso wie in anderen Orten erheblich zurückgegangen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10404 – Mittwoch, den 19. Dezember 1917 - S.11

Warschauer Juden gegen die Engländer.

Warschau, 18. Dezember. Die „Warschauer Zeitung“ schreibt: Das „Jüdische Wort“ richtet einen Aufruf an die englischen Juden, ihren Einfluß auf die englische Regierung dahin geltend zu machen, daß nach der Einnahme Jerusalems die Engländer sich jeder Schändung des jüdischen Nationalheiligtums enthalten mögen. Die türkische Regierung war so großmütig, die heilige Stadt kampflos aufzugeben, um sie nicht der Beschießung auszusetzen. Jetzt müssen wir kategorisch von den Engländern fordern, daß auch ihrerseits die Stadt geschont werde. Die Engländer treiben nämlich, wie das Beispiel Indiens und Ägyptens beweist, in den Ländern, die sie militärisch verwalten, einfach eine Räuberpolitik, indem ihre Sammler und Gelehrten sofort Ausgrabungen veranstalten und die historischen Heiligtümer des Landes in die britischen Museen überführen. Bisher hat sich die türkische Regierung mit Erfolg den Ausgrabungsversuchen der Engländer in Palästina widersetzt, soweit sie irgend konnte. Jetzt aber, wo die Engländer vorübergehend Herren der heiligen Stadt wurden, ist zu befürchten, daß sie diese Lage ausnützen. Gegen diese Schändung des Heiligtums müssen die Juden der ganzen Welt auf das schärfste Einspruch erheben.

Die Westafrikaner der französischen Armee.

Der Geburtenrückgang in der französischen Bevölkerung hat in dem Jahrzehnt vor dem Weltkriege die ernstesten Bedenken der Militärkreise hervorgerufen. Sie wollten dem deutschen Nachbarn gegenüber in der Stärke der aktiven Armee ebenbürtig bleiben, trotzdem sich das Verhältnis der Bevölkerungszahlen wie 64 : 40 gestaltet hatte und in Frankreich bereits 1,35, in Deutschland aber nur 0.85 v.H. der Bevölkerung unter den Waffen standen. Im Jahre 1910 veröffentlichte ein französischer Patriot einen Mahnruf mit der Überschrift. „Wird Frankreich in fünfzig Jahren noch bestehen?“ und gab als Antwort: „Im Jahre 1860 existierten 35,36 Millionen Franzosen und 40,8 Millionen Deutsche, 1960 wird es geben 20 Millionen Franzosen und 100 Millionen Deutsche!“ Die Prophezeiung wird vielleicht zutreffen.

Im März 1911 fand die Sorge um den Bevölkerungsstillstand und das Zurückgehen der Geburten – die jährliche Zahl der letzteren war seit 1885 von 966 000 auf 774 000 gesunken – in der Deputiertenkammer einen besonders lebhaften Ausdruck, der in der bedrohlichen Verschlechterung der Heeresergänzung gipfelte. Man suchte eifrig nach einem Ausweg, die Rekrutenzahl zu erhöhen. Im Mutterlande war dies ausgeschlossen, der letzte taugliche Mann war bereits zur Einstellung gelangt. Man kam daher auf den von Kolonialen angeregten und in Tunis und Algerien in Ausführung begriffenen Gedanken zurück, aus dem kriegesischen, gut gewachsenen Menschenmaterial der afrikanischen Kolonien ein Hilfsheer für die Armee des Mutterlandes zu schaffen. Der Kriegsminister beschwichtigte die Sorge mit den Worten: „Frankreich habe ja noch seine ruhmreiche Fremdenlegion und seine schwarzen Truppen.“

Die Anwerbung der Schwarzen in Senegambien zum Militärdienst, um die aufrührerischen Stämme am oberen Senegal und am Niger der französischen Botmäßigkeit zu unterwerfen, war bereits seit mehreren Jahren mit Erfolg durchgeführt worden. Drei Bataillone Senegal-Schützen kämpften seit 1908 in Marokko im Verbands mit französischen Kolonialtruppen und hatten sich als gute Marschierer, gewandte und todesmutige Kämpfer von guter Disziplin und Treue gegen die Vorgesetzten erwiesen. 1910 wurde ein weiteres Bataillon Senegalesen nach Algerien verlegt, um die Akklimatisierung und Gewöhnung an die andersartige Ernährung zu erproben. Gelang der Versuch, so wollte man dort die schwarzen Truppen vermehren, um ihnen nach der geplanten Überführung der regulären französischen Truppen aus Nordafrika nach Frankreich im Kriegsfall die Sicherung der Kolonien gegen die im Aufstand geneigten arabisch-berberischen Stämme anvertrauen. Die Folge war, daß 1912 noch zwei weitere Senegal-Bataillone nach Algerien verlegt wurden und sich dort einbürgerten. Zu gleicher Zeit wurden die in Marokko kämpfenden Bataillone vermehrt, so daß zu Anfang 1913 schon sieben Bataillone Senegal-Schützen, eine Schwadron Spahis, Fahrer für sieben Batterien und zahlreiche Trainformationen, im ganzen rund 8.600 Senegalesen am Kampfe beteiligt waren.

1912 ging man dazu über, die bisherige freiwillige Anwerbung in eine planmäßige militärische Organisation umzuwandeln und die Dienstpflicht aller Eingeborenen in Westafrika einzuführen. Man überließ klugerweise den eingeborenen Vorständen der Gemeinden und Familien die Stellung der Dienstpflichtigen und sorgte nur für richtige Aufstellung und Führung der Bestandslisten. Die freiwillige Anwerbung wurde gegen ein größeres Handgeld als das der Ausgehobenen aufrechterhalten, die Gestellung eines Ersatzmannes und in Einzelfällen die Befreiung vom Dienst bereitwillig genehmigt, auch nur ein Rekrut aus 1000 Seelen verlangt. Die Dienstdauer der Ausgehobenen wurde auf vier Jahre, die der Angeworbenen auf fünf oder sechs Jahre festgestellt, und die Einbeziehung der Gediten bei einer Mobilmachung bis zur Längendauer von fünfzehn Jahren sowohl inner- als auch außerhalb der Kolonie vereinbart.

1913 stellte man zunächst in Westafrika die Ersatztruppenteile und die Kernformationen auf, die Ruhe und Frieden in der Kolonie erhalten sollten, und formierte dann für Marokko noch sechs neue Kampfataillone. Zu Anfang 1914 zählte die Senegaltruppe in Nordwestafrika bereits 14.500 Mann, während in Westafrika 13.000, in Zentralafrika 6.400 Senegalesen im Dienst waren. Im ersten Halbjahr 1914 wurde die Werbung und Aushebung sowie das Eindrillen der Rekruten in Erwartung des Krieges mit größtem Eifer fortgesetzt. Bei Ausbruch des Weltkrieges standen in Westafrika 14, in Marokko 12 Bataillone Senegal-Schützen in Kriegsstärke, 2 Spahis-Schwadronen und zahlreiche Einzelformationen für Artillerie, Pioniere und Train bereit. Die Zahl der Reserven war noch nicht groß, ihr Bestand aber in Listen zusammengestellt und die schleunige Einziehung in Fluß gebracht. Bei der großen Zahl der Dienstpflichtigen in dieser nahezu 12 Millionen Einwohner zählenden Kolonie konnte man auf eine sichere und zahlreiche Vermehrung der schwarzen Truppen mit Recht bauen. Die

französischen Militärs hofften das Expeditionskorps für Marokko sogleich auf 50.000, in nicht ferner Zukunft aber auf 100.000 Mann zu bringen, sie haben sich nicht getäuscht.

Die kriegsbereiten schwarzen Bataillone sind vom Beginn des Krieges ab an der „nationalen Verteidigung“, wie sich die französische Presse auszudrücken pflegte, wenn sie die Kriegstätigkeit der farbigen Truppen hervorhob, beteiligt gewesen. Sie haben an der französischen Westfront, an den Dardanellen, in Togo und Kamerun gekämpft. Im südlichen Teil von Kamerun sind allein 5.500 Schwarze als Soldaten und 5.000 als Träger beschäftigt gewesen. Die Bestände an schwarzen Truppen wurden im ersten Kriegsjahr durchweg verdoppelt, am Beginn des zweiten Kriegsjahres standen bereits 70.000 Senegal-Schützen unter den Waffen. Damit schien zunächst das Höchstmaß des gutwillig von der Bevölkerung gestellten Ersatzes erreicht zu sein. Denn als Ende 1915 eine weitere Rekrutierung von 50.000 Mann von den französischen Behörden gefordert wurde, entstand ein Aufstand, der fast das ganze obere Senegal- und das Nigergebiet umfaßte und erst nach sechsmonatigen Kämpfen niedergeschlagen werden konnte. Nach dem Abflauen des Aufstandes wurde das Ersatzgeschäft wieder aufgenommen und hatte den erwünschten Erfolg. Denn Ende 1916 standen 120.000 Senegal-Schützen auf französischem Boden. Sie sind auf besonders gefährvollen Kriegsschauplätzen tätig gewesen und wurden in den Armeebefehlen vom Oktober und November 1916 mehrfach rühmend hervorgehoben, besonders in den Kämpfen an der Somme und vor Verdun, wo sie bei der Wiedereroberung des Forts Douaumont und Vaux die Hauptblutarbeit geleistet hätten.

Die Befürchtung, daß sich infolge der schweren Verluste, die die Schwarzen in diesen Kämpfen erlitten, und beim Rücktransport der Verstümmelten in die Heimat neue Aufstände erheben würden, scheint sich nicht bestätigt zu haben. Man baute vor: die Familien der Hinterbliebenen wurden durch reichliche Pensionen schadlos gehalten, die Verstümmelten erhielten ansehnliche Entschädigungen, sie wurden in den Lazaretten und Heimstätten des Mutterlandes mit besonderer Sorgfalt und Güte behandelt, Feste zu ihren Ehren gegeben und in der Heimat der ganzen Bevölkerung durch den Gouverneur der Dank der Republik für die Tapferkeit der Landeskinder und die Loyalität der Bevölkerung wiederholt ausgesprochen.

Zu den jüngsten Kämpfen an der Aisne wurden die Senegal-Schützen von dem Winterlager in der Provence herangeholt. Sie hatten im Winter durch die kalte Witterung an Kampfwert eingebüßt, weil sie zahlreich an erfrorenen Füßen gelitten hatten. Ihre sonst gerühmte Stoßkraft kam nicht zur vollen Entfaltung, wenn sie auch schneidig angriffen. Zurzeit sind die westafrikanischen Truppen in größerer Zahl nach Italien übergeführt, aber anscheinend noch nicht an den dortigen Kämpfen beteiligt gewesen.

Ende Mai 1917 trat noch einmal die Aufstandsgefahr im Gebiet des oberen Senegal und des Niger wegen neuer Aushebungen hervor; die Kolonialverwaltung in Dakar traf indes ungesäumt Gegenmaßnahmen und scheint durch Entwaffnung der Neger die Gefahr abgewendet zu haben. Der Patriotismus und die Zuneigung der Schwarzen zu dem Mutterlande scheint danach doch nicht so fest und treu zu sein, wie die amtlichen französischen Stellen stets prahlend hervorheben.

Über die augenblickliche Bestandszahl der Westafrikaner in der Armee schweigt die französische Presse, der die obigen Zahlenangaben entnommen sind. Man wird nicht fehlgehen, für 1917 wieder eine Rekrutierung von 50.000 Mann in Rechnung zu stellen. Dann würde die schwarze Armee 170.000 Senegal-Schützen und wenigstens 10.000 Spahis, Artilleriesoldaten, Pioniere, Train und andere kleine Formationen, im ganzen also 180.000 Mann zählen, die als ein vorzügliches Soldatenmaterial einzuschätzen sind.

Bleibt Frankreich auch nach dem Friedensschluß im Vollbesitz seines nordwestafrikanischen Kolonialreiches, so würde es bei der starken Vermehrung der dortigen Bevölkerung in Zukunft in der Lage sein, Millionen farbiger Hilfsvölker nach Europa überzuführen und immer von neuem den Rachefeldzug planen und durchzuführen. Es würde ewig der Störenfried Europas bleiben. Ein starkes, in sich geschlossenes deutsches Kolonialreich in Afrika und das deutsche Protektorat über Marokko würden das nötige Gegengewicht schaffen, um die farbigen Hilfsvölker Frankreichs in Afrika zu fesseln und von den europäischen Kriegsschauplätzen fernzuhalten. Damit würden in der Tat „reale Garantien“ für den Frieden in Zukunft geschaffen werden.

Oberst P. Wolff.

Herrn Erzbergers englische Lorbeeren.

Unsere neuliche Mitteilung über die Note des Herrn Erzbergers in den „**Neuen Züricher Nachrichten**“ möchten wir heute noch etwas ergänzen:

Kurze Zeit, nachdem diese Notiz mit dem Zweistunden-Frieden in dem genannten Blatt erschienen war, ließ Herr Erzberger einer ihm nahestehenden Zeitung vertraulich mitteilen, mit jener Notiz habe es eine sehr einfache Bewandtnis: sie hätte nur einen Engländer, der damals in der Schweiz weilte und den er treffen wollte, darauf aufmerksam machen sollen, daß er, Herr Erzberger, da sei.

Das stimmt mit unserer schweizerischen Darstellung ganz gut überein; denn nach ihr hat Herr Erzberger ja in Zürich Aufenthalt genommen und dort auf den illustren englischen Besuch gewartet. Daß dafür nur, und erst nach Herrn Erzbergers Abreise, der Engländer erschien, der Herrn Erzberger für einen „sehr verrückten Mann“ taxierte, hatte Herr Erzberger freilich nicht erwartet.

Dieser glorreiche Verlauf des ersten Versuches des Herrn Erzberger, durch persönliche Unterredung mit englischen Stellen der Welt im Handumdrehen den Frieden wiederzugeben, hat offenbar die Wilhelmstraße nicht davon abgehalten, Herrn Erzberger auch weiterhin für den gegebenen Mann für dieses große Werk zu halten. Wie bayerische Blätter mitteilen, ist Herr Erzberger tatsächlich der Mittelmann, dessen die deutsche Regierung sich im September bedienen wollte, um mit den Engländern wegen des Friedens Fühlung zu nehmen.

Zu Herrn Erzbergers Tätigkeit.

Umstehend ist unter der Ueberschrift „Erzbergers Erklärung“ auf die sonderbaren, uns allerdings nicht unverständlichen Widersprüche zwischen den Erklärungen Herrn Erzbergers und denen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hingewiesen worden. Verständlich sind diese Widersprüche in erster Linie deshalb, weil weder die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch der Abgeordnete Erzberger sagen wollen, was wirklich gewesen ist, daß aber ihre Gründe für diese Abneigung der Wahrheit öffentlich die Ehre zu geben, verschiedener Natur sind.

Sehen wir heute von dieser Verschiedenheit ab, obgleich das Studium ihres Ursprungs und ihrer Entwicklung sicherlich nicht ohne Reiz wäre, so läßt sich u. E. an einer allgemeinen Kennzeichnung dieser fortgesetzten Tätigkeit des Abgeordneten Erzberger doch nicht mehr vorübergehen. Seine sowohl wie die halboffiziösen Ablehnungen, daß Erzberger bald mit französischen Geistlichen, bald mit Engländern verhandelt und mit, der Himmel weiß wem noch, zu verhandeln versucht habe, sind gewiß nachgerade ungefähr so häufig geworden, wie seine Unterredungen mit Persönlichkeiten der dem Deutschen Reiche feindlichen Staaten, aber glauben tut diese Ablehnungen kein Mensch, weder im Inlande, geschweige denn im Auslande, wo man natürlich unterrichtet ist.

Der Abgeordnete Erzberger hat bekanntlich seit dem vergangenen Frühsommer einen sehr beträchtlichen Teil seiner bedeutenden Arbeitskraft darauf verwandt, in Deutschland wie im Auslande die Auffassung zu erwecken, daß das Deutsche Reich am Rande seiner äußeren und inneren Kraft sei und möglichst schnell um jeden Preis Frieden schließen müsse. Aus diesem Gedanken und Bestreben ist die Hungerfriedensresolution hervorgegangen, und in diesem Sinne wirken sie und ihre Autoren heute noch weiter. Wie schädlich und nachteilig das ist, haben wir hier oft genug behandelt und brauchen heute nicht ausdrücklich darauf eingehen.

Eine andere Seite der Erzbergerschen Tätigkeit erscheint uns dagegen in nicht minderem Maße schädlich, außerdem unter einem, wie man denken sollte, gerade Herrn Erzberger nicht fernliegenden Gesichtspunkte befremdlich. **Der Abgeordnete Erzberger steht in enger ursächlicher Verbindung mit der Kundgebung des Papstes vom vergangenen Sommer** und hat mehrfach seiner sehr hohen Einschätzung dieses Schrittes des Hauptes der katholischen Kirche Ausdruck gegeben.

Um so merkwürdiger und auffallender ist es, daß der Abgeordnete Erzberger durch seine skizzierte Tätigkeit alles getan hat, um den Vatikan und im besonderen den Papst unseren Feinden gegenüber zu kompromittieren. Sollte Herr Erzberger das nicht glauben, so raten wir ihm zur Lektüre der englischen Presse, insbesondere der „Morning Post“ u.a.m. Wenn die englische Presse dem Oberhaupt der katholischen Kirche in sehr aggressiver Weise seit geraumer Zeit vorwirft, der Papst sei weit davon entfernt, unparteiisch zu sein, wie seine Stellung es pflichtmäßig verlange, sondern er identifiziere sich mit dem Interesse der Mittelmächte,

außerdem der heidnischen Türken und Araber, so ist daran zum größten Teile, wenn nicht ausschließlich, die jedes Taktes und dabei auch jeder Klugheit entbehrende – wie sollen wir sagen - „Reklame“ des Abgeordneten Erzberger ursächlich in Frage.

Vielleicht überzeugt Herr Erzberger sich an der Hand der in der englischen Presse veröffentlichten Rechtfertigung und Antwort des Kardinals Gaspari, in wie peinliche Lage er, der deutsche Zentrumsführer, den Vatikan gebracht hat, indem Kardinal Gaspari sich veranlaßt sieht, mit einer für die Mittelmächte nicht eben angenehmen Deutlichkeit von ihnen abzurücken.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat seinerzeit der Kundgebung des Papstes politisch nicht ohne Kritik und Bedenken gegenübergestanden, jedoch unumwunden ihrer Auffassung von den hohen Motiven des Oberhauptes der katholischen Kirche Ausdruck gegeben. Und eben in diesem Interesse können auch wir die Wirkung der Tätigkeit des Abgeordneten Erzberger nur als peinlich empfinden. Es erscheint näher betrachtet, politisch wie persönlich nahezu unbegreiflich, daß der Abgeordnete Erzberger im Bedürfnisse, sich selbst politisch in den Vordergrund zu stellen, als Sprungbrett sich des Vatikans und der Kundgebung des Papstes auf Kosten der sehr delikaten Situation des Papstes und der Beziehungen zwischen dem Vatikan und der deutschen Regierung bedient.

Gerade Unterredungen mit katholischen Geistlichen, aber auch mit anderen Angehörigen feindlicher Mächte waren, selbst wenn man sonst an solchen Dingen keinen Anstoß nehmen wollte, ungefähr das Unrichtigste, was getan werden konnte, und sind letzten Endes nicht anders erklärlich, als durch einen politischen Ichkultus, der alles andere rücksichtslos benutzt, sei es auch den Vatikan.

Es kommt schließlich noch hinzu, daß, wie gesagt, **die Erzbergersche Tätigkeit eine grundsätzlich und zielbewußt flaumachende ist** und es läge deshalb nahe genug – manche Anzeichen, auf die wir heute nicht eingehen wollen, lassen schon jetzt darauf schließen – wenn der Papst, überhaupt der Vatikan, angefangen hätten, an der Siegesmöglichkeit des Reiches und an seinem Willen zum Siege wachsende Zweifel zu hegen. Herr Erzberger dürfte in erster Linie, angesichts seiner großen einflußreichen Stellung dauernd als Informator des Vatikans, auch der hervorragendsten Vertreter der katholischen Kirche in Deutschland fungieren. Wir brauchen nicht auszumalen, welch ein trübes Bild die von Herrn Erzberger über die Lage und ihre Aussichten informierten Geistlichen erhalten müssen. Das kann normalerweise auf die Dauer kaum ohne Einfluß auch auf die Politik des Vatikans bleiben, denn wenn er durch Herrn Erzberger die Ueberzeugung gewonnen hat, daß das Deutsche Reich einem Frieden des Verzichts möglichst schnell entgegengeführt werden müsse, so kann auch der Vatikan nicht umhin, seine Politik entsprechend einzurichten und sich in ihr von den Mittelmächten und ihren Verbündeten zu entfernen, sich ihren Feinden zu nähern.

Anstatt Berichtigungen in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu setzen, wäre es unseres bescheidenen Erachtens zweckmäßiger, wenn die Reichsregierung – oder ist sie schon ganz Mehrheitsregierung? – endlich versuchte, diese schädlichen Wirkungen eines merkwürdigerweise so lange Zeit geduldeten Treibens zu paralysieren. Ihre Quelle zu beseitigen, ist die Regierung nicht in der Lage. Sonst würde sicher schon etwas geschehen sein, denn gerade den gegenwärtigen Reichskanzler müßte die Erzbergersche Tätigkeit mit ihren Wirkungen besonders berühren. Herr Erzberger weiß das natürlich und zeigt, indem er nicht locker läßt, wie stark er sich fühlt.

E.R.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 649 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.2

Erzbergers Unterredungen.

Im Anschluß an die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht die „Germania“ folgende Erklärung Erzbergers:

„Ich habe keinen Grund, zu verbergen, daß ich, schon seit langem, bei meinen Besuchen in der Schweiz, auch, wenn sich mir Gelegenheit dazu geboten hat, Unterredungen mit Angehörigen feindlicher Staaten gehabt habe. Dasselbe haben ja andere Persönlichkeiten aus Deutschland und den verbündeten Ländern getan. Es ist aber vollkommen falsch, daß irgendeine dieser Aussprachen oder eine Aussprache, die ich mit einer neutralen Persönlichkeit in der Schweiz geführt habe, mit dem jetzt bekannten deutsch-englischen Friedensfühler in irgendeinen Zusammenhang gebracht werden kann. Im Gegenteil, wer die Vorgänge tatsächlich kennt, kann gar nicht auf den phantasievollen Einfall kommen, daß ein Zusammenhang zwischen dem englischen Friedensfühler und den Besprechungen irgendeines „bekannten deutschen Politikers“ irgendwie besteht.“

Daß hierdurch die Sache auch nur in einer Kleinigkeit klarer wird, läßt sich schlechterdings nicht behaupten. Fest steht also, daß Herr Erzberger Unterredungen mit feindlichen Staatsangehörigen gesucht und

nach seiner Darstellung auch gefunden hat. Als wir am 24. November auf Grund eines Artikels der „Neuen Züricher Nachrichten“ auf die Unterredungen Erzbergers hinwiesen, hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ zwar nur einen Teil unserer Ausführungen bestritten, trotzdem aber den Eindruck zu erwecken versucht, als hätten derartige Unterredungen überhaupt nicht stattgefunden, und ihre dahingehenden Darlegungen mit dem Satz, der den Auftakt für ihre Gefolgschaft gab, geschlossen: „Die Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind also frei erfunden.“

Der Scherz bei der Sache ist nun, daß hier nur die Fühlungnahme wegen des „englischen Friedensfühlers“ von Erzberger bestritten wird, während die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Zusammenkunft Erzbergers mit französischen Bischöfen in Abrede gestellt hatte. Kurz nach der eigenartigen Bekanntgabe des amtlichen Blattes befaßte sich die „Süddeutsche Zeitung“ noch mit den Unterredungen Erzbergers und der Stellungnahme der „Nordd. Allg. Ztg.“ und schrieb in diesem Zusammenhang:

„Ueber die Unterredungen und Friedensbedingungen, wie sie Herr Erzberger in vertrautem Kreise bekannt- und preisgab, sind uns von Vertrauensleuten des Zentrums, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln wir nicht einmal der „Nordd. Allg. Ztg.“ gestatten können, folgende Mitteilung gemacht worden:

„In der Ulmer Vertrauensmännerversammlung hat er (Erzberger) zugegeben, daß er in Zürich die erwünschte Gelegenheit zu einer Aussprache mit einem englischen Agenten gefunden habe. (Diese wird in der „Neuen Züricher Nachrichten“ ausdrücklich bestätigt.) In einer anderen Stadt Oberschwabens – der Name kann jederzeit genannt werden – hat sich Erzberger damit gerühmt, daß er mit vier französischen Bischöfen sich habe besprechen können, er sei also der erste Deutsche gewesen, der mit Angehörigen eines uns feindlichen Staates habe reden können. Auch dies Unterredung hat auf Schweizer Boden stattgefunden.“

Es ist uns seither nicht bekannt geworden, daß das offiziöse Blatt zu diesen Mitteilungen in klarer Weise Stellung genommen hat. Daß der Öffentlichkeit mit dem Ausdruck „Frei erfunden“ nicht gedient ist, dürfte doch der „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Genüge klar geworden sein, daß das offiziöse Blatt aber über Äußerungen des Abgeordneten Erzberger in Ulm unterrichtet gewesen ist, zu bezweifeln, haben wir nicht die geringste Ursache, im Gegenteil sind gewisse Anzeichen für die Kenntnis dieser Rede an den offiziösen Stellen vorhanden. Die **„Berliner Neuesten Nachrichten“** haben vor kurzem in diesem Zusammenhang, und gestützt auf folgende Mitteilung aus Zentrumskreisen:

„..... Das hält aber Herrn Erzberger nicht ab, nun auf eigene Faust Politik zu treiben, und er nimmt es sich sogar heraus, direkt mit Angehörigen von uns feindlich gesinnten Staaten, die auch heute noch mit allen ihren Sinnen und allen ihren Kräften auf die völlige Vernichtung des Deutschen Reiches ausgehen, sich zusammenzusetzen, mit ihnen zu verhandeln, ihnen gegenüber über die Grenzen des Nachgebens, z.B. daß Belgien, äußerstenfalls sogar unter Bezahlung einer respektablen Entschädigungssumme herausgegeben werde, daß die französisch sprechenden Teile Elsaß-Lothringens an Frankreich abgetreten werden, um damit dessen Friedensgeneigtheit zu erkaufen usw. zu plaudern, über die Strömungen bei uns im Innern zu schwatzen, kurz und gut, die Position, von der aus dereinst unsere Friedensunterhändler an ihr schwieriges Werk herantreten müssen, zu unterhöhlen und zum voraus schon zu enthüllen“

die Frage gestellt:

„Wenn Herr Erzberger die ihm hier zugeschriebenen Äußerungen abzuleugnen den Mut finden sollte, wird dann auch fernerhin die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Mut finden, Dinge zu dementieren, über die sie allem Anschein nach gar nicht, oder, weil sie sich auf die falsche Quelle stützte, falsch unterrichtet ist?“

Auch diese Frage ist unseres Wissens noch nicht beantwortet. Angesichts der Erklärung Erzbergers und angesichts der Beschuldigung der „Deutschen Tageszeitung“ – „Lüge“ war noch der mildeste Ausdruck, dessen sich die Gefolgschaft der „Nordd. Allg. Ztg.“ bediente – wäre es doch wohl angebracht, wenn jetzt eine wirkliche Klarstellung erfolgte, entweder auf dem Wege Erzberger gegen Erzberger oder nun die Form überlassen wir dem offiziösen Blatt.

Wie man in Rußland über England denkt.

Haag. 17. Dezember. „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: „Prawda“ kritisiert heftig die Rede des britischen Botschafters. Dessen Worte seien verderbliches Gift, schreibt das Blatt. Rußland wünscht ganz gewiß den Sieg der Demokratie, aber es will einen anderen demokratischen Frieden als England, dessen Mittel und Wege imperialistisch sind. Rußland will Freiheit und Demokratie innerhalb seiner eigenen Grenzen. England könnte dasselbe mit Irland und Indien tun und **die natürliche Entwicklung der Dinge in Deutschland abwarten.**

Hände weg!

Gestern ist im Abgeordnetenhouse die Erörterung über die Friedensfrage, zu der die „dringlichen Anfragen“ der Tschechen, Südslawen, Ukrainer und Sozialdemokraten Veranlassung gaben, zum Abschlusse gebracht worden. Von deutscher Seite ist die merkwürdige Tatsache, daß dieselben Elemente, deren Russenfreundlichkeit, wie der Hochverratsprozeß gegen Kramar und andere tschechische und südslawische Politiker zeigte, wirklich „keine Grenzen“ kannte, jetzt alles daran setzen, um dem Zustandekommen eines Friedens mit Rußland Schwierigkeiten zu bereiten, gebührend beleuchtet worden, und zwar sowohl von christlichsozialen als auch von deutschnationalen Rednern. Es kann übrigens kaum ein Zweifel bestehen, daß auch die slawischen Abgeordneten, die jetzt das Verlangen stellen, daß ihnen die Möglichkeit gewährt werde, auf die Festsetzung der Friedensbedingungen einen Einfluß auszuüben, der sicherlich nur ein solcher zugunsten der Entente sein könnte, ganz genau wissen, daß ihr Begehren in schroffstem Gegensatze zu den Bestimmungen unserer Verfassung steht, daß also jede gesetzliche Grundlage fehlt, auf der eine Mitwirkung eines aus den Vertretern der verschiedenen Nationalitäten bestehenden Beirates bei den Friedenskonferenzen erfolgen könnte. Bekanntlich haben aber die slawischen Parteien es auch abgelehnt, an einer Revision der Verfassung teilzunehmen, indem sie erklärten, daß sie die innere Neugestaltung des Reiches von den Ergebnissen der Friedenskonferenz abhängig machen wollen. Diese immer wiederkehrende Betonung des Zusammenhanges zwischen dem Friedensschlusse und unseren innerpolitischen Verhältnissen ist wohl zu beachten. **Sie zeigt, daß die Tschechen und Südslawen alles daran setzen, um der Entente trotz ihres vollständigen militärischen Mißerfolges doch noch einen Teil ihrer Kriegsziele verwirklichen zu helfen.**

Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat gestern zur Abgabe einer Erklärung das Wort ergriffen, die im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern Grafen Czernin die in den slawischen Anfragen erhobenen Forderungen betreffend die Zuziehung von Vertretern der einzelnen Nationalitäten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk mit großer Entschiedenheit zurückwies. Dr. v. Seidler brauchte sich dabei nur auf die bestehende Verfassung zu berufen, durch die vorgesehen ist, daß die Führung der Friedensverhandlungen ausschließlich in den Rahmen der Befugnisse unseres Auswärtigen Amtes fällt und keinerlei Kontrolle verträgt, wie sie in dem Vorschlage der Tschechen, Südslawen und Ukrainer enthalten ist. Mit ebensolcher Entschiedenheit, wie der Versuch, durch unberufene Einflüsse den Gang der Friedensverhandlungen zu stören, ist die der Anfrage des Abgeordneten Stanek angefügte Verdächtigung unseres Bundesgenossen, daß dieser uns vielleicht beim Abschlusse des Friedensvertrages übervorteilen könnte, zurückgewiesen worden. Aber auch die Antwort der Regierung auf die von sozialdemokratischer Seite gestellte Anfrage über die Art des in Aussicht stehenden Friedens hat in parlamentarischen Kreisen große Beachtung, und bei den deutschen Parteien lebhafteste Zustimmung gefunden. Dr. v. Seidler hat unter Berufung auf das Expose des Grafen Czernin zwar neuerlich betont, daß die Mittelmächte und ihre Verbündeten den aufrichtigen Wunsch haben, mit Rußland einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen zu schließen, er hat es aber noch viel bestimmter als Graf Czernin ausgesprochen, daß wir nicht in der Lage sind, gegenüber solchen Feinden, die auf der Fortsetzung des Kampfes beharren, uns auf denselben Standpunkt zu stellen, den wir zur Basis der Verhandlungen für Rußland gemacht haben, das heißt, daß Italien, Frankreich, England und Amerika nicht darauf rechnen dürfen, keine Sühne für ihren Anteil an der Entfachung des Weltbrandes leisten zu müssen. Durch die gestrigen Aeußerungen des Ministerpräsidenten ist die Klärung der Verhältnisse, zu der schon die Reden des Grafen Czernin vor den Delegationen viel beigetragen haben, noch wesentlich gefördert worden. Vor allem aber ist es mit Genugtuung zu begrüßen, daß allen, die es darauf abgesehen haben, die Bemühungen um das Zustandekommen des Friedens mit Rußland zu stören, ein lautes „Hände weg!“ zugerufen worden ist.

Deutsche Zeitung – Nr. 640 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.1

Ein italienischer Scheidemann.

In einem Leitartikel des „**Mattino**“ macht Paolo Scarfoglio u.a. die bemerkenswerte Bemerkung, auf die ursprünglich in Aussicht genommene ausgiebige Umgestaltung der Karte Europas werde man ja nun verzichten müssen. **Als einziges Verbandsziel heiße es nunmehr, Deutschland an der Ausnutzung der militärischen Lage nach Möglichkeit zu hindern.**

Man sieht, Scarfoglio ist ein ganz verständiger Mann; **er zieht in dem, was er will, durchaus eine Straße mit so namhaften deutschen Politikern, wie dem Führer der Julimehrheit des Deutschen Reichstags und seinen Vertrauensleuten von Freisinn und Zentrum. Auch sie sind vollständig überzeugt von der Notwendigkeit, Deutschland die politische Ausnutzung seiner Siege „nach Möglichkeit“ unmöglich zu machen.** Ein kleiner Unterschied allerdings liegt darin, daß Scarfoglio Römer ist und für Italien und dessen Bundesgenossen retten möchte, was noch zu retten ist; Scheidemann, Erzberger usw. aber sind anderswo zu Hause und - auch begeisterte Freunde ihres Vaterlandes.

Berliner Tageblatt – Nr. 649 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.1

Balfour über die englischen Kriegsziele.

Haag, Dezember. Im Unterhause hat das liberale Mitglied Sir William Collins die Frage der Kriegsziele behandelt. Nach seiner Ansicht ist kein dauerhafter Friede möglich, solange die militärische Autokratie weiter besteht. Jedenfalls müsse dieser ein Ende gemacht werden, entweder durch einen Sieg oder durch die Bemühungen im deutschen Volke selbst. Die ursprünglichen Kriegszwecke sind bekannt. Es sollte ein Krieg werden, um dem Krieg auf immer ein Ende zu machen, ein Krieg um die Völkerrechte zu wahren, zur Sicherung der Heiligkeit der Völkerrechte, nicht nur für die großen, sondern auch für die kleinen Nationen und für die Freiheit und Rechte der Menschheit. Collins glaubt, daß der Militarismus schließlich doch überwältigt werden wird, sei es durch innere oder auswärtige Einflüsse. Nach Collins sprach Ponsonby, der die Diplomatie Englands und der Alliierten heftig angriff. Er erklärte, daß die veröffentlichten Kriegsziele der Alliierten keineswegs denjenigen Vorschlägen entsprachen, die in den Geheimverträgen enthalten gewesen waren.

[Es folgt die Rede Balfours, su. NAZ 396, S.1]

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 396 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.1

Balfour zu den englischen Kriegszielen.

London, 19.Dezember. (Reuter) Unterhaus. Ponsonby griff die Diplomatie Englands und seiner Alliierten scharf an und erklärte, die veröffentlichten Kriegsziele der Alliierten stimmten nicht mit den Vorschlägen in den Geheimverträgen überein.

In seiner Antwort betonte Balfour, die kriegspolitischen Aeußerungen des Präsidenten Wilson und die Gedanken verschiedener Führer in England schienen ihm durchaus in einheitlichem Geiste gehalten zu sein. Balfour bezog sich auf die vielen Aeußerungen zur Kriegspolitik seitens der Mitglieder der früheren und der jetzigen Regierung, die stets im selben Sinne gesprochen hätten und die großen Ziele, für welche Britannien ohne selbstsüchtige Beweggründe kämpfe, mit vollkommener Klarheit ausgedrückt hätten, und fuhr fort:

Wie kommt Ponsonby zur Anwendung so offenbar grober Kunstgriffe? Doch nur, weil er alles zu tun wünscht, was die Politik unserer Feinde unterstützen kann, deren hauptsächliches Mittel zur Stimmungsmache in ihrem eigenen Lande und in Rußland das gewesen ist, unsere Ziele als selbstsüchtig und imperialistisch hinstellen und zu behaupten, daß England wegen rein selbstsüchtiger Zwecke den Krieg verlängere, den die Mittelmächte abzukürzen wünschen; aber es gibt keine größere Verkehrung der Tatsachen. Ponsonby hat gesagt, das Auswärtige Amt und das Kriegskabinett seien ungeschickt gewesen und hätten Rußland daran gehindert, auch in diesem Augenblick noch mit vollem Herzen auf Seiten der Alliierten zu stehen. Die russische Revolution sei hier im Lande und von der Regierung so kaltherzig begrüßt worden, daß die ganze Zukunft unserer Beziehungen zu Rußland höchstwahrscheinlich dahin wäre.

Ich kann mich dafür verbürgen, daß, soweit Regierung und Unterhaus in Betracht kommen, das Ende der üblen Autokratie in Rußland mit warmer Begeisterung und lebhaften Hoffnungen begrüßt wurde, die leider anscheinend bis heute wenig gerechtfertigt sind. Die Konferenz über die Kriegsziele wurde von der englischen Regierung nicht abgelehnt; es lagen da ungeheure Schwierigkeiten vor. Auf alle Fälle wurde, wie ich denke, von allen kriegführenden Mächten zu einer gewissen Zeit und besonders stark von der russischen Regierung selbst

empfunden, daß dieser oder jener Augenblick für die besondere Erörterung nicht günstig ist, daß vielmehr nicht so sehr eine Aussprache über die Kriegsziele wünschenswert ist, wie eine solche über die Kriegsmethoden. Den Krieg fördern, das ist das nächste und wesentliche Interesse. Ponsonby scheint zu denken, daß wir eine ungerechtfertigte, ja verbrecherische Geheimhaltung unseres Verfahrens zugestanden hätten und daß wir bei unseren Erklärungen, betreffend der Selbstlosigkeit unserer Ziele, mit denen wir in den Krieg eintraten, unser Volk und die Mittelmächte getäuscht und etwas getan hätten, was Ponsonby als Befleckung der Ehre unseres Landes bezeichnet hat.

Unsere Erklärungen, betreffend die Uninteressiertheit, mit der wir in den Krieg eingetreten sind, waren Erklärungen über die Politik unseres Landes; es war aber nicht unsere Sache, die Absichten derer, mit denen wir zusammenwirkten, zu erörtern, vielmehr wäre es eine grobe Unverschämtheit gewesen, ihre Beweggründe zu kritisieren.

Wir haben kein Abkommen über Konstantinopel getroffen, um irgendeinen imperialistischen Gedanken zur Ausführung zu bringen. Der Gedanke war über die Maßen töricht und muß jedem so erscheinen, der nur die oberflächliche Kenntnis der Geschichte der englischen Politik im nahen Osten besitzt. Aus ihr geht klar hervor, daß die Aushändigung Konstantinopels an die Russen vom imperialistischen Gesichtspunkt aus eine Sache ist, in die sich englische Staatsmänner wohl gefügt hätten, sie aber sicherlich niemals selbst anregen oder widerstrebenden Alliierten aufdrängen würden.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 397 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.1

Balfours Rede. [2.]

London, 19. Dezember. Unterhaus. In seiner Rede sagte Balfour weiter:

In der Tat war es völlig klar, daß die russische Regierung Anspruch auf Konstantinopel erhob. Wir waren im Begriff, miteinander ein großen Kampf für ein großes Ziel zu führen, und wir beruhigten uns dabei. Was war darin im mindesten unvereinbar mit irgend einem von uns selbst oder von Wilson ausgesprochenen Glaubensbekenntnis? Ponsonbys nächster Punkt betraf Persien. ER setzte voraus, daß die Einflußgebiete in Persien der Unabhängigkeit des Landes widersprächen und ein großes Unrecht eines Starken gegenüber einem Schwachen darstellten, was mit den besten Ueberlieferungen englischer Staatskunst unvereinbar sei. Das ist nicht meine Absicht. Der englisch-russische Vertrag, der von der damaligen konservativen Opposition mit starkem Mißtrauen angesehen wurde, ist als ein großer liberaler Triumph der Freundschaft zwischen den Völkern durch geführt worden. Ich komme nunmehr zu Italien. Es verdient von Rechtswegen, daß eine andere Gebietseinteilung zu seinen Gunsten stattfindet. Inwiefern wären wir Imperialisten, wenn wir uns für diese großen und allgemein gehaltenen Ziele einsetzten.

Trifft nicht dasselbe für Polen und für Elsaß-Lothringen zu ? Ueber Elsaß-Lothringen möchte ich folgendes sagen: Ponsonby denkt, wir hätten des französischen Botschafters Doumergue Schritte in Petersburg kennen müssen, und er denkt das schon infolge der Angabe, daß dies nach London telegraphiert worden sei. Aber das ist nicht der Fall. Ponsonby ruft: Doch! Die Depesche beginnt: Abschrift an London, vertraulich. Balfour fuhr fort: Wenn London heißt: Englisches Auswärtiges Amt, so ist die Depesche nicht an das Auswärtige Amt gekommen. Sie mag vertraulich an den französischen Botschafter Paul Cambon gesandt sein, doch davon weiß ich nichts. Wir haben zu jener Zeit nie etwas davon gehört und niemals unsere Zustimmung dazu ausgesprochen; ich glaube auch nicht, daß dies die Politik der verschiedenen französischen Regierungen gewesen ist, die während des Krieges amtiert haben.

Wir wünschen niemals und ermutigten auch niemals den Gedanken, daß ein Stück Deutschlands vom Mutterlande abgetrennt und zu einer Art unabhängiger Republik oder Regierung irgend einer Form auf dem linken Rheinufer gemacht werden sollte, um einen neuen Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu bilden. Die war niemals ein Teil der Politik der königlichen Regierung. Die britische Regierung hatte niemals Kenntnis davon, daß dies von irgend einem französischen Staatsmann ernstlich geplant wurde.

Balfour schloß in seiner Rede:

Wir haben unsere Kriegsziele erklärt und sie aufrichtig erklärt. Betrachten Sie die deutsche Antwort auf die Papstnote. Den Mittelmächten wurden die ausdrücklichen Fragen betreffend Elsaß-Lothringen, Belgien und Polen vorgelegt. All diese Fragen hätten sicherlich von Mächten beantwortet werden müssen, die Elsaß-Lothringen genommen haben, in Belgien eingedrungen sind und Polen geteilt haben. Und doch sagt Ponsonby mit diesem Schriftstück in seinen Händen: „Weshalb erklären Sie nicht Ihre Kriegsziele? – Ihr Schweigen wird von den Mittelmächten mißverstanden.“ Der Wert einer solchen Erklärung wird nur den Schaden übertreffen, den sie stiften kann. Ich bedaure tief, daß ein Mitglied einen solchen Vorteil seiner Stellung in diesem Hause

dazu benutzt hat, um eine Rede zu halten, die unzweifelhaft dazu beiträgt, die trügerische unermüdliche Propaganda zu stärken, welche die Mittelmächte in jedem Lande Europas betreiben. (Beifall.)

Vossische Zeitung – Nr. 649 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.6

Die „Lusitania“ als Munitionsschiff.

Kürzlich ist uns, wenn auch sehr spät, zur Versenkung der „Lusitania“ ein Kronzeuge erstanden, der durch seine im „Commercial and Financial Chronicle“ vom 3. November veröffentlichten Aussagen einwandfrei die Berechtigung zur Versenkung dieses zum Transport von Munition verwendeten Schnelldampfers bekräftigt. Es ist der amerikanische Senator La Follette, der in seiner Rede die Kriegspolitik seiner Regierung in schonungsloser Weise angriff. Dabei erklärt er, daß der Staatssekretär Bryan den Präsidenten Wilson vor der Abfahrt der „Lusitania“ darauf aufmerksam gemacht hätte, daß sich auf dem Schiffe Munition für 6 Millionen Schuß befände. Ein Fahrgast, der auf einem fremden, mit Munition ins Kriegsgebiet fahrenden Schiffe reise, befände sich tatsächlich auf „fremdem Gebiet“.

Die von den Engländern immer geleugnete Tatsache, daß die Lusitania Munition an Bord hatte, wird durch vorstehende Aussagen nachdrücklich bestätigt. Wenn wir uns vorstellen, welche ungeheure Menge von Munition diese 6 Millionen Schuß darstellen, und wie viele Leben unserer tapferen Feldgrauen an der Westfront dadurch gerettet worden sind, daß die Munition nicht an ihren Bestimmungsort gelangte, so können wir hierin wiederum einen neuen Beweis für die Richtigkeit unseres Standpunktes erblicken, daß die Versenkung der „Lusitania“ vollkommen zu Recht erfolgt ist, so bedauerlich auch der Verlust vieler Menschenleben bei dem Untergang dieses „Munitionsdampfers“ bleibt.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11904 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.1

Wie die Entente den Krieg vorbereitete.

Frankfurt, 20.Dezember. Der „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Bern: Wie von der Schweizer Grenze gemeldet wird, ist die aufgetauchte Nachricht vollkommen richtig, daß die französische Regierung im Mai 1914 ohne Veranlassung mit der Schweizer Regierung Verhandlungen eröffnet habe, die die Getreideeinfuhr aus der Schweiz zum Gegenstande hatte und in denen der Schweiz die Zufuhr über den Hafen Bordeaux angeboten wurde. Es ist bezeichnend, daß die Entente schon im Frühjahr 1914 Maßnahmen traf, die nur durch den nahe bevorstehenden Kriegsfall erklärlich sind. Die Pläne zur Aushungerung Deutschlands waren schon zur Zeit fertig, als in Europa noch niemand an den Krieg dachte.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10405 – Donnerstag, den 20. Dezember 1917 - S.1

Der Weltkrieg – Die Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 18.Dezember. Der „Nieuw Rotterdamsche Courant“ hält es vor allem bemerkenswert, daß in den Waffenstillstandsbedingungen fast keine Spur mehr davon zu entdecken ist, daß Rußland zur Entente gehört oder gehört hat. Im übrigen, schreibt das Blatt, ist der ganze Vertrag von einem Geiste beseelt, aus dem hervorgeht, daß auf beiden Seiten der Wunsch vorhanden ist, möglichst rasch zum Frieden zu gelangen. Im Vertrage sind Bestimmungen enthalten, die geeignet sind, die Wiederaufnahme des Kampfes für später unmöglich zu machen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Friedensverhandlungen gelingen.

Der „Nieuwe Courant“ schreibt: Es ist im Interesse der Bolschewiki gelegen, mit dem Friedensprogramm so rasch wie möglich einen Erfolg zu haben, um sich behaupten zu können. Daß sie so klug waren, gegenüber der Entente den Schein der Treue zu wahren, ist ein politischer Schachzug, der beweist, daß Lenin und Trotzki in der Tat Führer sind, denen es an diplomatischer Geschicklichkeit nicht fehlt.

Deutschlands Ziel. – von Adolf Goetz-Hamburg.

Die Dinge werden einen anderen Verlauf nehmen, als die Entente es durch die Pariser Wirtschaftskonferenzen oder durch bezahlte und beeinflusste Privatfeldzüge festlegen möchte. Wer an den Fronten Sieger ist und bleiben wird, wird auch Sieger sein und bleiben über alles, was für die Zeit nach dem Kriege von den Gegner an Wirtschaftsgegnerschaft und Boykotttrungen geplant oder organisiert worden ist. Dieser Gedanke muß uns als Idol voranleuchten. **Während jeder Minute des Tages, bei keiner unserer Handlungen und Unterlassungen dürfen wir vergessen, daß wir Sieger bleiben müssen, um nach dem Kriege leben und vorwärtskommen können.**

Und Sieger vor allem über England, denn Rußland liegt am Boden, Italien ist in der Ekstase des Schreiens um Hilfe, Frankreich wird von Geierkrallen Englands umfängen und Amerika will die ganze Beute einstreichen. Doch es wird sich die Finger dabei verbrennen, weil es die Finger sichtbarer und weiter vorstrecken muß als den großen Mund, mit dem es Versprechungen über die Welt ausschreit.

Wir müssen England besiegen um einen Alpdruck von der ganzen Welt zu nehmen. Mögen auch die Neutralen und die uns heute noch feindlich gesinnten Länder sich heute hoch und heilig verschwören, daß sie Deutschland auf Jahre hinaus nach dem Kriege boykottieren wollen, so werden sie doch zu anderm Willen und Entschluß kommen, wenn die ganze Welt unsern für uns erfolgreichen Schlußkampf mit England mitansehen wird. Fließen erst einmal aus den englischen Quellen die Gelder in die neutralen und alliierten Zeitungsstuben nicht mehr, so werden sich die schreibenden und schreienden Klopffechter dort zur Ruhe setzen mit dem, was sie sich erbettelt und erheult haben, und es wird eine andere Tonart anheben. Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die Mißstimmung gegen Deutschland, um es gelinde zu sagen, in aller Welt in der Hauptsache von der von England bestochenen Presse geschürt wurde.

Wir müssen über England siegen, um von der großen Sorge befreit zu werden, ob und woher wir nach dem Kriege unsere Lebensmittel und Rohstoffe werden beziehen können. In den Kaufmannskontoren herrscht keine Sentimentalität. Der Haß, der heute gegen Deutschland auch von den Kaufleuten gepredigt wird, wird rascher vergessen werden, als man glauben mag. Wenn alle Welt draußen wieder mit dem Aufbau beginnen wird, so werden die Länder, in denen sonst der Ueberfluß für die alte Welt wuchs, sich nach Abnehmern, nach neuer oder alter Kundschaft umsehen müssen. **Siegt England, so wird es den Reichtum und den Besitz in der ganzen Welt kontrollieren. England wird also überall der Kunde sein, der nicht nur kauft, sondern das Geschäft überhaupt bestimmt.** Es wird mindestens sich eine Einrede gegen die übrige Kundschaft vorbehalten – aber auch ohne Vorbehalt sie noch ausüben.

Anders aber wird es sein, wenn wir England den Sieg streitig machen, und das wird nur gelungen sein, wenn das aller Welt sichtbar deutlich gemacht ist. Kämen wir mit England durch eine Verständigung zur vorübergehenden Ruhe, so würde England sich das als einen Sieg auslegen, und es hat genug Mittel und ist auch nicht zu ehrliebend, um die ganze Welt nicht auch diese Meinung glauben zu machen.

Was nützen unsere Bestimmungen und Verordnungen für die Uebergangswirtschaft, was kann uns all unser Organisieren, all unser Raten helfen, wenn wir nicht erst eine Grundlage dafür schaffen, auf der unser ferneres Sein und unser Wohlergehen einzig und allein nur ruhen kann. Diese Grundlage ist und bleibt die Besiegung Englands.

Vergessen wir das eine nicht, daß England nach dem Kriege auch eine gewaltige Landmacht sein wird. Vergessen wir nicht, daß nachdem England mit allen Mitteln, deren es habhaft werden kann, bemüht sein wird, seine frühere Position in der Welt wiederzuerobern. Es wird sich auch sagen dürfen, daß ihm einmal die Erreichung dieses Zieles gelingen muß, wenn es durch eine Verständigung vor dem Zusammenbruch bewahrt ist und nun in aller Ruhe diese gewaltige, im Kriege geschaffene Organisation wird auszubauen vermögen. Auch das gehört zu unserm Siege über England, daß wir ihm den weiteren Ausbau seiner militärischen Landmacht unmöglich machen. . . .

Berliner Tageblatt– Nr. 650 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.1

Trotzki über den Sonderfrieden.

Stockholm, 20. Dezember. Stockholms „Politiken“ veröffentlichen ein Interview des schwedischen Sozialistenführers Höglund mit Trotzki. Trotzki erklärte, Waffenstillstand bedeutet keinen Sonderfrieden, sondern nur die Anbahnung desselben. „Nun ist es die Sache der Arbeitermassen in den Ententeländern, uns aus der Gefahr eines Separatfriedens herauszuführen. Ein Separatfrieden ist aber trotzdem möglich. Falls aber Rußland darauf ausginge, um jeden Preis einen Separatfrieden zu vermeiden, wären wir bloße Knechte von Lloyd George und Clemenceau und hätten keinen Grund gehabt, Kerenski zu stürzen.“ Trotzki fuhr fort: „Während der Friedensverhandlungen in diesem Monat kommt der kritische Zeitpunkt in der Geschichte dieses Krieges. Ich glaube jedoch, daß Krieg bereits durch die zweite russische Revolution getötet ist, und daß wir nunmehr die Aufgabe haben, seine Leiche zu begraben. Waffenstillstand und Frieden sind nun für uns eine Waffe gegen das gegenrevolutionäre Bürgertum. Das ganze Volk versteht, daß ein Sieg der Bourgeoisie unter den gegenwärtigen Verhältnissen entweder Kriegsverlängerung bedeuten müßte, es sei denn, die Bourgeoisie wäre gezwungen, Frieden zu schließen. Da aber die kadettische Regierung nicht die gleiche Autorität beim deutschen Volke und anderen Völkern haben dürfte, so würde zweifellos ein von der Bourgeoisie geschlossener Sonderfrieden für das Land erniedrigend und ruinierend sein. Selbstverständlich werden der Konstituante die Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt. Die Konstituante konnte noch nicht eröffnet werden, weil die von den Kadetten geführte Wahlkommission einen ganzen Teil der noch nicht geklärten Wahlen sabotiert hat. Der linke Flügel der Sozialrevolutionäre, der mit den Bolschewiki zusammenarbeitet, wünscht aus tatsächlichen Gründen ein milderer Verfahren gegen die Kadetten. Die Regierung erhielt jedoch jüngst in dieser Frage in einer Vollversammlung der Sowjets ein Vertrauensvotum von 150 gegen 89 Stimmen. Die Stellung der Regierung ist militärisch wie politisch stark; auch die Obstruktion beginnt abzunehmen. Die Privatbanken erkennen bereits die Regierungskontrolle über ihre Finanzoperationen an.“

Berliner Tageblatt– Nr. 651 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.2

Der Kampf der Tschechen gegen die Deutschen in Böhmen. – Nahrungsmittelverweigerung.

Wien, 21. Dezember. Wie die Tschechen die Verhältnisse in Böhmen gestalten möchten, geht aus folgenden Erklärungen hervor, die Abg. Stanek mit erstaunlicher Offenheit im Abgeordnetenhaus abgab: „Die Tschechen“, sagte er, „wollen Herren in den böhmischen Ländern sein. Die Deutschen in Böhmen wissen, daß sie, wenn sie sich vom Königreich Böhmen losreißen, verhungern. Im freien Königreich Böhmen wollen die Tschechen gerecht sein und den Deutschen alles zur Verfügung stellen, was sie zu ihrer Entwicklung brauchen.“

Daraus geht hervor, daß sie Tschechen ein Selbstbestimmungsrecht nur für sich fordern, während die Deutschen auf das Gerechtigkeitsgefühl der Tschechen angewiesen werden sollen. Die Tschechen würden nur dann „gerecht“ sein, wenn die Deutschen sich unterwerfen, sonst droht ihnen Hunger.

Deutsche Tageszeitung– Nr. 651 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.2

Zu der Rede des österreichischen Ministerpräsidenten.

Die Rede des Ministerpräsidenten von Seidler hat W.T.B. im großen und ganzen anscheinend dem Wortlaut nach wiedergegeben. Was aber die eigentliche Veranlassung zu dieser Rede gegeben hat, nämlich die Forderungen der Tschechen auf der einen und die des mit ihnen verbündeten „deutschen“ Sozialdemokraten Viktor Adler auf der anderen Seite, sind im deutschen Volke ziemlich unbekannt geblieben und das, was W.T.B. in die Rede von Seidlers hineinkommentiert hat, um sie verständlicher zu machen, ist allzu dürftig. Es ist bekannt, daß die Tschechen während des ganzen Weltkrieges mit den Russen sympathisierten; die russischen Heeresberichte erwähnten wiederholt die tschechische Brigade, die in Rußland aus tschechischen Ueberläufern gebildet worden ist und die sich durch besondere Tapferkeit auf russischer Seite ausgezeichnet haben soll. Man hätte demnach erwarten können, daß die Tschechen jetzt noch mehr als zuvor mit dem zum Frieden bereiten Rußland sympathisieren würden. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der Abgeordnete Wolf, der Sprecher der deutschradikalen Vereinigung, hat in der Sitzung vom 19. Dezember ausdrücklich darauf hingewiesen.

Die Wiedergabe der Rede von Seidlers durch das offiziöse Bureau läßt die Tatsache ganz verschwinden, daß der österreichische Ministerpräsident nicht direkt auf die Anfrage Stanek Petruszewicz und Viktor Adler geantwortet hat, sondern daß vor ihm die Abgeordneten Wolf und Hauser gesprochen haben. Der Abgeordnete Wolf führte in seiner Rede, die man in einer Weise als Auftakt zu den Ausführungen des

Ministerpräsidenten betrachten kann, über **die Haltung der Tschechen** aus, daß sie deshalb nichts von den Bemühungen, durch Verhandlungen mit den Russen einen Sonderfrieden herbeizuführen, wissen wollen, weil **„sie glauben, daß bei Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland wahrscheinlich die Erreichung ihrer Ziele, deren Durchdrückung sich vor allem England auf die Fahne geschrieben hat, nicht zu erhoffen wäre.“**

In diesem langen Satz des Abgeordneten wird einmal auf die von uns früher berührte staatsgefährliche Haltung der Tschechen und zu anderem auf **die Arbeit des anglikanischen Geldes in den tschechischen Kreisen Böhmens, Mährens und in den südslawischen Gebieten hingewiesen**. Erst wenn man diese Zusammenhänge erkennt, wenn **man in den Tschechen und auch in den tschechischen Abgeordneten Verräter an den Interessen des mitteleuropäischen Bündnisses sieht**, wird das Wort des Ministerpräsidenten ganz verständlich, wonach „nach den verfassungsrechtlichen Einrichtungen die Vertretung bei Friedensverhandlungen den Ministern des Aeußern obliegt“.

Der Vorstoß Stanek-Petruszewicz bedeutet, daß Oesterreich-Ungarn auf ein Verzichtprogramm nach dem Osten hin festgelegt werden soll, das noch gefährlicher wäre, als das Programm, auf das die deutschen Mehrheitsparteien die Vertreter der Regierung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk festlegen wollen. **Das Programm der deutschen Mehrheit bedeutet lediglich Verzicht, der sich allerdings durch die spätere Entwicklung in positiv deutschfeindlicher Richtung vollziehen kann, während in dem tschechisch-südslawischen Verzichtprogramm diese positiv feindliche Richtung von vornherein festgelegt wäre**. Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht angebracht, einmal darauf hinzuweisen, daß die Selbständigmachung der russischen Grenzvölker, so vom österreichisch-ungarischen Standpunkt aus, vor allem der Ukraine, durchaus sich nicht in einer der Mittelmächten freundlichen Richtung vollziehen kann.

Die Ukraine hat bekanntlich auch unter der zaristischen Regierung wiederholt Selbständigkeitsregungen verspürt, ohne daß sie allerdings zu einer bestimmten Tat sich ausgewachsen hätten. Diese Selbständigkeitsregungen neigten naturgemäß zu Oesterreich, da man bei den österreichischen Ruthenen eine gewisse Anlehnung erwarten konnte. Die einseitig die Polen begünstigende Politik Oesterreichs hat diese Stimmung der Ukraine wieder vollständig in den Hintergrund gedrängt. Eine österreichische Polenpolitik und eine selbständige Ukraine sind Gegensätze, die zu vermitteln nicht zu den leichtesten und angenehmsten Aufgaben einer mitteleuropäischen Bündnispolitik gehören würde. Hier würde sich also ohne weiteres eine jetzt negative Politik in positiv feindlicher Richtung auswachsen müssen.

Nun hat **der Abgeordnete Hermann Müller dem geplanten Verzichtsprogramm im Osten ein ebensolches im Westen zugefügt**, worauf wir wiederholt hingewiesen haben. Diese Aufgabe Hermann Müllers hat in Oesterreich der **Genosse Viktor Adler, übrigens einer der einflußreichsten Männer auch in der reichsdeutschen Sozialdemokratie**, nach der italienischen Seite übernommen. **Also dort wie hier eine ostwestliche Verzichtsfestlegung**. Darauf hat Dr. v. Seidler die Antwort gegeben, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber „solchen Feinden, die weiterhin auf der Fortsetzung des Krieges beharren sollten, nicht in der Lage sei, die Rußland gegenüber beabsichtigten selbstlosen Kriegsziele für alle Zukunft einseitig festzulegen“.

Es ist vielleicht interessant – vor allen Dingen auch deshalb, weil es die Stimmung in Oesterreich-Ungarn deutlicher als alles andere kennzeichnet –, die gegen den Genossen Viktor Adler gerichteten Ausführungen des Abgeordneten Wolf auszüglich hierherzusetzen. „Jetzt hat man“, so erklärte der erwähnte Abgeordnete, „an maßgebender Stelle nicht mehr so viel Luft, auf dieses Schlagwort vom annexions- und entschädigungslosen Frieden einzugehen als damals, wo man jeden Augenblick zittern mußte, daß zu dem verlorenen Görz das verlorene Triest sich hinzugesellen würde. Jetzt haben wir Görz wieder, jetzt ist Triest allen Anfechtungen entrückt und jetzt wäre der Staat zu bedauern, um seiner staatsmännischen Führer willen, wenn er verzichten wollte auf Triest – in einer neuerstandenen Form, daß er nämlich durch Bildung eines südslawischen Staates ein Bollwerk zwischen sich und die Adria legen ließe und dadurch die Adria und Triest für sich vollkommen wertlos machen würde. Unsere Offensive gegen Italien hat eine so vollständige Veränderung gebracht, daß die Anfrage Stanek und ebenso die komische Anfrage des Dr. Adler wie eingefrorene Töne aus dem Münchhausener Horn wirken.“

Hier wird also gesagt, daß man zeitweilig in maßgebenden österreichischen Kreisen zu einem völligen Verzichtprogramm bereit war, und daß nur die veränderte Kriegslage Veranlassung gewesen ist, davon abzustehen. Die Rede des Ministerpräsidenten v. Seidler ist also nicht nur wegen ihres Wortlauts, sondern vor allen Dingen durch die Gründe, die zur Abfassung dieses Wortlauts Veranlassung gegeben haben, interessant.

W.T.B. hat gerade dieses der deutschen Presse nur äußerst mangelhaft vermittelt. Es ist das eine Auslassung, die wir bedauern müssen. Eine andere Auslassung, die wir noch mit ein paar kurzen Worten erwähnen möchten, spricht für sich selbst. In der Rede des Ministerpräsidenten von Seidler findet sich nämlich gegen Schluß folgender Satz: „Da der Zweck eines Friedensangebotes nur der sein kann, dem Gegner

Vorschläge mitzuteilen, die ihm nicht bekannt sind, so liegt mit Rücksicht auf die seit den letzten Erklärungen des Ministers des Aeußern verstrichene kurze Frist und mit Rücksicht darauf, daß die Lage inzwischen keine wesentliche Veränderung erfahren hat, kein Anlaß vor, im jetzigen Augenblick mit neuen Friedensvorschlägen an unsere Gegner heranzutreten.“

Die Begründung, weshalb diese neuen Friedensvorschläge ausbleiben, fehlt in dem offiziellen Bericht. Danach haben also, das sagt der österreichische Ministerpräsident, die früheren Angebote bestimmte Vorschläge für den Gegner gehabt. Diese Vorschläge würden durch neue Friedensangebote, die bisher unbekannte Vorschläge enthalten, nur erweitert werden. Graf Czernin sprach von der freien Hand. Wie stimmt zu diesen Aeußerungen die hier ausgelassene Begründung, weshalb neue Angebote nicht gemacht werden? Jedenfalls ist es von besonderem Reiz, sich die hier erwähnte Auslassung etwas näher anzusehen. **J.Br.**

Deutsches Volksblatt – Nr. 10406 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.2

Hindenburg und Ludendorff über die Kriegslage.

Köln, 20. Dezember. Ueber den Besuch von Zentrumspreßleuten im Großen Hauptquartier erfahren wir noch, daß Exzellenz Ludendorff als vornehmsten seiner Wünsche an die Presse die Bitte aussprach:

R e d e n wir nicht zu viel vom Frieden; nur der Sieg führt zu ihm; so war's im Osten, so wird's überall sein; Sieg und Frieden kommen gewiß, sie kommen umso eher, je einiger wir im Innern sind und stark ertragen, was nun einmal getragen werden muß. **Militärisch kann uns den Sieg niemand streitig machen, wenn wir auch noch vor großen, schweren Aufgaben stehen.** Mit Gottes Hilfe werden wir sie lösen.

In der Unterhaltung mit Feldmarschall Hindenburg klang immer wieder die beste Zuversicht des Führers durch, daß wir nach den bisherigen Siegen auch noch weiter siegen werden. Ungebrochen sei der Mut der Heimat, die hinter uns steht, dann siegt sie mit uns. Grüßen Sie die liebe deutsche Heimat von mir und sagen sie ihr, sie sollte unbesorgt sein: Wir siegen mit Gott.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10406 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.1

Der englische Imperialismus und die Verzichtsfriedensfreunde.

Die englischen Gewerkschaften haben die englische Regierung neuerdings aufgefordert, ihre Kriegsziele bekannt zu geben. Nach der Veröffentlichung der Geheimverträge der Entente mußte diese Neugier etwas seltsam erscheinen, wenn es sich nicht um englisches Publikum handeln würde, das erheblich anders denkt als die übrige Menschheit. Was einem anderen Volke als Verbrechen angerechnet wird, gilt Engländern, wenn es von einer englischen Regierung begangen wird, als politische Fügung, denn was England oder der es beherrschenden Klasse nützt, ist für den Engländer recht, vortrefflich und ruhmvoll. So hat diese englische Auffassung die blutigsten Greuel zu Heldentaten und die schamloseste Ausbeutung ganzer Völker zu Kulturwerken umgestempelt. Die englische Regierung kann darum immer noch darauf rechnen, daß die große Lüge, mit der sie in den Krieg gezogen ist, in England selbst wenigstens gangbare Münze – darauf sind ja auch die jüngsten Erklärungen Balfours zugeschnitten – bleibt, die große Lüge, daß England für die Freiheit der Völker kämpft. Sie hat, so behauptet sie auch heute noch, kein anderes Kriegsziel, denn die Vernichtung des deutschen Militarismus, ist doch – so folgert sie weiter – ein Erfordernis menschlicher Freiheit. Mit dem Hinweise daraus haben Asquith und Lloyd George seit dem August 1914 jede Frage über die englischen Kriegsziele zurückgewiesen.

Bis zu einem gewissen Grade haben sie damit recht; sie wollen den deutschen Militarismus, unter dem sie die Deutschland eigentümliche Verfassung meinen, vernichten, aber nicht um der menschlicher Freiheit willen, sondern im englischen Interesse. „Es ist – so führte Dr. Inge in einer Versammlung in London aus – eine weitverbreitete Ansicht, daß England die Deutschen überreden oder zwingen könne, eine weniger unmögliche Verfassung anzunehmen, von der die Engländer hofften, daß sie die Deutschen weniger aggressiv und, wie man sich zuflüsterte, sicherlich weniger tüchtig machen werde!“ Dr. Inge hat damit nur die englischen Kriegsziele richtig gekennzeichnet: die innere dauernde Schwächung, des deutschen Volkes. Das ist der Sinn der demokratischen Freiheit, mit der England und seine bezahlten und unbezahlten Agenten Deutschland beglücken wollen, allein England hat auch noch andere Kriegsziele, bei deren Erreichung englische Arbeiterführer der Regierung die Mauer machen.

Der Arbeiterminister Henderson hat am 12. d. M. in London eine Rede gehalten, in der er sich mit Asquith einverstanden erklärte und die alliierten Regierungen aufforderte, die bestimmte Erklärung abzugeben,

daß ihre Kriegsziele lediglich moralischer und nicht materieller Natur seien, und daß sie für ein großes Prinzip, und nicht um Mesopotamien oder andere Gebietserweiterungen kämpfen.

Es bezeichnet vielleicht den Gipfel der Verlogenheit und Heuchelei, daß ein englischer Minister derartiges zu sagen wagt. England hat den Krieg gegen die Türkei damit begonnen, daß es Aegypten annektierte, und Oberst Carter erklärte soeben hinsichtlich Mesopotamiens, „daß das britische Heer dem britischen Reiche eines der größten Reiche Asiens hinzugefügt“ habe.

Deutschland hat seit dem Herbst 1914 nahezu ganz Belgien besetzt, es hat es aber nicht annektiert, England hat Aegypten annektiert und will Mesopotamien annektieren. Seit Jahr und Tag wird von England Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die deutsche Regierung zu zwingen, die bedingungslose Herausgabe Belgiens zuzusichern, und England erfreut sich dabei der verständnislosen Mitwirkung der Sozialdemokraten und Freisinnigen im Deutschen Reiche und in Oesterreich. Die selbstverständliche Weigerung der deutschen Regierung, eine solche bindende Erklärung abzugeben, wird geradezu als das einzige noch bestehende Friedenshindernis bezeichnet, von England aber eine ähnliche Erklärung hinsichtlich Aegyptens, Mesopotamiens und der deutschen Kolonien zu fordern, fällt niemand von allen denen ein, die Deutschland imperialistischer Kriegsziele bezichtigen.

Daß England seinen Riesenbesitz noch vergrößern und Frankreich durch den Krieg Elsaß-Lothringen, ja das ganze linke Rheinufer und Belgien gewinnen wollte, scheint diesen wunderbaren Politikern als etwas Selbstverständliches zu dünken. Welch Zetergeschrei aber in ihren Blättern, wenn in Deutschland sich Stimmen erheben, die das französische Kohlenbecken von Longwy fordern und betonen, daß Belgien nicht mehr zur englischen Angriffsbasis gegen das Festland gemacht werden dürfe. Sie fordern nur von der deutschen Regierung, nicht aber von der englischen und von der französischen Regierung Verzichtserklärungen, und sind dann tödlich beleidigt, wenn ihnen vorgeworfen wird, daß sie für einen Verzichtfrieden Stimmung machen und den Mittelmächten auf diese Weise meuchlerisch in den Rücken fallen.

Ihre Behauptung, daß sie keinen Verzicht-, sondern einen Verständigungsfrieden wollen, ist ein Schwindel, denn nie kann von einem Verständigungsfrieden die Rede sein, wenn die Mittelmächte, bevor sich ihre Vertreter noch zum Verhandlungstisch setzen, auf alles, was sie erobert haben, verzichten sollen, während England ein solcher Verzicht nicht einmal zugemutet wird!

Dieselben Verzichtsfriedensleute haben uns ja auch haarscharf bewiesen, daß es unmöglich sei, auf einen Sonderfrieden mit Rußland loszusteuern, da nur ein allgemeiner Friede möglich sei. Die Entwicklung der Dinge hat ihnen unrecht gegeben. Gerade die Verhandlungen mit Rußland rücken das Ende des Krieges näher und wenn das auch denen nicht recht ist, die auf weitere Preissteigerungen hofften und nun ihre Waren bereits zu herabgesetzten Preisen losschlagen müssen, so sind diese Wucherinteressen doch keine Menschheitsinteressen, mit denen die seinerzeitige Parole vom allgemeinen Frieden begründet worden ist. Die Dinge im Osten zeigen, daß der Friede kommt, wenn er reif ist; das ewige Gerede darüber bringt ihn um keinen Tag näher; **man halte sich deshalb an Hindenburgs und Ludendorffs Mahnung: weniger vom Frieden reden und mehr für den Frieden tun**, das heißt, alle Kräfte zusammenzufassen, und auch gegen den Westen den entscheidenden Schlag zu führen und Englands Verbündeten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß jeder Tag, um den sie das Kriegsende verzögern, die Rechnung vergrößert, die die Mittelmächte am Schlusse machen werden und machen müssen.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 647 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.2

Unter „Balfour über Elsaß-Lothringen“. – [Losreißung des linken Rheinufers]

Die „Frankfurter Zeitung“ entnimmt dem „Manchester Guardian“ den Wortlaut der Note des russischen Ministers des Aeußern vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg, der den genauen Inhalt der zwischen der Zarenregierung und Frankreich über die Losreißung des linken Rheinufers von Deutschland betreffenden Abmachungen enthält.

Dieser Wortlaut bestätigt den früher veröffentlichten Inhalt und bringt einige Schattierungen, die das Bild vervollständigen. So heißt es:

Die Gebiete auf dem linken Rheinufer außerhalb des französischen Gebietes sind als selbständiger und neutraler Staat zu errichten und sollen von französischen Truppen solange besetzt gehalten werden, bis die feindlichen Staaten alle im Friedensvertrage festgesetzten Bedingungen und Sicherheiten vollständig erfüllt haben. Die Rheinpfalz, Rhein-Hessen und Rhein-Preußen bis Speyer, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Worms,

Mainz, Trier, Aachen, Koblenz und Köln sollen nach dieser Abmachung von Deutschland losgerissen und zu einem autonomen und in jeder Beziehung von Deutschland losgelösten Staate gemacht werden.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 398 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.1

„Iswestia“ - [bringt neue russische Geheimdokumente]

„Iswestia“ [vom 2. Dezember] bringt in ihren letzten Veröffentlichungen der russischen Geheimdokumente ein Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an Kerenski zur Kenntnis, daß kurz nach dem Falle von Riga verfaßt wurde. Aus dem Bericht geht deutlich die Erregung Poincares über den Fall Rigas und den Lauf der Dinge in Rußland überhaupt hervor. Poincare sagte, laut diesem Berichte, zu dem russischen Geschäftsträger: „Ich muß Ihnen offen sagen, daß eine Niederlage Rußlands ein nationales Unglück für Frankreich bedeuten würde.“

Wenn man diesen Ausspruch Poincares als Gradmesser seiner jetzigen Stimmung über die neuesten Ereignisse in Rußland anlegen will, so muß die Gemütsverfassung des Präsidenten von Frankreich nicht gerade eine glänzende sein.

Das genannte Geheimtelegramm hat folgenden Wortlaut:

Swatikow bittet mich, dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen folgendes zu übermitteln: Ich halte es für meine Pflicht, der Provisorischen Regierung mitzuteilen, daß bei Gelegenheit meiner Abschiedsaudienz beim Präsidenten der Republik Poincare durch die Eroberung Rigas und das darauf folgende Vorrücken der Deutschen außerordentlich erregt war. Er befragte mich sehr eingehend über die Möglichkeit eines sofortigen Vorstoßes gegen Petersburg, das ihm als fast vollständig schutzlos erscheint. „Die Nachrichten aus Rußland sind sehr schlecht“, sagte er, „und wir sind durch die Lage der Dinge in Rußland überhaupt außerordentlich beunruhigt. Sie verstehen natürlich, daß die Regierung sich zwar als provisorische bezeichnen kann, aber tatsächlich eine dauernde Regierung sein kann und auch deren äußeres Aussehen haben kann. Wir wünschen Kerenski von Herzen Erfolg in seinen energischen Bemühungen, mit den schärfsten Maßnahmen die militärische und administrative Ordnung wiederherzustellen. Ich muß Ihnen offen sagen, daß eine Niederlage Rußlands jetzt ein nationales Unglück für Frankreich bedeuten würde.“

Dann sprach Poincare die Ueberzeugung aus, daß General Sankewitsch, ein sehr kluger und vorsichtiger Mann, dessen Mitarbeit er sehr schätze und mit dem er schon alle Einzelheiten besprochen habe, es verstehen würde, die meuternde russische Brigade im Lager von Courtines zur Vernunft zu bringen, ohne daß es notwendig wäre, daß die Franzosen mit Waffengewalt gegen die Russen voringen, was nur die Deutschen sehr erfreuen würde.

Zum Schluß befragte mich der Präsident viel über Kornilov und mehrere andere der Regierung angehörende Persönlichkeiten. Mich persönlich, als einen Teilnehmer der Revolution vom ersten Augenblick an, befragte er sehr eingehend über die ersten Tage des Umsturzes. Der Präsident schloß mit der Bitte, der Provisorischen Regierung seinen Gruß und seine Wünsche für die Festigkeit und Kraft zu übermitteln. Der Ministerpräsident Ribot erschien mir durch die russischen Ereignisse vollständig niedergedrückt und erschüttert. Meine Versuche, ihn zu beruhigen, waren vergeblich. Ueber die zukünftige Rolle Rußlands im Kriege spricht er mit offenem Pessimismus, wobei er sich über das Unglück Frankreichs infolge der russischen Niederlage bitter beklagte. Mit begierigem Interesse fragte er danach, wer aus der Umgebung Kerenskis ein harter und energischer Mensch wäre. Er zeigte mir auf der Karte die möglichen Erfolge der Deutschen in Richtung auf Petersburg, wenn ihnen nicht mit einem entsprechenden Gegenstoß begegnet würde. Nach Erhalt des Telegramms des Generals Hermonius reise ich sofort ab.

Sewastopulo.

Tägliche Rundschau – Nr. 651 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.1

Die allgemeine Kriegslage nach dem Waffenstillstand.

Die neue Lage, die mit dem Waffenstillstand zwischen Deutschland und Rußland eingetreten ist, tritt in den Einzelheiten der Kampfhandlungen deutlich hervor. Schon vor Abschluß des Vertrages über diese Waffenruhe bot das langsame Nachlassen der russischen Kämpfe bis zu ihrem völligen Abschluß die Möglichkeit einer großen Machtentfaltung im Westen.

Dort hatten die Engländer ihre ganze Kraft eingesetzt, um eine Entscheidung mit dem Feldzuge in Flandern herbeizuführen. Nunmehr ist jedoch ihr Vordringen, wo jede 100 Mtr. von englischer Seite hervorgehoben wurden, die der englische Angriff durchmaß, wo schließlich die Engländer ein langsames, aber

stetiges Vorrücken zu sehen glaubten, plötzlich zu Ende. Ihre mit dem Einsetzen des Sommers begonnene Arbeit, ihr ganzer Sommerfeldzug stellt sich jetzt als ein vergebliches Unternehmen heraus.

Der ganze Kampf mit den befestigten Stellungen auf allen Kampflinien ist ja kein Kampf im freien Felde, wie er bei einer Reihe früher Kriege in den Vordergrund tritt. es ist vielmehr eine Schlacht um eine befestigte Feldstellung, wo der Verteidiger stets dann im Vorteil zu sein pflegte, wenn es ihm gelang, den Gegner zum Angriff auf diese Stellung zu zwingen. Die Kunst des Führers bestand immer vor allem darin, die Linie der Stellung so zu wählen, daß der Feind sie auch wirklich angreifen mußte. Diese Geistesarbeit des Feldherrn, die ein Vorbeimarschieren des Feindes an der Stellung durch ein Uebersehen der Angriffsrichtung verhüten mußte, wird in dem Augenblick erleichtert, wo der Feind immer wieder an derselben Stelle anläuft. so war es in Flandern. Solange kein Durchbruch dort erfolgte, war es geradezu ein Vorteil, daß der Feind seine Kräfte hier verausgabte. So bildete der zurückgelegte Weg im Anrennen gegen deutsche Stellungen lediglich einen Maßstab für englische Verluste.

Immerhin war auch der Kampf des Verteidigers eine harte Arbeit, wo die Verantwortung für das Halten der Linien am Rande des offenen daliegenden Landes den Einsatz aller verfügbaren Kraft zeitweise erforderte. Es war schließlich die flandrische Schlachtlinie doch die Stelle, an welcher der schärfste Gegner Deutschlands hindurchzubrechen wünschte. Der Kampf wurde insofern schwierig, als der Feind über Geschütze schwerster Kaliber in großer Zahl verfügte, die den Kampf um die Linien im festen Standhalten auf dem einmal besetzten Fleck nicht zuließen. Gerade um lediglich den Gegner an diesen Stellungen verbluten zu lassen, war ein Zurückspringen bei dem Angriff des Gegners dort erforderlich, um im gegebenen Moment wieder vorwärts zu eilen.

Zum Gegenangriff aber war es nicht notwendig, den soeben vom Feinde durchschrittenen Raum selbst im Angriff von neuem zu durchheilen. Es genügte an anderer Stelle den Gegner zu verwunden, um ihm seinen Vorteil wieder zu entreißen. Um dem Kampf in Flandern seine Schärfe und seine Bedeutung zu nehmen, konnte jeder Angriff, der englische Kräfte überhaupt abzog, erfolgen.

Mit dem Kampf in Italien ist dieser Erfolg erzielt. Der Durchbruch durch die italienischen Linien drohte zu einem Zusammenbruch der englisch-französischen Westfront zu führen, wenn Italien sich selbst überlassen blieb. So entschloß man sich auf englisch-französischer Seite, Kräfte nach dem Süden abzuzweigen. Die Italiener nennen als Hilfstruppen der Entente die Zahl von 250.000 Mann, während die Franzosen bereits eine Stärke von 500 000 angegeben haben. Jedenfalls ist jetzt endlich doch eine Schwächung der ganzen übrigen Westfront auch hierdurch erfolgt, da Italien starke Kräfte an sich zog, die bisher an der französischen und englischen Front kämpften.

Ob es nun zum großen Teil französische oder englische Truppen sind, die nach Italien geschickt wurden, spielt lediglich für die Stärke der französischen oder englischen Linien im Westen eine Rolle. In jedem Falle ist jetzt auch ein Aufhören des Kampfes in Flandern mit dem Zeitpunkt einer Verstärkung der Italiener zu bemerken, die fast zu einem Stillstand der Kampfhandlungen führte. Daß eine tatsächlich bedeutende Schwächung gerade der englischen Kräfte erfolgte, ist wohl zweifelhaft, da vielleicht hauptsächlich französische Truppen nach dem Süden gesandt sind. Das wird auch vielleicht nicht das ausschlaggebende Gewicht für das Ende des Kampfes in Flandern sein. Wenn man den Einfluß der italienischen Schlachten als Faktor für den flandrischen Kampf in Rechnung stellt, so ist es wohl mehr das moralische Gewicht des Zusammenbruchs am Isonzo, das Durcheilen der italienischen Ebene von den Vorbergen Triests bis Venedig – in siegreichem Vordringen mit den Truppen der Deutschen und Österreicher, und endlich das jetzt stattfindende Ringen mit einem verzweifelt um die Piavelinie und den Alpenrand kämpfenden italienischen Heere, welches einen starken Druck auf englische Führung und Truppen im Norden ausübt.

Hierzu kommt, daß der italienische Mißerfolg zu einem Wechsel der englischen Angriffsbewegung mit einem Verlegen des Gewichts von Flandern nach Artois zu einer Niederlage bei Cambrai führte und der Versuch, den in Flandern hierdurch doch teilweise fast unterbrochenen Kampf von neuem aufzunehmen, die Einleitung eines neuen Ringens dargestellt hätte, zu welchem nunmehr die englischen Kräfte noch weniger ausreichen konnten, nachdem sie auch bei Cambrai eine starke Einbuße erlitten hatten. So hat die mit dem Waffenstillstand zusammenfallende Wirkung des italienischen Feldzuges zu der günstigen Lage geführt, daß die deutsche Waffen im Westen dem Feinde weit überlegen sind.

Max von Versen.

Vorwärts – Nr. 349 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.1

Der Waffenstillstandsvertrag. – Französische Pressestimmen.

Die französische Presse vom Mittwoch veröffentlicht den vollen Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages. Alle Blätter widmen der Tatsache lange Besprechungen. „**Homme Libre**“ erklärt, der Waffenstillstand sei die erste Folge des schimpflichen Verrats Lenins. Die Bolschewiki hätten die schwerste Verantwortung auf sich genommen, indem sie den Vertrag namens der russischen Regierung unterzeichneten.

„**Matin**“ tröstet, die Maximalisten seien nicht ganz Rußland. Immerhin werde man ein wagemutiges Manöver Deutschlands erleben, das der maximalistischen Regierung einen Anschein von Gesetzlichkeit zu verleihen trachten werde.

„**Journal**“ schreibt, von den Maximalisten könnte man alles erwarten, aber das deutsche Manöver übersteige an Kühnheit alles, was man von Männern erwarten könne, die gewohnt seien, Tatsächlichkeiten zu handhaben. Man stehe tatsächlichen Friedenspräliminarien gegenüber. Die Räumung Persiens und der Türkei durch die russischen Truppen sei Verrat gegen die britische Armee in Mesopotamien. Hier seien schon die schlimmsten Wirkungen eines Sonderfriedens verwirklicht.

„**Echo de Paris**“ betont, die Anwesenheit Dr. v. Kühlmanns sei ein Anzeichen dafür, daß Deutschland wichtige wirtschaftliche Abmachungen mit den Russen vorhabe.

„**Temps**“ hält es für sicher, daß die Friedensverhandlungen bald zu einem Ergebnis gelangen werden, denn Dr. v. Kühlmann und Graf Czernin würden nicht ihren Ruf aufs Spiel setzen, wenn sie nicht die Gewißheit des Gelingens besäßen. „**Temps**“ fordert, falls die Maximalisten wirklich Verräter seien, solle man sie entlarven. Andernfalls solle man ihnen erklären, daß die alliierten Regierungen einen gerechten Frieden wollten und Rußland durch einen Sonderfrieden eine nutzlose, unheilvolle Handlung begehen würde .

Deutsches Volksblatt – Nr. 10406 – Freitag, den 21. Dezember 1917 - S.11

Wann die Entente die Aushungerung vorbereitet hatte.

Frankfurt, 20. Dezember. Die „**Frankfurter Zeitung**“ meldet aus Bern: Die Nachricht, daß die französische Regierung im Mai 1914 mit der Schweizer Regierung Verhandlungen eröffnet habe, die die Getreideeinfuhr aus der Schweiz zum Gegenstand hatten und in denen der Schweiz die Zufuhr über den Hafen Bordeaux angeboten wurde, ist richtig. Die Entente traf also schon im Frühjahr 1914 Maßnahmen, die nur durch den nahe bevorstehenden Kriegsfall erklärlich sind. Die Pläne zur Aushungerung der Mittelmächte waren mithin schon damals fertig.

Die „Friedensanträge“ an Frankreich. – Caillaux Verteidigung.

Genf, 21, Dezember. Drahtmeldung der Vossischen Zeitung. Der „**Matin**“ veröffentlicht in seiner Donnerstag-Morgen-Ausgabe Auszüge aus dem Stenogramm der Ausschußverhandlungen über die Strafklage gegen Caillaux. Da der „**Matin**“ nur durch eine Indiskretion in den Besitz des Dokumentes gelangen konnte, hat das Kammerbüro eine Untersuchung eingeleitet. Die Angelegenheit war gestern nachmittag in der Kammer Gegenstand einer kurzen, aber sehr aufgeregten Diskussion. Das Stenogramm enthält außer langen grundsätzlichen Auseinandersetzungen des Referenten Paisant über die Pflicht der Kommission, dem Gerichtsverfahren ohne Urteil über Schuld oder Unschuld Caillaux' durch die Aufhebung der Immunität seinen Gang zu lassen, zwei außerordentliche bedeutungsvolle Erklärungen Caillaux' und Clemenceaus.

Caillaux äußerte sich im Laufe seiner zweiten Zeugeneinvernahme ausführlich über das (schon kurz erwähnte) durch Vermittlung eines ungarischen Journalisten erfolgte angebliche deutsche Friedensangebot. Danach erhielt Caillaux im Sommer 1915 von dem ungarischen Journalisten Licpher (?), den er vor dem Krieg persönlich kannte, aus der Schweiz einen Brief, in dem mitgeteilt wurde, er, Licpher, könne Caillaux Mitteilungen über für Frankreich außerordentlich günstige deutsche Friedensvorschläge machen. Dieser Brief blieb ohne Antwort. Licpher schrieb ein zweites und drittes Mal. Caillaux antwortete nicht. Eines Tages erhielt Caillaux den Besuch einer Dame, die erklärte, sie komme im Auftrage Licphers, Licpher wünschte Caillaux darauf aufmerksam zu machen, er handle im Namen des früheren Sekretärs der deutschen Botschaft in Paris, Baron von Lancken. Dieser ersuche in einem Briefe Licpher, der französischen Regierung Friedensvorschläge zu unterbreiten. Caillaux setzte sich sofort mit Malvy und dem damaligen Ministerpräsidenten Viviani in Verbindung. Viviani sagte zu Caillaux: „Lehnen Sie ab; der Baron von Lancken ist nicht der Mann, mit dem man verhandelt“. Caillaux schrieb der Dame auf der Stelle einen Absagebrief.

Im Oktober 1915 bekam Caillaux von Licpher wieder einen Brief. Licpher schrieb u.a.: „Es ist ausgeschlossen, daß man derartig vorteilhafte Bedingungen, wie sie Deutschland Frankreich vorschlagen will, abschlägt.“ Caillaux übergab daraufhin Briand, der inzwischen das Ministerpräsidium übernommen hatte, das gesamte Material in dieser Sache und zeigte ihm auch die Abschrift eines Antwortschreibens, in dem er Licpher dringend ersuchte, seinen Korrespondenzen einzustellen. Es sei eine Beleidigung, ihm fortgesetzt derartige Vorschläge zu machen.

Es verging einige Zeit, dann erschien bei Caillaux ein Herr, der sich als Schweizer vorstellte. Er überreichte Caillaux, ohne ein Wort zu sagen, einen verschlossenen Brief. Caillaux öffnete und liest folgende: „Wenn Herr Licpher Ihnen als Vermittler nicht paßt, wollen Sie dann mich benützen?“ Caillaux bittet den Herr, sofort das Haus zu verlassen; aber noch mehrmals, und noch wenige Tage vor Eröffnung der Strafverfolgung durch Clemenceau, bekam Caillaux aus der Schweiz einen Brief mit ähnlichen Annäherungsversuchen. Jedesmal machte Caillaux sofort dem Minister des Auswärtigen Mitteilung.

Clemenceau gab bei seinem Zeugenverhör vor dem Elferausschuß Erklärungen ab, die über den Rahmen des Caillaux-Prozesses weit hinausgehen, und die eine Art persönlichen Glaubensbekenntnisses zu seiner Mission als Retter des Landes darstellen.

Die neue Rede Lloyd Georges. – Lloyd George über die militärische Lage.

London, 21, Dezember. (W.T.B.) Lloyd George tat in Fortsetzung seiner Rede einen Rückblick auf die Ereignisse in Rußland. Zu Beginn des Jahres sei das russische Heer besser ausgerüstet gewesen, als je zuvor, und habe besonders Schießbedarf in Hülle und Fülle gehabt. Von ihm und den gut ausgerüsteten Heeren im Westen und in Italien habe man einen solchen Druck auf die preußische Armee erwartet, daß man ihr eine entscheidende Niederlage beibringen könnte. Die russische Armee habe sich aber das ganze Jahr hindurch so gut wie ganz ruhig verhalten, während Deutschland ihren Besitz im Westen nicht ganz hätte halten können, bis auf den letzten bemerkenswerten Ueberraschungserfolg, dessen Ursachen jetzt untersucht würden. Allerdings würde, auch wenn die russische Armee den ihr von uns zugewiesenen Teil durchgeführt hätte, der Hochmut der preußischen Militärmacht nicht völlig gedemütigt worden sein.

Dagegen betont Lloyd George Englands Erfolge an anderen Stellen des Weltkriegsschauplatzes stark. Einem späteren historischen Rückblick werde die russische Revolution als sehr bemerkenswert und das erste

Eintreten Amerikas nicht nur in den Krieg, sondern in die Weltpolitik, als charakteristisch erscheinen. Das nächste Ereignis, um dessentwillen man sich dieses Jahres stets erinnern werde, würde **die Eroberung von Mesopotamien und Palästina und die Befreiung der Araber von der türkischen Herrschaft sein**. Zum gleichen Range erhob Lloyd George die Schaffung eines Rates aller Alliierten. [.....]

Lloyd George kam dann auf die beiden bedrohlichen Ereignisse der letzten Wochen, erstens **die unerwartete Niederlage Italiens**, dem die britischen und französischen Truppen dann durch ihre überraschend schnelle Hilfe eine materielle und auch moralische Unterstützung gegeben und so die Lage an der italienischen Front wiederhergestellt hätten; allerdings sei durch diese Fortnahme von Truppen die Lage an der Westfront besorgniserregend geworden. **Die andere Verschlimmerung sei in Rußland eingetreten, das bisher wenigstens dem Namen nach im Kriege gegen Deutschland gewesen sei** und eine sehr große Zahl deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen festgehalten habe. Die Abmachung im Waffenstillstandsvertrage, keine Truppen von der Ostfront wegzunehmen, gewähre keine genügende Sicherheit. Diese beiden Veränderungen hätten Englands Besorgnisse vermehrt und anderen im Kriege befindlichen Ländern weitere Verpflichtungen auferlegt; so müsse auch England größere Opfer bringen und sein Feldheer während des kommenden Jahres verstärken. [.....]

Die nächsten Monate erklärte Lloyd George für die kritischsten des ganzen Krieges, weil eine große Macht aus dem Kriege ausgeschieden, eine andere noch nicht voll daran beteiligt sei. Allerdings habe auch der Feind seine Schwierigkeiten; beispielsweise hätten die deutschen Arbeiter sich so verschlechtert, daß die Erzeugung Deutschlands, auf den einzelnen Mann berechnet, gegenüber dem ersten Kriegsjahr um etwa 52 Prozent heruntergegangen sei. Andererseits seien Frankreichs Verluste viel geringer, als diejenigen Oesterreichs, und diejenigen Englands nicht höher als ein Viertel oder ein Fünftel der ständigen Verluste der Deutschen. Die Mannschaftsreserve der mit England in tätiger Bundesgenossenschaft gegen *[Deutschland stehenden Völker aber dürfte doppelt so stark sein, als diejenigen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der ihnen verbündeten Länder.]* diejenige Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der ihnen verbündeten Länder.

Zu den gestrigen Kriegszielerörterungen bemerkte Lloyd George: Seitdem Rußland in Sonderverhandlungen getreten ist, muß es sein Gebiet natürlich selbst schützen, und dadurch sind auch die Fragen wegen Konstantinopel erledigt. Im übrigen erklärte er, er habe die englischen Kriegsziele bei vielen Gelegenheiten klargelegt. Die Friedenskonferenz werde bei der Verfügung über die eroberten deutschen Kolonien die Wünsche ihrer Bevölkerungen berücksichtigen müssen. Er versuchte die Ansicht lächerlich zu machen, daß England in den Krieg getreten sei, um Eroberungen zu machen, und **schob den Ausbruch des Krieges der ruhelosen und anmaßenden deutschen Militärkaste zu, die den Frieden der Welt störe. Englands Sieg sei das einzige, was die Friedensbedingungen verwirklichen könne**. In dem künftigen Völkerbund müßte Deutschland durch das deutsche Volk vertreten sein, und dies sei der Grund, weswegen die Regierung die Arbeiterpartei und das Parlament um die notwendige Verstärkung an Kräften ersuche. Lloyd George ging noch weiter auf **die angeblich jahrelangen Vorbereitungen Deutschlands auf einen Angriffskrieg ein. Wiederholt habe er versucht, Rußland und Frankreich zum Kriege zu zwingen, und beide hätten den Frieden durch Demütigungen erkaufen müssen**, um einen Preis, den England nicht auf sich genommen haben würde. Er schildert den Charakter der deutschen Militärkaste als roh, gewalttätig und dabei durch das deutsche Militärgesetz geschützt, und dies, auf das Völkerrecht übertragen, sei die Haltung Deutschlands gegenüber den zivilisierten Nationen, zum Beispiel Belgien, gewesen. Sie müsse durch den Krieg niedergezwungen werden, sonst könne kein Frieden werden. Darum **sei der Sieg eine grundsätzliche Bedingung**.

Nach Lloyd George behandelte **Asquith** die Kriegsziele, die darauf hinausgingen, durch einen freien Bund der großen und kleinen Staaten für die ganze Welt Freiheit und Gerechtigkeit zu erlangen und zu sichern. Für die Ereignisse in Rußland machte er deutsche Bestechung und als noch wirksamer die auch in Italien und neutralen Ländern tätige „ungeheure, täuschende, aber in höchster Weise überzeugungsvoll gestaltete Werbearbeit“ Deutschlands verantwortlich.

Weiter an dieser Stelle aus :

Berliner Börsen Zeitung, 599, 22.12.1917, S.2:

Jeder Kunstgriff literarischer und rhetorischer Art in Bild und Schaustück ist angewandt worden, um unsere Handlungsweise anzuschwärzen, unsere Ziele zu entstellen und die Sache der Alliierten als Sache der Heuchelei und des Imperialismus darzustellen. Zum Teil als Erfolg dieser Sendboten der Lüge, anderenteils infolge reiner Unwissenheit besteht den Demokratien Europas – und nicht nur in neutralen Ländern – weithin eine häufig sogar ganz ehrlich gehegte falsche Auffassung von unserer Herrschaft und unseren ferneren Zielen.

Und doch hätten die Alliierten von Kriegsbeginn an wiederholt bestimmte Erklärungen abgegeben, die allen Zweifel und Argwohn hätten verscheuchen sollen. Schon im September 1914 habe er selbst erklärt, daß die Alliierten den Gedanken der Volksrechte aus der Welt des Gedankens in die der Tatsachen übertragen und vielleicht letzten Endes durch langsame und schrittweise Entwicklung an die Stelle der Gewalt, der Zusammenstöße und ehrgeiziger Bestrebungen zwischen Gruppen und Allianzen und an Stelle des schwankenden Gleichgewichts eine wirkliche europäische Gemeinschaft auf Grund gleicher Rechte und gemeinsamen Willens setzen sollten; das sei der Bund der Völker. Nach dem Beitritt der Vereinigten Staaten zu diesem Ziele werde diese Gemeinschaft eine nicht nur europäische, sondern weltweitemspannende sein. Von Anfang an sei England entschlossen gewesen, hierfür den Krieg bis zum rechten Ende durchzuführen. Hoffentlich werde man alle Völker, die alliierten, wie die neutralen, zu dieser Einsicht bringen können.

Lloyd George über den U-Bootkrieg.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben:

Lloyd George hat am 20. Dezember trotz der Warnung verschiedener Landsleute, sich mehr aufs Handeln wie aufs Reden zu verlegen, abermals im Unterhause eine Ansprache gehalten, in der er auch u.a. wieder die Wirkung des U-Bootkrieges herunterzusetzen versuchte. Er behauptet zunächst, daß die Verluste an englischer Handelsschiffstonnage abgenommen hätten. Diese Behauptung trifft gewiß zu. Sie hat aber auch sehr natürliche, für Deutschland und seine Verbündeten erfreuliche Gründe. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß bei der außerordentlichen Abnahme der Weltschiffstonnage infolge des Sperrgebietskrieges, insbesondere aber des für den englischen Verkehr heranziehenden Schiffsraum, die von unseren U-Booten herbeigeführten Versenkungen naturnotwendig allmählich abnehmen müssen. Auch das von unseren Gegnern wiederholt als wirksames Gegenmittel gegen den U-Bootkrieg ins Feld geführte Konvoy-System arbeitet mit seinem fortschreitenden Ausbau im steigenden Maße zu unseren Gunsten. Denn es bedeutet vor allem infolge der unvermeidlichen Schiffsanhäufung in den Häfen und der damit verbundenen erheblichen Verzögerung in der Abfertigung der einzelnen Schiffe einen derart großen Verlust an ausnutzbarem Schiffsraum, daß es schon einer ganz erheblichen Versenkungsziffer bedarf, um jenen unnutzbaren Schiffsraumverlust durch die direkte Methode der Schiffsvernichtung zu erreichen. So bezeichnete der Kapitän des jüngst versenkten englischen Dampfers „Cordove“ den durch die Konvoyierung entstehenden Zeitverlust als „zu ungeheuerlich“.

Lloyd George behauptet ferner, die Schiffsneubauten hätten zugenommen. Bei den bescheidenen Schiffsbauleistungen Großbritanniens der Jahr 1915 und 1916 will das nicht viel sagen. Dagegen wäre sehr wertvoll gewesen, wenn Lloyd George seinen Landsleuten und der übrigen Welt bestimmte Zahlen über Schiffsneubauten gegeben hätte. Er tut das nicht, sondern **stellt nur die unklare Behauptung auf, daß der gegenwärtige Schiffbaubestand Englands ein derartiger sei, daß er sich über dem Höchstmaß des Jahres 1913 befände.** Er sagt nicht, ob er darunter auch Kriegsschiffe begreift, oder ob er darunter nur im Bau oder in Auftrag befindliche Schiffe versteht. Auch verschweigen seine Angaben geflissentlich, wie sich die Tonnage auf den für den entscheidenden Ueberseeverkehr verwendbaren Schiffsraum und auf kleine und kleinste Küstenfahrer und Fischerfahrzeuge verteilt.

Lloyd George meint ferner, daß die Versenkungen deutscher U-Boote zugenommen hätten. Diese Behauptung ist besonders überraschend, nachdem Lloyd George wegen seiner bekannten Auslassung, nach der an dem Tage des 17. November allein 5 deutsche U-Boote versenkt sein sollten, sich selbst in England höhnische Bemerkungen für seine kühne Phantasie hat sagen lassen müssen. Die U-Bootsverluste halten sich, wie ausdrücklich festgestellt sein mag, trotz verstärkter Gegenwirkung nach wie vor in einer Höhe, die durch den Zuwachs erheblich übertroffen wird.

Auf die Behauptung Lloyd Georges, daß England trotz des U-Bootkrieges nur 6 pCt. seiner Einfuhr verloren hätte, kann erst eingegangen werden, wenn die jetzige unklare Fassung jenes Teils seiner Rede durch einen verständlicheren Bericht ersetzt wird. Das einzige, worin wir Lloyd George beistimmen können, ist die Versicherung, daß der U-Bootkrieg für England die bedrohlichste Lage, der es in diesem Kriege gegenübergestellt war, herbeigeführt hat. Wir weichen nur darin erheblich von ihm ab, daß nicht, wie Lloyd George behauptet, diese „bedrohlichste Lage“ von ihm gemeistert worden ist, sondern daß sie sich mit jedem Tage weiteren U-Bootkrieges immer bedrohlicher für Großbritannien und seine Verbündeten gestaltet.

Parlamentarisierung der Reichsregierung. –

von Freiherrn von Zedlitz und Neukirch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten

Die innere Politik des Reichs stand in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 ohne Zweifel im Zeichen der Parlamentarisierung der Reichsregierung. Schon bei dem Rücktritt Herrn v. Bethmann Hollwegs spielte die Feststellung der Tatsache, daß er sich des vollen Vertrauens der großen Mehrheit des Reichstages nicht mehr erfreute, eine bedeutsame, vielleicht sogar die entscheidende Rolle. Das Schicksal seines Nachfolgers aber war entschieden, als die Mehrheit des Reichstages keinen Zweifel mehr darüber ließ, daß ein gedeihliches Zusammenwirken mit ihm ausgeschlossen sei. Graf Hertling endlich hat die Berufung zum Amte des Reichskanzlers erst angenommen, als er sich durch Verhandlungen mit den Parteiführern ein solches Zusammenarbeiten mit dem Reichstage gesichert zu haben glaubte. Und zwar durch Verständigung über gewisse Richtlinien der äußeren und inneren Politik. Daß Graf Hertling dabei nichts zugestanden hat, was er nicht selbst als sach- oder zeitgemäß angesehen hätte, ist für die Beurteilung seiner Persönlichkeit von Wert, ändert aber an der politischen Bedeutung jener vorgängigen Abreden nichts.

Mit der Berufung von Parlamentariern in die Regierung war schon unter Dr. Michaelis durch die Ernennung der Herren Dr. Spahn und Dr. v. Krause zu Chefs des Justizministeriums bzw. des Reichsjustizamts sowie des Abgeordneten Schiffer zum Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt ein Anfang gemacht worden. Ungleich größere Bedeutung beansprucht aber die Ernennung des Obmanns der Linkenmehrheit des Reichstages zum Vizekanzler und des Führers der nationalliberalen Partei zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums.

Von demokratischer Seite werden diese Schritte auf dem Wege zur Parlamentarisierung der Reichsregierung als dauernde Errungenschaft, als die erste Etappe zur Einführung des parlamentarischen Systems gefeiert. Es bedarf daher sicher der Prüfung, ob jenen Vorgängen wirklich eine solche Bedeutung bewohnt.

Was zur Parlamentarisierung der Reichsleitung geschah, ist Folgeerscheinung der im Vergleich zur der Zeit vor dem Kriege stark gestiegenen Macht des Reichstages. Es gilt also die Quellen dieses Machtzuwachses auf ihre Dauerhaftigkeit zu untersuchen. Für den Reichstag war bis zum letzten Sommer der Mangel einer festen geschlossenen und entschlossenen Mehrheit bezeichnend. Neben der echt deutschen Zersplitterung in eine größere Anzahl von Gruppen und Grüppchen lag die Ursache in der vom Standpunkt der Machtpolitik sehr klugen Taktik des Zentrums, sich für die Bildung der Mehrheit völlig freie Hand zu bewahren und so je nach der politischen Lage sich bald mit den Rechtsparteien, bald mit den Linksparteien zur Mehrheitsbildung zusammenzuschließen.

Im Kriege hat sich zwar eine gewisse Gemeinsamkeit aller bürgerlichen Parteien herausgebildet, die in gemeinsamen Erklärungen bei wichtigen Anlässen ihren äußeren Ausdruck fand. Allein die Verbindung war doch nur lose und ging vor Jahresfrist bei der Frage der Behandlung des Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 in die Brüche. Erst in der Julitagung schlossen Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokraten sich zu einer festen Mehrheit zusammen. Diese Mehrheitsbildung fand einen sehr zweckmäßigen organisatorischen Ausdruck in den ständigen interfraktionellen Besprechungen, an denen nunmehr auch die Nationalliberalen teilnahmen. Dadurch sind die Rechtsparteien, welche jenen Besprechungen fernblieben, ganz an die Wand gedrückt.

Mit der Bildung dieser Mehrheit war die Grundbedingung für die erhöhte Machtstellung des Reichstages geschaffen. Als überaus wirkungsvolle Unterstützung kam hinzu die Notwendigkeit einmütigen Zusammenwirkens zwischen Reichsleitung und Reichstag während des Krieges um Interesse siegreicher Kriegführung. Von diesem starken Hebel zur Bestärkung der Macht des Reichstages hat die radikalste und zugleich tatkräftigste Gruppe der Linkenmehrheit, die sozialdemokratische Fraktion, mit an Skrupellosigkeit grenzender Entschlossenheit und Konsequenz einen überaus wirksamen Gebrauch gemacht. Sie arbeitete in erster Linie mit der Drohung, die Kriegskredite abzulehnen. In der Julitagung wurden diese mit auf die allgemeine hochgradige Nervosität berechneten dunklen Andeutungen von der Möglichkeit kriegsgefährlicher Erschütterungen unterstützt.

Noch vor kurzem hat der Abgeordnete Dr. Stresemann zur Verteidigung des Verhaltens der nationalliberalen Reichstagsfraktion in Wort und Schrift auf solche dunklen Andeutungen hingewiesen. So gelang es, die Friedensentschließung vom 19. Juli und den Wahlerlaß vom 11. Juli durchzudrücken. Mit Ablehnung des letzten Kriegskredits wurde gleichfalls gedroht, falls Dr. Michaelis noch Reichskanzler wäre, und

dessen Bewilligung ist von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich mit der Erfüllung ihrer außen- und innenpolitischen Forderungen begründet worden.

Daß die notgedrungene Rücksichtnahme auf Kriegserfordernisse keine dauernde Bedeutung für die Reichspolitik haben kann, leuchtet ohne weiteres ein. Für die Übergangszeit vom Kriegs- zum Friedenszustande wird mit einer solchen wohl noch zu rechnen sein, wenn dieser aber erst erreicht wird, greift das freie Spiel der politischen Kräfte wieder Platz.

Es ist aber auch keineswegs sicher, kaum selbstwahrscheinlich, daß die jetzige Linkenmehrheit als dauerndes Inventar in die Friedenszeit mit übernommen werden wird.

Die Zentrumsfraktion hat in ihrer neulichen Erklärung sehr nachdrücklich hervorgehoben, daß ihr jetziger Zusammenschluß mit den demokratischen Gruppen nur durch die politischen Erfordernisse der jetzigen Kriegszeit bedingt sei, aber nicht entfernt die Bedeutung eines dauernden Bündnisses habe. Zugleich ist für die Zukunft die volle Bewegungsfreiheit vorbehalten worden. **Solange sich nicht die Möglichkeit einer anderen gleichwertigen Mehrheitsbildung bietet, wird das Zentrum schon um der politischen Macht willen sicher bei der Stange bleiben.** Eine solche Möglichkeit ist ausgeschlossen, solange die Rechtsparteien bei ihrer Isolierung verharren. Es verdient daher ernste Erwägung, ob die Rechtsparteien nicht die durch die Friedensverhandlungen gebotene Gelegenheit benutzen sollten, sich nach dem Beispiele der Nationalliberalen gleichfalls an den interfraktionellen Besprechungen zu beteiligen. Alsdann würden vielleicht schon die Verhandlungen über den Wiederaufbau der Reichsfinanzen zur Bildung einer neuen Mehrheit unter Ausschluß der Sozialdemokraten führen können.

Wenn so zwar die jetzige Mehrheit nicht als Dauergebilde anzusprechen ist, so wird die Erkenntnis der Machtfülle, welche dem Reichstag aus einer starken und festen Mehrheit erwächst, doch als dauernde Errungenschaft in die Friedenszeit übernommen werden und ihre praktische Wirkung nicht verfehlen.

Ob und inwieweit die jetzige Parlamentarisierung der Reichsregierung die Kriegszeit überdauern wird, hängt daher wesentlich von der letzteren, ihrer Stärke und Entschlossenheit ab. Graf Hertling hat im Abgeordnetenhouse ausdrücklich anerkannt, daß in normalen Zeiten die Annahme der Ernennung zum Reichskanzler nicht von Vorverhandlungen mit dem Parlamente abhängig zu machen sein werde. Hat sein Nachfolger den Willen und die Kraft, dies Wort einzulösen, so werden die jetzigen Vorgänge die Bedeutung eines ersten entscheidenden Schrittes auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft verdienen. Andernfalls würden dahingehende Hoffnungen und Befürchtungen nur zu berechtigt sein und wir vor einer modernisierten Wiederauflage der Wahlkapitulationen stehen, welche schließlich das Kaisertum zu dem Schatten eines solchen erniedrigten und die Macht und Stärke des Deutschen Reiches mehr und mehr schwinden ließen.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 652 – Samstag, den 22. Dezember 1917 - S.1

Ein neues deutsches Friedensangebot?

Köln, 21. Dezember. Unser m-Berichterstatte meldet: In der ausländischen Presse wird, vielleicht in Ausnutzung der Wiederkehr des Jahrestages des Friedensangebotes der Mittelmächte, das Gerücht verbreitet, ein neues Friedensangebot von unserer Seite stehe bevor. Demgegenüber erklärt die „Kölnische Zeitung“ (offiziös?) mit aller Entschiedenheit, daß das nicht der Fall sei. Deutschland und seine Verbündeten haben nicht den geringsten Anlaß, ihr hochherziges Friedensangebot zu wiederholen. Wenn Lloyd George in seiner letzten Unterhausrede erklärt hat, es wäre vergeblich, zu behaupten, daß die Hoffnungen, die England zu Anfang dieses Jahres hegte, erfüllt wären, so wird alle Welt darüber einig sein, daß das ein sehr milder Ausdruck für die militärische Katastrophe ist, mit der die Verbandsvölker die Ruchlosigkeit ihrer Regierungen zu bezahlen haben.

Deutsche Tageszeitung – Nr. 653 – Samstag, den 22. Dezember 1917 - S.1

„Frevel am Vaterlande.“

Unter diesem pathetischen Titel wendet sich die „Kölnische Zeitung“ gegen unsern Artikel vom 17. Dezember „Der Zusammenbruch der Kühlmannschen Politik“. Die Erwiderung kommt ein wenig spät, und wir haben während der seither verflossenen Tage mit stillem Interesse verfolgt, wie schwer der Entschluß zur Widerlegung fiel. Sie ist sachlich auch danach ausgefallen, und wie immer in solchen Fällen, wird das, was an sachlichen Argumenten fehlt, durch sittliche Entrüstung ersetzt.

Die „Kölnische Zeitung“ erklärt, die auf Balfour sich stützende Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, Kühlmann habe ein „Friedensangebot“ nach London gerichtet, sei falsch, vielmehr sei laut

Erklärung der deutschen Regierung das Angebot, die Anfrage an sie, von London ausgegangen. Wir erwidern hierauf, daß unsere Behauptung sich nicht auf Balfour stützt, sondern hauptsächlich auf andere Gewähr. Auf die Behauptung der „Kölnischen Zeitung“ hinsichtlich eines Friedensangebots sei noch einmal bemerkt, daß aus der bekannten Berner Finanzkonferenz heraus deutsche Mitteilungen nach London gelangt sind, welche ihrerseits dann durch Vermittlung der spanischen Regierung die bekannte britische Antwort zur Folge gehabt haben. Die „Kölnische Zeitung“ dürfte ebenso gut wie wir wissen, daß derartige Mitteilungen, wie die durch Vermittlung der Berner Konferenz nach London gegangen, nicht mit einer sichtbaren Ueberschrift: „Dieses ist ein Friedensangebot der deutschen Regierung“ oder ähnlich versehen werden. Wenn die „Kölnische Zeitung“ mithin über den Ausdruck „Friedensangebot“ Silben stechen möchte, so halten wir das für ein ziemlich überflüssiges Unternehmen. Auf alle Fälle halten wir unsererseits an der hiermit noch einmal skizzierten Behauptung vom vergangenen Montag in jeder Beziehung fest.

Noch schöner ist der zweite Gegenbeweis der „Kölnischen Zeitung“. Sie sagt, die auf den „Manchester Guardian“ sich stützende Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, die englisch-deutsch-französische Finanzklique habe das Angebot Kühlmanns nach London übermittelt, sei falsch, einmal, weil die obige Erklärung der deutschen Regierung vorhanden sei, dann „weil die deutsche Regierung laut ihrer Erklärung von der Berner Konferenz der Finanzmänner nichts weiß“. Die „Kölnische Zeitung“ hätte sich u.E. so viele Worte ersparen und einfach sagen können: Die deutsche Regierung erklärt dieses und erklärt das, also ist es so! Wir können unsererseits diesen Erklärungen des Auswärtigen Amtes besonders angesichts einer heiklen Situation in der Friedensangebotssache und den offiziösen Erklärungen nicht erheblichen Wert beimessen. Daß die deutsche Regierung von der Berner Finanzkonferenz nicht gewußt habe, ist ein Scherz, den man angesichts der obwaltenden Verhältnisse nicht einmal als einen „gelungenen“ bezeichnen kann.

Der dritte Gegenbeweis der „Kölnischen Zeitung“ besteht darin, daß sie die Richtigkeit der von uns wiedergegebenen englischen Uebersetzung der Mitteilung des russischen Geschäftsträgers an seine Regierung anzweifelt. Wir sind weit entfernt von der uns durch die „Kölnische Zeitung“ insinuierten Auffassung, wir nähmen Aeußerungen englischer Staatsmänner und englischer Blätter ohne weiteres als einwandfrei hin. U.E. ist aber der Wortlaut jenes russischen Geschäftsträgerberichtes längst dem deutschen Auswärtigen Amt bekannt. Es wäre dieser Behörde also ein Leichtes gewesen, Fehler der englischen Uebersetzung festzunageln, bzw. gleich den authentischen russischen Text oder französischen Text mit Uebersetzung zu veröffentlichen. Wir würden dann mit besonderer Genugtuung davon Kenntnis nehmen. Selbst dann aber würde das politische Ergebnis das gleiche geblieben sein – auch der von uns als unrichtig bezeichnete in Deutschland verbreitete deutsche Text beweist das –: daß **die Kühlmannsche Politik des fortgesetzten Winkens mit der lang ausgestreckten Friedenshand im feindlichen Auslande nur den Eindruck der Schwäche und des bevorstehenden moralischen Zusammenbruches auf Großbritannien gemacht hat** und die großbritannische Regierung diesen Eindruck für den wertvoll genug hielt, ihn den Botschaftern ihrer Bundesgenossen zur Ermutigung und Ermunterung mitzuteilen.

Es bleibt mithin an Sachlichem vom Gegenbeweise der „Kölnischen Zeitung“ nichts übrig, und was die sittliche Entrüstung betrifft, so lassen wir diese dem Blatte gern, denn sie ist für den, der sie hegt und äußert, zum mindesten ein angenehmes Gefühl.

Wie bezeichnenderweise zugleich die „Kölnische Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ schreiben – es handelt sich um ein in der Wilhelmstraße ausgegebenes Stichwort – ist es ein besonderer Frevel der „Deutschen Tageszeitung“, durch die Kritik der Politik Herrn von Kühlmanns, ihn für die Friedensverhandlungen im Osten der Autorität zu berauben und zu diskreditieren. Gerade seine Autorität bei den Friedensverhandlungen sei besonders viel wert usw. Uns ist ebenso wie der „Kölnischen Zeitung“ die Persönlichkeit Herrn von Kühlmanns an und für sich gleichgültig. Wir kennen aber seine politische Vergangenheit und sind deshalb in der Lage gewesen, auch seine Tätigkeit als Staatssekretär von Anfang an mit Verständnis zu verfolgen, werden uns auch gestatten, in Zukunft das Gleich zu tun.

Die „Kölnische Zeitung“ greift schließlich zu dem Argument, der Kaiser habe Herrn von Kühlmann als den Fähigsten und Geeignetsten ausgewählt. Aus naheliegenden Gründen verzichten wir hier auf eine Erwiderung, die nicht schwer wäre, möchten aber allgemein sagen, daß **seitdem jene sogenannte Mehrheit des Reichstages der Krone die höchsten Beamten des Reiches gebieterisch aufdrängt oder sie ebenso gebieterisch zum Rücktritt zwingt, für uns diejenigen Gründe, welche unter den verfassungsmäßigen Verhältnissen zur Zurückhaltung usw. bestanden, nicht mehr vorhanden sind, am allerwenigsten Herrn von Kühlmann gegenüber.**

Nach der „Kölnischen Zeitung“ verdient es Anerkennung und Dank, daß Herr von Kühlmann „den Mut gehabt hat, den Auftrag anzunehmen“. Wir glauben, daß Herr von Kühlmann schon längst den Posten des

Staatssekretärs für sich erstrebt hat und sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, diesem Mute gerade Anerkennung zu zollen, halten aber hauptsächlich unter dem hier oft dargelegten sachlichen Gesichtspunkte die Kühlmansche Politik und ihre Ziele nach wie vor für unrichtig und verderblich, können infolgedessen auch der „Kölnischen Zeitung“ mit ihrer Ansicht beipflichten, daß man verpflichtet sei, die Autorität eines Staatsmannes zu hegen und zu fördern, dessen Politik man für schädlich hält, und zwar ganz besonders, wenn sie sich durchsetzt.

Wenn die „Kölnische Zeitung“ die Aufgabe erhalten hat, sittliche Entrüstung zu äußern, so liegt der „Frankfurter Zeitung“ das ebenfalls dankbare Geschäft ob, „mit Gemüt“ zu arbeiten. Das Blatt schreibt, die alldeutsche Presse habe nicht unterlassen, dem deutschen Volke die Freude an einer möglichen Verständigung mit Rußland zu nehmen und zwar durch Diskreditierung des Staatssekretärs von Kühlmann. Es ist schwer, sich der Tränen zu erwehren, wenn man so gemütvoll Ausführungen liest und gerade in der „Frankfurter Zeitung“. Unseres Erachtens ist unser Verfahren mit dem Zwecke, späteren Enttäuschungen vorzubeugen, ungleich mehr im öffentlichen Interesse, und das umsomehr, bevor Unabänderliches geschaffen worden ist. Wie der schöne Spruch heißt:

„Manger Mann wol luude singet,
Wenn man ihm de Bruud bringet.
Wußte er, was man ihm brochte,
Er wol weinen mochte.“

[Übersetzung des Spruchs:

„Mancher Mann würde laut singen,
Wenn man ihm seinen Nachwuchs bringt,
Wüßte er, wen man ihm bringt,
Er wohl weinen möchte.“]

E.R

Deutsches Volksblatt – Nr. 10407– Samstag, den 22. Dezember 1917 - Morgen - S.2

Die Entente neuerlich zur Teilnahme aufgefordert.

Genf, 21.Dezember. Dem „Progres“ zufolge teilte der Ministerpräsident am Montag dem Heeresausschusse des Senats mit, daß von der Bolschewikiregierung in den letzten Tagen ein neuer Vorschlag zur Teilnahme an den allgemeinen Friedensverhandlungen bei den Alliierten eingegangen sei.

Die Russen unter Lenin forderten die Entente auf, sich an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu beteiligen um einen allgemeinen Frieden zu erreichen. Wie z.B. auf der Internetseite „Lemo – Lebendiges Museum Online“ behauptet wird (31.05.2023), hätte die deutsche Delegation dieses Ansinnen der Russen abgelehnt. (Lemo wird unterstützt von der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, „Deutsches Historisches Museum“ und „Das Bundesarchiv“.) Allein die Titelseite der „Vossischen Zeitung“ vom, 27. Dezember 1917 liest sich anders: „Grundsätzliche Übereinstimmung in Brest-Litowsk. Zehntägige Frist für die Entente. – Fortsetzung der Friedensverhandlungen am 4. Januar.“

Die Mittelmächte – Türkei, Bulgarien, Österreich-Ungarn und Deutschland - nehmen diesen Vorschlag Rußlands an, eine Frist bis zum 4. Januar 1918 abends zu setzen, um den übrigen Mitgliedern der Entente die Möglichkeit zu geben, sich den Friedensverhandlungen anzuschließen. Dies geschah allerdings von seiten der Entente nicht, ganz im Gegenteil: als Reaktion auf dieses Friedensangebot äußerte sich Lloyd George am 7.Januar in einer Rede in London über die Vorbedingungen, die Deutschland erfüllen müßte, damit sich England mit Deutschland über einen Frieden in Verbindung setzen könne. Gleichfalls äußerte sich der amerikanische Präsident Wilson in einer Rede am 8.Januar, in der er 14 Punkte als Voraussetzung für einen Frieden nannte – seine bekannte 14-Punkte-Rede.

„Nicht der geringste Anlaß.“

Herr Lloyd-George ist für gewisse Kreise in den Ländern der Mittelmächte ein unbezahlbarer Mann. Er spricht oft, er schimpft immer, und in jeder Rede beteuert er, daß ein Friede ohne Sieg wertlos wäre, ein „hohles Possenspiel“, wie er letzthin sagte. Also seht ihr, antworten die deutschen Imperialisten, wie zwecklos es wäre, mit der Entente vom Frieden zu reden, wie sinnlos, ihr den Frieden anzubieten! England wolle doch den Frieden nicht, Lloyd-George schreit es ja immer von neuem in die Welt; es wolle nur den Sieg, um danach seine Kriegsziele, nämlich die „Vernichtung“ Deutschlands, verwirklichen zu können. Und da Lloyd-George nicht will und die Macht hat, seinen Willen England und den übrigen Ententestaaten aufzuzwingen, so bleibe nichts übrig, als weiterzukämpfen, als den Krieg weiterzuführen, und da nichts anderes übrig bleibt, so bleibt den Völkern wieder nichts übrig, als durchzuhalten und weiter zu harren, „bis das Schwert den Frieden erzwingt“. Wohl währt das Versprechen, das „Schwert“ werde diese Leistung vollbringen, schon geraume Zeit, aber die Dauer der Versicherung schwächt den Glauben daran nicht ab. Was könnte also den deutschen Imperialisten willkommener sein als dieser Lloyd-George, dessen überhitzte und gedankenlos Reden ihnen den Vorwand zum Verharren im Kriege liefern und es ihnen ermöglichen, ihre geheimen Pläne in den Schein einer höheren Gewalt zu verkleiden?

Steht die Sache wirklich so? Wir sind im Gegenteil sehr der Meinung, die Kriegsleidenschaft Lloyd-Georges sei alles andere denn echt, und sein Gerede von dem Siege, der ebenso unerläßlich als gewiß sei, erscheint uns nur als der Versuch, die wahre Natur der Dinge zu verhüllen. Der Krieg, darüber sollte man sich eigentlich nicht mehr täuschen dürfen, ist für die Entente heute nur noch eine Frage des Ansehens, die Sorge allein, den Schauplatz dieser weltgeschichtlichen Auseinandersetzung nicht als Geschlagene und Gedemütigte verlassen zu müssen. Deshalb sind die Reden ihrer Staatsmänner gleichsam nur der Ersatz der mangelnden Siege auf den Schlachtfeldern; das Defizit an militärischen Erfolgen suchen sie mit stolzen und hochtrabenden Reden, die von Kriegswillen erfüllt und von Siegeszuversicht geschwellt sind, zu ersetzen...

Das allein ist die Erklärung, warum sie nach jedem militärischen Mißerfolg noch kühner und hochgemuter reden; denn so töricht und verblendet sind sie natürlich nicht, um sich einzubilden, daß die Kriegslage plötzlich, sozusagen durch ein Wunder, verändert werden könnte. Sie wollen oder sie können von dem hohen Roß, auf das sie zu Kriegsbeginn aufgestiegen sind, nicht herunter; aber das beweist noch lange nicht, daß sie sich über die Kriegslage so täuschen, um auf die Erfüllung ihrer vorgespiegelten Hoffnungen rechnen zu können. Nicht auf die Reden darf man hören, auf die Dinge muß man achten, und dann wird man nicht zweifeln können, daß auch mit England Verhandlungen möglich wären, daß man auch mit England Frieden schließen könnte, daß der allgemeine Friede erreichbar ist.

Weit mehr als aus den ausgedonnerten Reden des Lloyd-George ist über die eigentliche Stimmung der englischen Regierungskreise aus den letzten Bemerkungen Lord Cecils zu entnehmen. Würde Lord Cecil so oft und so nachdrücklich hervorheben, daß England darauf brenne, Deutschlands Kriegsziele zu erfahren, und würde er immer und immer wieder darauf hinweisen, daß sich Deutschland jeglicher Eröffnung weigere, wenn es die Ueberzeugung der englischen Regierung wäre, daß ein Friede ohne Sieg unmöglich und wertlos sei?

Würde er auf seine Weise Deutschland immer wieder einladen, doch zu sagen, was es mit Belgien vorhabe, doch „irgend eine Erklärung über den Frieden abzugeben“, wenn England so fest entschlossen wäre, als es die deutschen Imperialisten aus Lloyd-Georges Reden folgern wollen, sich auf einen Frieden ohne Sieg unter keinen Umständen einzulassen? Die Rede Lord Cecils ist eine sehr deutliche Verkündung, daß England bereit sei, über den Frieden zu verhandeln, und da derjenige, der über den Frieden verhandeln will, auch bereit ist, Frieden zu schließen, so ist es einfach nicht wahr, daß der Weg nach dem Westen verrammelt ist und nur mit dem Schwerte freigemacht werden kann.

Für die deutsche Politik ist es nun bezeichnend, daß über die Vorgänge im September absolut keine Aufklärung zu erlangen ist. Wer zuerst gefragt hat, wer überhaupt der Fragende gewesen ist, wissen wir nicht; wohl aber scheint darüber kein Zweifel mehr möglich zu sein, daß es Deutschland war, das nicht geantwortet hat. Die deutsche Erklärung wendet sich gegen die englische Behauptung nur insoweit, daß es bei der Sache nicht angefangen habe; die deutsche Regierung habe sich also nicht aus sich selbst, sondern auf eine englische Anregung zu der Mitteilung bereit erklärt. Aber das wird nun nicht mehr bestritten, daß sich die englische Regierung bereit erklärt hat, „auf alles zu hören, was die deutsche Regierung sagen würde und diese Bedingungen, wie immer sie sein mögen, den Alliierten vorzulegen“; und daß von der deutschen Regierung

danach keine weiteren Schritte geschehen sind, hat sie selbst ausdrücklich vermerkt. Man sollte erwarten, daß die deutsche Oeffentlichkeit darauf dringen werde, den Grund zu erfahren, es auch vermögen werde können, daß die Mitteilung, die doch an keinen Termin gebunden ist, nun jetzt erfolge; aber man bemerkt davon gar nichts. Im Gegenteil erklärt heute ein offiziöses Blatt „rund heraus“, daß von einem Friedensangebot keine Rede sein könne; die Mittelmächte „haben nicht den geringsten Anlaß, ihr hochherziges Friedensangebot zu wiederholen“. Hochherzig? – ja, handelt es sich bei dem Frieden nur um ein Entgegenkommen an den Gegner, nicht auch um eine Wohltat für sich selbst, für das eigene Volk? Und wie, nicht „den geringsten Anlaß“?

Wenn es möglich wäre, durch ein erneutes Friedensangebot zum Frieden zu gelangen, so hätte man den stärksten Anlaß, es zu tun; wenn es nötig ist, um zum Frieden zu gelangen, ein Friedensangebot zu machen, so muß man es tun; denn der Friede wird doch höher stehen als die Etikette und etwas zu unterlassen, was zum Frieden führen kann, etwas zu weigern, was zur Erreichung des Friedens nötig ist, könnte durch nichts gerecht fertigt werden. Derlei Bemerkungen führen gradaus zu dem Verdacht, daß neben der Strömung, die den Frieden will, noch eine Strömung besteht, die die Zwangslage der Fortführung des Krieges erhalten möchte.

Die Erlangung des Friedens ist das Wichtigste, und um zum Frieden zu gelangen, muß man alle zweckdienlichen, alle notwendigen Mittel ergreifen. Gewiß, die Mittelmächte haben vor einem Jahre ein förmliches Friedensangebot erlassen, und sie haben die Note des Papstes in zustimmender Weise beantwortet. Aber es hat sich herausgestellt, daß das nicht ausreicht, es hat sich herausgestellt, daß ein offenes und klares Wort Deutschlands in Sachen Belgiens notwendig ist; aber dieses Wort wird nicht vernommen. Wenn die Frage des Friedens ein Prozeß vor dem Richterstuhle der Sittlichkeit wäre, so würden ihn die Mittelmächte wahrscheinlich gewinnen; haben sie doch an den zwei Tatsachen den Beweis zur Hand, daß sie zum Frieden bereit waren, wogegen sich die Gegner auf keinen berufen können. Aber es handelt sich hier um keine Rechtsfrage, um keine moralische Frage, sondern um eine Frage nach Tatsachen: daß der Friede durch derlei das Gebiet, allgemeiner Friedensbereitschaft nicht verlassende Anerbietungen nicht zu erreichen war, daß er aber durch eine faßliche Erklärung über bestimmte Dinge auf den Weg wohl gebracht werden könnte, daß aber diese Erklärung geweigert wird, und daß es die deutschen Imperialisten sind, die sie verhindern. Wer den Frieden ernst anstrebt, wird schwerlich zu dem Schlusse kommen, es bestehe „nicht der geringste Anlaß“, etwas zu tun, was den Frieden bringen könnte.

Der Reichsbote – Nr. 654 – Sonntag, 23.12.1917 – S.2

Lloyd Georges Keckheit im Verdrehen.

Die krasse Unverschämtheit, mit der der kleine, aber kecke und rücksichtslose Lloyd George seine Verlogenheit in die Welt hinausstößt, hat in der Tat etwas Verblüffendes. Dieser Mann vertraut unbedingt darauf, daß das oft und dreist Wiederholte sich in die Herzen und Hirne der Menschen einprägt – und wenn es noch so haarsträubender Art ist. Im Gegenteil, **je toller die Verdrehung, um so sicherer der Erfolg.** Das ist offenbar seine Maxime. Und er hat bisher damit Erfahrungen gemacht, die ihn ermutigen, auf diesem Wege zu beharren. Er verläßt sich darauf, daß es unmöglich sei, nach jeder seiner Reden mit einer Widerlegung bis ins einzelne zu kommen. Den Zeitungen fehlt es dazu an Raum, denn schließlich liefere die Geschichte doch auf nichts weiter hinaus als darauf, immer wieder dasselbe zu sagen, Allbekanntes zu wiederholen gegenüber den Verdrehungsversuchen. So sehr uns das wider die Natur geht, gegenüber der englischen Hartnäckigkeit im Lügen wäre es unbedingt erforderlich. Unsere Staatsmänner aber antworten allzu selten auf die Wahrheitswidrigkeiten unserer Feinde.

Neben den direkten Verdrehungen arbeitet Lloyd George mit Halb- und Scheinwahrheiten. So rief er pathetisch aus, niemand werde glauben, daß Grey bereit gewesen wäre, Millionen Menschenleben zu opfern, um die deutschen Kolonien wegzunehmen. Lloyd George hat insofern recht, als Grey nicht willens war, Millionen Menschenleben für seine kriegerischen Zwecke zu opfern, weil er eben glaubte, Rußland und Frankreich würden die Niederwerfung Deutschlands schon besorgen und England könne sich ohne Opfer, genau wie in früheren Zeiten, mit kolonialem Raube begnügen, den kontinentale Mächte mit ihrem Blute bezahlt hätten. Wie fest Grey davon überzeugt war, daß der Krieg England keine großen Opfer kosten werde, bezeugt sein bekanntes Wort, es werde für England ganz einerlei sein, ob es an dem Kriege teilnehme oder neutral bleibe. Hätte der Nachtreter Eduard VII. voraussehen können, wie es kommen würde, dann hätte er sich doch vielleicht überlegt, ob es geraten wäre, sich vertraglich an Frankreich und Rußland so stark zu binden, wie es geschehen war.

Lloyd George ruft nicht minder pathetisch aus, es sei für England Ehrensache, sein Wort zu halten. Seit wann datiert diese Auffassung? Bisher war der Wort- und Treubruch der Briten geradezu sprichwörtlich. In Frankreich prägte man das Wort vom „**perfiden Albion**“, und alle Verbündeten Englands haben seine schmutzige und schofle politische Moral bisher noch stets bis zum Ekel kennen gelernt.

Wie hat denn England seine feierlichen Versprechungen hinsichtlich Ägyptens gehalten? Mit zynischer Verachtung von Treu und Glauben ist es nach Kriegsausbruch zur Aneignung des Landes geschritten unter schwerster Verletzung aller feierlicher Verpflichtungen. Und der Minister dieser wortbrüchigen Nation besitzt die Frechheit, vor der ganzen Welt, die Zeuge diese krassesten Wortbruches war, die Heiligkeit des Worte als Ehrensache für England hinzustellen. Kann ein Minister, der das fertig bringt, überhaupt noch einen Begriff von Ehre haben? Ganz gewiß nicht.

Weidlich schwang dann Lloyd George die Waffen der Verleumdung, die ihm leider die deutsche Demokratie mit ihren Entstellungen und Uebertreibungen im Zabern-Falle geliefert hat. Wir erinnern uns, daß damals Schweizer Bürger sich voll Ekel über die Würdelosigkeit deutscher Blätter äußerten, die es fertig brächten, ihr eigenes Vaterland derart vor den Augen des Auslandes zu besudeln. Die Saat hat böse Früchte genug gezeitigt. Die Gemeinheit, die damals deutsche Organe gegen das Vaterland begingen, hat die Raubkriegsmächte bestärkt in dem Glauben, die deutsche Einheit sei so morsch geworden. Das hat wesentlich zur Stärkung ihres Kriegswillens beigetragen. Jetzt holt Lloyd George sich die Giftpfeile gegen Deutschland, die den Stempel **made in Germany** tragen. Traurig!

Deutsches Volksblatt – Nr. 10408 – Sonntag, 23. Dezember 1917 - S.2

Der demokratische Schwindel der Entente.

Bern, 22. Dezember. Das „**Berner Tagblatt**“ schreibt unter der Überschrift „Demokratie in Frankreich und in Österreich“ folgendes: Frankreich will im Vereine mit Herrn Wilson den Mittelmächten die Demokratie aufzwingen. Da sollte man annehmen, das es selber nur so in Demokratie schwelge und daß es den anderen armen Teufeln von Völkern, die dieses Arkanum noch nicht besitzen, etwas davon abgeben könne. Sehen wir zu, wie es damit steht.

Frankreich stand anno 1911 vor einer schweren Krise. Es fehlte wenig und der Krieg wäre wegen Marokko ausgebrochen. Kein Zweifel, daß damals Frankreich zu Lungenmus zusammengehauen worden wäre, da ihm Rußland und England nicht wie heute hätten rasch zur Seite stehen können. Der Mann, der es durch seine aufrichtige und geschickte Politik dazu brachte, daß der Krieg vermieden wurde, der Minister Caillaux, wird heute vor Gericht gestellt, weil er, seiner Friedenspolitik getreu, mit der Politik Clemenceaus nicht einverstanden ist und dies auch noch offen gesagt hat. Das ist französische Demokratie. In Österreich ist der Reichsrat zusammengetreten. Da stehen die Herren Stanek, Korosec und andere auf und erklären frank und frei: „Wir sind mit der Politik des Herrn Czernin absolut nicht einverstanden und treiben grundsätzlich anderen Zielen zu als die Regierung.“ Kein Mensch belästigt diese Dissidenten und Friedensfreunde und die Verweisung derselben vor einen Gerichtshof wäre in Österreich einfach undenkbar. Das ist österreichische Demokratie.

Deutsches Volkblatt – Nr. 10408 – Sonntag, 23.12.1917 – S.2

Will England einlenken?

Kopenhagen, 22. Dezember. In hiesigen diplomatischen Kreisen werden die aufeinander folgenden Kriegsreden der englischen Staatsmänner und die stets wiederholte Aufforderung an Deutschland, die Kriegsziele bekannt zu geben, als ein deutliches Zeichen dafür angesehen, daß England von der Nutzlosigkeit der weiteren Kriegsführung überzeugt sei und einen Weg suche, um ein annehmbares Friedensangebot vom Gegner zu erhalten, welches ihm den Weg zum Frieden ebnen würde. Die englischen Staatsmänner und Heerführer sind über die geringe militärische Hilfe Amerikas hinreichend orientiert und können sich auch keiner Täuschung hingeben über die Gefahr, welche der französisch-englischen Front nach einem Sonderfrieden mit Rußland drohe. Die Kriegsreden in London haben nur den Zweck, die richtige Stimmung Englands zu verheimlichen.

Italienische Dumdumgeschosse.

Berlin, 22. Dezember. In letzter Zeit wurden bei italienischen Deserteuren Infanteriegeschosse gefunden, die die Völkerrechtsbestimmungen gröblich verletzen. Sie haben zwei Bleikerne und eine Schrotfüllung. Beim Einschlagen wird die Schrotladung auseinandergetrieben und der getroffene Körper in schauderhafter Weise zerrissen.

Berliner Tageblatt – Nr. 656 – Montag, 24.12.1917 – S.2

Rede des Kaisers an der Westfront.

Berlin, 23. Dezember. (W.T.B.) Ansprache Seiner Majestät des Kaisers bei der 2. Armee am 22. Dezember 1917:

“Kameraden! Das Jahr 1917 neigt sich seinem Ende zu und da war es mir ein Bedürfnis, wieder einmal die Westfront und ihre heldenhaften Kämpfer zu besuchen.

Ein ereignisvolles Jahr ist es für das deutsche Heer und das deutsche Vaterland gewesen. Gewaltige Schläge sind gefallen, und große Entscheidungen haben Eure Kameraden im Osten herbeiführen können. Es ist aber kein Mann, kein Offizier und kein Führer auf der ganzen Ostfront, wo ich sie auch gesprochen habe, der nicht rückhaltlos erklärte: Wenn unsere Kameraden im Westen nicht standgehalten hätten, könnten wir das hier nicht tun. Der taktische und strategische Zusammenhang zwischen den Schlachten an der Aisne, in der Champagne, im Artois, in Flandern und bei Cambrai und den Vorgängen im Osten und in Italien ist so klar, daß es sich erübrigt, ein Wort darüber zu verlieren. Einheitlich geführt, schlägt das deutsche Heer auch einheitlich.

Um diese Offensivschläge führen zu können, mußte ein Teil des Heeres in der Defensive verharren, so hart es auch einen deutschen Soldaten ankommt. Eine solche Verteidigungsschlacht, wie sie im Jahr 1917 geführt worden sind, sucht aber ihresgleichen. Ein Bruchteil des deutschen Heeres hat die schwere Aufgabe auf sich genommen, seinen Kameraden im Osten den Rücken unbedingt zu decken und freizuhalten und das hat das gesamte englische und französische Heer gegen sich gehabt. Große Vorbereitungszeit, unerhörte Mittel der Technik und Massen an Munition und Geschützen hat der Gegner zusammengetragen, um über Eure Front hinweg den so stolz von ihm verkündeten Einzug in Brüssel halten zu können.

Nichts hat der Feind erreicht. Das gewaltigste, das je von einem Heer geleistet worden ist, und was in der Kriegsgeschichte noch nicht dagewesen ist, das hat das deutsche Heer vollbracht. Das ist kein überhebendes Lob, das ist Tatsache, weiter nichts! Dieses gewaltige Werk haben auch die Truppenteile durchgeführt, deren Abordnungen heute vor mir stehen. Der Dank, den ich ihnen ausspreche, gebührt aber nicht allein ihnen, sondern auch denen, die ich hier nicht sehen kann, denen, die im Lazarett liegen, und denen, die der grüne Rasen deckt. Ich schließe an den Dank des Feldmarschalls Hindenburg, der mich besonders gebeten hat, den Kämpfern im Westen seinen Dank auszusprechen, da er sein festes Vertrauen auf ihr Durchhalten bestätigt gesehen hat und es ihm ermöglicht wurde, die großen strategischen Folgen daraus zu ziehen.

Bei jeder neuen Nachricht ist mir immer wieder von Eingeweihten und Uneingeweihten, von jedem Menschen, das Wort gesprochen worden: wie ist es gemacht worden? Diese Bewunderung soll Euch ein Lohn und zu gleicher Zeit eine Freude sein. Weder noch so Großes, noch so Ueberwältigendes vermag das, was Ihr geleistet habt, irgendwie in den Schatten zu stellen oder zu übertreffen. Es hat das Jahr 1917 mit seinen großen Schlachten gezeigt, daß das deutsche Volk einen unbedingt sicheren Verbündeten in dem Herrn der Heerscharen dort oben hat. Auf den kann es sich bombenfest verlassen, ohne ihn wäre es nicht gegangen.

Jeder von euch mußte seine Kräfte bis zum Aeußersten hergeben, ich weiß daß jeder einzelne in dem unerhörten Trommelfeuer uebermenschliches geleistet hat. Es mag oft ein Gefühl dagewesen sein: Wäre doch noch etwas hinter uns, wäre doch Ablösung da! Sie ist gekommen!

Der Schlag im Osten hat dazu geführt, daß dort augenblicklich die Kriegsstürme schweigen, vielleicht, so Gott will, für immer. Schon gestern habe ich in der Umgebung von Verdun Eure Kameraden gesprochen und gesehen und da war es wie eine Witterung von Morgenluft, die durch die Gemüter ging. Ihr habt nicht mehr das Gefühl, allein zu sein.

auf das ganze Vaterland und bis hinüber zum Feinde wirkt der große Erfolg der Siege der letzten Zeit, der Großkampftage in Flandern und von Cambrai, wo der erste vernichtende Offensivstoß den übermütigen Briten traf, der ihm zeigte, daß noch der alte Offensivgeist in unseren Truppen steckt trotz dreijähriger Kriegsleiden. Was noch vor uns steht, wissen wir nicht; wie aber in diesen letzten vier Jahren Gottes Hand sichtbar regiert hat, Verrat bestraft und tapferes Ausharren belohnt, das habt Ihr alle gesehen, und daraus können wir die feste Zuversicht schöpfen, daß auch fernerhin der Herr der Heerscharen mit uns ist.

Will der Feind den Frieden nicht, dann müssen wir der Welt den Frieden bringen dadurch, daß wir mit eiserner Faust und blitzendem Schwert die Pforten einschlagen bei denen die den Frieden nicht wollen.“

Dienstag, 25. Dezember 1917

Berliner Börsen Zeitung – Nr. 603 – Dienstag, 25.12.1917 – S.1

Der Dank des Kaisers.

Berlin, 24. Dezember. Die gewaltigen Angriffe unserer Feinde an der Westfront sind gescheitert! Unterstützt durch die gesamten Industrien Englands, Frankreichs und Amerikas, trotz monatelanger Vorbereitungen umfassendster Art, trotz allergrößten Munitionsaufwandes waren alle Bemühungen unserer Gegner umsonst. Das zähe Durchhalten und die unerschütterliche Tapferkeit unserer todesmutigen Truppen an der Front konnte dies aber neben der Unterstützung durch die Marine nur leisten durch die rastlose Arbeit und die reiche Unterstützung der Heimat mit Waffen, Munition und allem sonstigen Kriegsgerät. Dafür sage ich dem Kriegsministerium und seinen nachgeordneten Behörden Meinen und des Heeres Dank. Zielbewußte Leitung, strengste Pflichterfüllung jedes einzelnen, enges Zusammenarbeiten mit den anderen Behörden, insbesondere den Kriegsministerien der Bundesstaaten, und mit einer schaffensfreudigen, erfinderischen Industrie – auf dieser Grundlage haben sich die Erfolge aufgebaut. Glänzendes ist auch in der rechtzeitigen Bereitstellung eines kriegsmäßig vorgebildeten Ersatzes, der Fürsorge für unsere Verwundeten und in der Verteilung und Verwendung der heimischen Arbeitskräfte geleistet. So vertraue ich darauf, daß Mein Kriegsministerium auch weiter in vorbildlicher Pflichttreue zum Nutzen von Heer und Vaterland arbeiten und so für sein Teil zum Endsieg beitragen wird.

Großes Hauptquartier, 24. Dezember 1917.

Wilhelm.

An den Kriegsminister.

Deutsche Zeitung – Nr. 649– Dienstag, 25.12.1917 – S.1

Der Herr Oberbefehlshaber in den Marken hat das Erscheinen der Deutschen Zeitung zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten

Deutsche Tageszeitung – Nr. 657 – Dienstag, 25.12.1917 – S.1

Reden

Die letzte Woche hat eine Reihe von Reden im feindlichen Auslande und in Deutschland gebracht, auf welche einzugehen angesichts der jeden Tag sich begebenden großen Ereignisse und sich aufwerfenden Fragen unmöglich ist. Was Aeußerungen feindlicher Staatsmänner anlangt, so ist beinahe nie eine eingehende Erörterung deutscherseits angebracht, ja man möchte weitergehen und sagen, sie sei oft genug schädlich gewesen.

So hat der Minister des Auswärtigen in Großbritannien, Herr Balfour, neulich auf eine Anfrage hin erklärt, er habe nicht die Absicht gehabt, daß Frankreich das linke Rheinufer in irgendeiner Gestalt erhalten solle, und über Elsaß-Lothringen hat er seine alte Auffassung, daß es eine Frage sei, aufrechterhalten. Außerdem will er im osmanischen Reiche die Araber befreien, den afrikanischen Kolonien des Deutschen Reiches Volksabstimmungen oder Aehnliches veranstalten, und noch vieles mehr.

Andere britische Minister und Abgeordnete haben ebenfalls geredet. Churchill hat wenigstens ein neues Wort „geprägt“: Großbritannien wolle keinen „Siegesersatz“, sondern den Sieg.

Dann hat Lloyd George wiederum eine lange Rede gehalten, an welcher das einzig wirklich Wahre die Feststellung sein dürfte, daß der betrübliche Ausfall Rußlands und die ebenfalls nicht erfreuliche Niederlage Italiens Großbritannien zwingen, schleunigst mehr Mannschaften, und zwar so viele wie möglich, auszuheben. Bedauerlicherweise sieht Lloyd George sich aber nicht in der Lage, seinen edlen Landsleuten zu garantieren, daß die vermehrten Aushebungen wenigstens auch ganz schnell den bekannten unfehlbaren sicheren Sieg des frommen Inselreichs herbeiführen würden. Im übrigen beschäftigte sich Lloyd George wieder mit dem beliebten Nachweis, daß der deutsche U-Boot-Krieg zwar eine immerhin ernste Sache sei, jedoch den Sieg in keiner Weise mehr in Frage stellen könne. Auch das haben seine Landsleute schon sehr oft gehört und wir möchten ihnen den Rat geben, sich lieber auf den um seinen Ruf – wie Herr von Bethmann Hollweg sagte – „vor Gott und der Geschichte“ steigend besorgten Premierminister zu vertrauen, als auf nüchterne Stimmen der Presse, wie sie jüngst z.B. im wirtschaftlichen Novemberrückblick des „Manchester Guardian“ zu finden

war: „Der wesentliche Faktor in der ganzen Sache ist das U-Boot und die daraus sich ergebende Frage der Tonnage.“

Das wird wohl stimmen, und darüber hinaus der wohl noch wesentlichere Faktor, daß gegen den Unterseehandelskrieg in diesem Kriege eben kein Kraut gewachsen ist. Das Gegenteil möchten die britischen Staatsmänner beinahe noch lieber die Deutschen glauben machen als ihre eigenen Landsleute, denn wenn die Deutschen an der entscheidenden Wirksamkeit des U-Boot-Krieges zweifelten, so würde das naturgemäß viel wichtiger sein, als wenn die Briten es täten.

Auf verschiedene Behauptungen des britischen Premierministers gerade über den U-Boot-Krieg ist deutscherseits halbamtlich sehr ausführlich Stellung genommen worden. Wir möchten beinahe der Ansicht zuneigen, daß das zuviel der Ehre sei. Briten wird man schwerlich zu anderer Ansicht bringen durch solche Widerlegungen, da Lloyd George seine Kollegen und die Zeitungen selbstverständlich immer eine Antwort vorbringen werden, welche dem großbritannischen Publikum und auch dem französischen angenehmer eingeht als die deutsche Widerlegung. Und was die in der Hungerfriedensmehrheit vereinten patres patriae des Deutschen Reichstags angeht, so werden diese sich sicher nicht beirren lassen, sondern unentwegt fortfahren, die Siegeszuversicht wie die Ueberzeugung von der Siegesnotwendigkeit in der deutschen Bevölkerung zu ersticken.

Wie gesagt scheint uns ausführliche Würdigung britischer Ministerreden jedenfalls der letzten anderthalb Dutzend durchweg nicht nötig zu sein, um so weniger, als die Auszüge, welche in der deutschen Presse vor dem Bekanntwerden des vollständigen Textes gelangen, kein Bild von dem Texte selbst ausreichend geben. Wir werden auf neuliche Aeußerungen Lloyd Georges über das osmanische Reich gelegentlich zurückkommen. Im übrigen ist es aber sehr gleichgültig, was Herr Balfour oder was Lloyd George über das linke Rheinufer, über Elsaß-Lothringen und über vieles andere denkt oder welche Kriegsziele er hat. Lediglich lächerlich aber machen sich diejenigen in Deutschland, welche bald offen, bald verschämt die Engländer auffordern, sie möchten nun doch den bösen Lloyd George fortjagen und durch einen Mann des Friedens ersetzen.

Einen besonderen Platz in den Reden auswärtiger Staatsmänner nimmt diejenige des rumänischen Staatsmannes Marghiloman ein. Er beschäftigt sich mit der Frage der rumänischen Zukunft und gelangt zum Ergebnisse, daß sie nur im Anschlusse Rumäniens an die Mittelmächte liegen könne. Der Ansicht sind wir auch, glauben aber, daß die Verwirklichung eines so lapidar gegebenen Programms doch vielleicht nicht ganz so einfach ist, zumal, weil auch Bulgarien, und zwar sehr erheblich in Rede steht. Wir behalten uns vor, auf die Frage der rumänischen Zukunft sowie der zukünftigen Gestaltung der Balkanverhältnisse zurückzukommen und möchten heute nur allgemein sagen, daß auch wir eine staatliche Wiederherstellung Rumäniens im engen Anschluß an die Mittelmächte für gegeben halten.

Mit dem anderweitig lancierten Gedanken: der König von Rumänien habe zurückzutreten und seinem Sohne die Nachfolgerschaft in einem neuen Rumänien eintreten zu lassen, können wir uns keineswegs befremden. Mit der Dynastie muß unseres Erachtens vollkommen reiner Tisch gemacht werden. Wodurch und ob sie zu ersetzen sei, ist eine Frage zweiter Ordnung, während die Hauptfrage bleibt, daß das zukünftige Rumänien durch geeignete Maßnahmen und zu schaffende tatsächliche sachliche und objektiv unabänderliche Verhältnisse fest an den mitteleuropäisch-orientalischen Vierbund angeschlossen werde.

Tägliche Rundschau – Nr. 657 – Dienstag, 25.12.1917 – S.2

Der Friede - (In memoriam) 1.

Achtzehnhundertdreizehn. Napoleon ist, der Titan, bei Leipzig endlich geschlagen. „Wie glücklich ich jetzt atme, lebe und webe,“ schreibt Gneisenau an die Prinzessin Luise Radziwill, „können Eure Hoheit ermesen. Das höchste Glück des Lebens ist die Befriedigung der Rache an einem übermütigen Feind. Wir haben sie genommen, diese Rache, auf eine Weise, wie die Geschichte kein Beispiel kennt.“

Stein aber meldet seiner Frau: „Da liegt also das mit dem Blute so vieler Millionen gekittete, durch die absurdeste und verruchteste Tyrannei aufgerichtete, ungeheure Gebäude am Boden; von einem Ende Deutschlands bis zum anderen wagt man auszusprechen, **daß Napoleon ein Schurke und ein Feind des menschlichen Geschlechtes ist, daß die schändlichen Fesseln, in denen er unser Vaterland hielt, zerbrochen sind, und die Schande, womit er uns bedeckte, in Strömen französischen Blutes abgewaschen ist.**“

Die große Neuordnung des alten Kontinents konnte beginnen. Und während die Völker nach Opfern ohnegleichen, mit bangem und scheuem Zagen ihrem Schicksal entgegenharrten, verbrachten und

vernachteten, vertanzten und verfesteten die hohen und allerhöchsten Diplomaten die Zeit, übten sich in politischer und gesellschaftlicher Schaumschlägerei, suchten eifernd Petronius und Bartolomeo Scappi, den Leibkoch Pius V., zu überbieten und huldigten ihren Hofköchen Carem und Montmirail mehr als ihrem ersten und im Grunde doch recht traurigen Beruf.

„Der gute Wiener Kongreß,“ schrieb wütend Blücher an seinen Freund Rüchel, „gleichet einem Jahrmarkt in einer kleinen Stadt, wo ein jeder sein Vieh hintreibt, es zu verkaufen oder zu vertauschen.“ „Und,“ sagt Treitschke, „wie damals Catel de St. Pierre wähnte, aus der neuen völlig willkürlichen Gestaltung der Länderkarte werde ein unabänderlicher Friedenszustand hervorgehen, so erwachte jetzt wieder der unmännliche Traum vom ewigen Frieden, dies sicherste Kennzeichen politisch ermatteter und gedankenarmer Epochen: **viele treffliche Männer aus jedem Stande und jedem Volke geben sich im Ernst der Hoffnung hin, daß die Weltgeschichte in ihrer ewigen Bewegung nunmehr stillstehen, vor den Ratschlüssen des Wiener Areopags ehrfürchtig verstummen würde.**“

Napoleon machte der lüderlichen Herrlichkeit ein Ende. Blücher jauchzte. „Das ist das größte Glück für uns, nun kann die Armee wieder gutmachen, was die Diplomaten verfehlten.“ „Die Franzosen habe ich vor mich, den Ruhm hinter mich,“ schrieb er am 6. Mai 1815 aus Lüttich an seinen alten Heinen, „balde wird es knallen.“ Am 18. Juni war die Schlacht bei Belle-Alliance, die Bonapartes zweite, kurze Herrlichkeit vernichtete. Dank dem Genie Gneisenaus, dem seit Scharnhorsts Tode klarsten, stärksten und freiesten Kopf der Zeit. „Wir haben,“ rief er, „gezeigt, wie man siegt; jetzt wollen wir zeigen, wie man verfolgt.“

Blücher aber schrieb am 22. Juni aus Noyette an Stein: „Ich hoffe, mein verehrter Freund, Sie sind von mich zufrieden.“ „Eine so entscheidende Schlacht,“ meldet auch Gneisenau an Stein, „hat es nie gegeben.“ Doch schon lagert Sorge sich auf dem Haupt des Reichsfreiherrn, schon steht in seiner Antwort der Satz: „Möge nur eine schwache Politik es nicht vernachlässigen, Resultate zu erreichen, die der Größe und dem Glanze des Sieges vom 18. Juni entsprechen.“

Die Sorge war nur zu begründet. Zum zweiten Male hatte das Schwert seine Schuldigkeit getan. Das Spiel der Ränke und Kabale begann. Nach unendlichen Reibereien zogen Blücher und Wellington am 7. Juli in Paris ein. Es war das letzte, was unsere Militärs noch erzwangen. Die Herren Diplomaten traten wieder in Aktion, und der Grundsatz, den heute Elende unter uns wieder eifervoll für ihre hehren Zwecke propagieren, der Grundsatz: miles taceat de pace trat, zu Deutschlands Verhängnis, in sein „Recht“.

„Der Herr Statzkanzler“, schreibt Blücher mit umflorter Seele an Gneisenau, „sagte mit Bestimmtheit bey den Verhandlungen könnte die armeh nicht mitsprechen, ich bin in ansehung der armeh seiner meinung, aber nicht in ansehung meiner. Ich muß doch mit den Fürsten Schwarzenberg, Wellington und Wrede gleiches recht haben und bin ganz nicht gemeint mich der Dispotie der Deplomatiquer so grade zu unterwerfen.“ Gneisenau aber wandelte, in einem Brief aus Paris an die Gräfin Voß, mit Resignation im Herzen das Thema in den bitteren Worten ab: „Der köstliche Siegestrank hat aber einen bitteren Nachgeschmack. Der Soldat hat das Seinige redlich gethan, nun aber tritt ihm der Diplomat in den Weg und sagt ihm: Freund, du bist ein plumper Geselle, du wußtest die Leute nicht recht zu behandeln. Die sind weit wohlerzogener wie du und wollen in zierlichen Phrasen angeredet sein. Du vermagst nur mit Kanonen zu reden. Halt also das Maul. Dränge dich nicht ins Haus, sondern warte fein draußen, bis man dir zum Fenster etwas hinausreicht. Wenn wir dich nöthig haben, werden wir dich wohl rufen, jetzt bedürfen wir deiner nicht. Neid und Mißgunst und Scheelsucht und Irrtum und Schwachheit, das sind die Feinde, die wir jetzt zu bekämpfen haben, bei weitem fürchterlicher als Bonaparte und seine Bande.“

Sie warens, und Blücher hatte zu früh frohlockt, zu früh gehofft. Einer albernen Theorie zu Liebe hatte kein preußischer General beim Pariser Friedensschluß ein unmittelbares Wort mitzusprechen; weder Gneisenau noch Blücher, weder Boyen noch Kneesebeck, während als erster Vertreter Englands der Soldat Wellington am Konferenztisch saß. Selbst Gneisenau durfte, wie er seinem Freund Steinmetz schrieb, nur „seine militärische Meinung über einen politischen Gegenstand abgeben. Hierfür allein nur war er in Paris“, während die Herren Capodistries und Nesselrode, Metternich und Castleragh, Wellington und Talleyrand, Humboldt und Hardenberg ihre „Memoires“ austauschten und den ganzen Phrasensack Europas bis zur Neige leerten. Gneisenau und Kneesebeck schrieben sich, wie Humboldt, die Finger wund: Hardenberg hörte nicht. Er ließ sich von Metternich, der uns gleich mit seiner ersten Denkschrift endgültig an die Wand drückte, am Gängelband führen, opferte selbst Humboldt, der erst für einen starken Frieden plaidierte, und schlug Gneisenaus Bitte vom 5. September in den Wind. „So schlimm“, hatte der geschrieben, „die Angelegenheiten des Friedensgeschäftes auch zu stehen scheinen, so bin ich dennoch der Meinung, daß sie sich noch zum Besseren wenden lassen, wenn preußischerseits Beharrlichkeit gezeigt wird.“

Vergebens. Hardenberg, klug, gebildet, „in allen Windungen und Wendungen einer finessierenden Politik“ bewandert, war nicht der Mann für starke Entschlüsse und zähes Durchhalten. „Selbst in der Diplomatie“, sagt Treitschke, der ihn eher zu groß noch als zu klein sah, „seinem eigensten Berufe, beirrte ihn oft ein bequemer Leichtsinn, eine gutherzige Großmut, die es nicht der Mühe wert hielt, mit pedantischer Genauigkeit unerläßliche Forderungen festzuhalten. Auch war, durch die Gewohnheit des Befehlens, nach und nach ein eigenrichtiger, herrschsüchtiger Zug in seinen Charakter gekommen. Fast niemals begegnet uns das Eingeständnis eines Irrtums; wer ihm widerspricht, wird mit schnöden Worten abgefertigt.“ Dazu kam noch seine dilettierende Bequemlichkeit. Probleme ans Ende zu denken, war seine Sache nicht. „Er sah“, bemerkt Schaumann in seiner Geschichte des zweiten Pariser Friedens mit Recht, „nicht die Schlingen, die durch Worte und Verhältnisse künstlich gedeckt, von schlaueren Jägern für einen Fang späterer Jahre gelegt wurden. So wie ihm Friede und Ruhe das höchste Gut bildeten, so strebte er auch diese nun unter jeder Bedingung zu erreichen. Alles andere hielt er für Nebensache. In dieser Hinsicht ist Hardenberg zum Unglück Preußens oft getäuscht worden, und hat mehr als einmal in seiner Politik nicht die Voraussicht großer Staatsmänner walten lassen, welche weniger für sich und ihre Zeit, sondern fest und dauerhaft noch für ihre Kinder und Enkel bauen wollen. Hardenberg eilte zu sehr mit seinen Pflanzungen, deren Früchte er noch genießen und in deren Schatten er selbst noch ruhen wollte. Weitaussehende Pläne mit eiserner Konsequenz durchzuführen, fernliegende Resultate schon klar vor sein geistiges Auge heraufbeschwören, jeden Wechselfall des launischen Glücks vorher zu berechnen: das war nicht sein Werk, sondern vielmehr seine schwächere Seite.“

Dazu kam, daß der König ihm als zweiten Unterhändler Humboldt an die Seite setzte, den einzigen Menschen, gegen den er, nach Treitschke, wirklichen Haß hegte, der ihm, aus Gründen persönlicher Natur, die wir immer noch nicht kennen, stets verdächtig und „falsch wie Galgenholz“ vorkam. Dazu kam weiter, als größter Hemmschuh ersprießlichen Wirkens, sein Vertrauen auf Oesterreich, sein fast subalterner Glaube an Metternich. Also ausgerüstet stiegen wir in die Verhandlungen. Sie sind lehrreich, weil dieselben Phrasen, die uns heute bis zum Ekel serviert werden, vor hundert Jahren schon die Hauptrolle spielten. Da gabs Gewährleistungen, Entschädigungen, Sicherheitsleistungen, Bürgschaften, Genugtuungen, Garantien, reale und moralische; da gab es, tout comme chez nous, alles, nur keine Annexionen. Vom ersten Tage an war das siegreiche Preußen (durch seine eigenen Verbündeten: wer Ohren hat der höre!) in die Verteidigungsstellung gedrängt, und schon am 4. August konnte Humboldt an Hardenberg schreiben: „In der Tat ist Preußen in der jetzigen Lage mehr um Sicherung seiner Grenzen (!) als um Vergrößerung zu tun.“

Blüchers Hoffnung, „dieser Krieg wird sich so endigen, daß Frankreich in Zukunft Deutschland nicht mehr so gefährlich sein wird; Elsaß und Lothringen müssen sie herausgeben“, brach in Scherben. Vergebens hatte der Alte den König gebeten, „die Diplomaten anzuweisen, daß sie nicht wieder verlieren, was der Soldat mit seinem Blute errungen hat.“ Vergebens Gneisenau, vier Tage nach Belle Alliance an Hardenberg geschrieben: „Wehe denen und Schande ihnen, wenn diese einzige Gelegenheit nicht ergriffen würde, um Belgien, Preußen, Deutschland zu sichern für ewige Zeiten.“ Vergebens Castlereaghs Einwand: „Eine große Länderabtretung würde neuen Krieg herbeiführen“, mit den Worten abgetan: „Ob Frankreich das linke Rheinufer und Belgien aber auch außer diesem den Verlust noch anderer Provinzen zu bejammern haben werde, ist einerlei; denn es wird stets danach trachten, diese Provinzen wieder zu gewinnen, es möge nun von einem Bourbon, oder von einem Direktorium, oder von irgend einem neuen Abenteurer beherrscht sein; seine Politik ist sich hierin stets gleich geblieben; stets hat es Eroberungen auf seiner Nord- und Ostseite zu machen gestrebt. Gegen ein solches Volk und eine solche Regierung muß man sich verwehren, und dies kann man nimmermehr anders, als wenn man ihm Provinzen mit starken Stellungen abnimmt.“ Vergebens Castlereaghs weitere Einwendung: „Die Verteilung der eroberten Provinzen würde unter den Verbündeten nur Uneinigkeit verursachen“, mit dem Satz abgefertigt: „Wenn man diesen Grund wollte gelten lassen, so dürfte man nie Bündnisse schließen, deren Zweck doch immer, im glücklichen Falle, Eroberung ist, wenn solche auch nur defensiver Natur sind.“

Vergebens, endlich hatte Humboldt gemahnt: „Es ist sehr gewiß, daß der jetzige Krieg kein Eroberungskrieg seyn sollte noch jemals seyn soll; die Mächte würden ganz gegen ihre Absichten und ihre Grundsätze handeln, wenn sie sich auf Kosten Frankreichs vergrößern wollten, einzig um dessen Unglück zu benutzen. Aber dessen ungeachtet ist die Eroberung der Tat nach vorhanden; und wenn die Maßregel Frankreichs Grenzen zu verengen als die passendste erkannt wäre, um den Zweck ihres Bundes zu erreichen, so haben sie unbestreitbar das volle Recht, sie auszuführen.“

Vergebens, alles vergebens. Hatte Capodistria nicht recht, als er, schon am 28. Juni, an Stein schrieb: „Wir sind hier. Wir haben jedoch nichts Gutes getan. Und wie gewöhnlich fürchte ich, daß wir eine schlechte diplomatische Wirtschaft machen werden. Die Ursache ist ganz einfach: die Diplomaten sind nicht die beste Gattung Menschen.“

Der Friede - (In memoriam) 2.

Preußen hat's erfahren. Den Besten im Lande raubten Gram und Sorge den Schlaf. Clausewitz, Arndt, Niebuhr, Görres schlugen Alarm und bestürmten Gneisenau, zu retten, was zu retten sei. Hardenberg flehte, als er die Luft, die im Hotel Borghese, Lord Castlereaghs Wohnung und Konferenzort, wehte in ihrer ganzen nebulösen Widrigkeit erkannte, Stein herbei (wohl in der stillen Hoffnung, der Reichsfreiherr werde ihm durch seine moralische Autorität das Odium des Verzichtfriedens tragen helfen). Niebuhr aber zog von des Staatskanzlers Seele den Schleier, als er an Gneisenau schrieb: „Wüßte und erwäge der Staatskanzler nur, wieviel er dadurch gewonnen, daß er Sie sich bei diesen Verhandlungen zugesellt, so dürften wir hoffen, daß die Verwaltung von nun an in bessere Hände kommen würde; denn wäre es nicht geschehen, so würde ihn die Nation für den schlechten Erfolg verantwortlich machen. Jetzt beruhigt sich jeder, es ist nicht möglich gewesen, denn was möglich war, hat General Gneisenau gewiß nicht aufgegeben!“

Man sieht, die Entlastungsversuche der Diplomaten sind schon recht alt. In einer, was Klarheit und prägnante Vernunft betrifft, unerreichten Denkschrift suchte Gneisenau den Zaren umzustimmen. „Europa“, schrieb er, „erwartet von den Verbündeten mit Recht die Bestrafung solcher Untaten und wird mit Erstaunen erfahren, daß man die Leiden dieses beklagenswerten Deutschlands verewigen will. Was in den Händen des einen ein Angriffsmittel ist, wird in der Hand des anderen ein Mittel zur Abwehr. Ermutigt durch die Erfahrung, daß seine Grenze auch nach den größten Niederlagen unverletzt bleibt, daß die Berechnungen einer engherzigen Politik ihm unter allen Umständen die Sicherheit seines Gebietes gewährleisten, wird das französische Volk bald keine Schranke mehr für seinen Uebermut kennen. Und sollen wir der französischen Partei in Deutschland (auch das gab's damals schon! Alles wiederholt sich nur im Leben) neue Gründe geben zu dem Glauben, daß man mehr gewinnt durch Anschluß an die Eroberungsgelüste Frankreichs als durch Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland? Bleibt Frankreichs Grenze unverändert, so wird man allgemein sagen, England wolle den Kontinent in neue Wirren stürzen, damit er nicht Zeit habe, sich gegen die britische Handelspolitik zur Wehr zu setzen.“

Alexander bleib kalt. Er hatte England auf seiner Seite und sah, das Entscheidende, daß Oesterreichs Metternich nicht mit Preußen zu gehen entschlossen war. Was auch sollte er bei seinem eigenen König unbeliebte Gneisenau beim Zaren ausrichten, was eine realpolitische Denkschrift über nicht urrussische Interessen, die zwischen zwei mit Bittgebeten für das arme Frankreich gewürzten Andachten der Frau v. Krüdener oberflächlich überflogen wurde!

Es gab in London und Wien, in Petersburg und Paris nur eine Frage: Preußen, das 1913 und 1815 die Hauptarbeit der Befreiung Europas vom Tyrannenjoch getan und den edlen Bundesbrüdern gefährlich erstarkt schien, durfte um keinen Preis noch stärker werden. Schon auf dem Weg von Waterloo nach Paris hatte Talleyrand heimlich mit Wellington alles Wesentliche abgemacht; schon die erste Denkschrift Capodistrias („ein Musterbeispiel orientalisch-salbungsvoller Kanzlerberedsamkeit“, Treitschke) triefte von kosakischem Wohlwollen für Frankreich. Man hat gegen Napoleon, nicht gegen das zu konsolidierende Frankreich gefochten. Damit ist der Hauptzweck, schrieb der alte Scharlatan in den ersten Sätzen der ersten Kongreßdenkschrift, erreicht. Sicherung Deutschlands gegen seinen Erbfeind? Unsinn.

Wie sollen denn die kreuzbraven Franzosen dazu kommen, Großmut nicht mit Großmut zu vergelten? Blieb Metternich Hardenbergs Objekt stiller Verehrung und brünstigen Glaubens, deutsch, so war immerhin noch nichts verloren. Doch der Mann, den Stein den „großen Mephistopheles in Wien“, Stadion einen „abgründlich leichtsinnigen Lebemann“, Barnhagen einen „Freidenker in religiösen Dingen“, Nostitz den „ministre-papillon“, Canning den „größten Lügner des Jahrhunderts“ genannt, von dem Napoleon zu Madame de Remusat gesagt hatte: „Herr von Metternich ist auf dem besten Wege, ein Staatsmann zu werden: er lügt schon ganz hübsch“; von dem selbst Talleyrand (der als Charakter neben ihm nicht verblaßt), nach Macaulays Zeugnis, den Vergleich mit Mazarin durch die Worte abwehrte: „Dagegen wäre viel einzuwenden; vor allem: der Kardinal täuschte wohl, aber log nie. Herr v. Metternich lügt immer, aber täuscht niemand“ – dieser Mann, der monatelange geschwankt hatte, ob er für Napoleon oder Europa optieren soll, gab Preußen mit den ersten Federstrichen seiner ersten Denkschrift preis.

„Der Krieg von 1815“, dozierte er, „ist kein Krieg der Eroberung und darf niemals auch zum Eroberungskrieg entarten. (Entarten. Wörtlich: degenerer!) Nur für zwei Zwecke ward er unternommen: den

Usurpator Bonaparte zu bekämpfen und in Frankreich eine Regierung auf solide Füße zu stellen, die seine und die Ruhe Europas verbürgt.“

Punktum. Preußen stand isoliert; am 6. August 1815. Und daß es nur ja keinen helfenden Zuzug erhalte, wurde den kleinen deutschen Staaten, den Badenern, Württembergern, Bayern, Holländern, die Erfüllung der Bitte um Zulassung verweigert. Gagny aber, der für Holland unermüdlich und tapfer stritt, nannte Metternichs Aperçu, man habe nur Napoleon bekämpft, „eine der abgeschmacktesten Behauptungen, die sich vernünftige Leute je erlaubten, und die nur, um uns zu verspotten erfunden sein kann. Wir werden es erst glauben, wenn man uns beweist, daß er allein zu Quatrebas, Ligny und Waterloo geschossen, gezielt und niedergesäbelt hat.“

Umsonst hatte Gneisenau die „Eroberung defensiver Natur“, umsonst Humboldt den Begriff der mit dem Kriegszweck in völligem Einklang stehenden defensiven Grenzsicherung geprägt, umsonst Stein noch eine Vermittlung unter denkbar weitestem Entgegenkommen versucht; es blieb dabei: Preußen sollte leer ausgehen. Und nach monatelangem Hin und Her gaben die, leider nicht in einheitlicher Front kämpfenden, Hardenberg und Humboldt, nach. Blücher war außer sich. Traurig schrieb Gneisenau an den mit seinem Herzblut kämpfenden Arndt schon am 23. August: „Mein lieber Arndt! Legen Sie Trauer an! Alles läßt sich dazu an, einen neuen Utrechter Frieden zu schließen. Deutschlands Unglück soll verewigt werden. Heißt das nicht Frankreich mutwillig zu Kriegen reizen, die, wenn glücklich, ihm große Eroberungen zuwenden, und, wenn unglücklich, ihm keine Gefahr bringen. Ich teile Ihnen dies mit, damit Sie, die endlich hoffenden Gemüter auf das Unglück Deutschlands vorbereiten, sowie auch davon unterrichten, daß es nicht Preußens Schuld ist, wenn die Politik nicht Gerechtigkeit übt.“

K.G.

Berliner Neueste Nachrichten – Nr. 656 – Donnerstag, 27.12.1917 – Abend – S.1

Gefährliches Spiel.

Das vorläufige Ergebnis der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ist die fast unbedingte Annahme der russischen Friedensbedingungen durch die deutschen Diplomaten. Zum ersten Mal erklären diese, daß sie sich unbedingte auf die Grundlagen der Friedenskundgebungen vom 19. Juli 1917 stellen und auf jede Angliederung und jede Kriegsentschädigung verzichten wollen. Es ist wahr geworden, was Staatssekretär v. Kühlmann vor kurzem in die Worte kleidete, daß außer Elsaß-Lothringen kein ernsthaftes Friedenshindernis mehr besteht. Auch Belgien und den mit deutschem Blut getränkten Boden von Flandern will er preisgeben, wenn es der belgischen Bevölkerung nicht ratsam erscheinen sollte, sich freiwillig wirtschaftlich und politisch Deutschland anzuschließen.

Außer auf Ersatz für die Unterhaltung der Millionen Kriegsgefangener wollen die deutschen Unterhändler aber auf jede Kriegsentschädigung verzichten, was gleichbedeutend ist mit einer wirtschaftlichen Belastung des deutschen Volkes, zumal der Arbeiter, die jedem aussichtsreichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt nach dem Kriege fast aussichtslos erscheinen läßt und ihm in jedem Fall über alle Maßen erschweren muß. Alle Befürchtungen, die in den letzten Jahren und Monaten zum Ausdruck gekommen sind, angesichts der Tatenlosigkeit und des Verhaltens der deutschen Reichsregierung und der politischen Führer unseres Volkes, scheinen jetzt in Brest-Litowsk ihre Bestätigung zu erhalten.

Während noch in diesen Weihnachtstagen die deutschen Fürsten und Heerführer die Siegeszuversicht unseres Volkes im Hinblick auf einen baldigen starken deutschen Frieden zu stärken bemüht waren, geben die Kühlmann und Graf Czernin zunächst alles preis, was das deutsche Schwert für Deutschland und seine Verbündeten blutig erkämpft hat. Man mag über die Einzelheiten der Abmachungen denken, wie man will: Darüber kommt man nicht hinweg, daß sich die deutschen Diplomaten von vornherein haben die Führung aus der Hand nehmen lassen, wie sie es den demokratischen Parteien im Lande gegenüber seit Jahren gewöhnt waren.

Nicht die Vertreter des siegreichen Volkes stellen ihre Bedingungen, die der zu Boden geschmetterte Feind anzunehmen gezwungen wird, sondern die Revolutionäre Rußlands, des kampfunfähigen und in sich zerrissenen Volkes, erreichen die Annahme ihrer Bedingungen, in denen sie die Grundlagen eines neuen demokratischen Zeitalters erblicken. Jeder Gedanke an Bismarck und die Eröffnung seiner Friedensunterhandlungen mit den Vertretern besiegter Feinde läßt uns die Schamröte in die Wangen treten, wenn wir nun erleben, daß nach den größten Erfolgen der deutschen Waffen deutsche Diplomaten mit einem Federstrich das deutsche Volk in die Rolle des Unterlegenen versetzen. Ohne auch nur eine Stunde oder einige Tage um ein günstigeres Ergebnis zu unterhandeln, verzichten sie, und dieser Verzicht scheint uns mit allem in

Widerspruch zu stehen, was man in letzter Zeit auch aus dem Munde des Grafen Hertling und des Kaisers selbst gehört hat.

Nur eine einzige Möglichkeit gibt es, die die Haltung der deutschen Friedensunterhändler verstehen lassen würde, auch wenn man sie nicht für richtig und zweckmäßig hält. Der Vorschlag der russischen Delegation, daß die Antwort der Deutschen und ihrer Verbündeten die Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter den kriegführenden Staaten zu schreiten und die Verhandlungen bis zum 4. Januar 1918 zu vertagen, bietet den Bundesgenossen Rußlands die Möglichkeit, sich den Friedensverhandlungen anzuschließen. Mit anderen Worten: Rußland stellt seinen bisherigen Bundesgenossen eine letzte Frist, sich mit an den Friedentisch zu setzen und sich zu entscheiden, ob auch sie sich auf den Boden eines Friedens ohne Erwerbungen und Entschädigungen mit Freigabe der von ihnen bisher unterjochten Völker stellen wollen oder nicht.

Für England würde das bedeuten, daß es den Iren, den Aegyptern, den Indern die Freiheit ihrer Entschließungen wiedergibt, Gibraltar, die Inseln im mittelländischen Meer und andere Stützpunkte seiner Seeherrschaft den rechtmäßigen Besitzern wieder ausliefert oder diesen Entschluß von einem weiteren Waffengang mit den sieggewohnten Heeren abhängig machen will. Die Fassung der vorläufigen Abmachungen mit Deutschland und Rußland läßt annehmen, daß für den Fall der Ablehnung allgemeiner Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Vereinbarungen in Brest-Litowsk durch England und seine Bundesgenossen Deutschland diesen gegenüber nicht mehr an seinem Verzicht auf Erwerbungen und Entschädigungen gehalten sein will, und daß es dann seine Handlungsfreiheit wieder erhalten soll, wie sie nach den Worten des Kaisers militärisch schon geschaffen ist, um unsere Feinde im Westen durch neue Niederlagen zum Frieden geneigt zu machen. Dann würde der Augenblick gekommen sein, an den der Kaiser wohl gedacht hat, als er in seiner Ansprache bei der 2. Armee sagte:

„Will der Feind den Frieden nicht, dann müssen wir der Welt den Frieden bringen. Dadurch, daß wir mit eiserner Faust und mit blitzendem Schwert die Pforten einschlagen, bei denen, die den Frieden nicht wollen.“

Standen aber die deutschen Friedensunterhändler auf diesem Standpunkt, so war es unter allen Umständen notwendig und im Interesse der Würde der Sieger geboten, das unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Da sie es nicht taten, erweckt ihre Haltung den Eindruck eines gefährlichen Spiels. Nicht bedacht ist vor allen Dingen die Wirkung des schwarz auf weiß überall in Deutschland zu lesenden grundsätzlichen Verzichts auf die Früchte unseres Sieges. Und was dieser für eine Wirkung ausüben muß, das haben wir in diesen Monaten zur Genüge im Anschluß an die gleichwertige unselige Friedenskundgebung des Reichstages am 19. Juli erlebt. Es kann nicht ausbleiben, daß alle Freunde dieser Friedenskundgebung, allen voran die Sozialdemokraten, deren Führer der Formulierung des deutschen Verzichts nicht fernzustehen scheint, mit Jubel begrüßen werden.

Diesem Jubel auf dieser Seite wird die große Sorge entsprechen, die alle Vaterlandsfreunde, die unser Volk nach großen Siegen stark und mächtig sehen wollen, bedrücken wird. Wie schon häufig klammert sich die Hoffnung dieser Vaterlandsfreunde nicht an die Tüchtigkeit unserer Diplomaten, sondern an die große Wahrscheinlichkeit, daß England niemals freiwillig aus der Hand geben wird, was es einmal hat, und daß dann nach Erfüllung des Kaiserwortes unserem deutschen Volke allen lauen Diplomaten zum Trotz doch noch den Frieden erhält, den es braucht:

Hie deutsches Schwert und Hindenburg!

R.Fr.

Der Reichsbote – Nr. 659 – Donnerstag, 27.12.1917 – Morgen – S.1

Die Antwort des Vierbundes auf die russischen Friedensvorschläge,

die wir im Morgenblatt mitgeteilt haben, erregt ernst Besorgnisse in den Herzen der Patrioten. Erst in der Montagsnummer warnten wir vor allzu hitzigen Friedenswünschen und nun sieht die Antwort des Vierbundes auf die russischen Friedensvorschläge einem neuen Friedensangebot an die Entente verzweifelt ähnlich, trotzdem wir mit diesen übereilten und unklugen Friedensangeboten bisher so üble Erfahrungen gemacht haben. Der Vierbund erklärt sich in der Antwort mit einem Frieden ohne Gebietserweiterungen und ohne Kriegsentschädigungen, also mit einem Scheidemann-Frieden, ohne weiteres einverstanden. Kein Wunder, daß die russischen Delegierten „die enorme Bedeutung dieses Fortschrittes auf dem Wege zum allgemeinen Frieden“ freudig anerkennen; kein Wunder, daß der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ mit größter Genugtuung feststellen, daß die deutsche Regierung sich noch „mit einer Bestimmtheit und Klarheit

wie noch niemals“ zu dem Prinzip des Friedens ohne Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen bekannt habe.

Erst dieser Tage hat der Reichskanzler sich einem Vertreter der „Neuen Freien Press“ gegenüber der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der Kampf des Vierbundes zu einem guten Frieden für die verbündeten Reiche führen werde.

Kann man es aber einen „guten“ Frieden für Deutschland nennen, wenn **wir Belgien wieder herausgeben und es dadurch auch künftighin zum Brückenkopf Englands gegen uns werden lassen?**

Kann man es einen „guten“ Frieden nennen, wenn wir nach Scheidemanns Rezept auch noch die ungeheuren Kriegskosten ohne irgendwelche Entschädigung auf uns nehmen müssen?

Ist es wirklich an dem, daß, wie Graf Czernin namens des Vierbundes erklärt, ein solcher Verzichtsfriede den Krieg auch für uns, für Deutschland, in gerechter Weise beendet?

Wir wiederholen hier die Frage Hertlings: Haben wir diesen Krieg angezettelt, haben wir den Mord von Sarajewo angestiftet? Haben wir zuerst gegen Rußland mobilisiert und dadurch den Kriegsbrand entfacht? Wir wissen alle, daß es umgekehrt ist, daß unsere Hände rein und wir in diesem Kriege durch die schmachvolle Einkreisungs- und Vernichtungspolitik unserer Feinde hineingezwungen sind. Darum ist es auch nicht mehr als recht und billig, daß sie die Folgen tragen und die Zeche bezahlen. Wir können diese Forderung stellen auf Grund unserer Siege und wir müssen sie stellen im Hinblick auf die schweren Folgen, die ein solcher Verzichtsfriede für unser Vaterland nach sich ziehen würde.

Tägliche Rundschau – Nr. 659 – Donnerstag, 27.12.1917 – Morgen – S.1

Weihnachten in Brest-Litowsk.

Die Herren Czernin und Kühlmann scheinen nicht zu glauben, daß wir die Sentimentalität verlernt haben. Sie würden sonst nicht eine so kühne Spekulation auf unsere Weihnachtsstimmung gewagt haben, wie sie die Veröffentlichung ihrer Antwort auf die sechs Artikel der Lenin und Trotzki bedeutet.

Noch schallt's uns von Amts wegen in den Ohren: „Kein Friedensangebot mehr!“ Da machen wir das bedingungsloseste aller je erhörten Friedensangebote. Noch schallt's uns von Amts wegen in den Ohren: „Kein Freibrief für unsere Feinde!“ Da schreiben wir ihnen den Freibrief. Eben noch sahen wir zu, wie in dem selben Brest-Litowsk, wo jetzt die Kühlmann und Czernin Schicksal weben, unsere militärische Führung zeigte, wie man mit naiver Ungeniertheit aufs Haupt geschlagener Feinde äußerst höflich aber kühl verhandelt und ihre Zumutungen geräuschlos, aber rasch und gründlich mit einer Handbewegung vom Tisch schiebt. Nun sehen wir am selben Ort, am selben Tisch unsere Diplomaten Punkt für Punkt vor den Zumutungen derselben Leute zurückweichen und sich Bedingungen vorschreiben lassen von denen, die unsere Siege in die Lage gebracht haben, den Frieden unter allen Umständen und unter jeder Bedingung suchen zu müssen.

Alle Dinge sind in Brest-Litowsk auf den Kopf gestellt. Die Geschlagenen haben die Führung an sich genommen. Punkt um Punkt diktieren sie den Gang der Verhandlungen. Und nicht nur formal. Auch inhaltlich sehen wir unsere Vertreter von einem Tag auf den andern fast restlos die Bedingungen einer Regierung annehmen, die morgen vielleicht nicht mehr sein wird. Und nicht nur dieser Regierung gegenüber legen wir uns fest, sondern gegenüber einer jeden, die nach ihr kommen und ihre Partie anders spielen mag. Und, das Schlimmste, wir legen uns fest gegenüber all den Feinden, die bei aller Erfolglosigkeit ihrer Waffen sich mit heller Schadenfreude dessen getrösten mögen, daß wir ja politisch und diplomatisch unfähig sind, die Siege unserer Heere zur Sicherung unserer nationalen Lebensnotwendigkeiten wirksam werden lassen.

Noch nie haben wir diplomatisch so restlos alles preisgegeben, was wir mit dem Blut und Leben von Hunderttausenden, mit dem sauren Schweiß von Millionen, mit den Entbehrungen unserer Kinder, mit unserem Hunger uns erkaufte und erkämpft haben. Und das alles ohne die leiseste Gewähr dafür, daß unsere Feinde diesmal etwas anderes als Hohn zur Antwort haben werden. Das Friedensangebot vom Dezember 1916 ist seither wohl von aller Welt als die Torheit erkannt worden, die es war. Was wird man über Jahr und Tag über das vom Dezember 1917 sagen? Jenem konnte man noch zugutehalten, daß unsere Lage militärisch keineswegs so glänzend war, wie heute. Was wird man diesem zugute halten können? Bisher hat selbst Scheidemann mit den Seinen die Möglichkeit als notwendig erkannter „Grenzregulierungen“ uns vorbehalten.

In unserer Antwort auf die sechs Artikel ist davon keine Rede mehr. Stillschweigender Vorbehalt? In Verhandlungen mit den diplomatischen Naturburschen Lenin und Trotzki ist für eine so überfeine Künste kein Raum mehr. Auch hat man ja an einigen anderen Punkten die schreiendsten Exzesse der russischen Forderungen notdürftig eingeschränkt, hat die geforderte sofortige Räumung der besetzten Gebiete der

Regelung durch den Friedensvertrag vorbehalten, das Volksreferendum der Hottentotten und Kongoneger bescheiden abgelehnt und die Forderung einer Regelung z.B. kurländischer Schicksale durch eine für die dortigen Deutschen gegenüber den Letten aussichtslose Abstimmung der Bevölkerung auf den verfassungsmäßigen Weg verwiesen, der andere Faktoren kennt und zu anderen Ergebnissen führen dürfte.

Dennoch bleibt das Gesamtbild: Verzicht nach allen Seiten; für uns Preisgabe alles dessen, was wir in Händen halten, und für unsere Feinde Gewährleistung jeder Sicherheit gegen irgendwelche unangenehmen Folgen ihres mordbrennerischen und straßenräuberischen Beliebens. Uns bleibt die Hoffnung auf Wiederherstellung in Afrika und die Mitfreude an der christlichen Freude des Heiligen Vaters über die englische und französische Flagge über Jerusalem. Heiliger Erzberger!

Außerdem freilich bleibt die Erwartung, daß selbst heute, selbst angesichts ihrer aussichtslosen militärischen Lage und selbst angesichts der restlosen Aufdeckung unserer Karten, die englische Hybris, der Zerschmetterungsfanatismus Lloyd Georges und der elsäß-lothringische Wahnsinn Clemenceaus unser neuestes Angebot zu den früheren werfen werden. Jedenfalls rechnen auch die Kühlmann und Czernin, wahrscheinlich selbst die Lenin und Trotzki mit diesem Ausgang. Aber leider wird uns damit doch nicht unsere vorige Handlungs- und Entschließungsfreiheit zurückgegeben sein. Wir bleiben festgelegt auf preislosen Verzicht. Und wenn unsere Diplomatie es noch so sehr bestreiten wird, so wird ihr niemand mehr glauben.

F.H.

Vossische Zeitung – Nr. 658 – Donnerstag, 27.12.1917 – Morgen – S.1

Grundsätzliche Übereinstimmung in Brest-Litowsk. –

Zehntägige Frist für die Entente. – Fortsetzung der Friedensverhandlungen am 4. Januar. Die Friedensbasis.

..... Er beginnt mit den bereits in unserer Ausgabe vom Dienstag abgedruckten russischen Vorschlägen über den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Daraufhin ist nunmehr eine deutsche Erklärung abgegeben worden.

Die russische Gegenerklärung enthält vor allem die Anerkennung, daß der vom Vierbund angenommene Standpunkt eine geeignete Verhandlungsbasis bildet, ferner die Feststellung, daß er sich von dem russischen Standpunkt nur in bezug auf das Verhältnis der Fremdvölker zu ihren bisherigen Staaten sowie in Bezug auf die deutschen Kolonien unterscheidet.

Endlich wurde auf russischen Wunsch eine zehntägige Frist angesetzt, in der die übrigen Kriegführenden den Verhandlungen beitreten können. In der Zwischenzeit werden aber Gegenstände, die ausschließlich den Vierbund und Rußland betreffen, weiter beraten. Nach Ablauf der Frist werden in jedem Falle die Friedensverhandlungen fortgesetzt.

Deutschland und Österreich-Ungarn streben einen allgemeinen Frieden an, der aber von England, Frankreich und Italien, unterstützt von Amerika – Wilson – abgelehnt wird, solange deren Kriegsziele nicht erreicht worden sind. „Die Westmächte zeigen noch immer keine Neigung, ihren schroff ablehnenden Standpunkt aufzugeben, sie wollen keinen Frieden, der nicht den Plänen, mit welchen sie den Krieg begonnen haben, Erfüllung verheißt und bringt.“; Deutsches Volksblatt – Nr. 10403 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 – Morgen- S.2; Der Weltkrieg. – England und Deutschland. – Lloyd George. – Eine Erklärung des Grafen Hertling. – Jüdische Diplomatie. – Belgien.: „Einige jüdische Blätter folgern aus den Andeutungen Balfours über eine diplomatische Fühlungnahme zwischen England und Deutschland im verflossenen September [1917], daß die deutsche Reichsregierung es wieder einmal absichtlich oder unabsichtlich versäumt habe, den Faden weiterzuspinnen. --- Es überrascht das durchaus nicht; für die Mosse-Presse ist das, was ein englischer Minister sagt, immer die reine Wahrheit, besonders, wenn darin Deutschland verdächtigt wird. --- Amtlich ist von deutscher Seite bekanntlich zu den Balfourschen Erklärung bemerkt worden, daß von Berlin aus unmittelbare Verhandlungen gewünscht wurden, daß aber später sich herausgestellt habe, daß die Sache nicht ernst zu nehmen sei. Daraus läßt sich mit Sicherheit bereits der Sachverhalt feststellen: Die deutsche Regierung fürchtete, daß, falls sie durch Mittelspersonen ihre Bedingungen erklärte, Deutschland dadurch festgelegt werde, ohne daß England gleichzeitig eine bindende Erklärung abgebe. Um das zu vermeiden, sollte direkt verhandelt werden, da aber stellte sich heraus, daß England dafür nicht zu haben war. [.....]Mit voller Deutlichkeit hat Graf Hertling ausgesprochen, daß ein Verhandeln mit Männern von einer Gesinnung, wie sie Lloyd George in seiner letzten Rede bekundet habe, vollständig ausgeschlossen sei, da Verhandlungen mit solchen Männern nicht zum Ziele führen können.“; „Für den aufmerksamen Beobachter konnte seit geraumer Zeit kein Zweifel mehr bestehen, daß die englische Regierung unter Führung von Lloyd George dem Gedanken eines rechten Verständigungsfriedens vollkommen unzugänglich war.“ Deutsches Volksblatt – Nr. 10403 – Dienstag, den 18. Dezember 1917 – Morgen-S.2.

LEMO – lebendiges Museum online:

Nach der Oktoberrevolution drängte die bolschewistische Regierung unter Lenin auf einen Friedensschluss, um die innere Stabilität Russlands zu erhalten. Nach einem öffentlichen Friedensangebot am 28. November 1917 erklärte Reichskanzler [Georg Graf von Hertling](#) die deutsche Bereitschaft zu Friedensverhandlungen. Daraufhin begannen am 3. Dezember im russischen Brest-Litowsk (heute: Brest, Weißrußland) die Gespräche über einen Waffenstillstand, der am 15. Dezember 1917 unterzeichnet wurde. Die [Oberste Heeresleitung \(OHL\)](#) sah mit dem Waffenstillstand im Osten die Chance, den Krieg im Westen noch zu gewinnen. Die von Lenin angestrebte Einladung der Westalliierten zu allgemeinen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wurde daher von deutscher Seite abgelehnt.

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg/kriegsverlauf/friede-von-brest-litowsk-1918.html>

Impressum Auszüge: Stiftung Deutsches Historisches Museum; Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; Gefördert von der Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien; Das Bundesarchiv

Antwort des LEMO-lebendiges Museum online vom 2.Juni 2023 auf meinen Hinweis, daß die „Einladung der Westalliierten zu allgemeinen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk“ von deutscher Seite nicht abgelehnt, sondern von den Mittelmächten befürwortet wurde.:

Sehr geehrter Herr Müller,

neben der Arbeit "Die Urkatastrophe Deutschlands. Der erste Weltkrieg 1914-1918 " von Wolfgang Mommsen nutzte Herr Wichmann die Quellenauswertung von Werner Hahlweg ("Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages") und die politikgeschichtliche Einordnung durch Winfried Baumgart "Deutsche Ostpolitik 1918".

Mit freundlichen Grüßen

Deutsches Volksblatt – Nr. 10411– Donnerstag, den 27. Dezember 1917 - Morgen - S.1

Die Friedensverhandlungen. –

Die russischen Vorschläge als allgemeine Grundlage angenommen.

Wien, 26.Dezember. Das k. k. TelegraphenKorrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 25. d. M.: In der Sitzung vom 22. d. M. hatte die russische Delegation erklärt, sie gehe von dem klar ausgesprochenen Willen der Völker Rußlands aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf die Beschlüsse des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des allrussischen Bauernkongresses wies die russische Delegation darauf hin, daß die Fortsetzung des Krieges bloß zu dem Zwecke , um Annexionen zu erreichen, für ein Verbrechen halte und daß sie daher feierlich ihren Entschluß kundgebe, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage hier aufgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beenden. Von diesen Grundsätzen ausgehend, hatte die russische Delegation vorgeschlagen, den Friedensverhandlungen folgende sechs Punkte zugrunde zu legen:

Die russischen Vorschläge.

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird in vollem Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wieder hergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staate oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmenabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge gewährleistet ist.
4. In bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und – falls dies praktisch durchführbar – autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegskosten zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurückzuzahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbetrifft, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die Kriegführenden proportionell beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der unter 1. und 4. vorgelegten Grundsätze entschieden.

In Ergänzung dieser Punkte schlug die russische Delegation den vertragschließenden Parteien vor, jede Art versteckter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch starke als unzulässig zu bezeichnen, zum Beispiele durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund aufgezwungener Handelsverträge, durch Sonderzollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade, die nicht unbedingte Kriegsziele verfolgt, und so weiter.

Die Antwort des Verbandes.

In der heute unter dem Vorsitze des bevollmächtigten Vertreters Österreich-Ungarns, Grafen Czernin, abgehaltenen Plenarsitzung, gab dieser namens der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab, mit welcher die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurden:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlages eine diskutabile Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen einverstanden.

Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten Regierungen dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkte haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten.

Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollen.

Denn es würde nicht angehen, daß die mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auf dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen.

Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkten das Nachfolgende zu bemerken:

Zu 1.: Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den zurzeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2.: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3.: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4.: Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5.: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hienach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen sowie die im eigenen Gebiete durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein. **Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.**

Zu 6.: Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hiezu in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen folgendes erklärt:

Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zurzeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um des Vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willenskundgebung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschlusse an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeher für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind und die in der Wiederherstellung eines geregelten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigen Vorbedingungen für die Anbahnung und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegführenden Mächten erblicken.“

Anknüpfend an diese Erklärung **führte hierauf Graf Czernin aus:**

„Auf Grund dieser soeben entwickelten Prinzipien sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten. Um aber nicht unnötig Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die

Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durcharbeitung sowohl für die Russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.“

Die russische Erwiderung.

In Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese konstatiere mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkenne die enorme Bedeutung dieses Fortschrittes auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, müsse jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte. Die russische Delegation konstatiere weiter mit Befriedigung die in der Erklärung der Vierbundmächte zu Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Prinzips „ohne Kontributionen“. Sie macht jedoch hinsichtlich der Entschädigung für den Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalt. Ferner erklärte die russische Delegation, sie lege Gewicht darauf, die Privatpersonen, die unter Kriegsaktionen gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkennt an, daß die Räumung der vom Gegner besetzten deutschen Kolonien den von ihr entwickelten Grundsätzen entspreche; sie schlägt vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensäußerung der Bevölkerung auf die Kolonien anwendbar sei, besonderen Kommissionen vorzubehalten sei.

Abschließend erklärte der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Vierbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die faktische Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter den kriegführenden Staaten zu schreiten.

Eine Frist für die Entente zum Anschluß an die Verhandlungen.

Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen vor, beginnend heute abends und endigend am Abend des 4. Januar 1918, damit den Völkern, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten sei, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist müßten die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende Graf Czernin ersuchte hierauf die russische Delegation, diese ihre Antwort schriftlich zu überreichen, und schlug vor, sofort in die Verhandlung jener speziellen Punkte einzutreten, welche für alle Fälle zwischen der russischen Regierung und den Regierungen der verbündeten Mächte geregelt werden müssen.

Der Führer der russischen Delegation schloß sich dem Vorschlage des Vorsitzenden an und sprach seine Bereitwilligkeit aus, sogleich in die Besprechung jener Einzelheiten einzutreten, die auch für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen den Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den vier Verbündeten zu bilden hätten.

Über Antrag des Staatssekretärs v. Kühlmann wurde einstimmig beschlossen, zur Vermeidung jeglichen Zeitverlustes und in Würdigung der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgabe diese Verhandlungen schon morgen zu beginnen.

Es wundert nicht, daß bei den Punkten 1. bis 6. inklusive Anhang, die Entente sich nicht anschließen wollte, da es ihren Kriegszielen widersprach: auf die deutschen Kolonien müßten England und Frankreich verzichten, die englische Seeblockade Deutschlands müßte aufgehoben werden, Ägypten und Mesopotamien, müßten in Freiheit entlassen werden, Frankreich müßte auf Elsaß-Lothringen und halb Afrika verzichten, etc. An sowas konnte die Entente nicht im Entferntesten denken, anzunehmen und ihren Namen darunterzusetzen.

In der Antwort des Vierbundes auf die russischen Vorschläge wird betont, daß es nicht in der Absicht der Verbündeten liegt, „eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.“ – Eine Aussage, die direkt auf das von Deutschland besetzte Belgien abzielt, für England und Frankreich aber Probleme mit der Türkei und in Afrika bedeuten würde.

Rußland und die Vierbundmächte sind sich über die Grundlagen der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk einig.

Die russische Regierung schlägt am 25.12.1917 für den Beginn der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk vor, alle kriegführenden Mächte zur Teilnahme an der Friedenskonferenz einzuladen. Alle Beteiligten – Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien – stimmen dem russischen Vorschlag zu und der Beginn der Konferenz wird auf den 8.1.1918 vertagt, um der Entente die Möglichkeit zur Teilnahme einzuräumen, was diese allerdings ablehnt und ihren Kriegszielen treu bleibt, Deutschland zu zerstören.

Annexionen erfolgten keine, sondern die baltischen Völker erlangten mit Polen, Finnland und der Ukraine ihre Unabhängigkeit von Rußland.

Rußland: Oktoberrevolution 1917 – Lenin und Trotzki

> Friedensangebot Rußlands 28.11.1917

> Waffenstillstand 15.12.1917 – Text in DVB 10403, S.3

> Wartefrist für Beteiligung der Entente an den Friedensverhandlungen endete am 04.01.1918 – Text DVB 10411, 27.12.1918, S.1

> Friedensverhandlungen beginnen am 08.01.1918

> Unterzeichnung Friedensvertrag 03.03.1918

Berliner Tageblatt – Nr. 659– Donnerstag, den 27. Dezember 1917 - Abend - S.1

Die zehntägige Frist.

T.W. Die Tatsache, daß man in Brest-Litowsk von einem allgemeinen Frieden spricht, die Grundsätze für einen allgemeinen Frieden veröffentlicht und den Ententemächten abermals eine zehntägige Frist zur Einkehr und Umkehr lassen will, hat erfreulicherweise nirgends gleich stürmische Hoffnungen erweckt. Niemand kann verkennen, daß in allen Ententeländern die Macht noch den Kriegsparteien gehört. Auch diejenigen, die früher oft genug sogenannte Friedenszeichen mit vorschnellem Optimismus deuteten und törichte Friedensgerüchte ernst nahmen, haben vom ersten Tage an die Verhandlungen in Brest-Litowsk sehr verständig in ruhiger Abwartestimmung verfolgt. Abwartend und einstweilen nicht allzuviel erwartend, sieht man, daß die Petersburger Regierung in zehntägiger Frist den Ententevölkern „die Möglichkeit, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen“, verschafft. Diese ruhige Auffassung wird, was begreiflich ist, nur von den Alldeutschen und den annexionistischen Gewaltpolitikern nicht geteilt.

Die „Tägliche Rundschau“ zürnt über diese Friedensgrundsätze, die „unter bolschewistischer Anleitung“ verfaßt seien, fragt, ob dieses Verzichtangebot vorher dem Reichstag bekanntgegeben und vom Grafen Westarp genehmigt worden sei, und fürchtet, „daß der zweite Weihnachtsfeiertag 1917 als ein Unglückstag in der deutschen Geschichte verzeichnet werden wird“.

Die verbündeten Regierungen haben sich „mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen einverstanden“ erklärt. Kriegsentschädigungen sind ein Glück, das jeder gern heimbrächte, dem man aber nicht nachlaufen soll, weil auf dem Wege zu der erträumten Schatzkammer der Krieg immer neue Milliarden verschlingt. Es gibt Leute, die ihre teuren Stiefelsohlen zerreißen, und sich ein Auto nehmen, um irgendwo in einem fernen Laden ein Ding zu kaufen, das dort angeblich fünfzig Pfennig weniger kostet als anderswo. Genauso sind diejenigen, die einer fragwürdigen Entschädigung nachjagen möchten und dem Volke predigen, unter allen Umständen müsse der Krieg bis zu diesem Ziele, und stände es in fernster Ferne, weitergehen. Über die gewaltsamen Gebietserwerbungen braucht an dieser Stelle kaum noch etwas gesagt zu werden, da vom ersten Kriegstage an hier unzweideutig darüber gesprochen worden ist. **Wer die deutsche Zukunft nicht für viele Generationen mit neuem Haß, neuen Kriegen belasten, nicht immer wieder feindliche Koalitionen vorbereiten, wer einer fruchtbaren Politik die Türen offenhalten will, lehnt jede gewaltsame Annexion fremden Gebietes ab. Wer mittelalterlichen Anschauungen entwachsen, dem Idealismus aus freier Menschlichkeit nicht nur im Theater, an Schiller-Abenden, huldigt, verwirft die Vergewaltigung anderer Völker, wie er die Vergewaltigung anderen Glaubens verwirft.** Gewiß schmücken sich auch die Annexionisten und die Verehrer brutaler Gewalt mit dem Worte „Idealismus“, aber diese Wort wird ebensoviel mißbraucht, wie die Worte „Recht“ und „Freiheit“, und wahrscheinlich haben auch die Verfechter und Nutznießer der Sklaverei ehemals in manchen Schriften und Reden ihren Idealismus gerühmt. Haben die vier Verbündeten in den Grundsätzen, die sie jetzt mit der russischen Delegation vereinbarten, das Prinzip „keine gewaltsamen Gebietserwerbungen“ als etwas Feststehendes anerkannt? Sie haben das gerade in diesem Aktenstück nicht eigentlich getan. **Die Grundsätze**

sollen nur gelten, wenn in der verabredeten First die Ententemächte samt und sonders ohne Ausnahme, sich bereit finden werden, die aufgestellten Bedingungen anzunehmen und „die Voraussetzungen der russischen Darlegung“ zu erfüllen. Es sind also Grundsätze zehntägiger Geltung, Prinzipien auf Kündigung. Indessen, diese Prinzipien wurden ja in Brest-Litowsk nicht zum ersten Male formuliert. Das Ohr der Völker hat sich an die Bekundung dieser Gedanken gewöhnt. Diese Ideen werden nicht wieder aus dem Bewußtsein der Welt herauszureißen sein. Man findet nicht zu einem Gewaltfrieden zurück, nachdem man ihn zehnmal verworfen und verurteilt hat.

Die Ententemächte sollen sich innerhalb zehn Tage „ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen“ bekennen. Das „ausnahmslos“ wird, durch Wiederholung, besonders unterstrichen und betont. Auch Japan beispielsweise müßte erklären, es wäre, falls keine Verständigung mit Deutschland über diese Besitzfrage zustande käme, zur Herausgabe von Kiautschau bereit. **Und Lloyd George müßte sich entschließen, seine eben im Unterhause abgegebene Erklärung, daß die Türkei die heiligen Orte Palästinas niemals wieder erhalten werde, zurückzuziehen.** Dennoch würden, wenn nur der Wille vorhanden wäre, auch für ein Verhandeln über diese Fragen Formeln zu finden sein. Es gibt wenig, was sich nicht in dehnbare diplomatische Formeln bringen läßt.

Die Bestimmung über die „gewaltsamen“ Annexionen sperrt nicht unbedingt einer Neuregelung durch Verständigung den Weg. **Wenn die Ententeregierungen an den Friedensverhandlungen teilnehmen wollten, fänden sie die Tür.** Aber bisher haben sie, und haben die Blätter der Kriegsparteien in allen Ententeländern, die Vorgänge in Brest-Litowsk nur verhöhnt. Sie haben die Bolschewiki Lenin, Trotzki und die Mitglieder der russischen Delegation, mit Spott, Schimpf, Ironie übergossen, sie oft in bizarren Farben geschildert, jeglichen Verkehr mit solchen „Verrätern“ abgelehnt. Nichts in ihren Äußerungen deutete bis in die letzten Tage auf eine Sinneswandlung hin. Kann man hoffen, daß die Friedenssehnsucht der Volksmassen jetzt, nach Bekanntgabe der Bedingungen, diesen Wandel erzwingen wird? Und wenn Lloyd George, Clemenceau und Wilson plötzlich noch einlenken, den Vorschlag der Bolschewikiregierung „in Erwägung ziehen“ sollten – würde man dann einem ehrlichen Entschlusse, oder würde man einem englisch-französisch-amerikanischen Manöver gegenüberstehen? Es darf nicht übersehen werden, daß die vier Verbündeten zwar den Punkt 3 der russischen Vorschläge, der von dem Selbstbestimmungsrecht der schon „vor dem Kriege politisch nicht selbständigen“ nationalen Gruppen – also von Elsaß-Lothringen und den Nationalitäten Österreich-Ungarns – handelt, entschieden zurückgewiesen, jede Diskussion darüber abgelehnt haben, daß aber dieser Punkt aus dem russischen Programm nicht endgültig ausgelöscht worden ist.

Wir alle wünschen – muß man es erst sagen? – aus tiefstem Herzen den allgemeinen Frieden, und wir sind überzeugt, daß auch die große Mehrheit der noch gegen Deutschland und seine Verbündeten gewaffneten Völker ihn erwünscht. Aber wer gegenüber dem Kriegsrausch nüchtern zu bleiben sich bestrebt, wird nicht die Torheit begehen, in einen frühzeitigen Friedensrausch zu verfallen. Es ist gut, daß das deutsche Publikum, in dem viele oft von der Phantasie sich verlocken ließen, jetzt die Schwierigkeiten nicht verkennt. Daß die Männer, die in Brest-Litowsk verhandeln, daß Kühlmann und Czernin sich bei jedem Schritt über diese Schwierigkeiten klar sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Das Eis auf den Seen ist noch nicht fest. Nur mit ruhiger Vorsicht kann man, fühlend und tastend, vorwärtsgehen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10411– Donnerstag, den 27. Dezember 1917 - Mittag - S.8

Die „Lusitania“ ein Munitionsschiff.

Berlin, 26. Dezember. Wir Deutschen können es in aller Ruhe der Zukunft überlassen, daß nach dem Frieden eine unparteiliche Geschichtsschreibung die Berechtigung der deutschen Standpunktes in vielen Fällen nachweisen wird, in denen uns der internationale Mob mit Schlamm und Geifer beworfen hat. Kürzlich ist uns jedoch, wenn auch sehr spät, zur Versenkung der „Lusitania“ ein Kronzeuge erstanden, der durch seine „Commercial and Financial Chronicle“ vom 3. November veröffentlichten Aussagen einwandfrei die Berechtigung zur Versenkung dieses zum Transporte von Munition verwendeten Schnell dampfers bekräftigt. Es ist der amerikanische Senator La Follette, der in seiner Rede die Kriegspolitik seiner Regierung in schonungsloser Weise angriff. Dabei erklärte er, daß der Staatssekretär Bryan den Präsidenten vor der Abfahrt der „Lusitania“ darauf aufmerksam gemacht hätte, daß sich auf dem Schiff Munition für sechs Millionen Schuß befände. Ein Fahrgast, der auf einem fremden, mit Munition ins Kriegsgebiet fahrenden Schiffe reise, befände sich tatsächlich auf „fremdem Gebiete“.

Die von den Engländern immer geleugnete Tatsache, daß die „Lusitania“ Munition an Bord hatte, wird durch vorstehende Aussagen nachdrücklich bestätigt. Wenn wir uns vorstellen, welche ungeheure Menge diese sechs Millionen Schuß darstellen, und wie viele Leben unseren tapferen Feldgrauen an der Westfront dadurch

gerettet worden sind, daß die Munition nicht an ihren Bestimmungsort gelangte, so können wir hierin wiederum einen neuen Beweis für die Richtigkeit unseres Standpunktes erblicken, daß die Versenkung der „Lusitania“ vollkommen zu Recht erfolgt ist, so bedauerlich auch der Verlust vieler Menschenleben bei dem Untergange dieses „Munitionsdampfers“ bleibt.

Vossische Zeitung – Nr. 658 - Donnerstag, den 27. Dezember 1917 - Morgen - S.2

Die Kriegsziele der Entente.

Bern, 26.Dezember. Sämtliche Londoner Zeitungen haben die große Unterhausrede Ponsonbys* in der Kriegszieldebatte vom letzten Donnerstag nahezu vollständig unterdrückt. Über die Bedeutsamkeit und Ausführlichkeit seiner Äußerungen kann man sich schon aus der langen und ungewöhnlich heftigen Antwort Balfours ein Bild machen. Ponsonby hat, wie ich einem Privatbericht entnehme, die englische Diplomatie auf das schonungsloseste angegriffen, ebenso die Verlogenheit der englischen Kriegsziel-Erklärungen. Schließlich betonte er die ungeheure Wirkung des Briefes Lansdownes** auf die gesamte öffentliche Meinung Englands, die von der Presse und von dem Premierminister in krampfhafter Absichtlichkeit verkleinert wurde. Die Antwort Balfours ist in großen Zügen bereits bekannt geworden. Es bleibt höchstens nur noch zu erwähnen, daß er sich die Phrasologie Lloyd Georges zu eigen gemacht hat, und die Mittelmächte als die Verbrecher Europas bezeichnete.

Auf Balfour folgte eine große Anzahl von liberalen und pazifistischen Rednern, die alle eine eindeutige Erklärung der englischen Regierung über die Kriegsziele forderten. Sie wurden auf die zu erwartenden Erklärungen Lloyd Georges vertröstet.

Bedeutsam waren die Ausführungen des ehemaligen Ministers Runciman***, der sich folgendermaßen äußerte (wobei jedoch wieder zu bemerken ist, daß alle Äußerungen von der englischen Presse arg verstümmelt wurden, denn die Debatte dauerte, den parlamentarischen Berichten zufolge, viele Stunden, was aus den Redeberichten selbst nicht im entferntesten hervorgeht).Runciman sagte:

„Ich kann mir nichts Gefährlicheres vorstellen, als den Franzosen zu sagen, daß wir entschlossen sind, den Krieg fortzusetzen, bis sie Elsaß-Lothringen wieder erobert haben werden, und bis zur Vertreibung der Deutschen aus Belgien und Nordfrankreich. Wir glauben nicht, daß diese zwei Kriegsziele vom selben Kaliber sind, und es hieß, die Franzosen betrügen, wenn wir sie annehmen ließen, daß wir auf einem solchen Standpunkt stehen. Es wäre ein eben solches Verbrechen, die Italiener glauben zu lassen, daß wir sie in ihren Forderungen hinsichtlich der Auflösung Österreich-Ungarns unterstützen werden, nur damit sie ihre extravaganten Kriegsziele durchsetzen.“

Der in der letzten Zeit zu größerer Bedeutung gelangte Abgeordnete Pringle***** sagte folgendes: „Die gegenwärtige Lage steht im Bann zweier Tatsachen, die nicht ignoriert werden dürfen. Die eine ist die Veröffentlichung der Geheimverträge, und die zweite Tatsache ist die berühmte Rheinufer-Erklärung Sir Edward Carsons****, die klar bestätigt hat, daß die Kriegsziele der Entente mit den Geheimverträgen in Wirklichkeit identisch sind. Es ist von größter Wichtigkeit, daß eine sofortige klare Ablehnung solcher Ziele durch die Regierung erfolgte. Je länger der Krieg dauern wird, desto größer muß der Einfluß Amerikas, und desto kleiner der Einfluß Englands werden. Obwohl ich von meinem liberalen Standpunkt aus eine solche Entwicklung zu begrüßen vermöchte, so muß ich sie doch aus meinem nationalen Gefühl heraus beklagen.

Der gegen die Regierungsbänke gerichtete Schlußsatz Ponsonbys lautete: „Ihr habt die ursprünglichen uneigennützigen Kriegsziele unseres Landes prostituiert und an ihre Stelle gemeine Rachgier, verbrecherische Beutelust und anmaßende Forderungen imperialistischer Natur gesetzt. Ihr habt das alles ohne die Zustimmung des Volkes getan, indem ihr hinter seinem Rücken geheime und unverantwortliche Verträge schloßet, während ihr gleichzeitig betrügerische und irreführende Erklärungen abgibt.“

*Arthur Ponsonby, 1. Baron Ponsonby of Shulbrede, *16.02.1871 +23.03.1946;
Politiker, Schriftsteller

**Henry Charles Keith Petty-Fitzmaurice, 5th Marquess of Lansdowne, *14.01.1845 +3.06.1927;
schrieb den „Lansdowne-Brief“ 1917, der vergeblich für einen Vergleichsfrieden warb

*** Walter Runciman, 1. Viscount Runciman of Doxford, * 19.11.1870 South Shields, 14.11.1949;
britischer Politiker, Mitglied House of Commons

****Edward Henry Carson, Baron Carson, *09.02.1854 Dublin +22.10.1935,
Irish-britischer Politiker

*****Sir Norman Robert Pringle, 8th Baronet, *1871 +1919

Die Bedeutung des Besitzes von Jerusalem für England.

Gewiß ist die Besetzung Jerusalems durch die Engländer kein militärischer Erfolg. Aber darüber darf doch nicht übersehen werden, daß sein dauernder Besitz in der Tat für unsers Feinde erheblichen Wert haben würde. Ja, ein englisches Jerusalem würde ihnen nicht nur die Verteidigung des Suez-Kanals und Aegyptens erleichtern, sondern auch darüber hinaus noch Bedeutung haben, wenngleich nicht in der Richtung, in der man es jetzt zu erwarten vorgibt.

Schon im vergangenen Sommer wurde in englischen Zeitschriften als eigentliches Ziel des Palästina-Feldzuges die Errichtung eines Judenstaates bezeichnet, also die Verwirklichung desjenigen Planes, den Zuerst **1895 der Wiener Advokat Theodor Herzl** in seiner Schrift „Der Judenstaat“ entwickelt hatte. Bisher war der Plan natürlich an dem Widerstand der Türkei gescheitert; man hatte daher schon auf dem ersten Zionistenkongreß, der 1897 in Basel stattfand, statt eines Judenstaates nur eine „öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina“ gefordert und hat sich weiterhin sogar mit einer Förderung der jüdischen Einwanderung begnügt. Und sie hat nun in der Tat seitdem ganz erheblich zugenommen: ja, in Jerusalem selbst zählten die Juden vor dem Krieg 60 000 Seelen, also über die Hälfte der Bevölkerung. Aber die Mehrzahl der Juden, nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in England, Frankreich und Nordamerika, lehnen auch schon diese Bestrebungen, wenigstens für sich selbst, ab; sie fühlen sich als Angehörige der Völker, unter denen sie wohnen, und denken nicht daran, nach Palästina auszuwandern. Ein wirklich lebensfähiger Judenstaat würde also gewiß auch jetzt nicht zustande kommen; **die Realisierung des zionistischen Ideals, die natürlich unter englischer Oberhoheit stattfinden soll, ist ja auch nur eine Kulisse, hinter der man ... imperialistischen Ziele vor anderen und vor den eigenen Landsleuten zu verstecken sucht.**

Und ebenso die Behauptung, daß allen christlichen Völkern der Besuch der heiligen Stätten Jerusalems möglich sein müßte. Denn das war er bisher schon; ja, er würde es zweifellos künftig weniger als früher sein. Selbstverständlich würden, wenn doch eben wieder England die Oberaufsicht führen soll, zunächst die deutschen und österreichischen Anstalten in Jerusalem (um nur von den dort befindlichen zu reden), katholische und evangelische, mindestens in ihrer Freiheit stark beschränkt werden – wenn sie zunächst nur humanitäre oder gelehrte Zwecke verfolgen. Auch die Russen, die bisher in Jerusalem und auf dem Oelberge ganz besonders ausgedehnte Niederlassungen hatten, jährlich zu Tausenden als Pilger nach Palästina kamen und mit einer Inbrunst, wie man sie bei keinem anderen Volke beobachten konnte, die heiligen Stätten verehrten und küßten, auch sie werden ja nach dem Kriege, wie sich immer das Schicksal ihres Landes noch gestalten mag, gewiß nicht mehr als Bundesgenossen anerkannt werden.

Ganz besonders aber werden die englischen Interessen mit den französischen kollidieren; wie sehr man das in Frankreich befürchtet, geht schon daraus hervor, daß zur Beruhigung des Bundesgenossen jetzt bereits im englischen Unterhaus die Frage gestellt und von der Regierung natürlich bejaht worden ist, ob denn auch die französischen Ansprüche auf Palästina anerkannt werden würden. Ebenso dürfte die Zuversicht italienischer Blätter, daß ihre Interessen gewahrt werden würden, in Wahrheit ein Ausdruck der Angst sein, daß das nicht geschehen wird. Und soweit englische und etwa noch amerikanische Unternehmungen geschützt werden würden, hätte das doch nur den Zweck, die angelsächsische Christenheit auch durch dieses Mittel für die englisch-amerikanischen Raubpläne zu gewinnen.

Zugleich und vor allem würde man **Jerusalem** – gerade, weil man davon jetzt nicht redet – deshalb gern behalten, **weil man von da aus in der Tat den ganzen Islam in seinem Sinne beeinflussen könnte.** Schon das Hedschas hat England ja nicht nur deshalb besetzt, bzw. durch Bestechung auf seine Seite gebracht, weil dadurch an einer weiteren Stelle der Weg nach Indien gesichert werden sollte; auch nicht nur deshalb, weil England schon längst die Araber gegen die Türkei auszuspielen sucht, sondern zugleich, weil es von Mekka aus auf den ganzen Islam einwirken kann. Die Pilger aus aller Welt, die jedes Jahr die große Wallfahrt unternahmen, wurden in Mekka schon immer mit denjenigen Ideen erfüllt, die dort herrschten oder wenigstens vertreten waren, und dazu gehörten in letzter Zeit namentlich die Ideen des Panislamismus im Sinne einer Anerkennung des Sultans in Stambul als des Beherrschers aller Gläubigen. England dagegen geht schon seit langem auf die Einsetzung eines Gegenkalifen aus, der in Mekka seinen Sitz haben oder wenigstens diese beherrschen müßte, durch den dann England seinerseits den ganzen Islam beeinflussen könnte.

Und für den gleichen Zweck würde es zweifellos den dauernden Besitz der zweitheiligsten Stätte des Islam – das ist Jerusalem – benutzen. Auch die Muslim haben zunächst die jüdischen Traditionen über den Tempel in Jerusalem aufgenommen und weiter ausgebildet: auf dem heiligen Felsen, den jetzt der Felsendom, die Kubbet es Sachra umschließt, habe Abraham, zugleich der Begründer der Kaaba und damit des ursprünglichen Islams, seinen Sohn Isaak opfern wollen; in der Höhle unter dem Felsen, der aber in Wahrheit frei schwebte, hätten David, Salomo und Elias gebetet, unter ihr sei der Seelenbrunnen, in dem sich zweimal in der Woche die Toten versammelten; am jüngsten Tag werde die Kaaba von Mekka nach Jerusalem kommen; hier werde der Posaunenstoß erschallen, der das Gericht ankündigt und auf dem heiligen Felsen werde der Richterstuhl Gottes stehen.

So habe Mohammed gesagt: ein Gebet auf diesem Felsen ist besser als tausend Gebete anderswo; so habe er selbst, nächtlicherweise von Mekka nach Jerusalem versetzt, hier gebetet und sei dann auf seinem Wunderpferde Burak gen Himmel entrückt worden – auch dieses größte Wunder, das der Prophet zwar nicht getan, aber erlebt habe, sei also in Jerusalem geschehen. Die Umgebung des Felsendoms gilt doch noch jetzt als heiliger Bezirk, den bis zum Krimkrieg kein Ungläubiger und nachher ein Christ nur mit Erlaubnis der türkischen Behörde betreten durfte, den die Muslim aber mit der gleichen Andacht besuchen, wie die Christen die Grabeskirche und ihre andern heiligen Stätten. Wenn England Jerusalem behielte, würde es das den Muslim gewiß auch weiterhin gestatten, zugleich aber wie in Mekka so hier einen Einfluß auf den Islam in der ganzen Welt ausüben, der mit der Zeit seine Stellung vom Kap der guten Hoffnung bis nach China, von Südrußland bis nach Niederländisch-Indien ganz außerordentlich stärken könnte.

So muß vielmehr mit allen Mitteln verhütet werden, daß England, wie Mekka, so Jerusalem behält – nicht nur, weil es sonst jetzt schon sein Reich noch mehr befestigen würde, sondern auch, damit es die Islampolitik, die es betreibt, nicht künftig mit noch viel besserer Aussicht auf Erfolg fortsetzen kann.

Tägliche Rundschau – Nr. 660 - Freitag, 28. Dezember 1917 – Morgen – S.2

Die deutsche Presse über die Brest-Litowsker Verzichtsfriedensverhandlungen.

Die rechtsstehenden Blätter stimmen mit uns darin überein, daß das Angebot der Westmächte, sich den Verhandlungen in Brest-Litowsk anzuschließen, ein neues Friedensangebot des Vierbundes bedeutet. So sagt die „Kreuzzeitung“:

Die Politik, die man durch das Friedensangebot vom 16. Dezember vorigen Jahres aufgenommen und niemals grundsätzlich fallengelassen hat, wird also trotz aller Mißerfolge, die sie bisher gezeitigt hat, durch das jetzige Verfahren abermals fortgesetzt. Wir glauben nicht, daß ihr Erfolg diesmal ein besserer sein wird. Unser neues Angebot wird doch ganz sicher auch jetzt wieder von den Lloyd George, Clemenceau und dem großen Troß der Presse dahin ausgebeutet werden, daß es die Unerträglichkeit unserer Lage beweise. Und ganz gewiß wird ein großer Teil der Bevölkerung dem glauben. Der beabsichtigte Erfolg ist also mindestens zweifelhaft. Weniger zweifelhaft aber erscheint uns die Festlegung auf unzureichende Bedingungen. Denn man mag an diese noch so ausdrücklich seinen Vorbehalt knüpfen, so viel ist doch klar, daß es später sehr schwer sein wird, Forderungen durchzudrücken, auf die man grundsätzlich bereits verzichtet hat. Davor, daß unsere westlichen Gegner auf Grund dieser Bedingungen schon jetzt in die Friedensverhandlungen eintreten sollten, dürfte uns allerdings ihr Hochmut und ihre Verblendung bewahren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ findet die Verzichts-Friedenspolitik der russischen Regierung zwar sehr begreiflich, nicht aber das deutsche Verhalten. Sie erklärt sich diese aus der Angst vor der Sozialdemokratie und Demokratie im eignen Lager und bemerkt:

Wir erinnern an die Erklärungen sozialdemokratischer Blätter und Herrn Scheidemanns: Man habe sich in Berlin eingebildet, ohne Einverständnis des Volkes polnische Königskronen und kurländische Herzogshüte schaffen zu können. Die deutsche Sozialdemokratie habe solchen Einbildungen ein schleuniges Ende gemacht, und zwar für allemal. **Daß die Westmächte auf das Friedensangebot eingehen sollten, ist nicht wahrscheinlich. Täten sie es, so würde das für das Deutsche Reich den Scheidemannfrieden mit allen seinen ruinösen Folgen bedeuten. Wenn die Westmächte nicht darauf eingehen, so wird das beweisen, daß sie angesichts der fortschreitenden deutschen Demokratisierung, mit der sie immer zuversichtlicher rechnen, sich im Laufe der Zeit günstigere Bedingungen versprechen.** Das neue Friedensangebot kann die Regierungen der Entente und auch die Bevölkerung in dieser Auffassung nur bestärken.

Die „**Berliner Neuesten Nachrichten**“ schreiben:

Während noch in diesen Weihnachtstagen die deutschen Fürsten und Heerführer die Siegeszuversicht unseres Volkes in Hinblick auf einen baldigen starken deutschen Frieden zu stärken bemüht waren, geben die Kühlmann und Graf Czernin zunächst alles preis, was das deutsche Schwert für Deutschland und seine Verbündeten blutig erkämpft hat. Man mag über die Einzelheiten der Abmachungen denken, wie man will: Darüber kommt man nicht hinweg, daß sich die deutschen Diplomaten von vornherein haben die Führung aus der Hand nehmen lassen, wie sie es den demokratischen Parteien im Lande gegenüber seit Jahren gewöhnt waren. Nicht die Vertreter des siegreichen Volkes stellen ihre Bedingungen, die der zu Boden geschmetterte Feind anzunehmen gezwungen sein wird, sondern die Revolutionäre Rußlands, des kampfunfähigen und in sich zerrissenen Volkes, erreichen die Annahme ihrer Bedingungen, in denen sie die Grundlagen eines neuen demokratischen Zeitalters erblicken. Jeder Gedanke an Bismarck und die Eröffnung seiner Friedensunterhandlungen mit den Vertretern besiegtter Feinde, läßt uns die Schamröte in die Wangen treten, wenn wir nun erleben, daß nach den größten Erfolgen der deutschen Waffen deutsche Diplomaten mit einem Federstrich das deutsche Volk in die Rolle des Unterlegenen versetzen. Ohne auch nur eine Stunde oder einige Tage um ein günstigeres Ergebnis zu unterhandeln, verzichten sie, und dieser Verzicht scheint uns mit allem in Widerspruch zu stehen, was man in letzter Zeit auch aus dem Munde des Grafen Hertling und des Kaisers selbst gehört hat.

Die „**Vossische Zeitung**“ begrüßt das Ergebnis der bisherigen Friedensverhandlungen mit folgendem Satze:

„Dadurch hat die demokratischste Regierung der Welt den Mittelmächten das Zeugnis ausgestellt, daß ihre Friedenspolitik von jeder Eroberungssucht wie überhaupt von jedem Streben nach Gewalttätigkeiten vollkommen frei ist.“

Das „**Berliner Tageblatt**“ begleitet die Mitteilungen aus Brest-Litowsk mit der Lobpreisung eines Friedens ohne Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigung:

„Wer die deutsche Zukunft nicht für viele Generationen mit neuem Haß, neuen Kriegen belasten, nicht immer wieder feindliche Koalitionen vorbereiten, wer einer fruchtbaren Politik die Türen offenhalten will, lehnt jede gewaltsame Annexion fremden Gebietes ab. Wer mittelalterlichen Anschauungen entwachsen, dem Idealismus aus freier Menschlichkeit nicht nur im Theater, an Schiller-Abenden, huldigt, verwirft die Vergewaltigung anderer Völker, wie er die Vergewaltigung anderen Glaubens verwirft.“

Der „**Vorwärts**“ schließt seine Betrachtungen also:

„Das russische Friedensprogramm ist allerdings so theoretisch und abstrakt gehalten, daß eine Anzahl konkreter Streitfragen dadurch nicht ohne weiteres entschieden werden. Aber andererseits sind seine grundlegenden Prinzipien dieselben, zu denen die Mehrheit des deutschen Volkes und auch die deutsche Regierung sich öffentlich bekannt haben.“

Die deutsche Regierung hat sich in ihrer Antwort auf die russischen Vorschläge ehrlicherweise mit einer Bestimmtheit und Klarheit wie noch niemals zu dem Prinzip des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen bekannt. Die Anerkennung der bolschewistischen Unterhändler widerlegt jeden Zweifel an der Unzweideutigkeit ihrer Erklärung.“

Als einen „Sieg des Rechts“ feiert die „**Germania**“ die Beschlüsse von Brest-Litowsk:

„.....Für Wahrheit, Freiheit und Recht lautet unsere politische Devise seit den Tagen der Gründung der Zentrumsfraktionen. Wir haben eine Abirrung davon auch in der auswärtigen Politik immer abgelehnt und lehnen sie weiter ab mit der einzigen Einschränkung der Gegenseitigkeit, d.h., daß alle unsere Feinde auch uns Deutschen den Anspruch auf dieses Recht und diese Freiheit zuerkennen. In diesem Sinne begrüßen wir den Sieg des Rechts von Brest-Litowsk, als den Weg, auf dem die Zukunft unseres Volkes ebenso sichergestellt werden kann, wie die berechtigten Ansprüche anderer Nationen. Wir leben der Ueberzeugung, daß der weitere Verlauf der Verhandlungen diese Auffassung rechtfertigen wird, und sehen in der übereinstimmenden Auffassung über die Grundsätze des wirtschaftlichen Verkehrs der Zukunft, die man in Brest-Litowsk festgestellt hat, ein glückverheißendes Vorzeichen dafür.“

Die „**Kölnische Zeitung**“ bezeichnet das Sitzungsprotokoll der Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk als ein Schriftstück von ganz außerordentlicher Bedeutung und sagt, die Veröffentlichung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ zeige aller Welt, daß die Mächte des Vierbundes ihr Wort in voller Ausdeutung wahrgemacht haben:

Sie entwaffnen mit einem Schlage den Schrei unserer Feinde, die bisher eine Zusammenkunft zum Zwecke der Liquidierung des Krieges immer mit der Begründung als unannehmbar bezeichnet hatten, daß jenes Versprechen unserer Staatsminister nur mehr eine Finte sei und die Hinterlist bei solcher Zusammenkunft zutage treten werde. Die allgemeinen Grundlinien sind nun gegeben in den Friedensverhandlungen mit Rußland. Die nähere Regelung der Einzelheiten werde die nächste Aufgabe sein, die man nicht unterschätzen solle, weil die Basis des Ganzen sich nicht so schnell zusammenkitten ließ. Nur auf Rußland beziehen sich bis jetzt die Grundbedingungen unseres Friedens, weil es unseren anderen Feinden noch nicht gefallen hat, Einsicht zu lernen. Noch einmal ist eine Aufforderung an sie ergangen, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Sie werden diese Aufforderung nicht mit so leichten Worten wie bisher in den Wind schlagen. Alle Kriegshetzer, von Lloyd George bis Venizelos, werden jetzt Farbe bekennen müssen vor aller Welt. Wir sind gewappnet für jede Entscheidung, mit dem ehrlichen Willen zur Verständigung für den Frieden, mit der stahlgepanzten Faust für den Krieg. Wir werden unser Recht uns holen, so oder so.

Tägliche Rundschau – Nr. 661 - Freitag, 28. Dezember 1917 – Abend – S.2

Erzbergers Triumphgesang.

Matthias Erzberger hat sich beeilt, gegenüber dem Berliner Berichterstatte des „**Neuen Wiener Journals**“ festzustellen, daß die Staatsmänner Czernin und Kühlmann nunmehr seine eigene Friedensentschließung vom 19. Juli in Brest-Litowsk „unterschrieben“ haben. Als Begründer, Meister und Willenskünder der Reichstagsmehrheit fühlt er sich ferner berufen, der angeblichen Behauptung der Alldeutschen, diese Mehrheit sei in ihren Friedenszielen nicht einig, also entgegenzutreten:

„Das ist lächerlich. Wir sind absolut einig, so einig, wie eine Mehrheit nur sein kann, die aus mehreren Gruppen besteht. In den Zielen des **Zentrums, der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei** gibt es gewisse Nuancen von Unterschieden. Aber in allen wesentlichen und entscheidenden Punkten sind wir vollkommen einig und ein und derselben Meinung. Die Mehrheit des Reichstags muß und wird das, was jetzt in Brest-Litowsk gesprochen wurde und geschehen ist, unterstützen, und die Völker werden dahinter treten, denn es ist ein großer Sieg der Gedanken der Mehrheitsparteien. Das wird sich schon bei den kommenden Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstages zeigen.“

Tägliche Rundschau – Nr. 661 - Freitag, 28. Dezember 1917 – Abend – S.2

Nordschleswig bleibt deutsch.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, v. Moltke, tritt in einer Erklärung den Gerüchten entgegen, die eine nach dem Kriege beabsichtigte Abtretung Nordschleswigs an Dänemark behaupten. Es heißt in der Erklärung zum Schluß:

Nicht um die Abtretung Nordschleswigs soll es sich diesmal handeln, nur der Kreis Hadersleben sei, so will man wissen, bestimmt, demnächst im Wege jetzt schon vorbereiteten Vertrages an Dänemark überzugehen. Wie früher bereits, so wiederhole ich nochmals: Kein wahres Wort liegt diesem Gerüchte zugrunde.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11909 - Freitag, 28. Dezember 1917 – S.1

Die letzte Frist.

Wien, 28. Dezember. Nach dem grandiosen Auftakt in Brest-Litowsk setzt eine zehntägige Frist ein. Es ist ein gewaltiges Resultat gleich in der ersten Konversation erzielt worden. Die Unterhändler des Vierbundes und die des neuen Rußland haben sich über die Grundlagen, auf denen der Abschluß des blutigen Ringens herbeigeführt werden könnte, ausgesprochen, und es hat sich eine wesentliche Uebereinstimmung der beiderseitigen Anschauungen ergeben. Die Zentralmächte und ihre Verbündeten haben offen und unzweideutig gesprochen, die russische Regierung hat keinen Zweifel über den Ernst ihrer Absichten walten lassen. Aber die westliche Entente ist noch nicht zu Worte gekommen, obwohl es ihr wahrlich an Gelegenheiten dazu nicht gefehlt hat. Seit dem Dezember 1916, wo der Vierbund die Friedenshand entgegenstreckte, sind oftmals und in der feierlichsten Weise Aufforderungen an sie ergangen, Aufforderungen, die sie mit höhnischen Verdächtigungen abgelehnt hat. Aber niemals war ihre Aufforderung so ernst, nie war sie so bedeutsam wie jene, die jetzt durch die Erstreckung der zehntägigen Frist an die Regierungen von Frankreich, England und Amerika gerichtet wird.

Denn jetzt gibt es keine Ausflüchte mehr, jetzt ist allen Verdächtigungen der Weg abgeschnitten. Jetzt können die britischen und die französischen Diplomaten wohl nicht mehr die Behauptung wagen, wie sie es noch vor einem Jahre taten, daß der neue Appell ein Ausfluß der Schwäche des Vierbundes sei. Seit jenem Augenblick sind neue und immer wieder neue Erfolge errungen worden, die letzten Wochen haben seiner Schlagkraft das glänzendste Zeugnis ausgestellt, und die Lage der Zentralmächte ist heute, wo bereits in Sonderbesprechungen mit einem der gefährlichsten ihrer Gegner, mit Rußland, eingegangen wird, eine günstigere als je.

Angesichts des hohen und feierlichen Ernstes, der als Grundlage des allgemeinen Friedens die demokratischen Grundsätze auf der einen Seite und das Prinzip des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der anderen Seite verkündet, ist auch allen Verleumdungen, die in dem charakteristischen Wort „Friedensintrige“ zusammengefaßt werden konnten, der Boden entzogen. Welch fürchterliche Verantwortung übernehmen die Regierungen der westlichen Ententeländer gegenüber ihren eigenen Völkern, wenn sie das Schlagwort der Demokratie auf ihr Panier geschrieben haben, heute den angezeigten kürzesten Weg zur Herbeiführung des sofortigen Friedens nicht betreten!

Und welch schauerliche Verantwortung laden sie vor der Geschichte der ganzen Kultur und Menschheit gegenüber auf sich, wenn sie in offener Proklamierung ihrer brutalen Raubgelüste diesen menschenmordenden Krieg weiter fortsetzen! Nach all den Niederlagen zu Wasser und zu Lande hat die Entente sich auch die schwersten moralischen Niederlagen geholt. Aber nie noch stand sie vor einer so ernsten Entscheidung. Die zehntägige Frist ist eine Mahnung der Weltgeschichte an die Regierungen von England, Frankreich und Amerika. Folgen sie ihr, so ist der allgemeine Völkerfriede gesichert, und zwar gesichert auf der Basis der ehrlichen Verständigung. Schlagen aber sie, die diesen Krieg angezettelt und die allen Friedensmöglichkeiten zum Trotze sich bemüht haben, ihn so fürchterlich lange hinauszuziehen, bis er zu einer Katastrophe für die ganze Welt wurde, diese letzte Gelegenheit zu einem Frieden der Verständigung aus, so treffen sie eine Entscheidung und übernehmen sie eine Verantwortung nicht minder groß als jene, mit der sie ihre Völker in diesen Krieg hineingehetzt haben. Und wenn es ihnen bisher gelungen ist, diese in einer gewissen Verblendung zu erhalten, so wird jetzt wohl das letzte Lügengewebe zerrissen werden und die Politik der Entente wird ihren eigenen Nationen unverhüllt zum Bewußtsein kommen. Auch nur das geringste Zögern angesichts des erneuten Friedensangebotes ist der sprechende Beweis für die Eroberungstendenzen, die die Entente beseelen.

Der Reichsbote – Nr. 662 - Samstag, 29. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Zwischen Krieg und Frieden. – von Julius Werner.

Manche Stimmungen und Erwägungen, die uns schon bisher beschäftigt, werden jetzt in erhöhtem Maße ein Gegenstand ernsten Nachdenkens. Gerade jetzt, wo im Osten die Waffen ruhen und in absehbarer Zeit der Tempel des Friedens seine Pforten wieder der Menschheit öffnet, gilt es klar und entschlossen Stellung zu nehmen zu den Kriegszielen und Friedensproblemen. Das erscheint umso mehr geboten, als sich in dem großen Umbildungsprozeß der außen- und innenpolitischen Verhältnisse gewisse Auffassungen hervordrängen, die weder nationalpolitisch noch auch ethisch-psychologisch zu rechtfertigen sind.

Zu verstehen, wenn auch nicht zu entschuldigen ist es, daß die „**Unabhängige Sozialdemokratie**“ und die an sie angrenzenden Parteigruppen in dem nationalen Daseinskampf einen weitausgreifenden strategischen Enderfolg nicht wünschen. Von einem siegreichen Ausgang des Weltkriegs fürchten jene Kreise einen ihnen unerwünschte Befestigung der Monarchie, eine Stärkung der „preußischen Militärkaste“ und des „alldutschen“ Einflusses. Aber auch bis weit hinein in die Kreise der bürgerlichen Linken begegnen wir einer Auffassung der Kriegszielpolitik, die gelinde gesagt, kein besonderes Verständnis für die notwendige Machterweiterung eines größeren Deutschlands verrät.

Man befürchtet als Folge einer gesicherten deutschen Weltstellung das dauernde Anwachsen des Rachedgedankens und des Wirtschaftsneides in den feindlichen Staaten. Daß die weltpolitische Größe, wie wir sie als Kriegsergebnis mit Bestimmtheit erwarten, erwarten müssen, in dem deutschfeindlichen Auslande nicht mit freundlichen Gefühlen beurteilt werden wird, erscheint selbstverständlich. Ebenso unvermeidlich ist damit die Notwendigkeit verknüpft, dauernd und in gesteigertem Maße alle physischen und moralischen Kräfte zur wehrhaften Selbstbehauptung zusammenzufassen oder wie es ein japanisches Sprichwort in bildkräftiger Wendung sagt, „nach dem Kampf den Helm fester zu binden“.

Aehnlich wie für uns als Staate und Nation in einer Welt von Feinden, ist die Stellung der preußisch-deutschen Monarchie im Kampfe mit offener und verhüllter Gegnerschaft. In beiden Fällen erfordert die selbstbewußte Behauptung der allseitig angefochtenen Position ein ungewöhnliches Maß von Kraft, Mut und Verantwortungsgefühl. Aber zu einem solchen Aufgebot von heldenhaften Eigenschaften scheint nicht allenthalben die Gesundheit der Nerven oder der gute Wille auszureichen: weder bei den zurzeit maßgebenden Parlamentariern und anderen politischen Scheingrößen, noch auch bei den verantwortlichen Beratern der Krone. Der Träger der Krone selbst bleibt natürlich außerhalb des Bereichs der politischen Erörterung.

Begreiflicherweise werden die in Betracht kommenden Kreise nicht zugeben, daß es ihnen an Willen zur Macht und Größe fehlt, sie werden nicht zugeben, daß Furcht und Schwäche gegenüber der mit Deutschlands Weltherrschaft verknüpften Verpflichtung sie durchdringe. Demgemäß versucht man es, und zwar mit einem zur Meisterschaft entwickeltem Geschick, die eigene Blöße und Armseligkeit mit den Feigenblättern moralpolitischer Redensarten zu bedecken. Die neuzeitlichen Staatsmänner und Politiker aus der Schule Bethmannscher Halbphilosophie widersetzen sich den starken, zur Sicherung der Grenzen und zur militärischen, wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit unvermeidlichen Forderungen mit dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit und Unhaltbarkeit einer nackten Machttheorie. Wer in aller Welt aber unter den politisch denkenden Vertretern eines deutschen Friedens beabsichtigt denn die brutale Macht an Stelle des Rechts zu setzen?

Ueberhaupt die neuerdings auf gewisser Seite so beliebte künstliche Gegenüberstellung von Macht und Recht müssen wir als einen ganz ungehörigen Trick zurückweisen. Die von uns zur Erhaltung und Entwicklung des Reichs erstrebte Befestigung der Macht befindet sich nicht im Gegensatz zum Recht, sondern gilt uns vielmehr als die Aufrichtung und Sicherung unseres guten Rechtes, das die Verschwörung der Ententevölker uns rauben und zerschmettern wollte. Die Friedensverhandlungen können für uns nur den Sinn haben, unserer überragenden sowohl militärischen als wirtschaftlichen und moralischen Kraft die rechtsverbindliche Gültigkeit zu verschaffen. Nur hierum kann es sich bei einer vernünftigen „Verständigung“ handeln. Ein Verständigungsfrieden hat nur Berechtigung in dem Sinne, daß auf Grund der erzielten Erfolge eine die Beteiligten verpflichtende Rechtslage zustande kommt, - eine Rechtslage, deren wirkliche Gültigkeit im Leben der Völker, wie sie sind, nicht wie man sie sich wünscht, eben auf den Machtverhältnissen beruht. Die vielfach so leidenschaftliche Verurteilung einer angeblichen Macht- und Gewalttheorie ebnet uns sicherlich nicht den Weg zu einem gesunden starken Frieden; ebenso wenig wie die Demokratisierung unserer Volks- und Staatseinrichtung!

Trotzdem es ja die Blinden sehen müßten, daß die Todfeinde unseres Reichs die deutsche Demokratie umwerben, um auf politischem Wege unsere Vernichtung zu erzielen, die ihnen mit Waffengewalt und Hungerstrategie nicht gelingt, so redet man doch noch immerzu von einer dringenden, ja „sittlichen Notwendigkeit“ zur Einführung des parlamentarischen Regierungssystems. Um der Torheit die Krone aufzusetzen, beteuert man unablässig, Deutschland könne nur durch Angleichung an die demokratische Staatsform der Feindesmächte mit diesen auf die gleiche Kulturhöhe kommen, womit denn wieder die beste Bürgschaft für ein baldiges Kriegsende und einen glücklichen, allseitig als „ehrenvoll“ empfundenen Frieden gegeben sei.

Das Sinnlose solcher politischen Gedankenirrungen findet eine grelle Beleuchtung durch die verblüffende Tatsache, daß diejenigen westeuropäischen Staaten, bei denen man sich um ein Zeugnis für politisches Wohlverhalten bewirbt, gerade den umgekehrten Weg einschlagen und in ihrer Not sich von der Demokratie ab- und der „Autokratie“ und dem „Militarismus“ zuwenden. Das Beispiel von England und Amerika, von Lloyd George und Wilson sollte doch zu denken geben.

Allein unsere Hoffnung, die wir auf das Denkvermögen unserer innerpolitischen Gegner setzen, ist nach allen bisherigen Erfahrungen nicht besonders hochgespannt. Wir sind geschichtlich und politisch geschult genug, um es nicht für ausgeschlossen zu halten, daß sich trotz aller noch so eindringlichen Warnungszeichen die Demokratisierung in dieser oder jener Form durchsetzt. **Ohne dann in diesem uns aufgedrungenen Geistes- und Verteidigungskampf irgendwie nachzulassen, werden wir gut tun, uns auf eine grundstürzende Neuerung einzurichten in der Weise, daß wir ihre zu erwartenden Schäden nach Möglichkeit abmildern, mehr noch sie in zähem Ringen, gestützt auf innere Ueberlegenheit, schrittweise zu überwinden versuchen.**

Sollte die erste Freiheitstat des Parlamentarismus darin bestehen, daß man das preußische Parlament vergewaltigt und über seinen Kopf hinweg das Reichstagswahlrecht in Preußen einführt, so muß uns das den Anlaß zu erneuter zielsicherer Kraftentfaltung bieten. Im Lager der Rechten fehlt es nicht an politischen Köpfen und Charakteren, noch weniger an wertvollen Kräften geistiger und sittlicher Bildung. Diese gibt es, planmäßiger als bisher zusammenzufassen und zur politisch-volkstümlichen Betätigung heranzuziehen. Wenn unsere Gebildeten, die sich durch den verhängnisvollen Gang der innerpolitischen Vorgänge mit Recht so tief verletzt und empört fühlen, sich erst einmal verpflichtet fühlen wollten, ihre Gesinnung in die politische Wirklichkeit und Wirksamkeit umzusetzen, dann wird es sich doch noch zeigen, wer in dem von der Demokratie entfesselten geistigen Wettbewerb zuletzt die Palme davonträgt. Je mehr sich als unausweichliche Folge des drohenden Zifferwahlrechts eine sinnlose Mechanik des politischen Treibens herausbildet, um so stärker muß dann bei uns das Bestreben hervortreten, das Eigenleben, wie es im Beruf, in der sozialen Stellung und Geistesart wurzelt, zur Geltung zu bringen, und so die Nivellierung mit ihrem verderblichen Einfluß auf das Staatsleben zu durchbrechen.

Solche und ähnliche Gedanken müssen sich jetzt alle diejenigen durch Kopf und Herz gehen lassen, die, wenn man so will, im guten demokratischen Sinne sich „zur Mitbestimmung an dem Staatsgeschicke“ verpflichtet und am Innenleben unseres Volkes mitzuschaffen berufen fühlen. Sich auf die Teilnahme an den unausbleiblichen inneren Entscheidungskämpfen zu rüsten, erscheint als ein Gebot der Stunde, der Zeit zwischen Krieg und Frieden.

Der Tag – Nr. 660 - Samstag, 29. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Die Engländer und Brest-Litowsk.

Rotterdam, 28. Dezember. „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ berichtet aus London: Die Presse ist allgemein der Ansicht, daß **die deutschen Anträge von Brest-Litowsk** keine Grundlage für Verhandlungen bieten, weil die Lösung, welche sie für gewisse europäische Probleme vorschlagen, als ungenügend betrachtet werden müsse, und sie klar darauf berechnet sind, wenn sie auch äußerlich demokratischen Gedanken entsprechen, doch zu betonen, daß Deutschland gesiegt hat und der Militarismus triumphiert.

Daily Chronicle sagt: Sogar Lord Lansdowne, der bereit war auf Schadenersatz, welchen die Deutschen übrigens in ihren Anträgen zurückweisen, zu verzichten, legte das größte Gewicht auf Bürgschaften. Die Friedensbedingungen der Zentralmächte bieten aber nicht die geringste Sicherheit gegen die Wiederholung des Kriegs in dem Augenblicke, wo die ursprünglichen Friedensstörer mit besserer Aussicht auf den Sieg den Kampf wieder aufnehmen wollen. Wie der Premierminister öfters gesagt hat, kann Deutschland Frieden haben, aber unter Bedingungen, welche die Welt nicht nur von diesem Krieg, sondern auch von dem Alpdruck eines Krieges der Zukunft befreit.

Die „Times“ und andere Blätter bezeichnen die Friedensanträge als einen Betrug, eine Falle usw.

„Daily News“ sagen: Kühlmann formuliert eine Erklärung der Bedingungen, die nicht nur die Sozialdemokraten und das Zentrum in Deutschland versöhnen und auch die öffentliche Meinung, wie sie von der Mehrheit des Reichstags vertreten wird, befriedigen wird, sondern die den Deutschen gleichzeitig ermöglicht, in geschickter Weise die Entente als aggressive Imperialisten erscheinen zu lassen, deren Ehrgeiz nicht gestattet, daß sie eine demokratische Regelung, wie einen Frieden ohne Einverleibung und ohne Entschädigungen abschließen. Das ist eine geschickte Diplomatie, und nichts wäre unvernünftiger, als daß die Presse und die Politik der Entente das deutsche Angebot allgemein und bedingungslos zurückweise. Eine derartige Aufnahme wäre den deutschen Diplomaten sehr erwünscht. Die „Daily News“ wollen aber nicht sagen, daß die deutschen Bedingungen annehmbar sind, denn das Blatt sagt weiter, die deutschen Bedingungen könnten nicht als Grundlage für sofortige Verhandlungen angenommen werden. Ihr Mangel liege in der wichtigen Frage von Belgien und der nicht weniger einschneidenden Frage von Serbien. Die deutsche Lösung dieser beiden Probleme sei durchaus unannehmbar. Sie bewillige Schadenersatz, schließe aber Rückerstattung aus. Auch hinsichtlich Elsaß-Lothringens und Polens sei sie unbefriedigend. Weiter schweige Deutschland über so wichtige Fragen wie die Bildung eines Bundes der Völker. Solche Mängel könnten genügend erscheinen um die deutschen Anträge zu ignorieren und kurzerhand abzulehnen. Aber wenn Rußland sich jetzt an die Alliierten wende, müßten sie eine offene Erklärung über ihre eigenen Kriegsziele und Friedensbedingungen ablegen.

„Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel, daß die deutschen Friedensbedingungen sorgfältig geprüft werden müssen und daß dabei sämtliche politischen, militärischen und menschlichen Faktoren in Betracht gezogen werden müssen. – Ueber die Anträge sagt das Blatt: Sie sind mit der Theorie eines siegreichen Deutschland nicht in Einklang zu bringen, aber sie enthalten kein Zeichen eines neuen Geistes oder der Verleugnung des Militarismus. Die Tatsache, daß Elsaß-Lothringen und die kleinasiatische Türkei der Souveränität der Macht, welche das Unrecht begangen hat, nicht entzogen werden sollen, kann für einen Dauerfrieden nicht förderlich sein.

Die Verwerfung der deutschen Anträge aus diesem Grunde allein würde aber uns (der Entente) unberechenbaren Schaden zufügen. Die Alliierten sollen alles annehmen, was in den deutschen Bedingungen annehmbar ist und dann ihre Mindestanforderungen aufzählen..

Deutsche Zeitung – Nr. 653 - Samstag, 29. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Das wahre Kriegsziel Englands.

Amsterdam, 28. Dezember. Wie bekannt, hat Sir Edward Carson vor einiger Zeit in Portsmouth eine Rede gehalten, in der er Reuter zufolge sagte:

„Wir müssen dafür sorgen, daß alle deutschen Handelsfirmen und alle deutschen Unternehmungen in allen Ländern ausgerottet werden.“

Wie aus inzwischen angekommenen Blättern hervorgeht, hat Reuter hier etwas weggelassen. Carlson sagte in Wirklichkeit:

„Wir müssen nicht nur dafür sorgen, alle deutschen Handelsfirmen und deutschen Unternehmungen in allen Ländern auszurotten, sondern auch dafür, daß wir diese Handelsbeziehungen selbst in die Hand bekommen.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 409 - Samstag, 29. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Pichon über die Kriegsziele Frankreichs.

Paris, 27. Dezember. In der Kammer interpellierten Argaines (Radikal) und Sembat (Sozialist) über die Vorgänge in Rußland. Pichon führte in seiner Antwort u.a. aus: Die Ereignisse in Rußland stellen zusammen mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg die wichtigsten Tatsachen dieses Krieges dar. Die jetzige russische Regierung hat sich selbst offizielle Beziehungen zu den Alliierten unmöglich gemacht. Dank den Bolschewiki befindet sich Rußland heute in voller Auflösung und Deutschland bemüht sich, das Werk der Zerstörung der russischen Militärmacht fortzusetzen und einen Abgrund zwischen Rußland und den Alliierten zu schaffen. Unsere Kriegsziele sind in den wiederholten Erklärungen unserer Minister und in den Tagesordnungen des Parlamentes bezeichnet: Zuerst siegen! (Beifall)

Lloyd George hat es noch gestern wiederholt: Man erhält den Frieden nur durch den Sieg. Siegen warum? Für Eroberungen? Um zu unterdrücken und zu herrschen? Mitnichten! Um der Welt Frieden, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit zu sichern! Die Wiederherstellung Elsaß-Lothringens leistet Gewähr für einen dauerhaften Frieden. Wir werden den Krieg erst dann als gewonnen betrachten, wenn Deutschland erklären wird, daß es bereit ist, einen Frieden anzunehmen, der auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung des begangenen Unrechts begründet ist.

Die Alliierten wollen auch ein unabhängiges und unteilbares Polen mit allen Garantien einer freien wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung. Das was uns von den Feinden unterscheidet, ist das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden. Man begreift leicht, daß Deutschland und Oesterreich sich weigern, ihren Frieden ohne Annexionen näher zu erläutern. Die Veröffentlichung der Geheimverträge mit Rußland war ein vollständiges Fiasko für Deutschland, sie hat nicht die guten Beziehungen zu den skandinavischen Ländern beeinträchtigen können. Es würde Rußlands Verhängnis sein, sich von den Feinden einwickeln zu lassen. An dem Tage, wo man unmittelbar wegen der Friedensbedingungen an uns herantreten würde, werden wir sie mit unseren Bundesgenossen zusammen prüfen. Ein solcher indirekter Friedensvorschlag aber verdient nicht, erwogen zu werden. Entweder werden die russischen Verhandlungen zum Ziele führen, und dann wird dies die Kapitulation Rußlands sein, oder die Verhandlungen werden scheitern. In beiden Fällen wird für uns der Krieg weitergehen. Es bedeutet offenbar einen großen Erfolg für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die Bewegungsfreiheit an unserer Front zu besitzen. Deutschland hat sich die unmögliche Aufgabe gesetzt, die Welt zu besiegen, aber die Welt wird siegen, und die Franzosen werden einen beträchtlichen Anteil an dem Siege haben.

Darauf nahm die Kammer mit allen 384 abgegebenen Stimmen eine Tagesordnung an, wonach die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt und im Vertrauen zu ihr zur Tagesordnung übergeht.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 410 - Samstag, 29. Dezember 1917 – Abend – S.1

Die Grundlagen für den Frieden mit Rußland. – Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 28. Dezember. Im Laufe der heute vormittag abgehaltenen Besprechungen zwischen den Delegationen der Verbündeten und Rußlands wurde die vorläufige Beratung jener Punkte beendet, die auch bei Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Rußland einerseits und diesen Mächten andererseits geregelt werden müssen. Diese Beratungen sind im Geiste der Versöhnlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses geführt worden. In einer ganzen Reihe wichtiger Punkte wurde die Basis für eine Einigung geschaffen. Außer politischen Fragen wurden auch solche rechtlicher und wirtschaftlicher Natur verhandelt und vorbehaltlich der Prüfung durch die einheimischen Behörden und der endgültigen Redaktion in befriedigender Weise geregelt.

Zunächst wurde Einigung über die Wiederherstellung des durch den Krieg unterbrochenen Vertragszustandes erzielt. Ferner wurde vereinbart, daß in rechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung das eine Land vom andern nicht schlechter behandelt werden solle als irgendein drittes Land, das sich nicht auf Vertragsrechte berufen kann. Kriegsgesetze sollen aufgehoben, die davon Betroffenen in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt oder entschädigt werden. In weiteren Bestimmungen werden die für die Kriegskosten und Kriegsschäden aufgestellten Regeln näher ausgeführt. Namentlich einigte man sich auch über die Behandlung der den Zivilangehörigen außerhalb des Kriegsgebietes erwachsenen Schäden.

Ueber die gegenseitige Freilassung und Heimbeförderung von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wurde grundsätzliche Einigung erzielt. Das gleiche gilt von der Rückgabe der beiderseitigen Kauffahrteischiffe. Endlich wurde die schleunige Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen vorgesehen. In wirtschaftlicher Hinsicht ergab sich völliges Einverständnis über die sofortige Einstellung des Wirtschaftskrieges, über die Wiedereröffnung des Handelsverkehrs und über die Einrichtung eines organisierten Warentausches. Ferner wurde im wesentlichen Uebereinstimmung über die Grundlage erzielt, auf welcher die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder dauernd geregelt werden sollen.

In der wichtigsten Frage der Behandlung der beiderseits besetzten Gebiete wurde von russischer Seite folgender Vorschlag gemacht:

„In voller Uebereinstimmung mit der offenen Erklärung der beiden vertragschließenden Teile, daß ihnen kriegsgerische Pläne fernliegen und daß sie einen Frieden ohne Annexionen schließen wollen, zieht Rußland seine Truppen aus den von ihnen okkupierten Teilen Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Persien zurück, und die Mächte des Vierbundes aus Polen, Litauen, Kurland und den anderen Gebieten Rußlands. Entsprechend den Grundsätzen der russischen Regierung, die das Recht aller in Rußland lebenden Völker ohne

Ausnahme auf Selbstbestimmung bis zur Absonderung verkündet hat, wird der Bevölkerung dieser Gebiete die Möglichkeit gegeben werden, binnen kürzester genau bestimmter Frist vollkommen frei über die Frage ihrer Vereinigung mit dem einen oder anderen Reich oder über die Bildung eines selbständigen Staates zu entscheiden. Hierbei ist die Anwesenheit irgendwelcher Truppen in den abstimmenden Gebieten nicht zulässig außer von nationalen oder örtlichen Milizen. Bis zur Entscheidung dieser Fragen aber liegt die Verwaltung dieser Gebiete in den Händen von in demokratischer Weise gewählten Vertretern der örtlichen Bevölkerung selbst. Die Frist der Räumung nebst den näheren Umständen und dem Beginn und Verlauf der Demobilisation des Heeres wird durch eine besondere Kommission bestimmt.“

Demgegenüber schlug Deutschland vor, den ersten beiden Artikeln des zu schaffenden Präliminarvertrages nachstehende Fassung zu geben:

Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle im Verbande des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen, sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverband auszuschcheiden.

Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels eins vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Eine im wesentlichen gleichlautende Formulierung wurde österreich-ungarischerseits vorgeschlagen.

Die russische Delegation nahm diese Erklärungen zur Kenntnis und stellte ihre Auffassung daraufhin wie folgt fest:

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint. Daher schlagen wir vor und bestehen darauf, daß eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes erfolgt. Wir sind jedoch damit einverstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen für die Verwirklichung eines derartigen Referendums, desgleichen zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezialkommission eingesetzt wird.

Im allgemeinen kann nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Ansichten der vertretenen Mächte über die Regelung der wichtigsten Fragen sich in vielen Punkten decken, in anderen sich derart genähert haben, daß die Hoffnung auf Erzielung eines Einvernehmens auch in diesen begründet ist.

Vorwärts – Nr. 356 - Samstag, 29. Dezember 1917 – S.1

Die Friedensverhandlungen.

Brest-Litowsk, 27. Dezember. Amtlich. Die Beratungen der Delegationen der Verbündeten mit den Vertretern Rußlands über die Spezialfragen wurden auch im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt. Diese Beratungen sind inzwischen so weit gefördert worden, daß eine kurze Unterbrechung der Verhandlungen in Aussicht genommen werden kann, um den Delegationen, von denen einzelne mit ihren heimischen Behörden Fühlung nehmen wollen, hierzu Gelegenheit zu bieten.

Aus feindlichen Ländern liegen, abgesehen von einer Aeußerung des „Temps“, noch keine Urteile über die Brest-Litowsker Friedensgrundsätze vor. Der „**Temps**“ sagt, die Antwort der Mittelmächte richte sich viel weniger an die Maximalisten als an Rußlands Bundesgenossen. **In Wirklichkeit wolle die Antwort die Regierungen der Alliierten antreiben, sofort über den Frieden zu unterhandeln auf der Basis der Grundsätze, die von den Mittelmächten angenommen wurden und zu denen die Regierungen der Alliierten sich nicht bekennen.**

Erfreulicher laute das Echo, das aus benachbarten neutralen Ländern kommt. Das „**Berner Intelligenzblatt**“ weist darauf hin, daß sich der „Temps“ noch gestern über das unverbrüchliche Stillschweigen der Mittelmächte zu den Kriegszielen beklagt habe, heute aber die verkündeten Grundsätze eines deutschen Friedens auf ihr Wesen und ihren Wert untersuchen könne. Ohne nähere Besprechung will das Blatt heute schon festhalten, daß die russische Delegation den versöhnlichen Charakter des Programms anerkennt. Ob sich innerhalb der zehntägigen Frist weitere Mächte den Friedensverhandlungen anschließen würden, bleibt ungewiß. Jedenfalls sei mit der Antwort der Mittelmächte ein bedeutender Schritt zur Klärung der Friedensfrage getan. In den Ententeländern werde es nicht an Stimmen fehlen, die den Beitritt der Ententemächte zu den Friedensverhandlungen befürworteten.

Das Amsterdamer „**Algemeen Handelsblad**“ nennt die Vorbehalte der Mittelmächte bezüglich eines sofortigen allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen logisch und begreiflich. Daß in einigen Punkten Vorbehalte gemacht werden müssen, bis die übrigen Kriegführenden an den Unterhandlungen teilnehmen, sei klar. Die Mittelmächte können wohl mit Rußland Frieden schließen, aber sie können sich nicht gegenüber allen anderen Kriegführenden die Hände binden, ohne die Gewißheit zu haben, daß auch die anderen die allgemeinen Grundsätze annehmen, die die Mittelmächte bei den Verhandlungen mit Rußland als berechtigt anerkannt haben. Die Mittelmächte haben von neuem gezeigt, daß sie trotz allem Gerede der Gegenpartei bereit sind, einen allgemeinen gerechten Frieden zu schließen.

Wichtigkeit ist einem Artikel des Stockholmer „**Socialdemokraten**“ zuzumessen, von dem eine Stockholmer Wolff-Meldung sagt, er werde von ententefreundlichen Kreisen besonders beachtet. Der Artikel schlägt einen Ton an, der zu den bisherigen ententistischen Neigungen des Blattes in auffallendem Gegensatz steht. Er sagt, es erscheine ausgeschlossen, daß die Entente ohne weiteres einen solchen Vorschlag von der Hand weisen könne. Die Entente hat innerhalb des letztvergangenen Jahres den imperialistischen Kräften in ihren leitenden Ländern so großen Spielraum gelassen, daß eine Aenderung durchaus an der Zeit ist. Die leitenden Staatsmänner der Entente haben es unterlassen, jene Revision ihrer Kriegsziele vorzunehmen, die nach der Enthüllung gewisser heimlicher Verträge nötig gewesen wäre und von dem ganzen revolutionären Rußland verlangt wurde. Jetzt einen derartigen Vorschlag bloß mit einem kalten und blanken Nein zu beantworten, wäre bei der gegenwärtigen Weltlage in den Augen aller Völker der Welt sowohl verbrecherisch wie töricht.

Der Reichsbote – Nr. 664 - Sonntag, 30. Dezember 1917 – Morgen – S.1

Schwere Enttäuschung. — von Wolfgang Eisenhart.

Mit einer der schwersten Enttäuschungen schließt das Jahr 1917. Brest-Litowsk wird ein Name sein, an den künftige Geschlechter nur mit Schmerz und Trauer denken werden. Man hatte uns einen ehrenvollen Frieden versprochen, einen Frieden, der der Riesenopfer dieses Krieges wert sei, der seine Wiederholung unmöglich mache. Jetzt soll ein Friede geschlossen werden, der alles beim alten läßt, der uns Deutschen keine Entschädigung bringt für die unermeßlichen Opfer an Gut und Blut. Nicht ein Dorf soll für Deutschland erobert werden; es bleibt uns aus dem Kriege nichts als eine riesenhafte Schuldenlast, an der Menschenalter zu tragen haben. Als wohlhabendes Land traten wir ein in den Krieg, als armes Land, beladen mit einer Schuldenlast von mehr als hundert Milliarden, gehen wir aus dem Kriege hervor.

Schon der Beginn der Friedensverhandlungen war einzig in seiner Art. Nicht der Sieger macht seine Friedensbedingungen bekannt, geschweige denn, daß er den Frieden diktierte. Nein, der Besiegte, der Friedensbrecher von 1914, legt den Siegern seine Friedensziele vor, und diese gehen mit sich zu Rate und sagen nach einigen Tagen: Ja, wir nehmen die Friedensbedingungen des Besiegten an! Ist so etwas schon dagewesen, so lange es eine Weltgeschichte gibt?

Auf derselben Höhe steht der beabsichtigte Friedensschluß selbst. Nichts von auch nur der Idee einer Sühne für das uns angetane unermeßliche Unrecht, für einen der frivolsten Ueberfälle, den die Geschichte aller Zeiten kennt; nichts von Sühne für den russischen Mordbrennerkrieg in Ostpreußen im Herbst 1914. Es durften ja damals auch keine genauen Berichte über die Russengreuel in den Zeitungen veröffentlicht werden; sie hätten ja das, anscheinend schon damals beabsichtigte, Werk des „Versöhnungsfriedens“ stören können.

Also ein **Sieg des Herrn Scheidemann und der deutschen Sozialdemokratie auf der ganzen Linie!** Wirkungslos sind an unserer Regierung alle die ernstesten Vorstellungen der edelsten deutschen Patrioten abgeprallt, daß am baltischen Strande es gilt, eine uralte Schuld der deutschen Geschichte zu sühnen und ein herrliches Werk deutscher Kulturarbeit wieder aufzunehmen. Unsere Regierung, die immer das Wort „Kultur“ im Munde führt, steht dieser glänzendsten und verheißungsvollsten wirklichen Kulturaufgabe des Deutschtums am baltischen Strande anscheinend gleichgültig gegenüber. Umsonst haben besorgte deutsche Volkswirte darauf hingewiesen, daß das übervölkerte Deutschland des litauischen Ansiedlungslandes so nötig bedürfe wie des täglichen Brotes. Herr Scheidemann und die Regierung sind anderer Ansicht. **Das „Recht, auswandern zu dürfen“, hat ja statt dessen ein deutscher Staatsmann a.D. für ein wertvolles deutsches Kriegsziel erklärt.**

Den Polen, die nichts für ihre Befreiung vom Russenjoch getan haben, bringt man ihren Nationalstaat deutscherseits, so zu sagen, auf dem Präsentierteller entgegen; der Deutsche selbst, der das Land erobert hat, erhält nicht ein Dorf.

Wie gering müssen die russischen Unterhändler die deutsche Staatskunst eintaxiert haben, daß sie wagen konnten, solche Bedingungen uns überhaupt vorzuschlagen! Man denke den umgekehrten Fall: Wir wären die Besiegten, würde eine der feindlichen Mächte Friedensbedingungen, wie wir sie den Russen machen, uns geboten haben? Da würde es heißen: **Vae victis! Wehe den Besiegten!**

Und wie werden uns diese deutschen Friedensbedingungen in der ganzen Welt schaden! Allgemein werden sie den Eindruck erwecken: Die Deutschen sind am Ende ihrer Kräfte, sie können nicht mehr. Nicht einen Freund werden diese „milden“ Friedensbedingungen in der ganzen Welt uns verschaffen. Denn die Schwäche gewinnt keine Freunde, wohl aber die Stärke; und die ist bei unseren Gegnern. Wenigstens in der Politik.

Infolge dessen wird möglicherweise dieser Brest-Litowsker Friede das Gegenteil bewirken von dem, was er wollte: Die Gegner werden glauben, Deutschland sei am Ende seiner Kräfte und lechze nach Frieden. So wird England seine Kräfte möglicherweise verdoppeln, um Deutschland völlig niederzuwerfen. Es wird nicht daran denken, Ägypten, Palästina, Mesopotamien, unsere sämtlichen von ihm eroberten deutschen Kolonien zurückzugeben. Dann würde allerdings der Vertrag mit den Russen nach der einzigen Bestimmung desselben, die Billigung verdient, hinfällig zu werden, und auch unsere Kriegsziele gegen Rußland einer Neurevision unterliegen.

Aber wird unsere Regierung dann fest sein und sich nicht etwa zu neuen Opfern bereit finden lassen? Wird sie wirklich unbedingt auf der Räumung von z.B. Ägypten, das doch tatsächlich noch zu Kriegsbeginn unter der Oberhoheit unseres türkischen Bundesgenossen stand, England gegenüber bestehen? Hier liegt die

Entscheidung des Krieges. Denn die Riesengefahr schwebt über dem, seiner Fläche nach doch kleinen Deutschland, von den großen Weltmächten England, Nordamerika und möglicherweise einem verjüngten russischen Riesenreiche, die alle mit unendlich größeren wirtschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet sind und unermeßlichen höchst entwicklungsfähigen Bodenbesitz ihr Eigentum nennen, immer mehr erdrückt zu werden. Was wird Deutschland sein, wenn die nordamerikanische Union, die heute schon gegen 100 Millionen Einwohner zählt, ein Land von 200 Millionen Einwohnern sein wird. Was, wenn in England und seinen Kolonien 150 Millionen Weiße und 500 Millionen Farbige wohnen? Was wenn Rußland, dessen Bevölkerung vor dem Kriege jährlich um drei Millionen Menschen sich vermehrte, in vierzig Jahren ein Land von 250 – 300 Millionen Menschen sein wird.

Wir hatten erwartet, unsere Regierung werde in weiter Voraussicht beim Friedensschlusse mit diesen Zukunftsaussichten, die wahrlich trübe genug sind, rechnen. Nichts von alledem. **Und Herr Scheidemann? Was fragt eine Demokratie nach der Zukunft. Sie will im Augenblicke herrschen. Alles weitere ist ihr gleichgültig.**

So schließt das Jahr 1917 mit der schwersten Enttäuschung für die deutschen Patrioten. Und so bleibt uns nichts übrig, als dem göttlichen Lenker der Menschengeschicke unsere Zukunft zu befehlen. Eine höhere Macht waltet über dem Gange der Weltgeschicke. Nur dieser Glaube kann uns heute noch Trost und Stärke geben.

Der Tag – Nr. 304 - Sonntag, 30. Dezember 1917 – S.1

Deutschland, Spanien und Marokko.

Man weiß, daß die Marokkofrage eine der Hauptursachen der großen Weltkatastrophe gewesen ist. Sie war es, die in den Jahren 1905, 1909 und 1911 Europa jedesmal an den Abgrund des Krieges brachte, weil die Entente, vor allem England es so wollte. Das Deutsche Reich war in seinem Kampfe gegen die von Anfang an dort schlecht verhüllte französische Eroberungssucht jedesmal ganz allein, außer der Donaumonarchie hat ihm namentlich in Algieras niemand zu sekundieren gewagt; das ist einer der Gründe, weshalb unsere Marokkopolitik so wenig befriedigt hat und Kiderlen-Waechters Kompensationsgedanken Fuß fassen konnte. Merkwürdig ist es, daß wir bei unserem Ringen um das alte Sultanreich keine Unterstützung Spaniens gefunden haben. Ein Blick auf die Karte lehrt uns doch, wie stark die iberische Macht dort schon rein geographisch interessiert ist, überdies waren Spaniens Aspirationen auf Marokko alt.

Aber die Bedenken Madrids wurden von langer Hand und recht geschickt beseitigt. Das politische Desinteressement Englands indem für diese Macht so bedeutungsvollen Marokko, man denke nur an Gibraltar, vermochte Frankreich eben nur durch Hineinziehung Spaniens zu erkaufen. Die bis ins Jahr 1902 zurückreichenden Unterhandlungen Delcasses führten schon damals zu dem Ergebnis, daß dem Kabinett Fagusta eine Interessenssphäre im Norden Marokkos versprochen wurde, die erheblich weiter nach Süden reichen sollte, als in dem Vertrage von 1904 dann endlich herausprang. Jedenfalls war es gelungen, etwaige Eifersüchteilen der Madrider Politiker auszuräumen, indem ihnen ein, wenn auch bescheidener Anteil an dem großen Raube, den die Entente nötig hatte, um sich zu konsolidieren, zugesprochen wurde.

Die Haltung Spaniens von damals ist nur aus der allgemeinen Weltlage zu verstehen. Die von König Eduard [England] sorgfältig gepflegten Beziehungen mit dem Madrider Kabinett und vor allem das damals noch unerschütterte Prestige der allmächtigen Seemacht taten ein übriges, um Spanien zu dem Verzicht unmittelbar vor seinen Toren zugunsten der erobersüchtigen Nachbarmacht Frankreich zu bewegen. Hinzu kam die Nachwirkung des Spanisch-Amerikanischen Krieges, die dem spanischen Volke überhaupt eine starke Kolonialmüdigkeit und Abneigung gegen alle auswärtigen Expeditionen anerkennen hatte. Praktisch schied jedenfalls Spanien aus Marokko in allen wichtigen Fragen aus, zumal da der einzig bedeutende Hafen in seinem Einflußgebiet, Tanger, wohl auf Drängen Englands, internationalisiert wurde. So war der deutschen Politik von Anfang an ein natürlicher Bundesgenosse bei ihrem Bestreben, sich wirtschaftlich zur Geltung zu bringen, entzogen, die diplomatische Lage war damit von Anfang an so schlecht.

Wir haben das französische Protektorat nicht verhindern können, das praktisch die früher gerade von der Republik immer wieder betonte Souveränität des scherifischen Reiches völlig vernichtete. Es ist weiter bekannt, daß die dritte Republik vielleicht gerade infolge der zahlreichen Bestimmungen, welche in wohl berechtigtem Mißtrauen zum Schutze der deutschen wirtschaftlichen Interessen getroffen waren, angereizt wurde, sie bei dem notorischen Haß gegen uns zu umgehen oder einfach unwirksam zu machen. Was damals bis in die Jahre 1914/17 geschehen ist, bedarf noch ernster Sühne, die uns Paris wird leisten müssen, angefangen von den wirtschaftlichen Beugungen unseres verbrieften Rechtes bis zu den scheußlichen Mißhandlungen der Marokkodeutschen.

Sucht man ein zusammenfassendes Urteil zu gewinnen über die Art, wie der Quai d'Orsay sein Mandat als Protektor ausgeübt hat, so kann die Antwort nur lauten, daß Frankreich eine völlig unwürdige Haltung eingenommen, daß es sich unfähig erwiesen hat, den Deutschen die ihnen feierlich verbrieften Rechte zuzuerkennen. Niemals ist so nackt Machtpolitik um ihrer selbst willen unter brutaler Vergewaltigung einer anderen Kulturnation und das vor den Augen der Eingeborenen zum Schaden der europäischen Gesamtinteressen betrieben worden wie hier. Jeder wird es verstehen, wenn wir Deutschen, zumal nach den Erfahrungen des Weltkrieges, nicht die Hoffnung hegen mögen, daß das Frankreich nach dem großen Weltkrieg in Marokko etwa gerechter gegen uns sein wird, wie es dasjenige vor 1914 gewesen ist.

Kurzum: das Protektorat und die unter Kiderlen-Waechter getroffenen Vereinbarungen bieten keine Gewähr, daß unsere Interessen im Scherifenlande nicht abermals geschmälert und mißachtet werden. Der Protektoratsgedanke ist im übrigen durch die Ereignisse überholt worden. Das Scherifenreich ist immer ein souveränes Sultanat gewesen; als Frankreich noch ein Land ohne alle Kultur war, blühte hier bereits reiches Leben, das Protektorat widerspricht überdies dem Rechte eines Volkes, sich selbst zu regieren. Hat nicht Wilson diesen Grundsatz selbst anerkannt? Hat nicht Ribot erklärt, Frankreich führe keinen Eroberungskrieg, und es kämpfe einzig für die Rechte der Völker? Wenn diese Reden nicht nur pure Heuchelei bleiben sollen, dann kann das Scherifenreich mit Recht verlangen, daß auf es zuerst diese Grundsätze angewandt werden, denn bis 1911 hat es seine volle Freiheit gehabt, und seitdem ist es mannhaft für diese eingetreten; denn in weiten Strecken des marokkanischen Gebietes haben die Franzosen trotz all ihrer Bemühungen auch heute noch nichts zu sagen. Und endlich, welches moralische Recht kann Frankreich für seine unersättliche Eroberungssucht in Marokko und Nordafrika überhaupt geltend machen? Es ist kein Land, das infolge seiner gewerbtätigen Bevölkerung eine lebhaft entwickelte Industrie entwickelt hat, dessen Ausfuhr groß ist; es ist kein Land, dessen überschüssige Menschenmenge nach neuen Kolonialgebieten suchen müssen. Mit Recht hat der Kolonialsekretär Solf diesen allgemeinen Grundsatz noch jüngst betont, als er von den neuen Gesichtspunkten sprach, die bei der Neuverteilung Afrikas herrschen müßten, bei denen nicht die Macht und veraltete Tradition, sondern moralische Ansprüche allein entscheiden dürften.

In Anwendung dieser Grundsätze auf Marokko ergibt sich ein neues Bild. Ein politisches Vorrecht der Republik, und ein solches ist das Protektorat, ist damit hinfällig. Verschwände es, so würde namentlich auch für uns Deutsche das Vertrauen auf Marokko wieder zurückkehren. Wohl dagegen könnten wir uns vielleicht gegen den Verzicht Frankreichs auf das politische mit einem kulturellen Protektorat dieser Macht in Marokko abfinden in Anerkennung seiner aufgewandten materiellen Mittel, wobei **es seine Aufgabe wäre, die geistige Hebung der Bevölkerung in die Hand zunehmen**; die neue Schutzherrschaft wäre allerdings mit Spanien zu teilen, dessen Stellung dann, um Übergriffe der Republik zu vermeiden, entsprechend seinen großen und bisher nicht genügend beachteten Interessen der Frankreichs gleichwertig zu gestalten wäre. Nicht wir, Frankreich selbst ist es, das durch seine Ungerechtigkeit das Marokkoproblem wieder aufgerollt hat, und zwar unter einer anderen für es weit ungünstigeren Weltlage als früher. Der englische Popanz schreckt nicht mehr, Spanien aber, das seine Kräfte klug schonte, ist keine Quantität mehr wie 1904!

Dr. Leo Schwering, Köln

Deutsches Volksblatt – Nr. 10414 - Sonntag, 30. Dezember 1917 – Morgen - S.1

Die Friedensverhandlungen.

Vor zehn Tagen noch hat man Oesterreich-Ungarn von Paris und London aus „günstige“ Friedensbedingungen in Aussicht gestellt. Oesterreich-Ungarn sollte nicht mehr zertrümmert und sogar in den neuen Völkerbund der „Freiheit und des Rechtes“ aufgenommen werden. Unser Minister des Aeußern ist trotzdem nach Brest-Litowsk gegangen, und pünktlich läßt die Entente eine neue Armee gegen uns aufmarschieren. **Die französische Regierung hat sich sogar in die Unkosten eines eigenen Erlasses gestürzt, um den „Zug der 120.000“ anzukündigen, der, von dem tschechisch-slowakischen Nationalrate vereidigt, unter eigenen tschechisch-slowakischen Fahnen gegen die Mittelmächte kämpfen wird. Der neue tschecho-slowakische Staat ist also bereits fertig, allerdings ein Staat noch ohne Land, allein er will es sich erobern und seine erste Lebensäußerung ist ein Akt tödlicher Feindschaft gegen die österreichisch-ungarische Monarchie.**

Neu ist an diesem historischen Ereignisse nur, daß die tschechisch-slowakischen Hochverräter nunmehr auch formell uns den Krieg ansagen, den sie bisher im Geheimen gegen uns geführt haben und in eigenen Uniformen und unter eigenen Fahnen für die Verwirklichung eines Programms kämpfen, das soeben erst auch die Kramar und Stransky mit ihrer Unterschrift versehen haben. Orientierend muß diese Erscheinung wohl nach zwei Richtungen wirken, erstens in innerpolitischer und zweitens in außenpolitischer, und zwar insofern, als auch jener kleine Kreis, der bei uns noch daran geglaubt hat, im Wege eines Verzichtfriedens zu

einer „Aussöhnung“ mit den Westmächten zu gelangen, seinen Irrtum erkennen müßte, wenn anderes er ihn erkennen will.

Die Aufstellung der „tschechisch-slowakischen Armee“ ist ein, wenn auch schwacher Schachzug der Westmächte gegen die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Man schlägt den „slawophilen“ Ton noch einmal in der Hoffnung an, daß in Rußland eine verwandte Saite anklinge. Ob die westliche Diplomatie über die Wirkungen der russischen Revolution in diesem Punkte besser unterrichtet ist als über manch andere Erscheinung in Rußland, bleibe dahingestellt, die russische sozialistische Literatur bietet keine Anhaltspunkte für die Annahme, daß die Bolschewiki für den tschechisch-slowakischen Staat mehr als jene allgemeine theoretische Auffassung übrig haben, die in ihren Friedensvorschlägen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bereits zum Ausdruck gekommen ist. Von unserer Seite wurde ihr die andere Auffassung entgegengestellt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen die staatliche Souveränität nicht aufheben könne, und diese Meinungsverschiedenheit war nicht so bedeutsam, daß sie die Fortführung der Verhandlungen über die konkreten, zwischen Rußland und dem Vierbunde schwebenden Friedensfragen hätte hindern können.

Es wäre eine Täuschung, wollte man annehmen, daß die Bolschewiki, beziehungsweise ihre Führer, nicht den ernstesten Willen hätten, ihr Reformprogramm auch dort, wo es über die Grenzen russischen Lebens hinausreicht, zu verwirklichen. Diesem Bestreben entsprang auch der Beschluß, mit den grundsätzlichen Verhandlungen zehn Tage auszusetzen, um den Völkern der Entente noch einmal die Möglichkeit des Anschlusses zu bieten. Wenn die Vierbundmächte dieser Anregung zustimmten, so ist das ein neuerliches Zugeständnis ihrerseits an die theoretischen Ueberzeugungen der russischen Unterhändler, ein Zugeständnis, das andererseits diesen aber die Pflicht auferlegt, eine Auffassung aufzugeben, falls sich neuerdings herausstellen sollte, daß sie von den Ententeregierungen nicht geteilt wird; auf keinen Fall dürfte aber dadurch, daß den Westmächten noch einmal die Tür zum Frieden geöffnet wurde, die Fortführung der Verhandlungen über die besonderen zwischen Rußland und uns zu bereinigenden Fragen gehemmt werden.

Alle bisherigen Erörterungen über den Frieden haben gezeigt, daß man ihm durch theoretische Erklärungen und Aufstellungen von die ganze Welt umfassenden Grundsätzen nicht nur nicht näher kommt, sondern ihn eher in weitere Ferne rückt; wirklicher Friedenswille kann sich nur an konkreten Vorschlägen erproben, weil nur auf diesem Wege eine praktische Lösung zu gewinnen ist.

Aus diesem Grunde möchten wir davor warnen, das bisherige Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk zu überschätzen. Es ist zum großen Teile allgemein akademischer Natur und zeigt den besten Willen auf beiden Seiten, allein erst aus Erörterung der besonderen zwischen Rußland und dem Vierbunde zu regelnden Angelegenheiten wird sich ergeben, ob es möglich ist, die Friedensverhandlungen sowohl vor den störenden Einflüssen der Entente als auch vor den Hemmungen theoretischer, die praktischen Verhältnisse außer Acht lassenden Bedenken, sicherzustellen. Diese können ebenso wie der ungebrochene Kriegs- und Eroberungswille der Entente zu Hindernissen für den Frieden werden, zumal da Wilson ein klassischer Zeuge dafür ist, wie leicht man die wunderbarsten Grundsätze reiner Menschlichkeit und lauterer Freiheit mit dem Willen zur Ausraubung und Vernichtung ganzer großer Völker vereinigen kann.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 411 - Sonntag, 30. Dezember 1917 – Morgen - S.1

Mißbrauch des Roten Kreuzes durch die Franzosen.

Ueber einen abermaligen groben Mißbrauch des Roten Kreuzes durch die Franzosen berichten zwei einwandfreie Zeugen (ausgetauschte deutsche Kriegsgefangene) wie folgt:

„Am 11. Oktober 1916 kamen wir nach unserer Gefangennahme bei Chaulnes bei den französischen Geschützständen vorbei. Diese waren zum Schutze gegen Flieger überdacht. An den Geschützständen sowie an ihrer Ueberdachung war das Zeichen des Roten Kreuzes angebracht. Bei unserem Abtransport nach dem Sammellager sahen wir große Mengen von Artilleriegeschossen und Minen (kleinen Minen, Flügel- und Torpedominen) aufgestapelt, Geschosse und Minen waren mit Zeltbahnen bedeckt, die das Abzeichen des Roten Kreuzes trugen.“

Die englischen Gewerkschaften und die Kriegsziele.

London, 28. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Auf einer heute in London abgehaltenen Sonderkonferenz von Vertretern der Gewerkschaften, sozialistischen Vereinigungen und anderer Körperschaften, die der Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftskongreß angeschlossen sind, wurde eine Denkschrift über die Kriegsziele, die vom Ausführenden Ausschuß der Arbeiterpartei und dem parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses vorgelegt worden war, erörtert. Es nahmen neunhundert Vertreter daran teil, darunter Arthur Henderson, Ramsay Macdonald, Havelock Wilson, Willthorne und Bowerman.

Bowerman verlas einen **Brief Lloyd Georges**, in dem dieser sagt:

„Eine Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten kann nur im Einvernehmen mit den anderen alliierten Völkern abgegeben werden. Die Frage der Abgabe einer neuerlichen gemeinschaftlichen Erklärung schwebt den alliierten Regierungen beständig vor. Sie ist jedoch eine solche, über die die englische Regierung allein nicht sprechen kann. Wir haben erwartet, über diese Angelegenheit unsere Ansichten mit denen der Vertreter der russischen Regierung auf der Konferenz, die in Paris im vorigen Monat stattfand, auszutauschen. Aber zu unserem Bedauern macht die Abwesenheit irgendwelcher Vertreter Rußlands auf der Konferenz eine solche Aussprache unmöglich. Was die Ansichten der englischen Regierung betrifft, so habe ich darüber schon am vergangenen Donnerstag im Unterhause gesprochen. Ich wiederholte damals, was ich in Glasgow im letzten Juni in einer Rede, in der ich die Regierungspolitik jener Zeit vertrat, zum Ausdruck brachte, und machte es klar, daß die gegenwärtige Politik der Regierung nicht im geringsten von den damals festgelegten Grundsätzen abweicht. Nach meinem besten Wissen und Gewissen sind die Ideale, für die wir heute kämpfen, genau die selben, wie jene, für die das britische Reich in den Kampf zog.

Wir haben die **preußische Herausforderung** aufgegriffen, um **die Welt endgültig von der unerträglichen Drohung der militaristischen Geistesrichtung zu befreien**, und **die Möglichkeit für einen dauernden Frieden zu schaffen, in dem den unterdrückten Völkern ihre Freiheit wiedergegeben und Achtung vor jenen Gesetzen und Verträgen erzwungen wird, die der Schutz aller Völker, ob groß oder klein, sind**. Ich stimme völlig mit Ihrer Ansicht überein, daß die Einmütigkeit und Entschlossenheit unseres Volkes nur aufrecht erhalten werden kann, wenn jeder Arbeiter und jeder Soldat überzeugt ist, daß er durch die Opfer, die von ihm verlangt werden, tatsächlich dazu beiträgt, die Welt von den falschen Idealen der Autokratie zu befreien und eine feste Grundlage zu schaffen, auf der eine ordentliche Gesellschaft freier Nationen geschaffen werden kann. Ich bin niemals tiefer überzeugt gewesen, als heute, daß die Absichten, um derentwillen die Alliierten den Krieg fortsetzen, weder imperialistisch, noch von Rachsucht eingegeben sind, sowie daß ihre Verwirklichung unerläßlich für die künftige Freiheit und den Frieden der Menschheit ist.“

Tägliche Rundschau – Nr. 664 - Sonntag, 30. Dezember 1917 – Morgen - S.1

England und das neue Friedensangebot. – Sie überlegen sich's.

Rotterdam, 28. Dezember. Dem „**Nieuwe Rotterdamsche Courant**“ zufolge, meldet der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“:

Man kann bereits sagen, daß in verantwortlichen Kreisen keine Neigung besteht, über die deutschen Vorschläge zu spötteln oder sich zu weigern, sie in Erwägung zu ziehen. Sie werden genau und mit Mißtrauen untersucht werden, aber auf den ersten Blick ist man geneigt, sie als einen ersten Schritt der Mittelmächte zu betrachten. Wenn eine Verpflichtung, Belgien, Serbien, Rumänien und Montenegro wiederherzustellen, erreicht würde, so daß kein Mißverständnis mehr möglich wäre, und wenn sie mit einer Schadensvergütung für Belgien gepaart gingen, so würde das auf die Haltung der liberalen Partei im Parlament von großem Einfluß sein.

*

Rotterdam, 28. Dezember. Der „**Nieuwe Rotterdamsche Courant**“ bringt eine Meldung über die Kommentare der englischen Blätter zur Friedensfrage. Danach schreibt „**Daily News**“:

Kühlmann hat eine Erklärung über die Friedensbedingungen formuliert, die nicht nur die Sozialisten und das Zentrum in Deutschland, und den Teil der öffentlichen Meinung, der jetzt in Rußland vorherrscht, versöhnen wird, sondern auch auf geschickte Weise die Alliierten in den Verdacht bringen wird, aggressive Imperialisten zu sein, deren Ehrgeiz nicht zuläßt, daß sie einer so demokratischen Regelung, wie einen Frieden ohne Annexionen und ohne Schadensvergütung zustimmen. Dies ist eine geschickte Diplomatie und nichts

wäre unverständlicher, als wenn die Presse oder die Politiker der Entente das deutsche Angebot in Bausch und Bogen verwürfen, denn darauf hat es die deutsche Diplomatie doch gerade abgesehen. Trotzdem hält die „Daily News“ die deutschen Bedingungen nicht für annehmbar. Das Blatt schreibt, sie können nicht als Grundlage für sofortige Verhandlungen angenommen werden. Ihre Mängel sind augenfällig in der wesentlichen Frage Belgien und der kaum weniger wesentlichen Frage Serbien. **Die deutsche Lösung ist ganz unannehmbar.** Ihre Mängel würden zwar schon an sich genügen, um die deutschen Vorschläge zu ignorieren oder einfach zurückzuweisen, aber wenn Rußland sich an die Alliierten wendet, würden diese eine offenerzige und begründete Erklärung über die Kriegsziele und Friedensbedingungen abgeben.

„**Manchester Guardian**“ schreibt in einem Leitartikel über **die deutschen Friedensvorschläge**, daß sie sorgfältig erwogen und daß daher alle militärischen und menschlichen Faktoren in Betracht gezogen werden müssen. Von den Vorschlägen sagt das Blatt, sie seien zwar **mit der Theorie eines siegreichen Deutschland nicht zu vereinbaren**, verrieten aber nichts von einer neuen Denkungsart oder von einer Verleugnung des Militarismus. Die Tatsache, daß in Elsaß-Lothringen und in der Türkei die Souveränität der Macht, die Unrecht getan habe, ausdrücklich beibehalten werde, würde einem dauernden Frieden nicht förderlich sein. Es würde aber unübersehbares Unheil anrichten, wenn die deutschen Bedingungen aus diesen Gründen allein verworfen würden. Die Verbündeten müssen alles annehmen, was in den deutschen Bedingungen annehmbar ist, und danach ihre Mindestbedingungen bekanntgeben.

Vossische Zeitung – Nr. 664 - Sonntag, 30. Dezember 1917 – Morgen - S.1

Die Verhandlungen von Brest-Litowsk.

Der amtliche deutsche Bericht über die wichtige Besprechung der Friedensdelegierten, die am 28. Dezember in Brest-Litowsk stattgefunden hat, glaubt feststellen zu dürfen, daß sich die Ansichten der vertretenen Mächte über die Regelung der wichtigsten Fragen in vielen Punkten decken, in anderen sich derart genähert haben, daß die Erzielung eines Einvernehmens auch in diesen begründet ist.

Es entzieht sich unserer Beurteilung, wieweit dieser Optimismus gerechtfertigt ist. Der Bericht erzählt zwar von einer feierlichen Schlußsitzung mit freundschaftlichen Reden voll gegenseitiger Höflichkeit und Anerkennung. Er stellt aber fest, daß in der vorangegangenen Arbeitssitzung gegen den deutschen Standpunkt in der Frage der besetzten Gebiete von russischer Seite ein zweifellos sehr entschiedener Widerspruch erhoben wurde und daß es zunächst zu einer Einigung in dieser Frage nicht gekommen ist. Es ist ferner zu bemerken, daß die Frage der von Deutschland besetzten Gebiete zweifellos in den Kreis jener Angelegenheiten gehört, die zwischen den Mittelmächten und Rußland allein, ohne Rücksicht auf mögliche allgemeine Friedensverhandlungen, geregelt werden sollten, und zwar innerhalb jenes Zeitraumes von zehn Tagen, nach dessen Ablauf es sich entscheiden wird, welche Haltung die Westmächte zu den Friedensverhandlungen einzunehmen gedenken.

Die Aufgabe der Sonderverhandlungen, die seit dem 25. Dezember gepflogen wurden, ist also zumindest nicht vollständig gelöst worden, wenn auch zweifellos eine Reihe wichtiger Punkte eine durchaus zufriedenstellende und erfreuliche Erledigung gefunden hat. Wir lassen es dahingestellt, ob es aus dem Zustandekommen der Vereinbarungen über den wirtschaftlichen Verkehr, den Gefangenenaustausch, die diplomatischen Vertretungen usw. bestimmte Schlüsse auf ein wahrscheinliches Entgegenkommen der russischen Regierung in den wichtigeren noch strittigen Fragen gezogen werden dürfen. Aber selbst wenn diese optimistische Erwartung zuträfe, so wäre damit noch keineswegs gesagt, daß wir auf dem Wege sind, durch die Verhandlungen in Brest-Litowsk das Ziel jener Politik zu erreichen, deren Durchführung wir von unseren Unterhändlern erwarten. **Das Ziel dieser Politik ist aber nicht die Verständigung mit dieser oder jener russischen Regierung, sondern die Verständigung und die Anbahnung eines dauernden Einvernehmens mit dem russischen Volk in seiner Gesamtheit.** Das ist der Maßstab, an dem wir die gestern amtlich mitgeteilten Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen auf ihren politischen Wert zu prüfen haben.

Die Politik, die nach unserer Ueberzeugung allein und ausschließlich zu diesem Ziele führen kann, ist hier schon häufig dargelegt worden. Die Verständigung mit dem russischen Volk, deren Zweck die künftige gemeinsame Wahrung gemeinsamer Interessen ist, kann nur dann erzielt werden, **wenn der Friedenschluß nicht zwischen uns und Rußland selbst vitale Interessengegensätze offen läßt. Diesem Grundsatz hat es entsprochen, daß die deutschen Unterhändler zunächst die Frage der Abtrennung fremdsprachlicher Gebiete des bisherigen Rußland als eine innere russische Angelegenheit betrachteten und jede Einmischung in diese Frage ablehnten.** Im Gegensatz zu dieser Feststellung, die man in dem deutschen amtlichen Bericht über die Verhandlungen von Brest-Litowsk vom 25. Dezember finden kann, haben am 28. Dezember die deutschen

Unterhändler die Lostrennung Polens, Kurlands, Litauens sowie estnischer und livländischer Gebiete von Rußland als eine vollzogene Tatsache ausgesprochen. Sie haben sich dabei auf Beschlüsse berufen, die in den genannten Gebieten gefaßt worden sind und die als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der betreffenden Nationen gelten sollen. Wie weit dieser Anspruch gerechtfertigt ist, können wir wiederum nicht beurteilen. Denn das Vorhandensein dieser Beschlüsse, geschweige denn ihr Inhalt und die Art der beschlußfassenden Körperschaften sind uns unbekannt. Einen Widerspruch aber setzen wir darin, daß von der russischen Regierung die Anerkennung der Vollgültigkeit dieser Beschlüsse gefordert und daß doch andererseits die Notwendigkeit zugestanden wird, die Beschlüsse durch Volksabstimmung noch zu bekräftigen. Damit wird jeder Zweifel an der Vollgültigkeit der bisherigen nationalen Optionsbeschlüsse nicht nur nicht beseitigt, sondern verstärkt.

Die erwähnten Gebiete werden nun gewissermaßen unter Ausnahmebestimmungen gestellt. Als Regeln sollen die Grundsätze vom 25. Dezember gelten, ferner die Bestimmungen, daß die besetzten Gebiete beim Eintritt des Friedensschlusses und der Demobilisierung, zu räumen sind. Die genannten Gebiete, also der weitaus größte Teil des von den Verbündeten besetzten russischen Landes werden aber durch diese Bestimmungen nicht getroffen. Die militärische Besetzung kann hier nach dem Wortlaut des deutschen Vorschlags über den Friedensschluß hinaus aufrecht gehalten und, was besonders wesentlich ist, die Entscheidung über das endgültige Schicksal dieser Gebiete, daß nur durch die erwähnten Optionsbeschlüsse präjudiziert, trotzdem aber der allgemeinen Volksabstimmung vorbehalten ist, bleibt ebenfalls über den Friedensschluß hinaus offen.

Der amtliche Bericht läßt keinen Zweifel darüber, daß die russischen Delegierten mit dieser Formel nicht einverstanden waren. Sie haben eine klare Formulierung verlangt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie offenbar vor dem endgültigen Friedensschluß eine Entscheidung über das Schicksal der von den Mittelmächten besetzten Gebieten herbeizuführen wünschen.

Wir wiederholen aber, daß die Stellungnahme der gegenwärtigen russischen Regierung nicht das einzige und letzte Argument für oder gegen die Richtigkeit der Politik ist, die von den Unterhändlern der Mittelmächte in Brest-Litowsk getrieben wird. Die Rücksichten, die unsere Politik zu bestimmen haben, werden wir in diesem entscheidenden Augenblick nochmals eindringlich vorlegen. **A.R.**

Vorwärts – Nr. 357 - Sonntag, 30. Dezember 1917 - S.1

Die Zukunft der russischen Westprovinzen –

Meinungsverschiedenheiten in Brest-Litowsk.

Die Verhandlungen von Brest-Litowsk sind an einem schwierigen Punkt angelangt. Die Russen verlangen Räumung der besetzten Gebiete durch die Truppen der Mittelmächte, Wahl eigener Behörden auf Grund eines demokratischen Wahlrechts und unter deren Leitung eine Volksabstimmung über die künftige staatliche Selbständigkeit oder Zugehörigkeit dieser bislang russischen Länder. Die Mittelmächte dagegen stellen sich auf den Standpunkt, daß bezüglich Polens, Litauens, Kurlands, Teilen von Livland und Estland bereits rechtskräftige Beschlüsse des Volkswillens vorlägen die auf die Loslösung von Rußland abzielten. Sie verlangen von Rußland Anerkennung dieser Beschlüsse vorbehaltlich eines späteren Volksvotums auf breiter Grundlage, das zwar nicht in Abwesenheit der Besatzungstruppen, aber frei von jedem militärischem Druck gefällt werden soll. Demgegenüber bestand die russische Delegation auf ihrer Auffassung, „daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen vorgenommenen freien Abstimmung erscheint.“ Die Russen schlugen zur Lösung dieser Frage die Einsetzung einer Spezialkommission vor, und dann vertagte man sich mit tröstlichen Aussichten auf eine Einigung bis zum 4. Januar.

wir erwarten, daß sich die Vertreter der Mittelmächte bei näherem Nachdenken davon überzeugen werden, daß von dem Vorliegen wirklicher Volksbeschlüsse in Polen, Kurland, Litauen und Teilen von Estland und Livland ernstlich nicht gesprochen werden kann. Die eigentliche Entscheidung würde daher erst bei dem allgemeinen Volksvotum fallen, das die Vertreter der Mittelmächte in Aussicht gestellt haben. Daß dieses Volksvotum ein richtiges Bild von den Wünschen der Bevölkerung ergibt, liegt im Interesse aller Beteiligten. Auf dieses Volksvotum und seine Sicherung gegenüber allen gewaltsamen Beeinflussungen wird daher das Hauptgewicht zu legen sein.

Die Schwierigkeit der Lage, in der sich die Mittelmächte befinden, ist nicht zu verkennen. Als Okkupationsmächte haben sie sich naturgemäß in den besetzten Ländern auf diejenigen Bevölkerungsteile gestützt, die dem Gedanken einer Anlehnung nach dem Westen freundlich gegenüberstehen. Ganz ähnlich hat

das zarische Rußland gehandelt, als es sich im Besitze Ostgaliziens befand, dessen Vereinigung mit der Ukraine es anstrebte. Man hat damals in Rußland auf Grund von Zeitungsberichten ganz gewiß geglaubt, daß die Bevölkerung des vorwiegend ruthenischen Ostgaliziens in den russischen Generälen ihre Befreier begrüße. Die Mittelmächte haben in den besetzten Gebieten Behörden gebildet, die sie selbst als Vertreter einer werdenden Staatsautorität betrachteten. Es ist begreiflich, daß sie diese Behörden nicht ohne weiteres ausschalten lassen wollen.

Auf der anderen Seite aber steht die Gefahr, daß in den besetzten Gebieten Scheinbeschlüsse zustande kommen, die dem wirklichen Willen der Bevölkerung nicht entsprechen, dennoch aber über ihr Schicksal und über das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland für alle Zeit entscheiden. Wie aber dann, wenn das Volkstotum nicht den Wünschen der von den Mittelmächten eingesetzten Behörden entspricht, oder – noch schlimmer – wenn ein angebliches Volkstotum zustande kommt, gegen das dann die wirkliche Volksmehrheit Sturm läuft.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die moralische Wirkung der neuen von Brest-Litowsk ergangenen Aufforderung zum allgemeinen Frieden durch die deutsch-russische Differenz geschädigt wird. Es kann nicht ausbleiben, daß man in England und Frankreich sagen wird, die Mittelmächte hätten sich zwar der Phraseologie des neuen Rußland, aber nicht dessen demokratischem Geist angepaßt.

Demgegenüber muß es die Aufgabe der Mittelmächte sein, durch ihre Haltung zu beweisen, daß ihr Bekenntnis zum annexionslosen Frieden aufrichtig gemeint ist und daß sie nicht etwa beabsichtigen, ein künstlich zustande gebrachtes Volkstotum als Vorspann für imperialistische Pläne zu gebrauchen. Ein solcher Versuch würde zu keinem anderen Erfolge führen als zu neuen Reibungen außen wie innen.

Wir wünschen einen haltbaren Frieden mit Rußland, einen Frieden, der nicht nur die Bolschewikeregierung überdauert und nicht nur die Zeit, die Rußland braucht, um neue Kräfte zu sammeln. Nichts ist leichtfertiger als die von den Deutschen vertretene Auffassung, Rußland sei für vierzig bis fünfzig Jahre fertig, ihm könne daher jeder Frieden auferlegt werden und dann könne man sich getrost nach der anderen Seite wenden, um dort die gleiche Operation vorzunehmen. Man soll nicht vergessen, daß wir mit Rußland Frieden schließen wollen und voraussichtlich schließen werden, während wir uns noch mit anderen starken Mächten im Kriege befinden. Diese Mächte zum Frieden zu bringen, ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Aufgabe, denn die Grenze, an welcher der Kriegswille in den Friedenswillen umschlägt, ist keine feststehende, mechanisch bestimmbare, sondern eine elastische, von seelischen Faktoren beeinflußt.

Um diese Grenze bis ins Unendliche hinauszurücken, haben sich die Kriegsschürer das Bild von dem treulosen barbarischen Erobererstaat Deutschland zurecht gemacht. Wir haben gesehen, daß der Kriegswille der Gegner in dem Maße schwindet, in dem der Glaube an die Lebensähnlichkeit dieses Zerrbilds ins Wanken gerät. Die Friedensresolution des Reichstags und das jüngste Bekenntnis der Mittelmächte zu einem annexionslosen Frieden haben nicht weniger dazu beigetragen, den Kriegswillen der feindlichen Völker zu erschüttern als die gewaltigen Schläge, die in Ost und West ausgeteilt worden sind. Weil wir diese Wirkung hoch einschätzen und von ihr – nicht allein vom Erfolg der Waffen – Deutschlands Heil erwarten, muß uns alles, was sie beeinträchtigen kann, mit tiefer Sorge erfüllen. Darum wünschen wir eine Einigung mit Rußland in dem Sinne, daß von beiden Teilen übereinstimmend das Schicksal der Bevölkerung der besetzten Gebiete in deren eigene Hand gelegt wird und daß dies in Formen geschieht, die an der Aufrichtigkeit der Mittelmächte keinen Zweifel gestatten. Wenn Rußland jenen Völkern jede Freiheit gewährt, selbst die, sich von Rußland abzusondern, so müssen auch die Mittelmächte ihnen in gleicher Weise jede Freiheit gewähren, auch die, sich an Rußland wieder anzuschließen oder nach beiden Seiten hin ihre vollständige Unabhängigkeit zu begründen. Dann, aber auch nur dann wird das Vorbild des russischen Friedens auf alle Völker eine unwiderstehliche Kraft ausüben. Andernfalls könnten wir am Tage nach dem Abschluß des Sonderfriedens Völkern gegenüberstehen, die nur noch von dem einen Gedanken erfüllt sind, keinen Frieden wie Rußland schließen zu müssen. Der allgemeine Frieden könnte dadurch weiter hinausgerückt werden, als die Gläubigen der absoluten Kriegsmechanik heute wahr haben wollen.

Deutsches Volksblatt – Nr. 10415 - Montag, 31. Dezember 1917 - S.1

Die tschecho-slowakische Armee

Genf, 30. Dezember. Fabre Ribas veröffentlicht in der „Humanité“ weitere Einzelheiten über die tschecho-slowakische Armee. Er sprach mit den **Mitgliedern des tschechischen Nationalrates in Paris, Benesch und Suchrawa**, die ihm erklärten, die Tschechen hätten sich gleich nach Kriegsbeginn gegen die Mittelmächte aufgelehnt. Nun müsse man diesen Widerstand militärisch zusammenfassen und im großen organisieren. Schon Ende Oktober 1914 hätten Tschechen in den Schützengräben der Champagne gegen die Deutschen gekämpft. Die aus Böhmen geflüchteten Tschechenführer, die sich im Pariser Nationalrate vereinigten, hätten seit Jahren die Organisationsarbeiten in den verschiedenen Ententeländern, besonders auch in Amerika, geleitet. Die neue Armee, die viele Streiter zählen werde, habe nur ein Ziel: Die Schaffung eines unabhängigen tschechisch-slowakischen Staates nach der Niederlage der Mittelmächte.

Wiener Allgemeine Zeitung – Nr. 11911 - Montag, 31. Dezember 1917 - S.1

1917

Wien, 31. Dezember. Mit einem verheißungsvollen Ausblick in die Zukunft feiern wir diesmal die Jahreswende und von frohen Hoffnungen bereitet überschreiten wir die Schwelle des Jahres 1918. Was wir alle auf der ganzen weiten Erde, ob nun Freund oder Feind, von ihm erhoffen, was aller Völker sehnlichster Wunsch, auch jener, deren Führer es leugnen, muß wohl nicht erst mit Worten gesagt werden. Ueberflüssig auch zu sagen, daß es nicht mehr der Kriegsgedanke ist, der heute die Völker beseelt, nicht mehr der Wunsch, durch Feuer und Schwert den Gegner in die Knie zu zwingen, sondern der Friedensgedanke und mit ihm die Erkenntnis, daß es nach diesem jahrelangen Ringen das Vernünftigste und das Menschlichste wäre, durch einen Verständigungsfrieden jene Neuordnung der Dinge anzustreben, die die Menschheit dauernd vor ähnlichen Katastrophen bewahren könnte. Denn längst ist es ja offenkundig geworden, daß eine wesentliche Aenderung der Kriegskarte – zumindest eine solche, wie sie einzelnen von unseren Gegnern noch immer vorzuschweben scheint – nicht mehr denkbar ist und daß man also in einem gewissen Sinne die „Kriegsmöglichkeiten“ als erschöpft ansehen muß, so gewaltige Kämpfe noch zu gewärtigen sein mögen, wenn die Alliierten auch die gegenwärtige Gelegenheit zum Friedensschluß von sich weisen. Der Beweis der Unbesiegbarkeit der Zentralmächte ist erbracht und damit im Wesen die ganze Zwecklosigkeit des weiteren Blutvergießens erwiesen. Denn nicht wir sind es, die erobern wollten.

Das alles ist so klar, so einfach, so selbstverständlich, daß man beinahe geneigt wäre, den ganzen Krieg heute nur noch als ein schreckliches Mißverständnis (im Sinne der Empfindungen, die die Völker bewegen) anzusehen, wenn man nicht wüßte und nicht sähe, daß er mit Gewalt von seinen Urhebern aufrechterhalten wird. Von denselben unverantwortlichen Machthabern, die die Brandfackel entzündet haben und die nun, da das große Abenteuer eine ganz andere Wendung genommen, als sie erhofft hatten, noch immer alles daransetzen, um den Friedensgedanken niederzuringen, der auch bei ihren Völkern die Oberhand gewinnt. So kämpfen sie denn heute recht eigentlich gegen zwei Fronten: gegen die Front ihrer Kriegsgegner und – gegen den Friedensgedanken. Daß sie aber früher oder später in diesem Kampfe werden unterliegen müssen, das lehrt uns das Beispiel Rußlands, jener stärksten militärischen Macht unter unseren Gegnern, die heute auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu einem Einvernehmen mit den Zentralmächten zu gelangen trachtet. Und da nicht wir es sind, die erobern wollten, so ist wohl alle Hoffnung vorhanden, daß der Morgenröte, die im Osten aufgeht, recht bald der Tag des Friedens folgen wird.

Um diese große Hoffnung reicher, treten wir in das neue Jahr ein. Hätte uns das nun zur Rüste gehende Jahr nichts mehr gebracht an Ereignissen, die den Ausblick in die Zukunft trostreicher gestalten, schon das allein würde genügen, die Bilanz von 1917 als eine überaus günstige zu bezeichnen. Sind wir doch in diesen langen Kriegsjahren, so gewaltig auch die Erlebnisse und die Errungenschaften sein mögen, die wir ihnen verdanken, recht bescheiden geworden, und schon die Hoffnung auf einen Teilfrieden bedeutet für uns einen kolossalen Gewinn, wie wir ihn an der Schwelle des Jahres 1917 nicht erträumen durften. Auch damals ist viel von Frieden und Friedenshoffnungen gesprochen worden, aber es war gewissermaßen nur das erste Aufleuchten eines Lichtstrahles, den nur zu bald dunkle Wolken verhüllen sollten. Von den Zentralmächten war, gerade in einem Augenblick, da sie durch neue Kraftleistung, durch die Niederwerfung Rumäniens, den Beweis ihrer Unbezwingbarkeit neuerlich bekräftigt hatten, den Gegnern den Vorschlag zum Eintritt in

Friedensverhandlungen erstattet worden. Die Gegner lehnten ab. Aber seither konnte der Friedensgedanke von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden, und was die Bilanz des Vorjahres uns erst in seinen ersten Anfängen zeigte, das gewinnt nun am Schlusse des Jahres 1917 lebendigen Ausdruck durch die Friedensverhandlungen im Osten. Der erste Schritt ist getan und keine Macht der Welt wäre nun imstande, den siegreichen Vormarsch des Friedensgedankens aufzuhalten.

Wer auch abgesehen von dieser großen Hoffnung, die uns an der Schwelle des neuen Jahres aufleuchtet, wird man bei einem flüchtigen Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1917 nicht ohne Dankbarkeit manch einer seiner Gaben gedenken. Da ist vor allem der glanzvolle Sieg unserer tapferen Truppen über den hinterlistigsten unserer Feinde, den italienischen Verräter, den ehemaligen „Bundesgenossen“, der uns im Augenblicke höchster Not heimtückisch in den Rücken gefallen war. Nun ist auch dieser Gegner, der auf den Zusammenbruch der Monarchie lauerte und ihr den Todesstoß versetzen zu dürfen vermeinte, aus unserem Gebiete vertrieben und wird von unseren Armeen im eigenen Land hart bedrängt. Nicht das Gefühl befriedigter Rache ist es, das uns gerade dieses Ereignis in der bunten Fülle der Begebenheiten des scheidenden Jahres besonders wertvoll erscheinen läßt, sondern das erhebende Bewußtsein, daß auch hier die gerechte Sache, das heilige Recht der Gerechtigkeit den Sieg davongetragen hat. Die Niederlage der Italiener, der Zusammenbruch der Kerenskischen Offensive und die Einleitung der Friedensverhandlungen mit Rußland – das sind die drei großen Posten, die unsere diesjährige Bilanz zu einer durchaus aktiven gestalten. Und auch das sei schließlich vermerkt, daß trotz aller Entbehrungen, die uns die Kriegszeit auferlegt, auch in der Frage der Approvisionierung merkliche Fortschritte und Besserungen zu verzeichnen waren. Jedenfalls gewinnt die Ueberzeugung immer sicherer Raum, daß wir auch in dieser Hinsicht nicht schlechteren, sondern besseren Zeiten entgegensehen. So treten wir denn nicht mit überspannten Hoffnungen, wohl aber mit froher, fester Zuversicht ins neue Jahr ein. Im scheidenden hat sich der Friedensgedanke den Weg zu den Herzen der Völker gebahnt, das kommende wird uns wohl den Frieden selbst bringen. Das ist heute die Sehnsucht und die Hoffnung der ganzen Welt.

Verwendete Zeitungen - Zeitungskürzel

POS	Posener Tageblatt
WAP	Wiener Abendpost
KHZ	Königsberger Hartungsche Zeitung
WZ	Wiener Zeitung
AZ	Arbeiter-Zeitung (Ö)
BBZ	Berliner Börsen-Zeitung
BNN	Berliner Neueste Nachrichten
BTB	Berliner Tageblatt
DRB	Der Reichsbote
DRB	Der Reichsbote
DT	Der Tag
DTZ	Deutsche Tageszeitung
DVB	Deutsches Volksblatt (Ö)
DZ	Deutsche Zeitung
NAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung
TR	Tägliche Rundschau
VOS	Vossische Zeitung
VOW	Vorwärts
WAZ	Wiener Allgemeine Zeitung
	Stenographische Berichte – von der 102. Sitzung am 7. Mai 1917 bis zur 125. Sitzung am 10. Oktober 1917 – Berlin 1917, S. 3570

Meine Texte zum Ersten Weltkrieg auf wk.etudes.de:

1. „Der Weg zum Ersten Weltkrieg“
2. Fragment – 1 - 1914 – August bis Oktober 1914
3. Fragment – 2 - 19. Juli 1917 – 10. Juli bis 03. August 1917
4. Fragment – 3 – Brest-Litowsk 1 – 25.11. – 31.12.1917
5. Fragment – 3a – Brest-Litowsk 2 – 01.-31.01.1918
6. Frankreich 1870 - „Rache Für Sadowa“ – Auf zum Rhein
7. 1915 - „Der Untergang der Lusitania“ – Englands Militärfrachter
8. Belgien